Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/0816-01	Termin 18.05.2015	Rat der Stadt
Bericht / Mitteilung			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
07.05.2015	Finanz- und Personalausschuss	K		
18.05.2015	Rat der Stadt	K		

Berichtsgegenstand

Gesamtabschluss 2013 der Stadt Oberhausen

Kenntnisnahme des Gesamtabschlusses 2013 der Stadt Oberhausen durch den Rat der Stadt Oberhausen sowie Überweisung an den zuständigen Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gemäß §§ 59 Abs. 3, 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW

Sachdarstellung

Die Gemeinde hat gemäß § 116 Abs. 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen.

Er besteht nach § 116 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit 49 Abs. 1 der Gemeindehaushaltsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) aus

- der Gesamtergebnisrechnung,
- der Gesamtbilanz und
- dem Gesamtanhang und ist um
- einen Gesamtlagebericht zu ergänzen.

Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70 GO NRW, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

- der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,

Bereichsleiterin Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Stöhr - o.V.i.A. - 24.04.15	Datum	Tsalastras 24.04.15	Wehling Datum 29.04.15

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:	
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat	[ ]
		Gleichstellungsstelle	[ ]

- der ausgeübte Beruf,
- die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
- die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
- die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

Nach § 117 Abs. 1 GO NRW sowie § 49 Abs. 2 GemHVO NRW ist dem Gesamtabschluss ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach § 116 Abs. 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

Gemäß § 116 Abs. 5 GO NRW in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW wurde der Entwurf des Gesamtabschlusses vom Stadtkämmerer aufgestellt und vom Oberbürgermeister bestätigt.

Der Gesamtabschluss ist anschließend gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8. gilt entsprechend. In die Prüfung nach Abs. 6 müssen die Jahrsabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

Nach § 116 Abs. 1 Satz 3 GO NRW bestätigt der Rat den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss.

Die wesentlichen Eckpunkte des Entwurfes des Gesamtabschlusses sind:

- Gesamtergebnis

  Der Gesamtabschluss 2013 der Stadt Oberhausen schließt im Ergebnis mit einem Fehlbetrag von 99.213 TEUR (zum Vergleich: Jahresabschluss 2013 Kernhaushalt: 72.567 TEUR).

  Das Gesamtjahresergebnis ergibt sich aus dem Saldo des „Ordentlichen Gesamtergebnisses“ und des „Gesamtfinanzergebnisses“ unter Berücksichtigung des „Außerordentlichen Gesamtergebnisses“ wie folgt:

	in TEUR
Ordentliche Gesamterträge	685.650
Ordentliche Gesamtaufwendungen	752.475
Ordentliches Gesamtergebnis	- 66.825
Gesamtfinanzergebnis	- 32.388
Gesamtergebnis der lfd. Geschäftstätigkeit	- 99.213
Außerordentliches Gesamtergebnis	- 0
Gesamtjahresergebnis	- 99.213

- Gesamtbilanz

Die Gesamtbilanz 2013 der Stadt Oberhausen schließt mit einem Bilanzvolumen von 2.955.390 TEUR in Aktiva und Passiva.

Die Schulden auf der Passivseite übersteigen das Vermögen auf der Aktivseite um 1.006.258 TEUR und werden dementsprechend als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen (zum Vergleich: „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ im Jahresabschluss 2013 Kernhaushalt: 963.794 TEUR).

Der Gesamtabschluss 2013 wird, wie bereits zur Erstellung des Gesamtabschlusses 2012 praktiziert, aus Gründen der Kostenersparnis im Rahmen der Haushaltskonsolidierung in digitalisierter Form als CD zur Verfügung gestellt bzw. ist innerhalb des Ratsinformationssystems bereitgestellt. Jede Fraktion erhält darüber hinaus eine Fassung in Papierform.

Anlage

Gesamtabschluss 2013 der Stadt Oberhausen

Gesamtabschluss der Stadt Oberhausen
für das Haushaltsjahr 2013

Der Gesamtabschluss 2013 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW aufgestellt.

Oberhausen, den 24.03.2015

Stadtkämmerer

Der Gesamtabschluss 2013 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW bestätigt.

Oberhausen, den 26.03.2015

Der Oberbürgermeister

Gesamtabschluss 2013

1. Gesamtergebnis 5
2. Gesamtbilanz 6
Aktiva 6
Passiva 8
3. Gesamtanhang 9
3.1 Allgemeine Angaben 9
3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 15
3.3 Erläuterungen zur Bilanz 17
3.3.1 Aktiva 17
3.3.1.1 Anlagevermögen 17
3.3.1.2 Umlaufvermögen 22
3.3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten 22
3.3.1.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag 22
3.3.2 Passiva 23
3.3.2.1 Eigenkapital 23
3.3.2.2 Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung. 23
3.3.2.3 Sonderposten 23
3.3.2.4 Rückstellungen 24
3.3.2.5 Verbindlichkeiten 25
3.3.2.6 Passive Rechnungsabgrenzungsposten 27
3.4 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung 28
3.4.1 Ordentliche Gesamterträge 28
3.4.2 Ordentliche Gesamtaufwendungen 30
3.4.3 Ordentliches Gesamtergebnis 31
3.4.4 Finanzerträge 32
3.4.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen 32
3.4.6 Gesamtfinanzergebnis 32
3.4.7 Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit 32
3.4.8 Außerordentliches Gesamtergebnis 32
3.4.9 Gesamtjahresergebnis 32
3.5 Sonstige Gesamtanhangsangaben 33
3.5.1 Haftungsverhältnisse 33
3.5.2 Sonstige Verpflichtungen 33

3.5.3 Gesonderte Gesamtanhangsangaben 33
4. Gesamtlagebericht 35
4.1 Allgemeine Angaben 35
4.2 Erläuterungen im Einzelnen 35
4.2.1 Vermögens- und Schuldenlage 35
4.2.2 Ertrags- und Aufwandssituation 38
4.2.3 Finanzlage 51
4.3 Rahmenbedingungen 52
4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage 52
4.4.1 Analyse der Gesamtschuldenlage 52
4.4.2 Analyse der Gesamtvermögenslage 52
4.4.3 Analyse der Gesamtfinanzlage 53
4.4.4 Analyse der Gesamtertrags- und Aufwandssituation 53
4.5 Örtliche Besonderheiten 54
4.5.1 Kernverwaltung 54
4.5.2 Konzernstruktur 57
4.6 Wesentliche Chancen und Risiken des „Konzerns Stadt Oberhausen“ 61
4.6.1 Chancen 61
4.6.1.1 Generelle Chancen 61
4.6.1.2 Chancen aus Beteiligungen 63
4.6.2 Risiken 65
4.6.2.1 Generelle Risiken 65
4.6.2.2 Zinsrisiko im Besonderen 66
4.6.2.3 Risiken aus Beteiligungen im Besonderen 66
4.6.2.4 Risikomanagement 68
4.7 Erläuterungen der Kennzahlen 68
4.7.1 Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Eigenkapitalquote) 68
4.7.2 Relation des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Anlageintensität) 69
4.7.3 Bindung Kommunales Vermögen in der Infrastruktur (Infrastrukturquote) 70
4.7.4 Anlagendeckungs- und Liquiditätsgrad 70
4.7.5 Verbindlichkeitsquote und Verschuldungsgrad 71
4.7.6 Finanzierung der Gemeinde aus eigenen Mitteln (Steuerquote) 71
4.7.7 Abhängigkeit der Gemeinde von Dritten (Zuwendungsquote) 72
4.7.8 Aussagen zur Intensität der Aufwendungen (Personal-, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Zinsen) 72
4.8 Wichtige Vorgänge und Nachträge 74

4.9 Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates.....75
5. Beteiligungsbericht.....108

1. Gesamtergebnis

Gesamtergebnis	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
01 Steuern und ähnliche Abgaben	211.021.706,48	241.595.495,56
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	254.666.503,41	271.686.234,68
03 Sonstige Transfererträge	3.937.354,12	4.210.967,30
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	95.180.938,38	94.994.646,49
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	40.934.488,19	41.148.018,39
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	43.869.599,68	37.775.539,26
07 Sonstige ordentliche Erträge	31.771.693,66	28.810.768,95
08 Aktivierte Eigenleistungen	4.465.049,58	2.076.034,41
09 Bestandsveränderungen (-/+)	-197.160,76	-543.383,34
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	**685.650.172,74**	**721.754.321,70**
11 Personalaufwendungen	182.250.277,05	167.611.872,50
12 Versorgungsaufwendungen	15.906.159,32	28.574.659,33
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	137.977.790,31	158.543.695,39
14 Bilanzielle Abschreibungen	92.577.333,83	86.473.660,36
15 Transferaufwendungen	206.184.572,41	205.516.921,78
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	117.579.035,13	115.677.475,91
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	**752.475.168,05**	**762.398.285,27**
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	**-66.824.995,31**	**-40.643.963,57**
19 Finanzerträge	10.287.446,48	12.949.708,21
20 Finanzaufwendungen	42.675.099,49	46.928.944,93
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	**-32.387.653,01**	**-33.979.236,72**
22 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18 + 21)	**-99.212.648,32**	**-74.623.200,29**
23 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
24 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	**0,00**	**0,00**
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	**-99.212.648,32**	**-74.623.200,29**

2. Gesamtbilanz

Aktiva

	EUR	EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
1. Anlagevermögen			**1.857.233.420,17**	**1.986.502.471,07**
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände			**8.532.265,31**	**9.396.614,00**
1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Vollkonsolidierung		**7.530.000,30**		**8.214.679,99**
1.1.2 Sonstige erworbene immaterielle Vermögensgegenstände		**1.002.265,01**		**1.181.934,01**
1.2 Sachanlagen			**1.752.414.024,66**	**1.786.891.056,55**
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**186.015.036,47**		**185.401.693,65**
1.2.1.1 Grünflächen	115.061.270,49			112.926.589,56
1.2.1.2 Ackerland	2.492.342,23			2.475.080,49
1.2.1.3 Wald, Forsten	4.834.263,63			4.834.263,63
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	63.627.160,12			65.165.759,97
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**513.114.593,90**		**530.227.529,99**
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	17.597.451,63			15.553.086,00
1.2.2.2 Schulen	249.287.948,35			256.830.701,35
1.2.2.3 Wohnbauten	28.192.234,17			30.431.109,15
1.2.2.4 Soziale Einrichtungen	24.858.962,74			25.740.205,74
1.2.2.5 Sportstätten	27.330.238,60			27.671.534,24
1.2.2.6 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	165.847.758,41			174.000.893,51
1.2.3 Infrastrukturvermögen		**955.837.418,81**		**976.991.556,02**
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	164.970.071,56			164.788.372,64
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	51.431.805,00			52.218.339,00
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausr. und Sicherungsanlagen	26.473.259,79			28.440.785,50
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitungsanlagen	309.982.726,87			313.301.409,87
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen, Verkehrs-lenkungsanl.	357.346.396,20			369.109.765,44

	EUR	EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	45.633.159,39			49.132.883,57
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden		**1.163.287,00**		**1.195.006,00**
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		**6.904.111,52**		**6.864.493,32**
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		**37.355.154,32**		**36.933.989,84**
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung		**20.853.776,03**		**19.502.196,27**
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		**31.170.646,61**		**29.774.591,46**
1.3 Finanzanlagen			**96.287.130,20**	**190.214.800,52**
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		**4.017.154,98**		**4.017.154,98**
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen		**59.251.183,36**		**67.882.385,44**
davon Unterschiedsbetrag aus Equity-Konsolidierung		42.640.775,23		51.168.508,57
1.3.3 Übrige Beteiligungen		**9.268.595,73**		**25.266.994,63**
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens		**22.477.713,89**		**91.633.185,57**
1.3.5 Ausleihungen		**1.272.482,24**		**1.415.079,90**
2. Umlaufvermögen			**77.351.608,43**	**74.197.818,49**
2.1 Vorräte			**13.112.120,48**	**12.497.962,98**
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			**55.341.342,30**	**49.933.640,36**
2.3 Liquide Mittel			**8.898.145,65**	**11.766.215,15**
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten			**14.546.717,42**	**12.355.718,62**
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			**1.006.257.930,71**	**835.090.779,99**
4.1 Fehlbetrag Vorjahre			**356.156.918,78**	**284.837.591,80**
4.2 Ergebnisvorträge			**550.888.363,61**	**475.629.987,90**
4.3 Gesamtjahresüberschuss/-fehlbetrag			**99.212.648,32**	**74.623.200,29**
			2.955.389.676,73	**2.908.146.788,17**

Passiva

	EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
1. Eigenkapital			**0,00**
2. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung			**1.976,38**
3. Sonderposten		**499.722.232,68**	**517.569.288,75**
3.1 Sonderposten für Zuwendungen	428.777.880,87		442.810.951,90
3.2 Sonderposten für Beiträge	66.583.122,21		68.708.124,78
3.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	3.827.440,90		3.919.373,79
3.4 Sonstige Sonderposten	533.788,70		2.130.838,28
4. Rückstellungen		**463.586.276,41**	**450.208.376,09**
4.1 Pensionsrückstellungen	387.015.526,11		379.430.457,11
4.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	600.000,00		600.000,00
4.3 Instandhaltungsrückstellungen	4.308.827,55		4.405.547,00
4.4 Steuerrückstellungen	799.800,00		207.200,00
4.5 Sonstige Rückstellungen	70.862.122,75		65.565.171,98
5. Verbindlichkeiten		**1.971.205.141,15**	**1.922.102.142,34**
5.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	405.911.945,83		416.683.905,56
5.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.515.200.000,00		1.466.500.000,00
5.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.643.655,42		13.674.589,83
5.4 Sonstige Verbindlichkeiten	28.449.539,90		25.243.646,95
6. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		**20.876.026,49**	**18.265.004,61**
		2.955.389.676,73	**2.908.146.788,17**

3. Gesamtanhang

3.1 Allgemeine Angaben

Die Gemeinden sind nach § 116 der Gemeindeordnung NRW verpflichtet, in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. Dieser besteht aus einer Gesamtbilanz, einer Gesamtergebnisrechnung sowie dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht und einen Beteiligungsbericht zu ergänzen. Für den Gesamtabschluss ist der Jahresabschluss nach § 95 GO NRW der Gemeinde und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren (§116 Abs. 2 Satz 1 GO NRW i.V.m. § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW). Die Stadt Oberhausen hat ihren ersten Gesamtabschluss zum 31.12.2010 aufgestellt. Dazu wurde zum 01.01.2010 eine Kapitalkonsolidierung der im Folgenden aufgeführten verbundenen und assoziierten Unternehmen durchgeführt.

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts sowie Sondervermögen und Eigenbetriebe unter der einheitlichen Leitung der Gemeinde werden entsprechend der §§ 300 bis 309 HGB in die Vollkonsolidierung einbezogen. Dies bedeutet, dass die Abschlüsse der Einheiten mit ihren gesamten Vermögensgegenständen und Schulden in den Gesamtabschluss übernommen werden. Für diese Einheiten wird eine Kapitalkonsolidierung nach § 301 HGB durchgeführt. Diese erfolgt grundsätzlich nach der Neubewertungsmethode. Abweichend davon wurde gemäß den Vereinfachungsregelungen des Innenministeriums für Sondervermögen auf eine Neubewertung verzichtet und der Wertansatz aus der Eröffnungsbilanz beibehalten. Bei der Vollkonsolidierung wird der Beteiligungsbuchwert der Muttergesellschaft mit dem anteiligen Eigenkapital der Tochtergesellschaft verrechnet. Aktive Unterschiedsbeträge werden in den Folgejahren abgeschrieben. Passive Unterschiedsbeträge werden als gesonderter Posten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ zwischen Eigen- und Fremdkapital ausgewiesen. Weiterhin erfolgt eine Schulden- sowie Aufwands- und Ertragskonsolidierung entsprechend der §§ 303 ff HGB. Hierbei werden die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Aufwendungen und Erträge miteinander verrechnet. Der daraus entstandene Gesamtabschluss stellt den „Konzern Stadt“ so dar, als handle es sich um ein einzelnes Unternehmen und gibt einen Überblick über die gesamte Vermögens- und Ertragslage der Stadt Oberhausen. Die durch die Ausgliederung von Aufgaben aus der Kernverwaltung auf selbständig bilanzierende Organisationseinheiten verlorengegangene Transparenz wird dadurch wieder hergestellt. Der Vollkonsolidierungskreis bei der Stadt Oberhausen setzt sich neben der Stadt Oberhausen wie folgt zusammen:

Verbundene Unternehmen	**Beteiligungsanteil**
Stadtwerke Oberhausen GmbH Max-Eyth-Straße 62 46149 Oberhausen	100%
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH Bahnhofstraße 66 46145 Oberhausen	100%

Verbundene Unternehmen	Beteiligungsanteil
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung) Elly-Heuss-Knapp Straße 3, 46145 Oberhausen	100%
Theater Oberhausen Ebertstraße 82 46045 Oberhausen	100%

Verbundene Unternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht vollkonsolidiert sind, werden im Gesamtabschluss mit ihrem Wertansatz aus der Bilanz der jeweiligen Muttergesellschaft fortgeführt.

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen GmbH
LAH Luise-Albertz-Halle GmbH
TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade mbH

Die assoziierten Unternehmen werden entsprechend der §§ 311 und 312 HGB nach der Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, die unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde stehen. Bei der Stadt Oberhausen erfolgt die Equity-Konsolidierung nach der Buchwertmethode. Hierbei wird der Buchwert des anteiligen Eigenkapitals an dem assoziierten Unternehmen im Gesamtabschluss ausgewiesen. Dieser wird dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens gegenübergestellt. Auch hier wird ein eventuell entstehender aktiver oder passiver Unterschiedsbetrag gesondert ausgewiesen. In den Folgejahren erfolgt ein um die anteiligen Jahresergebnisse fortgeschriebener Beteiligungsansatz. Nach der Equity-Methode werden in den Gesamtabschluss folgende Unternehmen einbezogen:

assoziierte Unternehmen	Beteiligungsanteil
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH Buschhausener Straße 149 46049 Oberhausen	51%
FSO GmbH & Co. KG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%
FSO Verwaltungs GmbH Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%
EVO Energieversorgung Oberhausen AG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	10%

Hinsichtlich der Beteiligung an der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH liegt keine einheitliche Leitung sowie keine Mehrheit der Stimmrechte vor, so dass die Vo-

raussetzungen des § 50 Abs. 2 GemHVO NRW nicht gegeben sind. Sie wird im Rahmen einer Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen.

Da bei der EVO AG ein maßgeblicher Einfluss der Stadt Oberhausen vorliegt wurde der Einbezug in die Equity-Konsolidierung vorgenommen, obwohl eine Beteiligung in Höhe von lediglich 10 % vorliegt.

Sonstige Beteiligungen werden im Gesamtabschluss mit ihrem Wertansatz aus der Bilanz der jeweiligen Muttergesellschaft fortgeführt. Im Einzelnen sind dieses:

Revierpark Vonderort GmbH
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft
Antenne Ruhr
CVUA AöR
Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
Digitales NRW (Public Konsortium GbR)

Gesamtübersicht der Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2013

Name (Tochter)	Grundlage	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	79,0361
	Gesamtquote W	79,0361
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0608
	Gesamtquote W	0,0608
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,4000
	Gesamtquote W	12,4000
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	0,4000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	5,5556
	Gesamtquote W	5,5556
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	durchgerechnet	1,0879
	Gesamtquote W	1,0879
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote W	10,0000
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	52,9806
	durchgerechnet	31,2483
	Gesamtquote W	84,2289
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote W	0,2772
evo Energie-Netz GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
FSO Verwaltungs- GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote W	0,0001
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000

Name (Tochter)	Grundlage	Kapitalanteil vH
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungs-zentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien	durchgerechnet	0,0050
	Gesamtquote W	0,0050
Public Konsortium d-NRW GbR	direkt	1,3598
	Gesamtquote W	1,3598
Quantum GmbH	durchgerechnet	5,2083
	Gesamtquote W	5,2083
Revierpark Vonderort GmbH	direkt	25,0000
	Gesamtquote W	25,0000
Rheinischer Sparkassen und Giroverband	durchgerechnet	1,7499
	Gesamtquote W	1,7499
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,6528
	Gesamtquote W	1,6528
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteili-gungsgesellschaft mbH & Co. KG	durchgerechnet	1,5690
	Gesamtquote W	1,5690
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote W	0,1914
RW Holding Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,8900
	Gesamtquote W	0,8900
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote W	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote W	30,0000
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,6980
	Gesamtquote W	0,6980
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	durchgerechnet	0,0019
	Gesamtquote W	0,0019
SfZ Sparkassen-Servicegesellschaft für Zahlungssysteme im Rheinland mbH & CO. KG	durchgerechnet	2,9400
	Gesamtquote W	2,9400
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote W	6,6296
S-Internatonal Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote W	10,4000
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	49,0000
	Gesamtquote W	49,0000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland Beteiligungsgesell-schaft mbH i.L.	durchgerechnet	0,0040
	Gesamtquote W	0,0040
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote W	2,1810

Name (Tochter)	Grundlage	Kapitalanteil vH
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
strasserauf GmbH	durchgerechnet	15,0000
	Gesamtquote W	15,0000
S-Versicherungs- und Immobilienvermittlungs GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	1,0280
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote W	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesse-rung mbH	durchgerechnet	0,0000
	Gesamtquote W	0,0000

p

Entsprechende Detailinformationen sind dem beiliegenden Beteiligungsbericht zu entnehmen.

3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Sowohl für die Erstellung des Einzelabschlusses als auch für die Erstellung des Gesamtabschlusses der Stadt Oberhausen gelten die Regelungen der Gemeindeordnung NRW (GO NRW), der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sowie des Handelgesetzbuches (HGB). Für die Tochtergesellschaften fanden bei der Erstellung der Einzelabschlüsse lediglich die Regelungen des Handelsgesetzbuches Anwendung. Sofern sich hieraus unterschiedliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede ergaben wurden diese auf ihre Wesentlichkeit für den Gesamtabschluss hin untersucht. Notwendige Anpassungen von Einzelabschlüssen der Tochtergesellschaften an die Regelungen der Gemeindeordnung bzw. Gemeindehaushaltsverordnung wurden bei der Überleitung in die Kommunalbilanz II durchgeführt. Gemäß den vom Innenministerium NRW herausgegebenen Praxisempfehlungen zu Vereinfachungsregelungen im Gesamtabschluss, wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung Abweichungen die sich durch Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) in den Einzelabschlüssen von Tochtergesellschaften ergaben, nicht angepasst. Dieses betrifft u.a. latente Steuern sowie die Bewertung von Rückstellungen.

Die Zugänge des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Gegenstände des Anlagevermögens werden entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Grundlage für die jeweilige Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände der Stadt Oberhausen sind die Vorgaben der NKF-Abschreibungstabelle. In Anlehnung an die NKF-Rahmentabelle wurde eine örtliche Abschreibungstabelle für Oberhausen erstellt. Die Vermögensgegenstände der Tochtergesellschaften wurden entsprechend der amtlichen Afa-Tabellen unter Berücksichtigung der betriebsspezifischen Nutzungsdauern abgeschrieben. Anpassungen für den Gesamtabschluss waren mangels Wesentlichkeit nicht erforderlich.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens der Stadt Oberhausen wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Für abweichende GWG-Regelungen nach HGB bei den Tochtergesellschaften (Poolbildung) wurden keine Anpassungen vorgenommen.

Sofern bilanzierte Vermögensgegenstände mit Hilfe von Zuwendungen finanziert worden sind, wurden aus dem Einzelabschluss der Stadt Oberhausen entsprechende Sonderposten übernommen. Lediglich für den Einzelabschluss der Stadtwerke Oberhausen AG wurde eine Anpassung der Daten des Einzelabschlusses durchgeführt indem die Meldedaten im Bereich des Anlagevermögens um erhaltene Zuwendungen erhöht wurden und ebenfalls auf der Passiva korrespondierende Sonderposten gebildet wurden. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte analog zu dem jährlichen Werteverzehr des betreffenden Vermögensgegenstandes.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert bilanziert. Risiken im Forderungsbestand wurden durch Wertberichtigungen abgedeckt. Der Wertansatz der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Rückzahlungsbetrag.

Konkret zuzuordnende Ausfallrisiken für Forderungen wurden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Auf den restlichen Forderungsbestand wurden statistisch Pauschalwertberichtigungen aufgrund von Erfahrungswerten für Forderungsausfälle vorgenommen.

Für die zum Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen und Risiken wurden Rückstellungen gebildet. Vorhandene Rückstellungen wurden aufgelöst sofern der Rückstellungsgrund entfallen war, bzw. mit einer Inanspruchnahme nicht mehr zu rechnen ist.

Die Gliederung der Gesamtbilanz erfolgt entsprechend § 49 Abs. 3 GemHVO NRW. Die Meldedaten aus den Einzelabschlüssen der Tochterunternehmen, deren Bilanzgliederung nach § 266 HGB erfolgt, wurden auf die Positionen entsprechend der vorgeschriebenen Gliederung der kommunalen Bilanz übergeleitet.

3.3 Erläuterungen zur Bilanz

3.3.1 Aktiva

3.3.1.1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens ist aus dem beigefügten Gesamtanlagenspiegel ersichtlich. Das Konzernanlagevermögen befindet sich zu rd. 83 % (Vorjahr 79 %) im Kernhaushalt der Stadt Oberhausen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem städtischen Infrastrukturvermögen sowie dem Bestand an Grundstücken und Gebäuden.

Gesamtanlagespiegel der Stadt Oberhausen zum 31.12.2013

	Anschaffungkosten					Abschreibungen						Buchwerte	
in EUR	AHK Stand 01.01.2013	AHK Zugänge	AHK Umb.	AHK Abgänge	AHK Stand 31.12.2013	AfA Stand 01.01.2013	AfA Zugänge	AfA Abgänge	AfA Umb.	Zuschrei-bungen	AfA Stand 31.12.2013	Buchwert 31.12.2013	Buchwert 31.12.2012
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	**18.777.361,14**	**287.382,44**	**85.044,04**	**-287.144,06**	**18.862.643,56**	**-9.380.747,14**	**-1.236.775,17**	**287.144,06**			**-10.330.378,25**	**8.532.265,31**	**9.396.614,00**
II. Sachanlagen	**2.214.979.942,04**	**41.483.039,62**	**-85.044,04**	**-17.627.259,10**	**2.238.750.678,52**	**-428.088.885,49**	**-66.832.309,31**	**8.584.540,94**	**0,00**		**-486.336.653,86**	**1.752.414.024,66**	**1.786.891.056,55**
1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**191.493.540,86**	**3.521.195,26**	**308.217,50**	**-2.182.495,33**	**193.140.458,29**	**-6.091.847,21**	**-1.322.910,68**	**288.774,57**	**561,50**		**-7.125.421,82**	**186.015.036,47**	**185.401.693,65**
1.1. Grünflächen	119.018.436,77	3.503.933,52	308.217,50	-643.895,48	122.186.692,31	-6.091.847,21	-1.322.910,68	288.774,57	561,50		-7.125.421,82	115.061.270,49	112.926.589,56
1.2. Ackerland	2.475.080,49	17.261,74			2.492.342,23							2.492.342,23	2.475.080,49
1.3. Wald, Forsten	4.834.263,63				4.834.263,63							4.834.263,63	4.834.263,63
1.4. Sonstige unbebaute Grundstücke	65.165.759,97	0,00		-1.538.599,85	63.627.160,12							63.627.160,12	65.165.759,97
2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**636.888.597,99**	**3.309.227,29**	**2.498.461,51**	**-5.919.889,43**	**636.776.397,36**	**-106.661.068,00**	**-18.166.665,41**	**1.166.491,45**	**-561,50**		**-123.661.803,46**	**513.114.593,90**	**530.227.529,99**
2.1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	17.563.986,78	491.349,73	1.971.319,60		20.026.656,11	-2.010.900,78	-417.742,20		-561,50		-2.429.204,48	17.597.451,63	15.553.086,00
2.2. Schulen	297.916.870,35	417.792,65	0,00		298.334.663,00	-41.086.169,00	-7.960.545,65				-49.046.714,65	249.287.948,35	256.830.701,35
2.3. Wohnbauten	34.972.021,66	101.953,57	110.727,53	-2.099.062,98	33.085.639,78	-4.540.912,51	-865.629,10	513.136,00	0,00		-4.893.405,61	28.192.234,17	30.431.109,15
2.4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	286.435.719,20	2.298.131,34	416.414,38	-3.820.826,45	285.329.438,47	-59.023.085,71	-8.922.748,46	653.355,45			-67.292.478,72	218.036.959,75	227.412.633,49
3. Infrastrukturvermögen	**1.215.958.082,07**	**11.691.796,61**	**5.192.398,40**	**-3.274.405,87**	**1.229.567.871,21**	**-238.966.526,05**	**-35.797.322,42**	**1.033.396,07**			**-273.730.452,40**	**955.837.418,81**	**976.991.556,02**
3.1. Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	164.810.883,29	263.247,53	2.534,62	-84.083,23	164.992.582,21	-22.510,65					-22.510,65	164.970.071,56	164.788.372,64
3.2. Brücken und Tunnel	56.240.351,61	115.675,75		-46.269,19	56.309.758,17	-4.022.012,61	-859.293,25	3.352,69			-4.877.953,17	51.431.805,00	52.218.339,00
3.3. Gleisanlagen mit Streckenausrüst. u. Sicherheitsanl.	55.557.266,30	242.150,92	91.663,52		55.891.080,74	-27.116.480,80	-2.301.340,15				-29.417.820,95	26.473.259,79	28.440.785,50
3.4. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	368.092.713,25	7.832.288,00		-505.711,00	375.419.290,25	-54.791.303,38	-10.736.095,00	90.835,00			-65.436.563,38	309.982.726,87	313.301.409,87
3.5. Straßennetz m. Wegen, Plätzen u. Verkehrslenkungsanl	467.226.969,97	3.238.048,95	5.098.200,26	-2.638.342,45	472.924.876,73	-98.117.204,53	-18.400.484,38	939.208,38			-115.578.480,53	357.346.396,20	369.109.765,44
3.6. Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	104.029.897,65	385,46			104.030.283,11	-54.897.014,08	-3.500.109,64				-58.397.123,72	45.633.159,39	49.132.883,57
4. Bauten auf fremden Grund und Boden	**1.225.807,22**	**2.111,29**			**1.227.918,51**	**-30.801,22**	**-33.830,29**				**-64.631,51**	**1.163.287,00**	**1.195.006,00**
5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	**7.018.733,13**	**87.401,20**	**0,00**	**-15.545,00**	**7.090.589,33**	**-154.239,81**	**-32.238,00**				**-186.477,81**	**6.904.111,52**	**6.864.493,32**
6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	**76.126.284,99**	**8.236.740,89**	**-513.391,26**	**-1.736.029,84**	**82.113.604,78**	**-39.192.295,15**	**-7.464.096,06**	**1.733.412,84**	**164.527,91**		**-44.758.450,46**	**37.355.154,32**	**36.933.989,84**
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	**56.494.304,32**	**2.986.175,64**	**2.681.606,10**	**-4.498.893,63**	**57.663.192,43**	**-36.992.108,05**	**-4.015.246,45**	**4.362.466,01**	**-164.527,91**		**-36.809.416,40**	**20.853.776,03**	**19.502.196,27**
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	**29.774.591,46**	**11.648.391,44**	**-10.252.336,29**		**31.170.646,61**							**31.170.646,61**	**29.774.591,46**
III. Finanzanlagen	**201.025.070,41**	**4.703,32**		**-148.602,66**	**200.881.171,07**	**-10.810.269,89**	**-95.784.424,24**	**17.323,00**		**1.983.330,26**	**-104.594.040,87**	**96.287.130,20**	**190.214.800,52**
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	4.017.154,98				4.017.154,98		0,00				0,00	4.017.154,98	4.017.154,98
2. Anteile an assoziierten Unternehmen	78.675.332,33				78.675.332,33	-10.792.945,89	-10.614.533,34			1.983.330,26	-19.424.148,97	59.251.183,36	67.882.386,44
3. Beteiligungen	25.266.993,63	3.125,00			25.270.118,63		-16.001.522,90				-16.001.522,90	9.268.595,73	25.266.993,63
4. Sondervermögen	0,00				0,00		0,00				0,00	0,00	0,00
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	91.633.185,57	528,32			91.633.713,89		-69.156.000,00				-69.156.000,00	22.477.713,89	91.633.185,57
6. Ausleihungen	1.432.403,90	1.050,00		-148.602,66	1.284.851,24	-17.324,00	-12.368,00	17.323,00			-12.369,00	1.272.482,24	1.415.079,90
6.1. an verbundene Unternehmen													
6.2. an Beteiligungen													
6.3. an Sondervermögen	0,00			0,00	0,00							0,00	0,00
6.4. Sonstige Ausleihungen	1.432.403,90	1.050,00		-148.602,66	1.284.851,24	-17.324,00	-12.368,00	17.323,00			-12.369,00	1.272.482,24	1.415.079,90
Anlagevermögen insgesamt	**2.434.782.373,59**	**41.775.125,38**	**0,00**	**-18.063.005,82**	**2.458.494.493,15**	**-448.279.902,52**	**-163.853.508,72**	**8.889.008,00**	**0,00**	**1.983.330,26**	**-601.261.072,98**	**1.857.233.420,17**	**1.986.502.471,07**

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 8.532 TEUR (Vorjahr 9.397 TEUR) handelt es sich im Wesentlichen (7.530 TEUR) um Geschäfts- oder Firmenwerte, die durch die Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Weiterhin sind 1.002 TEUR bei den Tochterunternehmen bilanzierte EDV-Software und Lizenzen enthalten.

Sachanlagevermögen

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte in Höhe von 186.015 TEUR (Vorjahr 185.402 TEUR) betreffen überwiegend die städtischen Grün- und Parkanlagen, Friedhöfe, Ackerland, Kleingartenanlagen, Wald und Forsten sowie Grundstücke mit Erbbaurecht. Weiterhin sind in dieser Position aus der Neubewertung aufgedeckte stille Reserven in Höhe von 18.426 TEUR enthalten.

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte in Höhe von 513.115 TEUR (Vorjahr 530.228 TEUR) betreffen sowohl den Wert des Grund und Bodens als auch die darauf befindlichen Gebäude. Hierzu zählen insbesondere Kindertageseinrichtungen, Schulen, Wohnbauten sowie Dienst- und Geschäftsgebäude. Diese Position betrifft zu 80 % das Vermögen der Kernverwaltung, zu 12 % das Vermögen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 5 % den ASO Eigenbetrieb sowie zu 3 % das Vermögen der STOAG GmbH. Es handelt sich bei den Töchtern im Wesentlichen um Dienst- oder Betriebsgebäude, ein Betrag von 14.925 TEUR aus der Aufdeckung von stillen Reserven ist darin enthalten.

Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen in Höhe von 955.837 TEUR (Vorjahr 976.992 TEUR) betrifft zu rund 94 % Anlagevermögen der Kernverwaltung. Die wesentlichen Positionen des Infrastrukturvermögens sind das Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen mit 357.346 TEUR, die städtischen Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen mit 309.983 TEUR, der Grund und Boden des Infrastrukturvermögens mit 164.970 TEUR und mit 123.538 TEUR Brücken und Tunnel, Gleisanlagen sowie sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens. Aus der Aufdeckung von Stillen Reserven ist in der Position Gleisanlagen ein Betrag von 8.107 TEUR enthalten.

Der Bilanzwert des Infrastrukturvermögens hat sich im Wesentlichen dadurch vermindert, dass die Abschreibungen und Abgänge deutlich höher als die Zugänge und die Umbuchungen aus den Anlagen im Bau ausfielen.

Bauten auf fremdem Grund und Boden

Die Bauten auf fremdem Grund und Boden in Höhe von 1.163 TEUR (Vorjahr 1.195 TEUR) betreffen vollständig Anlagevermögen der OGM GmbH.

Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Die Kunstgegenstände und Ausstellungsstücke wie Gemälde, Zeichnungen, Grafiken, Kunstgegenstände im öffentlichen Raum, Skulpturen und Plastiken sowie Brunnenanlagen in Höhe von 6.904 TEUR (Vorjahr 6.864 TEUR) betreffen komplett das Anlagevermögen der Kernverwaltung.

Maschinen und technische Anlagen

Die Maschinen und technischen Anlagen in Höhe von 37.355 TEUR (Vorjahr 36.934 TEUR) betreffen nur zu 16 % das Anlagevermögen der Kernverwaltung, da das von der Stadt Oberhausen genutzte bewegliche Anlagevermögen sich weitgehend im Eigentum der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH befindet. Diese stellt der Stadt Oberhausen die Vermögensgegenstände gegen ein Nutzungsentgelt zur Verfügung. Bei den im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Maschinen und technischen Anlagen handelt es sich im Wesentlichen um den Fuhrpark und die Maschinen- und Geräteausstattung der Feuerwehr. Die weiteren Bestände an Maschinen und technischen Anlagen betreffen die operativ tätigen Firmen STOAG mit 71 % und die Bestände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH mit 13 %. Aus stillen Reserven resultieren 5.475 TEUR. Diese sind in den Fahrzeugen des ÖPNV enthalten.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Das Gesamtvermögen an Betriebs- und Geschäftsausstattung zum 31.12.2013 beläuft sich auf 20.854 TEUR (Vorjahr 19.502 TEUR). Hiervon entfallen 9.119 EUR auf Ausstattungsgegenstände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH. Enthalten hierin ist die von der Stadt Oberhausen genutzte Betriebs- und Geschäftsausstattung, die sich im Eigentum der OGM GmbH befindet und der Stadt Oberhausen unter Berechnung von Nutzungsentgelten zur Verfügung gestellt wird. Bei der im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 6.091 TEUR handelt es sich um Bücher- und Medienbestände der Bibliotheken, um das Mobiliar in öffentlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken, um die städtischen Musikinstrumente, um den Bestand an Lernmitteln sowie um Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Feuerwehr und der Volkshochschule. Weiterhin handelt es sich in Höhe von 5.577 TEUR um Vermögensgegenstände der STOAG und in Höhe von 67 TEUR um Vermögensgegenstände des Eigenbetriebs Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen.

Anlagen im Bau / Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau

Bei den Anlagen im Bau/Geleisteten Anzahlungen auf Anlagen im Bau in Höhe von 31.171 TEUR (Vorjahr 29.775 TEUR) handelt es sich überwiegend um Maßnahmen der Kernverwaltung. Sie betreffen im Wesentlichen mit 21.375 TEUR Kanalbaumaßnahmen der Stadt Oberhausen, mit 6.250 TEUR Baumaßnahmen zu Gebäuden und sonstigen Einrichtungen sowie mit 3.201 TEUR Straßenbaumaßnahmen und Infrastrukturvermögen.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen in Höhe von 96.287 TEUR (Vorjahr 190.215 TEUR) werden zu 90 % bei der STOAG gehalten, der Kernhaushalt bilanziert lediglich 10 % der gesamten Finanzanlagen. Die Finanzanlagen setzten sich zusammen aus:

Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter dieser Rubrik werden Anteile an Gesellschaften mit Mehrheitlicher Beteiligung oder beherrschendem Einfluss der Gemeinde ausgewiesen, die i.d.R. zum Vollkonsolidierungskreis gehören. Der Einbezug ist für diese Anteile nach § 116 Abs. 3 GO NRW unterblieben, da sie von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anteile von 4.017 TEUR (Vorjahr 4.017 TEUR) werden zu 100 % im Kernhaushalt gehalten.

Anteile an assoziierten Unternehmen

Bei den assoziierten Unternehmen handelt es sich um die in § 50 Abs. 3 GemHVO NRW genannten Betriebe unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde, an denen die Gemeinde eine Beteiligung im Sinne von § 281 Abs. 1 HGB hält. Die Anteile in Höhe von 59.251 TEUR (Vorjahr 67.882 TEUR) werden zu 100 % von der STOAG gehalten. Darin enthalten ist ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 42.641 TEUR aus der Gegenüberstellung zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital der Equity-Einheiten. Dieser Wert wird als Geschäfts- oder Firmenwert planmäßig über insgesamt 15 Jahre abgeschrieben.

Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an verselbstständigten Aufgabenbereichen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu diesen verselbstständigten Aufgabenbereichen zu dienen. Beteiligungen in Höhe von 9.269 TEUR (Vorjahr 25.267 TEUR) werden überwiegend bei der STOAG (80 %) gehalten. Die übrigen 20 % halten Kernhaushalt und die OGM GmbH.

Sondervermögen

Die Anteile an Sondervermögen sind im Rahmen der Kapitalkonsolidierung vollständig eliminiert worden.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Die im Gesamtabschluss ausgewiesenen Wertpapiere in Höhe von 22.478 TEUR (Vorjahr 91.633 TEUR) werden zu 87 % bei der STOAG gehalten und betreffen überwiegend Aktien der RWE AG. Weitere 13 % betreffen Pensionsfonds die vom Kernhaushalt gehalten werden.

Sonstige Ausleihungen

Sonstige Ausleihungen in Höhe von 1.273 TEUR (Vorjahr 1.415 TEUR) sind im Wesentlichen beim Kernhaushalt bilanziert und betreffen kleinere Darlehen.

3.3.1.2 Umlaufvermögen

Vorräte

Die Vorräte in Höhe von 13.112 TEUR (Vorjahr 12.498 TEUR) betreffen zu 66 % Vermögen der Kernverwaltung, mit 29 % Vermögen der OGM GmbH sowie mit 5 % Vermögen der STOAG. Im Wesentlichen handelt es sich bei den Werten um zur Veräußerung vorgesehene Grundstücke (6.480 TEUR), nicht abgerechnete Mietnebenkosten und Baumaßnahmen (2.194 TEUR), geleistete Anzahlungen für noch nicht abgerechnete Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen (3.511 TEUR) sowie um Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe (927 TEUR).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Gesamtbetrag der offenen Forderungen in Höhe von 55.341 TEUR (Vorjahr 49.934 TEUR) stammt zu 71 % aus Forderungen der Kernverwaltung, zu 23 % aus Forderungen der STOAG, zu 5 % aus Forderungen der OGM GmbH und zu 1 % aus Forderungen des Theaters Oberhausen.

Liquide Mittel

Im Gesamtabschluss zum 31.12.2013 waren liquide Mittel in Höhe von 8.898 TEUR (Vorjahr 11.766 TEUR) vorhanden. Sie betrafen im Wesentlichen mit 5.193 TEUR Guthaben der Kernverwaltung und mit 3.080 Guthaben des ASO Eigenbetriebs.

3.3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 14.547 TEUR (Vorjahr 12.356 TEUR) betreffen zu 98 % die Kernverwaltung. Hierin enthalten sind im Wesentlichen in Höhe von 3.363 TEUR die Zahlung der Beamtenbezüge für den Januar 2014, in Höhe von 5.137 TEUR geleistete Investitionskostenzuschüsse mit Gegenleistungsverpflichtung sowie in Höhe von 5.582 TEUR Zahlungen für Aufwendungen des Haushaltsjahres 2014.

3.3.1.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Die Ermittlung des Eigenkapitals erfolgt als rechnerische Größe aus der Differenz der bewerteten Aktivposten zu den bewerteten Passivposten. Da die Passivposten in der Bilanz die Aktivposten überstiegen, wurde der ermittelte Saldo in Höhe von 1.006 TEUR (Vorjahr 835 TEUR) auf der Aktivseite der Bilanz unter den Rechnungsabgrenzungsposten als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen und es konnten dementsprechend keine Rücklagen gebildet werden.

Das negative Eigenkapital resultiert aus der Bilanz des Kernhaushaltes, auch nach der Konsolidierung mit den anderen verselbständigten Aufgabenbereichen verbleibt der Ausweis des Eigenkapitals negativ.

3.3.2 Passiva

3.3.2.1 Eigenkapital

Erläuterungen zum Eigenkapital siehe Punkt 3.3.1.4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“.

3.3.2.2 Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung.

Im Berichtsjahr war kein Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung mehr vorhanden. Bisher ausgewiesene Unterschiedsbeträge, die bei Tochtergesellschaften aus BilMoG-Effekten des Geschäftsjahres 2010 resultierten, wurden nach Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt NRW mit bestehenden Geschäfts- oder Firmenwerten verrechnet.

3.3.2.3 Sonderposten

Der Gesamtbetrag der Sonderposten in Höhe von 499.722 TEUR (Vorjahr 517.569 TEUR) setzt sich zusammen aus:

Sonderposten für Zuwendungen

Sonderposten für Zuwendungen wurden für Geldleistungen von Dritten gebildet, die der Konzern Stadt Oberhausen für die Durchführung von Investitionen erhalten hat. Analog zur Abschreibung des Anlagevermögens werden die zugehörigen Sonderposten in Abhängigkeit von der Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst. Die Sonderposten für Zuwendungen in Höhe von 428.778 TEUR (Vorjahr 442.811 TEUR) setzten sich zusammen aus 381.542 TEUR die an die Kernverwaltung geleistet wurden, aus 46.009 TEUR die an die STOAG geleistet wurden sowie aus 1.227 TEUR die die OGM GmbH erhalten hat.

Sonderposten für Beiträge

Unter den Sonderposten für Beiträge in Höhe von 66.583 TEUR (Vorjahr 68.708 TEUR) werden die nach dem Kommunalabgabengesetz und Baugesetzbuch erhobenen Erschließungsbeiträge im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen sowie die erhobenen Kanalanschlussbeiträge ausgewiesen. Der Gesamtbetrag betrifft Beiträge die von der Kernverwaltung erhoben wurden.

Sonderposten für den Gebührenausgleich

Die Sonderposten für den Gebührenausgleich in Höhe von 3.827 TEUR (Vorjahr 3.919 TEUR) betreffen Kostenüberdeckungen innerhalb der Gebührenbereiche Straßenreinigung, Friedhöfe, Abfallbeseitigung sowie Märkte. Die Kommunen sind verpflichtet, diese Beträge in der Bilanz als Sonderposten auszuweisen. Gemäß § 6 Kommunalabgabengesetz sind diese Überschüsse in der Gebührenkalkulation der drei Folgejahre gebührenmindernd zu berücksichtigen. Analog dazu erfolgt eine Auf-

lösung der gebildeten Sonderposten. Auch dieser Sonderposten im Gesamtabschluss wurde komplett durch die Kernverwaltung eingebracht.

Sonstige Sonderposten

Die sonstigen Sonderposten in Höhe von 534 TEUR (Vorjahr 2.131 TEUR) betreffen komplett den ASO Eigenbetrieb.

3.3.2.4 Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die gebildete Pensionsrückstellung in Höhe von 387.016 TEUR (Vorjahr 379.430 TEUR) wurde für die Erfüllung künftiger, wahrscheinlicher Pensionszahlungen für die aktiven Beamten sowie für die Versorgungsempfänger gebildet und betrifft mit 98 % die Kernverwaltung. Die Berechnung erfolgte mit Hilfe zertifizierter Software unter Verwendung der Richttafeln von Heubeck bzw. in den Tochtergesellschaften anhand von Gutachten.

Rückstellung für Deponien und Altlasten

Die Rückstellung für Deponien und Altlasten in Höhe von 600 TEUR (Vorjahr 600 TEUR) betrifft ausschließlich die Stadt Oberhausen für notwendige zu erwartende Aufwendungen für die beiden ehemaligen Deponien auf der Bromberger Straße und in Vonderort.

Instandhaltungsrückstellungen

Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 4.308 TEUR (Vorjahr 4.406 TEUR) wurden in Höhe von 3.861 TEUR für notwendige Sanierungsarbeiten an den Hausanschlüssen städtischer Immobilien gebildet. Hierbei wurden nur die Maßnahmen berücksichtigt, für die in den nächsten Jahren eine konkrete Durchführungsabsicht vorliegt. Diese sind angelehnt an das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Oberhausen. Über den Planungszeitraum hinaus liegen keine konkreten Kostenermittlungen für die Sanierung weiterer Hausanschlüsse vor. Nach statistischer und überschlägiger Berechnung ohne Bezug zu Einzelobjekten können über die gebildete Rückstellung hinaus weitere Aufwendungen in Höhe von ca. 12 Mio. EURO entstehen. Weiterhin sind in den gebildeten Rückstellungen 254 TEUR für Rekultivierungsverpflichtungen von Verbandsgrünflächen sowie 193 TEUR für die Instandhaltung von Einrichtungen des Theaters enthalten.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Körperschaftssteuerverpflichtungen der OGM GmbH in Höhe von 800 TEUR.

Sonstige Rückstellungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen Rückstellungen beträgt 70.862 TEUR (Vorjahr 65.565 TEUR) und betrifft mit rund 77 % den Kernhaushalt, mit 17 % die STOAG, und mit 6 % die OGM GmbH.

Die sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen durch hohe Drohverlustrückstellungen beim Kernhaushalt geprägt (32.369 TEUR). Hierbei handelt es sich um mögliche Erstattungsverpflichtungen aus der Preisreduzierung von Entsorgungskosten der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) und um eventuelle Rückzahlungen von Zuschüssen für die Baureifmachung des Stahlwerksgeländes OVision.

Für Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurden Rückstellungen in Höhe von 16.901 TEUR gebildet. Die Berechnung erfolgte durch versicherungsmathematische Gutachten. Der Anteil des Kernhaushaltes beträgt rund 71 %.

In Höhe von 8.694 TEUR wurden Rückstellungen für übrige Personalkosten (noch nicht genommener Urlaub, Überhang Überstunden/Mehrarbeit, Beihilfeabrechnungen, Reisekosten etc.) gebildet.

Für Abrechnungsverhalte aus Kontrakten des öffentlichen Personennahverkehrs wurden Rückstellungen in Höhe von 4.903 TEUR gebildet.

Die Risiken für mögliche Rückzahlungen von Fördermitteln und Zuwendungen wurden mit weiteren 2.304 TEUR abgebildet.

Ferner wurden für fehlende Eingangsrechnungen, weitere Einzelrisiken und Verpflichtungen sonstige Rückstellungen in Höhe von 5.691 TEUR gebildet.

3.3.2.5 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gliedern sich nach Fristigkeiten gemäß dem beigefügten Verbindlichkeitenspiegel auf.

G e s a m t v e r b i n d l i c h k e i t e n s p i e g e l

	Gesamtbetrag am 31.12.2013	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2012
		bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Anleihen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	**405.911.945,83**	**15.602.716,69**	**46.377.162,29**	**343.932.066,85**	**416.683.905,56**
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	**1.515.200.000,00**	**465.200.000,00**	**910.000.000,00**	**140.000.000,00**	**1.466.500.000,00**
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**21.643.655,42**	**21.643.655,42**	**0,00**	**0,00**	**13.674.589,83**
6. Sonstige Verbindlichkeiten	**28.449.539,90**	**27.200.049,52**	**0,00**	**1.249.490,38**	**25.243.646,95**
Summe	**1.971.205.141,15**	**529.646.421,63**	**956.377.162,29**	**485.181.557,23**	**1.922.102.142,34**

Nachrichtliche Angaben:	**TEUR**
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Bürgschaften	**69.467**
Sicherheitsverpflichtung zu Forderungsabtretung GMVA	**31.596**

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen in Höhe von 405.912 TEUR (Vorjahr 416.684 TEUR) betreffen zu 76 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung, zu 16 % Verbindlichkeiten der OGM GmbH sowie zu 8 % Verbindlichkeiten der STOAG.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Sofern die Gemeinde nicht über ausreichende liquide Mittel verfügt um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, kann die Gemeinde Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen. Der Bestand dieser Kreditaufnahmen zum 31.12.2013 in Höhe von 1.515.200 TEUR (Vorjahr 1.466.500 TEUR) betrifft komplett Geldaufnahmen der Kernverwaltung.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 21.644 TEUR (Vorjahr 13.675 TEUR) betreffen Rechnungen für den Leistungszeitraum 2013 die erst im Folgejahr bezahlt werden. Sie betreffen mit 44 % Verbindlichkeiten der STOAG, mit 40 % Verbindlichkeiten der OGM GmbH, mit 15 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung und mit 1 % Verbindlichkeiten des Theaters Oberhausen.

Übrige sonstige Verbindlichkeiten

Die übrigen sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 28.450 TEUR (Vorjahr 25.244 TEUR) betreffen zu 84 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung, zu 14 % Verbindlichkeiten der OGM GmbH sowie zu 2 % Verbindlichkeiten der STOAG. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Zinsaufwendungen die den Zeitraum bis zum 31.12.2013 betreffen und zum Bilanzstichtag noch nicht gezahlt waren, um erhaltene Anzahlungen, um erhaltene Zuwendungen für Investitionen die noch nicht den damit geförderten Anlagegegenständen zugeordnet werden konnten sowie um Steuerverbindlichkeiten.

3.3.2.6 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Passiven Rechnungsabgrenzungen zum 31.12.2013 in Höhe von 20.876 TEUR (Vorjahr 18.265 TEUR) betreffen in Höhe von 20.796 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der Kernverwaltung, in Höhe von 69 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der Stoag und in Höhe von 11 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der OGM GmbH.

Sie beinhalten mit 11.472 TEUR Nutzungsentgelte von Grabstätten und mit 2.246 TEUR bereits vereinnahmte Grabpflegegebühren. Die Auflösung der Posten erfolgt zeitanteilig.

Für 5.137 TEUR sind erhaltene Investitionskostenzuschüsse passiviert, die an Dritte weitergeleitet wurden. Für die Gegenleistungsverpflichtung der Dritten wurde ein korrespondierender Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

1.892 TEUR der passiven RAP betreffen kreditorische Debitoren und mit 50 TEUR sind Zuwendungen an die Stadt Oberhausen bilanziert, deren Verwendung erst ab dem Haushaltsjahr 2014 erfolgt.

In Höhe von 69 TEUR sind Zahlungseingänge bei der Stoag und in Höhe von 10 TEUR Zahlungseingänge bei der OGM erfolgt, die wirtschaftlich erst das Jahr 2014 betreffen.

3.4 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung

3.4.1 Ordentliche Gesamterträge

Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den Steuern und ähnlichen Abgaben zählen die Realsteuern des § 3 Abs. 2 AO (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) sowie die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) und sonstige Gemeindesteuern wie z.B. Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer etc.. Ferner werden hier steuerähnliche Erträge, wie z.B. Fremdenverkehrsabgaben und Abgaben von Spielbanken erfasst. Die Gesamteinnahmen hierzu in Höhe von 211.021 TEUR (Vorjahr 241.595 TEUR) wurden durch die Kernverwaltung erzielt.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen sind Zuweisungen und Zuschüsse, die dem Empfänger als Finanzhilfen zur Erfüllung seiner Aufgaben zufließen. Bei den Zuweisungen erhalten die Gemeinden Geldmittel von einem öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger, wie beispielsweise Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen vom Land während die Gemeinden bei den Zuschüssen Mittel vom unternehmerischen und übrigen Bereich für laufende Zwecke, wie z. B. Spenden erhalten. Das Gesamtaufkommen an Zuwendungen in Höhe von 254.667 TEUR (Vorjahr 271.686 TEUR) betrifft zu über 98 % die Kernverwaltung. Neben den genannten Erträgen ist in der Gesamtsumme ein Betrag in Höhe von 23.120 TEUR aus der ertragswirksamen Auflösung von Sonderposten aus passivierten Zuwendungen für Investitionen enthalten.

Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfererträge betreffen Übertragungen von Finanzmitteln, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Hierunter fällt ebenso der Ersatz für Sozialhilfeleistungen wie Schuldendiensthilfen zur Erleichterung des Schuldendienstes für Kredite. Das Ertragsaufkommen aus Transferleistungen in Höhe von 3.937 TEUR (Vorjahr 4.211 TEUR) wurde zu 77 % durch die Kernverwaltung und zu 23 % durch das Theater Oberhausen erzielt.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte sind alle öffentlichen Abgaben, denen eine konkrete Leistung gegenübersteht, wie z. B. Genehmigungsgebühren, Passgebühren etc.. Weiterhin werden hier die Beiträge ausgewiesen, die dem Ersatz des Aufwands für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen dienen. Die gesamten öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte in Höhe von 95.181 TEUR (Vorjahr 94.995 TEUR) entfallen auf die Kernverwaltung.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Unter den privatrechtlichen Leistungsentgelten werden diejenigen Entgelte erfasst, für die konkrete Gegenleistungen der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises erbracht werden, ohne dass es hierfür eine öffentlich-rechtliche Grundlage (Satzung) gibt. Dies betrifft beispielsweise Verkaufserlöse, Mieten, Pachten sowie Entgelte für die Teilnahme an Kursen oder Veranstaltungen der Kommune. Der Gesamtbetrag in Höhe von 40.934 TEUR (Vorjahr 41.148 TEUR) wurde in Höhe von 23.769 TEUR durch die STOAG, in Höhe von 10.518 durch die OGM GmbH, in Höhe von 5.839 TEUR durch die Kernverwaltung und in Höhe von 808 TEUR durch das Theater erzielt.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zu den Kostenerstattungen und Kostenumlagen gehören die Erträge, die die Gemeinde für Aufwendungen erhält, die sie für andere Stellen erbracht hat. Die Kommune handelt in diesen Fällen im Auftrag eines Dritten, der die entstandenen Aufwendungen vollständig oder anteilig erstattet. Beispielsweise liegen Kostenerstattungen vor, wenn auf die Kommune Aufgaben von überörtlichen Sozialhilfeträgern delegiert werden. Wenn die Aufwendungen der Gemeinde, die im Auftrag eines Dritten geleistet wurden, nicht exakt berechnet, sondern nur pauschal in Rechnung gestellt werden, handelt es sich um eine Kostenumlage. Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 43.870 TEUR (Vorjahr 37.776) TEUR betreffen ausschließlich Einnahmen der Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge stellen eine Auffangposition für alle Erträge der Gemeinde dar, die nicht anderen Ertragspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen sowohl Konzessionsabgaben, Erträge aus Anlageverkäufen (bei Erlösen über dem Buchwert), Bußgelder, Säumniszuschläge als auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen etc.. Die sonstigen ordentlichen Erträge in Höhe von 31.772 TEUR (Vorjahr 28.811 TEUR) entfallen im Wesentlichen mit 25.283 TEUR auf die Kernverwaltung, mit 3.357 TEUR auf die STOAG, mit 2.310 TEUR auf den Eigenbetrieb Alteneinrichtungen und mit 822 TEUR auf die OGM GmbH.

Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierte Eigenleistungen stehen als Ertragsposition den Aufwendungen gegenüber, die zur Herstellung von Anlagevermögen eingesetzt wurden. Mit dem Ansatz aktivierter Eigenleistungen wird das Anlagevermögen erhöht. Die ertragswirksame Verbuchung der aktivierten Eigenleistung bewirkt, dass Erfolgsneutralität hergestellt wird. Herstellungskosten und Eigenleistungen weisen fallbezogen den gleichen Betrag auf. Die aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 4.465 TEUR (Vorjahr 2.076 TEUR) betreffen in Höhe von 4.462 TEUR die OGM GmbH und in Höhe von 3 TEUR die Kernverwaltung.

Bestandsveränderungen

Bei den Bestandsveränderungen werden Erhöhungen bzw. Verminderungen des Bestands an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen. Die Bestandsveränderungen von - 197 TEUR (Vorjahr – 543 TEUR) betreffen in voller Höhe die OGM GmbH.

3.4.2 Ordentliche Gesamtaufwendungen

Personalaufwendungen

Personalaufwendungen sind alle Aufwendungen, die unmittelbar mit der Beschäftigung von Beamten, Angestellten, Arbeitern und sonstigen Beschäftigten in der Verwaltung zusammenhängen. Die Personalaufwendungen werden brutto erfasst, d. h. inklusive Lohnnebenkosten, wie beispielsweise Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zuführungen zu Personalrückstellungen, z. B. Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für Urlaub und Altersteilzeit, etc. werden ebenfalls hier erfasst. Die Personalaufwendungen des Jahres 2013 belaufen sich auf 182.250 TEUR (Vorjahr 167.612 TEUR). Sie betreffen mit 125.997 TEUR die Kernverwaltung, mit 27.485 TEUR die OGM GmbH, mit 22.000 TEUR die STOAG sowie mit 6.768 TEUR das Theater Oberhausen.

Versorgungsaufwendungen

Unter die Versorgungsaufwendungen fallen alle Aufwendungen für die aus dem Dienst ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Angehörige sofern die Aufwendungen nicht bereits in Vorjahren durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt wurden. Von den gesamten Versorgungsaufwendungen in Höhe von 15.906 TEUR (Vorjahr 28.575 TEUR) entfallen 15.756 TEUR auf die Kernverwaltung sowie 150 TEUR auf die STOAG.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betreffen Aufwendungen die mit dem gemeindlichen Verwaltungshandeln (Betriebszweck) bzw. Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen. Unter anderem werden hier die Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie des sonstigen Sachanlagevermögens erfasst. Weiterhin fallen unter diese Position sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, wie beispielsweise der Erwerb von Waren und die Aufwendungen für Dienstleistungen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 137.978 TEUR (Vorjahr 158.544 TEUR) betreffen mit 72.279 TEUR die Kernverwaltung, mit 46.113 TEUR die OGM GmbH, mit 18.688 TEUR die STOAG, mit 826 TEUR das Theater Oberhausen und mit 72 TEUR den Eigenbetrieb Alteneinrichtungen.

Bilanzielle Abschreibungen

Der anteilige Ressourcenverbrauch, der durch die Nutzung des Anlagevermögens über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer entsteht, wird hier anteilig in Höhe der jeweiligen jährlichen Abschreibungsbeträge erfasst. Diese Beträge mindern den Wert

des Anlagermögens ergebniswirksam. Die Gesamtabschreibungen in Höhe von 92.577 TEUR (Vorjahr 86.474 TEUR) erfolgten in Höhe von 47.793 TEUR auf Vermögensgegenstände der Kernverwaltung, in Höhe von 36.466 TEUR auf Vermögensgegenstände der STOAG, in Höhe von 7.395 TEUR auf Vermögensgegenstände der OGM GmbH sowie in Höhe von 923 TEUR auf Vermögensgegenstände des Eigenbetriebs Alteneinrichtungen.

Transferaufwendungen

Als Transferleistung werden die Leistungen der Gemeinde an Dritte erfasst, ohne dass diesen eine konkrete Gegenleistung gegenübersteht. Es handelt sich um einsei tige Geschäftsvorfälle, denen kein Leistungsaustausch zu Grunde liegt. Grundlage hierfür können Rechtsnormen, Ratsbeschlüsse oder Verwaltungsentscheidungen sein. Unter die Transferleistungen fallen insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen, Sozialtransfers und allgemeine Umlagen. Die Aufwendungen für Sozialtransfers ergeben sich aus der Sozialgesetzgebung, insbesondere sind dies Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII, dem Jugendwohlfahrtsgesetz, dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Wohngeldgesetz etc.. Unter die Transferaufwendungen fallen auch die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit. Die Transferaufwendungen in Höhe von 206.185 TEUR (Vorjahr 205.517 TEUR) betreffen ausschließlich die Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind eine Sammelposition für die Aufwendungen, die nicht anderen Aufwandspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen beispielsweise Kosten für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Versicherungsbeiträge, Telefonkosten sowie Beiträge an Berufsverbände. Der Gesamtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 117.579 TEUR (Vorjahr 115.677) TEUR betrifft mit 87.971 TEUR die Kernverwaltung, mit 27.874 die OGM GmbH, mit 1.556 TEUR das Theater Oberhausen, mit 175 TEUR die STOAG und mit 3 TEUR den Eigenbetrieb Alteneinrichtungen. Im besonderen Fall der Konsolidierung mit einer Kommune ergibt sich aus der Umsatzsteuerrelevanz, dass Netto-Umsätze der umsatzsteuerpflichtigen Betriebe den bei der Stadt Oberhausen brutto erfassten Aufwendungen gegenüberstehen, so dass nach durchgeführter Aufwandskonsolidierung zwangsläufig der bestehende Saldo als Aufwand verbleibt. Hierdurch wird der Vorteil des Vorsteuerabzugs, den die Tochterunternehmen bei bezogenen Waren und Leistungen erzielen, eliminiert. Diese Aufwendungen hätte die Kommune ansonsten direkt gegenüber Dritten. Im Gesamtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind solche Soll-Differenzen durch Umsatzsteuer aus der Aufwands-/Ertragseliminierung in Höhe von 14.884 TEUR enthalten.

3.4.3 Ordentliches Gesamtergebnis

Das ordentliche Gesamtergebnis stellt dar, welche Ertragskraft sich aus der laufenden Tätigkeit der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises ergibt. Es wird aus dem Saldo der ordentlichen Gesamterträge und der ordentlichen Gesamtaufwendungen ermittelt. Für das Jahr 2013 ergibt sich hier eine Unterdeckung in Höhe von 66.825 TEUR (Vorjahr 40.644 TEUR).

3.4.4 Finanzerträge

Zu den Finanzerträgen zählen für die Kommune Zinserträge, z. B. aus ausgegebenen Darlehen sowie Dividenden und andere Gewinnanteile von Beteiligungen, Ausleihungen und Wertpapieren des Anlagevermögens. Weiterhin werden hier die Zinserträge des Umlaufvermögens, wie Tagesgeld- bzw. Festgeldzinsen ausgewiesen. Die Finanzerträge in Höhe von 10.287 TEUR (Vorjahr 12.950 TEUR) wurden zu 98 % durch die STOAG erzielt.

3.4.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen betreffen sämtliche Zinsaufwendungen und Kreditbeschaffungskosten aus der Inanspruchnahme von Fremdkapital. Von den gesamten Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 42.675 TEUR (Vorjahr 46.929 TEUR) betreffen 37.482 TEUR die Kernverwaltung, 3.149 TEUR die OGM GmbH, 2.042 TEUR die STOAG sowie 2 TEUR das Theater Oberhausen.

3.4.6 Gesamtfinanzergebnis

Das Finanzergebnis ergibt sich aus dem Saldo zwischen den Finanzerträgen und den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen. Es verdeutlicht, wie sehr das Fremdkapital durch Zinsaufwendungen das Jahresergebnis beeinflusst. Im Gesamtfinanzergebnis ergibt sich eine Unterdeckung in Höhe von 32.388 TEUR (Vorjahr 33.979 TEUR).

3.4.7 Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit

Das Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit wird aus dem Ergebnis des ordentlichen Gesamtergebnisses und dem Gesamtfinanzergebnis gebildet. Die Unterdeckungen beider Einzelergebnisse summieren sich zu einem negativen Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 99.213 TEUR (Vorjahr 74.623 TEUR).

3.4.8 Außerordentliches Gesamtergebnis

Hierunter fallen Aufwendungen und Erträge, die außerhalb des ordentlichen Verwaltungsverlaufes anfallen, aber durch die Aufgabenerfüllung der Gemeinde verursacht wurden. Sie beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Die Abgrenzung von den ordentlichen Aufwendungen und Erträgen soll vermeiden, dass ein falsches Bild von der Ertragslage der Kommune entsteht. Im Haushaltsjahr 2013 waren hierzu keine Vorgänge zu verzeichnen.

3.4.9 Gesamtjahresergebnis

Das negative Gesamtjahresergebnis in Höhe von 99.213 TEUR (Vorjahr 74.623 TEUR) ergibt sich aus der Hinzurechnung des außerordentlichen Gesamtergebnisses zum Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit.

3.5 Sonstige Gesamtanhangsangaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Zum 31.12.2013 bestanden ausschließlich bei der Kernverwaltung Bürgschaften in Höhe von 69.467 TEUR (Vorjahr 75.355 TEUR) sowie Sicherheitsverpflichtungen zu Forderungsabtretungen der GMVA in Höhe von rd. 31.596 TEUR (Vorjahr 37.121 TEUR).

3.5.2 Sonstige Verpflichtungen

Aus Miet-, Leasing-, Pacht-, Service- und Wartungsverträgen bestehen zum 31.12.2013 Verpflichtungen bei den Tochterunternehmen des Vollkonsolidierungskreises in Höhe von 6.863 TEUR (Vorjahr 9.691 TEUR) jährlich, davon 190 TEUR innerhalb des Vollkonsolidierungskreises. Weiterhin bestand ein Bestellobligo für Investitionen in Höhe von 56 TEUR.

3.5.3 Gesonderte Gesamtanhangsangaben

Besondere Umstände, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2013 befand sich der Einzelabschluss der Stadt Oberhausen für dieses Haushaltsjahr noch in der Prüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung. Ergebnisse, die ggf. noch zu Veränderungen der Vermögens- und Schuldenpositionen sowie des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ führen könnten sind zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt.

Zinssicherungsgeschäfte

Zur Sicherung von Zinskonditionen für aufgenommene Darlehen hat die Stadt Oberhausen für sieben Darlehen SWAP-Geschäfte abgeschlossen, bei denen die Entwicklung des variablen Zinssatzes sich eliminiert. Die Grundgeschäfte der Darlehensaufnahmen und die zugehörigen SWAP-Abschlüsse bilden eine Bewertungseinheit aus der keine bilanzierungspflichtigen Vorgänge entstehen.

Beiträge aus Erschließungsmaßnahmen

Grundsätzlich sind die Forderungen für Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen mit der Entstehung des Anspruches zu bilanzieren. Sofern noch keine Erhebung erfolgt ist, sind die Beträge für diese Maßnahmen gem. § 44 Absatz 2 Nr. 6 Gemeindehaushaltsverordnung im Anhang nachrichtlich zu erwähnen. Aus dem Anhang des Kernhaushaltes wurde übernommen, dass die zum Bilanzstichtag 31.12.2013 noch nicht erhobenen abrechnungsfähigen Erschließungsmaßnahmen rd. 217 TEUR betrugen.

Kapitalflussrechnung (Cash-Flow-Rechnung)

Die Gesamtkapitalflussrechnung wurde unter Anwendung der indirekten Methode nach dem Top-down-Konzept für den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit aufgestellt.

Die Entwicklung des Finanzmittelfonds, welcher den Liquiden Mitteln aus der Bilanz entspricht, ist nachfolgend anhand der Kapitalflussrechnung nach dem DRS 2 Standard dargestellt:

Gesamtkapitalflussrechnung Stadt Oberhausen

		2013 EUR	2012 EUR
1.	Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	-99.212.648,32	-74.623.200,29
2.	+/- Abschreibungen /Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	160.844.454,35	85.401.205,97
3.	+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	13.377.900,32	38.223.044,38
4.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-27.084.581,26	-27.541.918,90
5.	+/- Verlust / Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	5.509.237,28	3.449.097,01
6.	+/- Abnahme / Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sowie anderen Aktiva die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-8.212.858,24	5.434.559,18
7.	+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	13.985.980,42	-8.015.083,49
8.	+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten		0,00
9.	**= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**59.207.484,55**	**22.327.703,86**
10.	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	2.822.845,65	7.139.987,92
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-40.825.797,09	-31.426.910,82
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens		0,00
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-177.638,85	-217.851,57
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	1.100.652,88	1.126.673,44
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.703,32	-426,87
16.	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten		0,00
17.	- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten		0,00
18.	+ Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		0,00
19.	- Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		0,00
20.	**= Cashflow aus Investitionstätigkeit**	**-37.084.640,73**	**-23.378.527,90**
21.	+/- Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen/Eigenkapitalreduzierungen	-71.956.478,78	640.966,84
22.	- Auszahlungen an Unternehmenseigener und Minderheitsgesellschafter		
23.	+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	1.013.175.498,37	1.364.467.301,68
24.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-975.447.458,10	-1.383.520.602,58
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen sowie sonstigen Sonderposten	9.237.525,19	14.023.352,97
26.	**= Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	**-24.990.913,32**	**-4.388.981,09**
27.	**Zahlungswirksame Veränderung des Zahlungsmittelfonds**	**-2.868.069,50**	**-5.439.805,13**
28.	**+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds**		0,00
29.	**Finanzmittelfonds am Anfang der Periode**	**11.766.215,15**	**17.206.020,28**
30.	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**8.898.145,65**	**11.766.215,15**

In den Abschreibungen/Zuschreibungen auf das Anlagevermögen sind zusätzlich zu den Beträgen der Gesamtergebnisrechnung noch weitere Wertveränderungen des Anlagevermögens enthalten, die nach dem bestehenden Gliederungsschema zum DRS 2 Standard keiner anderen Position zuzuordnen waren.

Die sonstigen zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge enthalten insbesondere die Auflösungen von Sonderposten.

Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen betreffen im Wesentlichen das Infrastrukturvermögen, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, Maschinen und technische Anlagen/Fahrzeuge sowie bebaute und unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.

Im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden neben den Eigenkapitalveränderungen gem. Zeile 21 noch die tatsächlich geflossenen liquiden Mittel zur Neuaufnahme bzw. Tilgung von Darlehen sowie die Einzahlungen zu Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge und sonstigen Sonderposten abgebildet.

4. Gesamtlagebericht

4.1 Allgemeine Angaben

Der vorliegende Gesamtabschluss ist gem. § 116 Abs. 1 GO NRW, sowie gem. § 49 Abs. 2 GemHVO NRW um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der einem handelsrechtlichem Konzernlagebericht nachempfundene Gesamtlagebericht der Gemeinde soll dem Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger, des Rates und der Aufsichtsbehörde nachkommen und ein zusammenfassendes Bild über die Vermögens-, Schulden-, Aufwands-, Ertrags und Finanzgesamtlage vermitteln. Zu diesem Zweck werden in diesem Gesamtlagebericht die wesentlichen Informationen zum „Konzern Stadt Oberhausen“ zusammengefasst. Darüber hinausgehende Detailinformationen können dem beigefügten Beteiligungsbericht, sowie den Einzeljahresabschlüssen der beteiligten Einheiten entnommen werden.

4.2 Erläuterungen im Einzelnen

Die Untersuchung der einzelnen Gesamtabschlussbestandteile vermittelt zusammengefasst die gesamtwirtschaftliche Situation der Stadt Oberhausen, diese stellt sich wie folgt dar:

4.2.1 Vermögens- und Schuldenlage

Die Gesamtbilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2013 auf 2.955.390 TEUR und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 47.243 TEUR (1,6 %) erhöht.

Das Gesamtanlagevermögen hat sich um 129.269 TEUR (6,5 %) auf 1.857.233 TEUR verringert. Dieses liegt daran, dass Neuinvestitionen nicht in ausreichendem Umfang getätigt werden konnten um den Werteverzehr der Ressourcen zu kompensieren.

Die Abnahme der Finanzanlagen auf 96.287 TEUR (2012: 190.215 TEUR) stammt überwiegend aus vorgenommenen Abwertungen in Einzelabschlüssen sowie aus Abschreibungen von ermittelten Geschäfts- o. Firmenwerten aus den Equity-Einheiten im Rahmen des Gesamtabschlusses.

Im Bereich des Umlaufvermögens haben sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 10,8 % auf 55.341 TEUR erhöht, dies ist im Wesentlichen auf gestiegene Steuerforderungen der Stadt Oberhausen zurückzuführen. Der Bestand an Liquiden Mitteln ist um 24,4 % auf 8.898 TEUR gesunken. Der Anstieg der

Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten um 2.191 TEUR (17,7 %) auf 14.547 TEUR setzt sich im Wesentlichen zusammen aus einem Anstieg der Zahlungen die das folgende Haushaltsjahr betreffen in Höhe von 1.114 TEUR, aus einem Anstieg der geleisteten Investitionskostenzuschüsse um 772 TEUR sowie aus einem Anstieg von Zahlungen der Beamtenbezüge für den Januar des Folgejahres um 113 TEUR.

Die Reduzierung der Sonderposten von 517.569 TEUR auf 499.722 TEUR (- 3,4 %) ist darin begründet, das der jährlichen ertragswirksamen Auflösung keine entsprechenden Zuführungen des Jahres 2013 gegenüberstehen.

Die Erhöhung der Rückstellungen von 450.208 TEUR auf 463.586 TEUR (3 %) betrifft mit 7.585 TEUR Pensionsrückstellungen und ist auf steigende Anwartschaften im Kernhaushalt zurückzuführen. Ferner ist ein Anstieg der Sonstigen Rückstellungen um 5.297 TEUR sowie ein Anstieg der Steuerrückstellungen um 593 TEUR zu verzeichnen.

Die Gesamtverbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr von 1.922.102 TEUR um 49.103 TEUR auf 1.971.205 TEUR erhöht.

Gesamtbilanz zum 31.12. in TEUR	2013	2012	Veränd.	in %
A K T I V A	**2.955.390**	**2.908.147**	**47.243**	**1,62**
1. Anlagevermögen	1.857.233	1.986.503	-129.270	-6,51
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	8.532	9.397	-865	-9,21
1.2 Sachanlagen	1.752.414	1.786.891	-34.477	-1,93
1.3 Finanzanlagen	96.287	190.215	-93.928	-49,38
2. Umlaufvermögen	77.352	74.198	3.154	4,25
2.1 Vorräte	13.112	12.498	614	4,91
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	55.342	49.934	5.408	10,83
2.4 Liquide Mittel	8.898	11.766	-2.868	-24,38
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	14.547	12.355	2.192	17,74
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.006.258	835.091	171.167	20,5
P A S S I V A	**2.955.390**	**2.908.147**	**47.243**	**1,62**
1. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	0	2	-2	-100
2. Sonderposten	499.722	517.569	-17.847	-3,45
2.1 Sonderposten für Zuwendungen	428.778	442.811	-14.033	-3,17
2.2 Sonderposten für Beiträge	66.583	68.708	-2.125	-3,09
2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	3.827	3.919	-92	-2,35
2.4 Sonstige Sonderposten	534	2.131	-1.597	-74,94
3. Rückstellungen	463.587	450.208	13.379	2,97
3.1 Pensionsrückstellungen	387.016	379.430	7.586	2
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	600	600	0	0
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	4.309	4.406	-97	-2,2
3.4 Steuerrückstellungen	800	207	593	286,47
3.5 Sonstige Rückstellungen	70.862	65.565	5.297	8,08
4. Verbindlichkeiten	1.971.205	1.922.103	49.102	2,55
4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	405.912	416.684	-10.772	-2,59
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.515.200	1.466.500	48.700	3,32
4.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.644	13.675	7.969	58,27
4.4 Sonstige Verbindlichkeiten	28.449	25.244	3.205	12,7
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	20.876	18.265	2.611	14,3

4.2.2 Ertrags- und Aufwandssituation

Das Gesamtjahresergebnis 2013 weist einen Fehlbetrag von 99.213 TEUR aus. Dies ist gegenüber dem Jahresfehlbetrag des Jahres 2012 in Höhe von 74.623 TEUR eine Verschlechterung von 24.590 TEUR.

Die ordentlichen Gesamtaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr auf 752.475 TEUR (Vorjahr: 762.398 TEUR) um 1,3 % gesunken.

Die Gesamterträge von 685.650 TEUR (Vorjahr 721.754 TEUR) haben sich um 5 % verringert. Wesentlichen Anteil daran haben die Abnahmen bei den Steuern und Abgaben (- 12,7%) und bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (- 6,3%).

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen haben sich um 6.094 TEUR erhöht, die sonstigen ordentlichen Erträge um 2.961 TEUR.

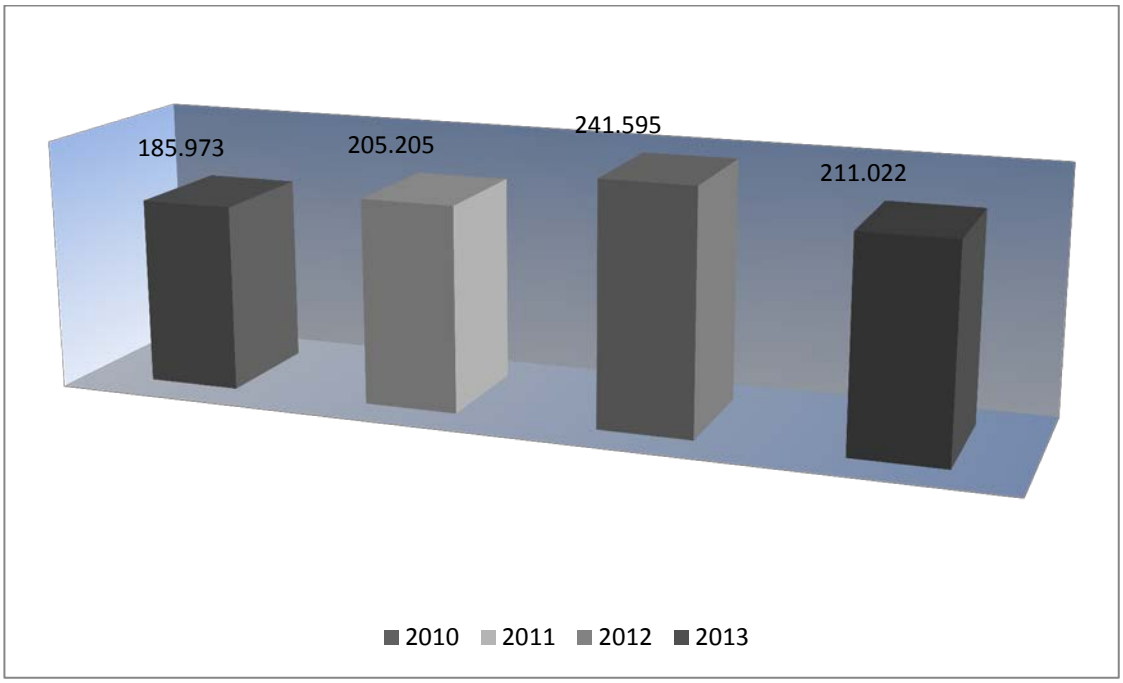
Der deutliche Anstieg der aktivierten Eigenleistungen auf 4.465 TEUR um 2.389 TEUR zum Vorjahr betrifft fast ausschließlich die OGM GmbH.

Negativ haben sich die Steigerung der Personalaufwendungen um 14.638 TEUR (8,7%) und die Erhöhung der Abschreibungen um 6.103 TEUR (7,1%) ausgewirkt. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen haben sich hingegen um 20.566 TEUR (13%) verringert. Die Versorgungsaufwendungen sind ebenfalls um 12.669 TEUR (44,3%) gesunken.

Das negative Finanzergebnis in Höhe von - 32.388 TEUR (Vorjahr – 33.979 TEUR) ist im Wesentlichen durch Zinsaufwand für Kreditaufnahmen bei der Kernverwaltung in Höhe von 37.482 TEUR, in Höhe von 3.149 TEUR bei der OGM GmbH sowie in Höhe von 2.042 TEUR bei der Stoag begründet.

Gesamtergebnisrechnung der Stadt Oberhausen zum 31.12.2013				
	31.12.2013	31.12.2012		
Gesamtergebnis	**TEUR**	**TEUR**	**Abw**	**in %**
01 Steuern und ähnliche Abgaben	211.022	241.595	-30.573	-12,7
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	254.666	271.685	-17.019	-6,3
03 Sonstige Transfererträge	3.937	4.211	-274	-6,5
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	95.181	94.995	186	0,2
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	40.934	41.148	-214	-0,5
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	43.870	37.776	6.094	16,1
07 Sonstige ordentliche Erträge	31.772	28.811	2.961	10,3
08 Aktivierte Eigenleistungen	4.465	2.076	2.389	115,1
09 Bestandsveränderungen (-/+)	-197	-543	346	-63,7
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	**685.650**	**721.754**	**-36.104**	**-5**
11 Personalaufwendungen	182.250	167.612	14.638	8,7
12 Versorgungsaufwendungen	15.906	28.575	-12.669	-44,3
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	137.978	158.544	-20.566	-13
14 Bilanzielle Abschreibungen	92.577	86.474	6.103	7,1
15 Transferaufwendungen	206.185	205.517	668	0,3
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	117.579	115.676	1.903	1,6
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	**752.475**	**762.398**	**-9.923**	**-1,3**
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	**-66.825**	**-40.644**	**-26.181**	**64,4**
19 Finanzerträge	10.287	12.950	-2.663	-20,6
20 Finanzaufwendungen	42.675	46.929	-4.254	-9,1
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	**-32.388**	**-33.979**	**1.591**	**-4,7**
22 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18 + 21)	**-99.213**	**-74.623**	**-24.590**	**33**
23 Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
24 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	**0**	**0**	**0**	**0**
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	**-99.213**	**-74.623**	**-24.590**	**33**

Steuern und ähnliche Abgaben

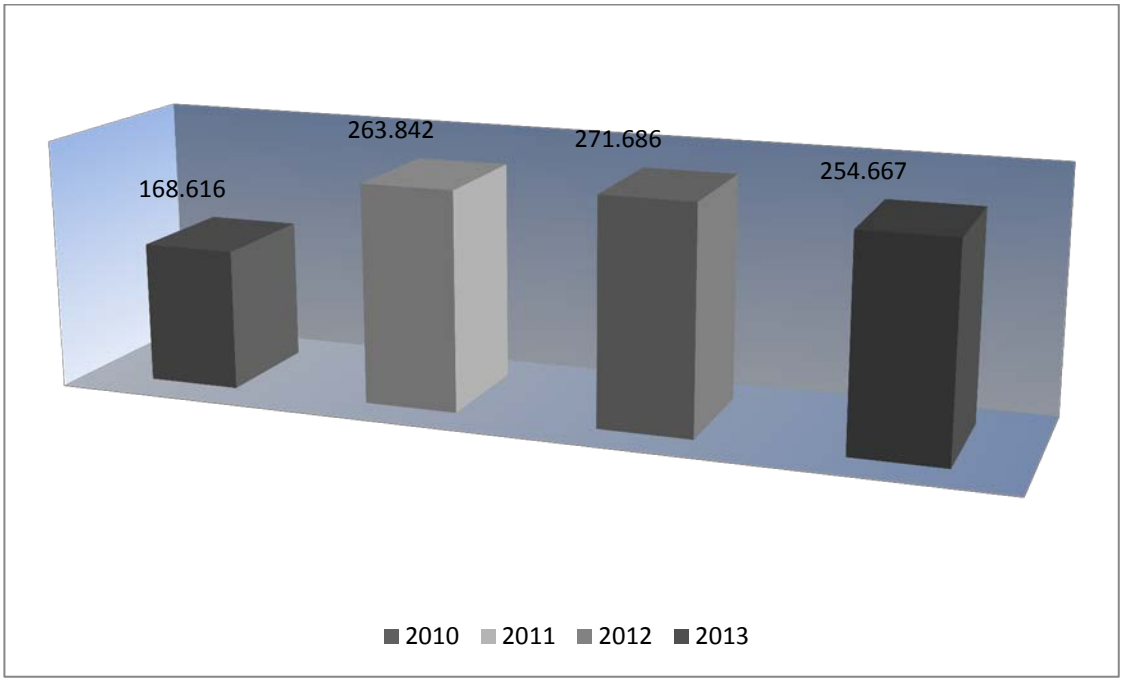


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

Die Steuern und ähnlichen Abgaben sind gegenüber dem Vorjahreswert um 12,7 % (- 30.574 TEUR) gesunken.

Die Verringerung ist im Wesentlichen auf Mindererträge der Kernverwaltung im Bereich der Gewerbesteuer (- 35.793 TEUR), zurückzuführen. Dem stehen Mehrerträge aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+ 3.268 TEUR) sowie der Leistungen der Grundsicherung Arbeitssuchender (+ 1.091 TEUR) gegenüber.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

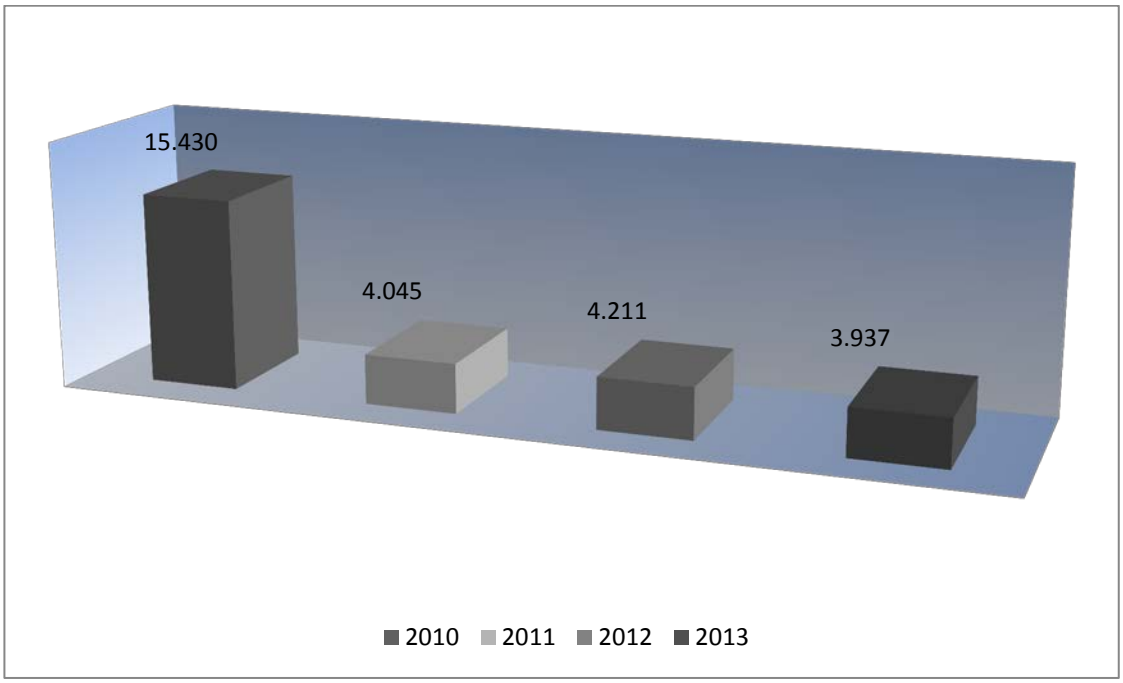


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind wie die Steuern im Vergleich zum Vorjahr rückläufig, - 17.020 TEUR oder - 6,3%.

Die Minderung ist im Wesentlichen der Verringerung der allgemeinen Zuweisungen des Landes im Zuge des Stärkungspaktgesetzes (- 12.759 TEUR) sowie der Reduzierung der Schlüsselzuweisungen des Landes (- 2.513 TEUR) geschuldet.

Sonstige Transfererträge

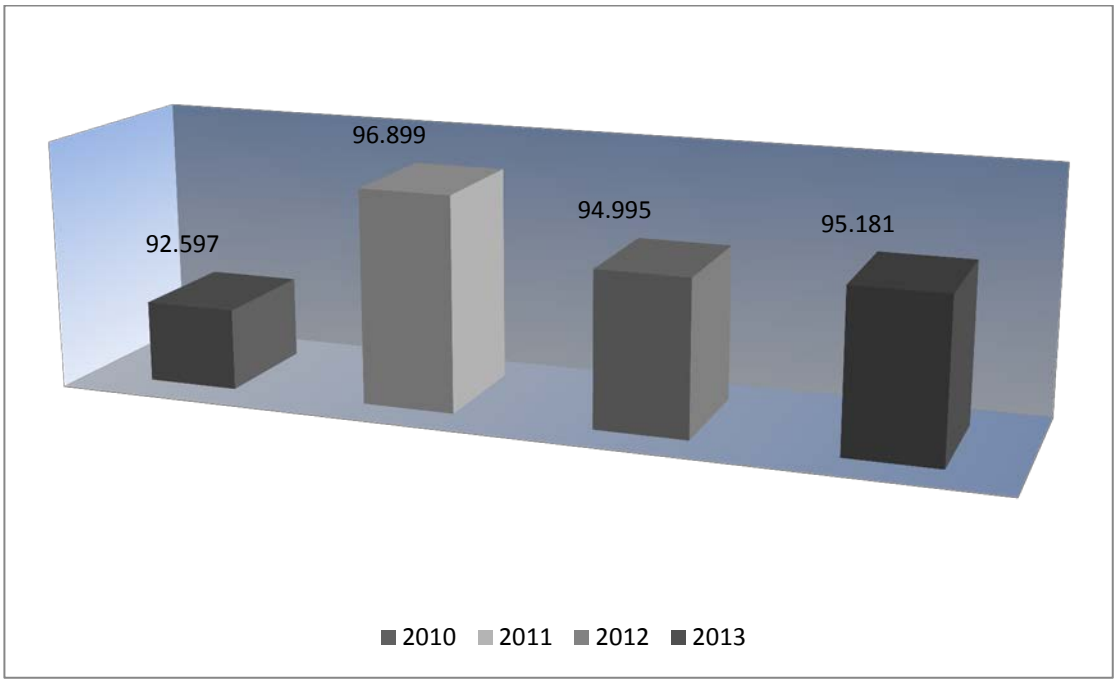


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

Die geringeren sonstigen Transfererträge im Vergleich der Geschäftsjahre 2010 / 2011 bis 2013 sind dadurch bedingt, dass bei der Kernverwaltung eine gesetzlich notwendige Umplanung der Leistungsbeteiligung – KdU (Kosten der Unterkunft) in 2011 erfolgte. Im Jahr 2010 wurden Erträge in Höhe von 12.262 TEUR erzielt. Ab dem Geschäftsjahr 2011 erfolgte die Ausweisung im Rahmen der Kostenerstattungen und Kostenumlagen.

Die Verringerung der sonstigen Transfererträge von 6,5 % macht einen Minderertrag von rd. 274 TEUR gegenüber dem Vorjahr aus. Auf Grund der marginalen Auswirkungen wird auf eine nähere Betrachtung verzichtet.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

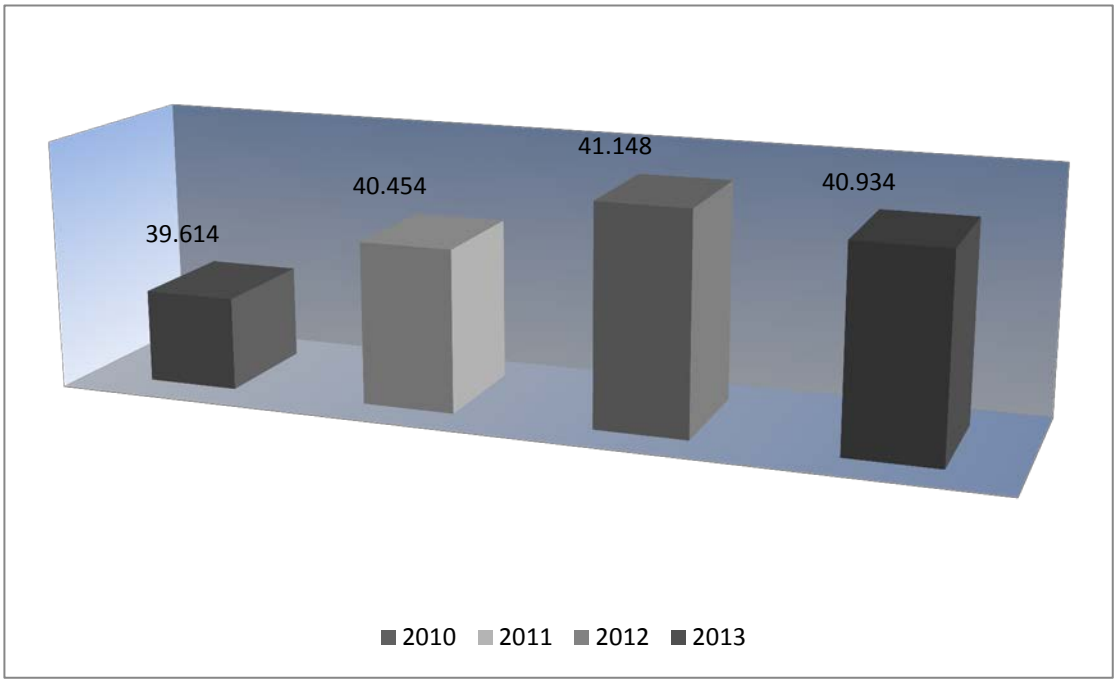


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

Die Mehrerträge belaufen sich auf +0,2 % (186 TEUR) und resultieren aus folgenden Sachverhalten der Kernverwaltung.

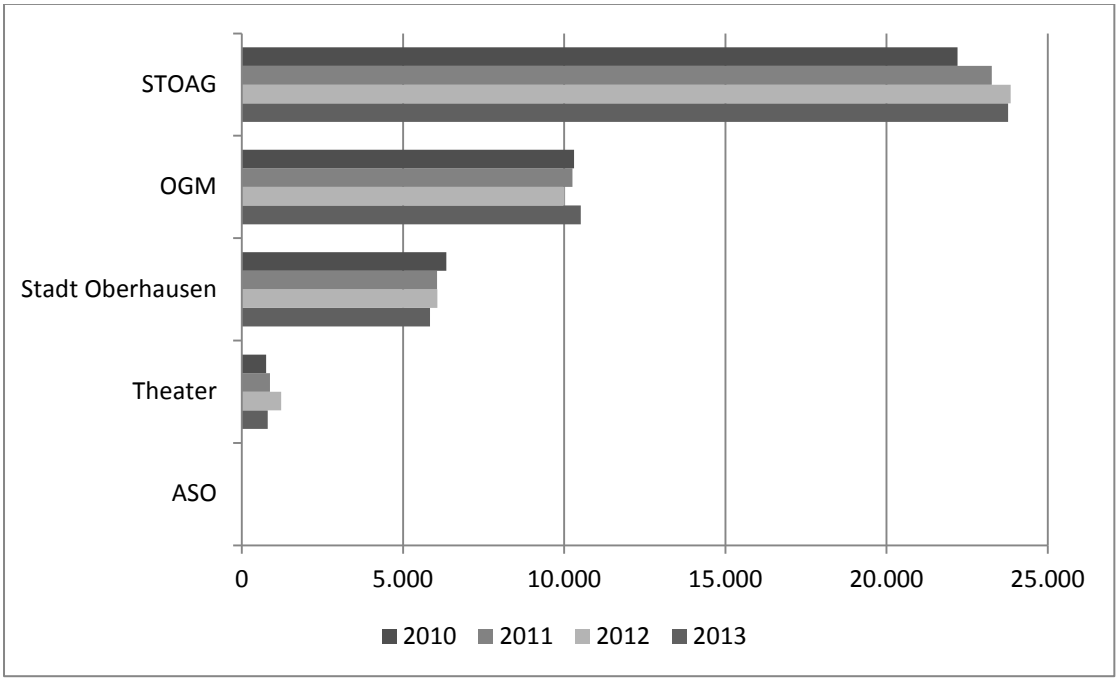
	2013	2012	Abweichung
Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte (u.a. Abfallbeseitigung, Straßenreinigung)	44.624	45.646	- 1.022
Verwaltungsgebühren (u.a. Zulassung, Bauaufsichtliche Verfahren)	5.722	6.384	- 662
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (Gebührenausgleich Abwasserbeseitigung, Abfall-beseitigung	1.857	1.116	+ 741
Benutzungsgebühr –Schmutzwasser	25.468	24.759	+ 709
Benutzungsgebühr –Niederschlagswasser	13.354	12.808	+ 546

Privatrechtliche Leistungsentgelte

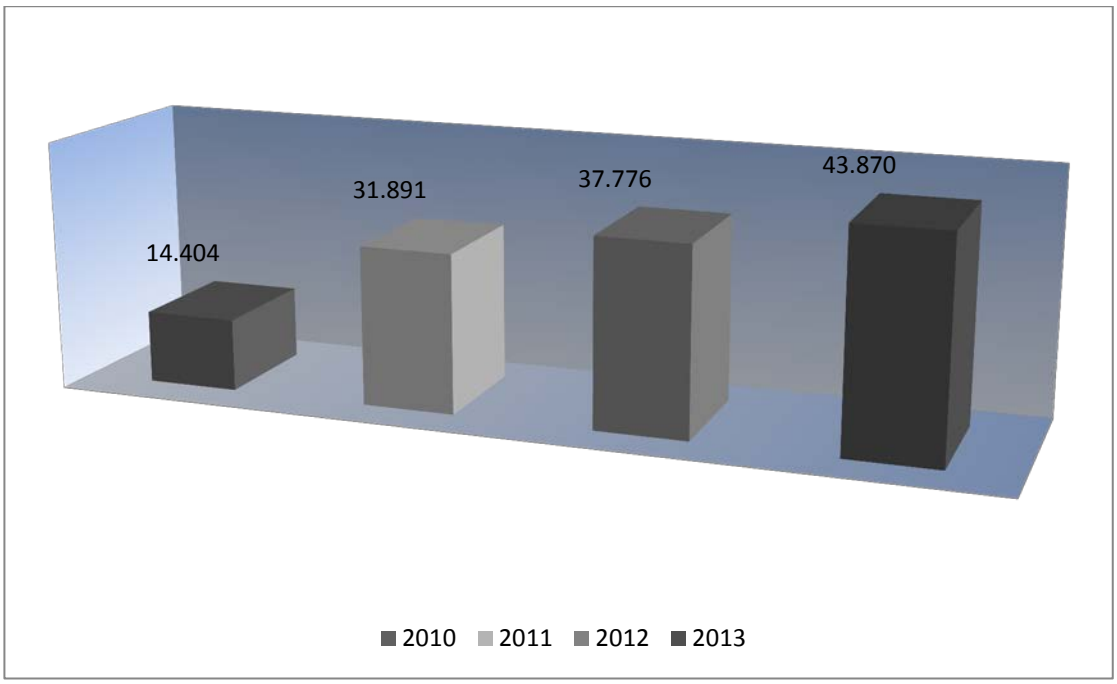


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

Die Verringerung der privatrechtlichen Leistungsentgelte von 0,5 % macht einen Mindererertrag von rd. 214 TEUR, im Wesentlichen resultierend aus den Verschiebungen im Bereich der Mieterträge OGM (- 363 TEUR) sowie den sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten (+ 103 TEUR), gegenüber dem Vorjahr aus.



Kostenerstattungen und Kostenumlagen

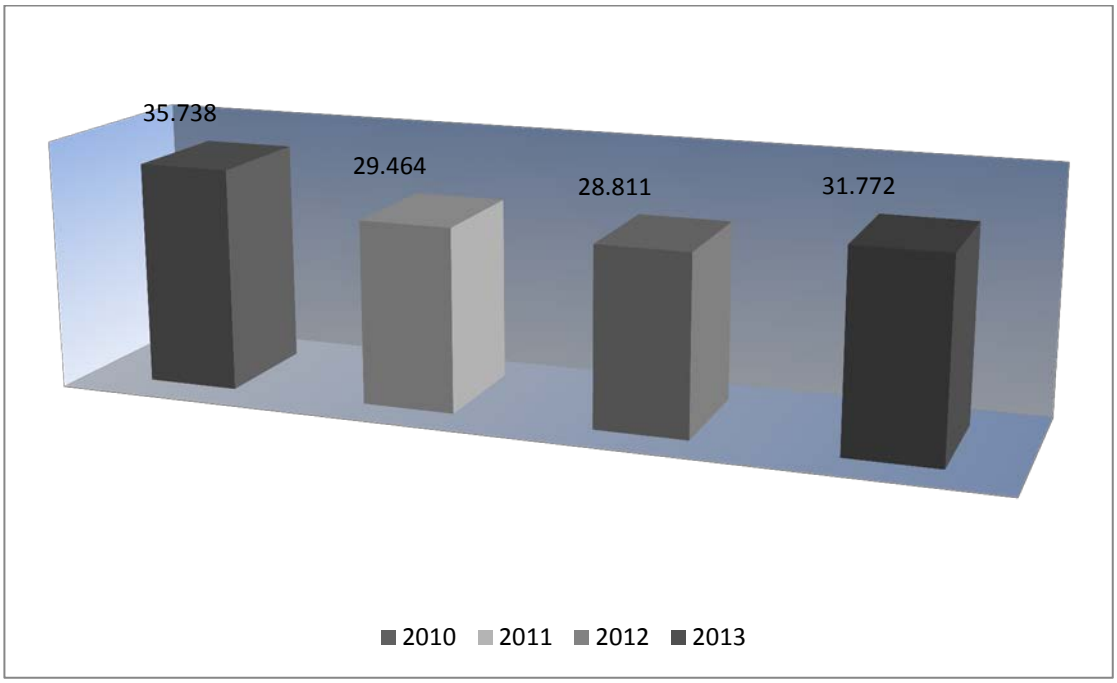


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

Hierunter fallen ausschließlich Erträge der Kernverwaltung. Die Verbesserung des Jahres 2011 im Vergleich zu 2010 ist auf die Umsetzung der Kosten der Unterkunft (Erstattungen des Bundes) aus den sonstigen Transfererträgen zurück zu führen.

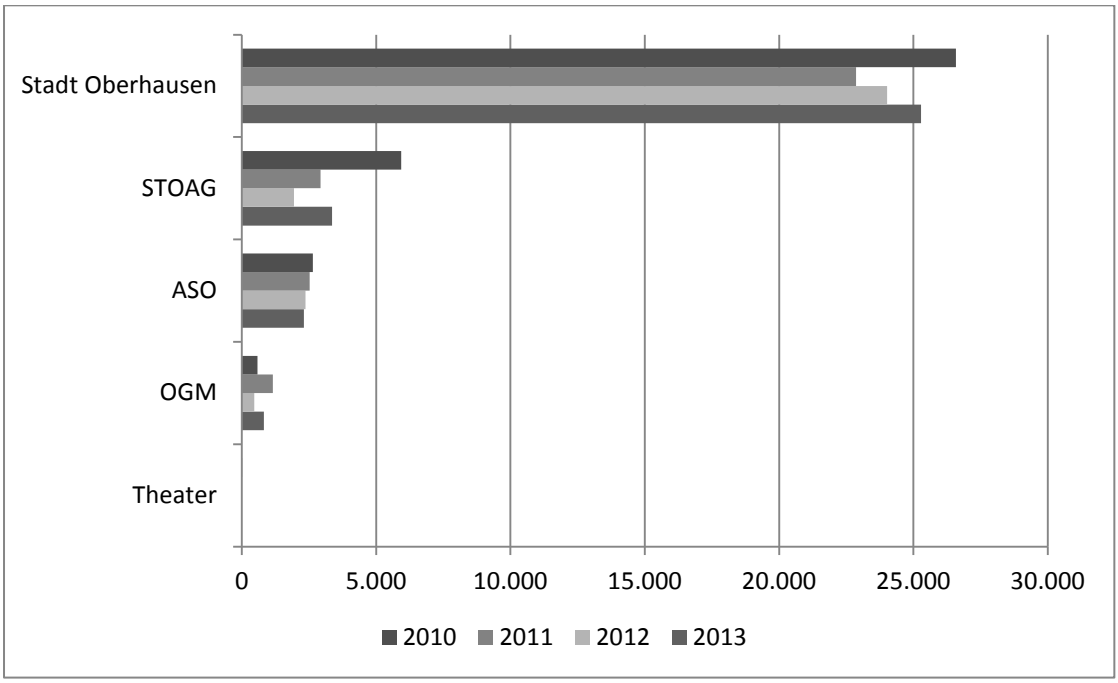
Die Steigerung der Erträge im Vergleichszeitraum 2013 / 2012 von rd. 6.094 TEUR (+ 16,1 %) resultiert aus erhöhten Erträgen den Erstattungen vom Bund (+ 5.383 TEUR, zB Hilfe zur Grundsicherung im Alter) sowie den Erstattungen von Gemeinden/GV (+ 769 TEUR, zB Inobhutnahme, fam.ers. + -unterstützende Hilfen).

Sonstige ordentliche Erträge



Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

Die sonstigen ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahreswert um 10,3 % (+ 2.961 TEUR) höher ausgefallen.



Sowohl die Kernverwaltung (+ 1.261 TEUR, resultierend aus einer Vielzahl an Erhöhungen/Verminderungen, bspw. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen + 2.744 TEUR, Verzinsung der Gewerbesteuer – 3.599 TEUR), die STOAG (+ 1.411 TEUR, Erhöhung der Erträge aus Anlageabgängen sowie den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen) als auch die OGM GmbH (+ 353 TEUR, Erhöhung der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen) konnten die Erträge steigern.

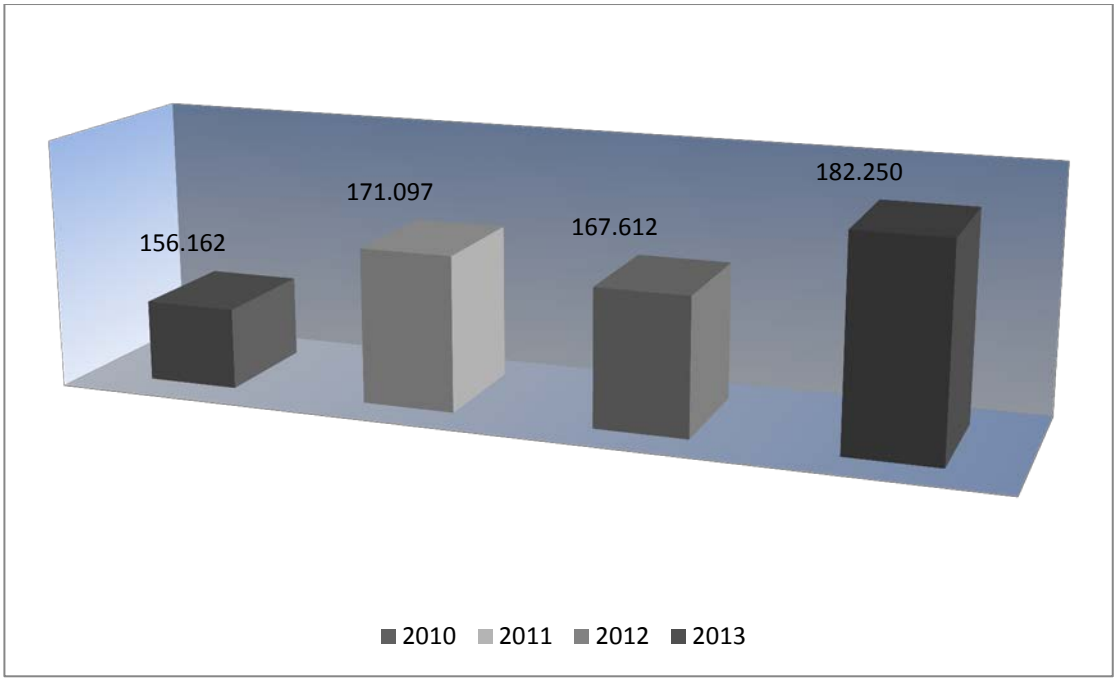
Aktivierte Eigenleistungen

Diese spielen eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis der Stadt Oberhausen. Auf den Gesamtanhang wird verwiesen.

Bestandsveränderungen

Sie spielen eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis der Stadt Oberhausen. Hier wird auf die Ausführungen im Gesamtanhang verwiesen.

Personalaufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

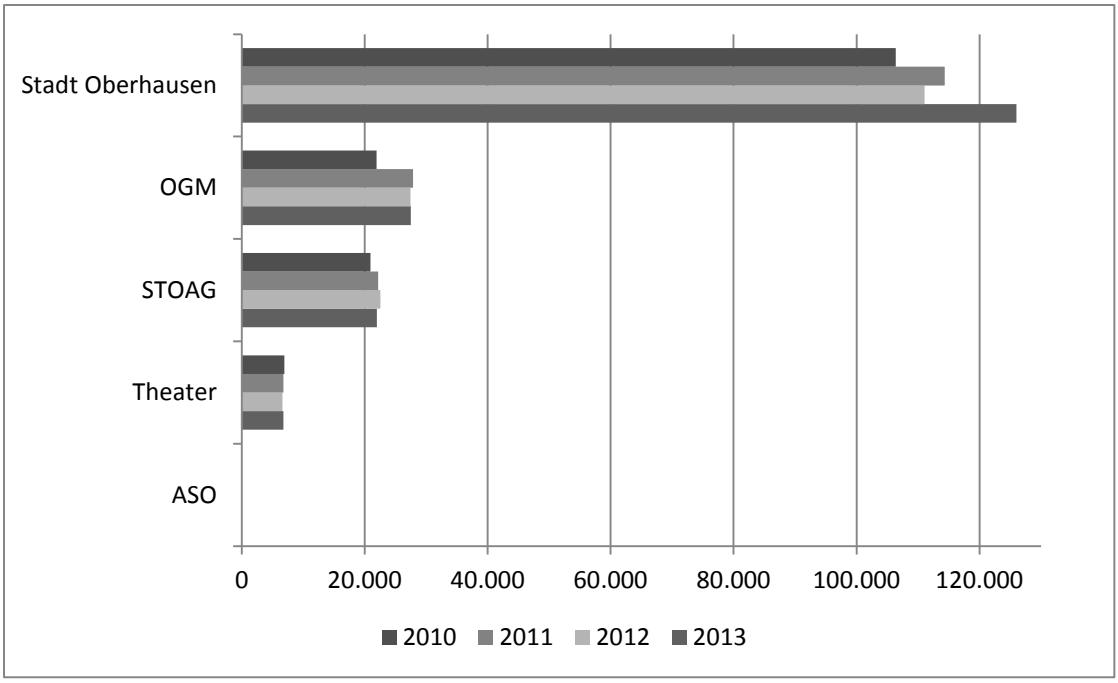
Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 8,7 % (+ 14.638 TEUR) an.

Die Abweichungen zum Geschäftsjahr 2012 lassen sich für die Kernverwaltung (+ 14.963 TEUR) im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

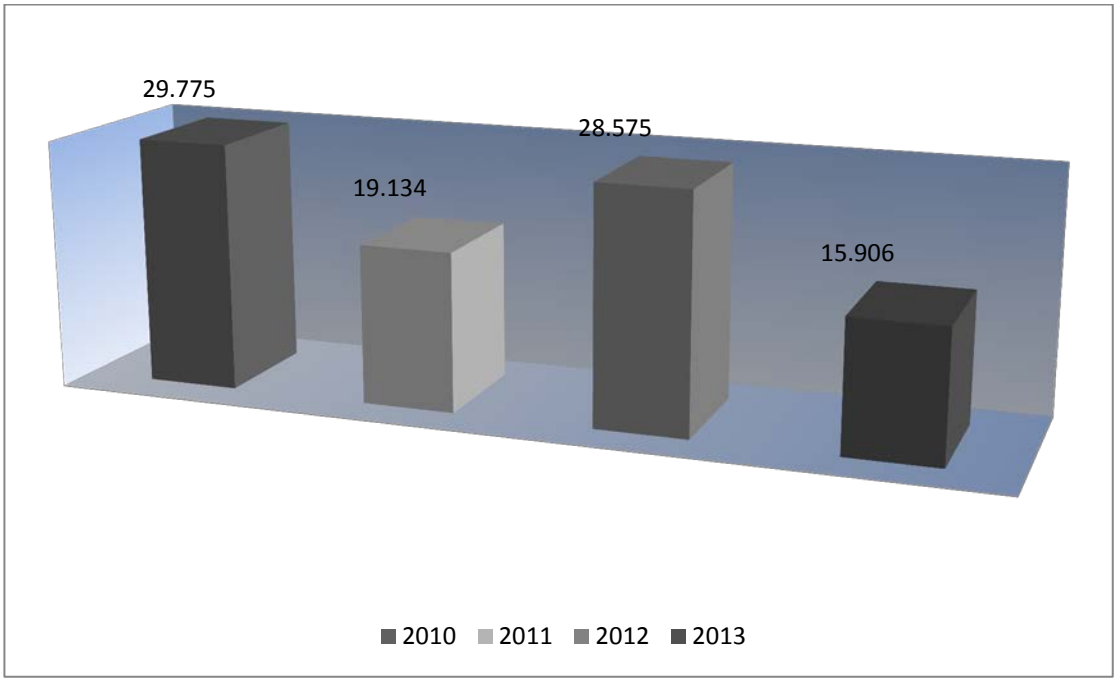
- Zuführung diverser Rückstellungen (Pensions-, Beihilferückstellungen u.a.) auf Basis bestehender Gutachten + 12.786 TEUR

- Tariflich Beschäftigte + 1.915 TEUR

Innerhalb der weiteren Einheiten des Vollkonsolidierungskreises sind keine wesentlichen Abweichungen zu verzeichnen.



Versorgungsaufwendungen

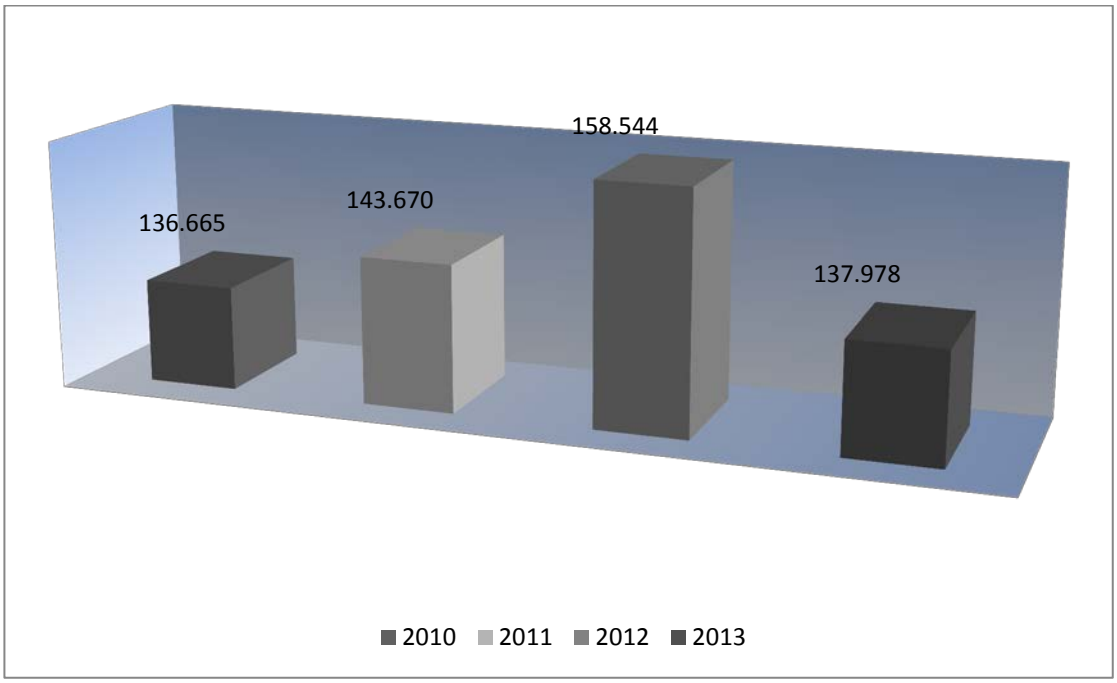


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

Die Versorgungsaufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahreswert um 44,3 % (- 12.669 TEUR).

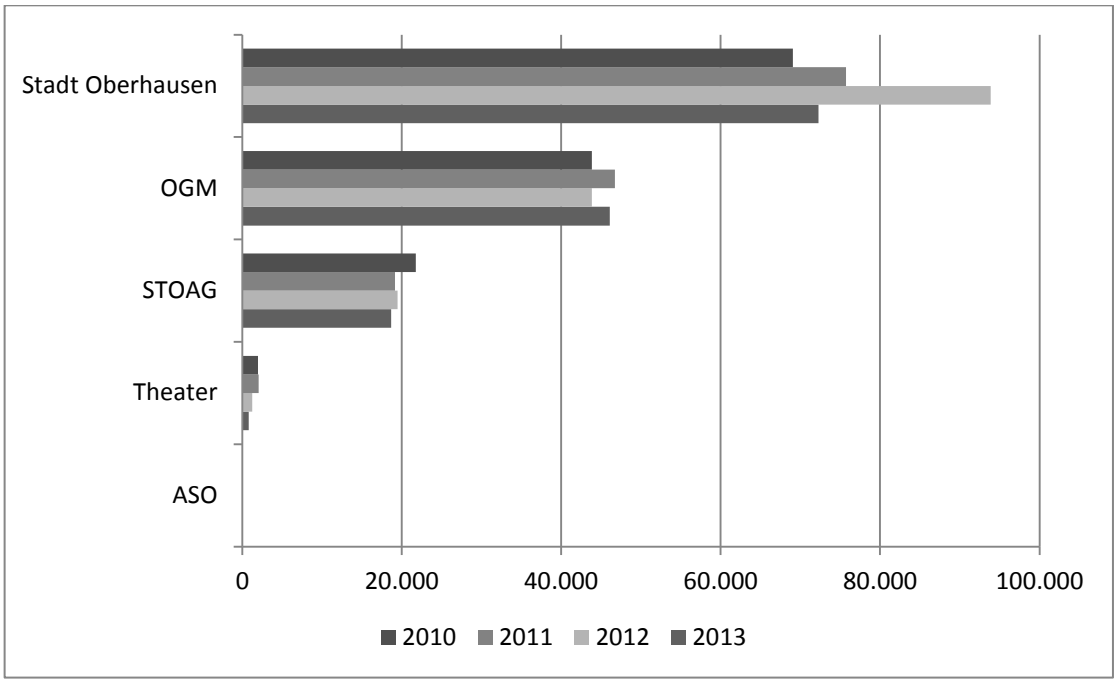
Die Aufwandsminderungen lassen sich für die Kernverwaltung (Anteil am Ergebnis 99 %) im Wesentlichen auf die um 13.061 TEUR reduzierte Zuführung zu Pensionsrückstellungen / Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger zurückführen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind konzernweit um 13 % gesunken (- 20.566 TEUR).



Bezogen auf die Kernverwaltung (- 21.614 TEUR) beziehen sich die geringeren IST - Aufwendungen im Quervergleich der Geschäftsjahre 2013 / 2012 hauptsächlich auf folgende Sachverhalte:

- Erstattungen an übrige Bereiche - 11.625 TEUR
  (u.a. Rückstellung „Gebühren“ in 2012)

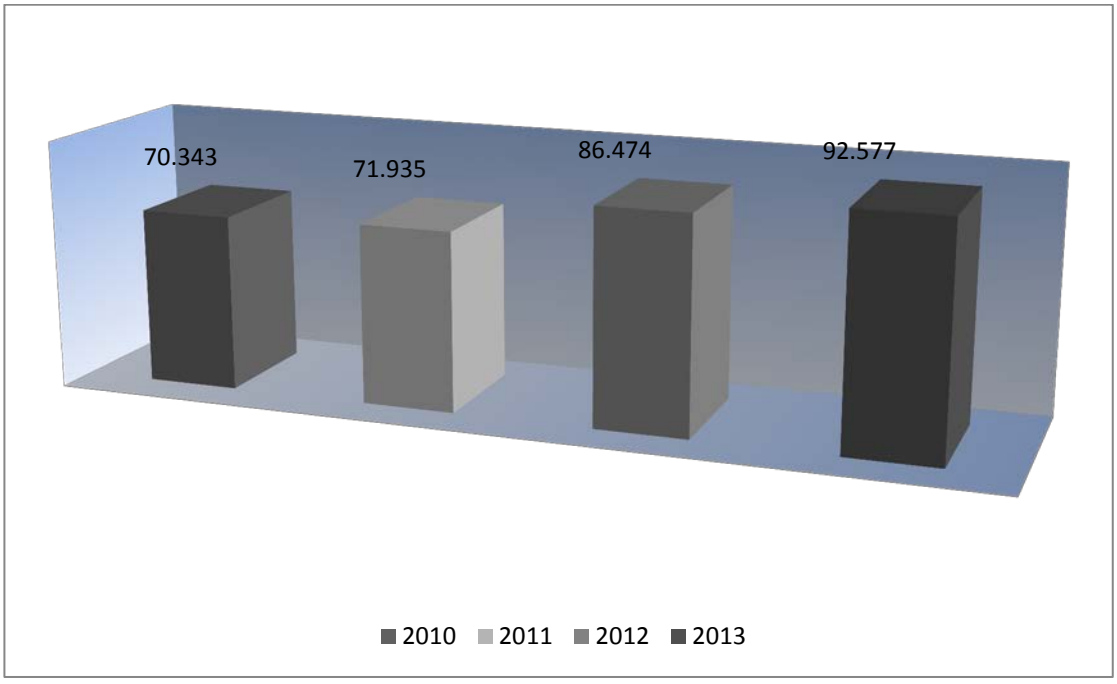
-	Erstattungen an das Land (u.a. Rückstellung „OVP Zuschuss Baureifmachung Stahlwerksgelände“ in 2012)	- 5.839 TEUR
-	Aufwendungen für Hochbaumaßnahmen OGM (Energetik)	- 2.476 TEUR
-	Unterhaltung Kanalvermögen WBO	- 2.422 TEUR

Weitere Aufwandsreduzierungen sind bei der STOAG (- 805 TEUR) sowie dem Theater Oberhausen (- 437 TEUR) entstanden. Dem gegenüber stehen Erhöhungen seitens der OGM GmbH in Höhe von 2.264 TEUR.

Die Abweichungen bei der ASO bzw. dem Theater sind nur marginal und daher nicht weiter zu betrachten.

Bilanzielle Abschreibungen

Diese spielen, im Verhältnis zu den weiteren Aufwandsarten, eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis des Konzern „Stadt Oberhausen“ (12,3 % der Gesamtaufwendungen). Auf den Gesamtanhang wird verwiesen. Die Steigerung beträgt + 7,1 % (+ 6.104 TEUR).

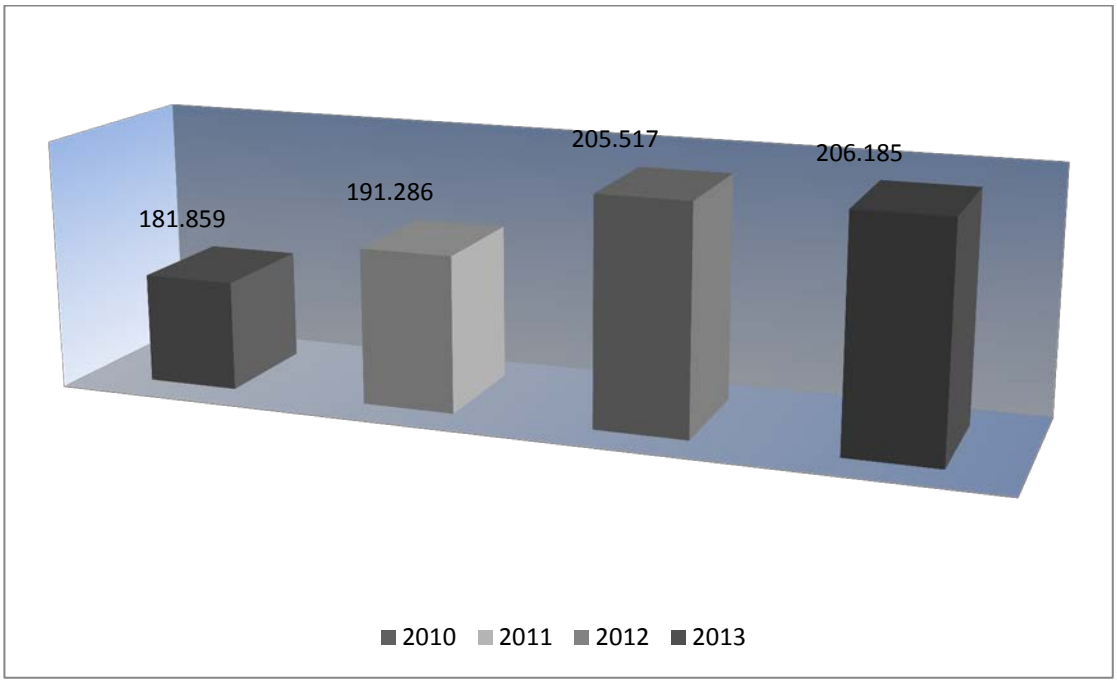


Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

Zusammenfassend bleibt im Jahresvergleich 2013/2012 festzuhalten:

Kernverwaltung	- 1.557 TEUR
STOAG	+ 9.550 TEUR
OGM GmbH	- 1.854 TEUR
Eigenbetrieb Alteneinrichtung der Stadt Oberhausen	- 35 TEUR
	+ 6.104 TEUR

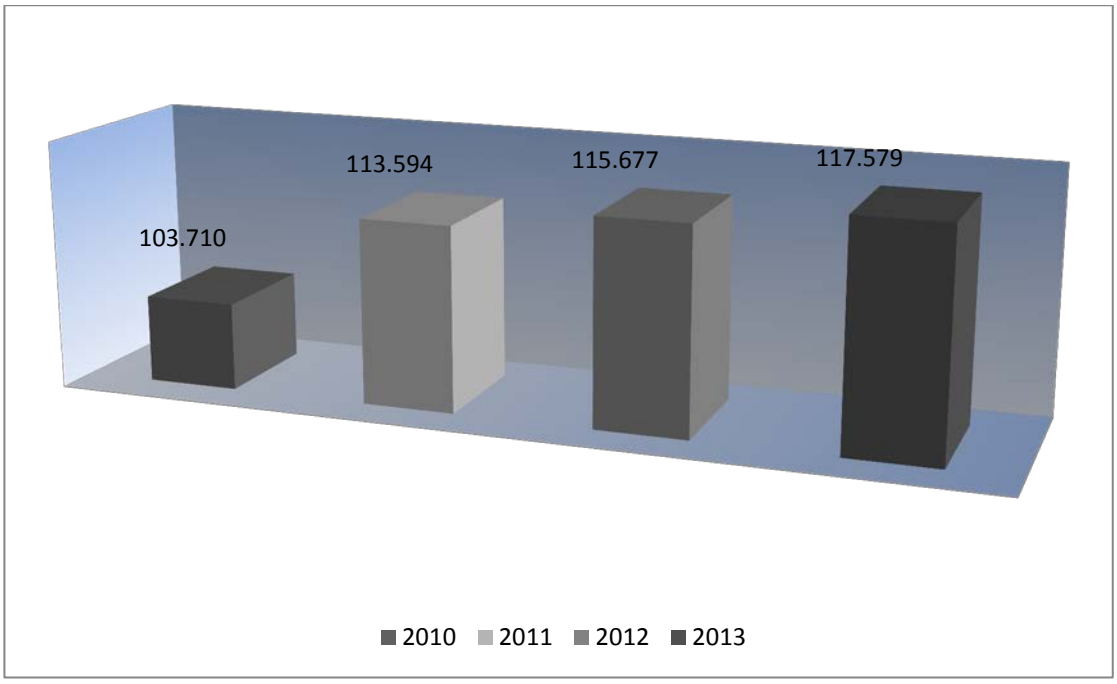
Transferaufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

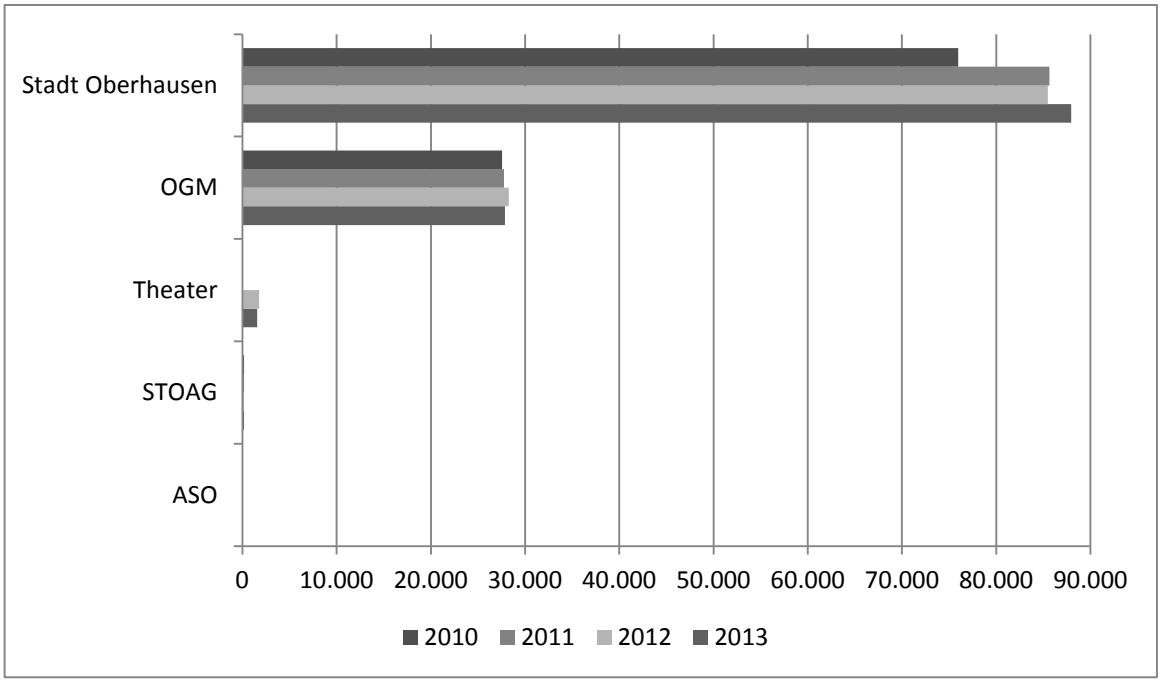
Da die Aufgabenwahrnehmung durch die Stadt Oberhausen (100 % der Aufwendungen im Konzern „Stadt Oberhausen“) vielfältig ist, versteht es sich von selbst, dass innerhalb der einzelnen Tätigkeitsfelder zum Teil nicht unerhebliche Abweichungen zwischen den Vergleichsjahren entstanden sind. Eine erhebliche Abweichung in Summe liegt jedoch nicht vor (+0,3 %, + 668 TEUR)

Sonstige ordentliche Aufwendungen



Jahresergebnis (in TEUR, 2010 - 2013)

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 1,6 % (+ 1.902 TEUR) an.



.

4.2.3 Finanzlage

Der vorliegende vierte konsolidierte Gesamtabschluss zum 31.12.2013 enthält eine konsolidierte Kapitalflussrechnung, aus der die Herkunft und Verwendung der liquiden Mittel sichtbar werden.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergibt sich ein Geldzufluss in Höhe von 59.208 TEUR (Vorjahr 22.328 TEUR). Ursächlich hierfür ist das negative Ordentliche Gesamtergebnis, welches wesentlich um zahlungsunwirksame Veränderungen (erhebliche Rückstellungssachverhalte) und um die Ab- und Zunahme von Aktiv- und Passivposten, sofern diese nicht dem Cashflow aus Investitionstätigkeit oder aus der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, bereinigt wurde.

Die Höhe der vorgenommenen Investitionen in das Anlagevermögen führt insgesamt dazu, dass sich ein negativer Cashflow aus der Investitionstätigkeit, also ein Mittelabfluss, in Höhe von - 37.085 TEUR (Vorjahr -23.379 TEUR) ergibt.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von - 24.991 TEUR (Vorjahr - 4.389 TEUR) ergibt sich unter anderem durch die Verringerung von der Neuaufnahme von Finanzkrediten und ergebnisneutraler Korrekturen des Eigenkapitals entsprechend § 43 Abs. 3 GemHVO NRW.

Insgesamt übersteigen die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit (- 37.085 TEUR) und der Finanzierungstätigkeit (-24.991 TEUR) die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 59.208 TEUR um 2.868 TEUR, so dass der Bestand der liquiden Mittel sich gegenüber dem Vorjahr von 11.766 TEUR auf 8.898 TEUR verringert hat.

4.3 Rahmenbedingungen

Wie dem Beteiligungsbericht in aller Detailliertheit entnommen werden kann, hat die Stadt Oberhausen ein breites Spektrum kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung ausgegliedert.

Dazu zählen Aufgabenbereiche wie die Vermögensverwaltung von Gebäudekomplexen der Alteneinrichtungen (durch die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen) genauso wie Dienstleistungen im Bereich des gesamten kommunalen Gebäudemanagements (durch die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH), der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (durch die StOAG GmbH), Beteiligungen an Energieversorgungs- und sonstigen Ver- und Entsorgungsunternehmen (wie z.B. die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, die evo Energieversorgung Oberhausen AG, die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH, die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH) sowie der Kulturbetrieb des Stadttheaters (durch die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Theater Oberhausen).

4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

4.4.1 Analyse der Gesamtschuldenlage

Die Eigenkapitalquote 1 beträgt - 34 % (Vorjahr - 28,7 %). Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ herangezogen wurde. Die negative Eigenkapitalquote zeigt deutlich die Überschuldung des „Konzerns Stadt Oberhausen“ auf.

Auch eine Hinzurechnung der Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen zur Ermittlung der Eigenkapitalquote 2 von -17,3 % (Vorjahr - 11,1 %) stellt keine positive Kennzahl dar.

Eine übliche Berechnung der Reichweite des Eigenkapitals erübrigt sich hier.

Geht man bei der Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung von dem Gesamtbestand aller Verbindlichkeiten des Konzerns Stadt Oberhausen aus (=1.971.205 TEUR) so beträgt der rechnerische Anteil eines jeden Einwohners der Stadt Oberhausen (EW Stand 31.12.2013: 210.354) an der Gesamtverschuldung des Konzerns Stadt Oberhausen 9.371 EUR.

4.4.2 Analyse der Gesamtvermögenslage

Die Anlagenintensität des „Konzerns Stadt Oberhausen“ hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 68,3 % auf 62,8 % verändert. Der Anteil des Gesamtanlagevermögens an der Gesamtbilanzsumme hat sich damit verringert.

Eingeschränkt auf die Betrachtung des Infrastrukturvermögens hat sich die Infrastrukturquote von 33,6 % im Vergleich zum Vorjahr auf 32,3 % nur geringfügig geändert.

Das Gesamtanlagevermögen wird im Verhältnis zu den ordentlichen Gesamtaufwendungen mit einer Abschreibungsintensität von 12,3 % (Vorjahr 11,3 %) belastet. Die in diesem Zusammenhang zu betrachtende Quote der Drittfinanzierung (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten im Verhältnis zu den Abschreibungen) beträgt 31,2 %.

Die Investitionsquote mit 39,6 % gibt Auskunft darüber, inwieweit die Abschreibungen durch Neuinvestitionen abgedeckt sind und somit Sachanlagevermögen erhalten bleibt. Da hier keine Deckung zu 100 % stattfindet, wird ein Rückgang bzw. eine Überalterung des Sachanlagevermögens signalisiert.

4.4.3 Analyse der Gesamtfinanzlage

Da die Stadt Oberhausen einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag ausweist, findet faktisch keine Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital statt.

Der Anlagendeckungsgrad 2 mit 19,5 % gibt Aufschluss über die Verwendung des langfristigen Kapitals und deutet in diesem Fall darauf hin, dass große Teile des Anlagevermögens durch kurz- oder mittelfristiges Fremdkapital finanziert sind. Selbst unter Berücksichtigung der Sonderposten und der langfristigen Rückstellungen und langfristigen Verbindlichkeiten werden die 100 % nicht erreicht. Nach den 20,8 % im Vorjahr ist die langfristige Finanzierung des i.d.R. langfristig zu nutzenden Anlagevermögens weiter gesunken.

Ebenso bedenklich stellt sich korrespondierend dazu die Möglichkeit der Kommune dar, ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Liquiden Mitteln nachzukommen. Die Liquidität 1. Grades beträgt 1,7 % (Vorjahr 1,5 %).

Berechnungen über die Schuldentilgungsfähigkeit der Stadt Oberhausen, wie etwa der Dynamische Verschuldungsgrad erübrigen sich, da sich aus der laufenden Verwaltungstätigkeit kein positiver Saldo ergibt, der zur Tilgung beitragen könnte.

4.4.4 Analyse der Gesamtertrags- und Aufwandssituation

Im Bereich der Einnahmen der Gemeinde hat sich die Steuerquote durch eine Reduzierung der Steuereinnahmen um 30.573 TEUR auf 29,8 % verändert (Vorjahr 32,1 %). Die Zuwendungsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr (37,6 %) geringfügig auf 37,1 % vermindert.

Durch den Anstieg der Personalaufwendungen um 14.638 TEUR hat sich der Anteil an den Gesamtaufwendungen von 22 % im Vorjahr auf 24,2 % erhöht. (Personalintensität).

Der Rückgang der Inanspruchnahme von Leistungen Dritter in Höhe von 20.566 TEUR hat die Sach- u. Dienstleistungsintensität auf 18,3 % verringert (Vorjahr 20,8 %).

Die Transferaufwandsquote mit 27,4 % (Vorjahr 27 %) und die Zinslastquote mit 5,7 % (Vorjahr: 6,2 %) blieben auf annähernd gleichem Niveau.

Setzt man das ordentliche Gesamtergebnis ins Verhältnis zum Gesamtjahresfehlbetrag, stellt man fest, dass 67,4 % (Vorjahr 54,5 %) aus der originären Aufgabenerfüllung der Gemeinde zum Jahresfehlbetrag führen.

4.5 Örtliche Besonderheiten

4.5.1 Kernverwaltung

Bereits im Jahre 1986 wurde in Oberhausen, bei einem Fehlbetrag von 25,9 Mio. EUR ein erstes Haushaltssicherungskonzept aufgestellt. In den Jahren 1991 und 1992 konnte als Konsequenz wiederum ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Allerdings folgte 1993 ein erneuter Fehlbetrag von 14 Mio. EUR und seit dem Jahr 1997 befand sich die Stadt Oberhausen im Nothaushaltsrecht mit jährlich steigenden Fehlbeträgen.

Die Stadt Oberhausen hat in der Vergangenheit eine Vielzahl von kommunalen Aufgaben auf eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und rechtlich und wirtschaftlich selbstständige Unternehmen übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Diese Ausgliederungen wurden aufgrund der Anforderungen des Strukturwandels sowie zur Optimierung der Aufgabenerfüllung und zur Ermöglichung eines Handlungsrahmens in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen vorgenommen. Aufgrund erheblicher finanzieller Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind die Beteiligungen permanent in den Haushaltssicherungsprozess der Stadt Oberhausen eingebunden.

Mit dem Gesetz zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein- Westfalen (Haushaltssicherungskonzept) am 18. Mai 2011 hat das Land in einem ersten Schritt den Konsolidierungszeitraum im Rahmen von Haushaltssicherungskonzepten von 4 auf 10 Jahre verlängert und damit Kommunen mehr Spielraum zur Aufstellung eines individuellen Sanierungskonzeptes gegeben. Die Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2012 durch die Landesregierung - mit der stärkeren Betonung des Soziallastenansatzes - bedeuteten für Oberhausen eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen von 18 Mio. EUR im Haushalt 2012 - nachdem bereits im Jahre 2011 eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 22 Mio. EUR erfolgte. In 2013 konnte aufgrund eines nur leichten Rückgangs (-1,1 Mio. EUR) der Umfang der Schlüsselzuweisungen nahezu gehalten werden.

Mit Hilfe des Stärkungspaktes Stadtfinanzen sollen überschuldete Städte in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig werden. Das von der Landesregierung dazu eingebrachte Stärkungspaktgesetz wurde am 08.12.2011 vom Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossen und am 16.12.2011 im Gesetz- und Verordnungsblatt Nord-

rhein-Westfalen (GV. NRW. 2011 S. 662) veröffentlicht. Für überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Kommunen stehen Konsolidierungshilfen in einem Gesamtumfang von 5,85 Milliarden EUR zur Verfügung (Stufe 1 und Stufe 2). Die Stadt Oberhausen erhielt daraufhin vom Land NRW in 2011 66,6 Mio. EUR, von 2012 bis 2015 waren jährlich 65,5 Mio. EUR. als Konsolidierungshilfe vorgesehen.

Das wären 328,6 Mio. EUR bis 2015 gewesen. In den Folgejahren sollten die Unterstützungsleistungen degressiv abgeschmolzen werden und hätten in der ursprünglichen Fassung des Stärkungspaktgesetzes einen Gesamtbetrag von 196,5 Mio. EUR gebildet. Letztes Jahr der Unterstützungsleistungen ist das Jahr 2020. Dafür war es notwendig, bis zum 30.06.2012 einen Haushaltssanierungsplan aufzustellen, der spätestens nach 5 Jahren den Haushaltsausgleich mit Konsolidierungshilfe, spätestens im Jahr 2021 einen Haushaltsausgleich aus eigener Kraft, d.h. ohne Konsolidierungshilfe, ausweisen musste. § 75 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes NRW (GO NRW) führt hierzu aus, dass der Haushalt dann ausgeglichen ist, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.

Aufgrund unvollständiger Datenübermittlung einiger Städte und einer fehlerhaften Berechnung der sogenannten „strukturellen Lücke“ wurden für das Jahr 2013 ff. die Stärkungspaktmittel neu festgesetzt. Statt der 65,5 Mio. EUR wurde von Seiten des Innenministeriums ein Betrag von 52,7 Mio. EUR von 2013 bis 2015 für Oberhausen festgelegt, der anschließend - wie im Stärkungspaktgesetz vorgesehen - abgeschmolzen werden sollte.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat in seiner Sitzung am 17.12.2012 den HSP 2013 ff - die Fortschreibung des HSP 2012 ff. - beschlossen. Aufgrund der zuvor beschriebenen Reduzierung der Stärkungspaktmittel ab dem Jahr 2013 wurde eine Überarbeitung des HSP 2013 ff. notwendig. Mit Verfügung der Bezirksregierung vom 08. Mai 2013 wurde der Haushaltssanierungsplan 2013 ff. gem. § 6 Abs. 2 Stärkungspaktgesetz genehmigt. Der genehmigte Haushaltssanierungsplan tritt gemäß § 6 Abs. 4 Stärkungspaktgesetz an die Stelle des Haushaltssicherungskonzepts nach § 76 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 durfte somit gemäß § 80 Abs. 5 Satz 5 GO NRW öffentlich bekannt gemacht werden.

In der Genehmigungsverfügung zum HSP 2013 ff. hat die BZR festgestellt, dass eine Korrektur des HSP 2013 nach Überprüfung der strukturellen Lücke zwingend vorzunehmen ist. Zudem wurde seitens der Landesregierung darauf aufmerksam gemacht, dass mit Kommunen, deren Rahmenbedingungen sich unverschuldet verändert haben, individuelle Vereinbarungen getroffen werden konnten. Dies machte eine Verschiebung des Haushaltsausgleichs auf das Jahr 2017 möglich.

Aufgrund dessen wurde am 11.11.2013 durch den Rat der Stadt Oberhausen der veränderte HSP 2013 ff. und die Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Oberhausen für das Haushaltsjahr 2013 beschlossen.

Die Bezirksregierung überwacht die Einhaltung des Sanierungsplans - verbunden mit einer regelmäßigen Berichtspflicht ihr gegenüber - laufend. Sollte eine Pflichtverletzung bei der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans festgestellt werden und die

Befugnisse der Aufsichtsbehörde nicht ausreichen, so kann das für Inneres zuständige Ministerium nach § 124 GO einen Beauftragten - den sog. Sparkommissar - bestellen.

Für Oberhausen, das vor dem Stärkungspaktgesetz ein jährliches Defizit um die 150 Mio. EUR bewältigen musste, bedeutet dies, dass selbst mit den Mitteln des Stärkungspaktes ein Haushaltsausgleich nur mit einem erheblichen Kraftaufwand zu erreichen ist. Insbesondere aus dieser Einsicht heraus haben die Diskussionen auf der Landesebene dazu geführt, die 5-Jahresregelung auszuweiten und den Städten die Chance zu eröffnen, bei einer objektiven Unmöglichkeit dieser Zielerreichung, individuelle Vereinbarungen mit der Landesregierung zu treffen (hier: Haushaltsausgleich im Jahr 2017).

Per Bescheid der Bezirksregierung vom 25.11.2013 wurde der Stadt Oberhausen für das Jahr 2013 die zu gewährende Konsolidierungshilfe auf 52.715.920,01 EUR festgesetzt.

Durch die Anpassung der Stärkungspaktmittel ergab sich ein geplantes Defizit von 71.930.404 EUR. Zudem musste der Haushalt einen Verlust bei den Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 25 Mio. EUR verkraften. Trotz der hohen Verluste bei der Gewerbesteuer gelang es, das geplante Ergebnis nahezu mit einer Punktlandung zu erreichen. Dies war beim Controllingbericht zum 30.09.2013 noch nicht abzusehen. Dort musste man noch von einem Defizit von etwa 84 Mio. EUR ausgehen. Das Ergebnis im Jahresabschluss beträgt -72.567.024 EUR. Das sind nur 636.620 EUR Abweichung oder 0,9% des Ergebnisses bzw. 0,009% vom Gesamtvolumen des Haushaltes.

Erreicht werden konnte dieses Ergebnis durch die niedrigen Zinskosten (-13,15 Mio. EUR im Vergleich zum Haushaltsplan 2013) und eine Reduzierung des Aufwandes für Sach- und Dienstleistungen sowie Transferleistungen von insgesamt 7,8 Mio. EUR. Im Vergleich zum Jahresabschluss 2012 konnte sogar eine Reduzierung des Aufwandes in diesen Bereichen in Höhe von 26,4 Mio. EUR erreicht werden. Die Aufwendungen für die Leistungen der OGM GmbH konnten aufgrund restriktiver Maßnahmen um 3 Mio. EUR im Vergleich zur Haushaltsplanung 2013 reduziert werden.

Auch in der Planung der Neuverschuldung konnte der Ansatz genau eingehalten werden. Im Jahresabschluss 2013 werden Kassenkredite in Höhe von 1.515 Mio. EUR und Investitionskredite in Höhe von 307 Mio. EUR ausgewiesen. Das bedeutet eine Pro-Kopf-Verschuldung des städtischen Haushalts in Höhe von 8.573 EUR. Der eingebrachte Haushalt 2013, der einen um 12,8 Mio. EUR höheren Stärkungspaktbeitrag vorsah, rechnete mit einer Pro-kopf-Verschuldung in Höhe von 8.580 EUR. Der leicht höhere Betrag bei den Liquiditätskrediten in Höhe von ca. 5 Mio. EUR wurde durch eine geringere Höhe bei den Investitionskrediten ausgeglichen.

Vergleicht man die Gesamtverschuldungssituation, so konnte Oberhausen eine Stabilisierung der Verschuldungssituation erreichen. Konsequenz ist, dass Kommunen wie Kaiserslautern, Mainz und Pirmasens sowohl im Jahr 2012 als auch im Jahr 2013 mittlerweile eine höhere Pro-Kopf-Gesamtverschuldung ausgewiesen haben als

Oberhausen (Quelle: Bertelsmann Stiftung – Wegweiser Kommune und Berechnungen durch Prof. Dr. Junkernheinrich).

Ab dem Jahr 2021 ist ein ausgeglichener Haushalt ohne Zuschüsse aus dem Stärkungspaktgesetz erreichbar. Dies ist jedoch nur durch eine im Vergleich mit vielen anderen Städten höhere steuerliche Belastung und durch stärker reduzierte Leistungen möglich. Zudem ist es dringend erforderlich, dass die Stadt neben den eigenen Konsolidierungsanstrengungen die verstärkte Hilfe des Bundes - u. a. die Entlastung bei den hohen Soziallasten - dringend benötigt. Sollte dies geschehen, soll in entsprechender Größenordnung auf einen Teil der Belastungen der Oberhausener Bürgerinnen und Bürger verzichtet werden.

4.5.2 Konzernstruktur

Die Stadt Oberhausen hat in der Vergangenheit einen Großteil ihrer kommunalen Aufgaben auf eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und Unternehmen in privatrechtlicher Form übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Diese Verselbstständigung von Aufgabenbereichen war notwendig, um den Anforderungen des Strukturwandels gerecht zu werden, die Aufgabenerfüllung zu optimieren und angesichts knapper finanzieller Ressourcen einen Handlungsspielraum zu bewahren. Die Beteiligungsgesellschaften werden aufgrund ihrer finanziellen Bedeutsamkeit für den städtischen Haushalt kontinuierlich in den laufenden Konsolidierungsprozess miteinbezogen.

Bei den nachfolgenden Gesellschaften handelt es sich in erster Linie um Beteiligungen, die wesentlichen Einfluss auf die Stadtfinanzen haben, indem sie direkt/indirekt Erträge für den Haushalt erbringen oder städtische Zuschüsse erhalten. Eine ausführlichere Übersicht zu den Beteiligungen der Stadt Oberhausen ist im Beteiligungsbericht zu finden.

<u>ASO-Verbund mit Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (ASO Eigenbetrieb), Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH (ASO gGmbH) und ASO Service GmbH</u>

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ASO Eigenbetrieb beschränkt sich seit Ausgründung der ASO gGmbH auf die Verwaltung von Grundstücken und Gebäuden. Gesellschaftszweck der ASO gGmbH ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Pflege älterer Menschen durch den Betrieb stationärer und ambulanter Pflegeeinrichtungen sowie die Bewirtschaftung altersgerechter Wohnanlagen. Die ASO Service GmbH stellt der ASO gGmbH Reinigungs-, Küchen-, Wäscherei- und Stationshilfen zur Verfügung. Alle Gesellschaften des ASO-Verbundes gehören vollständig zur Stadt Oberhausen. Der ASO-Verbund führt Überschüsse an die Stadt ab, die vollständig für gemeinnützige Zwecke eingesetzt werden. Im Jahr 2013 wurden Zahlungen im Umfang von rd. 45 TEUR an die Stadt weitergereicht.

<u>BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH</u>

Bei der BFO handelt es sich um eine gemeinnützige Gesellschaft, deren Aufgabe in der Beschäftigungsförderung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen besteht. Der Geschäftsbetrieb der BFO konzentriert sich seit Beginn 2013 auf den

Betrieb einer Beratungsstelle zum Thema „Jugend und Beruf“. Das Angebot der Beratungsstelle besteht vornehmlich aus klassischer Einzel- und Gruppenberatung. Zudem wirkt die Beratungsstelle aktiv an Projektangeboten im Bereich Berufsorientierung/-beratung mit. Die BFO erhält von der Stadt Oberhausen als alleiniger Gesellschafterin einen Betriebskostenzuschuss. Dieser betrug im Jahr 2013 rd. 140 TEUR.

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO)

Die ENO ist zusammen mit der WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH Teil der mehrsäuligen Wirtschaftsförderung in Oberhausen und versteht sich als Bindeglied zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Die Stadt Oberhausen und 60 Unternehmen sind je zur Hälfte am Kapital der ENO beteiligt. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen im Raum Oberhausen. Die ENO formuliert und finanziert Aufgaben bzw. Projekte, die von der WFO operativ umgesetzt werden. Die ENO erhält jährlich einen im Gesellschaftsvertrag verbindlich festgelegten Zuschuss, in Höhe von 435 TEUR.

Energieversorgung Oberhausen AG (evo)

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Aktionäre der Gesellschaft sind die RWE Deutschland AG (10 %), die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (10 %) sowie die FSO GmbH & Co. KG (80 %), an der die zwei erstgenannten Gesellschaften zu jeweils 50 % beteiligt sind. Die evo erzielt regelmäßig Gewinne und führt diese zur Hälfte an die STOAG ab; im Jahr 2013 im Umfang von 5.760 TEUR.

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die Anteile an der GMVA werden zu 15 % von der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH gehalten, weitere 49 % hält REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH, die restlichen 36 % die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR. Die GMVA betreibt seit den 1970er Jahren eine Müllverbrennungsanlage in Oberhausen. Rund 84 % der Müllverbrennungskapazitäten sind durch langfristige Lieferverträge mit den Städten Oberhausen, Duisburg, dem Kreis Kleve und REMONDIS abgesichert. Die GMVA erwirtschaftet regelmäßig Gewinne, die allerdings seit 2013 aufgrund schwebender Gebührenklageverfahren und ggf. daraus resultierender Rückforderungsansprüche nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet werden.

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH (IKF)

Zu den Hauptaufgaben der IKF gehört die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und weiterer Kunstformen technischer Medien. Die Stadt Oberhausen zahlt als alleinige Gesellschafterin einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 725 TEUR.

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH)

Die LAH steht zu 100 % im Eigentum der Stadt Oberhausen und ist vorrangig für den Betrieb der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen verantwortlich. Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 der Gemeindeordnung Nordrhein Westfalens. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zur Benutzung offen. Die Stadt Oberhausen zahlt einen jährlichen Verlustausgleich von rd. 1.170 TEUR.

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)

Die Gesellschaftsanteile der OGM sind zu 100 % in der Hand der Stadt Oberhausen. Das Aufgabenspektrum der Gesellschaft umfasst u. a. die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, die Reinigung von Schulen, städtischen Kindertageseinrichtungen und Verwaltungsgebäuden, den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern sowie die Pflege der städtischen Grünanlagen. Die OGM erzielt regelmäßig Gewinne, die ab 2014 i. H. v. 500 TEUR pro Jahr an die Stadt Oberhausen ausgeschüttet werden sollen.

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH (OVP)

Alleinige Gesellschafterin der OVP ist die PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH. Hauptaufgabe der OVP ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerksgeländes in Oberhausen, um Investoren, Eigennutzern und Projektentwicklern geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH (PBO)

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zukunftsorientierte Wirtschaftsstrukturen zu fördern und zu stärken. Dazu erwirbt die PBO Grundstücke und Gebäude oder sichert sich entsprechende Verfügungsrechte und schafft – ggf. mit Unterstützung Dritter – die notwendigen wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen zur Vermarktung der betreffenden Flächen. Gesellschafter sind die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (51 %), die Energieversorgung Oberhausen AG (40 %) sowie die Stadtsparkasse Oberhausen (9 %).

Revierpark Vonderort GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung des Sports sowie der Gesundheit und Erholung. Zu diesem Zweck stellt die Gesellschaft eine Parkanlage mit entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung. Gesellschafter sind zu 50 % der Regionalverband Ruhr sowie die Stadt Oberhausen und die Stadt Bottrop mit jeweils 25 % der Anteile. Der Revierpark erhält einen Betriebskostenzuschuss, davon 298 TEUR von der Stadt Oberhausen.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG)

Die STOAG ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Stadt Oberhausen und in erster Linie zuständig für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen sowie in angrenzenden Teilen der Nachbarstädte Duisburg, Essen und Mülheim. Darüber

hinaus hält die STOAG Beteiligungen an verschiedenen Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen und bildet mit diesen zusammen eine Finanzholding. Die STOAG erhält für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben einen Ausgleich von den bedienten Gebietskörperschaften auf Grundlage des im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr beschlossenen EU-konformen Finanzierungssystems. Auf die Stadt Oberhausen entfiel im Jahr 2013 nach Anrechnung der Beteiligungserträge ein Finanzierungsbetrag von 7.751 TEUR.

Theater Oberhausen

Bei dem Theater der Stadt Oberhausen handelt es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung mit dem Auftrag, die Darstellende Kunst – insbesondere mit der Durchführung von Theateraufführungen – zu fördern. Daneben wird auch ein Kinder- und Jugendtheater betrieben. Die Einrichtung erhält jährlich einen Betriebskostenzuschuss; im Jahr 2013 in Höhe von rd. 7.780 TEUR.

TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH (TMO)

Die TMO gehört zu 100 % der Stadt Oberhausen. Gegenstand der Gesellschaft ist die touristische Werbung für die Stadt Oberhausen, die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie der Betrieb von Touristeninformationen. Die Stadt Oberhausen gleicht den jährlichen Fehlbetrag durch Zuschüsse aus. Im Jahr 2013 betrugen diese insgesamt 573 TEUR.

VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen. Die VZS erwirtschaftet seit 2012 regelmäßig einen Gewinn. Ab 2016 sind Ausschüttungen an die Stadt Oberhausen in Höhe von rd. 500 TEUR pro Jahr vorgesehen.

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)

Gesellschafter der WBO sind die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH mit einer Beteiligungsquote von 51 % sowie die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH mit einem Anteil von 49 %. Die WBO übernimmt hauptsächlich Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen in den gebührenrelevanten Bereichen

- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

sowie in den nichtgebührenrelevanten Bereichen

- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen.

Die WBO erzielt Gewinne, die sie entsprechend der oben genannten Beteiligungsquoten an die Gesellschafter ausschüttet. An die STOAG wurde im Jahr 2013 ein Betrag von 2.080 TEUR abgeführt.

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)

Die WFO ist eine 100-prozentige Tochter der Stadt Oberhausen und hat sich auf die Gründungs-, Entwicklungs- und Standortberatung von Unternehmen spezialisiert. Das Kerngeschäft liegt in der Betreuung von Investitionsprojekten. Die WFO ist zusammen mit der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH Teil der zweigleisigen Wirtschaftsförderung in Oberhausen. Zwischen der Stadt Oberhausen und der WFO bestehen keine direkten Finanzbeziehungen.

4.6 Wesentliche Chancen und Risiken des „Konzerns Stadt Oberhausen“

4.6.1 Chancen

4.6.1.1 Generelle Chancen

Der Aufstellung des HSP kommt eine große Bedeutung für die zukünftige Entwicklung des städtischen Haushalts und seiner Finanzierung zu. Zum einen bildet er die Basis für einen zukünftigen Haushaltsausgleich und einen möglichen Schuldenabbau, zum anderen kann ein genehmigter HSP eine Vertrauensbasis bei den Kreditinstituten schaffen, die für die zukünftige Liquiditätsversorgung notwendig ist. Der HSP 2013, der im Laufe des Jahres 2013 aufgestellt wurde, muss einen Haushaltsausgleich mit Landeshilfe ab 2017 und ohne Landeshilfe ab 2021 ausweisen. Es ist damit ein Sparkonzept zusammengestellt worden, das nachhaltig einen ausgeglichenen Haushaltsausgleich ermöglicht. Dadurch ist gewährleistet, dass der Anstieg der Neuverschuldung gestoppt wird und spätestens ab 2017 ein Abbau der Kassenkredite erfolgen kann. Langfristiges Ziel ist der Aufbau von Eigenkapital. Gleichzeitig sieht sich die Stadt mit einem sich verändernden Kreditmarkt konfrontiert, der perspektivisch die Finanzierung des Haushalts immer schwieriger werden lässt. Hier ist es unbedingt erforderlich, ausreichend finanzielle Mittel akquirieren zu können. Die Stadt Oberhausen hat die Hoffnung, durch die genehmigten Haushaltssanierungspläne positiven Einfluss auf die Kreditvergaben der am Markt für Kommunalkredite agierenden Banken nehmen zu können, ohne zu verkennen, dass es im Wesentlichen oftmals geschäftspolitische Entscheidungen der Kreditinstitute sind, die die Kreditvergabepolitik beeinflussen.

Die Beteiligungen der Stadt Oberhausen werden intensiv im Beteiligungsbericht 2013 behandelt, der unter dem Gliederungspunkt 5 des Gesamtabschlusses zu finden ist. An dieser Stelle werden nur Themen aufgegriffen, die von einem „besonderen“ gesamtstädtischen Interesse sind. So werden im Folgenden nur die Gesellschaften angesprochen, in denen „solche“ Themen eine Rolle gespielt haben. Für alle Gesellschaften gilt, dass die Umsetzung des HSP im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes auch Konsolidierungsbeiträge der Gesellschaften vorsieht.

Bezogen auf die Optimierung der Beteiligungsstrukturen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaften wurde über die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) im Jahr 2013 ein Gutachten bei der Firma Rödl & Partner in Auftrag gegeben, das sich mit der allgemeinen Struktur und Mög-

lichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaften befasst. Die Ergebnisse werden zu Beginn des Jahres 2015 erwartet.

Im Auftrag der GPA hat die Ernst & Young GmbH im 1. Halbjahr 2012 die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM GmbH) im Hinblick auf Konsolidierungspotentiale in allen Leistungsfeldern - schwerpunktmäßig im Bereich der Gebäudeinfrastruktur und der damit zusammenhängenden Dienstleistungen sowie im Bereich der IT-Dienstleistungen - analysiert und ein entsprechendes Gutachten erstellt. Dieses Gutachten war Basis für den Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen vom 25.06.2012, mit dem jährliche Sanierungsbeiträge der OGM GmbH in Höhe von 8,1 Mio. EUR im Jahr 2014 bis zu 11,5 Mio. EUR ab dem Jahr 2016 festgelegt wurden.

Die Realisierung der Einsparpotentiale bedingte eine grundlegende Überarbeitung und Neufassung der zwischen der OGM GmbH und der Stadt bestehenden Verträge und eine Neudefinition der Leistungsfelder sowie eine Aktualisierung der Aufgabenkataloge. Entsprechende Verhandlungen mit der Stadt wurden aufgenommen und sind im 2. Quartal 2013 zum Abschluss gebracht worden.

Die OGM GmbH wird in diesem umfassenden Umstrukturierungsprozess von der Ernst & Young GmbH begleitet. Gemeinsam mit der Bezirksregierung ist ein Controllingverfahren vereinbart worden, welches die Einhaltung der Konsolidierungsziele sicherstellen soll. In 2014 hat sich gezeigt, dass die Einsparungen erzielt werden können.

Der HSP sieht für die Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG) eine jährliche Einsparung in Höhe von 3,5 Mio. EUR vor, die durch Veränderungen im Fahrplan und innerbetriebliche Anpassungen erfolgen sollen. Neben den positiven Effekten für den städtischen Haushalt können die beschlossenen Maßnahmen negative Auswirkungen auf die Attraktivität der STOAG und damit auf das Kundenverhalten haben. Dies hat sich im Jahr 2013 bewahrheitet. Das Betriebsergebnis der STOAG konnte allerdings weitestgehend gehalten werden. Geplant sind im Rahmen der Tarifstrukturreform 2014 Untersuchungen zum aktuellen Kurzstreckennetz unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten. Darüber hinaus werden die spezifischen und ortsbezogenen Marketingmaßnahmen analysiert sowie Kundenbindungsmaßnahmen stärker in den Fokus gestellt.

Die STOAG sieht ihre Zukunft in einem qualitativ hochwertigen Verkehrsangebot mit hoher Zuverlässigkeit und einfacher Zugänglichkeit. Dazu gehören moderne umweltfreundliche Fahrzeuge und innovative Technik genauso wie einfache Tarife und zeitgemäße Vertriebswege und Auskunftssysteme. Hieran arbeiten der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und die STOAG gemeinsam. Die für die nächsten Jahre geplanten Projekte flankieren diesen Weg.

Gemeinsam mit dem VRR wurde eine Machbarkeitsstudie über den Ausbau der vorhandenen Straßenbahninfrastruktur zum Aufladen von Elektrobussen am Beispiel der Oberhausener ÖPNV-Trasse auf den Weg gebracht.

Durch die Betrauung der STOAG seitens der Stadt Oberhausen mit der Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen bis zum Dezember 2019 besteht für das Unternehmen Planungssicherheit, gerade auch für nachhaltige und innovative Projekte.

Die evo AG ist im Besitz der Konzession, die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze in Oberhausen zu betreiben. Im Rahmen eines Pachtmodells hat die evo AG die Betriebsführung der Netze an die evo-netz vergeben. Die Konzession läuft am 31. Dezember 2014 aus. Daher hat der Rat der Stadt Oberhausen 2011 entschieden, ein Konzessionsvergabeverfahren einzuleiten. Hierbei handelt es sich um ein zweistufiges Verfahren, bestehend aus Interessenbekundung und Angebotsabgabe.

Seitens der evo AG wurde entschieden, dass sich das Unternehmen wiederum um die Konzession bewirbt und im Erfolgsfall das Pachtmodell mit der evo-netz fortsetzt. An beiden Verfahrensstufen hat die evo AG engagiert teilgenommen, mit dem Ziel, erneut die Konzession zum Betrieb der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze zu erhalten. Im Rahmen der Verhandlungen mit der Stadt Oberhausen hat die evo AG ihr Angebot mehrfach überarbeitet und im Sinne der Kommune nachgebessert. Ein Aspekt war dabei z.B. eine deutliche Steigerung der Konzessionsabgabe Fernwärme. Eine Aufstockung der Konzessionsabgabe in den regulierten Bereichen Strom und Erdgas war nicht möglich, da dort Konzessionsabgaben und Gemeinderabatte auch bisher schon bei den zulässigen Höchstgrenzen lagen.

Die Entscheidung zu Gunsten der evo AG wurde im Frühjahr 2013 durch die Stadt Oberhausen getroffen.

Das Wirtschaftsjahr 2013 war für die TMO GmbH von besonderer Bedeutung. Die touristischen Entwicklungen in 2013 in Oberhausen stimmen durchaus positiv. So konnte bereits zum Ende 2012 die Erweiterung des CentrO Einkaufscenters für mehr Besucher sorgen. Genauso positiv zu werten, war die Eröffnung der Christo Ausstellung „The Big Air Package“ im Frühjahr 2013 im Gasometer in Oberhausen. Die Eröffnung des neuen Musicals „Ich war noch niemals in New York“ und die Eröffnung des Sea-Life Abenteuerparks mit angegliederten Legoland Discovery Centre führen zu einer zusätzlichen nationalen, wie internationalen Bekanntheit des Standortes und zu mehr Besuchern. Alle beschriebenen Aktivitäten fördern die touristische Entwicklung am Standort Oberhausen und beeinflussen das Image der Stadt positiv. Ebenso wird die Entwicklung im Jahr 2014 von großer Relevanz sein.

4.6.1.2 Chancen aus Beteiligungen

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO) / TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH / WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

Die Tätigkeiten der städtischen Beteiligungen ENO, TMO und WFO können übergreifend den Bereichen Wirtschaftsförderung und Tourismus zugeordnet werden. Zwischen den einzelnen Gesellschaften bestehen schon jetzt Leistungsverflechtungen, die u. a. Personalgestellung, Bereitstellung von Büroräumen und diverse Kooperationsleistungen im operativen Bereich (Werbung, Pressearbeit etc.) umfassen.

Um Doppelstrukturen abzubauen, die Transparenz zu erhöhen und strukturbedingte Kosten einzusparen, hat die Stadt Oberhausen beschlossen, die Wirtschafts- und Tourismusförderung innerhalb des städtischen Konzerns neu zu strukturieren und die Aufgabenwahrnehmung in einer zentralen Gesellschaft zusammenzufassen. Als erster Schritt wurde über die GPA ein Gutachten bei der Firma Rödl & Partner in Auftrag gegeben, das sich mit der allgemeinen Struktur und Möglichkeiten zur Zusammenar-

beit zwischen den Gesellschaften befasst. Aufgrund der inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung haben auch die Gesellschaften ENO, WFO und TMO einen Untersuchungsauftrag an das Beratungsunternehmen ExperConsult Wirtschaftsförderung & Investitionen GmbH & Co. KG erteilt. Die Ergebnisse der beiden Untersuchungen werden Anfang 2015 erwartet.

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Der OGM kommt aufgrund ihrer vielfältigen Leistungsbeziehungen zur Stadt Oberhausen eine besondere Rolle im Rahmen der Haushaltssanierung zu. Durch die im Jahr 2013 vorgenommene Neustrukturierung bzw. Neufassung des bestehenden Vertragswerkes zwischen Stadt und OGM sowie die Überarbeitung der Leistungsfelder, Aufgabenkataloge und Leistungsstandards sollen ab 2014 pro Jahr Einsparpotenziale in Höhe von 8.100 TEUR, ab 2016 sogar bis zu 11.500 TEUR realisiert werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Einrichtung eines strategischen Immobilienmanagements, mit dessen Unterstützung die Unterhaltungskosten für städtische Anlagen und Gebäude langfristig gesenkt werden sollen. Begleitet wird der Prozess von der Ernst & Young GmbH.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Das Land Nordrhein Westfalen reicht jährlich finanzielle Mittel nach dem Regionalisierungsgesetz des Bundes an Zweckverbände aus, die sich mit der Organisation, Ausgestaltung und Finanzierung der öffentlichen Personenbeförderung befassen (sog. ÖPNV-Pauschale). Die Stadt Oberhausen bzw. die STOAG sind in den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) eingebunden. Der VRR leitet als Empfänger die vom Land erhaltenen Fördermittel EU-beihilfekonform an die ÖPNV-Aufgabenträger bzw. die Verkehrsunternehmen weiter.

Im Rahmen der Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) wurde auch die ÖPNV-Pauschale neu geordnet. Die bisherige Aufteilung der Fördermittel in Vorhaltekostenförderung, Aufgabenträger-Pauschale und investive Förderung wurde aufgehoben. Stattdessen können Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen zukünftig die zur Verfügung stehenden Fördermittel in vollem Umfang für eine oder mehrere der nachfolgenden Varianten einsetzen:

Variante A: Ausgleichsleistung für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)

Variante B: Ausgleichsleistung für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Rahmen des Ausbildungsverkehrs

Variante C: Investive Fahrzeugförderung im ÖSPV

Für die STOAG ergibt sich aus der Neureglung der ÖPNV-Pauschale ab dem Geschäftsjahr 2014 die Möglichkeit, in Geschäftsjahren ohne Investitionen in den eigenen Fuhrpark die auf das Unternehmen entfallenden Fördermittel vollständig für Variante A oder B und damit ertragswirksam nutzen zu können. In der Vergangenheit war ein Mittelabruf in voller Höhe ohne Investitionstätigkeit nicht möglich. Die hieraus re-

sultierende Ertragsverbesserung kann zu einer Reduzierung des von der Stadt Oberhausen auszugleichenden Defizits und damit zu einer Entlastung des Haushalts beitragen. Im Jahr 2013 erhielt die STOAG insgesamt 212 TEUR aus Vorhaltekostenförderung, 239 TEUR im Rahmen der Aufgabenträgerpauschale sowie 1.100 TEUR investive Förderung für die Busersatzbeschaffung.

4.6.2 Risiken

4.6.2.1 Generelle Risiken

Ein besonderes Risiko hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung besteht für alle Stärkungspaktkommunen. Durch die steigende Steuerbelastung und den Abbau von Leistungen kann die Attraktivität der betroffenen Städte in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine wirtschaftliche Stabilisierung und die Überwindung der negativen Folgen des Strukturwandels werden dadurch erheblich erschwert. Insbesondere weil diese Entwicklung eine regionale ist und das gesamte Ruhrgebiet und das bergische Städtedreieck betrifft.

Für die kommunale Ertragsseite ist die wirtschaftliche Entwicklung aber von großer Bedeutung. Ist sie doch Garant für hohe Steuereinnahmen und ausreichende Mittel in der Verbundmasse für die Schlüsselzuweisungen des Landes. Die in 2012 relativ konstanten Schlüsselzuweisungen und die hohen Steuereinnahmen zeugen von einer stabilen Wirtschaftsentwicklung, die sich in 2013 zumindest in Teilen des Ruhrgebiets und insbesondere in Oberhausen abgeschwächt hat. Insofern haben sich das gute Ergebnis und der leichte Schuldenabbau in 2013 nicht wiederholt. Im Gegenteil waren enorme Einbrüche bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen. Alle Prognosen deuten für die Zukunft auf konstante bzw. stärkere wirtschaftliche Impulse hin. Ob dies so eintritt wird die zukünftige Entwicklung erweisen. Vorsichtshalber wird ein Risikomanagement entwickelt, das alternative Szenarien berücksichtigen soll.

Von der wirtschaftlichen Entwicklung ist in der Regel neben der Ertragsseite auch die Aufwandsseite stark abhängig. Eine sich verschlechternde Wirtschaftslage hat auch steigende Sozialkosten zur Folge. Insbesondere die Kosten der Unterkunft für Arbeitslose im SGB II belasten den Haushalt unverändert. Besonders besorgniserregend ist der Umstand, dass trotz der guten konjunkturellen Lage die Arbeitslosenzahl im Ruhrgebiet stabil bleibt und die Zahl der SGB-II-Bezieher nahezu konstant ist.

Nach wie vor bleibt der Aufwand im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) und der gesetzlichen Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) zum Ausbau der Kindertagesbetreuung schwer kalkulierbar. Insbesondere die Personalkosten sind vom Anmeldeverhalten der Eltern und ihres Betreuungsbedarfs abhängig. Auch die Ausgaben im Rahmen der erzieherischen Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit und der Prävention weisen steigende Tendenzen auf. Mit der Vergabe einer Organisationsuntersuchung zum gesamten Jugend- und Sozialbereich an die Firma Consens ist die Hoffnung einer effizienteren Organisation und effektiveren Aufgabenwahrnehmung verknüpft. Die Ergebnisse des Gutachtens sind in 2013 vorgelegt worden und werden zurzeit umgesetzt. Durch die Verzögerung bei der Umsetzung des Gutachtens konnten die Konsolidierungspotentiale bisher nur teilweise ausgeschöpft werden.

4.6.2.2 Zinsrisiko im Besonderen

Aufgrund der hohen Verschuldung bleibt das Zinsrisiko eine der großen Unwägbarkeiten bei der Aufstellung eines Haushaltsanierungsplanes. Bei einer Gesamtverschuldung von 1.922.102 TEUR sind Zinssteigerungen nur schwer aufzufangen. Augenblicklich geht die Stadt Oberhausen ebenso wie die aktuellen Wirtschaftsprognosen von einem stabilen Finanzmarkt mit weiterhin niedrigen Zinsen aus. Angesichts des zurzeit außerordentlich niedrigen Zinsniveaus kann mittelfristig jedoch nur mit steigenden Zinsen gerechnet werden. In der Kalkulation des HSP gilt es, diese mittelfristige Entwicklung zu berücksichtigen, um eine realistische Umsetzung zu ermöglichen. Neben dem Zinsrisiko sehen sich viele Kommunen mit dem Liquiditätsrisiko konfrontiert, denn Kommunen im Nothaushalt erleben in jüngster Zeit auch eine allgemeine Zurückhaltung von einzelnen Banken bei der Gewährung von Krediten. Eine Entwicklung in diese Richtung könnte zu Liquiditätsschwierigkeiten führen, wenn sich Banken aus dem Kommunalkreditgeschäft zurückziehen oder aber auch ihre Kreditvolumen stark zurückfahren würden. Im Interesse einer wirksamen Liquiditäts- und Zinssicherung hat die Stadt Oberhausen ihre Liquiditätsbeschaffung mit einer Vielzahl an Kreditgebern breit gefächert und Zinsen und Liquidität durch den Abschluss entsprechender Geschäfte (Termingelder mit mehrjähriger Laufzeit) in großem Umfange gesichert. Neben dieser Strategie eröffnen sich Perspektiven in der Aufnahme von Schuldscheindarlehen bei Anlegern, die an einer mittel- bis langfristigen sicheren Anlage interessiert sind. Die Reduzierung des Liquiditätsrisikos ist eng verbunden mit einer erfolgreichen Sanierung des kommunalen Haushalts. Ein genehmigtes HSP ist ein starkes Signal an die Banken.

4.6.2.3 Risiken aus Beteiligungen im Besonderen

<u>Energieversorgung Oberhausen AG (evo) / STEAG GmbH</u>

Die evo ist gemeinsam mit sechs weiteren kommunalen Unternehmen der Rhein-Ruhr-Region an der STEAG GmbH beteiligt, dem zurzeit fünftgrößten deutschen Stromerzeuger. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die evo hält einen Anteil von sechs Prozent.

Die evo erhofft sich durch die Beteiligung an der STEAG eine jährliche Ausschüttung von 1.500 TEUR. Allerdings nehmen die Risiken für konventionelle Kraftwerkskonzerne mit dem Voranschreiten der Energiewende zu. Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien insbesondere in Deutschland zu einem Rückgang der Kraftwerkskapazitäten führen wird. KSBG und STEAG haben im Hinblick auf den Strukturwandel begonnen, die Kraftwerksbetriebe und Verwaltungsbereiche zu optimieren und das angebotene Dienstleistungsspektrum zu erweitern. Auch die Stilllegung von Kraftwerken wird nicht ausgeschlossen. Gleichzeitig will der Konzern „grüner“ werden und den Anteil an Erneuerbaren Energien im Erzeugungsportfolio der STEAG langfristig von bisher fünf auf 25 Prozent erhöhen. Wachstumschancen werden in Europa insbesondere im Bereich der Windenergie gesehen, aber auch der asiatisch-pazifische Raum und Lateinamerika sollen diesbezüglich gute Perspektiven bieten.

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

Die GMVA erhält von der Stadt Oberhausen für die übernommene Abfallentsorgung ein Leistungsentgelt, das in die Kalkulation der Abfallgebühren einfließt. Die Entgeltzahlungen unterliegen den Beschränkungen des öffentlichen Preisrechts. In verschiedenen Gebührenstreitverfahren gegen die kommunalen Gesellschafter der GMVA hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf die hohen Verbrennungsentgelte für preisrechtswidrig und die Gebührenbescheide dementsprechend aufgehoben. Als Begründung gibt das Verwaltungsgericht u. a. an, dass die Erlöse für den Verkauf von Strom und Wärme aus der Müllverbrennung dem Gebührenzahler zugutekommen müssten, was bisher unberücksichtigt geblieben ist.

Die Urteile befinden sich aktuell im Berufungsverfahren am OVG Münster. Der Ausgang der Verfahren sowie die Auswirkungen auf die kommunale Abfallbeseitigung bleiben abzuwarten. Sollte die Kalkulation der Leistungsentgelte rechtskräftig beanstandet werden, könnten die kommunalen Gesellschafter gegenüber der GMVA Rückzahlungsforderungen in Millionenhöhe geltend machen. Dafür sind auf Unternehmensebene zum Teil Rückstellungen gebildet worden.

Um das Insolvenzrisiko zu verringern und eine mögliche Schädigung der Gesellschafter zu vermeiden, hat 2013 eine Umstrukturierung der GMVA stattgefunden. Das neu eingerichtete „Unterauftragsmodell“ kommt bereits in anderen Kommunen zur Anwendung und gilt entsprechend der eingeholten Rechts- und Wirtschaftsprüfungsgutachten als preis- und gebührenrechtlich zulässig. Es soll sicherstellen, dass die zukünftig erhobenen Entgelte rechtskonform und umlagefähig sind, aber auch die Wirtschaftlichkeit der GMVA dauerhaft gewährleisten. In drei Musterverfahren bzgl. der Abfallgebühren 2014 hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf erstinstanzlich Bedenken gegen das Modell geäußert und die entsprechenden Bescheide aufgehoben. Die Stadt hat Berufung eingelegt.

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

Die OVP hat Anfang der 2000er Jahre zweckgebundene Infrastrukturmittel aus dem Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes NRW für die Baureifmachung und Erschließung des damals im Eigentum der OVP stehenden Stahlwerksgeländes in Oberhausen erhalten. Durch den notwendig gewordenen vorzeitigen Verkauf der geförderten Flächen im Jahr 2006 entfiel jedoch die Fördergrundlage. Die OVP hat daraufhin von der NRW.Bank einen Rückforderungsbescheid erhalten, der erstinstanzlich vom LG Duisburg bestätigt wurde. Die OVP ist gegen das Urteil in Berufung gegangen.

Die Auswirkungen des Verkaufs des Stahlwerksgeländes auf die erhaltenen Fördermittel sind also weiterhin ungeklärt. Daraus ergeben sich folgende Risiken: Einerseits besteht die Gefahr, dass die OVP – entsprechend den Bestimmungen des Förderbescheides – Verkaufserlöse, die über dem ursprünglichen Planansatz liegen, vollständig an den Fördermittelgeber abführen muss. Andererseits kann es passieren, dass der Verkauf generell als förderschädlich angesehen wird, womit der gesamte erhaltene Zuschuss in Höhe von 9.500 TEUR zurückzuzahlen wäre. Da die Stadt Oberhausen bezüglich der Zuschussmittel eine Bürgschaft abgegeben hat, sind auf städti-

scher Ebene Rückstellungen in Höhe des Rückforderungsbetrags inkl. einer entsprechenden Verzinsung gebildet worden.

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Die STOAG ist u. a. an der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, Energieversorgung Oberhausen AG (evo), GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH sowie der RWE AG beteiligt. Die hierdurch vereinnahmten Beteiligungserträge tragen zur Reduzierung des Defizits aus der operativen Geschäftstätigkeit bei.

Die Geschäftsführung kann durch organisatorische Optimierung das operative Defizit der STOAG verringern. Sie hat jedoch keinen unmittelbaren Einfluss auf die erwirtschafteten Jahresüberschüsse und die damit verbundenen Ausschüttungen der Beteiligungsunternehmen. Bei rückläufigen Beteiligungserträgen besteht somit die Gefahr, dass das Gesamtbetriebsergebnis der STOAG die Vorgaben des städtischen Haushalts bzw. Haushaltssanierungsplans verfehlt, obwohl sich das operative Ergebnis unter Umständen verbessert. Risiken sinkender Beteiligungserträge ergeben sich aus den Beteiligungen an der GMVA und der RWE AG - bei erstgenannter aufgrund ausstehender gebührenrechtlicher Entscheidungen, bei letzterer wegen der aktuell laufenden Neuausrichtung des Konzerns und der damit verbundenen unsicheren Dividendenentwicklung.

4.6.2.4 Risikomanagement

Die Stadt Oberhausen hat zum Jahreswechsel 2013/2014 damit begonnen, ein Risikomanagementsystem zu implementieren. Ziel ist, wesentliche Risiken im Hinblick auf die Erreichung der im Haushaltssanierungsplan festgeschriebenen Maßnahmen frühzeitig zu lokalisieren und geeignete Mittel zur Risikosteuerung zu entwickeln. Dazu werden alle im Rahmen einer Risikoinventur erfassten Risiken in einem Risikokatalog dokumentiert, der u. a. Erläuterungen zu Risikoursachen, Häufigkeit des Auftretens sowie eine grobe Bewertung des Verlustpotentials enthält. Der Risikokatalog bietet die notwendige Informationsbasis für die anschließende Risikoanalyse sowie Risikosteuerung. Durch die ergriffenen Steuerungsmaßnahmen sollen Risiken vermieden bzw. deren Auswirkungen begrenzt werden.

4.7 Erläuterungen der Kennzahlen

4.7.1 Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Eigenkapitalquote)

Die **Eigenkapitalquote 1** zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Kommune durch Eigenkapital finanziert ist. Für diese Kennzahl gilt: Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto höher sind die finanzielle Stabilität, die wirtschaftliche Sicherheit und die Unabhängigkeit von externen Kapitalgebern.

Eigenkapitalquote 1 = Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme = - 1.006.257.931 x 100 / 2.955.389.677 = - 34 %				

Jahr	2010	2011	2012	2013
Eigenkapitalquote 1	-23,8 %	- 26,2 %	- 28,7 %	- 34 %

Die Eigenkapitalquote beträgt – 34 %. Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ herangezogen wurde.

Die **Eigenkapitalquote 2** misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Da bei Kommunen die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen und in der Regel nicht zurückzuzahlen und nicht zu verzinsen sind, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die „langfristigen“ Sonderposten erweitert. Hierzu zählen die Sonderposten für Zuwendungen und für Beiträge.

Eigenkapitalquote 2	= (Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	= (- 1.006.257.931 + 495.361.003) x 100 / 2.955.389.677	= -17,3 %

Die Eigenkapitalquote 2 beträgt – 17,3 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Eigenkapitalquote 2	- 5,3 %	- 8,1 %	- 11,1 %	- 17,3 %

4.7.2 Relation des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Anlageintensität)

Die **Anlagenintensität** zeigt an, wie hoch der Anteil des langfristig gebundenen Anlagevermögens am gesamten Vermögen ist. Je niedriger die Anlagenintensität, desto höher ist die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge. Für Kommunen ist eine hohe Anlagenintensität allerdings aufgrund ihrer Aufgabenstellung normal.

Anlageintensität =	Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme	=	1.857.233.420 x 100 / 2.955.389.677	= 62,8 %

Die Anlagenintensität der Stadt Oberhausen beläuft sich auf 62,8 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Anlagenintensität	73,1 %	70,5 %	68,3 %	62,8 %

4.7.3 Bindung Kommunales Vermögen in der Infrastruktur (Infrastrukturquote)

Die **Infrastrukturquote** verfeinert die Aussage der Anlageintensität im Hinblick auf das Infrastrukturvermögen als Bestandteil des Sachanlagebestands des Anlagevermögens und verdeutlicht, in welchem Umfang kommunales Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.

Infrastruktur-vermögen	=	Infrastruktur vermögen x 100 / Bilanzsumme	=	955.837.419 x 100 / 2.955.389.677	= 32,3 %

Die Infrastrukturquote, als spezielle Kennzahl zur Anlagenintensität des Infrastrukturvermögens, beträgt 32,3 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Infrastrukturquote	34,7 %	34,4 %	33,6 %	32,3 %

4.7.4 Anlagendeckungs- und Liquiditätsgrad

Durch die Kennzahl **Anlagendeckungsgrad 2** soll die langfristige Kapitalverwendung der Kommune bewertet werden. Es wird aufgezeigt, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Liegt die Kennzahl unter 100 %, so sind Teile des Anlagevermögens durch kurzfristiges Kapital finanziert.

Anlagendeckungsgrad 2	=	(Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge + Langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen	=	(- 1.006.257.931 + 495.361.003 + 872.797.083) x 100 / 1.857.233.420	= 19,5 %

Der Anlagendeckungsgrad 2 beträgt 19,5 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Anlagendeckungsgrad 2	29 %	24,8 %	20,8 %	19,5 %

Die **Liquidität I. Grades** gibt das Verhältnis der liquiden Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten an und analysiert damit, inwieweit die Gemeinde ihre derzeitigen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen allein durch ihre liquiden Mittel erfüllen kann.

Liquidität 1. Grades vermögen	=	liquide Mittel x 100 / kurzfristige Verbindlichkeiten	=	8.898.146 x 100 / 529.646.422	= 1,7 %

Die Liquidität 1 Grades beträgt 1,7 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Liquidität I. Grades	2 %	1,7 %	1,5 %	1,7 %

4.7.5 Verbindlichkeitsquote und Verschuldungsgrad

Die **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** stellt dar, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet ist. Da Haushaltsfehlbeträge in der Regel über Kassenkredite finanziert werden, ist diese Kennzahl ein Indikator dafür, wie stark sich die aufgelaufenen Defizite auf die Finanzlage der Kommune auswirken. Kurzfristige Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	=	Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100 / Bilanzsumme	=	529.646.422x 100 / 2.955.389.677	= 17,9 %

Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote beläuft sich auf 17,9 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	25,5 %	35,7 %	27 %	17,9 %

Mit dem **Dynamischen Verschuldungsgrad** lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Diese Kennzahl berechnet sich aus dem Quotienten zwischen der Effektivverschuldung und dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit der Finanzrechnung. Dieser Saldo zeigt an, in welcher Höhe freie Finanzmittel im abgelaufenen Haushaltsjahr zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden können. Da es in Oberhausen keinen positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit gibt, ist der Ausweis dieser Kennzahl nicht möglich.

4.7.6 Finanzierung der Gemeinde aus eigenen Mitteln (Steuerquote)

Die **Netto-Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, die Gewerbesteuerumlage und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen. Die Gemeinde ist umso unabhängiger von staatlichen Zuwendungen, je höher die Nettosteuerquote ist.

Nettosteuerquote =	(Steuererträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit) x 100 (Ordentliche Erträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit)	=	(211.021.707 - 4.742.456 - 4.606.958) x 100 (685.650.173 - 4.742.456 - 4.606.958)	= 29,8 %

Die Nettosteuerquote beträgt 29,8 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Netto - Steuerquote	32,3 %	29,3 %	32,1 %	29,8 %

4.7.7 Abhängigkeit der Gemeinde von Dritten (Zuwendungsquote)

Die **Zuwendungsquote** verdeutlicht, wie abhängig die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten.

Zuwendungsquote	=	Erträge aus Zuwendungen x 100 / Ordentliche Erträge	=	254.666.503 x 100 / 685.650.173 = 37,1 %

Die Zuwendungsquote beträgt 37,1 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Zuwendungsquote	30,5 %	39,3 %	37,6 %	37,1 %

4.7.8 Aussagen zur Intensität der Aufwendungen (Personal-, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Zinsen)

Die **Personalintensität** weist den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen aus. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu betrachten.

Personalintensität	=	Personalaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	182.250.277 x 100 / 752.475.168 = 24,2 %

Die Personalintensität beträgt 24,2 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Personalintensität	23 %	24,1 %	22 %	24,2 %

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** zeigt, in welchem Maße sich die Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Sach- und Dienstleistungsintensität	=	Aufwendungen für Sachdienstleistungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	137.977.790 x 100 / 752.475.168 = 18,3 %

Die Sach- und Dienstleistungsintensität beträgt 18,3 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Sach- und Dienstleistungsintensität	20,1 %	20,2 %	20,8 %	18,3 %

Die **Transferaufwendungsquote** veranschaulicht den Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen.

Transferaufwend- ungsquote	= Transferaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	= 206.184.572 x 100 / 752.475.168	= 27,4 %

Die Transferaufwandsquote beträgt 27,4 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Transferaufwendungsquote	26,8 %	26,9 %	27 %	27,4 %

Die **Zinslastquote** zeigt die anteilmäßige Belastung der Kommune mit Zinsaufwendungen und sonstigen Finanzaufwendungen zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf. Sie verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation auswirken. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Stadt ein.

Zinslastquote	=	Finanzaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	= 42.675.100 x 100 / 752.475.168	= 5,7 %

Die Zinslastquote beträgt 5,7 %.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Zinslastquote	6,4 %	6,9 %	6,2 %	5,7 %

4.8 Wichtige Vorgänge und Nachträge

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres 2013 nicht eingetreten, sofern sie nicht schon in diesem Bericht erwähnt sind.

4.9 Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates

Mandate der Dezernenten in städtischen Beteiligungen zum 31.12.2013

Name(Mandatsträger vollst. Name)	Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Wehling, Klaus	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsrat	stellv. Mitglied
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	1. stellv. Vorsitzender (Mitglied gem.§ 113 GO)
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Nieder-rhein GmbH	Gesellschafterversammlung	
	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	Präsidium	Mitglied gem. § 113 GO
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Gesellschafterversammlung	
	Provinzial Rheinland Holding	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
	Rheinischer Sparkassen- u. Giroverband	Verbandsvorstand	Mitglied
	Rheinischer Sparkassen- u. Giroverband	Verbandsversammlung	Mitglied
	RWE Deutschland AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	RVR Regionalverband Ruhr	Finanz- u. Wirtschaftsausschuss	Mitglied
	RVR Regionalverband Ruhr	Verbandsversammlung	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Risikoausschuss	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	berat. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Gesellschafterversammlung	
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
	VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	Gesellschafterversammlung	
	Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Name (Mandatsträger vollst. Name)	Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Schmidt, Jürgen	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Gesellschafterversammlung	

Name (Mandatsträger vollst. Name)	Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Tsalastras, Apostolos	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH Service	Gesellschafterversammlung	
	Betriebsgesellschaft Radio MH/OB mbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	
	Betriebsverwaltungsgesellsch. Radio MH/OB mbH	Gesellschafterversammlung	
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	
	ecce GmbH	Kuratorium	Mitglied gem. § 113 GO
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Gast
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Gesellschafterversammlung	
	Gasometer Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungs-zentrum Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Gast
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk e. V.	Mitgliedervertreterversammlung	
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
	WestLB Düsseldorf, Kapitalanlagegesellschaft	Anlageausschuss	Mitglied
	VRR Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr	Verbandsversammlung	Mitglied

Name (Mandatsträger vollst. Name)	Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Motschull, Frank	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied gem. § 113 GO
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Name (Mandatsträger vollst. Name)	Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Lauxen, Sabine	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

nachrichtlich

Name (Mandatsträger vollst. Name)	Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Frind, Reinhard	Revierpark Vonderort GmbH	Geschäftsführung	Geschäftsführer

Name (Mandatsträger vollst. Name)	Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Klunk, Peter	OVP	Geschäftsführung	Geschäftsführer
	STOAG	Geschäftsführung	Geschäftsführer

Mitglieder des Rates der Stadt Oberhausen (zum 31.12.2013)

SPD-Fraktion

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Albrecht-Mainz, Elia	**Bürgermeisterin**		
Dipl.-Kauffrau	**Haupt- und Finanzausschuss**		1. stv. Vorsitzende
	Ältestenrat		1. stv. Vorsitzende
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	AWO Oberhausen		Vorsitzende
Barkowsky, Arndt	**Umweltausschuss**		Mitglied
Beamter	**Schulausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Barkowsky, Arndt)	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Bischoff, Jörg	**Vergabekommission**		Mitglied
Fleischermeister	**Planungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
Bongers, Sonja	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Rechtsanwältin	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Vergabekommission		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Brands, Beatriks	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Hausmeister	**Sozialausschuss**		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Brands, Beatriks)	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
Cordes, Hubert	**Bezirksvertretung Sterkrade**		Vorsitzender
Konditormeister	**Vergabekommission**		Fraktionssprecher
	Kulturausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betreibsausschuss	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Emmerich, Karl-Heinz	**Planungsausschuss**		Fraktionssprecher
Informationselektroniker	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Ältestenrat		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Emmerich, Karl-Heinz)	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Verbandsversammlung Verwaltungsrat	Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsversammlung	Mitglied
	Umlegungsausschuss		Mitglied
Flore, Manfred	**Kulturausschuss**		Fraktionssprecher
Bezirksschornsteinfegermeister	**Umweltausschuss**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Arbeit und Leben DGB/VHS		Vorsitzender (alternierend)
Grefermann, Jürgen	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Vorsitzender
Techniker	**Umweltausschuss**		Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Grefermann, Jürgen)	**Wahlprüfungsausschuss**		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
Große Brömer MdL, Wolfgang	**Schulausschuss**		Vorsitzender
Ltd. Gesamtschuldirektor	**Ältestenrat**		Sprecher
während des Mandats beurlaubt	**Haupt- und Finanzausschuss**		Sprecher
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll- Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	1. stellv. Vorsitzender
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Vorsitzender
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	AWO Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Oberhausen e. V.	Vorstand	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Große Brömer MdL, Wolfgang)	Trivium GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
	Transfer GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
Janßen, Anne	**Umweltausschuss**		Vorsitzende
Lehrerin i. R.	**Ältestenrat**		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	Gesellschafterversammlung	
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Ruhrverband	Verbandsversammlung	Delegierte
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsversammlung	Stimmgruppen-Delegierte
Janßen, Dieter	**Bezirkvertretung Sterkrade**		Bezirksbürgermeister
Konstrukteur	**Vergabekommission**		Vorsitzender
	Haupt- und Finanzausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Janßen, Dieter)	**Sportausschuss**		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Jäntsch, Angelika	**Kulturausschuss**		stellv. Vorsitzende
pharmazeutisch-techn.	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Assistentin	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Beirat für Menschen mit Behinderungen		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Vorsitzende
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e. V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Koppers, Peter	**Sozialausschuss**		Mitglied
Gewerkschaftssekretär	**Wahlprüfungsausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Kösling, Klaus	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Fraktionssprecher
kfm. Angestellter	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Fraktionssprecher
	Sportausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	Mitglied
	Rhein. Beamten Baugesellschaft	Aufsichtsrat	Vorsitzender
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	**Sozialausschuss**		Vorsitzende
Hausfrau	**Integrationsrat**		Sprecherin
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Oberste-Kleinbeck, Kirsten)	**Umweltausschuss**		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied
Pascheberg, René	**Jugendhilfeausschuss**		Vorsitzender
Student	**Sportausschuss**		Sprecher
	Umweltausschuss		Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
Radtke, Dorothee	**Sozialausschuss**		Mitglied
Kauffrau i. E.	**Kulturausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Radtke, Dorothee)	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Real, Ulrich	**Jugendhilfeausschuss**		Sprecher
Studiendirektor	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Röder, Alfred	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Rentner	**Sportausschuss**		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Scheffler, Stefan	**Schulausschuss**		Mitglied
Rechtsanwalt	**Planungsausschuss**		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
Stroh, Uly	**Kulturausschuss**		Mitglied
Projektmanagerin	**Schulausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Stroh, Uly)	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Telli, Ercan	**Sozialausschuss**		Sprecher
Geschäftsführer	**Wahlprüfungsausschuss**		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterversammlung	
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Vöpel, Dirk	**Bezirksvertretung Alt-Oberhausen**		Bezirksbürgermeister
selbst. Kaufmann	**Umweltausschuss**		Sprecher
	Planungsausschuss		Mitglied
	Vergabekommission		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Vöpel, Dirk)	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll- Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionalverband Ruhr	Verbandsversammlung	Mitglied
Weingärtner, Helga	**Sportausschuss**		Mitglied
Hausfrau	**Wahlprüfungsausschuss**		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Wingens, Ursula	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Rentnerin	**Sportausschuss**		Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
ehem. Regierungsangestellte	**Kulturausschuss**		Mitglied
(Wingens, Ursula)	**Wahlprüfungsausschuss**		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Wolter, Horst	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Industriekaufmann	**Sportausschuss**		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Zimkeit MdL, Stefan	**Bezirksvertretung Osterfeld**		Bezirksbürgermeister
Dipl.-Sozialwissenschaftler	**Wahlprüfungsausschuss**		stellv. Vorsitzender / Sprecher
	Schulausschuss		Sprecher
	Integrationsrat		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	Trivium GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
	Transfer GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
	AWO Oberhausen	Vorstand	Mitglied
	ZAQ e. V.	Vorstand	Mitglied

CDU-Fraktion

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Bandel, Frank	**Umweltausschuss**		Fraktionssprecher
Dipl.-Ing.	**Planungsausschuss**		stellv. Vorsitzender
Landschaftspflege	**Haupt- und Finanzausschuss**		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll- Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied
	Verfahrensbegleitender Ausschuss regionaler Flächennutzungsplan		Mitglied
	Emschergenossenschaft	Verbandsversammlung	Mitglied
Benter, Christian	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Geschäftsführer	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Fraktionssprecher
	Schulausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Ober- hau- sen e.V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied
Bürgermeister Broß, Klaus Dieter	**Ältestenrat**		2. stellv. Vorsitzender
Polizeibeamter	**Haupt- und Finanzausschuss**		2. stellv. Vorsitzender
	Sportausschuss		Vorsitzender
	Kulturausschuss		Fraktionssprecher
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Bürgermeister Broß, Klaus Dieter)	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Sängerkreis Oberhausen		Vorsitzender
Dr. Kelsch, Udo	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Rentner	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
Köhler, Hans-Jürgen	**Kulturausschuss**		Mitglied
Sparkassenbetriebswirt i.R.	**Vergabekommission**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Seniorenbeirat		stellv. Vorsitzender
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhau- sen e.V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied
Müthing, Christa	**Ältestenrat**		Mitglied
freiberufl. Vermietungstätigkeit	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Vorsitzende
	Vergabekommission		Fraktionssprecherin

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Müthing, Christa)	**Sportausschuss**		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll- Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Vorstand	Mitglied
Nagels, Hans-Jürgen	**Sozialausschuss**		Fraktionssprecher
Dipl.-Ing. / Rentner	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Vorsitzender
	Integrationsrat		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Beirat	stellv. Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	Mitglied
	Emschergenossenschaft	Verbandsversammlung	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Nakot, Werner	**Ältestenrat**		Mitglied
Kriminalbeamter	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
	Sportausschuss		Fraktionssprecher
	Umweltausschuss		stellv. Vorsitzender
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Osmann, Denis	**Umweltausschuss**		Mitglied
Immobilienkaufmann	**Planungsausschuss**		Fraktionssprecher
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e. V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied
Plitt-Vogt, Marlies	**Sportausschuss**		Mitglied
Erzieherin	**Jugendhilfeausschuss**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Plitt-Vogt, Marlies)	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Rubin, Dirk	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Dipl.-Sozialpädagoge	**Schulausschuss**		Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Vorsitzender
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Löwenzahn Immobilien Agentur	Gesellschafter	
	Kinderpädagogisches Institut	Gesellschafter	
	Bildungseinrichtung Löwenzahn e. V.	Geschäftsführender Leiter	
Schepers, Hermann-Josef	**Sozialausschuss**		
Diplom-Ingenieur	**Planungsausschuss**		Mitglied
	Beirat für Menschen mit Behinderungen		Fraktionssprecher
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Schepers, Hermann-Josef)	**Vergabekommission**		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e. V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied
Schmidt, Georgis	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Tischlermeisterin	**Umweltausschuss**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
Schranz, Daniel M. A.	**Ältestenrat**		Fraktionssprecher
Landesbeauftragter	**Haupt- und Finanzausschuss**		Fraktionssprecher
Bildungswerkleiter	**Kulturausschuss**		Vorsitzender
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	PBO Projektentwicklungs- und Beteili- gungsgesellschaft Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Vorsitzender
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Vorsitzender
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Stehr, Simone Tatjana	**Jugendhilfeausschuss**		stellv. Vorsitzende
Studiendirektorin	**Schulausschuss**		Fraktionssprecherin

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Stehr, Simone Tatjana)	**Integrationsrat**		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Tscharke, Hans Josef	**Sozialausschuss**		Mitglied
Geschäftsführer	**Schulausschuss**		stellv. Vorsitzender
Dienstleistungsverband der	**Haupt- und Finanzausschuss**		stellv. Mitglied
Kirchengemeinden im Bistum	**Rechnungsprüfungsausschuss**		stellv. Mitglied
Essen (KöR)	**Jugendhilfeausschuss**		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Fraktionssprecher
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Stellv. Vorsitzender

Willing-Spielmann, Ulrike	**Jugendhilfeausschuss**		Sprecherin
Dipl.-Sozialarbeiterin	**Sozialausschuss**		stellv. Vorsitzende
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	Jobcenter Oberhausen	Beirat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Wischermann, Hermann	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Abteilungsleiter	**Sportausschuss**		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied

Wolter, Marita	**Seniorenbeirat**		Sprecherin
Lehrerin (Altersteilzeit) Ruhe-	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterversammlung	Mitglied

Fraktion - Die Grünen

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Aksünger, Ertekin	**Sportausschuss**		Sprecher
Produktionsmitarbeiter	**Rechnungsprüfungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungskommission		stellv. Mitglied
Flötgen, Michaela	**Kulturausschuss**		Sprecherin
Bewerbungstrainerin	**Schulausschuss**		Mitglied
	Vergabekommission		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Gödderz, Sandra	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Sprecherin
Lehrerin	**Schulausschuss**		Sprecherin
	Kulturausschuss		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Name	**Name (Mandatsfirma)**	**Hauptgremium**	**Funktion (HG)**

(Gödderz, Sandra)	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bürgermeisterin Opitz, Stefanie	**Sozialausschuss**		Sprecherin
Erzieherin	**Planungsausschuss**		Vorsitzende
	Integrationsrat		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlausschuss Integrationsratswahl und Kommunalwahl 2014		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
Pléw, Peter	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Fachwirt	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Facility Management	**Umweltausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsversammlung	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
Wittmann, Regina	**Haupt- und Finanzausschuss**		Sprecherin
Dipl.-Ing. Architektin	**Planungsausschuss**		Sprecherin
	Wahlprüfungsausschuss		Vorsitzende
	Wahlausschuss Integrationsratswahl und Kommunalwahl 2014		Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Wittmann, Regina)	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteili- gungsgesellschaft Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied

Die Linke Liste - Fraktion

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Carstensen, Jens	**Bezirksvertretung Sterkrade**		Bezirksvertretungsmitglied
Angestellter	**Sportausschuss**		Sachkundiger Bürger
Diepenbrock, Ingrid	**Schulausschuss**		stellv. sachkundige Bürgerin
Köchin			
Karacelik, Yusuf	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
KFZ-Mechaniker	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
Marx, Petra	**Haupt- und Finanzausschuss**		stellv. Mitglied
Dipl.-Pädagogin	**Rechnungsprüfungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

FDP - Fraktion

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Arlt, Gerd	**Kulturausschuss**		Mitglied
Studiendirektor i. R.	**Haupt- und Finanzausschuss**		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Boos, Regina	**Schulausschuss**		Mitglied
Augenoptikermeisterin	**Planungsausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlausschuss		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Gast
Runkler, Hans-Otto	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Geschäftsführer	**Ältestenrat**		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Wahlausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Sozial- und Kulturstiftung des LVR	Vorstand	Mitglied
	Rheinland Kultur gmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	Landschaftsversammlung	Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Zollverein GmbH (EGZ)	Aufsichtsrat	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Runkler, Hans-Otto)	Provinzial Rheinland Holding	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Schuler, Immanuel	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Bezirksvertretung Osterfeld		Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied

Fraktionslos

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Paasch, Dirk	**Haupt- und Finanzausschuss**		beratendes Mitglied
Großhandelskaufmann	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

5. Beteiligungsbericht

Der nach § 117 Abs. 1 GO NRW sowie § 49 Abs. 2 GemHVO NRW dem Gesamtabschluss beizufügende Beteiligungsbericht 2013 lag dem Finanz- und Personalausschuss zu seiner Sitzung am 10.11.2014 sowie dem Rat der Stadt zu seiner Sitzung am 17.11.2014 vor.

In Anbetracht des Druckumfanges und der damit einhergehenden Kosten wird der Beteiligungsbericht nur dem Original des Gesamtabschlusses und einer geringen Auflagenhöhe von 45 Exemplaren zur Verwendung gegenüber der Aufsichtsbehörde, im Verwaltungsvorstand, in den Fachdienststellen der Bereiche Finanzen, Rechnungsprüfung sowie Personal und Organisation, zur gesetzlichen Aufbewahrung sowie in den Fraktionen beigefügt.

Darüber hinaus steht die komplette Fassung des Gesamtabschlusses 2013 der Stadt Oberhausen im Ratsinformationssystem ALLRIS in Dateiform zur Verfügung.

Die Nummerierung innerhalb des Beteiligungsberichtes entspricht der Originalnummerierung.

BETEILIGUNGSBERICHT

DER STADT OBERHAUSEN

2013

Stadt Oberhausen ***Bereich 9-5***
Der Oberbürgermeister ***Stabsstelle Beteiligungen***

Stand: September 2014

Vorwort Beteiligungsbericht 2013

Die Stadt Oberhausen erbringt mit ihren Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetrieben eine Vielzahl von Leistungen auf dem Gebiet der Daseinvorsorge. Das Leistungsspektrum reicht von der Energiewirtschaft, dem öffentlichen Personennahverkehr und der Abfallentsorgung bis zu Angeboten des Tourismus und im kulturellen Bereich. Der Bericht stellt die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligungsgesellschaften, Eigengesellschaften und Eigenbetriebe dar. Die wirtschaftlichen Eckdaten werden grundsätzlich auf Grundlage der geprüften Jahresabschlüsse 2013 aufbereitet. Darüber hinaus gibt der Bericht Auskunft über die gesellschaftsvertraglichen Veränderungen, die Gremienbesetzung, die Vergütung ihrer Mitglieder und wichtige vertragliche Beziehungen der Beteiligungen untereinander und zur Stadt Oberhausen.

Das Vertragswerk der Stadt mit der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH wurde 2013 neu verhandelt und überarbeitet. Wesentlicher Bestandteil der umgestalteten Vertragsbeziehungen ist der Immobilienmanagementvertrag, der zum Teil bestehende Verträge ablöst. Die Regelungen für die Instandhaltung der städtischen Gebäude und die Steuerung des städtischen Immobilienbestandes werden auf eine neue Grundlage stellt. Damit ist die Basis dafür geschaffen, um das vom Rat der Stadt im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes beschlossene Konsolidierungspotential der OGM von zunächst 8,1 Mio. Euro ab dem Jahr 2014 zu erschließen. Zur Erfüllung des Haushaltssanierungsplanes hat außerdem die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH einen wesentlichen Beitrag geleistet, indem durch die Verbesserung im operativen Geschäft der Zuschussbedarf über die Vorgabe des Haushaltssanierungsplanes hinaus vermindert werden konnte. Daran wird deutlich, welche bedeutende Rolle den Beteiligungsunternehmen zukommt, um den Anforderungen des Stärkungspakts Stadtfinanzen zu genügen, damit die Stadt ihre finanzielle Handlungsfähigkeit erhöhen kann.

Durch die Unterzeichnung der Konzessionsverträge der Stadt mit der evo für Strom, Gas und Fernwärme konnte das Verfahren der Konzessionierung abgeschlossen werden. Die Verträge sind ab dem 01.01.2015 wirksam. Damit verbessern sich einerseits die Vertragsbedingungen der Stadt, andererseits hat die evo eine langfristige vertragliche Grundlage für ihre wirtschaftliche Entwicklung erhalten.

Auch unabhängig von Maßnahmen des Haushaltssanierungsplanes besteht die Erwartung, dass die Beteiligungen der Stadt Oberhausen ihre Ergebnisse verbessern und damit eine Entlastung zum städtischen Haushalt leisten. Ich bin überzeugt davon, dass sich alle städtischen Unternehmen in diesem Sinne in die Gesamtbilanz der Stadt einbringen. Der diesjährige Beteiligungsbericht mag Ihnen hierüber einen möglichst umfassenden Einblick vermitteln.

Oberhausen, im September 2014



Inhaltsverzeichnis

Vorwort Beteiligungsbericht 2013 ... 3

Inhaltsverzeichnis ... 5

Gründungshistorie ... 7

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2013 ... 9

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen ... 13

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen ... 15

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2013 ... 18

Wesentliche Leistungsbeziehungen ... 20

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten zum 31.12.2013 ... 22

Einzelberichterstattung ... 23
Ver- und Entsorgung ... 25
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH ... 28
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH ... 38
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH ... 52
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH ... 60
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH ... 66
evo Energieversorgung Oberhausen AG ... 70
evo Energie-Netz GmbH ... 88
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG ... 98
Biostrom Oberhausen Management GmbH ... 104
Quantum GmbH ... 108
strasserauf GmbH ... 120
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG ... 126
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH ... 148
STEAG GmbH ... 152
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. ... 158
FSO GmbH & Co.KG ... 160
FSO Verwaltungs- GmbH ... 164
RWE Aktiengesellschaft ... 168
RW Holding Aktiengesellschaft ... 172
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH ... 176
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH ... 188
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH ... 190

Wirtschaftsförderung ... 203
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH ... 206
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH ... 214
ecce - european centre for creative economy GmbH ... 220
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO ... 228
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH ... 236

Freizeit & Tourismus ... 241
Gasometer Oberhausen GmbH ... 244
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH ... 250
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH ... 260
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH ... 270
Revierpark Vonderort GmbH ... 280
Wohnungsgenossenschaften ... 287
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. ... 288

Sonstige Unternehmen ... 291
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH ... 294
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH ... 300
ASO Service GmbH ... 308
Jobcenter Oberhausen ... 314
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH ... 318
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG ... 322
Public Konsortium d-NRW GbR ... 328
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) ... 332
Stadtsparkasse Oberhausen ... 336

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen ... 369
Theater Oberhausen ... 372
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen ... 380

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 30.09.2014) ... 387
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen ... 387
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä. ... 388
Besetzung der Betriebsausschüsse ... 392

Vergütungsbericht 2013 ... 394

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung ... 400

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung ... 410
Beteiligungsrichtlinien ... 414

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen ... 425

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis ... 428

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(WB)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(WB)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(WB)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(WF)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG (jetzt STOAG GmbH)	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(WF)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(WB)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1971	Revierpark Vonderort GmbH	(F)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(WF)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	(WB)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH	(WF)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(WF)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(WF)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(WF)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH	(F)
1995	Landesgartenschau Oberhausen GmbH	(F)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	(F)
1997	Theatr*O*. Centr*O*. GmbH	(WF)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(WF)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	(WF)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(V)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(WF)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(WF)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs-GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis), ab 2011 Jobcenter Oberhausen	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH	(V)
2006	Public Konsortium d-NRW GbR	(S)
2009	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW), Anstalt öffentlichen Rechts	(S)
2009	Quantum GmbH	(V)
2009	strasserauf GmbH	(V)
2009	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	(V)
2009	Biostrom Oberhausen Management GmbH	(V)
2010	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	(V)
2010	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	(V)
2013	Energiegenossenschaft Handwerk eG	(V)
2013	ecce european centre for creative evonomy GmbH	(WF)

V	Ver- und Entsorgung	WF	Wirtschaftsförderung
F	Freizeit und Tourismus	WB	Wohnungsgenossenschaften
S	Sonstige	EB	Eigenbetriebe

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2013

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	83,2488
	Gesamtquote	83,2488
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0608
	Gesamtquote	0,0608
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote	12,6000
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote	0,4000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	5,5556
	Gesamtquote	5,5556
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	durchgerechnet	1,0879
	Gesamtquote	1,0879
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote	10,0000
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	52,9806
	durchgerechnet	31,2483
	Gesamtquote	84,2289
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote	0,2772
evo Energie-Netz GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
FSO Verwaltungs- GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote	50,0000

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote	0,0001
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote	15,1800
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote	50,0000
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote	3,0000
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote	3,0000
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote	80,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote	80,0000
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien	durchgerechnet	0,0050
	Gesamtquote	0,0050
Public Konsortium d-NRW GbR	direkt	1,3598
	Gesamtquote	1,3598
Quantum GmbH	durchgerechnet	5,2083
	Gesamtquote	5,2083
Revierpark Vonderort GmbH	direkt	25,0000
	Gesamtquote	25,0000
Rheinischer Sparkassen und Giroverband	durchgerechnet	1,7499
	Gesamtquote	1,7499
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,6528
	Gesamtquote	1,6528
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	durchgerechnet	1,5690
	Gesamtquote	1,5690

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote	0,1914
RW Holding Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,8900
	Gesamtquote	0,8900
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote	30,0000
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,6980
	Gesamtquote	0,6980
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	durchgerechnet	0,0019
	Gesamtquote	0,0019
SfZ Sparkassen-Servicegesellschaft für Zahlungssysteme im Rheinland mbH & CO. KG	durchgerechnet	2,9400
	Gesamtquote	2,9400
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote	6,6296
S-Internatonal Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote	10,4000
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	49,0000
	Gesamtquote	49,0000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	durchgerechnet	0,0040
	Gesamtquote	0,0040
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote	2,1810
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote	51,0000
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
strasserauf GmbH	durchgerechnet	15,0000
	Gesamtquote	15,0000
S-Versicherungs- und Immobilienvermittlungs GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote	100,0000

Name	Grundlage	Kapitalanteil vH
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote	1,0280
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote	51,0000
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote	100,0000
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	durchgerechnet	0,0000
	Gesamtquote	0,0000

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
Gesamtquote = Summe aus Mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane sowie die Beteiligungen der Gesellschaft beschränkt. Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden. Die Darstellung aller städtischen Beteiligungen ist zusammen mit den jeweiligen Beteiligungsquoten tabellarisch als Übersicht „Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2013“ aufgeführt.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind in der Übersicht der Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2013 im allgemeinen Teil tabellarisch dargestellt. Dieser Aufstellung ist auch der Stand städtischer Bürgschaften zum Stichtag 31.12.2013 zu entnehmen.

Ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten der bedeutsamen Beteiligungen sowie die Finanzbeziehungen zwischen diesen sind ebenfalls tabellarisch dargestellt. Diesen Aufstellungen sind auch die jeweiligen Mitarbeiter- und Auszubildendenzahlen zu entnehmen.

Auf die Darstellung von Gesellschaften im Liquidationsverfahren wird verzichtet. Im laufenden Berichtsjahr befindet sich die nachfolgende ehemalige städtische Beteiligung im Liquidationsverfahren:

- FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen GmbH i.L.

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2011 - 2013 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Durch die Auswahl des Stichtages 31.12.2013 für die Präsentation der Unternehmen werden die Planzahlen 2013 im Betrachtungszeitraum nicht mit erfasst. Da der Haupt- und Finanzausschuss über die Statusberichte regelmäßig sehr zeitnah über die Planzahlen informiert wird, wird auf die freiwillige Angabe der Planzahlen im Beteiligungsbericht verzichtet.

Kennzahlen

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden für alle wesentlichen Gesellschaften Kennzahlen gebildet. Die Zusammensetzung dieser Kennzahlen wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei den für die Stadtsparkasse Oberhausen gebildeten Kennzahlen ist zu beachten, dass deren Bilanzstruktur von der einer AG oder einer GmbH abweicht. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zwischen diesen Kennzahlen ist somit nicht gegeben.

Beteiligungen

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen beruhen auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2013).

Besetzung der Gremien

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane in den Einzeldarstellungen entsprechen dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2012).

In der Anlage zu diesem Beteiligungsbericht sind die aktuellen städtischen Vertreterinnen und Vertreter (Stand 21.08.2013) aufgeführt.

Soweit nachfolgend im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einem Organ oder sonstigen Gremium auf § 113 GO verwiesen wird (z. B. „Mitglied gem. § 113 GO“), bezieht sich dies auf die durch § 113 Abs. 2 Satz 2 bzw. Abs. 3 Satz 3 GO NRW gesetzlich vorgeschriebene Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters oder eines/einer von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Gemeinde in dem betreffenden Organ oder Gremium.

Vergütungsbericht

In der Anlage sind sämtliche Veröffentlichungen zusammengefasst, welche die Beteiligungen der Stadt, die in den Anwendungsbereich des Transparenzgesetzes NRW fallen, im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2013 auf der Grundlage des Transparenzgesetzes NRW veranlasst haben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Anlage in Fällen, in denen nicht alle Organmitglieder oder stellvertretenden Organmitglieder Bezüge erhalten haben (z. B. Beirat der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG oder Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Oberhausen) nur diejenigen Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder aufgeführt, die tatsächlich Bezüge erhalten haben. Soweit aus anderen Gründen keine Veröffentlichung erfolgte (z. B. weil für die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat insgesamt keine Zahlungen erfolgt sind oder wegen fehlender Zustimmung Betroffener) sind die entsprechenden Gesellschaften nicht aufgeführt.

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Umsatz}}$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Eigenkapitalrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Eigenkapital}}$

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuziehen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Cash-Flow:	Jahresergebnis + Abschreibungen (-Zuschreibungen)

Der Cash-Flow dient als Indikator der Zahlungskraft und ermöglicht eine Beurteilung des Innenfinanzierungspotenzials in einem Unternehmen.

Der Cash-Flow-Wert bringt zum Ausdruck, in wie weit oder ob ein Unternehmen in der Lage ist, Vermögen, das in der Bilanz abgebildet ist, im Rahmen eines Umsatzprozesses wieder zu gewinnen und in wie weit das Unternehmen dabei die Mittel für die Substanzerhaltung und Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften kann.

Gesamtleistung je Mitarbeiter:	$\frac{\text{Gesamtleistung *)}}{\text{Anzahl der Mitarbeiter}}$

*) = Umsatz, Bestandsveränderung, akt. Eigenleistungen, Sonstige betriebliche Erträge

Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden.

Je niedriger die Gesamtleistung pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.

Personalaufwandsquote:	$\frac{\text{Personalaufwand x 100}}{\text{Gesamtleistung}}$

Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden.

Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität:	$\frac{\text{Sachanlagevermögen x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Diese Kennzahl lässt Rückschlüsse auf den Automatisierungsgrad, die Kapitalintensität sowie die Konjunkturabhängigkeit zu. Überaltertes Anlagevermögen drückt sich in sinkender Anlagenintensität aus. Ein hoher Automatisierungsgrad drückt sich in hoher Anlagenintensität bzw. hohen Reinvestitionen aus.

Eigenkapitalquote: $\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird.

Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Fremdkapitalquote: $\frac{\text{(Bilanzsumme - Eigenkapital) x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote dient dazu, das Kapitalrisiko zu beurteilen. Das heißt, dass bei steigendem kurz-, mittel- oder langfristigem Fremdkapital auch die Neuaufnahme von Krediten schwieriger werden kann oder das Risiko der Kündigung von Krediten steigt.

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2013

	Erträgs-/Betriebs-kostenzuschüsse	Verlust-ausgleich	Investitions zuschüsse	Kapital-zuführung	Darlehens-gewährung	Stand der Bürg-schaften	Übrige Ver-günstigungen	Gewinn-abführung	Konzessions-angaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen										
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH						290.482,50				44.477,22
ASO Service GmbH										
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.										
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG										15.653,25
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH										
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	140.106,00									22.285,32
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG										
Biostrom Oberhausen Management GmbH										
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)										
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	434.600,00									
evo Energie-Netz GmbH										
evo Energieversorgung Oberhausen AG								5.712.640,42	9.647.100,39	
FSO GmbH & Co.KG										
FSO Verwaltungs- GmbH										
Gasometer Oberhausen GmbH										
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH								0,00		
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	725.000,00									
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG										
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH										
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		1.175.980,00				5.512.098,80				

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsangaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH										
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH						9.454.298,18				
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH										
Public Konsortium d-NRW GbR				1.094,73						
Quantum GmbH										
Revierpark Vonderort GmbH	297.600,00									
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH								336,70	3.106.009,10	
Stadtsparkasse Oberhausen										
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH						28.138.358,60				29.553,53
strasserauf GmbH										
Theater Oberhausen	7.785.000,00									
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	33.350,00	539.450,02								
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH										
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH										
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH						22.650.149,28				
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH										
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH										

Wesentliche Leistungsbeziehungen

Leistungserbringer	Leistungsempfänger																			
Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt **Geschäftsjahr 2013 / -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen betrieblichen Erlöse der Leistungserbringer**	Stadt Oberhausen	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	ASO Service GmbH	Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	Biostrom Oberhausen Management GmbH	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	ecce - european centre for creative economy GmbH	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	evo Energieversorgung Oberhausen AG	FSO GmbH & Co.KG	FSO Verwaltungs- GmbH	Gasometer Oberhausen GmbH	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Jobcenter Oberhausen
Stadt Oberhausen		262	1.787											224	1.632		47	4.235	4	511
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen			2.283																	
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		29																		
ASO Service GmbH			823																	
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.																				
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH																				
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH																				
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG														1.755						
Biostrom Oberhausen Management GmbH								3												
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	509																			
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG																				
ecce - european centre for creative economy GmbH																				
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO																				
evo Energieversorgung Oberhausen AG	147		403		2		3	650					12		105	1	84	15		
FSO GmbH & Co.KG														12.007						
FSO Verwaltungs- GmbH															5					
Gasometer Oberhausen GmbH																				
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	11.881													1.775						
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH																				
Jobcenter Oberhausen	3.250																			
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG																				
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH																				
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	4													17						
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	13		2											73.216						
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	84.744	89					14						28	65			3	6	11	696
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH																				
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH																				
Public Konsortium d-NRW GbR																				
Quantum GmbH														58.935						
Revierpark Vonderort GmbH																				
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	2.523		9	1										331				20		46
strasserauf GmbH																				
Theater Oberhausen																				
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	35												10	33			10	2	1	
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH																				
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	311																			
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	40.730		8														2	214		
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH													800				388			

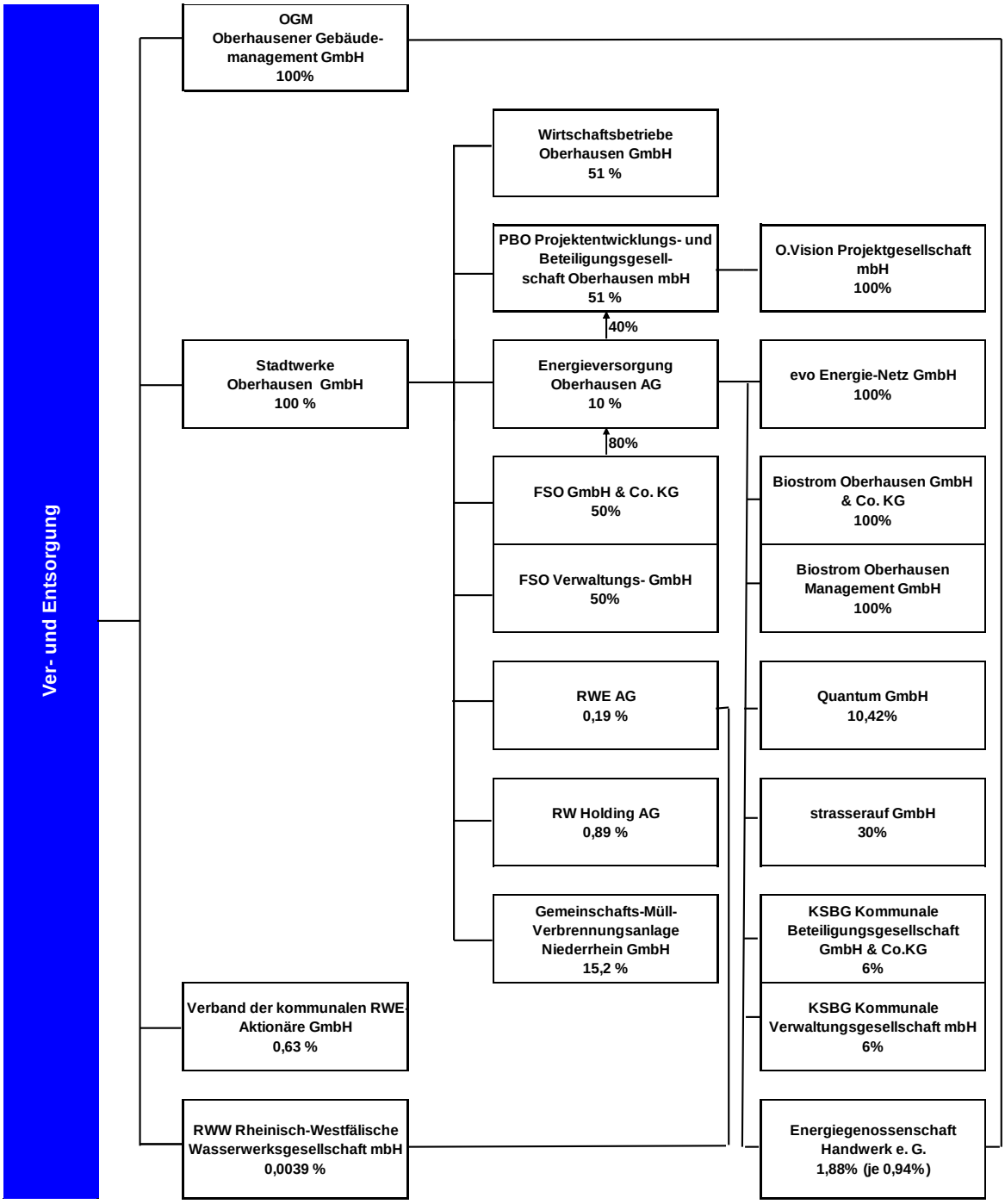
Leistungserbringer	Leistungsempfänger																	
Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt **Geschäftsjahr 2013 / -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen betrieblichen Erlöse der Leistungserbringer**	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Oberhausener Netzgesellschaft mbH	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Public Konsortium d-NRW GbR	Quantum GmbH	Revierpark Vonderort GmbH	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	strasserauf GmbH	Theater Oberhausen	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
Stadt Oberhausen			71	75	3.227	2	6			75	383		273	1	355	139	10.723	114
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen																		
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH																		
ASO Service GmbH																		
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.																		
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH																		
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH																		
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG				2.827														
Biostrom Oberhausen Management GmbH																		
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)																		
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG																		
ecce - european centre for creative economy GmbH																		
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO																		164
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1.500		100	35.091	11.114	2	8		21	213	1.606	12	100	31			390	63
FSO GmbH & Co.KG																		
FSO Verwaltungs- GmbH																		
Gasometer Oberhausen GmbH																		
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH				1.417	31												86	
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH					1													
Jobcenter Oberhausen																		
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG		5																
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	751																	
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH					21													
Oberhausener Netzgesellschaft mbH			54		1.330						25						79	
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH			171	2			100			3				146	188	344	195	36
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH							91											
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH						425					1							
Public Konsortium d-NRW GbR																		
Quantum GmbH																		
Revierpark Vonderort GmbH																		
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH				190	62		9						18				11	
strasserauf GmbH																		
Theater Oberhausen																		
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH			2		21					2	18		7		6		8	11
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH					680													
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH			26		3.416													
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH			1	11	378					8	431		6	3		3		1
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH													165		155			

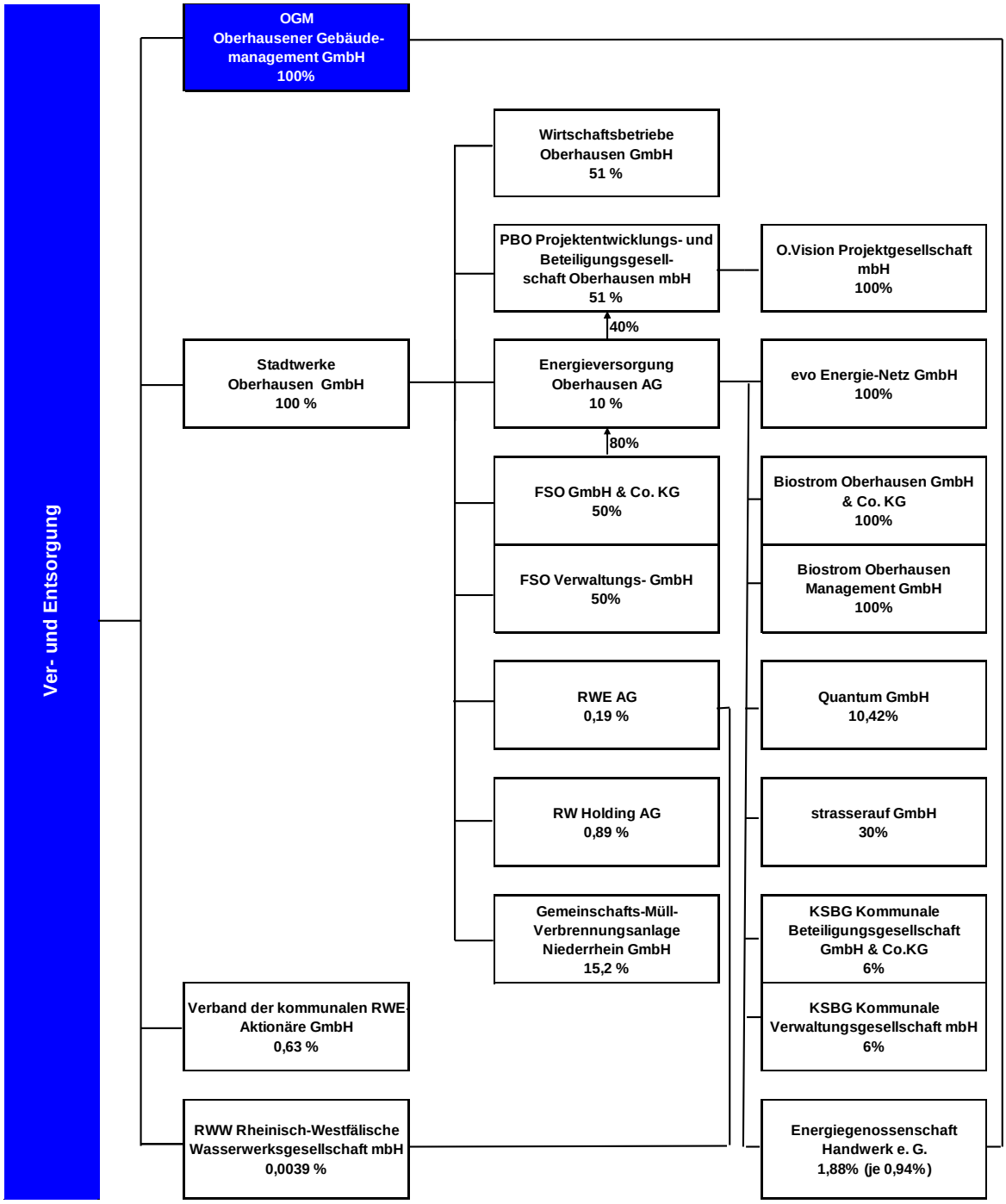
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2013

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	98.917,88	97.319,02	137,59	98.282,86	77.535,30	9.388,05	9,6	691	33
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	29.857,85	26.265,24	-8.250,88	102.851,51	83.092,63	42.748,62	41,6	405	11
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	42.664,96	47.830,28	3.887,89	30.953,22	11.484,12	5.468,09	17,7	384	25
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	694,84	692,51	59,90	7.771,71	0,00	0,00	0,0	0	0
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	9,59	0,00	-829,07	19.914,66	0,00	0,00	0,0	0	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	245.703,84	239.181,59	11.425,28	173.953,05	114.834,48	30.304,99	17,4	264	25
evo Energie-Netz GmbH	97.063,33	96.536,22	410,58	23.689,52	312,73	1.142,48	4,8	164	0
FSO GmbH & Co.KG	587,05	576,50	11.524,75	39.164,23	2.156,84	33.086,59	84,5	3	0
FSO Verwaltungs- GmbH	4,86	0,00	1,02	34,71	0,00	32,53	93,7	0	0
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	85.528,28	82.928,75	3.297,06	174.458,33	103.434,41	15.245,07	8,7	191	10
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	115.883,56	107.775,94	10.192,29	201.950,63	162.957,34	76.169,93	37,7	409	18
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	1.858,70	800,00	23,19	7.140,53	2.881,67	3.353,49	47,0	12	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	1.101,56	640,00	-186,24	8.336,17	5.948,38	0,00	0,0	0	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	173,77	3,38	-1.055,30	866,48	3,41	679,08	78,4	2	0
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	3.934,05	3.933,74	1.077,88	27.287,62	25.759,95	1.256,99	4,6	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	3.213,99	2.747,08	240,57	2.837,73	59,70	2.317,18	81,7	2	0
ecce - european centre for creative economy GmbH	1.169,82	82,91	0,00	225,28	33,38	25,00	11,1	14	0
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	1.263,01	752,21	-540,12	392,54	114,13	59,41	15,1	19	4
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	776,23	743,56	12.118,67	7.335,33	5.855,69	0,00	0,0	7	1
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	1.346,72	113,32	0,05	249,66	12,39	104,44	41,8	11	0
Revierpark Vonderort GmbH	2.960,93	2.257,26	-537,16	2.498,57	2.181,50	1.625,61	65,1	16	1
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	135,91	134,33	1,05	1.515,88	1.260,68	512,02	33,8	0	0
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	195,70	189,36	-5,47	180,75	14,65	152,67	84,5	3	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	19.602,32	18.379,67	-503,56	11.643,99	6.422,80	4.077,76	35,0	251	0
ASO Service GmbH	822,76	822,76	0,00	53,08	0,00	25,00	47,1	48	0
Public Konsortium d-NRW GbR	0,00	0,00	-6,28	1.382,75	1.322,00	1.377,28	99,6	1	0
Theater Oberhausen	9.519,49	663,03	4,70	812,38		97,80	12,0	120	0
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	2.312,48	2.290,19	203,86	28.006,26	24.926,26	5.227,33	18,7	0	0

Einzelberichterstattung

Ver- und Entsorgung




Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstraße 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 594-5
Fax	0208 / 594-7070
e-Mail	ogminfo@ogm.de
Internet	www.ogm.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 5.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	5.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich Gebäudemanagement, insbesondere die Unterhaltung von Verwaltungsgebäuden der Stadt Oberhausen sowie die Integration von Planung, Kontrolle und Bewirtschaftung bei Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen und die Verbesserung von Nutzungsflexibilität, Arbeitsproduktivität und Kapitalrentabilität unter Berücksichtigung von Arbeitsplatz und Arbeitsumfeld, die Vermietung von Räumen sowie im Einzelfall der Erwerb und die Veräußerung von Immobilien im Stadtgebiet Oberhausens.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag vom 20.02./18.04.2002 im Bereich der Materialwirtschaft, Postdienste, Vervielfältigungen, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit und Telekommunikation
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag über Personaldienstleistungen und Versicherungen vom 19.12.2008
Stadt Oberhausen	Geschäftsbesorgungsvertrag zur Realisierung des kommunalen Wohnungsbauprogramms aus 11/1999; Übergang durch Verschmelzung der OBG auf die OGM zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Auftraggeberin) und der OGM GmbH vom 20.12.2000 (gültig ab 01.01.2001), zuletzt modifiziert am 27.03.2007 rückwirkend zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Mietvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Mieterin) und der OGM (Vermieterin) über das Schloss Oberhausen; Übergang durch Verschmelzung der Schloß Oberhausen GmbH auf OGM
Stadt Oberhausen	Pachtvertrag Tiergehege inkl. Zuschussvereinbarung vom

	28.12.2005
Stadt Oberhausen	Rahmenleistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Auftraggeberin) und der OGM (Auftragnehmerin) vom 20.12.2000 (gültig an 01.01.2001), zuletzt modifiziert am 27.03.2007 rückwirkend zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Vertrag über den Betrieb und die Unterhaltung des Freizeithafens am Rhein-Herne-Kanal in Oberhausen vom 28.09.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Bewirtschaftung städtischer Friedhöfe
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Leistungen der OGM im Bäderwesen vom 19.09.2006
Stadt Oberhausen	Vertrag zur Übereignung des gesamten beweglichen Anlagevermögens der Stadt Oberhausen auf die OGM vom 10.09.2002
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011, verlängert bis 31.12.2016
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001 für das Technische Rathaus
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Mietvertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001 für das Technische Rathaus

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
	Prokuristin	Schepers, Marion
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Vorsitzender	Nakot, Werner
	stellv. Vorsitzende (AN)	Broll, Marianne
	Mitglied gem. § 113 GO	Schmidt, Jürgen
	Mitglied	Axt, Norbert
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Jäntsch, Angelika
	Mitglied	Osmann, Denis
	Mitglied	Paasch, Dirk
	Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
	Mitglied (AN)	Hansmeier, Udo
	Mitglied (AN)	Heweling, Detlef
	Mitglied (AN)	Zander, Jutta
	Mitglied (AN)	Zwick, Andrea

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,94
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,14

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		**2012**		**2013**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	194,60	0,2	97,30	0,1			-97,30	-100,00
Anlagevermögen	73.973,70	75,0	73.727,12	77,4	77.535,30	78,9	3.808,18	5,17
Umlaufvermögen	24.348,73	24,7	19.884,49	20,9	19.204,07	19,5	-680,42	-3,42
Rechnungsabgrenzungsposten	131,16	0,1	1.562,75	1,6	1.543,48	1,6	-19,27	-1,23
Bilanzsumme	**98.648,19**	**100,00**	**95.271,65**	**100,00**	**98.282,86**	**100,00**	**3.011,21**	**3,16**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	6.872,22	7,0	8.016,46	8,4	9.388,05	9,6	1.371,59	17,11
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.507,32	1,5	1.367,11	1,4	1.226,89	1,2	-140,22	-10,26
Rückstellungen	4.078,80	4,1	5.695,33	6,0	6.233,88	6,3	538,55	9,46
Verbindlichkeiten	86.189,85	87,4	78.498,07	82,4	80.197,21	81,6	1.699,14	2,16
Rechnungsabgrenzungsposten			1.694,68	1,8	1.236,83	1,3	-457,85	-27,02
Bilanzsumme	**98.648,19**	**100,00**	**95.271,65**	**100,00**	**98.282,86**	**100,00**	**3.011,21**	**3,16**

bb) GuV

	2011	**2012**	**2013**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	101.335,46	96.594,98	97.319,02
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-716,01	-543,38	-197,16
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	1.198,94	915,58	1.796,02
Materialaufwand	51.026,46	46.052,20	47.148,15
Personalaufwand	26.115,31	25.493,86	25.387,35
Abschreibungen	6.300,77	6.149,04	6.446,80
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.959,69	13.149,87	13.670,99
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	174,73	110,81	101,05
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.650,49	3.569,26	3.150,29
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	940,39	2.663,76	3.215,35
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	431,19	1.110,92	1.428,66
sonstige Steuern	445,56	408,60	415,10
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	63,64	1.144,24	1.371,59
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	63,64	1.144,24	1.371,59

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,06	1,18	1,41	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,93	16,65	17,11	%
Cash-Flow:	6.364,41	7.293,28	7.818,38	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	145,25	142,81		T€
Personalaufwandsquote:	25,65	26,29	25,67	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,05	76,61	78,21	%
Eigenkapitalquote:	6,97	8,41	9,55	%
Fremdkapitalquote:	93,03	91,59	90,45	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Allgemeines

Die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH – nachfolgend OGM genannt - ist eine 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen.

Das umfangreiche Aufgabenspektrum der OGM umfasst u.a. die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, die Reinigung der Schulen, der städtischen Kindertageseinrichtungen und der städtischen Verwaltungsgebäude, die Versorgung der städtischen Gebäude mit Energie, die Pflege und den Betrieb der städtischen Friedhöfe, die Pflege der städtischen Sport- und Grünanlagen sowie den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern.

Mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben deckt die OGM seit Jahren einen großen Bereich der von der Stadt Oberhausen wahrzunehmenden Aufgaben ab.

2. gesamtwirtschaftliche Einflüsse

Die OGM unterliegt als 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen den strengen Regelungen der §§ 107 ff. Gemeindeordnung und kann daher ihre Leistungen lediglich im Konzern „Stadt Oberhausen“ erbringen. Damit unterliegt sie nur in begrenztem Umfang gesamtwirtschaftlichen Einflüssen. Hier sind insbesondere Preissteigerungen im Energiebereich, allgemeine Preissteigerungen sowie tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen zu nennen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Haushaltssanierung

Die OGM steht seit Aufnahme ihres Geschäftsbetriebs vor der Herausforderung, sowohl den Anforderungen der Stadt Oberhausen und ihrer Bürgerinnen und Bürger an Umfang und Qualität der Leistungen als auch dem defizitären Haushalt der Stadt Oberhausen Rechnung zu tragen.

Durch den Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen vom 25.06.2012, mit dem die durch die OGM zu erbringenden Sanierungsbeiträge auf 8,1 Mio. € p.a. ab dem Jahr 2014 und bis zu 11,5 Mio. € p.a. ab dem Jahr 2016 festgelegt wurden, sind diese Anforderungen noch einmal deutlich verschärft worden.

Angesichts dieses Beschlusses lag einer der Schwerpunkte der Arbeit im Berichtsjahr auf den Verhandlungen mit der Stadt Oberhausen zur Neustrukturierung und Neufassung des bestehenden Vertragswerkes und auf der Überarbeitung / Anpassung der Leistungsfelder, der Aufgabenkataloge und der Leistungsstandards. Dieses Vertragswerk trat nach Zustimmung durch die zuständigen Gremien zum 01.01.2014 in Kraft. Bezüglich näherer Einzelheiten zur Umsetzung und zu den Auswirkungen wird auf die Ausführungen unter Punkt E verwiesen.

Unabhängig von den mit der Neufassung der Verträge verbundenen Belastungen ist es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Berichtsjahr erneut gelungen, das positive Erscheinungsbild der öffentlichen Einrichtungen und Gebäude sowie Umfang und Qualität der Leistungen weitestgehend aufrecht zu erhalten.

2.Beteiligungen

Die OGM GmbH hält Beteiligungen / Mitgliedschaften an der Entwicklungs-gesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO, an der Volksbank Rhein-Ruhr eG, am KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister sowie an der Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen eG. In allen Fällen liegt die Beteiligungsquote unter 20 %.

C. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1.Wirtschaftliche Entwicklung

Da die Stadt Oberhausen Hauptkundin der OGM ist, werden die Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die von der Stadt Oberhausen gezahlten Entgelte geprägt.

Aus der nachfolgenden Übersicht ist ersichtlich, wie sich diese Entgelte zusammensetzen:

Art des Entgeltes	2013 T€	2012 T€
Erlöse aus dem Leistungsvertrag		
Erlöse aus Pauschalentgelt	2.751	2.751
Erlöse aus der Abrechnung nach Einheitspreisen	30.771	30.830
Erlöse aus der Abrechnung von Drittleistungen	17.054	18.657
Erlöse aus der Überlassung von Anlagegütern	3.248	3.314
Mieten und Nebenkosten	4.371	4.361
Erlöse aus dem Rahmenleistungsvertrag		
Erlöse aus der Abrechnung von Baumaßnahmen (incl. HOAI)	9.479	8.024
Erlöse aus der Abrechnung von Maßnahmen der Gebäudeunterhaltung	8.441	8.025
Versicherungsleistungen	396	736
Erlöse aus sonstigen Verträgen mit der Stadt Oberhausen		
Erlöse aus dem Bädervertrag	5.841	5.828
Erlöse aus dem Betreibervertrag „Friedhöfe“	1.439	1.414
Zuschuss Tiergehege	786	786

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2013 insgesamt auf 97,3 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg um 0,7 Mio. € bzw. 0,7 %.

Beim Materialaufwand ergibt sich im Vorjahresvergleich ein Anstieg um 1,1 Mio. € bzw. 2,4 %, der teilweise mit den erhöhten Umsatzerlösen korrespondiert und im Übrigen auf allgemeine Preissteigerungen zurückzuführen ist.

Die Personalkosten liegen mit rd. 0,1 Mio. € unter dem Vorjahresbetrag. Die tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen konnten durch Fluktuation aufgefangen werden.

Die Abschreibungen belaufen sich auf 6,5 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein leichter Anstieg um 0,3 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 13,7 Mio. €. Im Vorjahresvergleich ergibt sich ein Anstieg um 0,5 Mio. €; dies entspricht 4,0 %. Verursacht wird dieser Anstieg durch allgemeine

Preissteigerungen sowie erhöhte Gutachter- und Beraterkosten, die im Rahmen der Vertragsverhandlungen mit der Stadt Oberhausen und die sich daraus ergebenden Umstrukturierungen erforderlich waren.

Das Betriebsergebnis weist einen Überschuss von 6,3 Mio. € aus. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verbesserung um 0,1 Mio. € bzw. 2,3 %.

Das Finanzergebnis schließt mit einem Betrag von – 3,0 Mio. € ab. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Verbesserung um 0,4 Mio. € bzw. 11,8 %. Die Verbesserung ist zum einen auf hohe Tilgungsleistungen und daraus resultierend verringerten Zinsaufwand und zum anderen auf die Tatsache zurückzuführen, dass im Berichtsjahr erst im letzten Quartal neue Darlehen aufgenommen wurden.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 3,2 Mio. € und liegt damit um 0,5 Mio. € bzw. 20,7 % über dem des Vorjahres.

Nach Steuern ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 1,37 Mio. €. Damit konnte im Vergleich zum Vorjahr eine Verbesserung in Höhe von 0,23 Mio. € bzw. 19,9 % erzielt werden.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2009	2010	2011	2012	2013
Umsatzerlöse (in T€)	95.333	98.054	101.335	96.595	97.319
Materialaufwandsquote	50 %	49 %	50 %	48 %	48 %
Personalaufwandsquote	30 %	27 %	26 %	26 %	26 %
Personalaufwand pro Kopf (in T€)	36	37	38	39	37
Jahresergebnis (in T€)	1.107	194	64	1.144	1.372
Eigenkapital (in T€)	5.220	6.809	6.872	8.016	9.388
Eigenkapitalquote	5,1 %	6,6 %	7,0 %	8,4 %	9,6 %
Investitionen (in T€)	29.021	5.404	4.209	5.933	10.265
Verschuldungsgrad	93,2 %	91,8 %	91,5 %	88,4 %	87,9 %
Anlagevermögen	77.435	76.125	73.974	73.727	77.535
Anlagenintensität	75,2 %	74,1 %	75,0 %	77,3 %	78,9

2. Plan- / Ist-Vergleich

Die Umsatzerlöse sind rd. 0,9 Mio. € hinter dem Planansatz zurückgeblieben. Mit dem Rückgang der Umsatzerlöse korrespondieren entsprechend niedrigere Aufwendungen in zahlreichen Einzelpositionen.

Der Jahresüberschuss liegt mit 0,36 Mio. € geringfügig über dem Planansatz.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Planung in vollem Umfang erfüllt und durch konsequente Reduzierung der Aufwendungen und Umsetzung von Einsparpotentialen übertroffen werden konnte.

Der Investitionsplan, der sich ausschließlich auf Güter des beweglichen Anlagevermögens bezog, belief sich auf 4,3 Mio. €. Die Anlagenzugänge im Bereich des beweglichen Anlagevermögens belaufen sich auf 4,1 Mio. €. Damit wurde auch der Investitionsplan im Wesentlichen umgesetzt. Darüber hinaus erfolgten umfangreiche, bei Erstellung des Wirtschaftsplans 2013 noch nicht absehbare Investitionen in das unbewegliche Anlagevermögen, die durch Einzelentscheidungen des Aufsichtsgremiums genehmigt wurden.

3. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Kontokorrentkredite, Darlehen und Leasing-Verträge.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

D. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Beendigung des Geschäftsjahres 2013 nicht aufgetreten.

E. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Wirtschaftsplan 2014 / Finanzplanung 2015 ff.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014 weist bei einem Umsatzvolumen von 92,0 Mio. € ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1,1 Mio. € aus. Investitionen sind in Höhe von 4,1 Mio. € vorgesehen.

Basis für die Erstellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2014 war das ab 01.01.2014 gültige Vertragswerk zwischen der OGM und der Stadt Oberhausen. Über die hierin festgeschriebenen Entgelte sind die von der OGM zu erbringenden Haushaltssanierungsbeiträge und die sich daraus ergebenden Konsequenzen (Senkung von Leistungsstandards, Umstrukturierungsmaßnahmen etc.) in vollem Umfang berücksichtigt.

Des Weiteren wurden qualifizierte Schätzungen zur Entwicklung der übrigen Erlöse, der Entwicklung von Besucher- bzw. Benutzerzahlen etc. vorgenommen. Auf der Aufwandseite wurden zu erwartende Preissteigerungen, insbesondere im Energiebereich, berücksichtigt. Bei den Personalkosten wurde davon ausgegangen, dass die zu erwartenden Tarif-steigerungen durch Personalfluktuation aufgefangen werden können.

Der Investitionsplan umfasst Ersatz- und Neubeschaffungen im Bereich des beweglichen Anlagevermögens sowohl für den Bedarf der Stadt Oberhausen als auch für den Eigenbedarf der OGM. Die Umsetzung soll – soweit wirtschaftlich darstellbar – bevorzugt über ein Leasingmodell erfolgen. Es ist beabsichtigt, in diesem Zusammenhang auch zu prüfen, ob Teile des vorhandenen beweglichen Anlagevermögens für ein Sale - and Lease - back Modell genutzt werden können.

Bei der Finanzplanung für die nächsten 5 Jahre wurden die weiteren ab 2016 zu erbringenden Haushaltssanierungsbeiträge, die vereinbarten Kostenelementeklauseln und Indexsteigerungen, tarifliche Lohn- und Gehalts-steigerungen, Energie- und sonstige Preissteigerungen, Investitionen auf der Basis des Planansatzes 2014, die Neuaufnahme von Darlehen zur Finanzierung der Investitionen in das bewegliche und unbewegliche Anlagevermögen und die daraus resultierenden Zins- und Tilgungsleistungen bzw. entsprechende Belastungen aus Leasingverträgen berücksichtigt.

2. Projekte

Im 4. Quartal 2013 haben der Aufsichtsrat und die Gesellschafter-versammlung mehrere Projekte beschlossen, die in den nächsten Jahren durch die OGM entwickelt werden.

Im Einzelnen handelt es sich um

- den Ankauf von Grundstücken an der unteren Marktstraße mit dem Ziel, dort ein Bürogebäude für die Jobcenter zu errichten und einen Beitrag zur Stadtentwicklung in diesem Quartier zu leisten,
- die Übernahme der Eislaufhalle Vonderort mit dem Ziel, das Objekt zu einer Inline-Skaterhalle umzubauen,

- den Erwerb der Objekte HDO und DOM mit dem Ziel, die Grundstücke städtebaulich und wirtschaftlich zu entwickeln,

- den Erwerb eines Miteigentumsanteils an einem Objekt an der Wilhelmstraße mit dem Ziel, die Räumlichkeiten zur Stadtteilbibliothek Sterkrade umzubauen und die Voraussetzung für die weitere städtebauliche Entwicklung des Quartiers zu schaffen.

Sämtliche Projekte wurden in der Planung für die Geschäftsjahre 2014 ff berücksichtigt.

Die Durchführung weiterer Projekte im Rahmen der Stadtentwicklung ist geplant.

3.Risikomanagement

Die OGM GmbH hat im Geschäftsjahr 2005 ein Risiko-Chancen-Management eingeführt. Es werden halbjährlich Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung erfasst werden.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzu-sehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst, soweit sie sich nicht grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes oder aus bekannten gesetzlichen und vertraglichen Regelungen ergeben.

Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung der Risiken.

In der im Geschäftsjahr 2013 durchgeführten Risiko-Inventur wurden keine gravierenden Risiken aufgezeigt.

Unternehmensgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

4.Steuerung des Unternehmens

Die OGM verfügt über ein Controlling, das als Stabsstelle bei der Geschäftsführung angesiedelt ist. Hier erfolgen monatliche Analysen im Rahmen von Plan- / Ist-Vergleichen auf der Basis eines detaillierten Kostenstellen- und Auftragsnummernsystems sowie eine Überwachung der mit der Hauptkundin Stadt Oberhausen vereinbarten Budgets. Das entsprechende Datenmaterial wird der Geschäftsführung und den leitenden Mitarbeitern/innen zur Verfügung gestellt und ermöglicht diesen eine zeitnahe Steuerung.

Darüber hinaus erfolgt in der Stabsstelle Finanzen eine tägliche Überwachung der Finanzströme und eine regelmäßige Liquiditätsplanung.

Ziel der Geschäftsführung für die Geschäftsjahre 2014 ff ist es, dass die OGM auch in den kommenden Jahren

- die vertraglich vereinbarten Leistungen in vollem Umfang und in guter Qualität erbringen wird,

- für die Stadt Oberhausen und ihre Bürgerinnen und Bürger ein verlässlicher Partner sein wird,

- wichtige Beiträge zur Stadtentwicklung erbringen wird,

- die Vorgaben des Rates der Stadt Oberhausen zur Erbringung von Haushaltssanierungsbeiträgen erfüllen wird,

- positive Ergebnisse erzielen und die aus der Gründungphase noch bestehenden Verlustvorträge abbauen wird.

Auf der Basis der vorliegenden Planungen geht die Geschäftsführung davon aus, dass diese ambitionierten Ziele erreicht werden können und die OGM einen entscheidenden Beitrag dazu leistet, dass die Lebensqualität in der Stadt erhalten und verbessert wird.

F. sonstige Angaben

1.Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung

Wie bereits unter Punkt A. ausgeführt wurde, ist die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2013 in dem vertraglich vereinbarten Umfang erledigt und haben dazu beigetragen, für die Bürgerinnen und Bürger ein angemessenes städtisches Umfeld mit attraktiven Angeboten sicherzustellen.

2..Besetzung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung ist wie folgt besetzt:

Horst Kalthoff	Diplom-Ingenieur, Architekt Beamter der Stadt Oberhausen
Hartmut Schmidt	Angestellter Sprecher der Geschäftsführung

3. Angaben gemäß § 6 Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

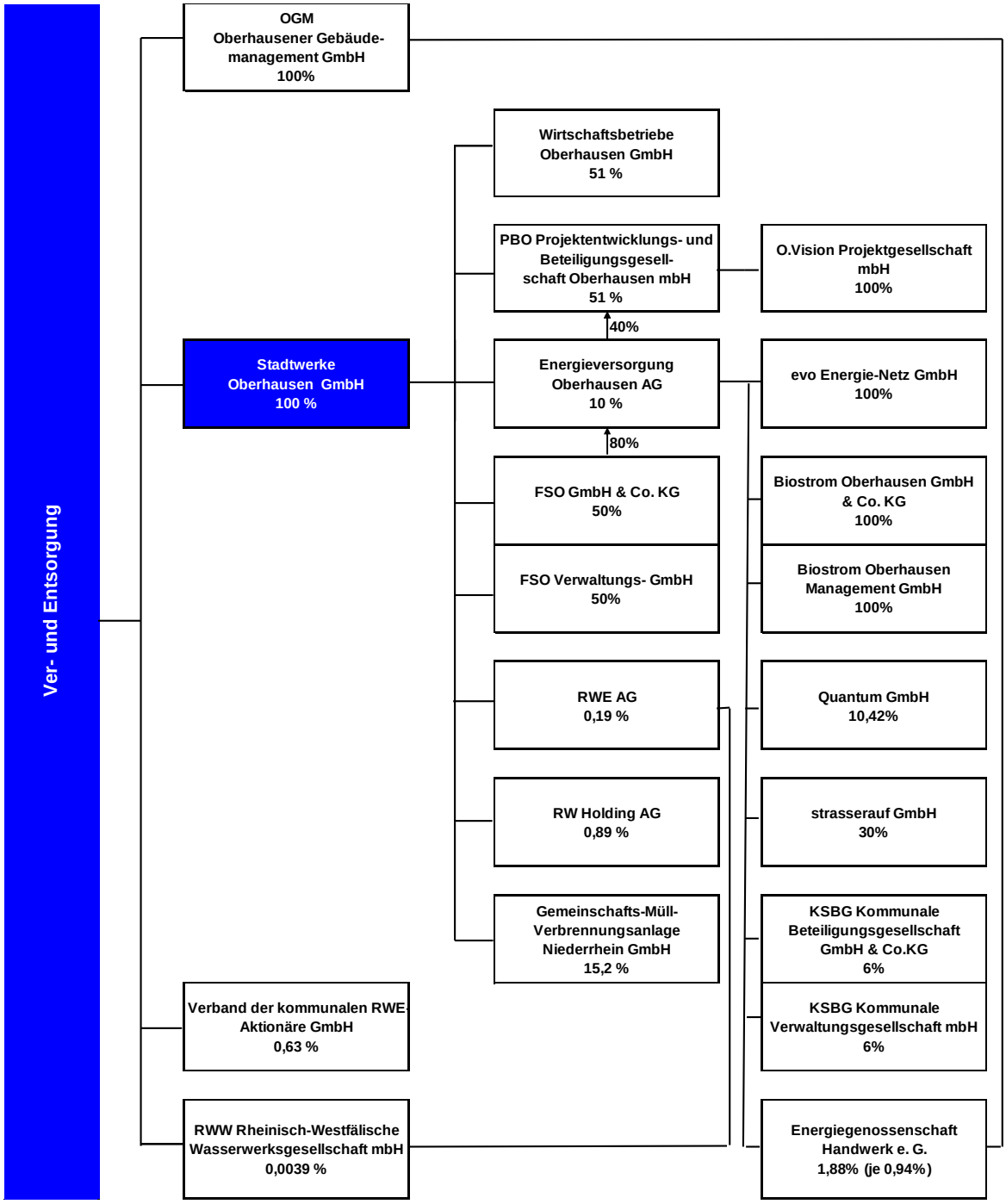
Die OGM betreibt auf dem in ihrem Eigentum stehenden Bergbau-Erlebnis-Bad AQUApark eine Photovoltaik-Anlage. Die für das Bad nicht benötigte Energie wird in das Netz des örtlichen Energieversorgers, der Energieversorgung Oberhausen AG, eingespeist.

Weitere Tätigkeiten im Sinne von § 6 b Abs. 3 EnWG werden von der OGM nicht ausgeübt.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, den 05. März 2014

gez.	gez.
Hartmut Schmidt Geschäftsführer	Horst Kalthoff Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5000
Fax	0208/ 835 5009
e-Mail	h.worch@stoag.de
e-Mail	w.overkamp@stoag.de
Internet	www.stoag.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25.600,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25.600,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe einrichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH	Betriebsdurchführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG in der Fassung vom 27.05.2010 (Straßenbahn).
Stadt Oberhausen	Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989
Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus: - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR - Satzung der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR - dem Kooperationsvertrag für den VRR - dem Einnahmeaufteilungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Klunk, Peter
	Geschäftsführer	Overkamp, Werner
	Prokurist	Achterfeld, Uwe
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Janßen, Anne
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
	stellv. Vorsitzende	Müthing, Christa
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Michalik, Herbert
	Mitglied	Carstensen, Jens
	Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Janßen, Dieter
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	Mitglied	Pascheberg, René
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Wittmann, Regina
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied (AN)	Buhren, Werner
	Mitglied (AN)	Kamps, Thorsten
	Mitglied (AN)	Stemmer, Michael
	Mitglied (AN)	Walkowiak, Dieter

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,14
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2.600,00	10,00
FSO GmbH & Co.KG	15,00	50,00
FSO Verwaltungs- GmbH	15,00	50,00
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	38,81	15,18
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	130,38	51,00
RWE Aktiengesellschaft	3.012,68	0,19
RW Holding Aktiengesellschaft	661,83	0,89
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	637,50	51,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	500,00	50,00

Biostrom Oberhausen Management GmbH	12,50	50,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,50	0,47
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,63	4,18
evo Energie-Netz GmbH	15,00	50,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	10.400,00	40,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,03	3,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	3,00	3,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	17,75	71,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	51,13	20,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	41,25	5,21
STEAG GmbH	1.958,40	1,53
strasserauf GmbH	3,75	15,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	102.381,19	81,9	100.341,64	84,8	83.092,63	80,8	-17.249,01	-17,19
Umlaufvermögen	22.602,81	18,1	18.027,10	15,2	19.670,40	19,1	1.643,30	9,12
Rechnungsabgrenzungsposten	62,35	0,0	20,78	0,0	88,49	0,1	67,71	325,84
Bilanzsumme	**125.046,35**	**100,00**	**118.389,53**	**100,00**	**102.851,51**	**100,00**	**-15.538,02**	**-13,12**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	58.750,15	47,0	58.750,15	49,6	42.748,62	41,6	-16.001,53	-27,24
Sonderposten mit Rücklagenanteil	616,80	0,5	1.251,28	1,1	64,45	0,1	-1.186,83	-94,85
Rückstellungen	16.854,15	13,5	18.059,52	15,3	18.125,86	17,6	66,34	0,37
Verbindlichkeiten	48.825,25	39,0	40.328,58	34,1	41.843,59	40,7	1.515,01	3,76
Rechnungsabgrenzungsposten					68,98	0,1	68,98	
Bilanzsumme	**125.046,35**	**100,00**	**118.389,53**	**100,00**	**102.851,51**	**100,00**	**-15.538,02**	**-13,12**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25.665,46	26.302,27	26.265,24
sonstige betriebliche Erträge	3.201,82	2.196,88	3.592,61
Materialaufwand	15.035,48	15.734,80	14.890,34
Personalaufwand	22.493,13	22.789,99	22.216,18
Abschreibungen	4.765,30	4.718,95	4.490,70
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.432,32	3.995,39	4.078,41
Erträge aus Beteiligungen	9.608,85	9.895,90	7.793,18
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	5.012,17	2.810,83	2.353,75
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	59,98	59,69	15,07
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens			16.007,52
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.679,99	2.202,22	2.021,61
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.857,94	-8.175,78	-23.684,92
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0,26
sonstige Steuern	61,66	67,20	66,98
Erträge aus Verlustübernahmen	5.919,60	8.242,97	7.750,65
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	-16.001,52
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen			-16.001,52
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-23,06	-31,34	-90,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	-10,08	-14,03	-55,56	%
Cash-Flow:	-1.154,29	-3.524,02	-3.253,95	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	66,06	67,37	73,72	T€
Personalaufwandsquote:	77,92	79,97	74,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	36,56	37,02	41,38	%
Eigenkapitalquote:	46,98	49,62	41,56	%
Fremdkapitalquote:	53,02	50,38	58,44	%

e) Lagebericht

1 Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) ist als hundertprozentige Tochter der Stadt Oberhausen der kommunale Anbieter für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Vier Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:

- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Markt- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze

Die STOAG sorgt in Oberhausen mit ihren Bussen und Straßenbahnen für eine vom Individualverkehr unabhängige, bedarfsgerechte Mobilität. Mit ihren modernen, umweltfreundlichen Fahrzeugen leistet sie einen effektiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz in der Stadt.

2 Rahmenbedingungen

Im Jahr 2013 haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Umfeld der STOAG nur geringfügig geändert. Die Einwohnerzahl der Stadt Oberhausen ist im Jahr 2013 um 0,4% zurückgegangen und lag am 31. Dezember 2013 bei 210.354 Personen. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre ist in Oberhausen im Vergleich zum Landesdurchschnitt niedriger, der Anteil der Generation 50+ höher. Der Bestand an Kraftfahrzeugen in der Stadt betrug 492 pro 1000 Einwohner und veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nur minimal (2012: 486 pro 1000 Einwohner). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg von 11,7% im Jahr 2012 auf 12,3% im Jahr 2013.

Stadtfinanzen

Das Land Nordrhein-Westfalen hat Maßnahmen zur Sanierung der kommunalen Haushalte und zur Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ergriffen. Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sollen ihre Finanzen wieder auf eine solide Grundlage stellen und ihre eigene Gestaltungskraft zurückerlangen. Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen stellt das Land bis zum Jahr 2020 Konsolidierungshilfen in einem Gesamtumfang von 5,76 Milliarden Euro zur Verfügung, um den Kommunen mit besonders schwieriger Haushaltssituation den nachhaltigen Haushaltsausgleich zu ermöglichen und wieder die Perspektive kommunaler Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Im Gegenzug müssen die Städte und Gemeinden ihre Haushalte bis zum Jahr 2020 sanieren. Oberhausen sollte ursprünglich aus dem Stärkungspakt jährlich 66,5 Mio. Euro erhalten.

Der Rat der Stadt hat daraufhin im Jahr 2012 ein Maßnahmenpaket mit rund 250 Einzelmaßnahmen verabschiedet, das zu einer Gesamteinsparung in Höhe von 590 Mio. Euro in den Jahren 2012 bis 2021 beitragen soll. Nur in einem gemeinsamen Prozess können Stadt und städtische Beteiligungsgesellschaften dieses Einsparvolumen umsetzen. Die STOAG hat gegenüber der Stadt ein jährliches Einsparpotential in Höhe von 3,5 Mio. Euro als realisierbar ausgewiesen.

Eine Neuberechnung der Stärkungspaktmittel im Jahr 2013 führt zu einer Reduzierung der Mittel für die Stadt Oberhausen in einer Größenordnung von jährlich 12,7 Mio. Euro. Der Ausgleich der ausgefallenen Stärkungspaktmittel soll über die Verlängerung des Zeitraums bis zum ersten Haushaltsausgleich nun im Jahr 2017 statt 2016 erfolgen. Mit der Rückgewinnung der kommunalen Handlungsfähigkeit und der damit verbundenen Chance, wieder Fördermöglichkeiten zu nutzen und Projekte in der Stadt anzustoßen, ergeben sich neue Zukunftsperspektiven, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Oberhausen bedeutsam sind.

Rechtsformwechsel

Im Juni 2013 ist die Stadtwerke Oberhausen AG in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden. Die Firma lautet STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Die notarielle Eintragung beim Amtsgericht Duisburg im Handelsregister B 11936 ist am 5. Juni 2013 erfolgt. Der Aufsichtsrat der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH hat sich am 21. Juni 2013 konstituiert. Hauptgrund für den Rechtsformwechsel ist die erweiterte Einflussmöglichkeit der alleinigen Gesellschafterin Stadt Oberhausen und damit der politischen Gremien auf die hundertprozentige Tochter STOAG. Der Rechtsformwechsel bewirkt eine formale Stärkung der Position des Rates der Stadt. Grundsätzlich ist nach der durch § 108 Abs. 4 GO NRW zum Ausdruck kommenden Wertung des Landesgesetzgebers die Rechtsform der Aktiengesellschaft nur dann zulässig, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann. Vorteile der Rechtsform GmbH können sich bei einer Direktvergabe von Leistungen der Stadt Oberhausen an die STOAG für die Erbringung von straßengebundenen Verkehrsleistungen nach EU-Verordnung 1370/2007 ergeben. Die notwendige Voraussetzung, dass die zuständige örtliche Behörde eine Kontrolle über den Betreiber wie über eine eigene Dienststelle ausübt, ist bei einer AG wegen der Weisungsunabhängigkeit des Vorstands einer AG nicht ohne weiteres erfüllt.

3 Geschäftsentwicklung und Lage

Fahrgäste

Die Fahrgastzahlen entwickelten sich im Jahr 2013 rückläufig und liegen mit 37,0 Mio. um 2,9% unter dem Vorjahreswert von 38,1 Mio. Diese Entwicklung beruht einerseits auf dem Rückgang der Einwohnerzahlen und der Schülerzahlen, andererseits auf der Reduzierung des Verkehrsangebotes bei gleichzeitiger regelmäßiger Erhöhung der Ticketpreise im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr. Seit dem Jahr 2002 ist die Betriebsleistung der STOAG um 20% verringert worden, der Preis für das EinzelTicket erhöhte sich in diesem Zeitraum um 43%. Viele Stadtteilzentren führen zu kurzen Wegen für die täglichen Besorgungen, kostenlose Parkmöglichkeiten bzw. geringe Parkgebühren erleichtern sogenannten Wahlfreien die Entscheidung für den Individualverkehr.

Die Anzahl der Fahrgäste, die den Bartarif nutzten, ist im Jahr 2013 mit -3,9% weniger stark rückläufig als im Vorjahr, eine Auswirkung des Verkaufs der MehrfahrtenTickets beim Fahrpersonal. Relativ konstant blieb die Anzahl der Kunden, die ihren Zeitfahrausweis frei wählen - im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang von 0,5% zu verzeichnen. Bei den monatlich erworbenen Zeitfahrausweisen hat das Ticket1000 das Ticket2000 in der Beliebtheit abgelöst – die Kunden haben sich für die preisgünstigere Variante ohne Zusatznutzen entschieden. Im Ausbildungsverkehr kam es insgesamt zu einem Rückgang von 5,2%. Die rückläufigen Schülerzahlen sowie Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, die als Förderprojekt teilweise die Inanspruchnahme des SozialTickets ermöglichen, sind Gründe für diese Entwicklung.

Entwicklung der Fahrgastzahlen

Jahr	Fahrgäste in Mio.	Veränderung zum Vorjahr in %
2007	40,6	
2008	40,2	- 1,0
2009	40,0	- 0,5
2010	39,1	- 2,5
2011	38,4	- 1,8
2012	38,1	- 0,8
2013	37,0	- 2,9

Entwicklung der Abonnentenzahlen

Jahr	Anzahl	Veränderung in %
2007	34.531	
2008	35.066	+ 1,5
2009	34.554	- 1,5
2010	34.588	+ 0,1
2011	33.103	- 4,3
2012	31.628*	- 4,5
2013	30.103*	- 4,8

*ohne SozialTicket

Betriebsleistung

Die Gesamtbetriebsleistung der STOAG in Oberhausen und in den benachbarten Stadtgebieten beträgt 9,17 Mio. Nutzwagenkilometer (Nwkm) und liegt um 3,6% unter dem Vorjahreswert von 9,51 Mio. Nutzwagenkilometern. Die verringerte Kilometerleistung ist zurückzuführen auf Taktumstellungen im Juni 2013 im gesamten Netz – schwerpunktmäßig bei der Straßenbahn. Die Linie 112 wechselt außerhalb der morgendlichen Hauptverkehrszeit auf Oberhausener Stadtgebiet von einem 10-Minuten-Takt auf einen 20-Minuten-Takt, sonntags verkehrt die Linie alle 30 statt alle 15 Minuten. Im Busbereich wurden nachfrageschwache StadtLinien-Äste im Takt reduziert, neu geführt und teilweise mit anderen Linienästen kombiniert. Im NachtNetz wurden Linien konzentriert. Die Reduzierung der Betriebsleistung ist eine der Maßnahmen, um den Beitrag der STOAG zum Haushaltssanierungsplan zu realisieren.

Entwicklung der Betriebsleistung

Jahr	Betriebsleistung in Nwkm
2006	10.681.616
2007	10.622.042
2008	10.669.261
2009	10.065.418
2010	9.892.509
2011	9.786.123
2012	9.510.653
2013	9.171.297

Entwicklung der Betriebsleistung bei Bus und Straßenbahn

Verkehrsmittel	Betriebsleistung 2012 in %	Betriebsleistung 2013 in %
Solobus	59,9	57,6
Gelenkbus	34,7	37,7
Straßenbahn	5,4	4,7

Ertragslage

Die wirtschaftliche Entwicklung der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH verlief im Jahr 2013 weiterhin erfreulich. Der positive Trend der letzten Jahre konnte grundsätzlich fortgesetzt werden. Das Betriebsergebnis erhöht sich leicht von -18.740 TEUR in 2012 um 2.922 TEUR auf -15.818 TEUR für das Jahr 2013. Gleichzeitig verringerte sich der Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen von -8.243 TEUR im Jahr 2012 um 492 TEUR auf -7.751 TEUR für das Jahr 2013. Die Gründe dafür waren:

Die Verkaufserlöse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,01% und lagen bei
25,89 Mio. EUR (Vorjahr: 25,53 Mio. EUR). Der Hauptgrund für diese Erhöhung trotz leicht rückgängiger Fahrgastzahlen liegt in der Anhebung der Beförderungsentgelte des VRR zum 1. Januar 2013 um durchschnittlich 3,9%.

Die STOAG erzielte im Geschäftsjahr 2013 Umsatzerlöse in Höhe von 26,26 Mio. EUR. Diese lagen um 0,1% unter dem Vergleichswert des Vorjahres (26,30 Mio. EUR).

Die Abgeltungszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schülern und Studenten, die sogenannte Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW (vormals § 45a PBefG), wurde in identischer Höhe wie 2012 (1.189 TEUR) ausgezahlt.

Alle zwei Jahre wird eine Schwerbehindertenzählung durchgeführt, zuletzt im Jahr 2012. Im Geschäftsjahr 2013 fand eine zusätzliche Schwerbehindertenzählung statt, wobei die Zählperioden zwei bis vier im Jahr 2013 durchgeführt worden sind. Die erste Zählperiode wird im Frühjahr 2014 nachgeholt. Die drei Zählungen im Geschäftsjahr 2013 ergaben einen - noch nicht testierten - Quotienten von 6,06%. Zur Berechnung des Anspruchs ist dieser Wert um den „Mindestselbstbehalt" zu kürzen. Dieser war bis zu Erstellung des Jahresabschlusses noch nicht veröffentlicht. Deshalb wurde unter Beibehaltung eines Mindestselbstbehalts von 1,26% ein Quotient von 4,8% angesetzt.

Eine Zählung im Jahr 2013 war erforderlich, weil das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW zum Ende des Jahres 2012 die Richtlinie zum betriebsindividuellen Ausgleich der Schwerbehindertenfreifahrt geändert hatte. Das Ministerium hatte zuvor die Zählungen einzelner Unternehmen kontrolliert und bei der Durchführung Mängel festgestellt. Sie verlangt nunmehr jährliche Zählungen. Bei der STOAG wurden keine Zählungen bemängelt. Aus dem Prinzip der Vorsicht wurde bei der Berechnung der Abgeltungsleistungen des Jahres 2012 nur der landesweite Vomhundertsatz im Sinne von § 148 Abs. 1 und 4 SGB IX in Höhe von 3,79% angesetzt. Diese Vorgehensweise führte im Jahr 2013 zu einem periodenfremden Ertrag in Höhe von 311 TEUR.

Die Ausgleichszahlungen für den Einnahmeausgleich im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr wurden in Zählungen im Jahr 2012 ermittelt. Das Zählergebnis wird für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 berücksichtigt, eine endgültige Auswertung der Zählung wird voraussichtlich erst Mitte 2014 vorliegen. Vorläufige Auswertungen zeigen einen höheren Einnahmenanspruch der DB AG gegen die kommunalen Verkehrsunternehmen. Es ist davon auszugehen, dass die geleisteten Abschlagszahlungen für den Übersteigerausgleich nicht ausreichen werden. Aus diesem Grund wurden Rückstellungen für die Jahre 2012 und 2013 in einer Höhe von 1.453 TEUR gebildet.

Die endgültige Einnahmeaufteilung 2010 und 2011 lag im Geschäftsjahr 2013 vor. In den vergangenen Jahren wurden für die noch ausstehenden Verbindlichkeiten aus der Einnahmeaufteilung 2010/2011 Rückstellungen gebildet. Da der Einnahmeanspruch gegenüber der STOAG geringer als ursprünglich prognostiziert ausfiel, konnten Rückstellungen in Höhe von 461 TEUR aufgelöst werden.

Durch erhöhte Einnahmen aus der Vermietung von Werbeflächen und gleichbleibenden Provisionsvergütungen veränderten sich die sonstigen Umsatzerlöse von 0,32 Mio. EUR im Jahr 2012 auf 0,58 Mio. EUR im Jahr 2013.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich von 1,97 Mio. EUR auf 3,38 Mio. EUR. Hintergrund hierfür sind erhöhte Erträge aus Anlagenabgängen und erhöhte Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Energie-, Material- und Fremdleistungsaufwand verringerte sich leicht von 15,74 Mio. EUR auf 14,89 Mio. EUR.

Der Personalaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 574 TEUR auf 22,2 Mio. EUR. Die tarifliche Erhöhung der Entgelte und der sozialen Abgaben konnte durch Einsparungen bei den Personalrückstellungen und durch Personalabgänge, insbesondere im Fahrbetrieb, kompensiert werden. Die gezahlten Entgelte verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 286 TEUR auf 17.318 TEUR (Vorjahr: 17.604 TEUR). Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Geschäftsführung, Auszubildende, geringfügig Beschäftigte und Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit reduzierte sich von 425 zu Beginn des Jahres auf 414 am Jahresende.

Bei den Abschreibungen ist ein leichter Rückgang in Höhe von ca. 4,83% von 4,7 Mio. EUR auf 4,5 Mio. EUR zu verzeichnen.

Der Mehraufwand in Höhe von 83 TEUR bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf 4,1 Mio. EUR (Vorjahr 4,0 Mio. EUR) ist auf Erhöhungen im Bereich des Versicherungsaufwandes zurückzuführen.

Das Finanzergebnis veränderte sich um 18,4 Mio. EUR von 10,6 Mio. EUR auf -7,8 Mio. EUR. Gründe hierfür waren neben den reduzierten Dividendenbeträgen in Höhe von 2,6 Mio. EUR auch eine Wertberichtigung der Geschäftsanteile an der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) in Höhe von 16,0 Mio.EUR.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit veränderte sich von -8,2 Mio. EUR um 15,5 Mio. EUR auf -23,7 Mio. EUR.

Der Steueraufwand lag mit 0,067 Mio. EUR in identischer Höhe wie der Vorjahreswert und beinhaltet hauptsächlich Grundsteuern.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2013 betrug 102,9 Mio. EUR. Die Veränderung zum Vorjahreswert (118,4 Mio. EUR) resultiert aus der Reduzierung des Sachanlagevermögens um 1,3 Mio. EUR, der Reduzierung der Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Mio. EUR, sowie einer Wertberichtigung der Geschäftsanteile an der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) in Höhe von 16,0 Mio. EUR.. Dagegen haben sich die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände um 3,5 Mio. EUR erhöht.

Eine Neuberechnung des Ertragswertes der GMVA machte eine Reduzierung des Beteiligungswertes erforderlich. In den Finanzanlagen wird ein entsprechender Abgang (Abschreibung auf Finanzanlagen in Höhe von 16.001 TEUR) gezeigt. Damit dieser Effekt auch ertragswirksame Auswirkungen bei der STOAG und somit keine Auswirkung auf den Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen zur Folge hat, ist in identischer Höhe (= 16.001 TEUR) eine Entnahme aus der Kapitalrücklage der STOAG erfolgt. Wirtschaftliche Risiken, die sich aus möglichen Rückforderungsansprüchen gegen die GMVA für den Zeitraum 2011 bis 2013 ergeben könnten, sind dabei noch nicht berücksichtigt. Die STOAG hält 15,18% der Gesellschaftsanteile der GMVA.

Das Anlagevermögen verringerte sich um 17,2 Mio. EUR auf 83,1 Mio. EUR. Grund hierfür war neben der bereits erörterten Wertberichtigung auch die Reduzierung des Sachanlagevermögens um 1,3 Mio. EUR auf 42,6 Mio. EUR. Neben den Abschreibungen auf das Anlagevermögen ist dies auf die Verkleinerung der Busflotte zurückzuführen.

Durch die Entnahme aus der Kapitalrücklage hat sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr um 16,0 Mio. EUR verringert. Es stellt 41,6% (Vorjahr: 49,6%) der Bilanzsumme dar.

Im Sonderposten mit Rücklagenanteil sind erhaltene Zuschüsse beispielsweise für den Umbau von Haltestelllen enthalten, die noch nicht mit getätigten Investitionen verrechnet werden konnten.

Die Rückstellungen belaufen sich auf 18,1 Mio. EUR und sind gegenüber dem Vorjahr (18,1 Mio. EUR) gleichbleibend. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen verringerten sich leicht auf 5,87 Mio. EUR und bleiben somit annähernd auf dem Niveau des Vorjahrs. (Vorjahr: 6,20 Mio. EUR).

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 1,5 Mio. EUR. Dies ist insbesondere auf die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+3,0 Mio. EUR) und die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (+2,3 Mio. EUR), zurückzuführen. Dagegen konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 35,539 Mio. EUR um 3,746 Mio. EUR auf 31,793 Mio. EUR reduziert werden.

Die STOAG verfügte auch im Jahr 2013 über eine ausreichende Liquidität, die auf erzielten Verkaufserlösen in Höhe von 26,3 Mio. EUR, auf Erträgen aus Wertpapieren und anderen Beteiligungen in Höhe von 10,2 Mio. EUR, auf dem Erhalt von Zinserträgen in Höhe von 15 TEUR, auf der Zahlung der Vorhaltekostenförderung in Höhe von 212 TEUR sowie auf sonstigen Einnahmen innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge beruhte.

Die laufende Finanzierung ist durch die im Verkehrsverbund geschlossene Finanzierungsvereinbarung und die mit dem Aufgabenträger im Bedienungsgebiet erzielten Betrauungsvereinbarungen bis zum Jahr 2019 gewährleistet.

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2013 auf 6,5 Mio. EUR. Größte Position mit 5,7 Mio. EUR war die Busersatzbeschaffung. Im Dezember des Geschäftsjahres 2013 wurden zwölf Solobusse und vier Gelenkbusse ausgeliefert sowie die entsprechenden Investitionen für Außen-, Innenanzeigen, Kurskasten und Entwerter getätigt. Schon im Februar gingen sieben Solobusse zu, deren Investition bereits für das Geschäftsjahr 2012 vorgesehen war. Die kontinuierliche Erneuerung der Fahrzeugflotte der STOAG wurde somit auch im Jahr 2013 fortgesetzt. Das Durchschnittsalter der Fahrzeuge zum Stichtag 31. Dezember 2013 betrug 5,12 Jahre.

Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Verlängerung der Linie 105 in die erste Stufe des Infrastrukturbedarfsplans des Landes aufgenommen. Da sich die Rechtsvorschrift zur Standardisierten Bewertung im Jahr 2006 geändert hat, wurde im Jahr 2013 eine neue Nutzen/Kostenanalyse auf dieser Grundlage aufgestellt. Im Rahmen von Abstimmungsgesprächen wurde diese mit dem Land, dem Bund und dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr erörtert. Die Förderanträge sind zu überprüfen, kostenmäßig anzupassen und anschließend – im Jahr 2014 – erneut einzureichen. Zur Abwicklung der Maßnahme zwischen den Städten Oberhausen und Essen sowie der STOAG und der Essener Verkehrs AG (EVAG) wurde seinerzeit eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, gemäß derer die STOAG zunächst den kommunalen Eigenanteil für die Betriebsanlagen auf Essener Stadtgebiet und den nicht zuwendungsfähigen Kostenanteil übernimmt. EVAG und Stadt Essen haben sich verpflichtet, den auf sie entfallenden Anteil umgehend nach Rechnungsstellung der STOAG zu erstatten.

Auf dem Gelände des zentralen Betriebshofes der STOAG wurde anfallendes Niederschlagswasser dem öffentlichen Mischwassersystem zugeführt. Ab 2013 werden diese Niederschlagswässer von den vorhanden Hallendächern, den befestigten Hofflächen und Parkplatzflächen und von dem Dach der neuen Verwaltung vom Mischwassersystem abgekoppelt, in einem Regenwasserkanalsystem gesammelt und der Kleinen Emscher zugeleitet. Die Emscher Genossenschaft fördert die Maßnahme im Rahmen ihrer Regenwasserprojekte in der Emscherregion.

Der niederflurgerechte Ausbau der Bushaltestellen und die Qualitätsverbesserung für die wartenden Fahrgäste wurden auch im Jahr 2013 mit dem Umbau von 15 Haltestellen fortgesetzt. Hervorzuheben ist hier der Umbau der Haltestelle Neumarkt, welcher in Kooperation mit der Stadt Oberhausen im Sommer 2013 erfolgreich realisiert werden konnte. Die Ende 2012 bestellten Wartehallen konnten im Jahr 2013 aufgestellt werden.

4 Risikobericht

Die systematische Identifizierung, Analyse und Bewertung von Risiken ist die Grundlage für den langfristigen Erfolg und die Sicherung der Unternehmensziele. Die STOAG führt jährlich eine Risikoinventur durch. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der STOAG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Risikopaten stufen die erfassten Risiken im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe ein. Innerhalb der Risikoinventur werden sämtliche Risiken betrachtet, die mögliche ungünstige Entwicklungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft zur Folge haben und die zu Personenschäden oder Imageverlust führen können.

Im Vergleich zum Vorjahr gab es nur geringfügige Veränderungen bei den Risiken. In der Risikoinventur 2013 wurden zwölf Risiken erfasst, davon drei potenzielle Risiken mit eingeschränkter Risikorelevanz.

Das Risiko „Verlust von Konzessionen“ besteht weiterhin. Zum Fahrplanwechsel im Juni 2013 wurden alle von Linienwegsänderungen betroffenen Linien gemäß ihrer Laufzeit, höchstens aber bis 31. Dezember 2019, neu genehmigt. Im Jahr 2014 laufen die Konzessionen für die Linien 122, 954, 955 und SB 93 aus.

Beim Risiko „Fahrerlaubnis von Busfahrern“ gab es am kritischen Stichtag 10. September 2013 drei Fahrer, die die notwendige Qualifikation nicht vorweisen und damit auch nicht im Fahrdienst eingesetzt werden konnten. Eine betrieblich kritische Situation ist hierdurch nicht eingetreten.

Beim Risiko „Werthaltigkeit der Beteiligung an der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)“ kam das Verwaltungsgericht Düsseldorf in einem noch nicht rechtskräftigen Urteil zum Schluss, dass die GMVA den Preis pro Tonne Hausmüll zu hoch kalkuliert hat. Die Stadträte in Duisburg und Oberhausen haben deshalb der GMVA eine neue Rechtskonstruktion ab 1. Januar 2014 erlaubt, das rechtlich zulässige, aber dennoch für die GMVA auskömmliche Entgelte ermöglichen soll. Hierdurch konnte eine drohende Insolvenz der GMVA verhindert werden. In den Wirtschaftsplänen der STOAG wurde kein Gewinnanteil an der Beteiligung an der GMVA im Jahr 2014 und den Folgejahren eingeplant.

Auf Basis der Wirtschaftsplandaten der GMVA für die Jahre 2014 bis 2017 wurde der Ertragswert der GMVA aktualisiert. Diese Berechnung führt zu einem geringeren Ertragswert der GMVA gegenüber der Berechnung der Niederrheinische Treuhand GmbH aus dem Jahr 2008. Wirtschaftliche Risiken, die sich aus möglichen Rückforderungsansprüchen für den Zeitraum 2011 bis 2013 ergeben könnten, sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Für die STOAG bedeutet diese Reduzierung des Ertragswerts der GMVA eine Reduzierung des Beteiligungsbuchwertes an der GMVA. In den Finanzanlagen wird eine entsprechender Abschreibung gezeigt. Damit dieser Effekt keine Auswirkung auf den Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen hat, ist in identischer Höhe eine Entnahme aus der Kapitalrücklage der STOAG erfolgt. Für die Zukunft können weitere außerplanmäßige Abschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert der GMVA nicht ausgeschlossen werden.

Es wurde kein Risiko als existenzbedrohend eingestuft.

5 Ausblick und Prognose

Fahrgastentwicklung und Tarifstruktur

Die Einwohnerzahl wird laut Bevölkerungsvorausberechnung in den nächsten fünf Jahren um voraussichtlich 2% zurückgehen, der Anteil der unter 18-jährigen um mehr als 6%. Gerade Kinder und Jugendliche bilden die größte Abonnentengruppe der STOAG. Die Bevölkerungsentwicklung hat Auswirkung auf die Fahrgastzahlen, sodass auch hier weiter ein leichter Rückgang prognostiziert werden kann. Die jährlichen VRR-Preisanpassungen einerseits, die städtischen Strukturen und die wirtschaftliche Lage der Haushalte andererseits verstärken die Tendenz, Mobilität möglichst kostengünstig erwerben zu wollen. Indizien dafür lassen sich sowohl aus der Entwicklung des Verkaufs der einzelnen Ticketarten als auch aus dem steigenden Anteil an Fahrgästen ohne Fahrausweis ableiten. Die im VRR geplante Tarifstrukturreform konnte bislang nur in Teilen umgesetzt werden. Für preisstufen- bzw. streckenabhängige Änderungen fehlen verlässliche und endgültige Werte aus Erhebungen und Übersteigerzählungen. Daher wurden im ersten Schritt mit Gültigkeit ab 1. Januar 2014 zunächst einige Maßnahmen zur Einnahmensteigerung und -sicherung umgesetzt wie beispielsweise die nutzerabhängige Einführung des TagesTickets, die preisstufenabhängige Differenzierung der 1. Klasse Zuschläge, die verbundweite Einführung des HandyTickets sowie die Förderung des elektronischen Ticketverkaufs durch rabattierte 7-TageTickets und 10erTickets.

Angebot

Die Betriebsleistung der STOAG wurde in den letzten elf Jahren um 20% reduziert. Bei einem weiteren Abbau von Fahrplanleistung wäre nicht auszuschließen, dass ein weniger attraktives Angebot einen weiteren Rückgang der Fahrgastzahlen nach sich zieht und weitere Angebotskürzungen aufgrund sinkender Nachfrage erforderlich macht. Ziel wird es sein, das Verkehrsangebot in der quantitativen Ausprägung beizubehalten und das Liniennetz qualitativ weiter zu entwickeln. Neben der Evaluation der umgesetzten Maßnahmen wird es also die Aufgabe sein, das Verkehrsangebot nachfrageorientiert anzupassen und insbesondere die Verkehrsqualität weiter zu verbessern. Hier sind unter anderem die Sicherstellung von Anschlüssen und die weitere Erhöhung der Fahrplanzuverlässigkeit zu nennen. Darüber hinaus wird die Kundeninformation über das Internet und über mobile Endgeräte wie Smartphones und Tablets noch weiter an Bedeutung gewinnen.

Im Abstimmungsprozess des Nahverkehrsplans der Stadt Mülheim an der Ruhr hat die Bezirksregierung Düsseldorf angeregt, den Takt der Straßenbahn auf ein 15-Minuten Schema umzustellen. Ein solcher Takt harmoniert nicht mit dem sowohl in Oberhausen als auch im überwiegenden Teil des VRR bestehenden 10/20/30-Taktschema. Anschlüsse können zwischen unterschiedlichen Taktsystemen nur unzureichend hergestellt werden. Langfristig könnte sich dieses Taktschema jedoch ändern. Aktuell erfolgt eine Studie im Auftrag des Landes NRW anlässlich der Umsetzung des Rhein-Ruhr-Express RRX, bis Mitte der 2020er Jahre das SPNV-Netz auf ein 15-Minuten-Taktschema umzustellen. Sollte dies zur Umsetzung gelangen, hieße es auch für die STOAG, auf ein 15-Minuten-Taktsystem zur Wiederherstellung der Bus-Schiene-Anschlüsse zu wechseln. Die betrieblichen Folgen dieser Umstellung im gesamten Zu- und Abbringer-ÖV in den betroffenen Kommunen werden im Rahmen der Studie nicht erfasst.

Des Weiteren bat die Bezirksregierung aktuell um Prüfung, ob nach Stilllegung der Mülheimer Straßenbahn Linie 110 im Bereich Styrum Bedienungsgebiete von der STOAG übernommen werden können. Hierzu erfolgen erste konzeptionelle Planungen in Zusammenarbeit mit der Stadt Mülheim und der Mülheimer VerkehrsGesellschaft mbH.

Straßenbahnlinie 105 /Strecke VI

Bei der Weiterführung der Straßenbahnlinie 105 von der Stadtgrenze Essen bis zur bestehenden ÖPNV-Trasse in der Neuen Mitte Oberhausen handelt es sich um einen regionalen Lückenschluss für das gesamte Netz des westlichen Ruhrgebietes. Die 3,3 Kilometer lange oberirdische Strecke – davon knapp 3 Kilometer auf Oberhausener Stadtgebiet – soll zukünftig die Innenstädte Oberhausen und Essen verbinden. Der städteübergreifende Nahverkehr hat im Ruhrgebiet Nachholbedarf. Linien enden häufig an Stadtgrenzen, die heutige Situation an der Haltestelle Unterstraße in Essen-Frintop ist dafür beispielhaft. Aber gerade direkte Verbindungen ohne Umstiege werden von den Fahrgästen akzeptiert. Die Zahl der Berufspendler in der Metropole Ruhr hat sich in den letzten 20 Jahren kontinuierlich erhöht und liegt im Jahr 2012 bei fast 54% der Erwerbstätigen. Das ergibt sich aus Berechnungen der Statistikexperten beim Regionalverband Ruhr (RVR). Allein aus Oberhausen pendeln täglich 8.152 Einwohner nach Essen aus, 4985 Pendler fahren aus Essen nach Oberhausen (Quelle: Regionalverband Ruhr, Referat 3, Stand: Juli 2013, basierend auf der neuen Pendlerrechnung 2011 des Landesbetriebes Information und Technik Nordrhein-Westfalen).

Die Straßenbahnstrecke VI wurde bereits im Jahr 2002 zur Förderung angemeldet, der Planfeststellungbeschluss erfolgte 2005 – im Rahmen der Integrierten Gesamtverkehrsplanung wurde der Streckenneubau jedoch ein Jahr später zurückgestellt. In Absprache mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und der Bezirksregierung Düsseldorf wurde die Strecke VI Ende 2012 neu angemeldet. Sämtliche Planunterlagen müssen überarbeitet und neu erstellt werden, darüber hinaus sind Gutachten und Konzepte zu Themen wie Schall- und Brandschutz und Sicherheit beizufügen. Die Unterlagen für die Planfeststellung und für die Förderanträge werden im Jahr 2014 eingereicht.

Fahrgastinformation

Für das Jahr 2014 ist die Umsetzung der Echtzeitauskunft (EFA-Realtime) vorgesehen. EFA-Realtime ist eine Erweiterung der Elektronischen Fahrplanauskunft, mit der Echtzeitdaten in die Fahrplanauskunft einfließen können. In

den Echtzeitdaten sind die Verspätungen und Ausfälle von Verkehrsmitteln berücksichtigt. Diese Daten werden bei der Berechnung von Auskünften mit einbezogen. Im Falle einer Verspätung wird diese bei Umstiegen berücksichtigt, ggf. werden alternative Verbindungen empfohlen. Dieses Projekt gewinnt vor allem an Bedeutung in Hinblick auf die stark steigenden Abrufzahlen der mobilen Fahrplanauskunft (Smartphone-Apps), die bereits heute die Abrufzahlen der Internet-Fahrplanauskunft deutlich übertreffen.

Barrierefreiheit

Im Rahmen der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes wurde das Ziel aufgenommen, bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Personenverkehr herzustellen. Durch den konsequenten Umbau der Haltestellen im Stadtgebiet in den vergangenen Jahren ist die STOAG bezüglich des barrierefreien Ausbaus der Haltestellen bis zum Jahr 2022 sehr gut aufgestellt. Derzeit sind 91% der Haltestellen entsprechend ausgebaut. Begründete Ausnahmen, z. B. für wenig frequentierte Haltestellen, können im Nahverkehrsplan definiert werden. Eine klare Festlegung, welche Ausstattungsmerkmale entsprechend der verkehrlichen Bedeutung und Funktion der Haltestellen als barrierefrei definiert sind, ist noch nicht getroffen worden. Entsprechende Handlungsempfehlungen werden zusammen mit dem Aufgabenträger erarbeitet. Ziel seitens der STOAG ist es, die Ausstattung je Haltestellenkategorie im Nahverkehrsplan einheitlich zu definieren.

Alle Fahrzeuge der STOAG und der beauftragten Unternehmen sind niederflurig, mit breiten Eingangsbereichen und mit mechanischen Rampen sowie mit optischen und akustischen Haltestelleninnenansagen ausgerüstet. Über den VRR steht eine barrierefreie Fahrplanauskunft zur Verfügung. Sie ist für Nutzer von Bildleseprogrammen (Screen Reader) geeignet.

ÖPNV-Pauschale

Mit der ÖPNV-Pauschale sichert das Land NRW einen Teil der Finanzierung des straßengebundenen ÖPNV. Ziel der gesetzlichen Pauschale für den kommunalen ÖPNV ist es, die bisher mit einem sehr hohen Verfahrensaufwand verbundenen Förderverfahren zu vereinfachen. Die Fördermittel wurden im Rahmen der Revision des ÖPNVG (§ 11 Abs.2) neu festgelegt. Das Volumen der ÖPNV-Pausche nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW beträgt 110 Mio. EUR pro Jahr, in Summe erhält der VRR 55,632 Mio. EUR. Gemäß Rechtsverordnung zum ÖPNG ist die VRR AöR die Mittelempfängerin. Bei der Mittelverwendung ist vorgegeben, dass mindestens 80% der Fördermittel an öffentliche und private Verkehrsunternehmen weitergegeben werden müssen, die verbleibenden Mittel können die ÖPNV-Aufgabenträger für Zwecke des ÖPNV eigenverantwortlich verwenden.

Empfänger der ÖPNV-Pauschale sind Kreise bzw. kreisfreie Städte als Aufgabenträger. Der Verteilungsmaßstab ist gesetzlich festgelegt und wird alle drei Jahre neu berechnet. 90% der verfügbaren Mittel werden nach der Betriebsleitung (im konventionellen Linienverkehr sowie im Bedarfsverkehr), 9% nach der Einwohnerzahl und 1% nach der Fläche auf die Zahlungsempfänger verteilt.

Die Abwicklung (Bewirtschaftung) der ÖPNV-Pauschale gem. § 11 (2) ÖPNVG NRW wird ab dem Jahr 2014 entsprechend der folgenden Regelung von der VRR AöR vorgenommen:

1. Entsprechend der noch vor Ort zu fassenden Beschlüsse wird die VRR AöR den Anteil der Aufgabenträger-Pauschale an die Aufgabenträger weiterleiten (maximal 20% der aufgabenträgerscharfen ÖPNV-Pauschale). Die Verwendung der Mittel richtet sich nach den Vorgaben des ÖPNVG NRW und den entsprechenden Verwaltungsvorschriften.

2. Die verbleibenden Mittel der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW wird die VRR AöR aufgabenträgerscharf an die Verkehrsunternehmen weiterleiten (mindestens 80% der ÖPNV-Pauschale). Die konkrete Verwendung der verbleibenden Mittel der ÖPNV-Pauschale richtet sich nach den noch vor Ort zu fassenden Beschlüssen.

3. Als Verwendungsmöglichkeiten werden folgende Alternativen beschlossen:

   Alternative A: Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der Ausgleichsleistungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im ÖSPV

   Alternative B: Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen aus der Anwendung der Tarife für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs im VRR-Gemeinschaftstarif

   Alternative C: Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der investiven Fahrzeugförderung im ÖSPV

4. Der Kreisabschlag gem. § 19 (5) der Zweckverbandssatzung wird unverändert bis zum 31. Dezember 2019 fortgeführt und entfällt danach ersatzlos.

5. Nicht verausgabte bzw. zurückgeforderte Mittel der ÖPNV-Pauschale des Jahres 2013 werden gem. des o. g. gesetzlichen Schlüssels auf die Aufgabenträger im VRR verteilt und nach den örtlichen Beschlüssen fristgerecht ausgereicht.

Die VRR AöR hat die notwendigen Anpassungen an den Finanzierungsregularien, der „Richtlinie der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR über die Festsetzung der Tarife für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs im Gemeinschaftstarif für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) als Höchsttarif (Ausbildungs-Verkehr-Richtlinie AusbV-RL)“ und der „Richtlinie des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr zur Förderung von investiver Fahrzeugbeschaffung im ÖSPV“ vorgenommen, um eine Abwicklung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW im Rahmen dieser Alternativen ab dem Jahr 2014 zu gewährleisten.

Stadt Oberhausen und STOAG haben sich dahingehend verständigt, dass 10% der Pauschale bei der Stadt verbleiben und 90% der STOAG bei Anwendung der Variante B zukommen. Diese Vorgehensweise wurde in der Ratssitzung am 16. Dezember 2013 beschlossen bzw. bestätigt.

Beteiligungen

Die Preisprüfstelle der Bezirksregierung Düsseldorf hat eine Prüfung des Selbstkostenfestpreises und dessen Fortschreibung für das Entgelt für die Verwertung von Abfällen der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) im Jahr 2012 vorgenommen. Ein entsprechender Bericht wurde den beteiligten Kommunen (Stadt Duisburg und Stadt Oberhausen) noch nicht zur Verfügung gestellt.

Wie bereits unter den Punkten „Vermögens- und Finanzlage“ und „Risikobericht“ erörtert, erfolgte eine Wertberichtigung der Geschäftsanteile an der GMVA, wobei dabei sich ergebene wirtschaftliche Risiken, die sich aus möglichen Rückforderungsansprüchen gegenüber der GMVA für den Zeitraum 2011 bis 2013 ergeben könnten, noch nicht berücksichtigt wurden.
Die Reduzierung der Ertragssituation der GMVA und damit verbunden eine geringere Gewinnabführung hat auch Einfluss auf die Beteiligungserträge der STOAG und somit auf den verbleibenden Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen. Im Wirtschaftsplan 2014ff. sind derzeit keine Gewinnabführungen seitens der GMVA eingeplant worden.

Die gesamte Energieversorgungsbranche steht weiterhin vor großen Herausforderungen und Umbrüchen. Der massive Wettbewerb im Strom- und Gasvertrieb, die Verwerfungen auf dem Stromgroßhandelsmarkt sowie das regulierte Netzgeschäft belastet zunehmend die Ertragslage aller Energieversorger.

Die politischen Rahmenbedingungen sind auch nach der Bundestagswahl am 22. September 2013 noch nicht verlässlich abzuschätzen, um strategische Optionen entlang der Wertschöpfungsstufen und schließlich auch für die Gewinnabführung abzuleiten.

Wir gehen derzeitig davon aus, dass die FSO GmbH eine Ergebnisabführung für die Jahre 2015 bis 2018 von insgesamt 11,0 Mio. Euro erwirtschaftet und der STOAG somit 5,5 Mio. Euro pro Wirtschaftsjahr zufließen.

Aus den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen RWE-Aktien erwarten wir eine Dividende in Höhe von 1,00 Euro pro Aktie.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2014 bis 2018 weist für das Jahr 2014 nach derzeitiger Planung bei leicht steigenden Umsatzerlösen gegenüber dem Jahresergebnis 2013 einen höheren Verlust aus. Die mittelfristige Planung weist für das Jahr 2014 einen verbleibenden Finanzierungsbetrag in Höhe von 10.210 TEUR aus. Für den Zeitraum von 2015 bis 2018 werden verbleibende Finanzierungsbeträge von ca. 11,1 Mio. EUR erwartet. Gründe hierfür sind neben geringeren Beteiligungserträgen auch die Reduzierung der Abgeltungsleistungen für die Beförderung von Schülern und Schwerbehinderten. Die STOAG erwartet eine Erhöhung der Ausgleichsleistungen an die Deutsche Bahn AG und die Busverkehr Rheinland GmbH. In den nächsten Jahren ist mit höheren Aufwendungen für die Instandsetzung der Infrastruktur der ÖPNV-Trasse zu rechnen.

Die STOAG geht für das Jahr 2014 von einer stabilen Entwicklung der Verkaufserlöse aus.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren zurückgehen und im Jahr 2014 voraussichtlich 8.565 TEUR betragen.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig. Nach einer Änderung der Altersversorgung bei der STOAG bestehen in Zukunft keine neuen Ansprüche auf Betriebsrenten.

Anstiege der Rohstoffpreise im Energiebereich werden auch zukünftig zu Mehrbelastungen für die STOAG führen. Als energieintensive Unternehmen, für die im Rahmen des Steuerrechtes nur unzureichende Ausnahmeregelungen vom Gesetzgeber zugelassen wurden, sind hier alle Nahverkehrsunternehmen gleichermaßen betroffen.

6 Chancen

Der Wertewandel der letzten Jahre in Bezug auf Mobilität setzt sich fort. Das Motto „Nutzen statt Besitzen“ führt zu einem pragmatischen Umgang – zumindest in den Städten – mit dem PKW, der Klimaschutz erreicht einen anderen Stellenwert, Ressourcenknappheit und Energiewende setzen ein Umdenken in Kraft. Wenn die Nutzung von Bus und Bahn nicht mehr notgedrungen, sondern freiwillig ist, wenn es trendig ist, nicht den eigenen PKW sondern den Umweltverbund zu nutzen und je nach Zweck und Bedarf unterschiedliche Verkehrsmittel zu kombinieren, dann bieten sich hier Chancen auch für den ÖPNV in Oberhausen.

Die STOAG sieht ihre Zukunft in einem qualitativ hochwertigen Verkehrsangebot mit hoher Zuverlässigkeit und einfacher Zugänglichkeit. Dazu gehören moderne umweltfreundliche Fahrzeuge und innovative Technik genauso wie einfache Tarife und zeitgemäße Vertriebswege und Auskunftssysteme. Hieran arbeiten der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und die STOAG gemeinsam. Die für die nächsten Jahre geplanten Projekte flankieren diesen Weg. Durch die Betrauung der STOAG seitens der Stadt Oberhausen mit der Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen bis zum Dezember 2019 besteht für die STOAG die nötige Planungssicherheit, um nachhaltige Projekte zu realisieren.

Die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 lässt die Betrauung im Rahmen einer Direktvergabe an einen internen Betreiber unter definierten Voraussetzungen zu. Diese Verordnung ist mit der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes in deutsches Recht umgesetzt worden. Da die meisten Aufgabenträger im VRR auch gleichzeitig Eigentümer eines Verkehrsunternehmens sind, ist davon auszugehen, dass die in der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vorgesehene Option einer Betrauung im Rahmen einer Direktvergabe an einen internen Betreiber in den meisten Fällen angestrebt wird. Erste Schritte sind eingeleitet. Für die STOAG und die Stadt Oberhausen wurde gemeinsam mit dem VRR im Jahr 2013 bereits eine vereinfachte Machbarkeitsstudie begonnen. Die Voraussetzungen zur Direktvergabe nach neuem Recht können voraussichtlich alle erfüllt werden. Dadurch ist gewährleistet, dass die STOAG auch nach 2019 den ÖPNV in Oberhausen erbringen wird.

7 Nachtragsbericht

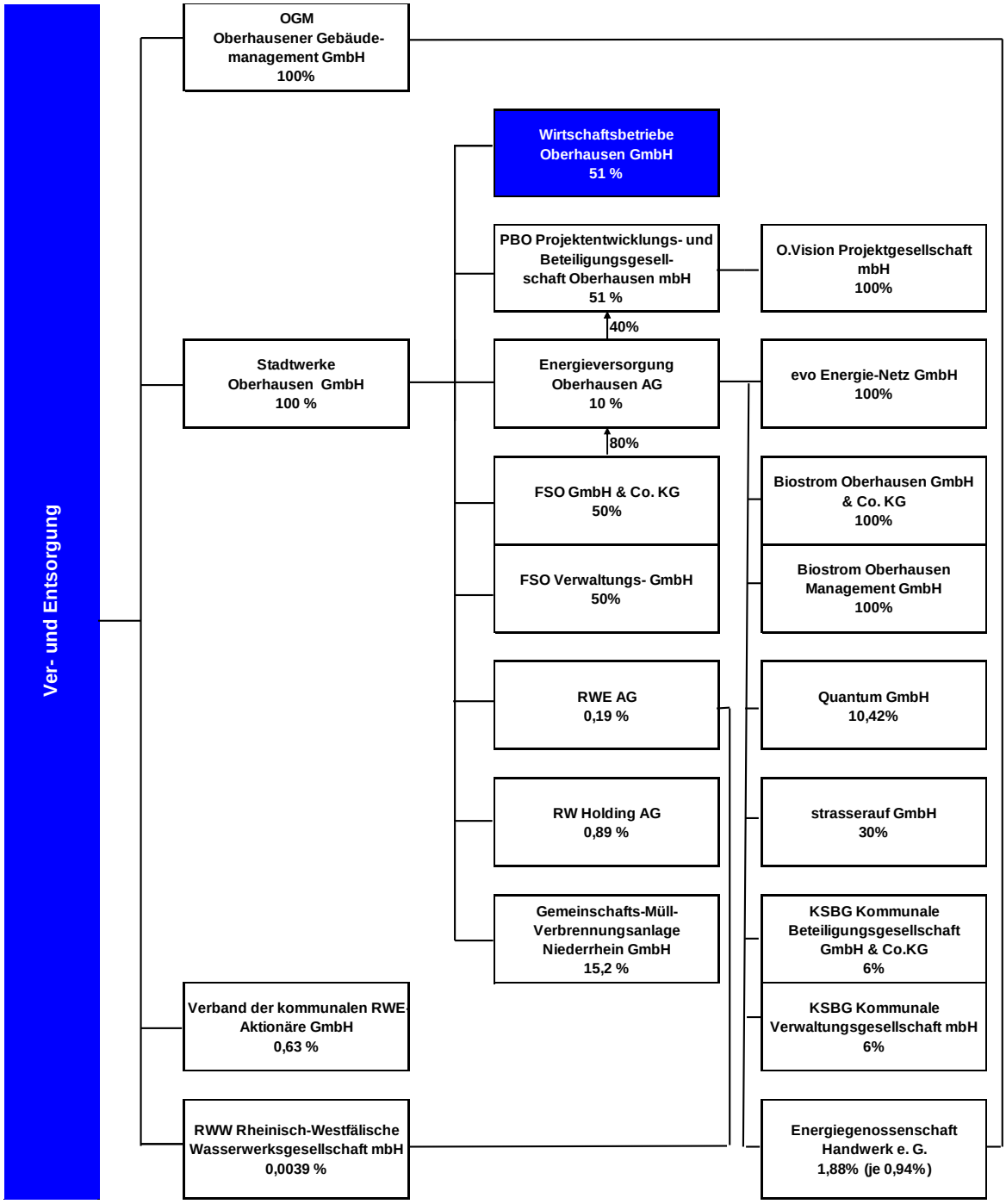
Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Oberhausen, den 17. April 2014

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Peter Klunk,
Geschäftsführer

Werner Overkamp,
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße 149
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 8587-30
Fax	0208 / 8578-404
e-Mail	info@wbo-online.de
Internet	www.wbo-online.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.250,00

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	612,50	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	637,50	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen

1.1 in den gebührenrelevanten Bereichen
- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

1.2 in den nichtgebührenrelevanten Bereichen
- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Aufgaben im Rahmen des DSD
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen

2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

3. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag vom 15.01.2008
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996
Stadt Oberhausen	Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV (nunmehr ver.di) vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995

Stadt Oberhausen	Vereinbarung Geobasisdaten vom 03.03.2006
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Laub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Straßenlaub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Kanalbau vom 22.01.1998
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Straßenbau vom 26.01.2001
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Regelung der Grundsätze der Alttextilerfassung in Oberhausen vom 08.03.2000; Nachtrag vom 19.11.2004
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Reinigung der Bundesautobahn-Anschlussstellen im Stadtgebiet Oberhausen vom 20.08.2008

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Woidtke, Karsten
	Geschäftsführerin	Guthoff, Maria
	Prokurist	Jehn, Michael
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzender	Emmerich, Karl-Heinz
	stellv. Vorsitzender (AN)	Crämer, Wolfgang
	Mitglied gem. § 113 GO	Lauxen, Sabine
	Mitglied	Grefermann, Jürgen
	Mitglied	Hols, Werner
	Mitglied	Jeppel, Jürgen
	Mitglied	Juchem, Timo
	Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen
	Mitglied	Plém, Peter
	Mitglied	Ruschewey, Roland
	Mitglied	Schucker, Rainer
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied (AN)	Croonenbroeck, Andreas
	Mitglied (AN)	Greven, Henrike
	Mitglied (AN)	Horatz, Stefan
	Mitglied (AN)	Langenbusch, Jürgen
	Mitglied (AN)	di Lorenzi, Ursula
	Mitglied (AN)	Schüll, Michael

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,14

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		**2012**		**2013**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	14.439,65	49,1	12.924,30	35,7	11.484,12	37,1	-1.440,18	-11,14
Umlaufvermögen	14.959,81	50,9	23.279,58	64,3	19.469,10	62,9	-3.810,48	-16,37
Bilanzsumme	**29.399,46**	**100,00**	**36.203,88**	**100,00**	**30.953,22**	**100,00**	**-5.250,66**	**-14,50**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.732,29	19,5	5.660,21	15,6	5.468,09	17,7	-192,12	-3,39
Rückstellungen	4.143,77	14,1	4.465,64	12,3	4.642,74	15,0	177,10	3,97
Verbindlichkeiten	19.523,40	66,4	26.078,04	72,0	20.841,47	67,3	-5.236,57	-20,08
Rechnungsabgrenzungsposten					0,92	0,0	0,92	
Bilanzsumme	**29.399,46**	**100,00**	**36.203,88**	**100,00**	**30.953,22**	**100,00**	**-5.250,66**	**-14,50**

bb) GuV

	2011	**2012**	**2013**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	40.901,56	40.178,39	47.830,28
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	3.725,98	9.045,98	-5.611,25
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00		
sonstige betriebliche Erträge	525,76	317,11	445,93
Materialaufwand	16.997,71	21.024,82	13.547,29
Personalaufwand	18.396,32	18.429,54	19.448,05
Abschreibungen	1.802,85	1.782,18	1.636,72
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.596,51	1.507,13	1.703,13
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	142,97	20,78	14,39
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	50,00	50,00	50,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	399,17	399,62	246,81
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.053,70	6.368,97	6.047,34
außerordentliche Erträge	0,00		
außerordentliches Ergebnis	0,00		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.828,29	2.211,50	2.068,00
sonstige Steuern	74,39	79,55	91,46
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4.151,02	4.077,91	3.887,89
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.891,45	4.152,47	4.080,38
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7.042,47	8.230,38	7.968,27

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	10,15	10,15	8,13	%
Eigenkapitalrentabilität:	-316,83	-158,66	-155,50	%
Cash-Flow:	6.003,87	5.910,10	5.574,61	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	120,09	132,11		T€
Personalaufwandsquote:	40,74	37,20	45,58	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	48,66	35,43	36,84	%
Eigenkapitalquote:	19,50	15,63	17,67	%
Fremdkapitalquote:	80,50	84,37	82,33	%

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einer Gesamtleistung von TEUR 42.665 ab (-13,9 % gegenüber Vorjahr). Die Leistungsverringerung beruht auf den Bestandsveränderungen aus dem Kanalbauprogramm. Nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen sowie einen Vergleich zum Vorjahr:

	2013	2012	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	47.830	40.178	7.652	19,0
Bestandsveränderungen	-5.611	9.046	-14.657	-162,0
Sonstige betriebliche Erträge	446	317	129	40,7
Gesamtleistung	**42.665**	**49.541**	**-6.876**	**-13,9**

Die Erhöhung des Umsatzvolumens gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 19 % ist vor allem auf Mehrerlöse bei den mit der Stadt Oberhausen schlussgerechneten Kanalbau-programmen zurückzuführen.
In diesem Zusammenhang verringert sich der Bestand der nicht abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen um TEUR 5.520. Unter Berücksichtigung der Bestandsverminderungen für den Bebauungsplan „Zur Koppenburgs Mühle“ in Höhe von TEUR 58 sowie für sonstige Maßnahmen des Betriebes Kanäle und Straßen in Höhe von TEUR 33 ergibt sich in Summe eine Bestandsreduzierung in Höhe von TEUR 5.611.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind neben einer Versicherungssteuererstattung aus Vorjahren in Höhe von TEUR 141 auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 85, aus Anlagenabgängen in Höhe von TEUR 65 sowie aus Personalkostenerstattungen in Höhe von TEUR 52 enthalten.

In der folgenden Tabelle sind die Umsatzerlöse der WBO dargestellt:

	2013	2012	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Leistungsvertrag Stadt OB	27.877	27.126	751	2,8
andere Umsätze Stadt OB / städt. Beteiligungen	2.632	2.390	242	10,1
Sonderbauprogramme Stadt OB	11.286	5.582	5.704	102,2
sonstige Umsätze	6.035	5.080	955	18,8
Summe	**47.830**	**40.178**	**7.652**	**19,0**

Im Leistungsvertrag ist der Anstieg von rund 2,8 % überwiegend auf die Erhöhung der Preisindizes zurückzuführen. Daneben tragen in geringerem Maße eine leichte Budgetüberschreitung im Leistungsbild Straßenunterhaltung sowie die unterjährige Änderung des Sperrmüllkonzepts im Leistungsbild Abfallentsorgung zur Umsatzerhöhung bei.

Die Stadt Oberhausen hat zum 01.10.2013 die Abfallsatzung geändert und die bisherige, dem Kalender nach organisierte Abfuhr des Sperrmülls auf ein Abrufsystem mit Terminvergabe umgestellt. Die systembedingte Änderung der Logistik wurde bei der WBO im Rahmen einer Anpassung der Verträge umgesetzt.

Die Verwertung des am Wertstoffhof gesammelten Elektroschrotts wurde vor dem 14.06.2013 durch die Stiftung EAR "Elektroaltgeräteregister", eine gemeinsame Stelle der Elektrogerätehersteller, übernommen. Weder Stadt noch WBO waren an den Verwertungserlösen beteiligt. Mit Stichtag zum 14.06.2013 hat die Stadt Oberhausen ihr Recht auf Eigenverwertung geltend gemacht. Seit diesem Zeitpunkt schreibt die WBO der Stadt die erzielten Verwertungserlöse nach Abzug eigener Kosten gut.

Die anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen und städtischen Beteiligungsgesellschaften sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10 % gestiegen, was insbesondere auf die Abrechnung von Ingenieurleistungen zu zwei Sondermaßnahmen im Bereich Stadtentwässerung zurückzuführen ist.

Die Umsatzerlöse aus Sonderbauprogrammen im Berichtsjahr sind im Verhältnis zum Vorjahr um 102 % gestiegen. Insgesamt jedoch ergibt sich unter Einbeziehung der zugehörigen Bestandsveränderungen eine Minderung der Gesamtleistung von 61 % zum Vorjahr für die Kanalbaumaßnahmen.

Die sonstigen Umsätze sind gegenüber dem Vorjahr um 19 % gestiegen, was auf diverse Kostenübernahmen der RAG Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit Kanalbau-programmen sowie auf drei Grundstücksverkäufe aus dem Erschließungsvorhaben „Zur Koppenburgs Mühle“ und auf gestiegene Umsätze der Kfz-Werkstatt im Zusammenhang mit der Reparatur und Wartung von Fahrzeugen der MEG - Mülheimer Entsorgungsgesellschaft mbH zurückzuführen ist.

	2013	2012	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	24	14	10	71,4
Grundstücke und Bauten	0	0	0	0,0
Andere Anlagen, BGA	200	1.234	-1.034	-83,8
Finanzanlagen	50	50	0	0,0
Summe	**274**	**1.298**	**-1.024**	**-78,9**

Die Investitionstätigkeit (TEUR 274) hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 78,9 % reduziert, da Fahrzeuge und Arbeitsmaschinen im Unterschied zum Vorjahr direkt geleast wurden, anstatt im Rahmen eines Sale-and-Lease-Back-Verfahrens zunächst angeschafft und dann veräußert zu werden.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Der Jahresüberschuss reduziert sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 4.078 auf TEUR 3.888. Bedingt durch den vermehrten Winterdiensteinsatz im ersten Quartal 2013, die zweifache Tarifsteigerung zu Beginn und zu Mitte 2013 und gestiegene Rückstellungen (insbesondere für Altersteilzeit) sind die Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 5,5% gestiegen.

Die Kennzahlen des Unternehmens stellen sich wie folgt dar:

	2013	**2012**
Umsatzrentabilität*	8,1%	10,1%
Gesamtkapitalrentabilität**	13,4%	12,4%
Eigenkapitalrentabilität***	246,1%	258,1%

* Gewinn x 100 / Umsatz
** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Infolge der erhöhten Schlussrechnung von Kanalbauprogrammen - TEUR 11.286 im Berichtsjahr gegenüber TEUR 5.582 im Vorjahr - erhöht sich auch das Gesamtumsatzvolumen in 2013. Im Zusammenhang mit einem gesunkenen Jahresergebnis ergibt sich eine Verringerung der Umsatzrentabilität gegenüber dem Vorjahr.

Eine Nichtberücksichtigung der Umsatzerlöse aus Sonderbauprogrammen hingegen (welche lediglich in Höhe der darauf abgerechneten HOAI-Erträge einen Ergebnisbeitrag liefern) ergäbe für beide Jahre eine nahezu konstante Umsatzrentabilität in Höhe von rund 11%.

Die gestiegene Gesamtkapitalrentabilität erklärt sich im Wesentlichen aus der Verringerung der Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund der erhöhten Schlussrechnungen von Kanalbauprogrammen wurden im Geschäftsjahr die unter dem Fremdkapital ausgewiesenen erhaltenen Anzahlungen abgebaut.

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	2013	2012
Eigenkapital	TEUR 5.468	TEUR 5.660
Eigenkapitalquote*	17,7%	15,6%
Verschuldungsgrad**	82,3%	84,4%
Anlagendeckungsgrad***	47,6%	43,8%

* Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
** Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen

Das zum Bilanzstichtag ausgewiesene Eigenkapital verringert sich gegenüber dem Vorjahr in Höhe der Veränderung des Bilanzgewinns. Die Erhöhung der Eigenkapitalquote hingegen folgt aus der im Berichtsjahr deutlich gesunkenen Bilanzsumme infolge des Abbaus der erhaltenen Anzahlungen als Bestandteil des Fremdkapitals. Bei relativ konstanter Eigenkapitalausstattung hat dies auch eine Verringerung des Verschuldungsgrads zur Folge.

Der gestiegene Anlagendeckungsgrad erklärt sich durch die buchmäßige Verringerung des Anlagevermögens infolge der Abschreibungen.

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) verringert sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 568 auf TEUR 5.560. Maßgeblich hierfür ist neben dem gesunkenen Jahresergebnis auch der geringere Abschreibungsbeitrag.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres 2013

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres 2013 sind nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WBO agiert auf der Grundlage seinerzeit langfristig abgeschlossener Verträge mit der Stadt Oberhausen und ihren Gesellschaften sowie aufgrund von mehrjährigen Verträgen mit Remondis relativ unabhängig von Marktentwicklungen. Die Verträge mit der Stadt Oberhausen sehen in einigen Leistungsbereichen eine erstmalige Kündigungsmöglichkeit zum Jahresende 2015 vor. Die WBO wird hiervon keinen Gebrauch machen.

Die WBO erhielt den Zuschlag für das DSD-Ausschreibungsverfahren (Duales System Deutschland GmbH) bei der Erfassung von Leichtverpackungen im Stadtgebiet Oberhausen für die Jahre 2014 bis 2016.

Die öffentlichen Verkehrsflächen des Erschließungsvorhabens „Zur Koppenburgs Mühle“ wurden zwischenzeitlich durch die Stadt Oberhausen auflagenfrei abgenommen und übernommen.

Seit dem 09.11.2013 ist die neue Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw) rechtskräftig. Mit dieser Verordnung ist eine Neuregelung der Zustands- und Funktionsprüfung privater Abwasserleitungen geschaffen worden. Die Verordnung stellt u. a. klar, dass nach § 61 Wasserhaushaltsgesetz (BHG) des Bundes derjenige, der eine private Abwasserleitung betreibt, verpflichtet ist, ihren Zustand und ihre Funktionsfähigkeit zu überwachen. Somit gilt die bundesgesetzliche Vorgabe, dass Kanäle funktionsfähig und dicht sein müssen, weiterhin auch in NRW.

Die WBO ermittelt regelmäßig ihre Risiken im Rahmen des Risikomanagements, um Chancen rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und der Geschäftsführung die Möglichkeit zur rechtzeitigen Gegensteuerung zu geben.

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WBO haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Bis zum Jahre 2015 werden Zinsaufwendungen für Bestandsdarlehen in Höhe von TEUR 208 die Ergebnisse belasten.

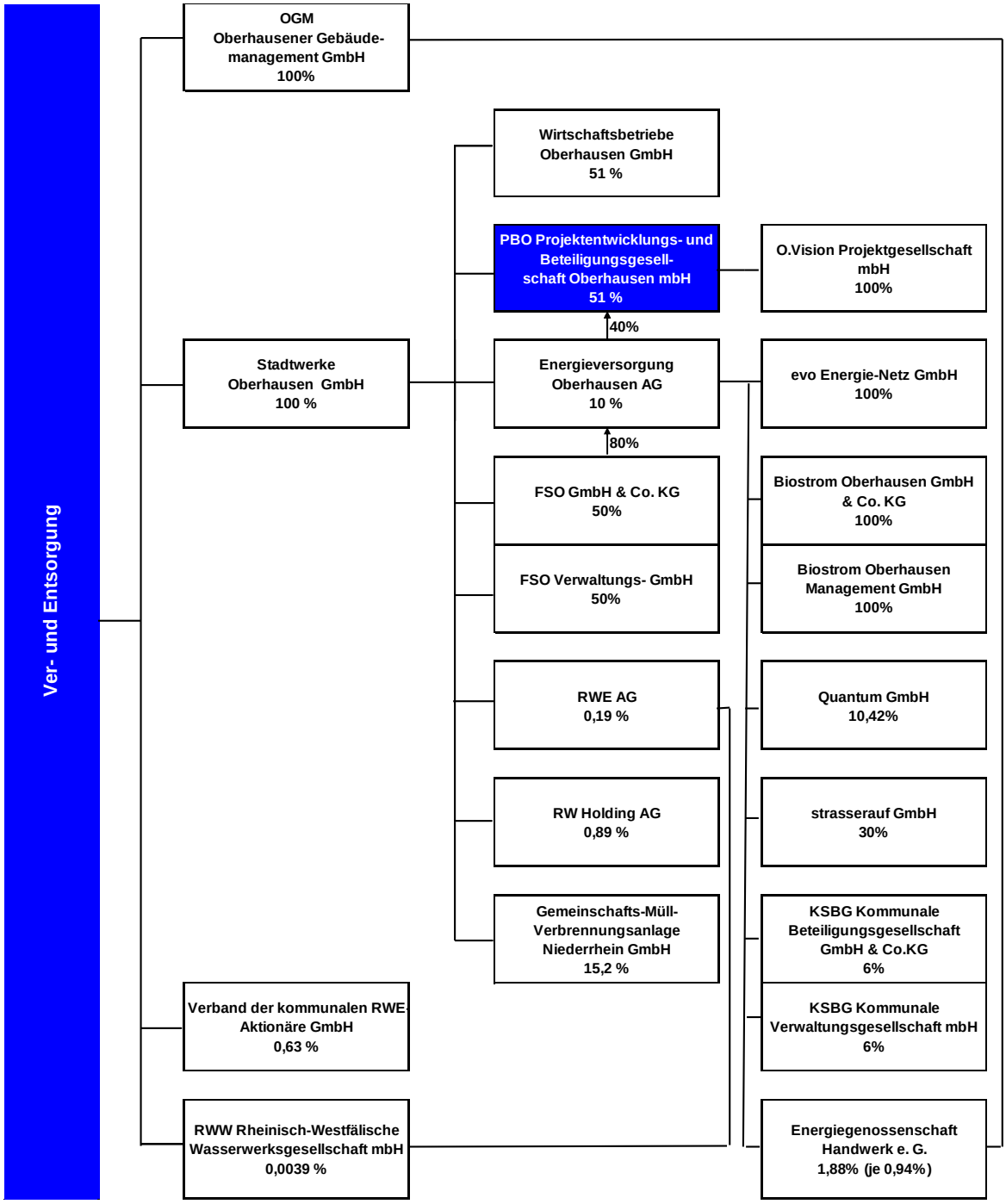
Bestandsgefährdende Risiken sind von der Geschäftsführung derzeit nicht zu erkennen.

Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft im Jahre 2013. Wir vertrauen auch weiterhin auf den Einsatz und die Leistungsbereitschaft der Belegschaft.

Oberhausen, den 20. Februar 2014

- **WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH**

Maria Guthoff Karsten Woidtke


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5301
Fax	0208/853983
e-Mail	lichtenheld@eno-gmbh.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	102,26	40,00
Stadtsparkasse Oberhausen	23,01	9,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	130,38	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
	stellv. Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Homberg, Bernd
	Mitglied	Overkamp, Werner
	Mitglied	Salhofen, Ulrich
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Wittmann, Regina

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		**2012**		**2013**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	
Umlaufvermögen	3.199,31	41,6	3.794,20	49,0	4.415,55	56,8	621,35	16,38
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	4.497,36	58,4	3.948,05	51,0	3.356,16	43,2	-591,89	-14,99
Bilanzsumme	**7.696,67**	**100,00**	**7.742,25**	**100,00**	**7.771,71**	**100,00**	**29,46**	**0,38**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	1.199,37	15,6	1.199,17	15,5	1.224,47	15,8	25,30	2,11
Verbindlichkeiten	6.497,30	84,4	6.543,08	84,5	6.547,24	84,2	4,16	0,06
Bilanzsumme	**7.696,67**	**100,00**	**7.742,25**	**100,00**	**7.771,71**	**100,00**	**29,46**	**0,38**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	319,50	429,45	692,51
sonstige betriebliche Erträge	7,42	0,25	2,32
Materialaufwand			0,00
Personalaufwand	3,80	2,00	8,70
sonstige betriebliche Aufwendungen	370,02	79,62	294,57
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	391,70	389,61	387,21
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	193,07	187,16	181,71
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	151,74	550,53	597,07
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9,67		
sonstige Steuern	8,62	1,23	5,18
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	152,78	549,31	591,90
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	152,78	549,31	591,90

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	47,82	127,91	85,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	152,78	549,31	591,90	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	1,16	0,47	1,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit EAI

Der Rechtsstreit mit Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) wurde 2013 fortgesetzt. PBO und die O.Vision Projektgesellschaft mbH (OVP) hatten EAI auf Empfehlung des Landgerichts Duisburg im Jahr 2012 einen Vergleichsvorschlag unterbreitet. Mit Schreiben vom 23.08.2013 hat EAI ein modifiziertes Vergleichsangebot versendet. In diesem wird die Erteilung von Baugenehmigungen als Bedingung für einen Vergleichsschluss genannt. EAI hat inzwischen diese Bedingung fallengelassen, jedoch durch einen neuen Einwand ersetzt. Die erste Ratenzahlung könne gemäß EAI erst dann erfolgen, wenn eine bestimmte Quadratmeterzahl an Grundstücksfläche verkauft wird. Die PBO möchte in jedem Fall einen spätesten Termin für die ratierliche Rückzahlung vereinbaren. Die Gespräche zum Abschluss eines Vergleiches werden derzeit fortgeführt.

Jahresabschluss 2013

Im Geschäftsjahr 2013 hat die PBO (einschließlich der zum 01.01.2008 verschmolzenen O.Vision Zukunftspark Oberhausen - OVZ) Umsatzerlöse in Höhe von 653 T€ aus einer Grundstücksverwertung durch EAI erzielt.

Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2013 einen Jahresüberschuss von 592 T€ aus. Das negative Eigenkapital hat sich hierdurch auf 3.356 T€ reduziert.

Einer Überschuldung wurde durch entsprechende Rangrücktritte vorgebeugt.

Die Aufwandsseite ist im Wesentlichen von der Erhöhung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen gegen OVP (220 T€) und Zinsaufwendungen (182 T€) geprägt. Die Erlösseite wird durch Umsatzerlöse aus Grundstücksverwertung (653 T€) sowie durch Zinserträge (387 T€), insbesondere aus interner Verrechnung mit der OVP bestimmt.

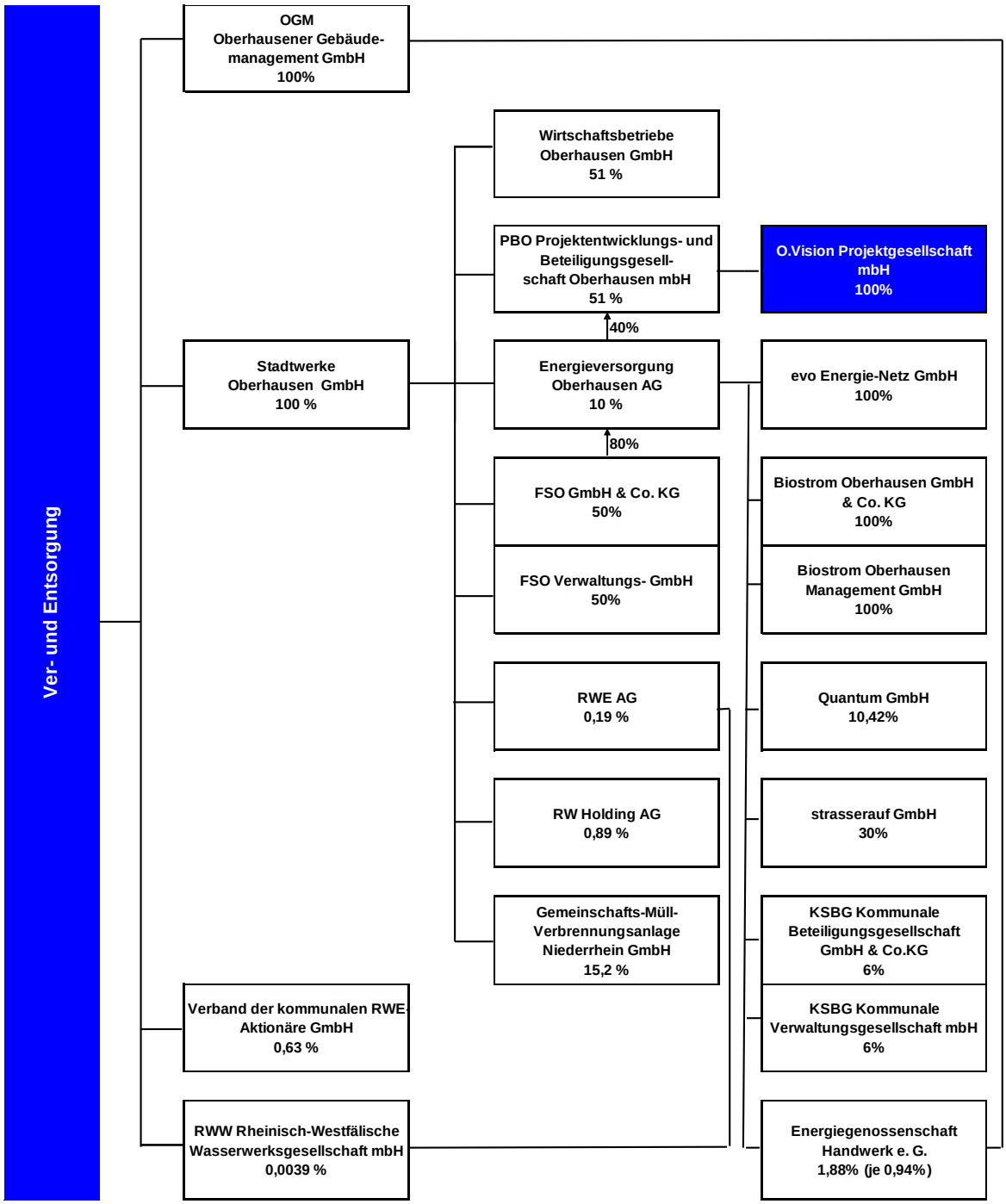
Ausblick

In 2014 werden Umsatzerlöse von EAI aus Grundstücksverwertungen für die Projekte Roller (226 T€) und Decathlon (414 T€) erwartet. Die Umsatzerlöse könnten sich erhöhen, wenn EAI dem vorgenannten Vergleich zustimmt.

Oberhausen, 4. März 2014

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

Frank Lichtenheld


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 825 2010
Fax	0208/ 825 5222
e-Mail	-
Internet	-

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen	Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Klunk, Peter
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	1.760,44	16,0	1.840,40	9,6	1.844,34	9,3	3,94	0,21
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	9.263,53	84,0	17.241,24	90,4	18.070,31	90,7	829,07	4,81
Bilanzsumme	**11.023,97**	**100,00**	**19.081,64**	**100,00**	**19.914,66**	**100,00**	**833,02**	**4,37**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	1.006,60	9,1	8.639,95	45,3	9.063,07	45,5	423,12	4,90
Verbindlichkeiten	10.017,37	90,9	10.441,69	54,7	10.851,59	54,5	409,90	3,93
Bilanzsumme	**11.023,97**	**100,00**	**19.081,64**	**100,00**	**19.914,66**	**100,00**	**833,02**	**4,37**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	8,69	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge		11,75	9,59
Materialaufwand		0,00	0,00
Personalaufwand		0,00	0,00
Abschreibungen		0,00	0,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	57,26	56,08	56,74
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82,47	82,47	82,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	385,56	385,56	385,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-351,66	-347,42	-350,25
außerordentliche Aufwendungen		7.633,35	478,00
außerordentliches Ergebnis		-7.633,35	-478,00
sonstige Steuern	4,63	-3,06	0,83
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-356,29	-7.977,71	-829,07
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-356,29	-7.977,71	-829,07

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-4.101,64			%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-356,29	-7.977,71	-829,07	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:		0,00	0,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit NRW.Bank
Der Rechtsstreit mit der NRW.Bank über die Rückzahlung von Zuschüssen wurde 2013 fortgesetzt. Am 28.11.2013 hat ein erster Termin zur mündlichen Verhandlung beim Landgericht Duisburg stattgefunden. Die mündliche Verhandlung soll voraussichtlich im Mai 2014 fortgesetzt werden.

Rechtsstreit EAI
Der Rechtsstreit mit Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) wurde 2013 ebenfalls fortgesetzt. PBO und OVP hatten EAI auf Empfehlung des LG Duisburg im Jahr 2012 einen Vergleichsvorschlag unterbreitet. Mit Schreiben vom 23.08.2013 hat EAI ein modifiziertes Vergleichsangebot versendet. In diesem wird die Erteilung von Baugenehmigungen als Bedingung für einen Vergleichsschluss genannt. EAI hat inzwischen diese Bedingung fallengelassen, jedoch durch einen neuen Einwand ersetzt. Die erste Ratenzahlung könne gemäß EAI erst dann erfolgen, wenn eine bestimmte Quadratmeterzahl an Grundstücksfläche verkauft wird. PBO und OVP möchten in jedem Fall einen spätesten Termin für die ratierliche Rückzahlung vereinbaren. Die Gespräche zum Abschluss eines Vergleiches werden derzeit fortgeführt.

Jahresabschluss 2013
Umsatzerlöse aus dem Vertrag mit EAI konnten im Geschäftsjahr 2013 nicht erzielt werden. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 829 TEUR resultiert in erster Linie aus der Einbuchung der Risiken im Zusammenhang mit möglichen Rückzahlungen der erhaltenen Fördermittel (Erhöhung der Zinsrückstellung) und aus den Zinsbelastungen im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft hat die PBO auch im Geschäftsjahr 2013 Gesellschafterdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2013 bestehen Rangrücktritte der Gesellschafterin PBO im Zusammenhang mit ihren Forderungen in Höhe von 10,8 Mio. EUR. Eine Überschuldung der OVP im insolvenzrechtlichen Sinne ist damit zum 31. Dezember 2013 nicht gegeben.

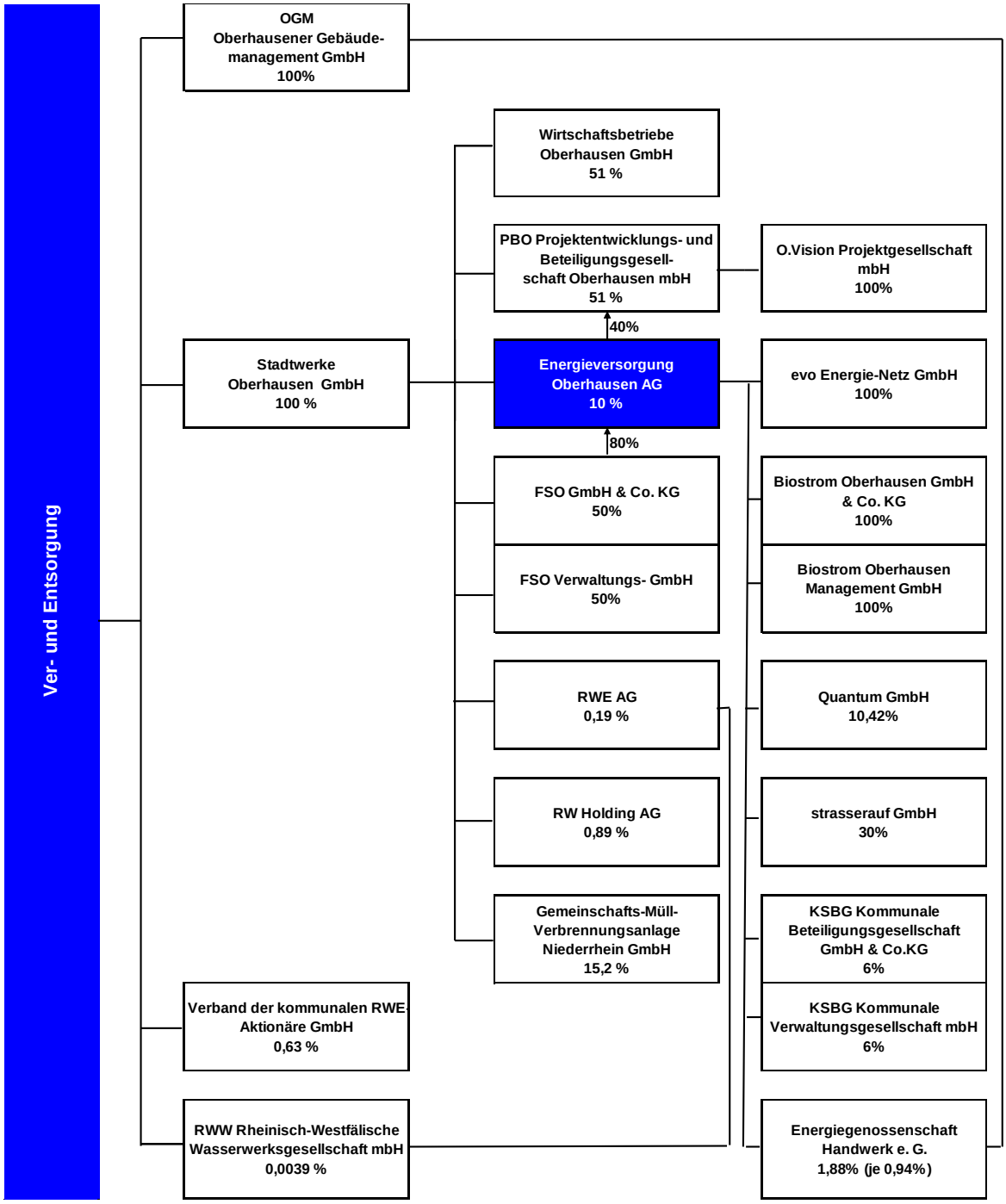
Ausblick / Risiken
Aufgrund der Gestaltung des mit EAI abgeschlossenen Vertrages bestehen in den nächsten Jahren weitere Chancen auf Verwertungsprovisionen im Zusammenhang mit den von EAI getätigten Grundstücksverkäufen. Voraussichtlich werden diese nicht ausreichen, die Gesellschafterdarlehen in vollem Umfang zurückzuzahlen.

Eine eigene operative Geschäftstätigkeit der OVP ist für das Jahr 2014 und auch für die Folgejahre weiterhin nicht geplant.

Aufgrund der Klage der NRW.Bank ergeben sich Risiken im Zusammenhang mit möglichen Rückführungen der erhaltenen Fördermittel.

Oberhausen, 18. Februar 2014
O.VISION Projektgesellschaft mbH

Peter Klunk


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

evo Energieversorgung Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 8352620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de/

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 26.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
FSO GmbH & Co.KG	20.800,00	80,00
RWE Deutschland AG	2.600,00	10,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	2.600,00	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

-jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes;

-die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art;

-die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte;

-die Erbringung von Dienstleistungen;

-sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
Sie kann insbesondere

-Dienstleistungen erbringen

-Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;

-Forschung und Entwicklung betreiben;

-Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern;

-Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energie-Netz GmbH	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energie-Netz GmbH	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen
RWE Gesellschaften	Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006; Vertrag über die "bilanzkreistechnische Abwicklung von Lieferungen in Regelzonen der E.ON, Vattenfall und EnBW" und Lieferung von Ausgleichsenergie in diesen Regelzonen; Vertrag über Kauf und Rückgabe von Fahrplänen und Lieferung von Ausgleichsenergie vom 17.07.2008
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Gasverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Stromverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für die Fernwärmeversorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der evo vom 23.11.1995 über die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme in Oberhausen; Gebäudeenergie-Servicevertrag mit der Stadt Oberhausen vom 31.01.1997
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der EVO vom 16.12.2003
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für WFO und deren Tochtergesellschaften

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Vorstand:	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Homberg, Bernd
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Mucke, Arnd
	Prokurist	Neubauer, Hans
	Prokurist	Seifert, Eckhard

Hauptversammlung: Vorstand der STOAG

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Böddeling, Bernd
	1. stellv. Vorsitzender	Wehling, Klaus
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Püttmann, Uwe
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Dr. Glimpel, Thomas
	Mitglied	Plém, Peter
	Mitglied	Reichardt, Jürgen
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Dr. Schröder, Achim
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Vöpel, Dirk
	Mitglied (AN)	Ludwig, Andreas
	Mitglied (AN)	Michel, Ralf
	Mitglied (AN)	Neuhaus, Jürgen
	Mitglied (AN)	Tirbs, Markus

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,00	100,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,94
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,14
evo Energie-Netz GmbH	30,00	100,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,06	6,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	6,00	6,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	102,26	40,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	82,50	10,42
strasserauf GmbH	7,50	30,00
mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	10,00	40,00
STEAG GmbH	3.916,80	3,06

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	111.734,15	70,0	116.310,37	66,8	114.834,48	66,0	-1.475,89	-1,27
Umlaufvermögen	47.455,40	29,7	57.260,28	32,9	58.563,43	33,7	1.303,15	2,28
Rechnungsabgrenzungsposten	409,09	0,3	473,42	0,3	555,14	0,3	81,72	17,26
Bilanzsumme	**159.598,64**	**100,00**	**174.044,07**	**100,00**	**173.953,05**	**100,00**	**-91,02**	**-0,05**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	30.304,99	19,0	30.304,99	17,4	30.304,99	17,4	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	10.460,57	6,6	9.913,54	5,7	8.804,85	5,1	-1.108,69	-11,18
Rückstellungen	72.209,88	45,2	65.972,14	37,9	59.037,95	33,9	-6.934,19	-10,51
Verbindlichkeiten	46.293,20	29,0	67.523,41	38,8	75.475,25	43,4	7.951,84	11,78
Rechnungsabgrenzungsposten	330,00	0,2	330,00	0,2	330,00	0,2	0,00	0,00
Bilanzsumme	**159.598,64**	**100,00**	**174.044,07**	**100,00**	**173.953,05**	**100,00**	**-91,02**	**-0,05**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	225.187,75	227.796,50	239.181,59
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	62,04	-131,59	-48,49
andere aktivierte Eigenleistungen	7,79	4,65	12,30
sonstige betriebliche Erträge	10.760,45	8.456,27	6.558,44
Materialaufwand	158.335,86	169.661,39	185.548,13
Personalaufwand	32.703,28	26.975,07	21.063,75
Abschreibungen	10.022,59	9.194,77	9.019,85
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.663,35	13.664,99	12.780,35
Erträge aus Beteiligungen	3,45	1.504,63	1.500,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	382,21	368,29	232,52
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	392,02	450,68	270,39
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.868,28	1.500,57	503,95
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	173,70	1.593,66	1.235,16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.594,40	2.602,98	3.049,94
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	16.434,25	13.255,98	14.505,63
außerordentliche Aufwendungen	1.115,20		
außerordentliches Ergebnis	-1.115,20		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.187,05		
sonstige Steuern		2.282,66	3.080,35
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	12.132,01	10.973,32	11.425,28
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,39	4,82	4,78	%
Eigenkapitalrentabilität:	40,03	36,21	37,70	%
Cash-Flow:	22.328,30	21.761,75	21.680,29	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	540,09	682,44	930,70	T€
Personalaufwandsquote:	13,86	11,42	8,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	59,40	57,16	56,56	%
Eigenkapitalquote:	18,99	17,41	17,42	%
Fremdkapitalquote:	81,01	82,59	82,58	%

e) Lagebericht

1 Unternehmen

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo), Oberhausen, wurde 1971 durch Ausgliederung der Energieversorgungsbereiche aus der Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, gemeinsam mit der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG – heute RWE AG –, Essen, gegründet. Aufgrund der Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) erfolgte mit Wirkung zum 01.01.2007 die Ausgliederung sämtlicher Netzaktivitäten auf die neu gegründete 100-prozentige Tochtergesellschaft, die evo Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz; bis 31.12.2013: evo Energie-Netz GmbH), Oberhausen.

Das Grundkapital der evo beträgt TEUR 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre der Gesellschaft sind die RWE Deutschland AG (RWE), Essen, und die STOAG, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren derzeit ein Grundkapital von je TEUR 2.600 für die RWE und die STOAG sowie ein anteiliges Grundkapital von TEUR 20.800 für die FSO. Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV) im Rahmen des gesetzlich Zulässigen. Darüber hinaus ist eine ertragssteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben. Eine umsatzsteuerliche Organschaft zwischen der evo und der OB-Netz besteht seit 2012 nicht mehr. Als Konzerntochter ist die evo in den FSO-Konzern eingebunden.

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme, Energieservice), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung. Fernwärme und Strom werden nicht nur in zwei eigenen Heizkraftwerken (HKWs), sondern auch in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-prozentige Tochter der evo, an den Standorten Alt-Oberhausen und Sterkrade erzeugt, im Übrigen von weiteren Stromhändlern und der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA; nur Wärme) bzw. der OXEA Group (nur Abwärme) bezogen. Daneben betreibt die evo eine Dampferzeugungsanlage auf einem durch Einräumung einer befristeten Dienstbarkeit überlassenen Grundstück.

Die Strategie der evo zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes besteht in der Fokussierung auf das Kerngeschäft Energie (Erzeugung, Beschaffung, Vertrieb) einschließlich energienaher Dienstleistungen in Oberhausen und Umgebung. Dabei ist dem Gesichtspunkt der sicheren und umweltverträglichen Versorgung Rechnung zu tragen. Die evo setzt sich zum Ziel, durch ihr unternehmerisches Handeln eine Balance innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks, bestehend aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten, um ihren Kunden langfristig eine bezahlbare Energieversorgung garantieren zu können.

Trotz des zunehmenden Wettbewerbs beim Strom- und Erdgasvertrieb konnte die evo ihre wirtschaftlichen Interessen durch ein aktives Marktmanagement und innovative Produkte maßvoll und kundenverträglich weiter verfolgen. Durch die gemeinsame Energiebeschaffung der Gesellschaft Quantum GmbH (Quantum) werden für die evo optimale Konditionen realisiert.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Lage

Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Gasmarkt ist unverändert hoch und nimmt eher noch weiter zu. Mit einer wachsenden Zahl von Wettbewerbern steigt dabei auch die Wechselbereitschaft der Kunden insgesamt. Noch gilt dies für das Stromgeschäft stärker, als für den Erdgasmarkt, wenn auch hier inzwischen vermehrte Bewegung zu erkennen ist: So sind es bis zu 200 Stromanbieter, die auf dem Oberhausener Markt mit der evo konkurrieren; im Gasbereich sind es bislang rund 120 Gasanbieter, die mit der evo um Marktanteile ringen. Die Zahl der aktiven Wettbewerber ist damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Strom: 120, Erdgas: 60) erkennbar angestiegen.

Trotz dieses zunehmenden Wettbewerbsdrucks kann die evo sowohl bei Strom als auch bei Ergas ihre führende Marktposition verteidigen und hohe Kundenanteile binden. Auf dem härter umkämpften Strommarkt liegt der Marktanteil (Privat- und Gewerbekunden; PuG) derzeit bei 89 %; beim Erdgasgeschäft sind es sogar 92 % Marktanteil.

Die evo setzt auf langfristige Zusammenarbeit mit Kunden und Marktpartnern. Stabile, dauerhafte Partnerschaften sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor, um auf den liberalisierten Energiemärkten bestehen zu können. Die evo ist in dieser Hinsicht gut aufgestellt. Einen Wettbewerbsvorteil bietet etwa die Beteiligung an der Energiebeschaffungsgesellschaft Quantum, die es erlaubt, Strom und Erdgas im Verbund mit anderen Partnern günstig einzukaufen.

Durch die im Berichtsjahr erfolgte Verlängerung der Konzessionsverträge zwischen evo und der Stadt Oberhauser ist eine zentrale Grundlage der erfolgreichen lokalen Wettbewerbsposition der evo auch für die kommenden 20 Jahre gesichert.

Jenseits ihres Kerngeschäftes ist die evo in Oberhausen weiterhin in vielfältiger anderer Art und Weise aktiv. Das Unternehmen unterstützt in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport und Jugend zahlreiche Projekte, Maßnahmen und Vereine. Die evo bekennt sich damit als lokal stark verwurzeltes Unternehmen zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Für die evo ist es ein selbstverständlicher Teil der Unternehmenskultur, sich zu engagieren: für die Stadt Oberhausen und die Menschen, die hier leben.

2.2 Belegschaft

Die Beschäftigtenzahl bei der evo ist seit mehreren Jahren kontinuierlich rückläufig. Zum Stichtag 31.12.2013 waren hier 260 Personen beschäftigt. Dies sind 22 (-7,8%) Mitarbeiter weniger als zum Ende des Vorjahres. Der allgemeine Rückgang der Beschäftigtenzahl im Konzern führt, wie in den meisten anderen Unternehmen, zukünftig zu einer insgesamt leicht unausgewogenen Alterspyramide. Da der Konzernverbund seine Belegschaft als wesentlichen Erfolgsfaktor für seinen unternehmerischen Erfolg sieht, ist er bemüht, den Herausforderungen, die durch den demografischen Wandel entstehen, bereits frühzeitig mit langfristigen Maßnahmen zu begegnen.

Viele Maßnahmen haben daher das Ziel, die physische und mentale Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft zu erhalten und zu fördern. Darin sieht die evo ihre Verantwortung, alle Mitarbeiter gut auf die sich verändernden Anforderungen vorzubereiten. Gefördert werden z. B. zahlreiche Qualifikationen. Neben der rein fachlichen Kompetenz setzt die evo insbesondere auf die Stärkung der sozialen Fähigkeiten. Gezielte Führungskräfteentwicklung sowie die Entwicklung von Fach- und Führungskarriere sind hier die wichtigsten Angebote. Als besonders relevant erscheint dabei die Fähigkeit, sich auf immer neue Herausforderungen einzulassen bzw. mit ihnen umzugehen. So ist und bleibt das Veränderungsmanagement ein zentrales Themenfeld.

An Bedeutung gewonnen hat auch das betriebliche Gesundheitsmanagement. Für eine gesunde Lebensweise zu sensibilisieren, attraktive Angebote zu schaffen, aber auch konkret auf den Arbeitsplatz bezogen Handlungsempfehlungen geben zu können, sind die Ziele, die diesem Konzept zugrunde liegen.

Neben der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, sollen die Mitarbeiter auch durch ansprechende Angebote gebunden werden. Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die z. B. Belegplätze in Kindertagesstätten sichern und ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglichen, sowie ein Eltern-Kind-Zimmer werden von den bei der evo beschäftigten Eltern sehr geschätzt.

Dieses Engagement sichert eine hohe Motivation und Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen. Dies ist umso wichtiger, als der Konzern angesichts einer angepassten, ehrgeizigen Mittelfristplanung mit Blick auf die Belange der Anteilseigner zurzeit außerstande ist, befristet Beschäftigte zu übernehmen oder im bisher gewohnten Umfang betrieblich auszubilden, da eine Anpassung der Personalsolldimensionierung wesentlicher Bestandteil der neuen Planung ist.

Um Unternehmensrisiken in Folge des reduzierten Personalstandes zu vermeiden, wurden in 2013 konzernweit „personalriskante Positionen“ identifiziert. Methodisch angelehnt an das Unternehmensrisikomanagement, wurden die Stellen im Unternehmen identifiziert und Maßnahmen entwickelt, um das Risiko zu reduzieren. Diesen Prozess werden wir im Turnus von drei Jahren regelmäßig wiederholen.

2.3 IT-Organisation

Wettbewerb, technologische Neuerungen sowie Forderungen der Regulierungsbehörde führen zu steigendem IT-Bedarf in beinahe allen Geschäftsbereichen der evo. Dies und die demografische Entwicklung des IT-Personals der evo haben zu einem Umdenken in der IT-Strategie des Unternehmens geführt.

Prozessnahe IT-Aufgaben sollen als Kernkompetenzen in der evo gehalten und gestärkt werden, allgemeine, standardisierbare IT-Aufgaben sollen an Dienstleister übertragen werden.

Nach einer intensiven Ausschreibungsphase wurde im Juli 2013 der Vertrag zur Auslagerung des evo-Rechenzentrums zur BTC AG nach Oldenburg unterzeichnet. Die BTC AG wurde aus insgesamt 13 Bewerbern sowohl als kostengünstigster als auch leistungsfähigster Anbieter mit energiewirtschaftlicher Kompetenz ermittelt.

Die BTC AG ist eines der größten IT-Beratungsunternehmen in Deutschland und nimmt mit einem ganzheitlich ausgerichteten Beratungsangebot eine führende Position sowohl in der Energiewirtschaft als auch in anderen Branchen ein. Die Gesellschaft ist mit ihren Niederlassungen in Berlin, Bremen, Dortmund, Gütersloh, Hamburg, Leipzig, Mainz, München, Münster und Neckarsulm bundesweit vertreten.

Der Vertrag mit der BTC AG ist für fünf Jahre abgeschlossen und steht erstmals 2017 wieder auf dem Prüfstand.

Die sukzessive Überführung aller EDV-Programme der evo in das Rechenzentrum der BTC in Oldenburg läuft und wird voraussichtlich im April 2014 abgeschlossen sein. Die verantwortliche Übernahme des Rechenzentrum-Betriebs durch die BTC wurde vertraglich bereits für den 01.01.2014 vereinbart.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Absatz- / Preisentwicklung

3.1.1 Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2013 ging der Stromabsatz im Netzgebiet Oberhausen zurück. Er sank insgesamt um -3,7 % auf 574,1 GWh. Diese Reduzierung findet sich bei den Kundengruppen Privat- und Gewerbekunden mit -2,9% und bei den Industriekunden mit -5,1% wider. Der Absatz an Nachtstromspeicherheizungen sank um -12,4% auf 10,7 GWh. Hauptursache hierfür ist der Wechsel in eine andere Energieart. Im überregionalen Vertrieb hat die evo einen Absatzverlust um -1,8% zu verzeichnen, so dass sich die rückläufige Entwicklung des Absatzes im Oberhausen des Berichtsjahres nicht kompensiert werden konnte. Der Gesamtabsatz des Vertriebes sank um -3,5% auf 649,2 GWh.

Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden stiegen zum 01.01.2013 um 2,33 Cent/kWh (Netto). Für Geschäfts- und Industriekunden wurden die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2013 neu festgesetzt.

Der Marktanteil beim Strom lag zum Jahreswechsel bei ca. 89%.

3.1.2 Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2013 um +3,1% über dem Wert des Jahres 2012.

Der Erdgasabsatz sank jedoch in 2013 insgesamt um -3,1% auf 926,4 GWh. Bei den Privat- und Gewerbekunden lag der Absatz mit +2,2% über den des Vorjahres. Die Geschäfts- und Industriekunden hatten mit -29,4% einen erheblichen Absatzzurückgang. Hauptursache ist der Wegfall eines Großkunden mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch in Höhe von ca. 40 GWh.

Die Absatzpreise der Sondertarife für nicht leistungsgemessene Kunden wurden letztmalig zum 01.01.2012 um +0,67 Cent/kWh (Netto) an die gestiegenen Bezugskosten angepasst.

Der Marktanteil beim Erdgas lag zum Jahreswechsel bei ca. 92%.

3.1.3 Vertrieb Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme spiegelt sich die Witterungsabhängigkeit deutlich wider. Hier stieg der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) um +10,5% auf 465,1 GWh. Die Fernwärmepreise wurden letztmalig zum 01.01.2012 um 0,54 Cent/kWh (Netto) erhöht.

3.1.4 Energiebereitstellung

Die Energiebereitstellung der evo erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo seit 2010 eines Dienstleisters, der Quantum. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftigen prognostizierten Vertriebsbedarf. Insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio konsequent am Absatzportfolio aus.

Durch ein Risikomanagementsystem ist dieses risikoaverse Vorgehen in den Arbeitsabläufen implementiert. Entsprechend der am Energiemarkt geübten Praxis besteht innerhalb der Quantum eine strikte Funktionstrennung zwischen Geschäftsabschluss, Bearbeitung und Abrechnung von Beschaffungsvorgängen.

3.2 Technische und kaufmännische Dienstleistungen

Die evo erbringt kaufmännische oder technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die BSO KG, die OB-Netz, die Infratec Duisburg GmbH und die GMVA. Hinzu kommen weitere Partner aus Kultur und Einzelhandel in Oberhausen.

Weiterhin betreut die evo mit der externen Geschäftsbesorgung als professioneller Dienstleister seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO u.a.) mit kompetenten Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, Controlling, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Dabei sind die individuelle und kompetente Betreuung der Kunden sowie die hohe Datensicherheit die Basis für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ferner bietet die evo auch weiterhin Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaushalte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz beim Gebäude-Energieservice (GES) lag bei ca. 1,5 GWh. Der Rückgang des Wärmeabsatzes um -49,5 GWh resultiert aus der Kündigung des GES-Vertrages durch die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) zum 31.12.2012. Seit den 01.01.2013 wird die OGM auf der Grundlage eines Energieliefervertrages mit Gas- und Fernwärme von der evo versorgt.

3.3 Partner und strategische Beteiligungen

Die evo ist ein starker Partner der Stadt Oberhausen und ein wichtiges Beteiligungsunternehmen im RWE-Konzern. Mit unseren Kunden und Marktpartnern verfolgen wir eine dauerhafte und verlässliche Zusammenarbeit. Ziel der evo ist es, im liberalisierten Markt nachhaltig erfolgreich zu sein. Um in diesem Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, kann die evo – und damit auch der gesamte Konzern – auf ihre operativen und strategischen Beteiligungen zählen.

Um nachhaltig die lokale Entwicklung in der Stadt Oberhausen zu fördern, ist die evo auch an den Gesellschaften Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO, GfKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co., Kabel-Service KG und PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH beteiligt.

Die in den nachfolgenden Unterpunkten gesondert aufgeführten weiteren Beteiligungen waren für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung.

3.3.1 OB-Netz

Die OB-Netz (bis 31.12.2013: evo-Energie-Netz GmbH) ist eine 100-prozentige Tochter der evo. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verteilung von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme) im Versorgungsgebiet Oberhausen. Die dazu benötigten Verteilnetze sind von der evo gepachtet. Im Berichtsjahr belief sich die fällige Pacht auf TEUR 13.913. Die Gesellschaft ist neben dem Betrieb für den Neu- und Ausbau sowie die Instandhaltung der gepachteten Anlagen verantwortlich, außerdem für die Vermarktung der bestehenden Netzkapazitäten.

Die Leistungsbeziehung zwischen der evo und der OB-Netz beinhaltet neben den regulierten Segmenten Strom und Erdgas auch den Bereich der Fernwärme, da dieser aufgrund der Synergieeffekte mit an die OB-Netz verpachtet wurde.

Die OB-Netz unterliegt hinsichtlich der Netznutzungsentgelte im Strombereich der Aufsicht der Bundesnetzagentur und im Gasbereich der Landesregulierungsbehörde NRW, die jeweils die Höhe der beantragten, nach den jeweiligen regulatorischen Bestimmungen ermittelten Netznutzungsentgelte prüfen beziehungsweise vorgeben.

3.3.2 Biostrom

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit – d. h. der Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerkes – obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung. Hans Neubauer ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig Leiter der Energieerzeugung bei der evo.

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk errichtet, welches über eine Laufzeit von 20 Jahren betrieben werden soll. Das Biomasse-Heizkraftwerk arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers OB-Netz eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der evo eingespeist. Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen.

Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur, wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme, sowie risikoaverse Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff werden ausschließlich Materialen aus der Landschaftspflege (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel eingesetzt. Nach mehrmonatigen Verhandlungen wurde mit dem Brennstofflieferanten ein neuverhandelter Brennstoffliefervertrag abgeschlossen. Die Unterzeichnung erfolgte am 21.02.2013. Er gilt rückwirkend zum 01.01.2013.

Für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2013 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresgewinn von TEUR 103 und hat damit erstmals einen positiven Wertbeitrag erwirtschaftet. Maßgeblich haben dazu die um TEUR 851 gestiegenen Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung mit in Summe TEUR 4.581 beigetragen. Gleichzeitig kam es zu einem Anstieg bei den Materialaufwendungen von lediglich TEUR 420 auf TEUR 2.753. Daraus resultiert mit TEUR 1.828 ein um TEUR 431 gestiegener Rohertrag.

Weitere – wenn auch begrenzte Chancen – ergeben sich durch die ab 2014 durch die EEG-Direktvermarktung nach dem sogenannten „Marktprämien-Modell“.

3.3.3 KSBG – STEAG

Die evo ist gemeinsam mit sechs weiteren Stadtwerken mittelbar mit 51 Prozent an der STEAG GmbH beteiligt, dem zurzeit fünftgrößten deutschen Stromerzeuger. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Mehrheitsgesellschafterin ist.

Die Position von STEAG im deutschen Energiemarkt soll weiter gestärkt und Wachstumschancen auch im Ausland genutzt werden. STEAG will sich im In- und Ausland stärker im Erzeugungsmix diversifizieren und den Anteil der Erneuerbaren Energien im Erzeugungsportfolio ausbauen. Darüber hinaus ist die geplante Fernwärme-Schiene im Ruhrgebiet ein wichtiger Eckpfeiler einer umweltfreundlichen Wärmeversorgung, die ausgebaut werden soll. Im Vergleich zum Vorjahr waren die inländischen Kraftwerke in 2013 höher ausgelastet. Durch einen effizienten Kraftwerksbetrieb und den Einsatz der vorhandenen Handelskompetenz sind die inländischen Kraftwerke gut positioniert. Allerdings bleiben die Rahmenbedingungen für Kohlekraftwerke weiterhin eine Herausforderung, insbesondere durch den raschen Ausbau und den Einspeisevorrang der Erneuerbaren Energien. Daraus resultiert ein erheblicher Kostendruck, der sich in den kommenden Jahren verschärfen wird. Dass thermische Kraftwerke für die Versorgungssicherheit und auch für die Energiewende gebraucht werden, wird im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung und durch unterschiedliche veröffentlichte Studien bestätigt. Zum Ausgleich der schwankenden Erzeugung aus erneuerbaren Energien und in Ermangelung ausreichender Speicher sind thermische Kraftwerke unverzichtbar. Daher wird STEAG alle Möglichkeiten nutzen, um einen wirtschaftlichen Betrieb der vorhandenen Kraftwerkskapazitäten zu ermöglichen. Parallel werden im Rahmen der Neuausrichtung weitere Geschäftsaktivitäten, wie beispielsweise Dienstleistungen im Bereich des technischen Services, ausgebaut.

Die von der Geschäftsführung der KSBG für den Zeitraum bis 2018 vorgelegte Mittelfristplanung untermauert die Ausschüttungserwartungen. Diese Einschätzung wird durch die vorgelegte Ergebnisprognose der STEAG für das Geschäftsjahr 2013 mit einer Gewinnabführung an die KSBG von rd. 96 Millionen Euro bekräftigt.

Die Beteiligung der evo an der STEAG (über die KSBG) soll eine jährliche Ausschüttung für die evo von 1,5 Millionen Euro erzielen. Dabei wird z. B. das Ergebnis für 2013 über die KSBG dem Ergebnis der evo erst in 2014 zugerechnet.

Aus Sicht der beteiligten Stadtwerke ergeben sich Zukunftschancen insbesondere aus:

- einem verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien - auch im Ausland - durch die STEAG,
- der Schaffung der Rahmenbedingungen der vom Land Nordrhein-Westfalen unterstützten Verknüpfung der „Fernwärmeschienen Rhein und Ruhr“,
- der Unterstützung der kommunalen Stadtwerke bei der Entwicklung einer dezentralen kommunalen Erzeugungsstruktur.

Die nationalen Entwicklungen zeigen aber auch, dass die Anzahl renditestarker Zukunftsprojekte im Inland unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen limitiert ist. Nichtsdestotrotz ist es dem STEAG-Konzern gelungen, einen Windpark mit einer Leistung von 43 MW in Brandenburg zu entwickeln. Wachstumschancen werden in Europa insbesondere im Bereich der Windenergie gesehen, aber auch der asiatisch-pazifische Raum und Lateinamerika bieten gute Perspektiven. Ein Schwerpunkt des geplanten Wachstums soll im Bereich der Erneuerbaren Energien liegen, deren Anteil im Erzeugungsportfolio der STEAG langfristig auf 25 Prozent ausgebaut werden soll.

3.3.4 Quantum

Hauptaufgabe der Quantum ist der Handel mit Energie und Dienstleistungen im Bereich der Energiebeschaffung. Ziel ist es, die örtliche Energieversorgung in den Kommunen zu stärken. Für die evo übernimmt die Quantum aktuell das Bilanzkreismanagement Strom und beschafft Strom und inzwischen auch Erdgas direkt an den Großhandelsmärkten. Dadurch kann der personelle Zusatzaufwand bei der evo in Grenzen gehalten werden.

Seit dem Herbst 2011 erfolgt auch die Beschaffung von Erdgas grundsätzlich über die und in Abstimmung mit der Beschaffungsgesellschaft Quantum.

Hinsichtlich REMIT, d. h. der EU-Verordnung Nr. 1227/2011 betreffend die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts, strebt die evo eine Lösung in Zusammenarbeit mit Quantum an. Die zur Umsetzung notwendigen Verordnung und gesetzlichen Festlegungen sind aber noch nicht beschlossen. Eine Abstimmung über die Umsetzung auf Basis des aktuellen Sachstandes mit Quantum ist dennoch bereits erfolgt.

Die evo hält einen Anteil von 10% am Stammkapital der Quantum.

3.3.4 Energiegenossenschaft

Die evo ist an der 2012 mit Vertretern des hiesigen Handwerks gegründeten Energiegenossenschaft mit zwei Anteilen zu je 500 Euro beteiligt.

Die EHO hat sich zum Ziel gesetzt, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Oberhausen über eine Beteiligung an einer Genossenschaft die Möglichkeit zu bieten, sich aktiv für eine nachhaltige und dezentrale Energieversorgung einzusetzen. Zunächst wird sich die Aktivität der EHO darauf konzentrieren, Projekte zur Eigenerzeugung von EEG-Strom zu realisieren. In erster Linie wird es darum gehen, auf Dachflächen öffentlich oder gewerblich genutzter Immobilien in Oberhausen Photovoltaikanlagen zu errichten.

4 Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der evo war im Geschäftsjahr 2013 gut, die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Umsatzerlöse

	EUR 2013	EUR Vorjahr
Energieverkäufe		
Strom	115.169.058,62	106.929.133,32
Erdgas	48.725.798,80	46.971.409,67
Fernwärme	35.316.905,83	27.157.557,89
Energieservice	535.537,11	4.028.451,30
	199.747.300,96	185.086.552,18
Sonstige Umsatzerlöse	39.434.292,62	42.709.946,63
	239.181.593,58	227.796.498,81

Trotz leicht gesunkener Absatzmengen (vergl. Punkt 3.1.3) ist der Umsatz im Bereich Stromverkäufe gestiegen, dies resultiert aus dem hohen Preisniveau auf dem Strommarkt. Auch die evo musste durch eine Preiserhöhung in Höhe von 2,33 Cent/kWh zum 01.01.2013 die Belastungen aus den gesetzlichen Umlagen und Abgaben an die Stromkunden weitergeben.

Die Entwicklung der Verkaufserlöse Erdgas ist auf das höhere Preisniveau im Erdgasmarkt und auf die kalte Witterung zurückzuführen.

Resultierend aus dem ebenfalls höheren Preisniveau auf dem Wärmemarkt und der Witterung liegen die operativen Umsatzerlöse der Fernwärmeversorgung über dem Vorjahr.

Die Minderung der Erlöse im Bereich des Energieservices ist im Wesentlichen durch den geringeren Absatz begründet (vergl. Punkt 3.4.1).

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten hauptsächlich die Leistungsbeziehungen zwischen der evo und der OB-Netz; die Abweichung zum Vorjahr spiegelt im Wesentlichen das geringere Pachtentgelt aufgrund der geminderten Investitionstätigkeiten wieder.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde negative Erlöse in Höhe von TEUR 3.323,2 enthalten.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für den Energiebezug, die Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie die bezogenen Leistungen sind im Berichtsjahr um 9,3% auf TEUR 185.500 gestiegen. Wesentlicher Faktor hierfür sind beim Energiebezug und den Brennstoffkosten die erhöhten Netznutzungsentgelte für Strom- und Gasdurchleitung; des Weiteren wurde auf-grund des Preisverfalls an der Energiebörse eine Drohverlustrückstellung für die Strombeschaffung eines 7-MW Bandes für die Jahre 2014 bis 2020 gebildet (vergl. Punkt 7.3). Die Erhöhung beim Materialdirektverbrauch und den bezogenen Leistungen resultieren haupt-sächlich aus einer gebotenen Umrüstung auf NOx-arme Brenner in den HKWs, die aufgrund ihrer fehlenden Aktivierungsfähigkeit den Aufwand belastet sowie weiteren erforderlichen In-standhaltungsmaßnahmen an den Kraftwerken und Gebäuden.

Der Personalaufwand vermindert sich im Vergleich zum Vorjahr um 22,9%. Dies hängt auch noch im Berichtsjahr mit der Ausgliederungen von Betriebsteilen im Vorjahr und dem damit verbundenen Übergang von rund 150 technischen Mitarbeitern der regulierten Bereiche Strom und Erdgas auf die OB-Netz sowie mit dem Übergang von weiteren zehn Mitarbeitern in 2013 zusammen, da die Veränderung erstmalig Auswirkung auf ein komplettes Wirtschaftsjahr hat. Somit beträgt der Personalaufwand im Geschäftsjahr TEUR 21.100.

Die Abschreibungen lagen fast auf Vorjahresniveau.

Wegen einer Steuerumlage des Organträgers wurde die evo für das Jahr 2013 mit TEUR 3.100 Gewerbesteuer belastet.

Mit einer Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.400 an die FSO konnte die evo ihre Prognose aus dem Vorjahr von geplanten TEUR 11.000 sogar übertreffen.

Tätigkeitenabschluss

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 3 Nr. 1 - 6 EnWG verpflichtet, für jede ihrer dort genannten Tätigkeiten einen gesonderten Tätigkeiten-abschluss zu erstellen.

Im Rahmen des Pachtmodells werden die Erträge aus der Verpachtung des Strom- und Gasnetzes in der evo AG ausgewiesen. Für diese Tätigkeiten gibt es eine gesonderte Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung. Demnach wurde im Berichtsjahr in der Strompacht ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2.141 erzielt; der Bereich Gas-Pacht weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 4.212 aus.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2012 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Strompacht TEUR 16.925; dies sind rund 10% der gesamten Bilanzsumme der evo. Die Tätigkeit Gas-Pacht steuerte mit einer Bilanzsumme in Höhe von TEUR 31.866 ca. 18% zur gesamten Bilanzsumme der evo bei.

Neben den Tätigkeitsbereichen Strom- und Gas-Pacht werden in den Segmenten elektrizitäts- und gaswirtschaftliche Aktivitäten die Beschaffung und der Vertrieb für Strom und Gas erfasst.

Unter den sonstigen Aktivitäten werden neben der Erzeugung und Verteilung von Fernwärme, dem Contracting und weiteren Dienstleistungen für Dritte, auch die Tätigkeiten des Verwaltungsbereiches zusammengefasst.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöht sich in 2013 um rund TEUR 8.900 auf TEUR 17.600 dies ist im Wesentlichen auf einen geringen Anstieg der abgegrenzten Forderungen aus der Energieabrechnung im Vergleich zum Vorjahr sowie einer gleichzeitigen Erhöhung der Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR -7.547 (Vorjahr TEUR -14.916). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen zu 100% durch die Abschreibungen finanziert werden.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem abgelaufenen Berichtsjahr (TEUR -11.425) auch die Aufnahme von zwei langfristigen Krediten in Höhe von insgesamt TEUR 10.000 sowie kurzfristigen Ausleihungen von TEUR 3.000. Des Weiteren ist sind Tilgungen von TEUR -11.400 enthalten.

Es kam zu einer Zunahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von TEUR 268, dieser stellt sich mit TEUR 766 positiv dar.

5.2 Investitionen

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2013 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 74,4%. Zudem wurden weitere Investitionsmaßnahmen in die Kraftwerke (Prozessleittechnik, Schalt-und Batterieanlage u. a.) getätigt.

	Budget 2014 in TEUR	**Ist 2013 in TEUR**	**Ist 2012 in TEUR**
Investitionen	13.560	12.116	15.269
Abschreibungen	9.700	9.023	10.340

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 10.458 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2014 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 3.102 vor.

Die Investitionen betrugen TEUR 12.116 und teilen sich wie folgt auf:

			Ist 2013 in TEUR		**Ist 2012 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände			142		240
Sachanlagen					
▪ Stromversorgung			3.242		5.425
▪ Erdgasversorgung			2.673		3.242
▪ Fernwärmeversorgung			5.047		4.004
▪ Energieservice			174		168
▪ Gemeinsame Anlagen			721		638
Finanzanlagen			117		1.552
Gesamtbetrag			**12.116**		**15.269**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von TEUR 117. In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2014 wurden bereits im Dezember 2013 zwei Darlehen in Höhe von je TEUR 5.000. zur anteiligen Finanzierung der Investitionen 2014 aufgenommen.

5.3 Finanzlage

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der OB-Netz und der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Dazu zählen unter anderem umfangreiche Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen wie ATZ) sowie der jährlichen Gewinnabführung an die FSO KG.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen.

Ebenso ist geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Zum Aufstellungszeitpunkt dieses Jahresabschlusses können die vorgenannten Aussagen von der Unternehmensführung uneingeschränkt bestätigt werden. Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber.

Zusammenfassend ist eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

6 Nachtragsbericht

Vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 sind keine Tatsachen aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wesentlich beeinflussen.

7 Risikobericht

7.1 Risikomanagement

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

7.2 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen sind.

7.3 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Insofern betreibt die evo keinen eigentlichen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Quantum (vgl. Kap. 3.3.4). Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Bedingt durch die geringen Wechselraten in dieser Kundengruppe kann der sich ergebende Durchschnittspreis vergleichsweise risikolos weitergegeben werden. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken, operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen minimiert.

Dessen ungeachtet hat die evo hinsichtlich der isoliert zu betrachtenden Preisrisiken bei der Strombeschaffung eines 7 MW Bandes beim RWE für die Jahre 2014 bis 2020 mit Blick auf einen möglichen Preisverfall an der Energiebörse eine Drohverlustrückstellung in Höhe von TEUR 2.600 gebildet.

7.4 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

7.5 Finanzrisiken

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Kreditlinien Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar.

7.6 Umfeldrisiken

Die Energiewirtschaft steht seit einigen Jahren im Spannungsfeld konträrer politischer und ideologischer Interessen. Aus diesem Spannungsfeld ergeben sich wandelnde gesetzliche Anforderungen an die Unternehmen der Energiewirtschaft. Im vergangenen Geschäftsjahr beschäftigte das jüngste BGH-Urteil zu den Preisanpassungsklauseln in den Sondertarifen der Erdgasversorgung die Branche. Viele Energieversorger haben sich in der Vergangenheit im Vertrauen auf die bisher vom BGH anerkannte Leitbildfunktion der für die Grundversorgung gültigen Verordnungen verlassen. Das EuGH stellt diese Regelung für Sonderverträge, aber in kommenden Verfahren auch die Grundversorgungsverordnung

selbst in Frage. Aus Sicht eines Energieversorgers muss festgestellt werden, dass es zurzeit in vielen bedeutenden Punkten der Energiewirtschaft keine verlässlichen rechtlichen Rahmenbedingungen gibt.

Vor diesem Hintergrund wird auch der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung von der Energiewirtschaft mit Interesse wahrgenommen. Der Vertrag zeigt, dass viele Probleme der vergangenen Jahre erkannt wurden und gelöst werden sollen. Allerdings konnten bisher nur Ideen formuliert werden, deren Konkretisierung noch aussteht. Ein Schwerpunkt wird sicherlich die Reform der EEG darstellen. Auch hier wird sich wieder eine neue Gesetzeslage ergeben, auf die sich die Unternehmen der Energieversorgung einzustellen haben.

7.7 Umweltrisiken

Die Dampfkessel der Heizkraftwerke der evo wurden in den Jahren 2011 und 2012 aufgrund gesetzlicher Auflagen mit NOx-armen Brennern ausgerüstet. Nach der Umsetzung der IED-Richtlinie in nationales Recht (Neufassung der 13. BImSchV mit Geltung ab 02.05.2013) sind weitere NOx-mindernde Maßnahmen aufgrund verschärfter gesetzlicher Vorgaben notwendig. Diese Maßnahmen befinden sich derzeit in Planung und sollen in 2016 abgeschlossen werden. Somit werden sämtliche Umweltauflagen erfüllt, die zu einem Risikopotential führen könnten.

Für den Bereich der Abfallentsorgung hat die Geschäftsführung einen Abfallbeauftragten benannt. Alle anfallenden Reststoffe werden, soweit möglich, getrennt gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt.

Erhöhten Umweltrisiken ist die evo zurzeit nicht ausgesetzt.

7.8 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

8 Prognosebericht

8.1 Gesetzgeberische Ausgestaltung der Energiewende

Die politischen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft unterliegen weiterhin einem raschen und grundlegenden Wandel. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund durch die Koalition aus CDU/CSU und SPD steht die Ankündigung einer grundlegenden Novelle des Energiewirtschaftsrechts und insbesondere des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Raum.

Tatsächlich sind durch das Bundeswirtschaftsministerium in der Zwischenzeit Eckpunkte einer solchen Gesetzesreform vorgestellt worden. Sie sehen u.a. Maßnahmen zur Kostendämpfung bei der EEG-Abgabe und vorsichtige Schritte zur Umgestaltung der Erzeugungslandschaft hin zu einem Kapazitätsmarkt vor. Die Wahrscheinlichkeit, dass die derzeit diskutierten Konzepte auch am Ende des eben erst eingeleiteten Gesetzgebungsverfahrens unverändert als Ergebnis stehen werden, ist jedoch ausgesprochen gering.

Für lokal bzw. regional operierende Energieversorger ergeben sich zukünftig zahlreiche technische und unternehmerische Herausforderungen, um den sich wandelnden Rahmenbedingungen bestmöglich gerecht zu werden. Welche gerade auch unternehmerischen und wirtschaftlichen Herausforderungen dies sein werden, ist vor Ende des Gesetzgebungsverfahrens nicht verlässlich möglich.

8.2 Perspektiven 2014

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Versorger weiterhin vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht ein deutlich zunehmender Wettbewerb.

Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Alle Bereiche der evo und auch der OB-Netz wurden involviert, zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen. Zudem wurde die bestehende Personal-Solldimensionierung unter dem Gesichtspunkt der innerbetrieblichen Kooperation erneut analysiert und optimiert.

Die evo ist ein gut aufgestelltes sowie am Oberhausener Markt positioniertes Unternehmen und stellt sich diesen Herausforderungen im Sinne ihres Leitbildes zur nachhaltigen Unternehmenswertsteigerung. Den besonderen Branchenrisiken, insbesondere im Hinblick auf die Rechtsunsicherheiten bei Preisgleitklauseln im Energievertrieb, wurde bereits in den Vorjahren durch die Bildung angemessener Rückstellungen begegnet.

Durch die Fokussierung auf ihr Kerngeschäft ist bei der evo aus heutiger Sicht – im Gegensatz zu vielen anderen Versorgern – mit keinem wesentlichen Gewinneinbruch zu rechnen. Mit Ausnahme des bereits in Kap. 7.3 angesprochenen 7 MW Bandes, für das entsprechende Rückstellungen gebildet wurden, sind keine negativen Auswirkungen aus hohen Eigenerzeugungskapazitäten oder durch die Beteiligung an Kraftwerksscheiben bzw. anderweitigen großen EEG-Projekten (z. B. im Bereich Off-Shore) gegeben.

Die ambitionierte Mittelfristplanung für die kommenden Jahre bis 2015 zeigt, dass weiterhin gute Ergebnisse in Höhe von TEUR 11.000 erwirtschaftet und im Rahmen einer Gewinnabführung jeweils in voller Höhe an die FSO abgeführt werden können, auch wenn damit die leicht höheren Beteiligungserträge für unsere Anteilseigner aus den vergangenen Jahren zunächst nicht mehr erreicht werden. Auch für das Berichtsjahr 2013 war mit einem Ergebnis und einer entsprechenden Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.000 Höhe geplant worden (vgl. eingehend Kap. 4). Dass dieser Planansatz letztlich um TEUR 400 hat übertroffen werden können, lag im Wesentlichen an den Rohertragsmargen und einer kälter als erwarteten Witterung während der Heizperiode.

Dabei gelten folgende Annahmen für die Entwicklung des Strom- und Gas-Vertriebs: Mittelfristig muss die evo beim Strom mit einem weiteren Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen rechnen. Besonders im Jahr 2014 wird im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) eine stärkere Wechselbereitschaft unterstellt. In der Mittelfristplanung sinkt der Marktanteil in Oberhausen bis auf 82%, kann aber langfristig auf diesem Niveau gehalten werden. Im bereits wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird ein konstantes Niveau an Vertragsabschlüssen unterstellt. Der Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen wirkt sich positiv auf die Umsatzentwicklung aus.

Beim Erdgas geht die evo in der Planungsperiode von einer zunehmenden Wechselbereitschaft der Kunden aus. Es wird mit einem Marktanteil im SLP-Segment von ca. 84% zum Ende der Planungsperiode gerechnet. Im RLM-Bereich wird ein Marktanteil von ca. 71% erwartet.

Grundsätzlich basieren alle diese Planungen auf der Annahme, dass die regulatorische Situation keine weiteren Eingriffe in die Struktur des evo-/FSO-Konzerns erfordert.

8.2.1 Vertriebliche Aktivitäten außerhalb des Netzgebietes Oberhausen

Die evo versorgt auch außerhalb ihres Stammgebietes Kunden mit Strom. Diese Aktivitäten sollen sukzessive ausgebaut werden.

Neben der Versorgung von einzelnen Geschäftskunden wurde in den letzten zwei Jahren auch mit der Versorgung von Privat- und Gewerbekunden begonnen. Zur Abwicklung dieser Prozesse bedient sich die evo eines Dienstleisters, der die Marktkommunikationsprozesse, den Kundenservice und die Abrechnung für die evo durchführt. Aktuell werden Privatkunden über die Marken Revierkraft und Strasserauf versorgt.

Darüber hinaus befähigt die Einrichtung dieser Prozesse die evo auch Filialbetriebe Deutschlandweit zu beliefern. In diesem schwierigen Segment konnten bereits die ersten Kunden mit entsprechenden Filialnetzen gewonnen werde.

8.2.2 Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr

Die evo sondiert zurzeit gemeinsam mit der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH und der STEAG Fernwärme GmbH die Möglichkeit der Gründung einer Projektgesellschaft. Diese könnte unter dem Namen „Fernwärmeschienengesellschaft Rhein und Ruhr“ (FWRR) gegebenenfalls tätig werden, um zukünftig die Ergebnisse einer entsprechenden Machbarkeitsstudie des Landes NRW aus dem Mai 2013 aufzugreifen und umzusetzen. Diese hatte die aus einem Zusammenschluss der regionalen Fernwärmenetze zu erwartenden positiven Umwelteffekte untersucht. Weitere Stadtwerke, etwa Herten, prüfen zurzeit eine mögliche Beteiligung an dem Vorhaben.

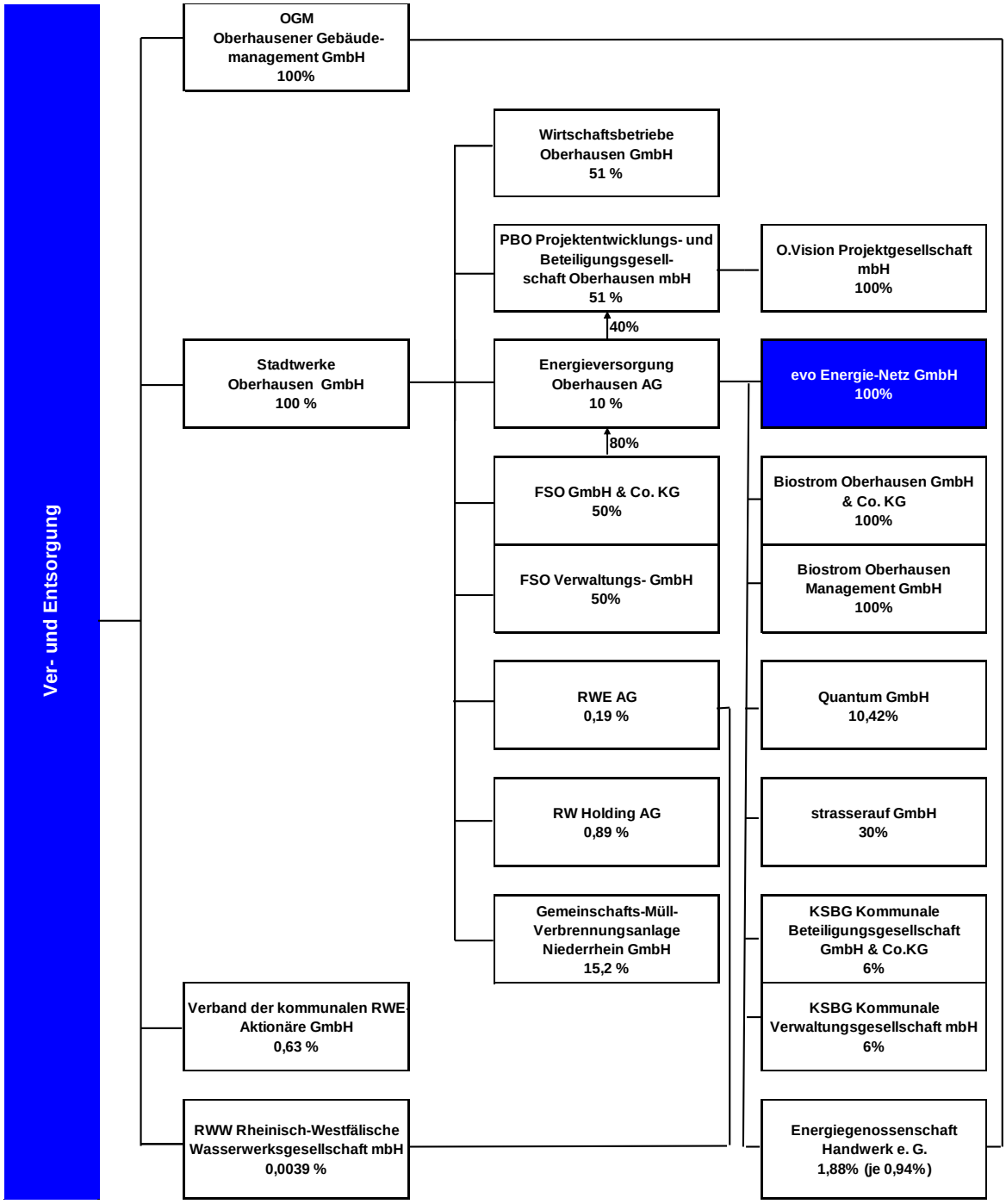
Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich die evo grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

Oberhausen, den 03. Februar 2014

Energieversorgung Oberhausen
Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Gieske Homberg


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

evo Energie-Netz GmbH
(ab 01.01.2014: Oberhausener Netzgesellschaft mbH)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Danziger Str. 31 46045 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 8352620
e-Mail	service@evo-energie-netz.de
Internet	www.evo-energie-netz.de/
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	30,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	30,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist
- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an Ihnen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Zahn, Günter
	Prokurist	Dr. Jaeger, Herbert
	Prokurist	Krapoth, Georg
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	15,57	0,1	239,37	0,9	312,73	1,3	73,36	30,65
Umlaufvermögen	19.418,34	99,9	26.753,53	99,1	23.376,78	98,7	-3.376,75	-12,62
Rechnungsabgrenzungsposten	11,02	0,1	11,35	0,0			-11,35	-100,00
Bilanzsumme	**19.444,93**	**100,00**	**27.004,25**	**100,00**	**23.689,52**	**100,00**	**-3.314,73**	**-12,27**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.142,48	5,9	1.142,48	4,2	1.142,48	4,8	0,00	0,00
Rückstellungen	7.705,64	39,6	11.805,28	43,7	11.908,62	50,3	103,34	0,88
Verbindlichkeiten	6.272,02	32,3	8.781,08	32,5	4.899,53	20,7	-3.881,55	-44,20
Rechnungsabgrenzungsposten	4.324,79	22,2	5.275,42	19,5	5.738,89	24,2	463,47	8,79
Bilanzsumme	**19.444,93**	**100,00**	**27.004,25**	**100,00**	**23.689,52**	**100,00**	**-3.314,73**	**-12,27**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	83.527,48	85.348,40	96.536,22
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-44,46	181,83	-248,22
sonstige betriebliche Erträge	966,82	731,37	775,12
Materialaufwand	46.261,52	40.390,11	43.476,11
Personalaufwand	1.107,22	7.865,73	12.680,35
sonstige betriebliche Aufwendungen	38.516,69	39.102,31	40.880,01
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	299,30	317,90	153,45
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	565,78	721,92	684,05
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.702,08	-1.500,57	-503,95
außerordentliches Ergebnis		0,00	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	166,20		-93,37
sonstige Steuern		-292,64	
Erträge aus Verlustübernahmen	1.868,28	1.207,94	410,58
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,24	-1,42	-0,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	-163,53	-105,73	-35,94	%
Cash-Flow:	-1.868,28	-1.207,94	-410,58	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	10.556,23	898,56	591,85	T€
Personalaufwandsquote:	1,31	9,12	13,06	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	5,88	4,23	4,82	%
Fremdkapitalquote:	94,12	95,77	95,18	%

e) Lagebericht

1 Unternehmen

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz; bis 31.12.2013 evo Energie-Netz GmbH) wurde als 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) am 16.10.2006 gegründet. Das Kerngeschäft der OB-Netz ist seit dem 01.01.2007 darauf ausgerichtet, das Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Um vorhandene Synergiepotentiale im Netzbereich zu erhalten, wurde in die Gesellschaft zusätzlich das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehören die Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen und die Wartung von Nahwärme-Anlagen zur Geschäftstätigkeit der OB-Netz. Alle Netzanlagen verbleiben im Eigentum der evo und werden zur Bewirtschaftung an die OB-Netz verpachtet.

Zwischen der OB-Netz und der evo besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO GmbH & Co. KG, als Konzernmutter, (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

Die OB-Netz ist bemüht, durch ihr unternehmerisches Handeln eine Balance innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks, bestehend aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit, zu gewährleisten.

Die Strategie der OB-Netz zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes besteht in der Fokussierung auf das Kerngeschäft der Energieverteilung.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Regulierungssituation

Die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen für OB-Netz werden im Folgenden dargestellt.

Anreizregulierung

Im Laufe des Jahres 2013 erhielt OB-Netz von den zuständigen Regulierungsbehörden vorläufige Bescheide über die Erlösobergrenzen für die regulierten Netzentgelte. Die Bundesnetzagentur teilte im Rahmen der ersten Anhörung die vorläufige Erlösobergrenze „Strom“ und die Landesregulierungsbehörde die vorläufige Erlösobergrenze „Gas“ mit. Wahrscheinlich werden die endgültigen Erlösobergrenzen den vorläufigen Werten entsprechen.

Konzessionsvertrag

Die evo hat im Frühjahr 2013 den Konzessionswettbewerb um die Konzessionen für die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze in Oberhausen für sich entschieden. Alle drei Konzessionsverträge haben eine Laufzeit vom

01.01.2015 bis 31.12.2034. Die evo setzt, wie bisher, das Pachtmodell fort und verpachtet die Netze an die OB-Netz, die wie bisher die Betriebsführung übernehmen wird.

Intelligente Zähler

Nach den Vorgaben des EnWG sind zukünftig unter bestimmten Voraussetzungen intelligente Messsysteme einzubauen. Ein Messsystem ist dabei eine in ein Kommunikationsnetz ein-gebundene Messeinrichtung zur Erfassung elektrischer Energie.

Im Sommer 2013 wurde eine, vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene „Kosten-Nutzen-Analyse für den flächendeckenden Einsatz intelligenter Zähler" veröffentlicht. Danach sollten Messsysteme (incl. Gateway) ab einem Jahresverbrauch >6.000 kWh, sowie in Neubauten und bei Renovierungen eingebaut werden. Bei allen anderen Kunden sollen im Rahmen des Turnuswechsels nur intelligente Zähler (ohne Gateway) eingebaut werden, die später zu einem intelligenten Messsystem aufgerüstet werden können. Angestrebt wird eine gesetzliche Verpflichtung zum Turnuswechsel der Ferrariszähler nach 16 Jahren. Die Mehrkosten für Kunden werden auf 8 EUR/a bis 72 EUR/a in Abhängigkeit von der jeweils verbauten Messeinrichtung veranschlagt.

Hierbei handelt es sich nur um eine Studie, die politisch diskutiert wird. Die später umzusetzenden Ergebnisse können davon stark abweichen. Zurzeit sind viele Rahmenbedingungen noch unklar. Regelungen werden im Laufe des Jahres 2014 erwartet. Die OB-Netz erwartet einen Einbau intelligenter Messsysteme frühestens ab 2015.

Um darauf vorbereitet zu sein, nimmt die OB-Netz an einem Pilotprojekt der Netzwerkpartner teil und sammelt erste praktische Erfahrungen.

Pooling

Die OB-Netz hat gegen die Vorgaben der Bundesnetzagentur zum Pooling den Rechtsweg bestritten, wie viele andere Verteilnetzbetreiber auch. Nach dem Hinweisbeschluss durch das OLG Düsseldorf und mehreren Verhandlungsrunden zwischen den Anwälten und der Bundesnetzagentur hat die Bundesnetzagentur die Poolingverordnung zum 01.01.2014 zurückgezogen. Die OB-Netz hat gegenüber dem vorgelagerten Netzbetreiber nachweisen können, dass sie die neuen gesetzlichen Vorgaben zum Pooling einhält. Damit kann die Abrechnung gegenüber dem vorgelagerten Netzbetreiber auch zukünftig gepoolt erfolgen.

Auslegungsgrundsätze Markenpolitik

Die Bundesnetzagentur hat im Sommer 2012 gemeinsam mit den Regulierungsbehörden der Länder Anforderungen an die Markenpolitik und das Kommunikationsverhalten von Verteil-netzbetreibern formuliert. Hiernach muss eine Verwechselungsgefahr zwischen dem Verteil-netzbetreiber und dem Vertrieb eines Konzerns ausgeschlossen sein. Das Ergebnis ist die oben bereits angesprochene Umfirmierung der alten evo-Energie-Netz GmbH zur OB-Netz zum 01.01.2014. Das Unternehmen bleibt eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der evo. Die OB-Netz übt sämtliche Rechte und Pflichten aus bestehenden Vertragsverhältnissen weiter aus.

2.2 Belegschaft

Zum Stichtag 31.12.2013 waren in der OB-Netz 162 Personen beschäftigt. Dies sind 7 (+4,5%) Mitarbeiter mehr als zum Ende des Jahres 2012. Der Anstieg der Beschäftigungszahl ist durch eine Umorganisation des Zählerwesens (10 Mitarbeiter) innerhalb des Konzerns bedingt. Unter den Voraussetzungen des letzten Jahres ist die Beschäftigungszahl in der Netzgesellschaft somit ebenso rückläufig (-1,9%) wie im Konzern. Der allgemeine Rückgang der Beschäftigtenzahl führt, wie in den meisten anderen Unternehmen, zukünftig zu einer insgesamt leicht unausgewogenen Alterspyramide. Da das Unternehmen seine Belegschaft als wesentlichen Erfolgsfaktor für seinen unternehmerischen Erfolg sieht, ist es bemüht, den Herausforderungen, die durch den demografischen Wandel entstehen, bereits frühzeitig mit langfristigen Maßnahmen zu begegnen.

Viele Maßnahmen haben daher das Ziel, die physische und mentale Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft zu erhalten und zu fördern. Darin sieht die Netzgesellschaft ihre Verantwortung, alle Mitarbeiter gut auf die sich verändernden Anforderungen vorzubereiten. Gefördert werden z. B. zahlreiche Qualifikationen. Neben der rein fachlichen Kompetenz setzt die Netzgesellschaft insbesondere auf die Stärkung der sozialen Fähigkeiten. Gezielte Führungskräfteentwicklung sowie die Entwicklung von Fach- und Führungskarriere sind hier die wichtigsten Angebote. Als besonders relevant erscheint dabei die Fähigkeit, sich auf immer neue Herausforderungen einzulassen bzw. mit ihnen umzugehen. So ist und bleibt das Veränderungsmanagement ein zentrales Themenfeld.

An Bedeutung gewonnen hat auch das betriebliche Gesundheitsmanagement. Für eine gesunde Lebensweise zu sensibilisieren, attraktive Angebote zu schaffen, aber auch konkret auf den Arbeitsplatz bezogen Handlungsempfehlungen geben zu können, sind die Ziele, die diesem Konzept zugrunde liegen.

Neben der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, sollen die Mitarbeiter auch durch ansprechende Angebote gebunden werden. Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die z. B. Belegplätze in Kindertagesstätten sichern und ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglichen, sowie ein Eltern-Kind-Zimmer werden von den bei der Netzgesellschaft beschäftigten Eltern sehr geschätzt.

Dieses Engagement sichert eine hohe Motivation und Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen. Dies ist umso wichtiger, als der Konzern angesichts einer angepassten, ehrgeizigen Mittelfristplanung mit Blick auf die Belange der Anteilseigner zurzeit außerstande ist, befristet Beschäftigte zu übernehmen oder im bisher gewohnten Umfang betrieblich auszubilden, da eine Anpassung der Personalsolldimensionierung wesentlicher Bestandteil der neuen Planung ist.

Um Unternehmensrisiken in Folge des reduzierten Personalstandes zu vermeiden, wurden in 2013 konzernweit „personalriskante Positionen“ identifiziert. Methodisch angelehnt an das Unternehmensrisikomanagement, wurden die Stellen im Unternehmen identifiziert und Maßnahmen entwickelt, um das Risiko zu reduzieren. Diesen Prozess werden wir im Turnus von drei Jahren regelmäßig wiederholen.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Netz Strom

Im letzten Jahr der ersten Regulierungsperiode wurde die Erlösobergrenze für den Bereich Strom nach § 4 der Anreizregulierungsverordnung um die zulässige Erhöhung angepasst. Es wurde in 2013 eine Menge von 764 GWh durch die gepachteten Stromnetze der OB-Netz geleitet. Damit liegt die Menge auf dem Niveau des Vorjahres.

3.2 Netz Erdgas

Die Netzentgelte für den Bereich Erdgas wurden für das Jahr 2013 ebenso wie im Bereich Strom nach § 4 der Anreizregulierung angepasst. Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch die gepachteten Erdgasnetze der OB-Netz 1.090 GWh an Erdgaskunden verteilt. Damit wurden im Vergleich zum vorherigen Geschäftsjahr 13 GWh mehr Erdgas durch die Netze geleitet.

3.3 Netz Fernwärme

Das Fernwärmenetz ist im Gegensatz zu den Netzen Strom und Gas kein regulierter Bereich. Die OB-Netz übernimmt dienstleistend für die evo den Betrieb und die Wartung des Fernwärmenetzes.

3.4 Gebäude-Energieservice

Die OB-Netz führt im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages den technische Betrieb von Contracting-Leistungen der evo aus.

4 Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der OB-Netz war im Geschäftsjahr 2013 zufriedenstellend, der Jahresfehlbetrag konnte im Vergleich zum Vorjahr deutlich gemindert werden.

Umsatzerlöse

	EUR 2013	EUR Vorjahr
Netznutzungsentgelte	72.019.696,38	61.230.193,01
Sonstige Umsatzerlöse	24.516.525,16	24.118.202,31
	96.536.221,54	85.348.395,32

Die Umsätze aus Netznutzungsentgelten Strom und Gas umfassen die internen und externen Erlöse aus der Netznutzung, die Mehrerlösabschöpfung für den Stromnetzbereich, das Regulierungskonto und die Mehr-/Mindermengenabrechnung der Vorjahre. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der erfolgsneutralen Abrechnung der Mehr-/Mindermenge sowohl im Bereich Stromnetz als auch Gasnetz. Den Erlösen stehen in gleicher Höhe Aufwendungen gegenüber.

Die Sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen die Abrechnung von Investitionsaufträgen an die evo sowie die EEG-Gutschrift des vorgelagerten Netzes. Diese Erlöse sind jedoch für die Netzgesellschaft auf Sicht erfolgsneutral, weil ein entsprechender Aufwand den Erlösen gegenübersteht.
In den Umsatzerlösen sind periodenfremde, im Wesentlichen erfolgsneutrale, Erlöse in Höhe von TEUR 5.286,1 enthalten.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für Netznutzungsentgelte der vorgelagerten Netze sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Dies ist im Wesentlichen, wie schon bei den Umsatzerlösen erläutert, durch die Mehr-/Mindermengenabrechnung für Vorjahre begründet.

Der Materialverbrauch sowie die bezogenen Leistungen für die Unterhaltung der Netze blieben im Vergleich zum Vorjahr auf gleichbleibendem Niveau und lagen bei TEUR 3.664,4. Der Personalaufwand erhöhte sich auf TEUR 12.680,4 (Vorjahr TEUR 7.865,7). Dies hängt hauptsächlich mit der Ausgliederung von Betriebsteilen der evo AG und dem damit verbundenen Übergang von ca. 150 Mitarbeitern auf die OB-Netz aus dem Vorjahr zusammen, da in 2013 erstmals ein komplettes Wirtschaftsjahr abgerechnet wurde. Weiterhin kam es im Geschäftsjahr 2013 nochmals zu einem Übergang von zehn Mitarbeiter von der evo auf die OB-Netz.

Aufgrund des negativen Ergebnisses wurden der OB-Netz auf Basis einer Gewerbesteuerumlage vom Gesellschafter TEUR 93,4 Steuer erstattet.

Jahresergebnis

Das negative Ergebnis in Höhe von TEUR 411 lag über dem prognostizierten Jahresfehlbetrag von TEUR 1.240 und wurde von der evo AG aufgrund eines EAV erstattet.

Tätigkeitenberichte

In der OB-Netz werden drei Tätigkeitsbereiche ausgewiesen. Dies sind die Verteilnetze Strom und Gas und die sonstigen Aktivitäten.

Im Verteilnetz Strom wurde in 2013 ein Gewinn in Höhe von TEUR 345 erzielt; der Bereich Verteilnetz Gas weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 665 aus. Im Rahmen der Ergebnisabführung an die evo AG werden diese Beträge ausgeglichen.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2013 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Verteilnetz Strom TEUR 19.018. Die Tätigkeit Verteilnetz Gas steuerte eine Bilanzsumme in Höhe von TEUR 8.976 zur Gesamtbilanz der OB-Netz bei.

Die sonstigen Tätigkeiten umfassen die nicht regulierten Bereiche wie das Verteilnetz Fernwärme, die Netzdokumentation, Öffentliche Beleuchtung, das Zählerdatenmanagement und weitere Dienstleistungen für Dritte.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich in 2013 gegenüber dem Vorjahr um rund TEUR 129 auf TEUR -1.539. Die Zunahme der Rückstellungen und Verbindlichkeiten konnten hierbei durch die Minderung des Bestandes an Forderungen nicht kompensiert werden.

Die Summe der Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belief sich im Berichtsjahr auf TEUR -82 (Vorjahr TEUR -326). Dieser Unterschied resultiert aus der Ausgliederung von Betriebsteilen von der evo AG zur

Netzgesellschaft und der damit verbundenen Übertragung von Arbeitgeberdarlehen auf die OB-Netz im Vorjahr; im Berichtsjahr spiegelt sich der Zugang bei den Arbeitgeberdarlehen in der Position der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Verlustübernahme der evo AG in Höhe von TEUR 411 (Vorjahr TEUR 1.208) auch den Zugang von Baukostenzuschüssen von TEUR 785 (Vorjahr TEUR 1.220).

Somit kam es zu einer Minderung des Finanzmittelfonds um TEUR 425 auf TEUR 123.

5.2 Finanzstrategie

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo AG getroffen, wobei die Verzinsung sowohl der Forderungen als auch der Verbindlichkeiten zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt.

Die OB-Netz besitzt kein eigenes Sachanlagevermögen, die Vermögenslage ist im Wesentlichen durch Forderungen gegen verbundene Unternehmen (evo) geprägt.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der OB-Netz wird im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses aufgrund der Cash-Pooling-Vereinbarung und des vorhandenen EAV mit der evo AG sowie des verminderten Jahresfehlbetrages im Vergleich zum Vorjahr als zufrieden stellend betrachtet.

6 Nachtragsbericht

Die evo Energie-Netz GmbH firmiert ab dem 01.01.2014 unter dem neuen Namen Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz). Hintergrund für die Umfirmierung sind Auflagen der Bundesnetzagentur. Weitergehende Veränderungen sind mit der Umbenennung nicht verbunden (vgl. Kap. 1 u. 2.1).

Zugleich wurde zum 01.01.2014 Jörn Schneider zum Geschäftsführer der OB-Netz bestellt. Der bisherige Geschäftsführer Dr. Günter Zahn bleibt dem Unternehmen auch über sein Ausscheiden hinaus in beratender Funktion erhalten.

Darüber hinaus sind vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 keine Tatsachen aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wesentlich beeinflussen.

7 Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Grundsätzlich schützt sich die OB-Netz gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen um Netzausfälle zu vermeiden.

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb des genehmigten Rahmes der Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo. Aus dem Kerngeschäft ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken.

In 2013 sind keine nennenswerten Umfeldrisiken aufgetreten. Vielmehr konnte ein wichtiges Risiko ausgeräumt werden. Der Konzessionsvertrag für die Energiearten Strom, Gas und Fernwärme wurde unterschrieben. Ab dem Jahr 2015 wird damit der OB-Netz das Wegenutzungsrecht zum Betrieb der Energienetze für weitere 20 Jahre eingeräumt.

Weiterhin ist die OB-Netz zurzeit keinen erhöhten Umweltrisiken ausgesetzt.

Abschließend bleibt festzustellen: Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

8 Prognosebericht

8.1 Gesetzgeberische Ausgestaltung der Energiewende

Die politischen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft unterliegen weiterhin einem raschen und grundlegenden Wandel. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund durch die Koalition aus CDU/CSU und SPD steht die Ankündigung einer grundlegenden Novelle des Energiewirtschaftsrechts und insbesondere des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Raum.

Tatsächlich sind durch das Bundeswirtschaftsministerium in der Zwischenzeit Eckpunkte einer solchen Gesetzesreform vorgestellt worden. Sie sehen u.a. Maßnahmen zur Kostendämpfung bei der EEG-Abgabe und vorsichtige Schritte zur Umgestaltung der Erzeugungslandschaft hin zu einem Kapazitätsmarkt vor. Die Wahrscheinlichkeit, dass die derzeit diskutierten Konzepte auch am Ende des eben erst eingeleiteten Gesetzgebungsverfahrens unverändert als Ergebnis stehen werden, ist jedoch ausgesprochen gering. Sicher ist nur, dass an der grundsätzlichen Stoßrichtung der Energiewende, den Erzeugungspark zukünftig stärker dezentral auszurichten und langfristig auf die erneuerbaren Energien zu setzen, festgehalten wird.

Für lokal bzw. regional operierende Energieversorger ergeben sich zukünftig zahlreiche technische und unternehmerische Herausforderungen, um den sich wandelnden Rahmenbedingungen bestmöglich gerecht zu werden. Welche gerade auch unternehmerischen und wirtschaftlichen Herausforderungen dies sein werden, ist vor Ende des Gesetzgebungsverfahrens nicht verlässlich möglich. Darüber hinaus haben Verteilnetzbetreiber mit vermehrter dezentraler und schwankender Stromeinspeisung zu rechnen. Die Netze müssen dementsprechend ertüchtigt werden.

8.2 Perspektiven 2014

Im Folgenden werden die Bereiche aufgelistet bei denen aus heutiger Sicht berichtenswerte Änderungen erwartet werden.

Gebäudeenergieservice
Die OB-Netz führt energienahe Dienstleistungen an städtischen Gebäuden in Oberhausen durch. Die Arbeiten werden nach Einzelbeauftragung erledigt. OGM hat das Facility-Management für die öffentlichen Gebäude in Oberhausen in verschiedenen Gewerken gruppiert und die Arbeiten ausgeschrieben. Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH ist mit Firmen im Gespräch, die diese Ausschreibung gewonnen haben, um weiterhin qualitativ hochwertige Dienstleistungen zu attraktiven Preisen durchzuführen.

Außerdem werden Arbeiten, die in der Vergangenheit Fremdfirmen im evo-Konzern durchgeführt haben, übernommen (insourcing). Durch diese Maßnahmen kann die Beschäftigung der betroffenen Mitarbeiter z. Zt. gesichert werden.

Industrieenergieservice
Die OB-Netz führt am MAN-Standort in Oberhausen energienahe Infrastrukturdienstleistungen durch. Von drei bestehenden Verträgen wurden zwei zum 30.09.2013 gekündigt. Der dritte Vertrag hat eine Laufzeit bis 2015 und wird ebenfalls nicht verlängert werden. Für die betroffenen Mitarbeiter konnten Stellen innerhalb und außerhalb des FSO-Konzerns gefunden werden, so dass die wirtschaftlichen Auswirkungen für das Unternehmen begrenzt sind.

Anpassung der Netzlängen

Durch die in den letzten Jahren vorgenommene digitale Neuerfassung der Kartenwerke für unsere Netze haben sich die Werte für die Netzlängen teilweise nicht unerheblich geändert.

Dies gilt insbesondere für das Strom-Niederspannungsnetz. Nachdem die Digitalisierung und anschließende Überprüfung und Verifizierung der Werte in 2013 abgeschlossen worden ist, stellten wir fest, dass dieses Netz um rd. 10% kürzer ist, als sich aus den teilweise viele Jahrzehnte alten historischen Aufzeichnungen ergab.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. So können Bauprovisorien als Netzlänge gezählt worden sein, deren anschließender Rückbau dann nicht berücksichtigt wurde. Außerdem ist der not-wendige Verschnitt beim Verlegen der Leitungen, beim Einsetzen von Muffen oder bei An-schlüssen an Schränke bzw. Stationen als Netzlänge gezählt worden.

Auch auf andere Netzbereiche ergeben sich Auswirkungen, allerdings nicht in so großem Ausmaß. So ist das Fernwärmenetz um einige Kilometer länger geworden. Dies hängt damit zusammen, dass diese Leitungen im Verlauf auch senkrechte Abschnitte aufweisen können, die in der bisherigen zweidimensionalen Darstellung nicht mit ihrer Länge erfasst wurden. Dies kann in den modernen Systemen berücksichtigt werden.

Durch das moderne digitale Planwerk verfügen wir nunmehr über eine sichere Datenbasis.

Wirtschaftliche Auswirkungen aus der korrigierten Anlagenbuchhaltung ergeben sich nicht, da die Korrektur bei bereits abgeschriebenen Leitungslängen vorgenommen wurde.

8.3 Weitere Entwicklung der Ertragslage

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich Gewinne im Wesentlichen über die Netzpacht realisieren. Gleichzeitig sind die Netze aufgrund der Energiewende zukunftsfähig auszubauen.

Vor diesem Hintergrund, d. h. dem steigenden Erlös- und Kostendruck, sind alle Abteilungen der Oberhausener Netzgesellschaft mbH involviert, um zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen. Zur konzernübergreifenden Abstimmung wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die über die einzelnen Unternehmensbereiche hinweg weitere Einspar- bzw. Erlöspotenziale realisieren. Ferner wird die bestehende Personal-Solldimensionierung unter dem Gesichtspunkt der innerbetrieblichen Kooperation erneut analysiert und optimiert.

In den Jahren 2014 und 2015 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt sein durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es wird jeweils ein Umsatz in Höhe von ca. TEUR 90.000 pro Jahr erwartet. Nach Berücksichtigung des konzerninternen Gewinn-/Verlustausgleichs wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0 EUR erwartet.

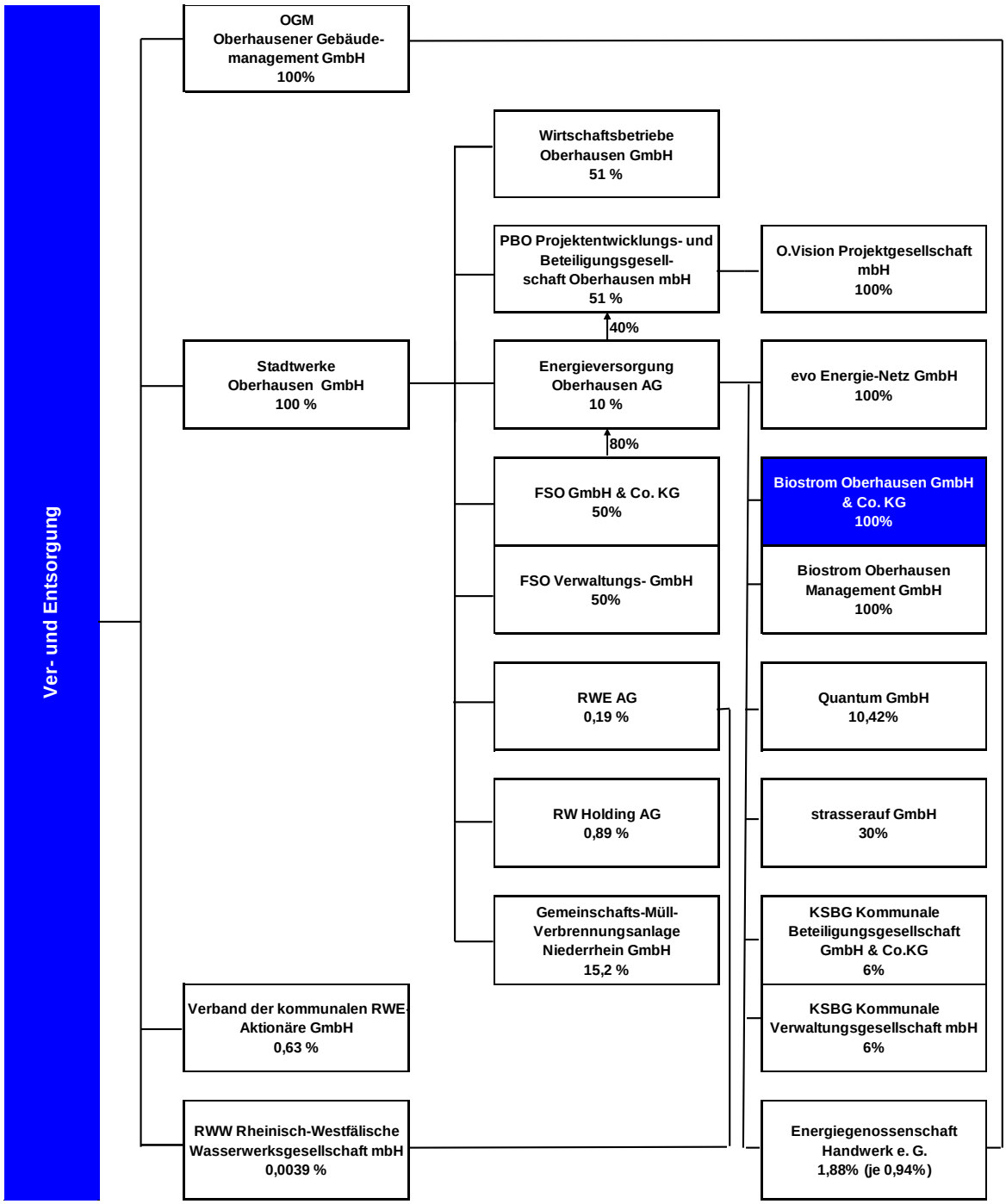
Als innovativer und gut aufgestellter Verteilnetzbetreiber arbeitet die OB-Netz an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Oberhausen, den 03. Februar 2014

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Der Geschäftsführer

Jörn Schneider


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de/

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb eines Biomasseheizkraftwerkes in Oberhausen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	14.146,50	94,4	13.555,96	94,4	12.761,74	94,5	-794,22	-5,86
Umlaufvermögen	840,70	5,6	801,74	5,6	737,78	5,5	-63,96	-7,98
Rechnungsabgrenzungsposten	2,89	0,0					0,00	
Bilanzsumme	**14.990,09**	**100,00**	**14.357,70**	**100,00**	**13.499,52**	**100,00**	**-858,18**	**-5,98**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.731,17	18,2	2.140,38	14,9	2.243,28	16,6	102,90	4,81
Rückstellungen	471,65	3,1	348,44	2,4	244,57	1,8	-103,87	-29,81
Verbindlichkeiten	11.787,27	78,6	11.868,88	82,7	11.011,67	81,6	-857,21	-7,22
Bilanzsumme	**14.990,09**	**100,00**	**14.357,70**	**100,00**	**13.499,52**	**100,00**	**-858,18**	**-5,98**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.758,55	3.730,16	4.581,37
sonstige betriebliche Erträge	7,41	50,71	210,76
Materialaufwand	1.177,20	2.333,39	2.752,86
Abschreibungen	527,47	807,62	794,22
sonstige betriebliche Aufwendungen	460,79	674,56	580,04
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,21	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	501,76	556,29	562,11
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-901,26	-590,79	102,90
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-901,26	-590,79	102,90
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen			102,90
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-901,26	-590,79	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-51,25	-15,84	2,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	-24,81	-21,63	4,59	%
Cash-Flow:	-373,80	216,83	897,12	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,37	94,42	94,53	%
Eigenkapitalquote:	18,22	14,91	16,62	%
Fremdkapitalquote:	81,78	85,09	83,38	%

e) Lagebericht

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Vorbemerkungen

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH (welche bis 31.12.2013 unter evo Energie-Netz GmbH firmierte) eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo AG) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo AG hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo AG stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff werden ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMHKW - obliegt der BSO KG.

Die evo AG ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Herr Hans Neubauer ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig Leiter der Energieerzeugung bei der evo AG.

Technische Bestandsanalyse

evo AG hat im Rahmen ihrer technischen Betriebsführung in 2013, wie schon 2012, diverse Optimierungsmaßnahmen an der Anlage eingeleitet; dazu gehörten auch intensive Gespräche mit dem Kessellieferanten zum Optimierungspotential am Kessel. Der Wechsel der Brennstoffqualität weg von dem in 2011 eingesetzten Landschaftspflegematerial hin zu Holzhackschnitzeln, die in ihrer Qualität klarer definiert und für den Kessel besser einsetzbar sind, hat schon in 2012 erste Erfolge gehabt. Die Maßnahme führte in 2013 erstens zu einer deutlichen Erhöhung der Dampfleistung und damit korrespondierend zur Erhöhung der elektrischen Leistung der Anlage, zweitens zu einer Verminderung der Ausfallstunden und hat drittens zu einem klar umrissenen Handlungsbedarf bezüglich des Kessels beigetragen.

Für das Jahr 2013 war als Ziel definiert worden, durch den Einsatz von Holzhackschnitzeln 8.000 Betriebsstunden zu erreichen. Dies auch unter Berücksichtigung der Annahme, die Anlage auf Basis der garantierten Verfügbarkeit zweimal im Jahr zur Revision abzufahren. Diese geplanten Revisionen haben im Februar und August 2013 stattgefunden. Aufgrund eines Schaden des Trogkettenförderers hat sich die Revisionszeit im August jedoch um ca. eine Woche verlängert (siehe auch Punkt: Optimierungsmaßnahmen am Kessel). Im Dezember 2013 gab es einen weiteren Stillstand von ca. 12 Tagen aufgrund diverser Probleme mit Messeinrichtungen an der Kesseltrommel.

Optimierungsmaßnahmen am Kessel

Der Kesselhersteller hat während der Revision im Februar 2013 im Verdampferbereich eine Klopfeinrichtung eingebaut. Nach dem Einbau dieser Klopfeinrichtung lief die Anlage mit der angestrebten, elektrischen Leistung vorerst stabil. Es zeigten sich aber nach einiger Zeit Temperaturprobleme vor dem Gewebeentstauber. Die Temperatur dort ist auf 220 °C begrenzt. Bei Erreichen dieser Temperaturbegrenzung erfolgt ein Abregeln der Kesselleistung. Um einen stabilen Betrieb der Anlage zu erreichen, wurden mit dem Erreichen der Leistungsbegrenzung manuelle Klopfungen im Eco-Bereich, dessen Verschmutzung und dem damit verbundenen eingeschränkten Wärmeübergangs für die Leistungsminderung verantwortlich war, durchgeführt. Diese Handeingriffe führten zum Einen zu einer Stabilisierung der Kessel- und Turbinenleistung im angestrebten Bereich, zum anderen aber auch zu der Erkenntnis, dass eine Klopfeinrichtung wie im Verdampferbereich auch für den Eco-Bereich erforderlich war.

Die Maßnahme wurde dann in Zusammenarbeit mit dem Kessellieferanten bei einem außerplanmäßigen Stillstand im August 2013 umgesetzt. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass seitdem die Temperaturbegrenzungen nicht mehr erreicht werden und die Nachrüstung der Klopfeinrichtungen als der zentrale Punkt im Rahmen der Optimierungsmaßnahmen anzusehen sind.

Eine Störung der Brennstoffördereinrichtung hatte vor dem außerplanmäßigen Anlagenstillstand zum Einbau der Klopfeinrichtung zu einem weiteren Anlagenstillstand geführt. Aufgrund dieses Stillstandes war kurzfristig entschieden worden, die Fördereinrichtung, d. h. insbesondere den Trogkettenförderer weitgehend zu erneuern, was bei der Stillstandszeit terminführend war. Während der Reparaturmaßnahmen am Trogkettenförderer zeigte sich, dass ein metallischer Störstoff, vermutlich eingetragen durch den Brennstoff, zu den erheblichen Schädigungen und zum Anlagenstillstand geführt hatte. Der Befund bestätigte aber auch die Richtigkeit zur Entscheidung zur Sanierung der Fördereinrichtung. Nach der Sicherstellung des metallischen Störstoffes wurde der Maschinenversicherer über die Situation informiert und führte eine Anlagenbesichtung durch. Der Schaden wird nach der Anlagenbesichtung durch den Maschinenversicherer reguliert werden.

Weiteres Optimierungspotential wird in der noch vorgesehenen Lieferung einer Feuerraumkamera gesehen. Auch diese Maßnahme wird vom Kesselhersteller unterstützt. Hierzu ist der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung für die Einbindung der Signale aus der Feuerraumkamera vorgesehen. Da nur der Kesselhersteller über Detailkenntnisse zur Feuerraumleistungsregelung verfügt, ist eine Kooperation für beide Seiten von Vorteil. BSO erreicht für die Verbrennungsanlage einen stabileren Betrieb auf hohem Niveau. Der Kesselhersteller hat die Möglichkeit, das erstmalig in Zusammenhang mit dieser Feuerraumkamera erworbene Know How in anderen Anlagen einzusetzen.

Vertragssituation

Nach mehrmonatigen Verhandlungen wurde mit dem Brennstofflieferanten ein neuverhandelter Brennstoffliefervertrag abgeschlossen. Die Unterzeichnung erfolgte am 21.02.2013. Er gilt rückwirkend zum 01.01.2013.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresgewinn von 103 T€ und hat damit erstmals einen positiven Wertbeitrag erwirtschaftet. Maßgeblich haben dazu die um 851 T€ gestiegenen Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung mit in Summe 4.581 T€ beigetragen. Gleichzeitig kam es zu einem Anstieg bei den Materialaufwendungen von lediglich 420 T€ auf 2.753 T€. Daraus resultiert mit 2.039 T€ ein um 591 T€ gestiegener Rohertrag.

Im Vorjahr ergab sich eine negative Ergebnisbelastung durch die Bildung einer Drohverlustrückstellung, da - vor dem Hintergrund der bis dahin negativen wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft - Bewertungseinheiten aus der Projektfinanzierung aufgelöst werden mussten. Im Berichtsjahr konnte hiervon ein Teilbetrag von 67 T€ ertragswirksam aufgelöst werden, und zusätzlich konnte die finanzierende HVB/Unicredit ihre Darlehen wieder als Euro-Kredite platzieren. Grundsätzlich sind damit wieder die Perspektiven zur einheitlichen Bilanzierung als Festzinskredite gegeben.

Zur weiteren Absicherung der Covenants aus der Projektfinanzierung hat sich die evo AG mit einem Betrag von maximal 2 Mio. € verbürgt; diese Bürgschaft nimmt analog zur Tilgungsstruktur der Finanzierungsdarlehen ab, beläuft sich zum 31. Dezember 2013 auf 1.524 T€ und erlischt ab dem Zeitpunkt, in welchem die Auflagen aus den Kreditverträgen erstmalig vollständig eingehalten werden.

Zum 31.12.2013 bestehen mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten über rd. 8,1 Mio. € (Vj. 9,3 Mio. €), wobei die hohen Tilgungsraten die Gesellschaft bis 2016 finanziell stark belasten und kaum Möglichkeiten zum Aufbau liquider Reserven bestehen. Aus diesem Umstand konnten die Verbindlichkeiten an die evo AG aus den technischen/kaufmännischen Dienstleistungen sowie Grundstückspacht weiterhin nicht beglichen werden. Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen an den Zins- und Tilgungsterminen hat die evo AG der Gesellschaft einen Kreditrahmen von bis zu 400 T€ eingeräumt.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2013 bei 16,6 % (Vj. 14,9 %) daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 83,4 % (Vj. 85,1 %).

Aufgrund der in den vorangegangenen Punkte erläuterten zusätzlichen Optimierungsmaßnahmen und der dadurch bedingten längeren Revisionsphase sowie des Anlagenstillstandes im Dezember 2013 konnten die angepeilten 8.000 Betriebsstunden nicht erreicht werden, die daraus resultierenden geringeren Erlöse und die zusätzlichen Kosten der Optimierungsmaßnahmen haben dazu geführt, dass die erwartete Prognose aus dem letzten Berichtsjahr nicht eingetroffen ist. In 2012 wurde für das Geschäftsjahr 2013 von einem Gewinn nach Steuern in Höhe von 608 T€ ausgegangen.

Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres, über die zu berichten wäre, sind nicht eingetreten.

Chancen- und Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo AG halbjährlich eine Risikoinventur durch. Hierbei werden auch mögliche Risiken die BSO KG betreffend untersucht.

Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo AG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

Als risikoerhöhend muss an dieser Stelle das Verhalten des Brennstofflieferanten in Bezug auf den im Februar 2013 neu abgeschlossenen Brennstoffliefervertrag gesehen werden. Dieser Vertrag enthält zur für beide Vertragsparteien langfristigen Sicherstellung der Kalkulierbarkeit der Brennstoffpreise mehrere Preisgleitklauseln, die sich an veröffentlichten Indizes orientieren und vierteljährlich in die Preisberechnung einfließen. Im September machte der Brennstofflieferant aber ein Preisanpassungsbegehren mit dem mündlichen Hinweis auf nicht mehr marktkonforme Holzpreise. Obwohl bislang - wie im Vertrag gefordert - kein Nachweis hierfür erbracht wurde, hat der Brennstofflieferant in mehreren Gesprächen deutlich gemacht, dass er auf einer Preisanpassung außerhalb der vertraglichen Regelungen beharren wird. In diesem Falle wird BSO KG auf die im Vertrag festgelegten Mechanismen (Einschaltung eines Wirtschaftsprüfers zur Festlegung eines einvernehmlichen Holzpreises) zurückgreifen. Zurzeit ist aufgrund nicht vorliegender, konkreter Zahlen der Einfluss auf das wirtschaftliche Ergebnis der BSO KG noch nicht zu definieren, aber dessen ungeachtet als Risiko zu definieren.

Weitere - wenn auch begrenzte Chancen - ergeben sich ab 2014 durch die EEG-Direktvermarktung nach dem sogenannten „Marktprämien-Modell“.

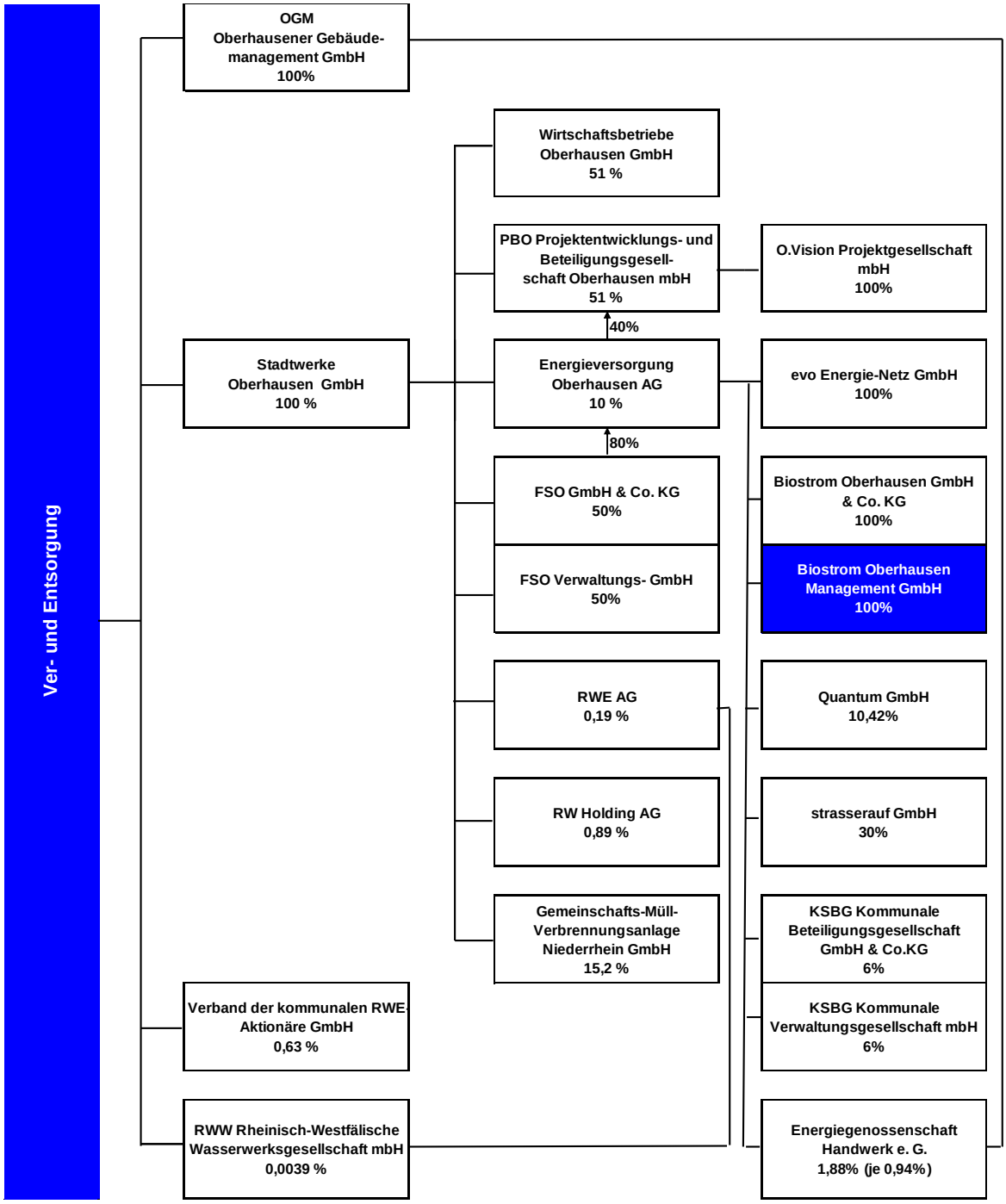
Prognosebericht

Durch die im Jahr 2013 durchgeführten Optimierungsmaßnahmen und die weitergehende Kooperation mit dem Kessellieferanten wird für das Jahr 2014 und die Folgejahre von einem stabilen Volllastbetrieb ausgegangen. Dabei wird eine Gesamtlaufzeit des Kessels von 8.000 Stunden pro Jahr angestrebt. Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung für die folgenden beiden Geschäftsjahre Ergebnisse vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,9 Mio. € vor, die primär zu Entschuldung der Bankverbindlichkeiten genutzt werden.

Oberhausen, 3. Februar 2014

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

Hans Neubauer
Geschäftsführer der
Biostrom Oberhausen Management GmbH


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

Biostrom Oberhausen Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben der Biostrom GmbH & Co. KG, Oberhausen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Neubauer, Hans
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	30,63	100,0	31,37	100,0	33,52	100,0	2,15	6,85
Bilanzsumme	**30,63**	**100,00**	**31,37**	**100,00**	**33,52**	**100,00**	**2,15**	**6,85**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	28,06	91,6	30,85	98,3	31,65	94,4	0,80	2,59
Rückstellungen	2,56	8,4	0,53	1,7	1,88	5,6	1,35	254,72
Bilanzsumme	**30,63**	**100,00**	**31,37**	**100,00**	**33,52**	**100,00**	**2,15**	**6,85**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	2,51	4,75	2,50
sonstige betriebliche Aufwendungen	2,43	1,43	1,55
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,08	3,32	0,95
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,54	0,15
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,08	2,78	0,80
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,08	2,78	0,80

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

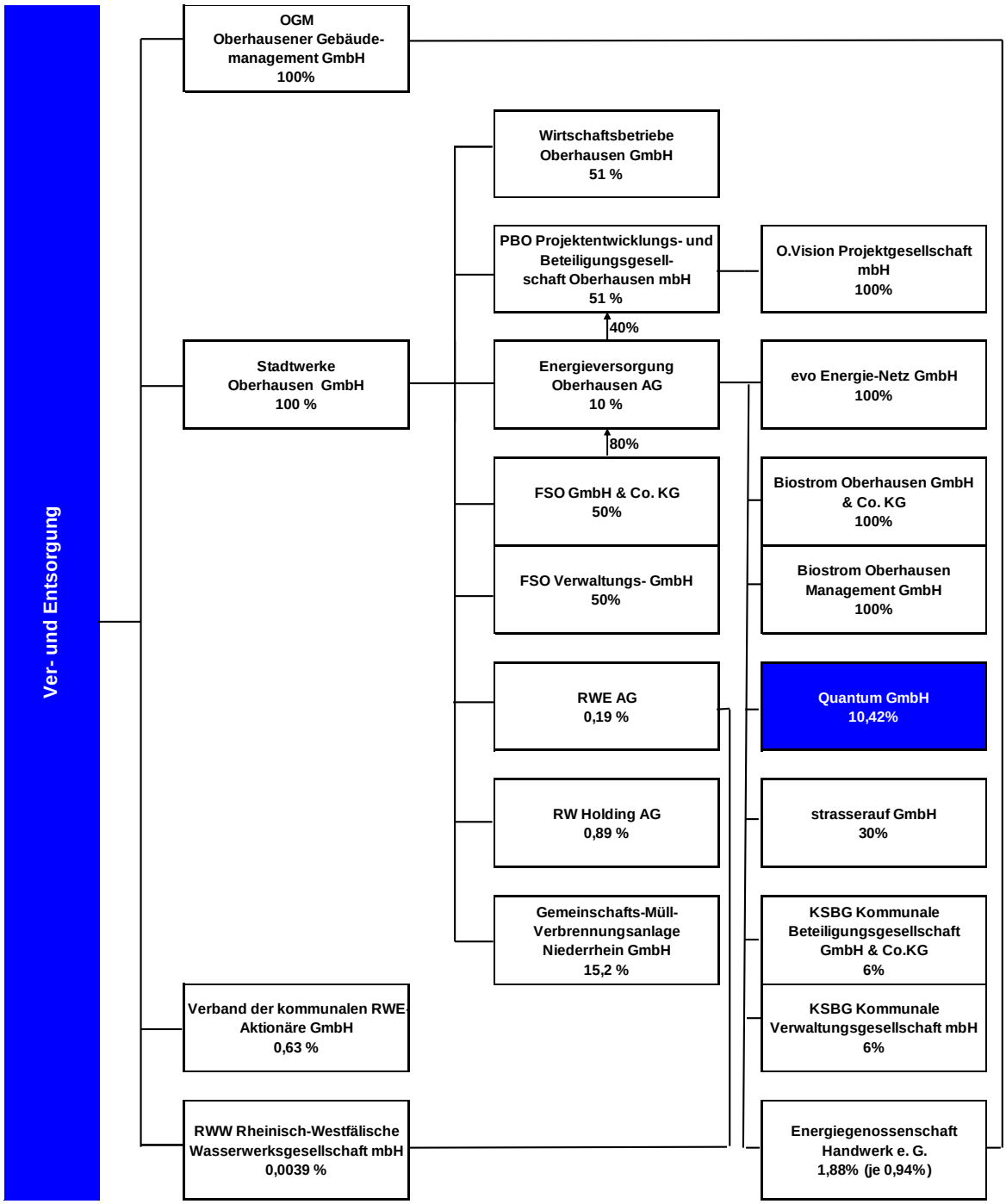
	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,30	9,91	2,60	%
Cash-Flow:	0,08	2,78	0,80	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	91,63	98,33	94,40	%
Fremdkapitalquote:	8,37	1,67	5,60	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

Quantum GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kokkolastraße 2
40882 Ratingen

Kontakt:

Telefon	02102 939 77-0
Telefon	0211-4369270
Fax	02102 939 77-33
Fax	0211-43692733
e-Mail	info@quantum.de
Internet	-
Internet	www.quantum.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 825,00

Gesellschafter:

	T€	%
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57,75	7,29
Energie AG Iserlohn-Menden	55,00	6,94
Energie Nordeifel GmbH & Co.KG	33,00	4,17
evo Energieversorgung Oberhausen AG	82,50	10,42
Gemeindewerke Grefrath GmbH	16,50	2,08
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57,75	7,29
Stadtwerke Brühl GmbH	33,00	4,17
Stadtwerke Goch GmbH	16,50	2,08
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	16,50	2,08
Stadtwerke Jülich GmbH	16,50	2,08
Stadtwerke Kempen GmbH	33,00	4,17
Stadtwerke Menden GmbH	27,50	3,47
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16,50	2,08
Stadtwerke Rhede GmbH	16,50	2,08
Stadtwerke Willich GmbH	33,00	4,17
SWK Energie GmbH	247,50	31,25
WBM Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	33,00	4,17

Gegenstand des Unternehmens:

Der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hardt, Dirk
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	479,45	2,0	407,21	1,2	257,85	0,6	-149,36	-36,68
Umlaufvermögen	22.888,27	97,7	33.964,73	98,7	43.827,52	99,3	9.862,79	29,04
Rechnungsabgrenzungsposten	62,31	0,3	23,77	0,1	62,66	0,1	38,89	163,61
Bilanzsumme	**23.430,03**	**100,00**	**34.395,71**	**100,00**	**44.148,03**	**100,00**	**9.752,32**	**28,35**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	2.720,04	11,6	3.815,88	11,1	4.511,74	10,2	695,86	18,24
Rückstellungen	2.984,71	12,7	4.123,77	12,0	10.095,88	22,9	5.972,11	144,82
Verbindlichkeiten	17.725,28	75,7	26.432,73	76,8	29.517,08	66,9	3.084,35	11,67
Rechnungsabgrenzungsposten			23,33	0,1	23,33	0,1	0,00	0,00
Bilanzsumme	**23.430,03**	**100,00**	**34.395,71**	**100,00**	**44.148,03**	**100,00**	**9.752,32**	**28,35**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	427.251,37	516.327,22	577.369,59
sonstige betriebliche Erträge	422,35	1.305,98	557,66
Materialaufwand	422.182,51	511.494,01	572.159,85
Personalaufwand	2.033,21	2.252,88	2.402,48
Abschreibungen	226,46	243,06	250,03
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.168,61	2.119,17	1.974,61
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	31,53		24,58
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		90,76	157,99
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.094,48	1.433,31	1.006,87
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	282,02	388,44	242,25
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	812,45	1.044,87	764,62
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	812,45	1.044,87	764,62

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,19	0,20	0,13	%

Eigenkapitalrentabilität:	42,59	37,71	20,41	%
Cash-Flow:	1.038,92	1.287,93	1.014,65	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	18.594,51	22.505,79	21.404,71	T€
Personalaufwandsquote:	0,48	0,44	0,42	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	**31.12.2012**	**31.12.2013**	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,43	0,25	0,19	%
Eigenkapitalquote:	11,61	11,09	10,22	%
Fremdkapitalquote:	88,39	88,91	89,78	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen der Quantum GmbH

I.1 Geschäftsmodell

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden überwiegend für die Gesellschafter oder weitere Stadtwerke mit Partnerstatus erbracht.

Die Quantum bietet umfassende Portfoliomanagement-Dienstleistungen, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Partner im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind. Sie zielen darauf ab:

- die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
- das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu ermöglichen, sowie
- die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Basis- und Zusatzdienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen ständig verbessert und erweitert. Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungs-Portfoliomanagements ab.

Basisdienstleistungen

- Beschaffungsportfoliomanagement
- Beschaffungsabwicklung
- Bilanzkreismanagement
- Prognosedienstleistung Strom und Gas
- Risiko- und Vertragsmanagement
-

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesellschafter
und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden.

Zusatzdienstleistungen

- Absatzportfoliomanagement
- Erzeugungsportfoliomanagement
- Vertriebsunterstützung
- Erweitertes Prognosemanagement
- Speicherportfoliomanagement
- Erweitertes Bilanzkreismanagement
- Projektbegleitung
- Direktvermarktung nach Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)
- EEG Überführungszeitreihen
- Yesterday-Handel

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaftern und Partnern offen.

I.2 Strategien und Ziele

Intraday-Handel

Seit dem 15. April 2013 bietet Quantum im Rahmen seiner Basisdienstleistung die Möglichkeit, Strom-Positionen am Intraday-Markt zu handeln. Speziell offene Positionen bei kurzfristigen Kraftwerkseinsatzänderungen können darüber glatt gestellt werden und minimieren somit das Risiko für Ausgleichsenergie. Durch den Intraday-Handel sieht sich Quantum auch im Bereich der Direktvermarktung von EEG-Anlagen gut aufgestellt.

Yesterday-Handel

Seit dem 1. August 2013 bietet Quantum im Rahmen einer Zusatzdienstleistung die Möglichkeit, Positionen am Yesterday-Markt Strom zu handeln. Dadurch können Abweichungen von Fahrplanprognosen, insbesondere für Eigenerzeugungsanlagen,
noch nachträglich kompensiert und dadurch der entstehende Ausgleichsenergiebedarf bzw. das daraus resultierende Kostenrisiko reduziert werden.

EEX-Spot-Handel Gas

Am 1. Oktober 2013 hat der EEX-Spot-Handel von L-Gasprodukten begonnen. Quantum ist einer der ersten Teilnehmer und gewinnt so eine weitere wichtige Beschaffungsquelle für die kurzfristige Optimierung der Gesellschafterportfolios; offene Positionen können glatt gestellt werden und minimieren somit das Risiko für Ausgleichsenergie.

GEKKO (Gemeinschaftskraftwerk Kohle)

Für das Kraftwerk GEKKO wurde zum 1. April 2013 die Vermarktung gestartet. In diesem Zusammenhang wurde das Produkt „Kohlepreisabsicherung“ entwickelt und freigegeben. Die Kohlepreisabsicherung beinhaltet die finanzielle Absicherung des relevanten Kohlepreises; zusammen mit CO2 und Strom kann so der preisrelevante „clean-dark-spread“ abgesichert werden.

Quantum Portal

Der bisherige Online-Portfoliobericht Strom wurde 2013 überarbeitet und in das Kunden-Portal der Quantum integriert. Die Kunden der Quantum haben so Zugriff auf ihre Portfolio-Informationen sowohl aus dem Strom- als auch aus dem Gas-Bereich. Gleichzeitig wurde begonnen, beide Berichte mit weiteren Informationen speziell aus der vertrieblichen Sicht der Absatzportfolien anzureichern.

Darüber hinaus wurde für die Vermarktung des Quantum Portals ein Demo-Portal erstellt, das interessierten Stadtwerken die Möglichkeit bietet, das Portal in seinen Kern-Funktionen zu testen.

Ein weiterer Fokus lag in der Entwicklung einer portalgestützten Bestellabwicklung, die ausgehend von der Kunden-Bestellung, der internen Prüfung, Beschaffung und Abwicklung die komplette Prozesskette automatisiert, verschlankt und sicherer macht. Zusammen mit der ebenfalls in 2013 begonnenen Integration eines Online-Kalkulationsrechners wird das Portal auch in 2014 umfangreich erweitert und komplettiert werden.

I.3 Organisation

Die inzwischen bewährte organisatorische Trennung von energetischen und finanziellen Vorgängen spiegeln die vier Säulen Front Office, Operations, Middle Office und Back Office wieder. Der im Vorjahr beschlossene Aufbau eines eigenständigen Bereiches für Erneuerbare Energien wurde erfolgreich umgesetzt. Die jeweiligen Bereichsleiter bilden zusammen mit dem Geschäftsführer die Geschäftsleitung der Quantum. Dadurch ist die im Handelsumfeld übliche Funktionstrennung bis auf Ebene der Geschäftsleitung umgesetzt.

Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird grundsätzlich durch das Middle Office überwacht und es sorgt für den reibungslosen Ablauf der Kernprozesse und den damit verknüpften Schlüsselkontrollen. Das interne Regelwerk wurde fortlaufend im Risikomanagementhandbuch und den Prozessdokumentationen angepasst. Der sachgerechte Umgang mit Daten von Privat- und Endkunden der Premium - Kunden wurde etabliert. Für den Fall, dass bei der Dienstleistung Absatzportfoliomanagement die Quantum-Mitarbeiter mit sensiblen Daten in Berührung kommen, wurden Mitarbeiter geschult und auf Verschwiegenheit verpflichtet. Es wurde ein Datenschutzbeauftragter eingesetzt.

I.4 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2013 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweck Erreichung entsprochen.

I.5 Forschung und Entwicklung

Seit 2013 arbeitet die Quantum mit Studenten des Lehrstuhls für „Energiehandel und Finanzdienstleistungen“ der Universität Duisburg-Essen an praxisnahen Projekten im Bereich des Portfolio- und Risikomanagements Strom und Gas mit Schwerpunkt in der stochastischen Modellierung zusammen. Die Projekte wurden unter anderem als Masterarbeit ausgeschrieben.

Im Rahmen der Projektarbeit wurden markt- und verursachungsgerechte Preis- und Mengenrisiken für die Angebotskalkulation des Energievertriebs für Strom und Gas untersucht und bestimmt. Basierend auf diesen Auswertungen wurde ein Modell zur Kalkulation kundenspezifischer Risikoaufschläge entwickelt und implementiert. Dazu wurde für den Gasbereich eine Daily Price Forward Curve modelliert, um offene Positionen bewerten und Verbrauchsprognosen bepreisen zu können.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen der europäischen Finanzmarkt- und Energiemarktregulierung waren fortgesetzt wesentlicher Beobachtungsgegenstand des Risikomanagements. Kennzeichnend bei der Umsetzung der Regularien war, dass die Vorgaben nach Verabschiedung auf Europäischer Ebene sofort in Kraft traten, jedoch ohne konkrete und detaillierte Ausgestaltung. Die nationale Umsetzung REMIT (Regulation on Energy Market Integrity and Transparency) zur Verhinderung von Marktmanipulation, Insiderhandel und für Registrierungs- und Berichtsanforderungen verzögert sich bis voraussichtlich Mitte 2014 u. a. durch die Abstimmung mit ACER (Arbeitsgemeinschaft der europäischen Energie-Regulatoren). Die später in Kraft gesetzte EMIR (European Market Infrastructure Regulation) mit Anforderungen zu Clearing mit zentralen Gegenparteien und Vorgaben zur Risikominderung greift früher. Nicht zuletzt auf Betreiben der EU-Kommission wurde das Datum des ersten EMIR-Reporting auf den 14. Februar 2014 festgeschrieben. Quantum hat dafür die entsprechenden Vorbereitungen getroffen. Von Quantum wurden aufgrund der noch offenen Ausgestaltung im Jahr 2013 keine regulatorischen Berichte gefordert.

II.2 Geschäftsverlauf

II.2.1 Gesellschafterangelegenheiten

Die Stadtwerke Menden GmbH und die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG haben das Gesellschafterverhältnis zum 31. Dezember 2013 gekündigt.

II.2.2 Strommarkt

2013 ließen die Strompreise am deutschen Spotmarkt im Vergleich zum Vorjahr weiter nach. Nach rund 43 € / MWh in 2012 rutschte der Preis für die Grundlaststromlieferung (Base) in 2013 auf knapp 38 € / MWh im Jahresmittel ab. Der Preis für die Spitzenlast (Peak) fiel im Durchschnitt um 4 € / MWh auf etwa 49 € / MWh. Die Zahl der negativen Stundenpreise nahm etwas zu, wobei die durchschnittliche Höhe dieser Preise abnahm. Gleichzeitig waren weniger Preise über 100 € / MWh zu beobachten.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien setzte sich in 2013 in Deutschland fort. Der Zubau der Windenergie an Land stieg im Vergleich zum Vorjahr um fast 30 % oder knapp 3 GW an. Das ist ein neuer Rekordwert innerhalb der letzten zehn Jahre. Die Windausbeute fiel aber wegen der schlechteren Windverhältnisse leicht zurück. Die Stromproduktion aus Solaranlagen hingegen nahm weiter zu. Auch hier schritt der Ausbau mit +3,3 GW voran, wenngleich sich die zugebaute Kapazität im Vergleich zu 2012 halbierte.

Die Stromerzeugung in Deutschland lag mit rund 630 TWh auf Vorjahresniveau. Der Anteil der Erneuerbaren Energien nahm leicht zu (+0,6 %), was insbesondere auf Biomasse und PV zurückzuführen ist. Der heimische Stromverbrauch ging um 1,8 % auf knapp unter 600 TWh zurück. Zu begründen sei dies laut BDEW mit der bisher schwachen Produktionsentwicklung in der Industrie, dem fehlenden Schalttag sowie generellen Effizienzsteigerungen beim Stromverbrauch.

In 2013 setzte sich der Abwärtstrend auf dem deutschen Stromterminmarkt fort, was insbesondere auf die günstigeren Erzeugungskosten der Kohlekraftwerke zurückzuführen ist. Diese lagen Ende 2013 erneut fast 8 € / MWh tiefer als noch Ende 2012. Da die Strompreise etwas stärker sanken, ließen die Margen der Kohlekraftwerke (Clean Dark Spread) um rund 1,50 € / MWh nach (z.B. auf 12,50 € / MWh für eine Stromlieferung in 2015 bei 45 % Wirkungsgrad). Bei fast

stabilen Erzeugungskosten der Gaskraftwerke und deutlich sinkenden Peak-Preisen rutschten die Margen der Gasanlagen weiter ins Minus.

Der Base-Preis für das Kalenderjahr 2015 schloss Ende 2013 leicht oberhalb des historischen Tiefs bei 36,50 € / MWh und der Peak-Preis bei etwa 47 € / MWh.

II.2.3 Gasmarkt

Ähnlich wie in 2012 zeigte sich auf den zentralwesteuropäischen Gasmärkten eine andere Preisentwicklung als im Strom. Die Tagesreferenzpreise der EEXBörse an den virtuellen Handelspunkten in Deutschland (NCG und Gaspool) und den Niederlanden (TTF) stiegen weiter an, und zwar durchschnittlich um fast 2 € / MWh auf etwas über 27 € / MWh. Der Aufwärtstrend schwächte sich im Vergleich zum Vorjahr jedoch ab. Der Wert eines marktüblichen ölpreisgebunden Gasvertrags für eine Lieferung in 2013 verteuerte sich.

Ein preisstützender Faktor war der weiterhin stark rückläufige Import von verflüssigtem Erdgas (LNG) nach Europa. Demgegenüber nahm der Erdgasverbrauch in Deutschland zu. In 2013 lag dieser insgesamt bei 960 TWh, was ein Plus von 6,4 % bedeutet. Vor allem der kalte März war von einem höheren Gaseinsatz zur Wärmeerzeugung geprägt. Entsprechend zogen die Spotpreise zeitweise bis auf 40 € / MWh an. Der Hochpreis aus Februar 2012 lag mit 36 € / MWh etwas darunter.

Die Gasterminpreise setzten ihren weitestgehend seitwärts gerichteten Trend in 2013 fort, wobei sich die Bandbreite der Preise verengte. So wurde der Höchstpreis des NCG Kalenderjahrs 2015 aus dem Jahr 2012 um 1 € / MWh unterboten und der Tiefstpreis um 0,20 € / MWh überboten. Im Durchschnitt bezahlten die Marktteilnehmer an der EEX 26,20 € / MWh für eine Lieferung in 2015 und damit rund 0,80 € / MWh weniger als im Vorjahr.

II.2.4 Brennstoffe und CO_2

Die Kohle- und CO_2-Märkte waren erneut geprägt von deutlichen Verlusten. So verloren die Emissionszertifikate wegen des Überangebots wie schon in 2012 im Mittel fast die Hälfte ihres Wertes. Der tiefste Preis wurde bei rund 3 € / t Mitte April 2013 erreicht. Am Ende des Jahres einigte sich die EU schließlich auf das „Backloading“, d. h. der temporären Entnahme von Zertifikaten aus dem Markt in der 3. Handelsperiode. Spekulationen darüber ließen die Preise im Vorfeld fester werden.

Die Kohlepreise für eine zeitnahe Lieferung nach Amsterdam-Rotterdam- Antwerpen (ARA) setzten ihren Abwärtstrend fort und sanken um durchschnittlich 10 $ / t auf rund 80 $ / t. Neben der weltwirtschaftlichen Lage und den Effekten der Geldpolitiken der Länder wirkten sich die Konflikte im Nahen Osten auf die Rohölpreise aus. Im Durchschnitt schlossen die Preise der Nordsee-Rohölsorte Brent 3 $ / bbl unter dem Vorjahresniveau bei 109 $ / bbl.

II.3 Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2013 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich "1:1" an ihre Kunden weitergegeben werden, bleibt sie von Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung unbelastet.

Die Umsatzerlöse der Quantum GmbH im Jahr 2013 betrugen 577,4 Mio. €. Der Umsatz, der fast ausschließlich mit Gesellschaftern und Partnern erzielt wurde, ist gegenüber dem Vorjahr um 11,8 % gestiegen. Die Erlöse stammen zu 50 % aus dem Stromverkauf. Weitere 49 % resultieren aus Erdgaslieferungen. Die übrigen Erlöse mit einem Anteil von 1 % gehen auf die Dienstleistungen an Gesellschafter und Partner und auf Erlöse mit Zertifikaten, Managementprämien und ähnlichem zurück.

Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.

Durch erhöhte Dienstleistungsentgelte ist im Jahre 2013 ein nennenswerter Gewinn erzielt worden.

Bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung wird dieser zur weiteren Stärkung der Rücklagen der Gesellschaft verwendet. Zusätzlich kann ein Gewinnvortrag gebildet werden, der zukünftige Dienstleistungsentgelte entlastet.

Der moderate Anstieg der Personalaufwendungen resultiert vor allem aus der Tatsache, dass die Quantum im Jahre 2013 keine Personalfluktuation zu verzeichnen hatte. Die im Organisationsplan vorgesehene Personal-Sollstärke wurde in 2013 erreicht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Berichtsjahr um 144 T€ gesunken. Zu den Posten mit Kostensteigerung gehört die Bildung einer Einzelwertberichtigung in Höhe von 194 T€, sowie Mehraufwendungen für das Quantum- Portal in Höhe von 32 T€. Durch Rückstellungen erhöhten sich die Rechtskosten um 46 T€. Durch den

Wegfall von Fremddienstleistungen und Personalgestellung wurden 253 T€ eingespart. Die in 2012 gebildete Rückstellung für Besicherung in Höhe von 180 T€ entfiel in 2013 und erklärt damit 180 T€ Ergebnisverbesserung.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken um 748 T€. Im Jahre 2012 konnten durch eine verringerte Inanspruchnahme von Rückstellungen und Einzelwertberichtigungen 1.268 T€ erzielt werden. Dem gegenüber standen in 2013 Erträge von 547 T€, was die Differenz im Wesentlichen erklärt.

	2013	2012	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
+ Umsatzerlöse	577.370	516.327	61.043	11,8
- Materialaufwand	572.160	511.494	60.666	11,9
Rohertrag	**5.210**	**4.833**	**377**	**7,8**
- Personalaufwand	2.403	2.253	150	6,6
- Abschreibungen	250	243	7	2,9
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.975	2.119	- 144	- 6,8
+ Sonstige betriebliche Erträge	558	1.306	- 748	- 6,8
Betriebsergebnis	**1.140**	**1.524**	**- 384**	**- 25,2**
+ Zinserträge	25	87	- 62	- 71,7
- Zinsaufwendungen	158	178	- 20	- 11,2
Finanzergebnis	**- 133**	**- 91**	**- 42**	**46,2**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.007**	**1.433**	**- 426**	**- 29,7**
- Ertragsteuern	242	388	- 146	- 37,6
Jahresüberschuss	**765**	**1.045**	**- 280**	**- 26,8**

II.4 Finanz- und Vermögenslage

	Kapitalflussrechnung	2013	2012
		T€	T€
	Jahresüberschuss	765	1.045
±	Abschreibungen/Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	+ 250	+ 243
±	Abnahme / Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+11.429	- 6.431
±	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+ 9.056	+ 9.870
=	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**	21.500	4.727
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 35	- 19
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 66	- 151
=	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit**	- 101	- 170
-	Auszahlungen aus Eigenkapitalabgang	- 69	+ 51
=	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit**	- 69	51
=	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	21.330	4.608
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	5.450	842
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	26.780	5.450

Insbesondere durch den starken Abbau der Forderungen aus Energielieferungen bei gleichzeitigem Aufbau der Verbindlichkeiten aus Energielieferungen wurde ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit erzielt. Dies führte zu einem entsprechenden Anstieg des Finanzmittelfonds. Die Eigenkapitalquote konnte trotz weiterem Anstieg der Bilanzsumme auf über 10 % stabilisiert werden.

Kapitalstruktur

	2013	2012	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Summe Eigenkapital	4.512	3.816	696	18,2
Summe Fremdkapital	39.636	30.580	9.056	29,6
Bilanzsumme	**44.148**	**34.396**	**9.752**	**28,4**

	%	%
Eigenkapitalquote	10,2	11,1
Fremdkapitalquote	89,8	88,9

Das Anlagevermögen der Quantum ist in voller Höhe durch das Eigenkapital gedeckt.

II.5 Liquidität

Die Quantum verfügte im Geschäftsjahr 2013 stets über ausreichende Liquidität. Der eingerichtete Dispositionskredit wurde nicht in Anspruch genommen.

II.6 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Quantum hat sich weiter verbessert. Bei entsprechendem Beschluss durch die Gesellschafter werden die Rücklagen mindestens die Höhe von 3,5 Mio. € erreichen. Diese Höhe an Rücklagen wird als ausreichend für künftige Risiken angesehen.

II.7 Organisation

Im Jahre 2013 waren alle Bereiche planmäßig mit qualifizierten Mitarbeitern besetzt. Für den wichtigen Bereich der erneuerbaren Energien sind nun zwei Vollzeitkräfte tätig.

III. Nachtragsbericht

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

IV. Risikobericht, Prognose- und Chancenbericht

IV.1 Risikobericht

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Partnern einen transparenten, effizienten, Synergie nutzenden Zugang zu den Beschaffungsmärkten
des Energie-Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Satzungsgemäß können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50 % in kommunalem Eigentum stehen.

Die gute Bonität der Gesellschafter erleichtert das Management der Kreditrisiken aus Energiebeschaffung und Energiepreissicherung, denn durch die anhaltende Abwärtsentwicklung der Preise begehren die Lieferanten zunehmend Sicherheiten für ihr Wiederabsatz- und Zahlungsausfallrisiko.

Das Besicherungskonzept zur Verstärkung der Eigenbonität von Quantum wurde umgesetzt und weiter ausgebaut. Der angestrebte Umfang der ratingrelevanten Eigenkapitalausstattung wurde durch kontinuierliche Thesaurierung über die zurückliegenden Jahre verstärkt. Bei Bedarf stehen ein oder mehrere Gesellschafter
als Sicherheitengeber zur Verfügung.

Das wesentliche Merkmal des Geschäftsmodells besteht darin, dass keine Marktpreisrisiken von der Quantum getragen werden. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum die ihren Gesellschaftern und Partnern angebotenen Produkte weiter. Als Konsequenz hält die Quantum GmbH keine Positionen am Markt auf eigenes Risiko und gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Partner weiter. Diese erhalten damit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge. Die Betriebskosten der Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte finanziert, deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.

Rechtliche Risiken begrenzt Quantum durch standardisierte Rahmenvertragswerke mit den Marktpartnern, die weitestgehend kongruent bzw. spiegelbildlich gegenüber den Premium-Kunden ausgestaltet sind. Im operativen Vertragsmanagement standen die Abschlüsse neuer Standardbeschaffungsverträge (EFET oder individuelle Rahmenverträge) an. Mehrere bedeutende Lieferanten-Verträge konnten erfolgreich einer Revision unterzogen werden. Im Kontext der Besicherung von größeren Energiemengen gaben die Premium-Kunden eine Abnahmeverpflichtung gegenüber den Lieferanten ab. Weitere Revisionen betrafen insbesondere die Verträge mit IT-Dienstleistern.

Besonderes Augenmerk wird weiterhin auf die Sicherstellung der Liquidität gerichtet, die durch konsequente und zeitnahe Überwachung der Zahlungsziele sowie ein effektives Mahnwesen erreicht wird.

Im Risikohandbuch der Quantum sind die Grundsätze für die risikobewusste Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs beschrieben. Die Umsetzung überwacht das Risikokomitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem für Risikomanagement zuständigen Geschäftsleiter der Quantum besteht. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum erfolgen in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.
Für die Quantum GmbH wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung insbesondere von Beschaffungsvorgängen sind die wesentlichen Prozesse mit Kontrollschritten dokumentiert und werden ständig weiterentwickelt. Die eingesetzten IT-Systeme werden ebenfalls ständig weiter entwickelt und entsprechend den Markt- und Regulierungsanforderungen auf dem neuesten Stand gehalten. Im

Berichtsjahr erarbeitete Quantum intensiv eine Versicherungslösung für Vermögensschäden infolge einer Pflichtverletzung der eigenen Mitarbeiter. Dieser Versicherungsschutz
wird ab dem kommenden Jahr zur Verfügung stehen.

Ausblick rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen

Der europäische Gesetzgeber beabsichtigt unvermindert seit der Finanzmarktkrise 2008 mehr Kontrolle und Einblick in die Märkte zu gewinnen und regulatorische Schlupflöcher zu schließen. Davon ist auch der Energiemarkt, insbesondere der Großhandel mit elektrischer Energie, Erdgas und Treibhaus-Emissionsrechten betroffen.

Europaweit einheitliche Regelungen entfalten direkt ihre Gesetzeskraft durch den Erlass von Verordnungen, z.B. der REMIT. Diese Verordnungen führen erst durch für Mitte 2014 erwartete nationale Durchführungsrechtsakte zu konkreten Berichtspflichten zur operativen Umsetzung der geforderten Transparenz. Unter dieser Voraussetzung könnte das REMIT-Reporting noch im Jahr 2014 starten.

Für Quantum erwachsen aus den Transparenzanforderungen dezidierte Reporting- Anforderungen u.a. über abgeschlossene außerbörsliche OTC-Kontrakte. Besondere Anstrengungen wird die Gesellschaft auf die Darstellung der Risikoabsicherung aller abgeschlossenen Geschäfte (sog. Hedge) richten, da keine rein spekulative Position gehalten wird. Wir erwarten eine intensive Ressourcenbindung bei Aufbau und Betrieb eines Berichtswesens, welches die gestellten regulatorischen Anforderungen ordnungsgemäß erfüllt.

Die Vorgaben der EMIR zum Handel über einen zentralen Kontrahenten verbunden mit einem obligatorischen Clearing können einschneidende Änderungen im Marktdesign auslösen. In einer Form, in der sich Quantum als formal nicht betroffener Markteilnehmer aus wirtschaftlichen Gründen, z.B. hohen Kapitalanforderungen für bilaterale OTC-Kontrakte, den neuen Clearingmechanismen stellen muss.

Ein Indikator für diese Entwicklung sind die Umsatzanteile des derzeit dominierenden
außerbörslichen Großhandels im Vergleich zu den politisch erwünschten Handelsplätzen, wie z.B. Börsen und Clearinghäuser. Ferner werden sich im kommenden Jahr die Festlegungen zur Lizenzpflicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für die von Quantum erbrachten Dienstleistungen konkretisieren. Quantum verfolgt die laufende Ausgestaltung des Regulierungsrahmens aktiv über Verbände und Interessengruppen. Dazu überprüft und bewertet sie die neuen Vorschriften hinsichtlich der Relevanz und mögliche Auswirkungen auf die eigene unternehmerische Tätigkeit. Dies ermöglicht eine frühzeitige Ausrichtung auf die kommenden Anforderungen.

IV.2 Prognosebericht / Chancenbericht

VIM

Für 2014 stehen auf der Einführungsliste „Vertriebs-Informations-Managementsystems (VIM)“ zwei weitere Quantum-Gesellschafter. Ferner wird das Berichtswesen der Quantum aus dem Online-Portal entsprechend ausgebaut. Die Nutzer werden somit in die Lage versetzt, die Ist-Vertriebsposition gegen die Beschaffungsposition zu stellen und notwendige Marktaktivitäten einzuleiten.

Strukturierte Beschaffung Strom

Quantum überarbeitet und erweitert ihre Strombeschaffungsstrategien. Damit werden weitere Gesellschafteranforderungen abgebildet und Marktgegebenheiten berücksichtigt. Diese Strategien sind zentrale Bausteine, um die Vorteile der strukturierten Beschaffung großen und kleinen Portfolien umfänglich zu ermöglichen.

Mitgliederportal

Der weitere Ausbau des Quantum-Mitglieder-Portals umfasst in 2014 außerdem die Einbindung eines Gas- und Strom-Kalkulations-Tools. Den Gesellschaftern und Kunden wird so ein zweckorientiertes Modell zur Energiepreisberechnung in den Endkundensegmenten zur Verfügung gestellt.

MaBiS 2.0

Für das Jahr 2014 sind auch wieder Prozessanpassungen im Bereich der Marktkommunikation umzusetzen. Im Einzelnen betrifft das die Anforderungen der Marktbilanzierung Strom 2.0. Um diese zu erfüllen, bedarf es der weiteren Anpassung der bestehenden Systeme für die neuen Anforderungen.

Gesellschafterangelegenheiten

Im kommenden Jahr wird die Quantum ihre Akquise-Aktivitäten nochmals intensivieren, um neue Gesellschafter für die Quantum zu gewinnen. Neben kommunikations-politischen Maßnahmen wird auch im Rahmen der Produktentwicklung an Ansätzen gearbeitet, um die Quantum gerade auch für Stadtwerke kleinerer und mittlerer Größe attraktiver zu machen.

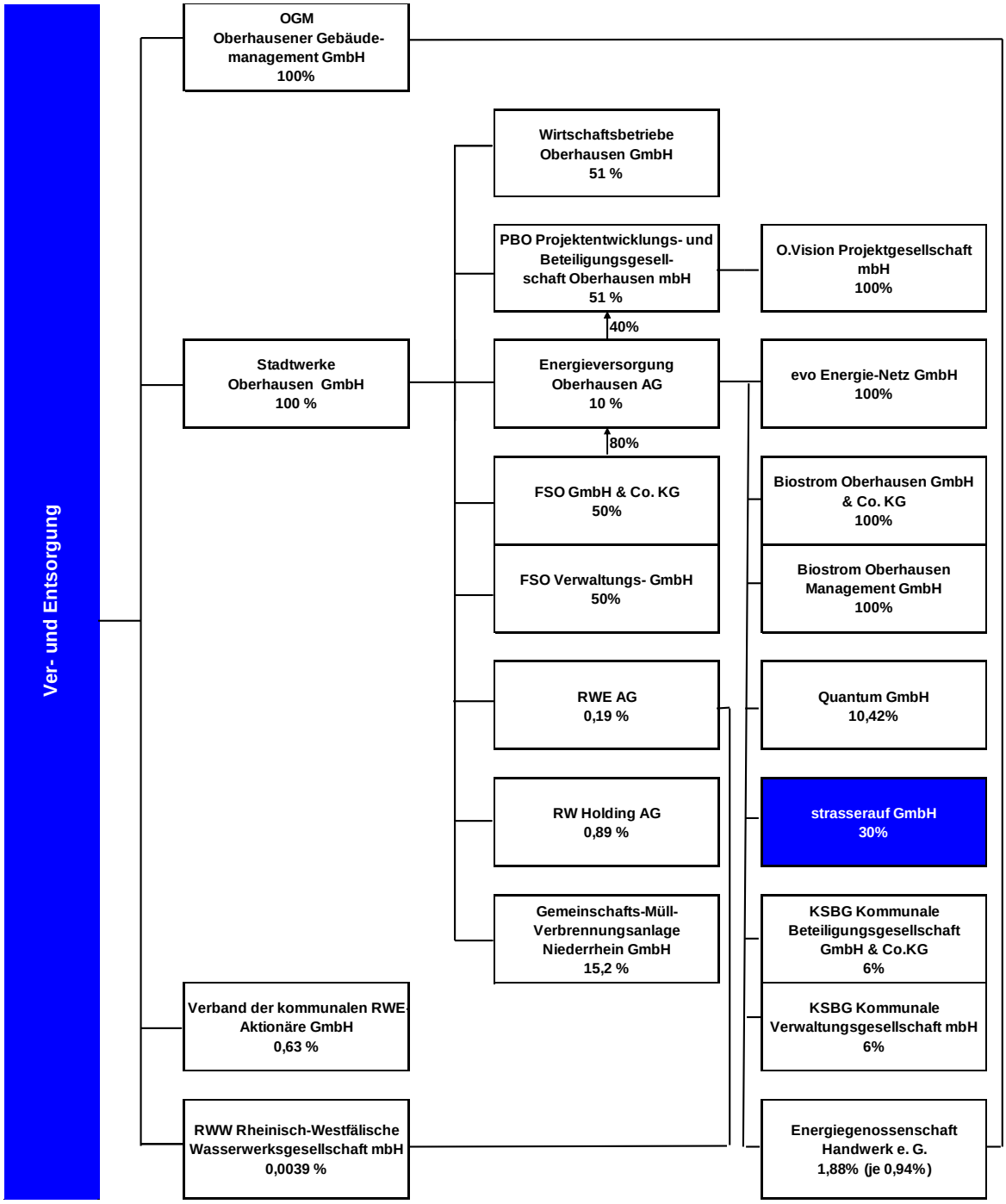
Organisation

Die Quantum hat zu Beginn des Geschäftsjahres 2014 einen Personalbestand von 27 Mitarbeitern. Ein weiterer vorsichtiger Ausbau der Personalkapazitäten ist abhängig von der Gewinnung weiterer Gesellschafter, sowie der Inanspruchnahme weiterer Dienstleistungen durch die Gesellschafter.

Düsseldorf, den 18. März 2014

Quantum GmbH
Die Geschäftsführung

Dirk Hardt


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

strasserauf GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ronsdorfer Straße 74
40233 Düsseldorf

Kontakt:

Telefon	0800-78727737283
Fax	0211-73288872
e-Mail	info@strasserauf.de
Internet	www.strasserauf.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	7,50	30,00
Energie Nordeifel GmbH & Co.KG	2,50	10,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	7,50	30,00
Stadtwerke Duisburg AG	7,50	30,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Vertrieb und der Handel mit Energie vorrangig in den Vertriebsgebieten der Gesellschafter sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Energieversorgung im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen. Die Produkte und Dienstleistungen sollen das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Mucke, Arnd
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	728,69	15,9	482,41	13,8	197,98	8,9	-284,43	-58,96
Rechnungsabgrenzungsposten	0,70	0,0					0,00	
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.867,38	84,1	3.015,70	86,2	2.036,39	91,1	-979,31	-32,47
Bilanzsumme	**4.596,76**	**100,00**	**3.498,11**	**100,00**	**2.234,37**	**100,00**	**-1.263,74**	**-36,13**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	128,52	2,8	140,54	4,0	61,23	2,7	-79,31	-56,43
Verbindlichkeiten	4.468,25	97,2	3.357,57	96,0	2.173,14	97,3	-1.184,43	-35,28
Bilanzsumme	**4.596,76**	**100,00**	**3.498,11**	**100,00**	**2.234,37**	**100,00**	**-1.263,74**	**-36,13**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	640,86	371,62	-1,72
sonstige betriebliche Erträge	56,47	99,02	26,68
Materialaufwand	1.046,60	532,74	22,98
Personalaufwand	596,11		
Abschreibungen	67,21		
sonstige betriebliche Aufwendungen	587,17	70,09	27,03
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,11	2,15	0,62
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	105,80	0,00	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.702,46	-130,04	-24,42
außerordentliche Erträge	50,00	1.000,00	1.003,74
außerordentliche Aufwendungen	81,19	18,29	0,00
außerordentliches Ergebnis	-31,19	981,71	1.003,74
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.733,66	851,67	979,32
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.733,66	851,67	979,32

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-270,52	229,18	-56.811,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-1.666,45	851,67	979,32	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	87,17			T€
Personalaufwandsquote:	85,49			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft und damit nach dem HGB nicht zur Aufstellung eines Lageberichts verpflichtet. Ein Lagebericht ist jedoch nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags in entsprechender Anwendung der Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufzustellen.

Der Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

Nach der Gründung der strasserauf GmbH (strasserauf) im September 2009 startete am 22. Oktober 2009 der Online-Stromvertrieb von strasserauf an private Endkunden. strasserauf liefert ausschließlich Ökostrom aus vom TÜV-Süd zertifizierter Schweizer Wasserkraft. Neben hoher Transparenz und einer fairen Preisgestaltung sollte durch innovative Produktmerkmale das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzt werden. Im stark umkämpften wettbewerblichen Strommarkt sollte strasserauf zudem als Erfahrungsfeld fungieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschafter sichern.

Entsprechend dem Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 3. Mai 2011 wurde der Geschäftsbetrieb von strasserauf unter Einsatz von eigenem Personal zum 31. Dezember 2011 eingestellt.

Vorrangiges Ziel des Geschäftsjahres 2013 war die ordnungsgemäße Abwicklung der Einstellung des operativen Geschäfts und die Verwaltung der Unternehmenshülle.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Seit dem Jahr 2010 wird der Jahresabschluss in Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt.

Das Geschäftsjahr 2013 wurde maßgeblich durch die Folgen der Abwicklung und Einstellung des operativen Betriebes zum 31. Oktober 2012 beeinflusst. Die Gesellschafter der strasserauf GmbH haben im Jahr 2013 einen Darlehensverzicht von 1 Mio. € ausgesprochen, was zu einem positivem Jahresergebnis führt. Dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 2.036 TEUR stehen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 2.173 TEUR gegenüber, die im Rang hinter sämtlichen Verbindlichkeiten zurückstehen. Aufgrund der Sondereinflüsse sind die Vorjahreszahlen nicht mit denen des laufenden Geschäftsjahres vergleichbar.

	2013 Ist	2012 Ist	Abweichung
Umsatz in TEUR	**-2**	372	-374
Jahresergebnis in TEUR	**979**	852	127

Im Berichtszeitraum wurden keine Investitionen vorgenommen. Die Liquidität der Gesellschaft war durch die Bereitstellung eines Gesellschafterdarlehens zu jedem Zeitpunkt gesichert. Hauptziel des Finanzmanagements des Unternehmens ist auch weiterhin die Sicherstellung der Unternehmensliquidität. Diese ist durch vertraglich zugesagte und abgerufene Gesellschafterdarlehen, sowie weitere geplante Kosteneinsparungen bis 2015 gesichert.

Finanzielle Leistungsindikatoren	2013 TEUR	2012 TEUR
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	399	425
Cash Flow		
-aus laufender Geschäftstätigkeit	-211	-26
-aus der Investitionstätigkeit		0
-aus der Finanzierungstätigkeit		0
	188	399

Aufgrund der Unternehmensgröße ist ein formales Risikomanagementsystem nicht implementiert. Die Geschäftsführung wurde in 2013 kontinuierlich über vorliegende Erkenntnisse in allen Bereichen durch regelmäßige stattfindende Sitzungen informiert. Falls notwendig wurden risikobegrenzende Maßnahmen in diesen Sitzungen besprochen, festgelegt und die Risiken in ihrer Entwicklung verfolgt. Auf diese Weise wurde die Risikoerfassung eng mit dem bestehenden Controlling-Prozess verbunden.

Ausblick

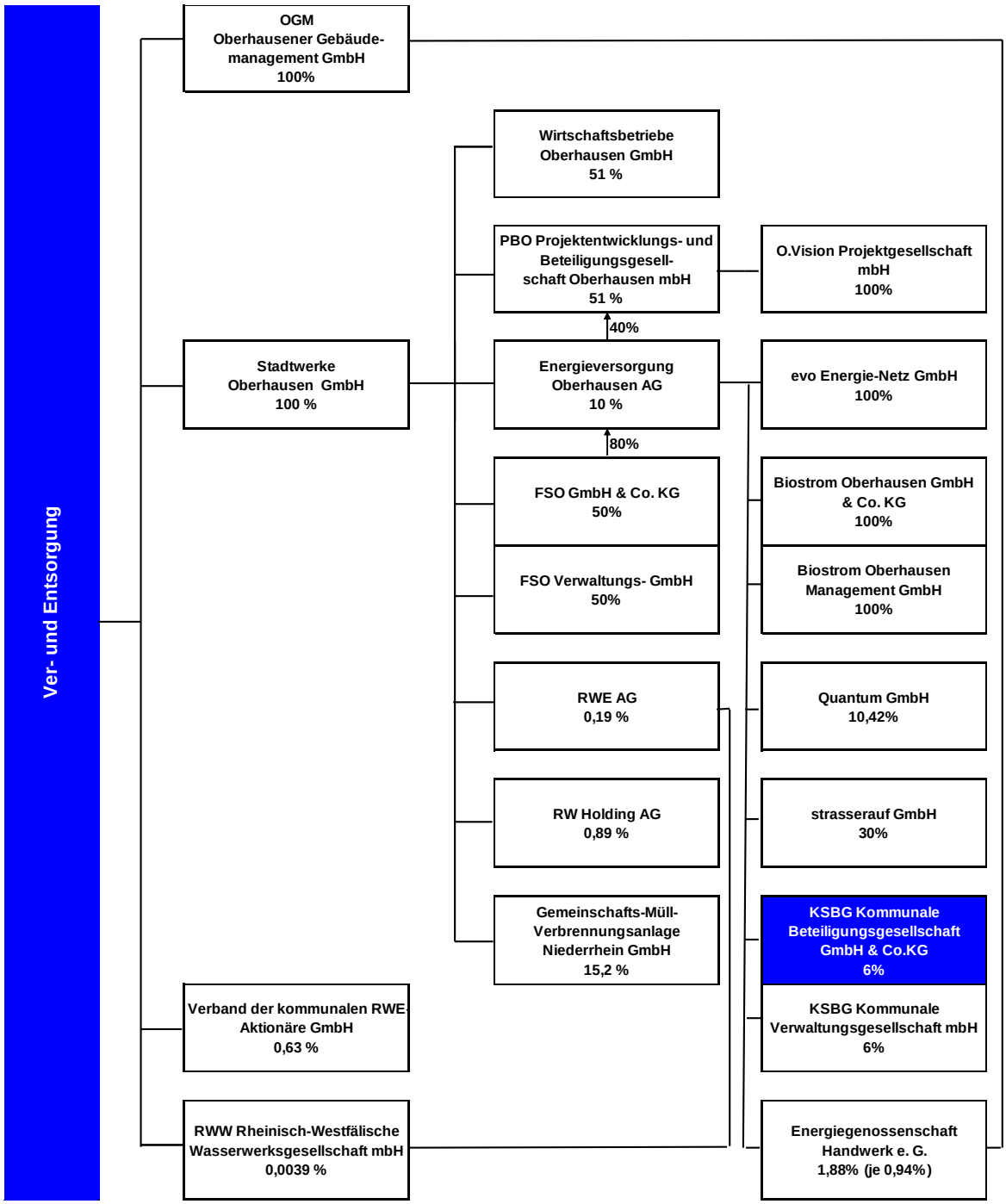
Die Gesellschaft soll nicht liquidiert werden und die Unternehmenshülle soll bestehen bleiben. Die aktive Geschäftstätigkeit mit eigenem Personal wurde zum 31. Dezember 2011 eingestellt. Die operative Führung des ab dem 1. Januar 2012 weiter notwendigen Geschäftsbetriebs der strasserauf zur Überleitung der Kunden auf die evo AG hat die evo AG mit Wirkung zum 1. Januar 2012 übernommen. Zum 01. November 2012 wurden die Kunden auf die evo AG übergeleitet. Die ordnungsgemäße Einstellung des operativen Geschäfts schließt auch die finanziellen Verpflichtungen der Gesellschafter über den 31. Dezember 2013 hinaus ein. Auf die Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens soll durch entsprechende Erklärungen der Gesellschafter gestaffelt bis zum Jahr 2016 verzichtet werden. Im Jahr 2013 wurde von den Gesellschaftern ein Darlehensverzicht von insgesamt 1 Mio. € unterzeichnet. Ab 2014 wird nach derzeitigen Erkenntnissen ein Jahresfehlbetrag ohne außerordentliche Erträge im mittleren fünfstelligen Bereich erwartet. Die Liquidität der Gesellschaft ist für 2014 und 2015 aus den vorhandenen liquiden Mitteln gesichert, da das operative Geschäft in 2012 auf die evo AG übergegangen ist und die Gesellschafter auf die Verzinsung Ihres Gesellschafterdarlehens verzichten. Eine entsprechende Zinsverzichtsvereinbarung wurde im Jahr 2012 verabschiedet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Düsseldorf, den 23. Mai 2014

strasserauf GmbH

Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	0,18	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	0,18	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	0,06	6,00
Stadtwerke Bochum GmbH	0,18	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	0,06	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	0,19	19,00
Stadtwerke Essen AG	0,15	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Evonik Steag GmbH als Unternehmen der Energieversorgung, die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern und der Evonik Steag GmbH, sowie die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
STEAG GmbH	65.280,00	51,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	637.576,34	77,5	590.375,76	75,7	549.962,11	72,0	-40.413,65	-6,85
Umlaufvermögen	180.587,18	21,9	185.829,82	23,8	212.221,83	27,8	26.392,01	14,20
Rechnungsabgrenzungsposten	4.595,72	0,6	3.450,96	0,4	1.860,86	0,2	-1.590,10	-46,08
Bilanzsumme	**822.759,24**	**100,00**	**779.656,54**	**100,00**	**764.044,81**	**100,00**	**-15.611,73**	**-2,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	264.728,52	32,2	297.945,51	38,2	327.070,26	42,8	29.124,75	9,78
Rückstellungen	7.244,80	0,9	10.768,65	1,4	36.928,26	4,8	26.159,61	242,92
Verbindlichkeiten	550.785,93	66,9	470.942,37	60,4	400.046,29	52,4	-70.896,08	-15,05
Bilanzsumme	**822.759,24**	**100,00**	**779.656,54**	**100,00**	**764.044,81**	**100,00**	**-15.611,73**	**-2,00**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	740,48	1.607,80	1.643,68
sonstige betriebliche Erträge		63,08	252,99
Materialaufwand	504,07	1.234,15	1.164,83
Abschreibungen	55,49	87,35	88,41
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.183,85	2.835,71	2.860,11
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	109.300,00	110.021,48	96.016,99
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	447,63	1.651,88	1.781,73
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.667,29	23.313,58	15.988,02
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	90.077,41	85.873,45	79.594,00
außerordentliche Aufwendungen	82,05		
außerordentliches Ergebnis	-82,05		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.324,70	4.546,49	1.741,82
sonstige Steuern	18,13	0,29	0,92
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	11.863,26	23.726,52	23.726,52
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	71.789,27	57.600,15	54.124,75
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	71.789,27	57.600,15	54.124,75

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11.297,01	5.058,25	4.736,40	%
Eigenkapitalrentabilität:	43,36	33,84	28,52	%
Cash-Flow:	83.708,01	81.414,01	77.939,68	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,25	0,23	0,23	%
Eigenkapitalquote:	32,18	38,21	42,81	%
Fremdkapitalquote:	67,82	61,79	57,19	%

e) Lagebericht

Zusammengefasster Lagebericht zum 31. Dezember 2013

Bei diesem Lagebericht handelt es sich um einen zusammengefassten Lagebericht für den KSBG-Konzern und die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG. Auf die wirtschaftliche Entwicklung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG wird in einem gesonderten Abschnitt dieses Lageberichts eingegangen. Der Konzernabschluss wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Einzelabschluss nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Grundlagen des KSBG Konzerns

Geschäftstätigkeit und Struktur

Geschäft

Die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (im Folgenden KSBG KG oder Unternehmen) ist ein Konsortium aus sieben deutschen Stadtwerke-Gesellschaften der Rhein-Ruhr-Region. Gegenstand des Unternehmens ist neben der Beteiligung an der STEAG GmbH (im Folgenden STEAG GmbH), Essen, und der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Gesellschaftern und der STEAG GmbH insbesondere die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung. Dieser öffentliche Zweck wurde mit der Mehrheitsbeteiligung an der STEAG GmbH erreicht. Darüber hinaus betreibt die KSBG KG drei dezentrale Energieerzeugungsanlagen.

Mit Kaufvertrag vom 17./18. Dezember 2010 hat die KSBG KG insgesamt 51 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH von der Evonik Industries AG (im Folgenden Evonik), sowie der RBV Verwaltungs-GmbH (im Folgenden RBV), einem 100-prozentigen Tochterunternehmen der Evonik, erworben. Der Vollzug des Kaufvertrags (Closing) ist am 2. März 2011 erfolgt. Somit war die KSBG KG erstmals für das Geschäftsjahr 2011 gem. § 290 HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, in den neben der STEAG GmbH alle wesentlichen in- und ausländischen Tochterunternehmen einbezogen werden.

Die KSBG KG und Evonik haben eine Vereinbarung geschlossen, die darauf abzielt, dass die KSBG KG in dem Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2017 die verbleibenden 49 Prozent der Anteile übernehmen kann. Gleichzeitig hat RBV die vertraglich festgelegte Option, ihre Beteiligung an der STEAG GmbH im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 vollständig an die KSBG KG zu übertragen. KSBG prüft derzeit den optimalen Zeitpunkt für die Ausübung der Option.

Basierend auf den Regelungen des Kaufvertrags wurde im Optionsvertrag eine Kaufpreisregelung für die verbleibenden Anteile vereinbart. Die RBV erhält eine Garantiedividende, die im Zeitpunkt der Optionsausübung auf den Kaufpreis angerechnet wird.

Auf Basis dieser vertraglichen Regelungen sind die Anteile der RBV in Höhe von 49 Prozent nach IAS 27 bereits bei Abschluss des Kauf- und des Optionsvertrags der KSBG KG wirtschaftlich zuzurechnen. In der Bilanz des Konzernabschlusses werden in der Folge für die RBV keine Minderheitenanteile ausgewiesen. Es wird eine Kaufpreisverbindlichkeit für 49 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH bilanziert.

Da die KSBG KG im Wesentlichen Holdingfunktionen ausübt, wird die Tätigkeit des KSBG-Konzerns (im Folgenden kurz KSBG, Konzern oder KSBG-Konzern) durch die Tätigkeit der STEAG GmbH und ihrer Tochtergesellschaften (im

Folgenden kurz STEAG oder STEAG-Gruppe) bestimmt. Darüber hinaus nutzt die KSBG KG im Wesentlichen die bei der STEAG GmbH eingerichteten Prozesse und Systeme, um die Geschäftstätigkeit des Konzerns zu überwachen. Hierzu zählen beispielweise Risiko- und Finanzmanagement sowie weitere kaufmännische Prozesse.

KSBG ist in der Energiewirtschaft tätig. Als international tätige Unternehmensgruppe bietet KSBG seinen Kunden integrierte Lösungen im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung sowie technische Dienstleistungen an. Zu den Kernkompetenzen gehören Planung, Realisierung und Betrieb sowohl von Großkraftwerken als auch von dezentralen Anlagen sowie die kraftwerksbasierte Stromvermarktung. Grundlagen für die Strom- und Wärmeerzeugung sind fossile Brennstoffe und erneuerbare Energien.

Als einer der größten Stromerzeuger in Deutschland betreibt der Konzern an zehn Standorten Kraftwerke sowie über 200 dezentrale Anlagen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien bzw. dezentrale Anlagen für die Industrie und zur Wärmeversorgung. Im Dezember 2013 konnte mit dem Kraftwerk Walsum 10 eines der modernsten Steinkohlekraftwerke Europas in den kommerziellen Betrieb genommen werden. Auf der Grundlage langjähriger Erfahrung im Strom-, Kohle- und CO_2-Geschäft hat KSBG eine hohe Handelskompetenz aufgebaut und ein breites Produkt- und Dienstleistungsportfolio etabliert. KSBG ist einer der führenden Importeure und Vermarkter für Steinkohle in Deutschland. KSBG importiert Steinkohle aus den wichtigsten Produzentenländern für die Versorgung sowohl der KSBG-Kraftwerke als auch für Kunden im Kohlehandelsgeschäft. Im Ausland betreibt KSBG eigene Steinkohlekraftwerke in Kolumbien, in der Türkei und auf den Philippinen und arbeitet dort jeweils eng mit lokalen Partnern zusammen. Das Kraftwerk in der Türkei ist die größte Auslandsinvestition innerhalb des Konzerns und hat eine Leistung von 1.320 Megawatt (MW). Die installierte Leistung beträgt weltweit insgesamt etwa 10.200 MW, davon rund 8.500 MW in Deutschland.

KSBG hat eine große Expertise in der Modernisierung bestehender Anlagen und bietet Lösungen für eine maßgeschneiderte Energieversorgung an, die umweltfreundlich und zugleich wirtschaftlich ist. KSBG ist Vorreiter bei effizienten Technologien zur Steinkohleverstromung, die sich durch einen hohen Wirkungsgrad und Ressourcenschonung auszeichnen. KSBG ist Spezialist in der Optimierung der gesamten Wertschöpfungskette im Kraftwerksprozess. In der Verwertung von Reststoffen aus Steinkohlekraftwerken ist KSBG in Europa führend. In Deutschland besitzt der Konzern eine führende Position bei der Erzeugung von Strom und Wärme aus Grubengas und im Bereich der geothermischen Wärmegewinnung. Zudem ist KSBG einer der größten Fernwärmeversorger und Contractinganbieter sowie Betreiber von Biomasse-Heizkraftwerken in Deutschland. KSBG entwickelt international Projekte zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien ebenso wie Gas- und Kohlekraftwerke. Umfassende Leistungen und professionelle Engineering-Lösungen für alle Bereiche der Energieerzeugung gehören zum Kompetenzfeld von KSBG. Dafür sind die Ingenieure der Tochtergesellschaft STEAG Energy Services GmbH weltweit im Einsatz. In Indien, Brasilien, der Türkei, der Schweiz und den USA sind Tochtergesellschaften aktiv. STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd. ist mit über 1.000 Mitarbeitern die mitarbeiterstärkste ausländische Tochtergesellschaft des KSBG-Konzerns.

Integriertes Geschäftsmodell

Die KSBG KG mit Sitz in Essen ist das Mutterunternehmen des Konzerns. Sie hält heute 51 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH mit Sitz in Essen. Diese wiederum hält direkt und indirekt die Anteile an den zum Konzern gehörenden Tochterunternehmen. Die KSBG KG hat Leitlinien für die Gesellschaften der STEAG-Gruppe entwickelt. Hierauf basierend obliegt der STEAG GmbH als Stammhaus die strategische und operative Leitung der Geschäftsbereiche des Konzerns, bestehend aus dem Geschäftsbereich Kraftwirtschaft (Geschäftsfelder Kraftwerke, Fernwärme, Power Minerals, Energy Services, Technischer Service) sowie dem Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen. Die Stammhausorganisation entspricht dem integrierten Geschäftsmodell des Konzerns.

Im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft bildet das nationale und internationale Projektgeschäft die Grundlage für anspruchsvolle technische Lösungen beim Kraftwerksbetrieb. In Deutschland betreibt KSBG an acht Standorten Steinkohlekraftwerke und an zwei Standorten Raffineriekraftwerke. Zudem sind die drei Steinkohlekraftwerke in der Türkei, in Kolumbien und auf den Philippinen dem Geschäftsfeld Kraftwerke zugeordnet. Das Geschäftsfeld Fernwärme ergänzt die deutschen Erzeugungsaktivitäten durch die Vermarktung von Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. Das Geschäftsfeld Power Minerals sorgt für den wirtschaftlichen, sinnvollen Einsatz der in Steinkohlekraftwerken produzierten Reststoffe, im Wesentlichen in der Bauindustrie. Die Ingenieure im Geschäftsfeld Energy Services entwickeln seit Jahrzehnten Konzepte für konventionelle und erneuerbare Anlagen, planen und realisieren diese Anlagen und bieten umwelttechnische Dienstleistungen sowie IT-Lösungen für die Optimierung von Kraftwerken an. Das über Jahrzehnte gewachsene, vorhandene Know-how im Bereich Serviceleistungen mit den Schwerpunkten Instandhaltung von Kraftwerken sowie Dienstleistungen für elektrische Netze wird im Geschäftsfeld Technischer Service zusammengefasst.

Aktivitäten rund um die dezentrale Energieerzeugung (auf Basis erneuerbarer Energien und industrielle bzw. kommunale Versorgungslösungen) sind im Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen gebündelt.

Organisatorische Veränderungen

Um sich in einem schwierigen Branchenumfeld weiterhin erfolgreich zu behaupten, hat der Aufsichtsrat der STEAG GmbH Veränderungen bei der Zusammensetzung der Geschäftsführung der STEAG GmbH beschlossen. Zum einen wurde die Erweiterung um ein kaufmännisches Ressort und zum anderen die Zusammenlegung der Ressorts Technik und Markt entschieden. Hierdurch wird ein noch engeres Zusammenspiel von Erzeugung und Vermarktung ermöglicht.

Mit der Gründung der STEAG Technischer Service GmbH bündelt KSBG die in 75 Jahren gewachsene Kompetenz für Anlagen, die in der Kraftwirtschaft, bei Netzen und in der Industrie eingesetzt werden und wird damit zunehmend Instandhaltungsleistungen für Dritte anbieten. Die Aktivitäten wurden durch die in 2013 erfolgte Übernahme der im Marktsegment Kraftwerksservice tätigen Wollschläger Service GmbH weiter gestärkt.

Wesentliche Verträge

Mit einem am 9. Oktober 2013 zwischen der Trianel GmbH, der Fortum Service GmbH und STEAG GmbH abgeschlossenen Vertrag übernimmt der Konzern die Betriebsführung des Kohlekraftwerks Lünen der Trianel GmbH ab November 2013. Der Vertrag hat eine Laufzeit von zunächst acht Jahren und beinhaltet zudem eine Verlängerungsoption von weiteren fünf Jahren.

Zwischen RWE Generation S.E. und STEAG GmbH wurde eine Vereinbarung zur Vermarktung des im Gemeinschaftskraftwerk Bergkamen erzeugten Stroms getroffen. Bislang hatte die RWE Generation S.E. das Recht, den Strom vollständig zu vermarkten. Zukünftig wird KSBG entsprechend ihrer Beteiligung am Gemeinschaftskraftwerk Bergkamen in Höhe von 49 Prozent einen Teil der Stromvermarktung eigenständig übernehmen. Die Betriebsführung des Kraftwerks wird auch weiterhin durch den Konzern erfolgen.

Strategie

Strategische Weiterentwicklung

Die Strategie der KSBG besteht aus drei wesentlichen Zielsetzungen: Erstens will KSBG im In- und Ausland das Erzeugungspotential erweitern und sich stärker im Erzeugungsmix diversifizieren. Dafür wird langfristig ein Erneuerbarer Energien-Anteil von 25 Prozent angestrebt und die besondere Kompetenz in Bezug auf fossile Kraftwerksanlagen und zur Vermarktung der erzeugten Energien erweitert. Zweitens möchte KSBG die internationalen Aktivitäten weiter ausbauen und auch international führend mit Engineering-Dienstleistungen entlang der Energieerzeugung werden. Drittens will KSBG sich als führende kommunale Erzeugungs-, Handels- und Dienstleistungsplattform in Deutschland etablieren und das Geschäft mit Industriekunden vorantreiben.

Die KSBG KG will ihre Position im deutschen Energiemarkt stärken. Ziel ist es, den inländischen Kraftwerkspark unter den veränderten Rahmenbedingungen auch zukünftig wettbewerbsfähig aufzustellen und die Handelskompetenz zu verbreitern. Der Trend zur dezentralen Energieerzeugung bietet Chancen, das Geschäft mit Stadtwerken bzw. kommunalen Partnern mit ihrer starken lokalen Präsenz auszubauen. Das umfasst auch den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere in den Bereichen Wind, Bioenergie und Geothermie.

Der Konzern ist mit seinen in Deutschland bereits genehmigten eigenen Standorten flexibel aufgestellt und bereitet sich auch darauf vor, zum Beispiel in Kooperation mit anderen Unternehmen, in neue Kraftwerksprojekte auch im Bereich Gas zu investieren, wenn die Rahmenbedingungen wirtschaftlich vertretbares Handeln ermöglichen. Die angestrebte Vernetzung der Fernwärmeschienen im Ruhrgebiet kann hierbei gute Möglichkeiten eröffnen. Auch international will der Konzern wachsen. Ziel ist es, einerseits am weltweit wachsenden Markt für erneuerbare Energien teilzuhaben und andererseits von der weiterhin bestehenden großen Nachfrage nach hocheffizienten Kohlekraftwerken zu profitieren. Gerade in Ländern mit einer stark wachsenden Stromnachfrage, wie der Türkei oder Indien, wird die Kompetenz der Konzern-Gesellschaften rund um den Bau und Betrieb von fossilen Kraftwerken sehr geschätzt. Das internationale Netzwerk des Konzerns und zahlreiche Referenzen aus über 60 Ländern sowie das langjährige Ingenieur- und Betriebsführungs-Know-how bieten dem Konzern dabei eine sehr gute Ausgangsposition.

Zukunft der inländischen Kraftwirtschaft

Der schnelle Anstieg und die vorrangige Einspeisung von erneuerbaren Energien, die Vollauktionierung der CO_2-Zertifikate, die Abkehr von der Ölpreisbindung beim Gas und die schwache konjunkturelle Entwicklung in der EU setzen den Betrieb von Gas- und Kohlekraftwerken unter erheblichen Druck. Aus heutiger Sicht wird das geänderte Marktumfeld zu einem wirtschaftlich begründeten Rückgang der inländischen konventionellen Kraftwerkskapazitäten führen. KSBG stellt sich den Herausforderungen, die sich aus den Marktveränderungen ergeben. Im Asset-basierten Handel wird der Kraftwerksverbund als Ganzes unter Berücksichtigung der vom Markt vorgegebenen Rahmenbedingungen bewirtschaftet.

Bereits in 2011 hat der Konzern ein Programm zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit begonnen, welches zu einer Verbreiterung der Stromvermarktung und des Dienstleistungsangebots geführt hat sowie zur Optimierung der Kraftwerksbetriebe beiträgt. Zudem wurden Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten umgesetzt. Insgesamt konnte die Kosten- und Erlösposition der inländischen Kraftwerke bereits deutlich verbessert werden.

KSBG wird in Anbetracht der erwarteten Marktsituation weitere Optimierungen der Kraftwerksbetriebe und der Verwaltungsfunktionen vornehmen sowie Maßnahmen ergreifen, um auf Marktveränderungen flexibel reagieren zu können. Hierzu zählen sowohl die Erweiterung des Dienstleistungsspektrums als auch der aus heutiger Sicht erforderliche Auslaufbetrieb von Kraftwerken. Mit dem Aufbau der STEAG Technischer Service GmbH wird die Kompetenz in der Instandhaltung gebündelt und weiterhin für interne, aber verstärkt auch für externe Kunden angeboten. Der Auslaufbetrieb von Kraftwerken wird kontinuierlich an den Marktentwicklungen gespiegelt. Der jeweilige Betrieb der Kraftwerksblöcke soll, solange nachhaltig positive Cashflows erwirtschaftet werden können, fortgeführt werden. Bei Kraftwerksrevisionen und signifikanten Reparaturen wird überprüft werden, ob eine Amortisation der notwendigen Ausgaben erreichbar erscheint. KSBG behält sich bis zum letztmöglichen Zeitpunkt die Entscheidung über Stilllegungen vor.

Gleichzeitig sind flexible Kohle- und andere thermische Kraftwerke das erforderliche Rückgrat für den Umbau des deutschen Energiesystems. Zum Ausgleich der schwankenden Erzeugung aus erneuerbaren Energien und in Ermangelung ausreichender Speicher sind thermische Kraftwerke unverzichtbar.

Forschung und Entwicklung

Forschungsschwerpunkte

Der Schwerpunkt der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des Konzerns liegt in der Entwicklung von Techniken, die KSBG im Geschäft direkt einsetzen kann. Der Konzern betreibt keine Grundlagenforschung. Das Interesse liegt im Wesentlichen im Bereich der Optimierung des Betriebs von Kraftwerken. Große Bedeutung kommt der Flexibilisierung der vorhandenen Kraftwerke zu. Dazu gehören beispielsweise die Absenkung der Mindestlast, sowie Alternativen bei der Bereitstellung von Anfahrwärme. Die Flexibilisierung konventioneller Kraftwerke ist auch Gegenstand des Gemeinschaftsforschungsvorhabens „Partner-Dampfkraftwerk“, welches durch den Rhein-Ruhr Power e.V. initiiert wurde.

Speicher in jeglicher Form werden an Bedeutung gewinnen und wurden daher im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der KSBG weitergehenden Untersuchungen unterzogen. Im Jahr 2013 wurden wertvolle Erfahrungen mit Batteriesystemen und ihrem Einsatz auch für Primär- und Sekundärregelung gesammelt. Das zugehörige Gemeinschaftsvorhaben „Lessy“ an unserem Kraftwerksstandort Fenne läuft derzeit aus. Der Konzern plant jedoch zum einen ergänzende Versuche zu fahren, zum anderen weitere Erfahrungen mit kommerziell verfügbaren Batteriesystemen für diesen Einsatzzweck zu sammeln. Im Rahmen der Energiewende gewinnen derartige Systemdienstleistungen immer mehr an Bedeutung. Solche Kleinspeicher können einerseits im Kraftwerksumfeld aber andererseits auch dezentral platziert werden. Entsprechend des gewählten Standorts können unterschiedliche Synergien genutzt werden.

KSBG hat an seinen Standorten Herne und Lünen die Untersuchung von CO_2-Abscheidetechniken unterstützt. Für KSBG ist es das Ziel, Optionen zu entwickeln, CO_2 nicht einzulagern, sondern gegebenenfalls als Rohstoff z.B. in der Chemieindustrie oder als Speichermedium (Power to Gas) zu nutzen.

Flugasche in eine für die Zementindustrie optimal nutzbare Form zu bringen, schont den Deponieraum und reduziert die CO_2-Emissionen. Daher werden die Einsatzmöglichkeiten fortwährend weiterentwickelt. Dazu zählt beispielsweise auch Photoment®. Hierbei handelt es sich um katalytisch aktive Baustoffe, die großflächig aufgebracht, Schadstoffe durch direkten Kontakt mit diesen Oberflächen reduzieren können. Photoment® kann dazu beitragen die Luftqualität in belasteten Städten zu verbessern und Oberflächen länger sauber und farbecht zu halten.

Biomasse wird bei der Erzeugung disponibler erneuerbarer Energien auch in Zukunft eine große Rolle spielen. Im Rahmen der Forschung und Entwicklung wird untersucht, wie kleinere Hybridlösungen bzw. Torrefezierungsanlagen vorangetrieben werden können.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das globale Wirtschaftswachstum hat sich vor dem Hintergrund einer anziehenden Industriekonjunktur im Verlauf des Jahres 2013 wieder verstärkt. Allerdings expandierte die Weltwirtschaft nach der sehr geringen Dynamik im zweiten Halbjahr 2012 auch noch zu Beginn des Jahres 2013 nur schwach. Das globale Bruttoinlandsprodukt ist daher in 2013

mit 2,7 Prozent (2012: 3,2 Prozent) nochmals langsamer gestiegen als im Jahr zuvor. Die Auswirkungen der Schuldenkrise im Euro-Gebiet konnten eingedämmt und wichtige Reformen eingeleitet werden. Die drückende Verschuldung und die fortbestehenden Strukturprobleme stellen jedoch unverändert Risiken für die europäische und die globale Wirtschaft dar. Die angestoßenen Veränderungsprozesse im Euroraum werden Zeit in Anspruch nehmen und die Weltwirtschaft weiterhin beeinflussen. China bleibt wesentlicher Treiber der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die chinesische Wirtschaft ist 2013 um 7,6 Prozent gewachsen, nach 7,7 Prozent im Vorjahr. Insgesamt hat sich das Wachstum der Schwellenländer zwar verringert (2013: 4,8 Prozent vs. 2012: 5,4 Prozent), es liegt allerdings weiterhin deutlich über dem der Industriestaaten. Maßgeblich für die Abnahme des wirtschaftlichen Expansionstempos in den Schwellenländern ist neben den konjunkturellen Faktoren insbesondere eine erwartete Straffung der Geldpolitik der USA, die sich durch den Abfluss von Kapital, schlechteren Refinanzierungs-bedingungen und erheblichen Abwertungsdruck auf mehrere Währungen auswirkte.

In Deutschland hat die europäischen Staatsschuldenkrise die gesamtwirtschaftliche Produktion zu Beginn des Jahres belastet. Die deutsche Volkswirtschaft konnte jedoch insbesondere durch die Binnenwirtschaft im Verlauf des Jahres 2013 auf einen Expansionskurs zurückkehren. Der private Verbrauch und der Wohnungsbau profitierten von einem anhaltenden Beschäftigungswachstum und niedrigen Zinsen. Der erwartete konjunkturelle Aufschwung hat gleichwohl noch nicht eingesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg in 2013 voraussichtlich um 0,4 Prozent nach 0,7 Prozent im Vorjahr. Als Folge der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums stagnierte der deutsche Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen belief sich im Dezember auf 6,7 Prozent.

Energieverbrauch und -erzeugung[1]

Aufgrund der kühleren Witterung in der ersten Jahreshälfte stieg der Energieverbrauch 2013 in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um etwa 2,6 Prozent. Von der Konjunkturentwicklung gingen kaum verbrauchssteigernde Effekte aus. Der Verbrauch von erneuerbaren Energien erhöhte sich um knapp 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch verblieb damit bei etwa 12 Prozent. Der Verbrauch von Erdgas (plus 7 Prozent), Steinkohle (plus 4 Prozent) und Mineralöl (plus 2 Prozent) erhöhte sich insbesondere aufgrund des witterungsbedingten Anstiegs bei der Wärmeerzeugung. Mineralöl und Steinkohle profitierten zudem von niedrigen Weltmarktpreisen. Der Energieverbrauch von Kernenergie (minus 3 Prozent) und der Braunkohle (minus 1 Prozent) verringerte sich.

Der Stromverbrauch 2013 ist gegenüber 2012 um rund 1,8 Prozent gesunken, während die Stromerzeugung nahezu konstant blieb (2012: 630 TWh auf 2013:
629 TWh). Die Ursache für diese Entwicklung stellt ein gestiegener Exportüberschuss dar. Die erneuerbaren Energien leisten inzwischen einen Beitrag zu der Gesamterzeugung in Höhe von rund 147 TWh, was ca. 23 Prozent an der Stromerzeugung entspricht. Der Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung ist hingegen stark zurückgegangen (minus 14 Prozent). Gründe dafür sind der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die anhaltende Differenz zwischen Kohle- und Gaspreisen. Die Stromerzeugung aus Steinkohle stieg um 6,5 Prozent auf rund
124 TWh. Der Anteil an der Gesamterzeugung erhöhte sich leicht auf rund 20 Prozent. Den höchsten Anteil an der Stromerzeugung hatte wie schon 2012 die Braunkohle mit 25,8 Prozent. Sie verzeichnete ein Plus von rund 1 Prozent und stieg auf ca. 162 TWh. Die Stromerzeugung aus Kernenergie verringerte sich weiter und sank um fast 3 Prozent auf insgesamt 97 TWh, der Anteil lag damit nur noch bei 15 Prozent.

Energiepreisentwicklung

Die weltweit schwache Konjunktur, die unkonventionelle Gewinnung von Gas und Öl in den USA sowie die Unsicherheit über die Nachfrageentwicklung in China, den USA und den von der europäischen Schuldenkrise besonders betroffenen Staaten schlugen sich auf den internationalen Rohstoffmärkten preissenkend nieder. Gegenläufig wirkten die anhaltenden Spannungen im Nahen Osten, insbesondere in Syrien. Die Rohölpreise waren in 2013 von einem verhältnismäßig stabilen Verlauf geprägt. Den Höchststand erreichte das Barrel der Nordseesorte Brent mit 118,90 $/bbl Anfang Februar 2013, im April 2013 sank er auf 97,69 $/bbl. In einem solch engen Band wurde der Brent zuletzt 2006 gehandelt. Der durchschnittliche Brent-Preis für das Jahr 2013 lag bei 108,74 $/bbl und somit 2,97 $/bbl höher als 2012. Der im Vorjahr beobachtete Abwärtstrend der Steinkohlepreise hat sich in 2013 fortgesetzt. Der API #2, welcher der für Europa relevante Preisindex für Steinkohle ist, wies einen Jahresdurchschnitt von 81,68 $/t auf und erreichte im Juni mit einem Monatsdurchschnitt von 74,55 $/t den Jahrestiefstand. Tendenziell ist der weltweite Kohlemarkt überversorgt. Die unkonventionelle Gewinnung von Öl und Gas in den USA und das gebremste Wachstum in China dämpfen die Nachfrage. Auf der Angebotsseite wirken sich die in der Vergangenheit ausgebauten Kapazitäten aus, die trotz geringerer Margen nur zögerlich angepasst werden.

Im Jahr 2013 wurde das sogenannte Backloading, die zeitweise Zurückhaltung von 900 Mio. CO_2-Zertifikaten innerhalb der dritten Handelsperiode, vom Europa-Parlament und dem EU-Ministerrat verabschiedet. Trotzdem verblieb der Preis für CO_2-Zertifikate unter anderem aufgrund der schwachen konjunkturellen Entwicklung und dem raschen Ausbau der erneuerbaren Energien auf einem geringen Niveau. Der Jahresdurchschnittspreis 2013 lag bei 4,47 €/t. Die Umsetzung des Backloading wird für den Sommer 2014 erwartet.

Der Abwärtstrend der Strompreise aus dem Vorjahr setzte sich auch 2013 weiterhin fort. Der Base-Preis für das Jahr 2013 an der EEX lag bei 37,82 €/MWh und damit rund 12 Prozent niedriger als noch 2012 (42,80 €/MWh). Auch der Peak-Kontrakt verlor rund 9 Prozent an Wert (2013 Ø 48,74 €/MWh vs. 2012 Ø 53,70 €/MWh). Wie im Vorjahr lässt sich auch im Jahr 2013 der Rückgang der Strompreise mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien erklären. Auch die niedrigen Rohstoff- und CO_2-Preise trugen zu den sinkenden Strompreisen bei.

[1] Alle Daten zu Energieverbrauch und -erzeugung sind vorläufige Angaben der AG Energiebilanzen e. V. und des BDEW.

Ertragslage

Ergebnis 2013

Der Energieverbrauch in Deutschland ist gegenüber 2012 leicht gestiegen. Beeinflusst durch den innerjährigen Witterungsverlauf liegen die Umsatzerlöse 2013 um etwa 6 Prozent über dem für das aktuelle Geschäftsjahr prognostizierten Niveau. Das Ergebnis vor Steuern des Jahres 2013 konnte gegenüber 2012 deutlich gesteigert werden. Dies ist insbesondere auf einmalige Effekte im laufenden Jahr zurückzuführen. Hier sind unter anderem Erträge aus Schiedsverfahren zugunsten der Projektgesellschaft Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (43,3 Millionen €) zu nennen.

Gewinn- und Verlustrechnung KSBG-Konzern

in Millionen €	2013	2012*
Umsatzerlöse	2.890,5	2.721,8
Bestandsveränderung der Erzeugnisse	0,1	-6,8
Andere aktivierte Eigenleistungen	4,5	4,1
Sonstige betriebliche Erträge	257,9	181,4
Materialaufwand	-2.040,0	-1.904,1
Personalaufwand	-411,3	-387,2
Abschreibungen und Wertminderungen	-136,3	-132,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-426,1	-351,7
Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern	**139,3**	**125,3**
Zinserträge	64,2	50,0
Zinsaufwendungen	-110,0	-114,5
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	9,2	8,1
Sonstiges Finanzergebnis	2,7	8,0
Finanzergebnis	**-33,9**	**-48,4**
Ergebnis vor Ertragsteuern	**105,4**	**76,9**
Ertragsteuern	-37,3	-1,2
Ergebnis nach Steuern	**68,1**	**75,7**
davon entfallen auf		
Andere Gesellschafter	52,5	58,4
Anteilseigner der KSBG KG (Konzernergebnis)	15,6	17,3

*Vorjahr angepasst

Außenumsatz nach Geschäftsbereichen

in Millionen €	2013	2012	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	**2.644,9**	2.480,8	6,6
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	**245,6**	241,0	1,9
KSBG-Konzern	**2.890,5**	2.721,8	6,2

Die Umsatzerlöse stiegen insgesamt um 6,2 Prozent auf 2.890,5 Millionen € (Vorjahr: 2.721,8 Millionen €) im Wesentlichen aufgrund höherer Energieabsätze der inländischen Kraftwerke. Auch die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen, was insbesondere auf eine positive Entwicklung in den Bereichen Contracting und Grubengas zurückzuführen ist.

Die Abschreibungen und Wertminderungen von 136,3 Millionen € (Vorjahr: 132,2 Millionen €) betrafen mit 125,2 Millionen € (Vorjahr: 124,5 Millionen €) planmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 426,1 Millionen € (Vorjahr: 351,7 Millionen €) sind unter anderem Aufwendungen aus der Bewertung von Derivaten (146,3 Millionen €; Vorjahr: 82,4 Millionen €) sowie Kursverluste aus der Bewertung von Fremdwährungspositionen (17,6 Millionen €; Vorjahr: 14,9 Millionen €) enthalten. Diesen Aufwendungen stehen Erträge aus der Bewertung von Derivaten (159,2 Millionen €; Vorjahr: 91,7 Millionen €) sowie Kursgewinne aus der Bewertung von Fremdwährungspositionen (13,9 Millionen €; Vorjahr: 18,5 Millionen €) gegenüber.

Das Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 14,0 Millionen € auf 139,3 Millionen € erhöht. Das Zinsergebnis liegt mit minus 45,8 Millionen € oberhalb des Niveaus des Vorjahres von minus 64,5 Millionen €. Das Ergebnis vor Ertragsteuern erhöht sich von 76,9 Millionen € auf 105,4 Millionen €. Der Ertragsteueraufwand beträgt 37,3 Millionen € (Vorjahr: 1,2 Millionen €). Das Ergebnis nach Steuern liegt mit 68,1 Millionen € leicht unter dem Vorjahreswert von 75,7 Millionen €.

Der Konzernanteil am Ergebnis lag mit 15,6 Millionen € leicht unter dem Vorjahreswert (17,3 Millionen €).

Energieabsatz

Der gesamte Energieabsatz aus eigener und für Kunden betriebener Leistung im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft ist um 36,7 Prozent gegenüber 2012 auf 52.083 $GWh_ä$[2] (Vorjahr: 38.096 $GWh_ä$[2]) gestiegen. Der Wärmeabsatz aus dem Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen sank um 0,5 Prozent auf 2.117 GWh_{th} (Vorjahr: 2.127 GWh_{th}) und der Stromabsatz nahm um 6,3 Prozent auf 1.600 GWh_{el} (Vorjahr: 1.506 GWh_{el}) zu.

Die Volllastbenutzungsstunden betrugen im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft 6.478 h_{el} (Vorjahr: 4.739 h_{el}), im Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen 4.604 h_{el} (Vorjahr: 4.670 h_{el}).

Finanzlage

Finanzwirtschaftliches Risikomanagement

Das Finanzmanagement im Konzern wird für die Konzerngesellschaften im Wesentlichen von der STEAG GmbH vorgenommen. Die STEAG GmbH führt dies im Rahmen eines im Jahr 2011 mit der KSBG KG sowie der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH als Komplementärin der KSBG KG geschlossenen Dienstleistungsvertrags auch für diese Gesellschaften durch.

Die wesentlichen Ziele des Finanzmanagements sind die Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit und die Begrenzung von Refinanzierungsrisiken für den Konzern.

Die STEAG GmbH steuert grundsätzlich zentral die Mittelaufnahmen sowie die Bürgschaften und Garantien der Tochterunternehmen. Die STEAG GmbH verfügt über flexible Möglichkeiten zur Absicherung der Kapitalerfordernisse aus laufender Geschäftstätigkeit sowie aus Investitionen und Tilgungen von Finanzschulden.

Ein weiteres wesentliches Ziel des Finanzmanagements ist es, die Einhaltung der in Kreditverträgen der KSBG KG enthaltenen Kennzahlen sicherzustellen. Die KSBG KG hat zur Finanzierung eines Teils des Kaufpreises für die Anteile an der STEAG GmbH einen Kreditvertrag mit einem Bankenkonsortium geschlossen. Zu den wesentlichen Konditionen dieses Konsortialkreditvertrags gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzern- bzw. des Einzelabschlusses der KSBG KG zu ermitteln sind. Auf Basis des Konzernabschlusses sind Vorgaben zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung und adjustiertem EBITDA sowie zur Eigenkapitalquote einzuhalten. Um eine Ausschüttung an die Gesellschafter vornehmen zu können ist ein Bestand an Liquidität auf Basis des Einzelabschlusses der KSBG KG zum Stichtag vorzuhalten und nachzuweisen.

Finanzierungspolitik

Im Rahmen des Erwerbs von 51 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH wurde der KSBG KG ein Konsortialkredit von einem Bankenkonsortium aus ursprünglich fünf deutschen Banken zur Verfügung gestellt. Dieser Konsortialkredit beinhaltet mehrere Fazilitäten mit Laufzeiten von bis zu fünf Jahren.

Innerhalb des Konzerns stellt die STEAG GmbH für die Gesellschaften des Konzerns die Finanzmittel zur Verfügung und übernimmt von den Gesellschaften überschüssige Liquidität zu jeweils marktüblichen Bedingungen. In geringem Umfang nehmen Tochtergesellschaften des Konzerns auch selbst Fremdmittel im Bankenmarkt auf bzw. legen überschüssige Liquidität dort an. In diesen Fällen erfolgt die Mittelaufnahme unter Besicherung der STEAG GmbH. Die Projektgesellschaften haften grundsätzlich mit ihren Cashflows und ihren Vermögenswerten, ein Rückgriff auf die Muttergesellschaft STEAG GmbH ist nicht möglich (non-recourse). Die drei Kraftwerksgesellschaften im Ausland sind non-recourse projektfinanziert.

Das Cashpooling im Inland wird bei STEAG GmbH geführt. Um ein Minimum externer Kreditaufnahmen zu erzielen, werden Liquiditätsüberschüsse in einem Cashpool auf STEAG-Konzernebene genutzt. Dadurch wird der Finanzbedarf in anderen Konzerngesellschaften gedeckt.

Finanzierungsstruktur

Zum 31. Dezember 2013 standen den Finanzverbindlichkeiten von 2.005,0 Millionen € (Vorjahr: 2.079,5 Millionen €) flüssige Mittel in Höhe von 631,0 Millionen € (Vorjahr: 598,3 Millionen €) gegenüber.

Wesentlicher Bestandteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, insbesondere für die KSBG KG, das Kraftwerk Walsum 10 und die Kraftwerksgesellschaften im Ausland.

Wesentlicher Bestandteil der finanziellen Vermögenswerte sind die Forderungen aus Finanzierungsleasing in Höhe von 1.225,1 Millionen € (Vorjahr: 1.400,3 Millionen €). Hiervon entfallen 202,4 Millionen € (Vorjahr: 217,6 Millionen €) auf kurzfristige Forderungen.

Der Konzern verfügt über keine weiteren außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente, die einen wesentlichen Einfluss auf die derzeitige und zukünftige Finanz- und Ertragslage, die Liquidität oder sonstige Bilanzposten haben.

[2] Energieabsatz in $GWh_ä$ umfasst elektrische und thermische Energie, wobei die thermische in eine äquivalente elektrische Menge umgerechnet wurde.

Mit den Banken konnten Kreditvereinbarungen getroffen werden, die über die aktuellen Notwendigkeiten hinausgehen. Durch die positive Bonitätsbeurteilung der STEAG GmbH durch die Kreditinstitute wurden dem Konzern gute Konditionen eingeräumt.

Die KSBG hat den Erwerb von 51 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH teilweise fremdfinanziert. In diesem Zusammenhang hat sie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 200,0 Millionen €, dessen Laufzeit bis zum 17. Dezember 2015 verlängert wurde, sowie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 282,8 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 17. Dezember 2015 aufgenommen. Für den Konzern ist die Liquidität gesichert.

Investitionen

KSBG verfolgt mit zielgerichteten Investitionsprojekten den Erhalt guter Wettbewerbspositionen und die Expansion in Geschäfte und Märkte, in denen Potenziale für nachhaltiges, profitables Wachstum und angemessene Renditen gesehen werden. Jedes Projekt wird detaillierten strategischen und wirtschaftlichen Analysen unter Berücksichtigung von Sensitivitäten und Szenarien zur Abbildung wesentlicher Risiken unterzogen. Die Projekte müssen geschäftsspezifische und risikoadjustierte Mindestrenditeanforderungen erfüllen, die auch die Deckung konzernübergreifender Funktionskosten berücksichtigen.

Sach- und Finanzinvestitionen

in Millionen €	**2013**	**2012**	**Veränd.** in %
Kraftwirtschaft	**221,7**	160,9	37,8
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	**134,8**	92,6	45,6
Sonstige	**4,0**	6,1	-34,4
KSBG-Konzern	**360,5**	259,6	38,9

Die Investitionen betrugen insgesamt 360,5 Millionen € (Vorjahr: 259,6 Millionen €) und übertrafen damit die Abschreibungen von 125,2 Millionen € (Vorjahr: 124,5 Millionen €) deutlich. Die Sachinvestitionen wurden 2013 um 67,7 Prozent auf 321,6 Millionen € erhöht (Vorjahr: 191,7 Millionen €).

Mit 65,1 Prozent entfiel der größte Teil der Sachinvestitionen auf den Geschäftsbereich Kraftwirtschaft (209,4 Millionen €; Vorjahr: 142,8 Millionen €). Größtes Einzelprojekt war wie auch im Vorjahr die Errichtung des 790-MW-Steinkohlekraftwerks in Duisburg-Walsum. Weitere 33,7 Prozent der Sachinvestitionen entfallen auf den Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (108,2 Millionen €; Vorjahr: 47,6 Millionen €). Diese Investitionen betreffen vor allem Windparks in Rumänien, Deutschland und Polen. Regional lag der Schwerpunkt der Sachinvestitionen des KSBG-Konzerns mit einem Anteil von 75,6 Prozent in Deutschland (243,1 Millionen €; Vorjahr: 147,0 Millionen €).

Wesentliche Finanzinvestition stellt der Erwerb von 100 Prozent der Anteile an der Wollschläger Service GmbH dar.

Cashflow

Kapitalflussrechnung KSBG-Konzern (Kurzfassung)

in Millionen €	**2013**	**2012***
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	493,5	334,9
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-237,5	-233,1
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-213,8	-277,0
Einfluss von Wechselkurs- und sonstigen Wertänderungen auf die flüssigen Mittel	-9,5	-0,8
Flüssige Mittel zum 31. Dezember	631,0	598,3

* Vorjahr angepasst

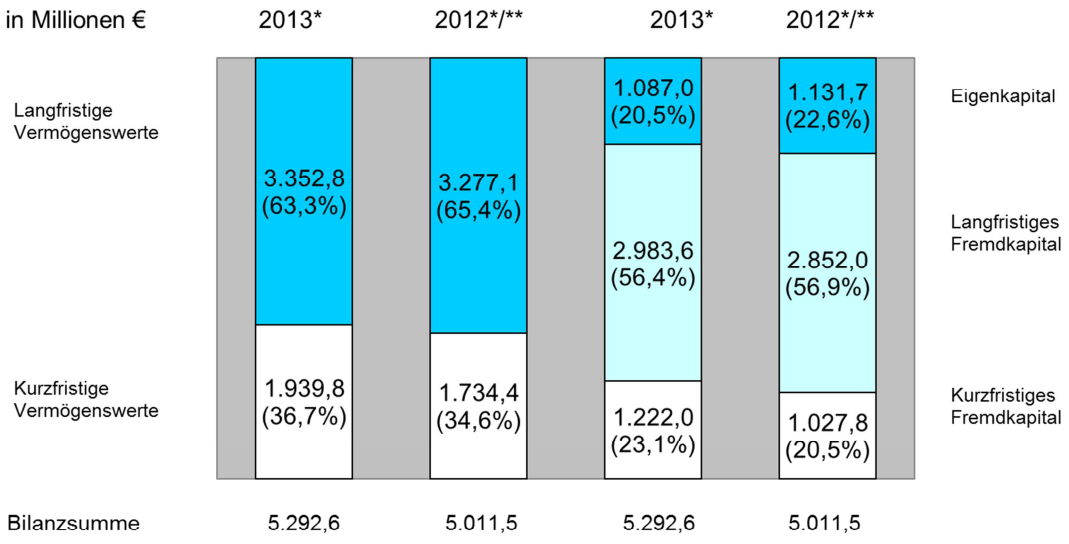
Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit lag mit 493,5 Millionen € über dem Vorjahreswert von 334,9 Millionen €. Dieser Anstieg ist unter anderem bedingt durch den Zufluss flüssiger Mittel aus der Ziehung einer Vertragserfüllungsbürgschaft im Zusammenhang mit dem Kraftwerksneubau Walsum 10. Die endgültige Klärung der zugrundeliegenden Ansprüche ist Gegenstand eines Schiedsverfahrens.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit lag mit minus 237,5 Millionen € unter dem Vorjahreswert von minus 233,1 Millionen €. Der höhere Mittelabfluss ist im Wesentlichen durch die gestiegenen Investitionen in das Sachanlagevermögen begründet. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit liegt mit minus 213,8 Millionen € über dem Vorjahreswert von minus 277,0 Millionen €, was im Wesentlichen auf höhere Aufnahmen von Finanzschulden im Rahmen von Refinanzierungen zurückzuführen ist.

Vermögenslage

Bilanzstruktur

KSBG-Konzern: Bilanzstruktur



*jeweils Stichtag 31. Dezember

**Vorjahr angepasst

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem 31. Dezember 2012 von 5.011,5 Millionen € um 281,1 Millionen € auf 5.292,6 Millionen €. Die langfristigen Vermögenswerte stiegen um 75,7 Millionen € auf 3.352,8 Millionen € (Vorjahr: 3.277,1 Millionen €). Dies ist im Wesentlichen auf Sachinvestitionen in Höhe von 321,6 Millionen € (Vorjahr: 191,7 Millionen €) zurückzuführen. Den Investitionen stehen planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien in Höhe von insgesamt 125,2 Millionen € (Vorjahr: 124,5 Millionen €) sowie Wertminderungen von 2,7 Millionen € (Vorjahr: 3,0 Millionen €) gegenüber. Die kurzfristigen Vermögenswerte lagen mit 1.939,8 Millionen € (Vorjahr: 1.734,4 Millionen €) um 205,4 Millionen € über dem Wert zum Geschäftsjahresende 2012. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen betrug 63,3 Prozent (Vorjahr: 65,4 Prozent). Die langfristigen Vermögenswerte sind zu 121,4 Prozent durch langfristiges Kapital gedeckt (Vorjahr: 121,6 Prozent). Die kurzfristigen Vermögenswerte übersteigen das kurzfristige Fremdkapital um 58,7 Prozent (Vorjahr: 68,7 Prozent).

Das Eigenkapital sank um 44,7 Millionen € auf 1.087,0 Millionen € (Vorjahr: 1.131,7 Millionen €). Die Eigenkapitalquote verringerte sich auch aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme von 22,6 Prozent auf 20,5 Prozent. Das langfristige Fremdkapital erhöhte sich um 131,6 Millionen € bzw. 4,6 Prozent auf 2.983,6 Millionen € (Vorjahr: 2.852,0 Millionen €). Dies resultiert aus einem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 76,8 Millionen € auf 984,9 Millionen € (Vorjahr: 908,1 Millionen €) und der Rückstellungen. Die Pensionsrückstellungen stiegen um 35,2 Millionen € auf 826,0 Millionen € (Vorjahr: 790,8 Millionen €). Dies beruht insbesondere auf dem Anstieg der erdienten Anwartschaften. Der Anstieg der sonstigen Rückstellungen um 28,1 Millionen € auf 252,0 Millionen € (Vorjahr: 223,9 Millionen €) resultiert im Wesentlichen aus einem Anstieg der Restrukturierungsrückstellungen. Das kurzfristige Fremdkapital ist um 194,2 Millionen € auf 1.222,0 Millionen € gestiegen (Vorjahr: 1.027,8 Millionen €). Dies ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der sonstigen kurzfristigen Rückstellungen um 266,9 Millionen € auf 432,9 Millionen € (Vorjahr: 166,0 Millionen €) zurückzuführen. Der Anstieg entfällt mit 129,6 Millionen € auf Vorsorgemaßnahmen bezüglich des laufenden Schiedsverfahrens gegen das Generalunternehmerkonsortium für das Neubauprojekt Walsum 10.

KSBG konnte trotz negativer Sondereffekte aus Restrukturierungsmaßnahmen ein gutes Ergebnis erzielen. Sowohl im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft als auch in den Erneuerbaren Energien konnten die Umsatzerlöse gesteigert werden. Durch gezielte Investitionen wird die zukünftige Ertragskraft des KSBG Konzerns gestärkt. Finanzierung und Liquidität des Konzerns stehen auch für das Geschäftsjahr 2014 auf einer stabilen Basis.

Wirtschaftliche Entwicklung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

in Millionen €	2013	2012
Umsatzerlöse	1,6	1,6
Sonstige betriebliche Erträge	0,3	0,1
Materialaufwand	-1,2	-1,2
Abschreibungen und Wertminderungen	-0,1	-0,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2,9	-2,8
Beteiligungsergebnis	96,0	110,0
Finanzergebnis	-14,2	-21,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**79,5**	**85,9**
Steuern	-1,7	-4,6
Abzuführende Garantiedividende	-23,7	-23,7
Jahresüberschuss	**54,1**	**57,6**

Mit dem Verkauf von Wärmelieferungen aus den Heizwerken erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 1,6 Millionen €. Diese Erlöse entfallen ausschließlich auf Kunden im Inland.

Der Betrieb der Heizwerke verursachte einen Materialeinsatz von 1,2 Millionen €, der im Wesentlichen auf den Heizöleinsatz zurückzuführen war. Die im normalen Umfang vorgenommenen Wartungsarbeiten beeinflussten den Materialaufwand nur geringfügig.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden im Wesentlichen Rechts- und Beratungskosten, Aufwendungen aus kaufmännischen- und technischen Dienstleistungsverträgen, sowie die von der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH im Rahmen der Geschäftsführung entstandenen und weiterbelasteten Geschäftsführungsaufwendungen, ausgewiesen.

Aus dem mit der STEAG GmbH geschlossenen Gewinnabführungsvertrag erzielte die Gesellschaft Beteiligungserträge inklusive Gewerbesteuerumlagen in Höhe von
96,0 Millionen €, die Gewerbesteuerumlagen belaufen sich auf 7,0 Millionen €.

Das im Berichtszeitraum negative Finanzergebnis in Höhe von 14,2 Millionen € wurde wesentlich durch die bestehenden Konsortialkredite bestimmt. Den angefallenen Zinsaufwendungen und Provisionen in Höhe von 16,0 Millionen € standen Zinserträge von 1,8 Millionen € gegenüber.

Die Steuern beinhalten für das Geschäftsjahr 2013 angefallene Gewerbesteuervoraus-zahlungen von 2,4 Millionen € und Gewerbesteuerrückstellungen in Höhe von 0,3 Millionen €, sowie Gewerbesteuererstattungen für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 in Höhe von 1,0 Millionen €.

Vermögenslage

Bilanzstruktur

Der Abschluss der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG weist zum 31. Dezember 2013 eine Bilanzsumme von 764,0 Millionen € aus, die sich gegenüber dem Vorjahr um 15,6 Millionen € verringerte.

Bilanz KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

Aktiva

in Millionen €	31.12.2013	31.12.2012
Sachanlagen	1,8	1,8
Finanzanlagen	548,2	588,6
Anlagevermögen	**550,0**	**590,4**
Vorräte	0,2	0,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	157,5	131,4
Flüssige Mittel	54,5	54,2
Umlaufvermögen	**212,2**	**185,7**
Rechnungsabgrenzungsposten	**1,8**	**3,5**
Summe Aktiva	**764,0**	**779,6**

Passiva

in Millionen €	31.12.2013	31.12.2012
Kapitalanteile	0,0	0,0
Rücklagen	272,9	240,3
Jahresüberschuss	54,1	57,6
Eigenkapital	**327,0**	**297,9**
Rückstellungen	**36,9**	**10,8**
Verbindlichkeiten	**400,1**	**470,9**
Summe Passiva	**764,0**	**779,6**

Die Veränderung im Anlagevermögen ist im Wesentlichen durch die in 2011 im Rahmen des 51 prozentigen Beteiligungserwerb der STEAG GmbH von Evonik vereinbarten Freistellungsvereinbarung geprägt. Darin sind Investitionskostenüber-schreitungen und entgangene Gewinne, die durch die verzögerte Inbetriebnahme des 790-MW-Steinkohlekraftwerks in Duisburg-Walsum entstehen, von Evonik zu tragen. Die Veränderung im Finanzanlagevermögen ist im Wesentlichen auf die damit verbundenen Zahlungen von Evonik zurückzuführen. Das Finanzanlagevermögen in Höhe von 548,2 Millionen € betrifft ausschließlich die 51 prozentige Beteiligung an der STEAG GmbH. Das Sachanlagevermögen bleibt auf dem Niveau des Vorjahres von 1,8 Millionen €.

Die Erhöhung des Umlaufvermögens ist im Wesentlichen auf den Anstieg der sonstigen Forderungen zurückzuführen. Die Forderungen aus der Freistellungsvereinbarung gegenüber Evonik erhöhten sich im laufenden Geschäftsjahr um 36,2 Millionen € auf 39,4 Millionen €. Die Forderung aus anrechenbaren Ertragsteuern gegen die Gesellschafter erhöhte sich auf 21,8 Millionen €. Während der Bestand an flüssigen Mittel mit 54,5 Millionen € auf Vorjahresniveau liegt, reduzierten sich die Forderungen aus dem am 28. Juni 2011 mit der STEAG GmbH geschlossene Ergebnisabführungsvertrag auf 96,0 Millionen €.

Der Rückgang des Rechnungsabgrenzungspostens ist auf die planmäßige lineare Auflösung der angefallenen Kreditnebenkosten zurückzuführen. Die Auflösung des Rechnungsabgrenzungspostens erfolgt linear über die Laufzeit der Kredite.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 29,1 Millionen €. Der Jahresüberschuss 2012 wurde gemäß Gesellschafterbeschluss mit 25,0 Millionen € den Darlehenskonten und mit 32,6 Millionen € den Rücklagekonten zugerechnet. Die Kommanditisten erhielten eine Zahlung in Höhe von 25,0 Millionen €. Der Jahresüberschuss 2013 mit 54,1 Millionen € verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,0 Prozent, während sich die Eigenkapitalquote um 4,6 Prozent auf 42,8 Prozent erhöhte.

Die ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 36,9 Millionen € berücksichtigen im Wesentlichen mögliche Kaufpreisrisiken, die im Zusammenhang mit dem
51 prozentigen Beteiligungserwerb der STEAG GmbH stehen, Drohverlustrückstellungen für Zinsderivate und Steuerrückstellungen für die Geschäftsjahre 2011, 2012 und 2013.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten um 70,8 Millionen € ist im Wesentlichen auf die Tilgungen des mit einem Bankenkonsortium am 17. Dezember 2010 geschlossenen und am 17. September 2012 geänderten Konsortialkreditvertrages zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2013 wurden 67,5 Millionen € getilgt. Zum Bilanzstichtag beträgt die Verbindlichkeit aus diesem Vertrag 350,5 Millionen €.

Ein weiterer Rückgang durch die Tilgungen der Gesellschafterdarlehen in Höhe von 7,8 Millionen € wurden durch den Anstieg der Verbindlichkeiten aus der Übertragung der anrechenbaren Ertragsteuern von der STEAG GmbH um 4,3

Millionen € auf 21,7 Millionen € teilweise kompensiert. Die Verbindlichkeit gegenüber RBV aus der zu zahlenden Garantiedividende von 23,7 Millionen € ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen

Zum Jahresende 2013 waren im KSBG-Konzern 6.034 Mitarbeiter beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 12 Prozent. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter lag weltweit bei 43 Jahren. Knapp 38 Prozent der Beschäftigten waren außerhalb Deutschlands tätig. Der Personalstand im Konzern ist gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. Hierfür waren folgende Veränderungen ursächlich: Der Personalstand erhöhte sich durch Zugänge für die Betriebsführung des Kohle-kraftwerks Lünen der Trianel GmbH und im Rahmen des Erwerbe der Wollschläger Service GmbH und der STEAG Powitec GmbH (+109 MA) sowie durch Ausweitung der Auslandsaktivitäten im Geschäftsfeld Energy Services (+81 MA). Demgegenüber wurde der Personalstand im Geschäftsfeld Kraftwerke reduziert (-164 MA).

Mitarbeiter nach Geschäftsbereichen	**31.12.2013**	**31.12.2012**
Kraftwirtschaft	4.928	4.884
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	772	783
Verwaltung	334	366
Konzern	**6.034**	**6.033**

Ausbildung

Die Ausbildung im Konzern bleibt beliebt. Das zeigt sich an den konstant hohen Bewerberzahlen. Im Dezember 2013 wurden insgesamt 310 Auszubildende in den unterschiedlichsten Berufen ausgebildet. Dies entspricht einer Quote von konzernweit 5,4 Prozent bzw**.** 8,4 Prozent bei der STEAG GmbH. Der Konzern legt seit vielen Jahren großen Wert auf eine qualitativ hochwertige und attraktive Berufsausbildung und leistet somit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Verantwortung und stellt letztlich auch die Förderung des innerbetrieblichen Nachwuchses sicher.

Personalentwicklung

Im November 2013 wurde das erste „Netzwerk Potenzialträger"-Entwicklungs-programm nach zwei Jahren abgeschlossen. Die STEAG Energy Services GmbH hat im Januar 2013 mit der ersten internationalen Emotion-Gruppe ein zusätzliches Entwicklungsprogramm mit Teilnehmern aus Brasilien, Deutschland, Indien, Südafrika und USA gestartet. Emotion steht für „Energy in Motion" und ist seit dem Jahr 2006 ein zentraler Bestandteil der Mitarbeiterentwicklung der SES. Mehr als 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Inland haben bereits gemeinsam an Projekten gearbeitet und ihre Netzwerke erweitert.

Auch für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des EDP („Energy-Development-Program") steht die Bildung von Netzwerken neben dem Auf- und Ausbau von Kompetenzen im Fokus. Drei weitere Gruppen mit insgesamt 43 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus verschiedenen Unternehmensbereichen des Konzerns starteten im Jahr 2013 mit dem konzerninternen Entwicklungsprogramm.

Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzmanagement

Mit den systematisch abgeleiteten Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen hat KSBG die Zahl der Unfälle weiter reduzieren können. Besonders hervorzuheben ist das Kraftwerk Mindanao auf den Philippinen, das seit sieben Jahren unfallfrei ist. Die Anzahl der Betriebsunfälle ist um 12 Prozent von 51 auf 45 Unfälle gesunken.

Die Einführung der zertifizierten Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsysteme gemäß den Anforderungen OHSAS 18001:2007 im Inland seit 2008 hat zu einer Verbesserung in allen Bereichen beigetragen. Mit den durch die Berufsgenossenschaft durchgeführten erfolgreichen Re-Zertifizierungen an mehreren Standorten und Gesellschaften wurde der hohe Stand des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bestätigt. Die Standorte im Ausland haben ebenfalls den gleichen, hohen und zum Teil zertifizierten Standard im Arbeits- und Umweltschutz und werden regelmäßig auditiert.

Im Rahmen der erstmalig durch die Behörden durchgeführten Inspektionen gemäß der Industrieemissions-Richtlinie (IED) im Umweltschutz wurden das Managementsystem und die Auflagenerfüllung überprüft. Es wurden keine Mängel in den überprüften Kraftwerken festgestellt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Leistungsfähige und motivierte Mitarbeiter sind die notwendige Voraussetzung für künftigen Unternehmenserfolg. Das betriebliche Gesundheitsmanagement des Konzerns ist ein strategischer Baustein eines betrieblichen Demografiemanagements.

Für die Weiterentwicklung des Systems liefern im Wesentlichen die Ergebnisse der Evaluation zum Thema Gesundheit die Grundlage. Mit der in diesem Jahr zum zweiten Mal durchgeführten Befragung liegen grundlegende Erkenntnisse zu dem Gesundheitszustand der Belegschaft des gesamten Unternehmens vor. Ziel ist es, bei der KSBG-spezifischen Demografiestrategie ein Gesundheitsmanagement unter Einbeziehung der Sozialversicherungsträger zu entwickeln.

Für das Konzept zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement erhielt der Konzern in 2013 eine Auszeichnung vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) als Unternehmen, dessen betriebliches Eingliederungsmanagement als Vorbild für andere Unternehmen dienen kann. KSBG setzt alles daran, Krankenstände zu reduzieren und Belastungen durch Langzeiterkrankungen oder wiederkehrende Krankheiten sowohl für das Unternehmen, vor allem aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu minimieren.

Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter oder gleichgestellter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt mittlerweile bei über neun Prozent.

Betriebliches Vorschlagswesen

Im Jahr 2013 wurde der Konzern vom Deutschen Institut für Betriebswirtschaft gleich zweimal ausgezeichnet. In der Sparte „Energie, Energieversorgung“ ging der erste Platz an das Ideenmanagement von STEAG Power Saar GmbH / STEAG New Energies GmbH. Den zweiten Platz erreichte das Vorschlagswesen der STEAG GmbH.

Durch umgesetzte Verbesserungsvorschläge im Jahr 2013 erzielte KSBG insgesamt einen quantifizierbaren Jahresnutzen in Höhe von 5,6 Millionen €. Dafür wurden an die Mitarbeiter Prämien in Höhe von 0,8 Millionen € ausgezahlt.

Corporate Governance

Corporate Governance stellt die Gesamtheit der Regeln und Grundsätze dar, wie Unternehmen geführt und überwacht werden sollen. Sie umfasst verpflichtende und freiwillige Maßnahmen. Gute Unternehmensführung bedeutet rechtskonformes und verantwortungsvolles Handeln, welches transparent ist und dauerhaft zum Erfolg führt. Diese Prinzipien sind im Deutschen Corporate Governance Kodex geregelt, an dem sich die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der KSBG und ihre Beteiligungs- und Tochterunternehmen orientieren und dessen Inhalte Teil der Unternehmenskultur der KSBG ist.

Das Compliance Managementsystem der KSBG unterstützt Führungskräfte und alle Mitarbeiter bei der Beachtung und Umsetzung dieser Grundsätze. Zur Vorbeugung von Risiken und Verstößen führt der Fachbereich Compliance turnusmäßige Schulungen und Informationsveranstaltungen durch. Bis in das Jahr 2013 konnte ein überwiegender Teil der Mitarbeiter konzernweit durch zahlreiche Präsenzschulungen zum Thema Antikorruption und zum Verhaltenskodex persönlich erreicht und sensibilisiert werden. Dabei leisteten Compliance-Beauftragte in den Gesellschaften sowie für bestimmte Fachthemen aktive Unterstützung, so dass Compliance flächendeckend und übergreifend gewährleistet werden kann.

Grundsätze der Compliance finden darüber hinaus Eingang in die vertraglichen Beziehungen sowie die operativen Geschäfte des Konzerns mit seinen Geschäftspartnern. Ferner konnte 2013 das interne Richtliniensystem innerhalb des Organisationshandbuchs des Konzerns im Hinblick auf Compliance erweitert und konkretisiert werden.

Über die Beachtung des geltenden Rechts und Gesetzes sowie interner Richtlinien hinaus zählt verantwortungsbewusstes und werteorientiertes Handeln im beruflichen Alltag zur KSBG-Unternehmenskultur.

Der Konzern ist Teilnehmer am UN Global Compact und unterstützt die Einhaltung der 10 Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Ferner setzt KSBG die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organisation) um und handelt gemäß den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen. Von den Geschäftspartnern wird ebenso die Einhaltung und Umsetzung dieser Prinzipien erwartet. Dies ist in den vertraglichen Vereinbarungen mit den Geschäftspartnern ebenfalls ausdrücklich geregelt.

Insbesondere baut KSBG das System einer nachhaltigen Lieferkette weiter aus. Die Lieferanten werden teils durch persönliche Besuche, teils über Befragungen sowie flächendeckend mittels Überprüfungen möglicher Verstöße über die Grundsätze der KSBG informiert und zur Einhaltung vertraglich verpflichtet.

Innerhalb des KSBG-Konzerns berät und unterstützt der Fachbereich Compliance Führungskräfte und Mitarbeiter in Fragen des Tagesgeschäfts sowie in Situationen möglicher Konfliktfälle und Risiken. Die Compliance-Grundsätze werden innerhalb des Konzerns durch alle Mitarbeiter umgesetzt.

Nachtragsbericht

Seit Beginn des neuen Geschäftsjahres 2014 haben sich keine wesentlichen Änderungen der Unternehmenssituation und des Branchenumfeldes ergeben. Gleichwohl sind die Diskussionen zum Strommarktdesign in Deutschland sowie zu den Fördersystemen für erneuerbare Energien in Europa weiter fortgeschritten. Beide Themen können sich auf die Entwicklung der Geschäftsaktivitäten der KSBG auswirken.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Risikostrategie

Im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit ergeben sich für den Konzern kontinuierlich Chancen und Risiken. Das Risikomanagement ist ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und dient der gezielten Sicherung bestehender und künftiger Erfolgspotenziale sowie der Vermeidung, Vorbeugung bzw. Gegensteuerung und Minimierung von Risiken. Die frühzeitige Erkennung und Realisierung von Chancen kann den Unternehmenserfolg erhöhen.

Der Konzern ist aufgrund seiner Betätigungsfelder sich ständig ändernden politischen, gesellschaftlichen, demografischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Den Risiken, die sich daraus ableiten, wird entsprochen, indem das gesamte Umfeld beobachtet und analysiert wird und daraus Marktentwicklungen antizipiert werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden genutzt, um das Portfolio konsequent entsprechend der Konzernstrategie weiterzuentwickeln.

Aufbau und Organisation des Risikomanagements

Es besteht ein konzernweites internes Risikomanagementsystem. Neben organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und internen Kontrollsystemen unterstützt auch die Revision als prozessunabhängige Kontroll- und Beratungsinstanz das Risikomanagement.

Das Risikomanagementsystem ist gemäß der Organisationsstruktur des Konzerns dezentral aufgebaut. Die originäre Risikoverantwortung liegt bei den Bereichen, die für Früherkennung, Abschätzung der Auswirkungen, Erarbeitung und Umsetzung geeigneter Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen sowie die konzerninterne Kommunikation der Chancen und Risiken verantwortlich sind. Innerhalb dieser Organisationseinheiten koordinieren Risikobeauftragte die jeweiligen Risikomanagementaktivitäten. Für die KSBG KG, die STEAG GmbH und alle Tochtergesellschaften nimmt das Konzerncontrolling die Steuerungs- und Kontrollfunktionen für Abläufe und Systeme wahr. Es ist Ansprechpartner für alle Risikobeauftragten und zuständig für die Koordination, Information und Dokumentation auf Konzernebene. Gleichzeitig verantwortet es die methodische Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems.

Risikomanagement ist auf allen Ebenen ein wesentliches Element der Controllingprozesse von KSBG. Zu diesen zählen die strategische und operative Planung, die Vorbereitung von Investitionsentscheidungen sowie die Monatsberichterstattungen und Hochrechnungen und ab einem bestimmten Schwellenwert eine Risiko-Sofortberichterstattung. Die Organisationseinheiten führen einmal jährlich in Verbindung mit der Mittelfristplanung eine umfassende Inventur von Chancen und Risiken durch. Alle Sachverhalte werden systematisch erfasst, dokumentiert und hinsichtlich ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Für bei der Inventur erkannte Chancen und Risiken müssen sämtliche Organisationseinheiten Sicherungsmaßnahmen benennen, deren Umsetzung verfolgt wird. Die Inventur, die Sachverhalte kurzfristig für ein Jahr sowie mittelfristig über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren betrachtet, wird ergänzt durch monatliche Chancen- und Risikoberichte, in denen Veränderungen bei den bereits identifizierten sowie neu aufgetretenen Sachverhalten, bezogen auf das laufende Jahr, erfasst werden.

Gesamtrisikosituation

Die identifizierten Risiken unter Berücksichtigung der ergriffenen bzw. geplanten Maßnahmen haben einzeln oder in Wechselwirkung miteinander keine bestandsgefährdenden Auswirkungen auf den Konzern.

Die Risiken unterteilen sich in strategische, operative, finanzwirtschaftliche und sonstige Risiken.

Strategische Risiken

Veränderungen der bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen können die geplanten Investitionen und die Ertragslage von KSBG signifikant beeinflussen. Die Geschäfte von KSBG sind einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt, der die Mengen- und Preisrisiken verstärkt.

Aus heutiger Sicht wird das geänderte Marktumfeld in Deutschland zu einem wirtschaftlich begründeten Rückgang der inländischen Kraftwerkskapazitäten führen. Hierzu tragen insbesondere auch die nachfrageunabhängige Förderung und der Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien bei. Durch den Einspeisevorrang werden nicht nur die

systemstabilisierenden Kraftwerke verdrängt, sondern auch hocheffiziente KWK-Anlagen. Ohne strukturelle Anpassungen der derzeitigen energiepolitischen Rahmenbedingungen wird KSBG mittelfristig die vorhandenen inländischen Kraftwerkskapazitäten verringern müssen und keine Investitionen in konventionelle Erzeugungsanlagen in Deutschland tätigen können, da das aktuelle Marktmodell hierfür keine Anreize bietet.

Durch Kapitalanlagegarantien der Bundesrepublik Deutschland sowie Kreditversicherungen der Exportkredite gewährenden Staaten wurden die politischen Risiken in den Schwellenländern, in denen Auslandskraftwerke betrieben werden, abgesichert. Hierdurch ist ein Verlust des Kapitalanteils weitgehend ausgeschlossen.

Operative Risiken

Aufgrund der Langfristigkeit des Kraftwerksgeschäfts kommt dem vorbeugenden Risikomanagement besondere Bedeutung zu. Zentrale Elemente sind die sorgfältige Analyse der Markt- und Rahmenbedingungen, die Begrenzung von Risiken durch mittel- bis langfristige Verträge, die hohe Qualität der eingesetzten Technik und die Akzeptanz der Anlagen in ihrem Umfeld. Die Qualität der Kommunikation mit Kunden, Lieferanten und Nachbarn sowie der Betrieb der Anlagen nach höchsten Umweltstandards sind Grundlage des langfristigen Erfolgs.

Die Preisentwicklung an den Brennstoffmärkten und deren Auswirkungen auf die Strompreise sowie der veränderte Erzeugungsmix in Deutschland haben großen Einfluss auf das Ergebnis von KSBG. In der Vergangenheit war das Geschäftsmodell der KSBG-Gesellschaften in Deutschland vor allem auf den Abschluss von langfristig angelegten Leistungsvorhaltungsverträgen ausgelegt. Seit 2013 steht ein wachsender Anteil an Kraftwerksleistung zur freien Vermarktung zur Verfügung. Auch die Struktur der Vertragspartner ist deutlich diversifizierter. KSBG hat frühzeitig aufgrund veränderter externer Rahmenbedingungen (zum Beispiel Entwicklung von Brennstoffpreisen für Kohle und Gas und sogenanntes Peak-Shaving durch die vorrangige Einspeisung von EEG-Anlagen und durch die Zunahme von Fotovoltaikanlagen) damit begonnen, das Geschäftsmodell auf eine höhere Marktpreisabhängigkeit auszurichten. Zu diesem Zweck wurden die Strom-, Kohle- und CO_2-Aktivitäten in einem Bereich zusammengeführt. Neben dem Handel mit Importkohle und den Leistungsvorhaltungsverträgen wurde ein produkt- und kundendiversifiziertes Portfolio aufgebaut. Dieses wird im Rahmen eines ausgewogenen Chancen-/Risiko-Profils bewirtschaftet.

Hierfür wurden neue Regelwerke und Steuerungssysteme für den Umgang mit Marktpreis- und Kreditausfallrisiken entwickelt, damit die Kraftwerksleistung innerhalb klar definierter Wertgrenzen vermarktet werden kann.

Grundlage ist ein Risikorahmenkonzept, das im Geschäftsjahr 2011 genehmigt wurde. Die wesentlichen Risiken und damit die dafür benötigten Wertgrenzen beziehen sich auf nicht vermarktete Kraftwerksleistung von KSBG in Deutschland innerhalb eines bestimmten zukünftigen Zeitraums, der im Energiehandel derzeit bearbeitet werden kann. Das Risikorahmenkonzept legt vor diesem Hintergrund den Handlungsrahmen für die Geschäftsaktivitäten einschließlich der Kohlehandelsaktivitäten fest. Das potenzielle Risiko, das aus den Handelsaktivitäten entsteht, wird auf Basis von Value at Risk und Marked-to-Market-Kennzahlen überwacht und begrenzt. Das operative Risikocontrolling der Preisrisiken erfolgt im Back-Office des Handelsbereichs. Täglich werden alle Positionen, Marktwerte, Value at Risk und Limitbelastungen bewertet bzw. ermittelt.

Im Hinblick auf den bestehenden Kraftwerkspark des Konzerns in Deutschland stellt die abnehmende Förderung deutscher Steinkohle mit einem hohen Ballastgehalt eine Herausforderung hinsichtlich des alternativen Einsatzes von Importkohle dar, der sich KSBG durch verfahrens- und anlagentechnische Maßnahmen stellt.

Risiken für den Konzern ergeben sich auch aus dem regulatorischen Umfeld zum Betrieb der Kraftwerke. Die an den Kraftwerksbetrieb gestellten Umweltschutzanforderungen werden in vollem Umfang erfüllt. Weitere Risiken ergeben sich aus den energiepolitischen Rahmenbedingungen, die Einfluss auf den Geschäftserfolg von KSBG haben. Zu nennen sind hier insbesondere zukünftige regulatorische Maßnahmen zur weiteren CO_2-Reduzierung. Daher sind die Anstrengungen des Konzerns auf die Verringerung der spezifischen CO_2-Emissionen in den Kraftwerken durch Umsetzung weiterer Effizienzsteigerungen und innovative Technologien ausgerichtet. Investitionsentscheidungen bergen in ihrer Umsetzung aufgrund des hohen Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung vielfältige und komplexe Risiken. KSBG führt Vorbereitung, Umsetzung und Nachkontrolle solcher Entscheidungen entlang festgelegter und differenzierter Zuständigkeitsregelungen und Genehmigungsprozesse durch. KSBG erfasst die Preisrisiken aus Beschaffung und Weiterverkauf von Kohle, Frachten, CO_2–Zertifikaten und Strom und legt wirksame risikominimierende Maßnahmen fest.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Risiken aus Fremdwährung bestehen insbesondere bei der Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs. Sie werden mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert.

Hinsichtlich der Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten wird auf den Abschnitt im Anhang zum Konzernabschluss verwiesen.

Geplante Dividendenausschüttungen ausländischer Konzerngesellschaften außerhalb des Euroraumes werden gegen Wechselkursschwankungen gesichert. Zusätzlich werden bei der Gesellschaft Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (CES) (Kolumbien) die auf kolumbianischem Peso basierten Kosten gegen Wechselkursschwankungen gegenüber dem US-Dollar abgesichert. Nicht gegen Wechselkursschwankungen gesichert werden hingegen Risiken, die sich bei der Umrechnung von Jahresabschlüssen ausländischer Tochtergesellschaften in Euro mit dem aktuellen Wechselkurs gegenüber dem budgetierten Wechselkurs ergeben (Translationsrisiken).

Im Zusammenhang mit dem mit einem Bankenkonsortium geschlossenen Kreditvertrag hat sich die KSBG KG zur Einhaltung bestimmter Kennzahlen, sogenannter Covenants, verpflichtet. Es besteht grundsätzlich das Risiko, dass die für diese Kennzahlen vorgegebenen Werte nicht eingehalten werden können. Gemäß Konsortialkreditvertrag stellt die

Nichteinhaltung der Finanzkennzahlen einen Kündigungsgrund dar. Diesem Risiko wird durch das eingerichtete Finanzmanagement Rechnung getragen. Zu weiteren Erläuterungen wird auf den Abschnitt „Finanzlage – Finanzwirtschaftliches Risikomanagement“ verwiesen. Die Berichterstattung an die Banken erfolgt quartalsweise.

Sonstige Risiken

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns birgt geschäftsübliche rechtliche Risiken aus Vertragsbeziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern sowie technische Risiken aus dem Anlagenbetrieb, insbesondere von Großanlagen. Bei rechtlichen Auseinandersetzungen mit Vertragspartnern wurde in Abstimmung mit den Fachbereichen in angemessenem Umfang bilanzielle Risikovorsorge gebildet.

Im Rahmen der Errichtung des Kraftwerks Walsum 10 wurden Maßnahmen zum Austausch von Kesselteilen notwendig, mit denen eine Verzögerung des Baufortschritts gegenüber der ursprünglichen Planung einherging. Hieraus ergaben sich Risiken in Form von Mehrausgaben, verzögerten Ergebnissen durch die verspätete Inbetriebnahme sowie aus einem Zwischenfinanzierungsbedarf. Den Risiken wurde seit dem Jahresabschluss 2011 auf Basis einer umfassenden Bewertung Rechnung getragen. Der Beginn des kommerziellen Betriebs erfolgte im Dezember 2013. Die rechtliche Auseinandersetzung mit dem Generalunternehmerkonsortium, bestehend aus Hitachi Ltd. und Hitachi Power Europe GmbH, wurde mit der Einleitung eines Schiedsverfahrens begonnen.

Risiken der KSBG KG

Die KSBG KG mit Sitz in Essen hat als Konzernmutter mit der STEAG GmbH einen Gewinnabführungsvertrag geschlossen. Die STEAG GmbH wiederum hat als Führungsgesellschaft und Stammhaus der STEAG-Gruppe mit dem Großteil der inländischen Tochtergesellschaften Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge geschlossen. Dadurch steuert die STEAG GmbH einen Großteil der inländischen Risiken im Konzern. Die KSBG KG steuert mit der STEAG GmbH die größte Einzelgesellschaft des Konzerns. Die für den KSBG-Konzern aufgeführten Risiken gelten daher im Wesentlichen auch für die KSBG KG.

Chancenbericht

Im Rahmen eines Optimierungsprogramms wurden Projekte zur Kosteneinsparung, Optimierung von Prozessen und Strukturen, Verbreiterung der Vermarktung sowie zur Entwicklung neuer Geschäftsaktivitäten abgeschlossen. Die erfolgreiche und zügige Umsetzung der mit den Projekten verbundenen Maßnahmen kann zu einer Verbesserung des Ergebnisniveaus führen.

In den für den Konzern relevanten Zielmärkten gibt es gute Chancen, das Geschäft erfolgreich weiterzuentwickeln. In Deutschland hat KSBG inzwischen eine solide Basis im Bereich der erneuerbaren Energien erreicht, die weiter ausgebaut werden soll. Die internationale Ausrichtung soll in den nächsten Jahren verstärkt vorangetrieben werden. Dabei zahlt sich aus, dass sich KSBG schon in den vergangenen Jahren auf wachstumsstarke Märkte und attraktive Regionen fokussiert hat.

Wachstum in internationalen Fokusmärkten

KSBG wird insbesondere in den Ländern Projekte entwickeln, in denen bereits langjährige Geschäftserfahrung gesammelt werden konnte.

Der türkische Energiemarkt bietet auch zukünftig Potenzial für KSBG. Derzeit wird ein 60 MW-Windpark entwickelt.

Die Tochtergesellschaften der KSBG sind seit rund zehn Jahren als Ingenieurdienstleister und Projektentwickler in Rumänien tätig. Im Bereich Windenergie wird mit dem Projekt Crucea Nord aktuell ein Windprojekt mit über 100 MW an der rumänischen Schwarzmeerküste realisiert.

Auch der asiatisch-pazifische Raum bietet für KSBG viele Wachstumschancen. Insbesondere in Indien, wo der Konzern seit Jahren erfolgreich aktiv ist, gibt es sehr gute Möglichkeiten. Hier kann der Konzern die besondere Kompetenz bei Planung, Realisierung und Betrieb von Steinkohlekraftwerken einbringen. Weitere Chancen ergeben sich aus der Aktivität in Südostasien. Der Konzern verfolgt momentan Projektansätze vornehmlich in Indonesien.

In Brasilien verfügt der Konzern ebenfalls über mehrjährige Erfahrungen im Energiesektor. Derzeit werden mehrere Biomasse-Projekte vorangetrieben, die sowohl der öffentlichen wie der industriellen Energieversorgung dienen sollen.

Kommunale Partnerschaften und erneuerbare Energien in Deutschland

KSBG unterstützt kommunale Partner mit Know-how im Bereich der Energieerzeugung. Konzerngesellschaften arbeiten bereits seit Jahrzehnten mit kommunalen Partnern erfolgreich zusammen, auch in gemeinsamen Gesellschaften oder im Auftrag von Zweckverbänden. Die kommunale Verbundenheit wird seit 2011 durch die Eigentümerstruktur vertieft. Die Anteilseignerstruktur bietet zum Beispiel Chancen, im Bereich der erneuerbaren Energien zu wachsen. In Deutschland wird mehr als die Hälfte des abgesetzten Stroms über Stadtwerke vertrieben, gleichzeitig haben sie nur wenige eigene Erzeugungsanlagen. Der Konzern bietet zum einen den Zugriff auf bestehende Erzeugungsanlagen an und plant zum anderen zusammen mit Stadtwerken Erzeugungsprojekte zu realisieren.

KSBG will die Chancen, die der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland bietet, nutzen. So realisiert der Konzern unter anderem einen Windpark in Brandenburg mit einer Gesamtleistung von 43 MW. Die Inbetriebnahme des letzten Bauabschnitts ist für Oktober 2014 vorgesehen. KSBG profitiert von der Erfahrung als langjähriger Projektentwickler insbesondere hinsichtlich Know-how für Genehmigung und die erforderlichen Verträge einschließlich der Finanzierung und Projektrealisierung.

Chancen der KSBG KG

Die KSBG KG als Konzernmutter steuert über die STEAG GmbH als Führungsgesellschaft des Konzerns einen Großteil der Chancen des KSBG Konzerns. Die wesentlichen Chancen entsprechen der Darstellung für den Konzern.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Bundesbank erwartet für das Jahr 2014 einen deutlichen Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 1,7 Prozent. Die wesentlichen Faktoren, die diese Erwartung stützen, stellen der gute Zustand der deutschen Volkswirtschaft, das niedrige Zinsniveau und eine Belebung des Außenhandels dar, die durch eine konjunkturelle Aufhellung in den Industrieländern und eine sich abzeichnende Verbesserung im Euro-Gebiet geprägt sein wird. Die Risiken für diese Prognose werden zum einen in der drückenden Verschuldung und in fortbestehenden Strukturproblemen gesehen, die eine hohe Störanfälligkeit der europäischen und globalen Wirtschaft begründen. Zum anderen kann die Binnenwirtschaft durch eine Reihe der in der Koalitionsvereinbarung in Aussicht gestellten Maßnahmen beeinflusst werden.

Es wird davon ausgegangen, dass das Wachstum der Weltwirtschaft sich allmählich beschleunigt. Die treibende Kraft sind im Unterschied zu den vergangenen fünf Jahren nicht die Schwellenländer sondern die fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Im Euro-raum werden weiterhin große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen. Die Produktion in den Krisenländern wird nur geringfügig zunehmen oder schrumpfen. Stabiler aufgestellte Volkswirtschaften werden hingegen einen Aufschwung erleben.

Energiewirtschaftliche Entwicklung

Der fortschreitende Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird zu einem weiteren Rückgang der konventionellen Stromerzeugung in Deutschland führen und spürbaren Einfluss auf die Strompreise nehmen. Analysten und Händler gehen mittelfristig von einem niedrigen Niveau der Börsenstrompreise aus. Gleichzeitig werden höhere Konsumentenpreise aufgrund der ergänzend zum Börsenpreis zu berücksichtigenden Kosten für Vertrieb, Netzausbau, Steuern und Abgaben erwartet. Aufgrund der Ziele der Bundesregierung zur Reduktion des Primärenergieverbrauchs und Steigerung der Energieeffizienz wird trotz guter Konjunkturaussichten damit gerechnet, dass der Stromverbrauch in den kommenden Jahren in Deutschland stagniert oder leicht sinken wird.

Strategische und operative Herausforderungen

In den nächsten Jahren ist KSBG mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Durch die energiepolitische Neuausrichtung in Deutschland haben sich die Rahmenbedingungen für Kraftwerksbetreiber substantiell geändert. Die Vorrangbehandlung der erneuerbaren Energien setzen die Betreiber von fossilen Kraftwerken unter Ergebnisdruck. Infolge der veränderten Beschäftigung von Steinkohlekraftwerken in Deutschland optimiert KSBG die Kosten- und Erlösstruktur ihrer eigenen Kraftwerke. Darüber hinaus werden die Verwaltungsstrukturen und -prozesse überprüft und, wo notwendig, angepasst. In den kommenden Jahren sollen durch diese Maßnahmen erhebliche Einsparungen erreicht werden. KSBG stellt sich zudem auf die steigenden Anforderungen bei der Vermarktung von Kraftwerkskapazitäten und Strommengen ein. Diesbezüglich ergreift KSBG Maßnahmen, um auf Marktveränderungen flexibel reagieren zu können. Hierzu zählen sowohl die Erweiterung des Dienstleistungsportfolios als auch der aus heutiger Sicht erforderliche Auslaufbetrieb von Kraftwerken. KSBG behält sich bis zum letztmöglichen Zeitpunkt die Entscheidung über Stilllegungen von Kraftwerksblöcken vor. Die Erzeugung von Strom und Wärme in Deutschland ist für KSBG wesentlich. Daher wird KSBG alle Möglichkeiten nutzen, um einen wirtschaftlichen Betrieb der vorhandenen Kraftwerkskapazitäten zu ermöglichen.

Der Konzern ist bereits etablierter Marktpartner im In- und Ausland als Betriebsführer von Kraftwerksanlagen für Dritte. Außerdem stellt KSBG für Dritte erfolgreich Bedienpersonal unterschiedlichster Qualifikation im Kraftwerksbereich und in kraftwerksnahen Branchen zur Verfügung. Das Geschäftsfeld Technischer Service bündelt das Know-how im Bereich Serviceleistungen mit den Schwerpunkten Instandhaltung von Kraftwerken sowie Dienstleistungen für elektrische Netze. Durch zunehmende Vermarktung der Leistungen an Drittkunden wird das Dienstleistungsportfolio gestärkt.

Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme des Kraftwerks Walsum 10 bleibt die Begleitung des eingeleiteten Schiedsverfahrens gegen das Generalunternehmerkonsortium, bestehend aus Hitachi Ltd. und Hitachi Power Europe GmbH, eine bedeutende Aufgabe. Die geltend gemachten Ansprüche beruhen letztlich auf Baumängeln und Verzug bei der Fertigstellung des Kraftwerks Walsum 10, die vom Generalunternehmerkonsortium zu vertreten sind.

Bei der strategischen Ausrichtung für KSBG wird ein Schwerpunkt des geplanten Wachstums im Bereich der erneuerbaren Energien liegen und zu einer stärkeren Diversifikation des Erzeugungsportfolios im Konzern beitragen. Dies soll sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene erfolgen und bedarf stabiler finanzieller Rahmenbedingungen. Zur Umsetzung der Wachstumsstrategie wird von KSBG insbesondere die Realisierung von Windprojekten verfolgt. Zudem sollen die bestehenden Geschäftsaktivitäten in den Bereichen Geothermie und Biomasse ausgebaut werden.

Die strategische Ausrichtung sowie die mögliche Nutzung von Synergien zwischen KSBG und den beteiligten Stadtwerken bietet die Chance eines verbesserten Marktauftritts. Auch in den Geschäftsfeldern Fernwärme und Energy Services erwarten wir positive Impulse aus dieser Zusammenarbeit.

Operatives Ergebnis

Für das Geschäftsjahr 2014 wird für den Konzern ein leicht rückläufiger Umsatz in Höhe von 2,7 Milliarden € erwartet. Die operative Ergebnisgröße EBIT[3] für 2014 wird auf dem Niveau des Wertes für 2013 erwartet. Die rückläufigen Erträge aus dem Finanzierungsleasing der ausländischen Kraftwerke können durch die Inbetriebnahme des Kraftwerkes Walsum 10 voraussichtlich kompensiert werden.

Die künftige Entwicklung des Konzerns wird im Wesentlichen durch die geplanten Investitionen geprägt. Für das Jahr 2014 sind Investitionen von knapp 440 Millionen € vorgesehen. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit ist der Ausbau des Neugeschäftes. Für Neubauprojekte sind Investitionen in Höhe von knapp 340 Millionen € vorgesehen. Im Bestandsgeschäft soll mit gezielten Maßnahmen an den Kraftwerksstandorten die Effizienz im Anlagenbetrieb gesteigert werden.

Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung

KSBG geht davon aus, dass die sich aus der strategischen Ausrichtung ergebenden Chancen und insbesondere die geplanten Investitionen in Wachstumsfelder zukünftig dazu beitragen werden, dass KSBG auch in Zukunft ihre gute Position im Energiemarkt halten und in wichtigen Segmenten ausbauen wird.

Ausblick zur voraussichtlichen Entwicklung der KSBG KG

Das für 2014 geplante operative Ergebnis wird sich gegenüber 2013 voraussichtlich leicht verringern. Dies resultiert im Wesentlichen aus einer voraussichtlich niedrigeren Gewinnabführung der STEAG GmbH zum Vorjahr.

Essen, den 10. März 2014

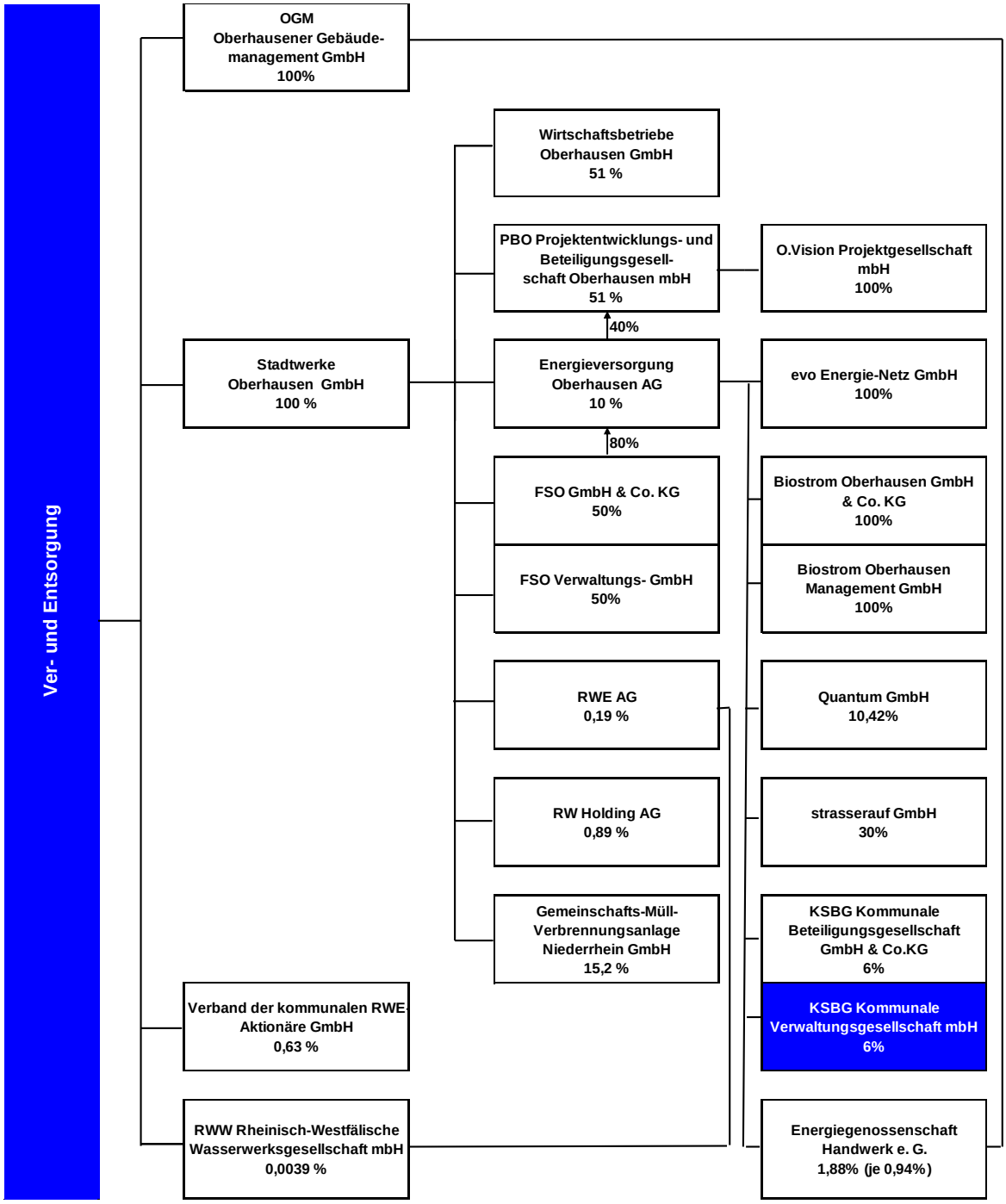
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG
Die Geschäftsführer der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH

Wilmert
(Vorsitzender)

Bückemeyer Schröder

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Erwartungen, Vermutungen und Prognosen der Geschäftsführung sowie den ihr derzeit verfügbaren Informationen beruhen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen. Die zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse sind vielmehr abhängig von einer Vielzahl von Faktoren. Sie beinhalten verschiedene Risiken und Unwägbarkeiten und beruhen auf Annahmen, die sich möglicherweise als nicht zutreffend erweisen.

[3] Gemeint ist das Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern bereinigt um Sondereinflüsse.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0208/8350
Fax	0208/835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	18,00	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	18,00	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	6,00	6,00
Stadtwerke Bochum GmbH	18,00	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	6,00	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	19,00	19,00
Stadtwerke Essen AG	15,00	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Bückemeyer, Dietmar
	Geschäftsführer	Schröder, Carsten
	Geschäftsführer	Wilmert, Bernhard
	Prokurist	Albert, Uwe
	Prokurist	Felwor, Peter
	Prokurist	Jacoby, Jörg
	Prokurist	Seifert, Eckhard
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtige/r der Gesellschafter

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Dr. Scholz, Ottilie
	1. stellv. Vorsitzender	Sikorski, Ralf
	2. stellv. Vorsitzende	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied gem. § 113 GO	Wehling, Klaus
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Britz, Franz-Josef
	Mitglied	Dreckmann, Johannes
	Mitglied	Dr. Heidinger, Michael
	Mitglied	Jung, Andreas
	Mitglied	Link, Sören
	Mitglied	Melis, Ralf
	Mitglied	Monegel, Ulrich
	Mitglied	Muth, Heiner
	Mitglied	Dr. Nies, Susanne
	Mitglied	Pehlke, Guntram
	Mitglied	Dr. Rall, Hüseyin
	Mitglied	Rohde, Horst
	Mitglied	Sierau, Ulrich
	Mitglied	Süpke, Sabine
	Mitglied	Woll, Klaus Dieter

Präsidium:	Mitglied gem. § 113 GO	Wehling, Klaus
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied	Rohde, Horst
	Mitglied	Dr. Scholz, Ottilie
	Mitglied	Sikorski, Ralf

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	145,73	100,0	387,05	100,0	171,70	96,8	-215,35	-55,64
Rechnungsabgrenzungsposten					5,60	3,2	5,60	
Bilanzsumme	**145,73**	**100,00**	**387,05**	**100,00**	**177,30**	**100,00**	**-209,75**	**-54,19**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	103,79	71,2	107,96	27,9	115,58	65,2	7,62	7,06
Rückstellungen	15,18	10,4	16,01	4,1	13,07	7,4	-2,94	-18,36
Verbindlichkeiten	26,76	18,4	263,08	68,0	48,64	27,4	-214,44	-81,51
Bilanzsumme	**145,73**	**100,00**	**387,05**	**100,00**	**177,30**	**100,00**	**-209,75**	**-54,19**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	276,74	634,83	
sonstige betriebliche Erträge			763,93
Personalaufwand	182,03	439,72	548,51
sonstige betriebliche Aufwendungen	89,71	189,99	210,59
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,01	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,00	5,14	4,83
außerordentliches Ergebnis		0,00	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4,51	0,82	-2,64
sonstige Steuern		0,14	-0,15
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,49	4,18	7,62
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,49	4,18	7,62

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,18	0,66		%
Eigenkapitalrentabilität:	0,47	4,02	7,06	%
Cash-Flow:	0,49	4,18	7,62	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:		79,35	95,49	T€
Personalaufwandsquote:	65,78	69,26	71,80	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	71,22	27,89	65,19	%
Fremdkapitalquote:	28,78	72,11	34,81	%

e) Lagebericht

(vgl. Lagebericht der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (S. 125 ff.)

STEAG GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 1-3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	+49 201 801-00
Fax	+49 201 801-6388
Internet	www.steag.com/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 128.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	65.280,00	51,00
RBV Verwaltungs-GmbH	62.720,00	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zu den Kernkompetenzen der STEAG gehören die Planung, die Realisierung und der Betrieb von Kraftwerken auf Basis von fossilen Brennstoffen (Steinkohle, Erdgas und Raffinerienebenprodukte). Darüber hinaus ist das Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien (Biomasse, Biogas, Grubengas, Geothermie und Wind) tätig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Rumstadt, Joachim
	Mitglied	Baumgärtner, Michael
	Mitglied	Dr. Cieslik, Wolfgang
	Mitglied	Geißler, Alfred
	Mitglied	Dr. Gilgen, Ralf

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Pehlke, Guntram
	1. stellv. Vorsitzender	Vassiliadis, Michael
	2. stellv. Vorsitzende	Wolf, Ute
	Mitglied	Auerhahn, Karlheinz
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Dr. Brinkmann, Frank
	Mitglied	Bückemeyer, Dietmar
	Mitglied	Dr. Dahm, Joachim
	Mitglied	Dr. Diestelmeier, Ludger

Mitglied	Dr. Engel, Klaus
Mitglied	Dr. Götz, Thomas
Mitglied	Dr. Rall, Hüseyin
Mitglied	Schifferings, Christof
Mitglied	Wilmert, Bernhard
Mitglied (AN)	Hagemeier, Bernd
Mitglied (AN)	Halbeisen, Karl-Josef
Mitglied (AN)	Melis, Ralf
Mitglied (AN)	Muth, Heiner
Mitglied (AN)	Rohde, Horst
Mitglied (AN)	Woll, Klaus Dieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.220.800,00	55,7	1.418.500,00	56,3	197.700,00	16,19
Umlaufvermögen	970.300,00	44,2	1.100.300,00	43,6	130.000,00	13,40
Rechnungsabgrenzungsposten	2.300,00	0,1	2.200,00	0,1	-100,00	-4,35
Bilanzsumme	**2.193.400,00**	**100,00**	**2.521.000,00**	**100,00**	**327.600,00**	**14,94**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	435.300,00	19,8	478.300,00	19,0	43.000,00	9,88
Sonderposten mit Rücklagenanteil	13.700,00	0,6	12.300,00	0,5	-1.400,00	-10,22
Rückstellungen	659.200,00	30,1	794.200,00	31,5	135.000,00	20,48
Verbindlichkeiten	1.080.800,00	49,3	1.228.700,00	48,7	147.900,00	13,68
Rechnungsabgrenzungsposten	4.400,00	0,2	7.500,00	0,3	3.100,00	70,45
Bilanzsumme	**2.193.400,00**	**100,00**	**2.521.000,00**	**100,00**	**327.600,00**	**14,94**

bb) GuV

	2012	2013
	T€	T€
Umsatzerlöse	1.619.100,00	2.141.900,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.200,00	2.900,00
andere aktivierte Eigenleistungen	800,00	300,00
sonstige betriebliche Erträge	130.000,00	65.300,00
Materialaufwand	1.420.700,00	1.880.500,00
Personalaufwand	176.300,00	165.100,00
Abschreibungen	25.800,00	24.800,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	145.700,00	155.000,00
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	71.500,00	57.500,00
Erträge aus Beteiligungen	111.400,00	106.900,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	400,00	400,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.400,00	6.900,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0,00	2.900,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	300,00	1.200,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33.700,00	43.400,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	140.300,00	109.200,00
außerordentliche Erträge	7.900,00	83.200,00
außerordentliche Aufwendungen	39.100,00	42.900,00
außerordentliches Ergebnis	-31.200,00	40.300,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.100,00	16.400,00
sonstige Steuern	-3.200,00	1.100,00
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		89.000,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	103.200,00	43.000,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	103.200,00	43.000,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

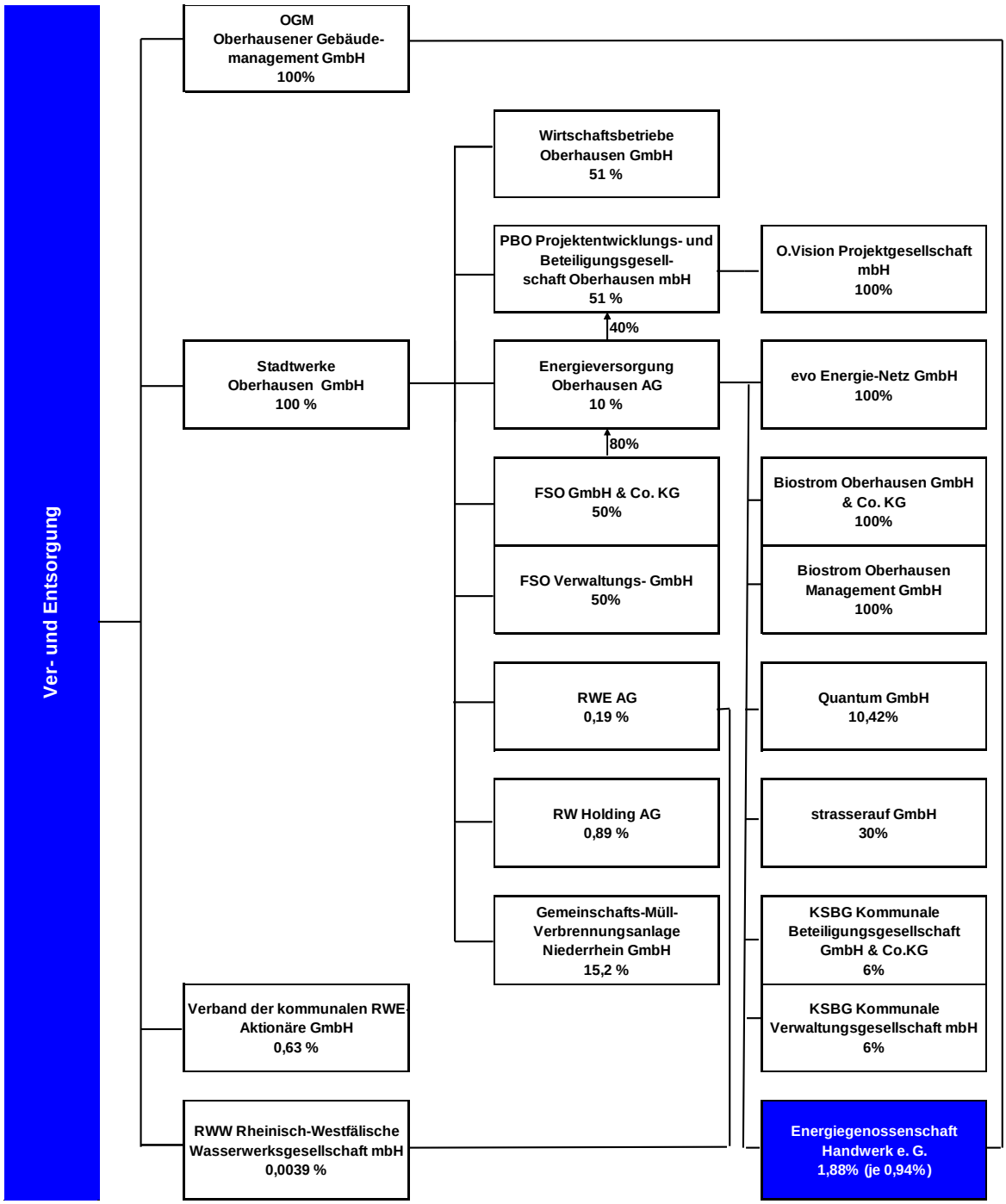
	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,37	6,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	23,71	27,60	%
Cash-Flow:	129.300,00	158.000,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.013,95	1.482,49	T€
Personalaufwandsquote:	10,07	7,47	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	7,00	6,36	%
Eigenkapitalquote:	19,85	18,97	%
Fremdkapitalquote:	80,15	81,03	%

e) Lagebericht

Der Lagebericht der STEAG GmbH wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.steag.com/downloadcenter.html unter dem Stichwort „Konzernlagebericht“ nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Zunftmeisterstraße 26
45468 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208 / 96 00 40
e-Mail	info@kh-mo.de
Internet	www.kh-mo.de/

Rechtsform: eG
Stammkapital in T€: 106,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,00	0,94
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	1,00	0,94
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	104,00	98,11

Gegenstand des Unternehmens:

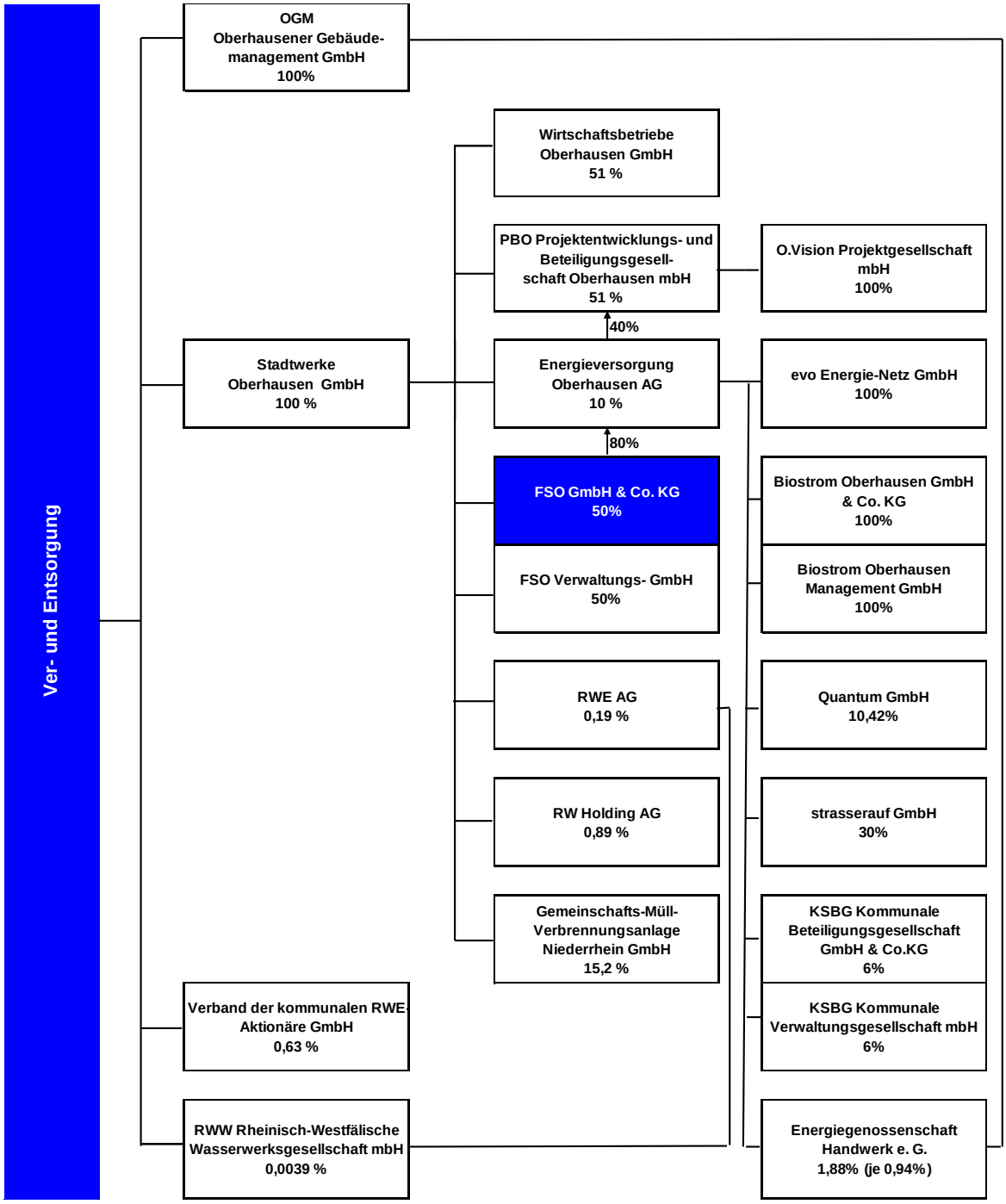
a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung und dem Verkauf von Energien
b) der Absatz von Energie in Form von Strom und/oder Wärme
c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten, sowie einer Öffentlichkeitsarbeit
d) gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte
e) Contracting

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Vorstand:	Mitglied	Pezzei, Barbara
	Mitglied	Samblebe, Michael

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

FSO GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
RWE Deutschland AG	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind

-das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
-das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:

Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH

Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	20.800,00	80,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	800,00	80,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	20,00	80,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,80	0,75
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	10,00	3,31
evo Energie-Netz GmbH	24,00	80,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,05	4,80
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	4,80	4,80
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	8,00	32,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	81,81	32,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	66,00	8,33
STEAG GmbH	3.133,44	2,45
strasserauf GmbH	6,00	24,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		**2012**		**2013**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	21.561,84	56,1	21.561,84	61,0	21.561,84	55,1	0,00	0,00
Umlaufvermögen	16.860,84	43,9	13.749,92	38,9	17.602,40	44,9	3.852,48	28,02
Rechnungsabgrenzungsposten			19,28	0,1			-19,28	-100,00
Bilanzsumme	**38.422,67**	**100,00**	**35.331,03**	**100,00**	**39.164,23**	**100,00**	**3.833,20**	**10,85**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	33.699,30	87,7	32.589,62	92,2	33.086,59	84,5	496,97	1,52
Rückstellungen	506,57	1,3	994,90	2,8	2.421,01	6,2	1.426,11	143,34
Verbindlichkeiten	4.216,81	11,0	1.746,51	4,9	3.656,63	9,3	1.910,12	109,37
Bilanzsumme	**38.422,67**	**100,00**	**35.331,03**	**100,00**	**39.164,23**	**100,00**	**3.833,20**	**10,85**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	573,47	658,93	576,50
sonstige betriebliche Erträge	2,89	1,77	10,55
Materialaufwand	201,31	279,03	205,23
Personalaufwand	195,59	178,04	143,55
sonstige betriebliche Aufwendungen	84,35	104,63	98,35
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	12.132,01	10.973,32	11.425,28
Erträge aus Beteiligungen	3.353,25	2.282,66	3.080,35
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	438,56	67,11	5,75
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	422,97	77,47	24,50
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.595,94	13.344,63	14.626,81
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.367,50	2.316,84	3.102,06
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	12.228,44	11.027,79	11.524,75
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	12.228,44	11.027,79	11.524,75

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

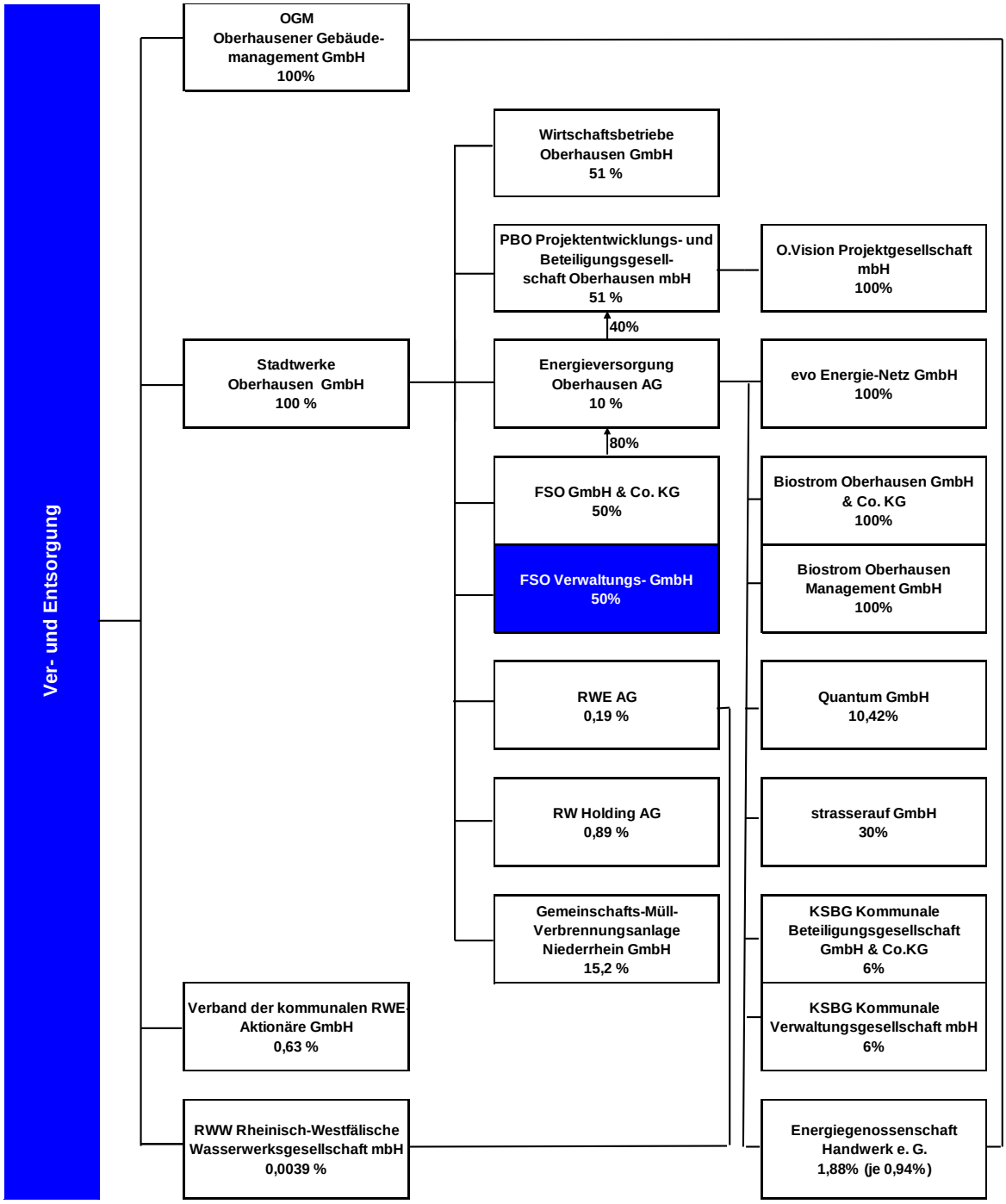
	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2.132,37	1.673,59	1.999,10	%
Eigenkapitalrentabilität:	56,95	51,14	53,45	%
Cash-Flow:	12.228,44	11.027,79	11.524,75	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	115,27	132,14	195,68	T€
Personalaufwandsquote:	33,94	26,95	24,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	87,71	92,24	84,48	%
Fremdkapitalquote:	12,29	7,76	15,52	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

FSO Verwaltungs- GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
RWE Deutschland AG	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gieske, Hartmut
		Homberg, Bernd
		Seifert, Eckhard
		Slomma, Claudia
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	33,19	100,0	33,83	100,0	34,71	100,0	0,88	2,60
Bilanzsumme	**33,19**	**100,00**	**33,83**	**100,00**	**34,71**	**100,00**	**0,88**	**2,60**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	30,75	92,7	31,51	93,1	32,53	93,7	1,02	3,24
Rückstellungen	2,00	6,0	2,12	6,3	1,89	5,4	-0,23	-10,85
Verbindlichkeiten	0,43	1,3	0,20	0,6	0,30	0,9	0,10	50,00
Bilanzsumme	**33,19**	**100,00**	**33,83**	**100,00**	**34,71**	**100,00**	**0,88**	**2,60**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	5,23	4,85	4,86
sonstige betriebliche Aufwendungen	4,56	4,05	3,66
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,15	0,09	0,02
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,82	0,89	1,21
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,13	0,14	0,19
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,69	0,75	1,02
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,69	0,75	1,02

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

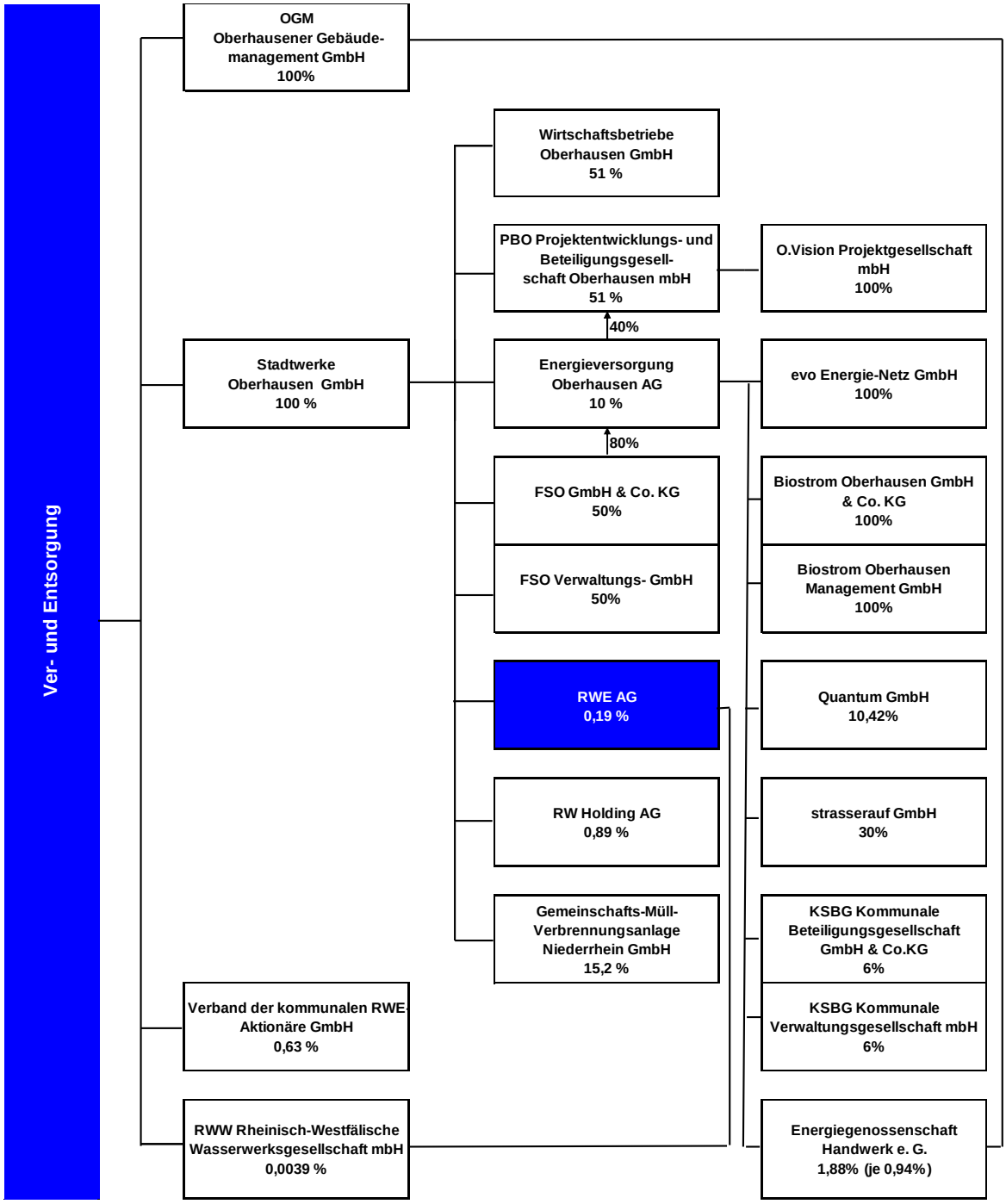
	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	2,30	2,45	3,23	%
Cash-Flow:	0,69	0,75	1,02	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	92,66	93,14	93,72	%
Fremdkapitalquote:	7,34	6,86	6,28	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

RWE Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Opernplatz 1
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 1200
Fax	0201/ 1215199
e-Mail	-
Internet	www.rwe.de/

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 1.573.748,48

Gesellschafter:

	T€	%
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	3.012,68	0,19

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

-Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,

-Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,

-Versorgung und Handel mit Energie,

-Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,

-Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,

-Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

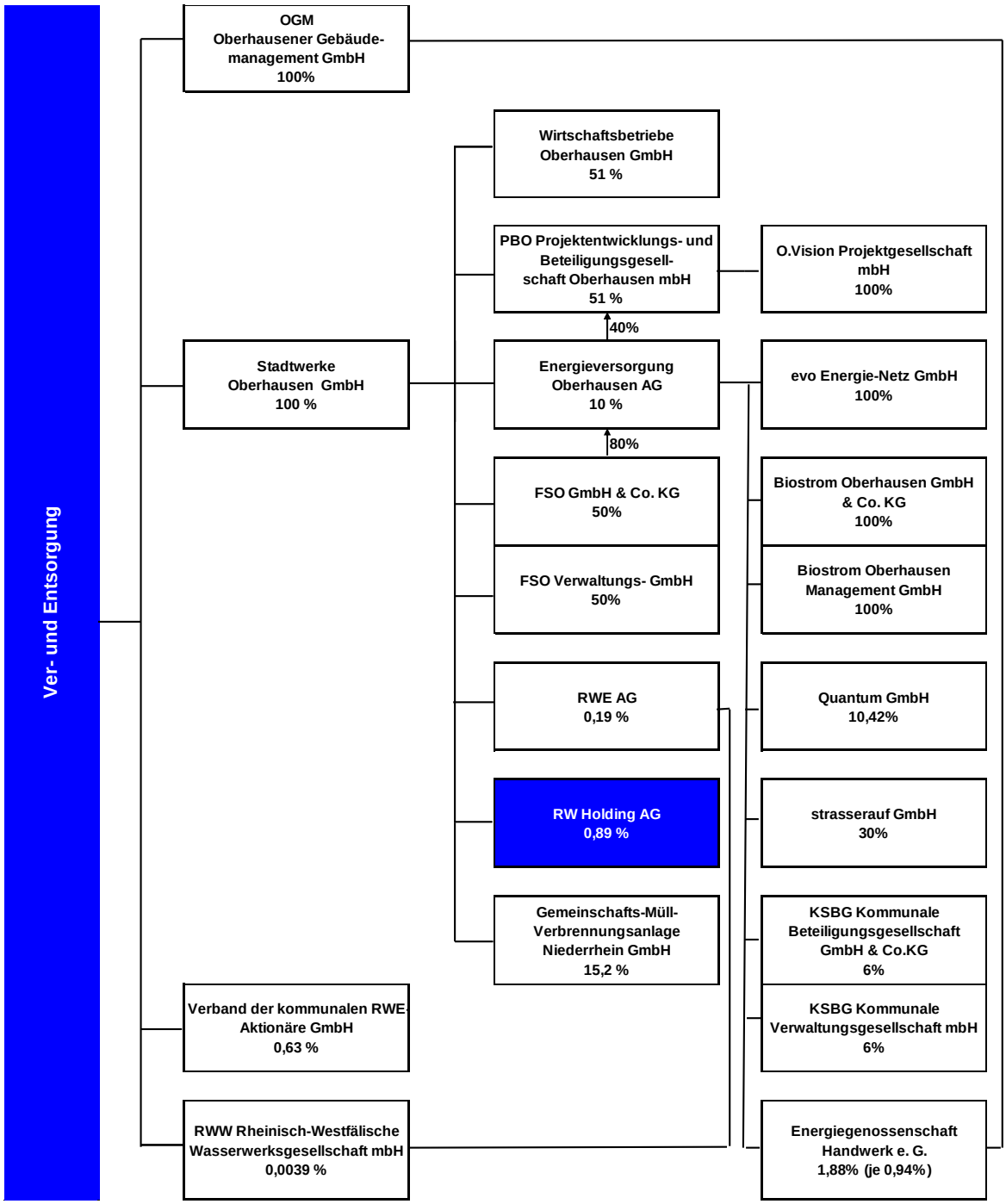
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Vorstand:	Vorsitzender	Terium, Peter
Hauptversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG

e) Lagebericht

Der Lagebericht der RWE AG wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.com unter dem Stichwort „Konzerngeschäftsbericht 2013“ nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

RW Holding Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Georg-Glock-Str. 8
40474 Düsseldorf

Kontakt:

Telefon 0211 1371-303

Fax 0211 1371170

e-Mail info@rwholding.de

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 74.362,86

Gesellschafter:

	T€	%
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	661,83	0,89

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Vorstand: Holl, Heinz-Eberhard
Josten, Ralf

Hauptversammlung: Bevollmächtigte/r der STOAG

Aufsichtsrat: neun Mitglieder

e) Lagebericht

Auszug:

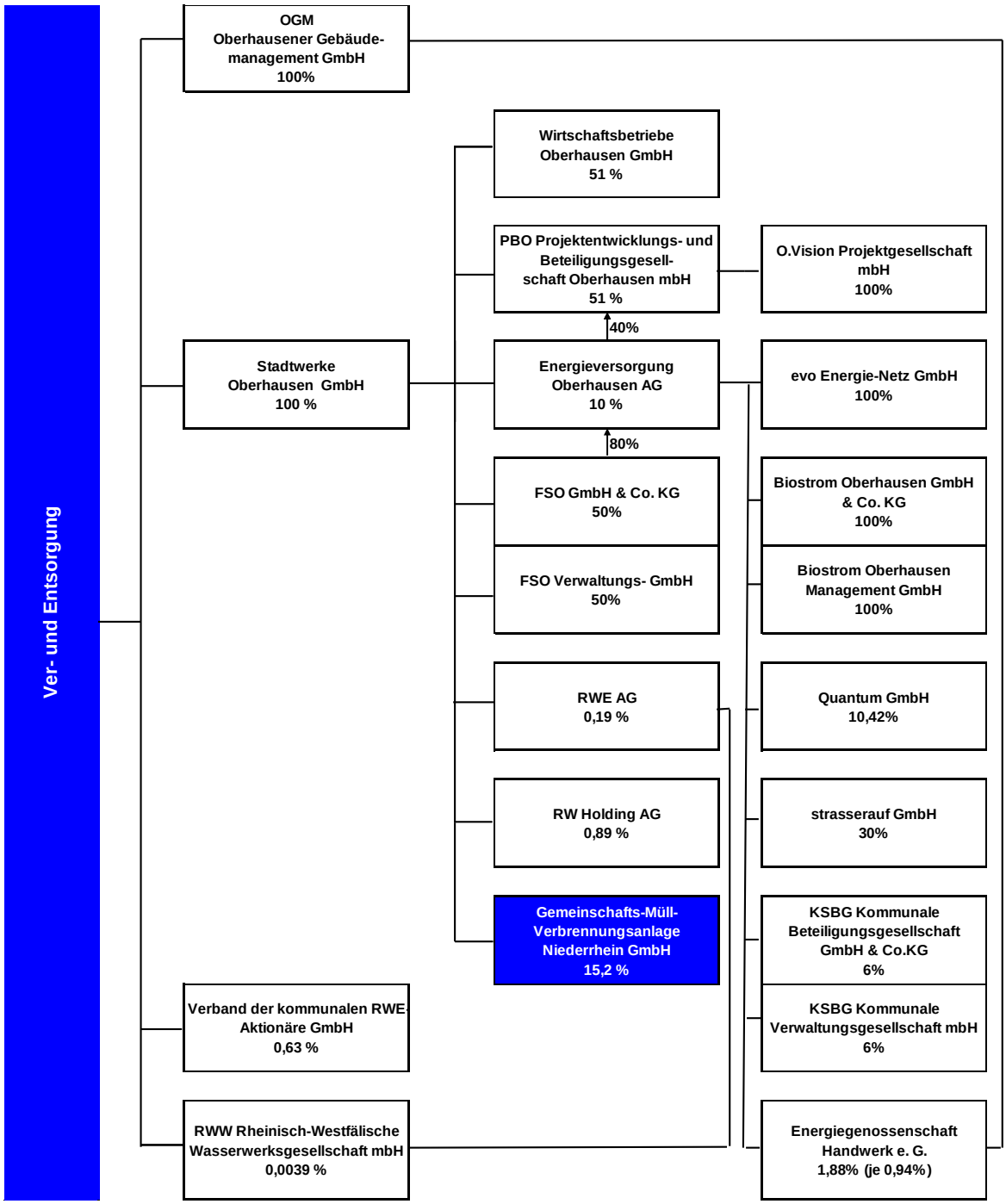
Über die Gesellschaft werden gemeinsam mit dem Verband der kommunalen RWE-Aktionäre die Interessen der Kommunen in der RWE AG vertreten. Die RW Holding AG hält eine Beteiligung von 31,82 % am Haftkapital der RWEB GmbH & Co. KG (bisher an der RW Energie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG), Dortmund.

Mit Wirkung ab dem 01.01.2013 erfolgte eine Umstrukturierung der Beteiligungsstruktur der RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG. Die RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG wurde gem. Verschmelzungsvertrag von 27.08.2013 auf die RWEB GmbH als übernehmender Rechtsträger verschmolzen. Im Ergebnis hält die RWH zum 31.08.2013 eine Beteiligung an der RWEB GmbH & Co. KG.

Die RWEB GmbH hält eine Beteiligung in Höhe von 15,2015 % am Grundkapital der RWE AG mit einem Stimmrechtsanteil von 16,213 %. Auf die RW Holding AG entfallen davon 29.252.475 Stück RWE-Aktien. Daneben hält die RW Holding AG 8.421 Stück Stammaktien der RWE AG im Eigenbestand. Die wirtschaftliche Entwicklung der RW Holding AG hängt von den zukünftig zu erzielenden Dividendenerträgen aus der direkt und indirekt (über die RWEB GmbH & Co. KG) gehaltenen Beteiligung an der RWE AG ab.

Da die Gesellschaft über die Beteiligung an RWEB GmbH & CO. KG hinaus keine weiteren wirtschaftlichen Tätigkeiten entfaltet, wird auf eine Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet.

Die Wahrnehmung der Interessen in der Hauptversammlung erfolgt durch einen Vertreter der STOAG. Ein Aufsichtsrat ist bestellt. Die STOAG erhält jährlich eine Gewinnausschüttung in Höhe der jeweiligen Dividende auf die RWE-Stammaktien über die Beteiligung an der RWEB. In Höhe dieser Dividende verringert sich der verbleibende Finanzierungsbetrag gegenüber der STOAG und damit auch die Belastung der Stadt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8594-0
Fax	0208/8594-210
e-Mail	info@gmva.de
Internet	www.gmva.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	125,27	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	38,81	15,18
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	91,57	35,82

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Gesellschaft für Schlackenaufbereitung mbH	Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbh	Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996
Stadt Duisburg	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Duisburg in der Fassung vom 10.10.2001
Stadt Oberhausen	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Oberhausen in der Fassung vom 30.10.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Guthoff, Maria	
	Geschäftsführer	Schellenberger, Ingo	
	Geschäftsführer	Dr. Terbeck, Gerd	
	Prokurist	Arens, Matthias	
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Enzweiler, Rainer	
	1. stellv. Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	wird vertreten durch Herrn Dirk Vöpel
	2. stellv. Vorsitzender	Hols, Werner	
	3. stellv. Vorsitzender	von Häfen, Werner	
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank	Nachfolge für Jürgen Schmidt
	Mitglied	Bandel, Frank	wird vertreten durch Frau Christa Müthing
	Mitglied	Dr. Feldmann, Detlef	
	Mitglied	Dr. Fendel, Ansgar	
	Mitglied	Dr. Foppe, Johannes-Gerhard	
	Mitglied	Dr. Greulich, Peter	
	Mitglied	Hanning, Guido	
	Mitglied	Maaßen, Thomas	
	Mitglied	Mauthe, Jürgen	
	Mitglied	Schmidt, Markus	
	Mitglied	Slykers, Manfred	
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang	
	Mitglied	Susen, Thomas	
	Mitglied	Woidtke, Karsten	
	Mitglied (AN)	Küster, Helmut	
	Mitglied (AN)	Linden, Stefan	
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Czichy, Helmut	Pers. Stellvertreter für Herrn Jürgen Schmidt
	stellv. Mitglied	Müthing, Christa	Pers. Stellvertreterin für Herrn Frank Bandel
	stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertreter für Herrn Große Brömer

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	141.371,79	69,7	119.982,59	65,1	103.434,41	59,3	-16.548,18	-13,79
Umlaufvermögen	60.510,01	29,8	63.671,96	34,5	70.764,55	40,6	7.092,59	11,14
Rechnungsabgrenzungsposten	1.039,80	0,5	755,60	0,4	259,37	0,1	-496,23	-65,67
Bilanzsumme	**202.921,60**	**100,00**	**184.410,15**	**100,00**	**174.458,33**	**100,00**	**-9.951,82**	**-5,40**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	22.277,43	11,0	11.948,01	6,5	15.245,07	8,7	3.297,06	27,60
Rückstellungen	5.444,83	2,7	17.305,01	9,4	26.455,69	15,2	9.150,68	52,88
Verbindlichkeiten	12.410,53	6,1	13.524,02	7,3	12.205,70	7,0	-1.318,32	-9,75
Rechnungsabgrenzungsposten	162.788,81	80,2	141.633,10	76,8	120.551,87	69,1	-21.081,23	-14,88
Bilanzsumme	**202.921,60**	**100,00**	**184.410,15**	**100,00**	**174.458,33**	**100,00**	**-9.951,82**	**-5,40**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	84.032,09	89.394,71	82.928,75
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00		
sonstige betriebliche Erträge	2.299,28	364,64	2.599,53
Materialaufwand	22.518,64	21.366,79	28.277,59
Personalaufwand	11.665,37	12.418,72	12.720,08
Abschreibungen	23.988,91	23.296,63	21.767,15
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.552,99	25.526,01	17.356,31
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	712,58	382,49	201,68
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	736,24	438,99	433,99
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18.581,79	7.094,70	5.174,84
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.547,25	2.365,76	1.712,42
sonstige Steuern	112,76	136,57	165,35
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	14.921,78	4.592,37	3.297,06
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	14.921,78	4.592,37	3.297,06

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	17,76	5,14	3,98	%
Eigenkapitalrentabilität:	202,86	62,43	27,60	%
Cash-Flow:	38.910,69	27.888,99	25.064,22	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	449,64	461,49	447,79	T€
Personalaufwandsquote:	13,51	13,84	14,87	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	69,60	65,01	58,66	%
Eigenkapitalquote:	10,98	6,48	8,74	%
Fremdkapitalquote:	89,02	93,52	91,26	%

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

- **Darstellung des Unternehmens**

Die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GMVA) mit Sitz in Oberhausen ist mit Wirkung vom 1. Januar 1984 durch Umwandlung eines seit 1968 bestehenden kommunalen Zweckverbandes gegründet worden. Die Gesellschaft betreibt die Müllverbrennungsanlage in Oberhausen, die 1972 ihren Betrieb aufgenommen hat.

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die GMVA ist verpflichtet, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden andienungspflichtigen Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Das gilt in analoger Anwendung ebenfalls für die Abfälle des Kreises Kleve.

Gesellschafter sind die Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt des öffentlichen Rechts (35,82 %), die Stadtwerke Oberhausen GmbH (15,18 %) und die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH, Bochum (49,0 %).

Zwischen den Städten Duisburg (der Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR als Rechtsnachfolgerin) und Oberhausen sowie der Kreis Kleve Abfallwirtschaft GmbH und der GMVA bestehen langfristige Verträge. Im Übrigen besteht für REMONDIS eine langfristige Lieferverpflichtung.

Ein wesentlicher Teil der entstehenden Forderungen an die Städte Duisburg und Oberhausen wurde in 2002 an die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG verkauft.

- **Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft**

In 2013 konnte eine Preisstabilisierung auf dem Markt nur auf niedrigem Niveau erreicht werden. Dies resultiert weiterhin aus dem Preisdruck bei großen Gewerbekunden infolge der Überkapazitäten an Verbrennungsanlagen in Deutschland und den Niederlanden. Auch aktuelle Ausschreibungen im Bereich Hausmüll belegen dies.
Der Anlagendurchsatz lag in 2013 geringfügig über dem des Vorjahres bei einer leicht gesunkenen Anliefermenge; dies führte zum Abbau des Bunkerbestandes in der Jahresbilanz. Die gute eingangsseitige Auslastung beruhte im Wesentlichen auf Akquisitionserfolgen von aufbereiteten Brennstoffen (RDF) aus dem Ausland. Durch RDF-Importe und Akquisition von Nischenabfällen konnte die Stabilisierung des Verbrennungsmarktes im Gewerbeabfallmarkt von NRW unterstützt werden.

Auch für die Zukunft muss mit einem harten Konkurrenzkampf bei einem relativ niedrigen Preisniveau auf dem Abfallmarkt gerechnet werden. Dabei wird bei gleichem oder ähnlichem Konjunkturverlauf weiterhin von einer Stabilisierung auf dem derzeitigen Niveau ausgegangen.

Auf Grund des Strompreisverfalls sind die Umsatzerlöse durch die Energielieferung in Form von Strom und Wärme stark rückläufig. Diese Entwicklung ist insbesondere geprägt durch die hoch subventionierte Energieproduktion aus erneuerbaren Energien. Die weitere Entwicklung wird im Wesentlichen von der zukünftig Ausgestaltung der EEG-Förderung abhängen.

- **Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung**

Die Umsätze sanken im Jahr 2013 von 89,39 Mio. € (2012) um 6,46 Mio. €. auf 82,93 Mio. € bei leicht gesunkenem Müllaufkommen von 681.524 t gegenüber 686.315 Tonnen im Jahr 2012.

Ursachen für diesen Rückgang sind unter anderem

- verminderte Erlöse aus der Energieabgabe (- 5,58 Mio. €, von 20,80 Mio. € in 2012 auf 15,21 Mio. € in 2013), die vor allem auf gesunkene Preise am Strommarkt zurückzuführen sind und auch auf die verminderte revisionsbedingte Stromproduktion,
- Umsatzminderung inklusive Mengentausch bei den Umsätzen für sonstige Abfallanlieferungen (von 34,25 Mio. € in 2012 um -0,73 Mio. € auf 33,52 Mio. € in 2013) bedingt durch den Marktpreisrückgang in diesem Bereich,
- Umsatzminderung im Geschäftsbereich DSD/PPK (von 0,77 Mio. € in 2012 um -0,10 Mio.€ auf 0,67 Mio. € in 2013).

- **Geschäftsergebnis**

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern liegt in 2013 mit 5,17 Mio. € um -1,92 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis von 7,09 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen durch die gesunkenen Umsatzerlöse begründet.

- **Analyse und Erläuterung von finanziellen Leistungsindikatoren**

	2013	**2012**	**2011**	**2010**
Anlagenintensität in %	59,3	65,1	69,7	71,6
Bilanzsumme in T€	174.458	184.410	202.922	229.255
Fremdkapitalquote in % *	91,26	93,5	89,0	90,9
Jahresergebnis in T€	3.297	4.592	14.922	15.608
Umsatzerlöse in T€	82.929	89.395	84.032	90.929
Materialaufwand in T€	28.278	21.367	22.519	22.781
Personalaufwand in T€	12.720	12.419	11.665	11.588

* inkl. passiver Rechungsabgrenzungsposten

Die Anlagenintensität und die Bilanzsumme sind wiederum planmäßig gesunken. Der Ersatz wesentlicher Anlagenteile in 2013 erfolgte im Wesentlichen durch die Erneuerung der Generators und Teile der Leit- und Automatisierungseinheiten.

Der Materialaufwand ist auch 2013 durch das Müllmengenmanagement inklusive Müllaustausch mit anderen Müllverbrennungsanlagen (8,56 Mio. €) geprägt.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr geringfügig gestiegen.

In den letzten Jahren waren die Investitionen deutlich niedriger als die Abschreibungen. Im Jahr 2013 hat sich daher der Abschreibungsaufwand aufgrund der Altersstruktur der Sachanlagen weiter vermindert.

Der Jahresüberschuss hat sich von 4,59 Mio. € um 1,29 Mio. € auf 3,30 Mio. € vermindert.

- **Produktion**

Der Durchsatz hat sich im Vergleich zu 2012 von 682.521 t um 3.978 t auf 686.499 t erhöht (+ 0,6 %).

Die Mengenanlieferungen sind im Jahr 2013 mit 681.524 t im Vergleich zum Vorjahr durch rückläufige kommunale Mengen aus Duisburg und Oberhausen (- 2.869 t) sowie gesunkenen sonstigen Abfallmengen (-1.922 t) geprägt.

Die Bruttostromerzeugung ist von 401 GWh auf 362 GWh gesunken. Die niedrigere Produktion in 2013 beruht im Wesentlichen auf der Revision der Dampfturbine 2 (DT2).

Die durchschnittliche Verbrennungsleistung pro Kessel belief sich in 2013 auf 21,83 t/ Betriebsstunde (Vorjahr 21,50 t/ Betriebsstunde).

- **Beschaffung**

Rund 85 % des Müllaufkommens sind durch langfristige Verträge mit REMONDIS, den Gesellschafterkommunen und der Kreis-Kleve-Abfallgesellschaft gesichert. Die Restmenge in Höhe von ca. 100.000 t musste auf dem Abfallmarkt akquiriert werden. Die Akquisitionsbemühungen konzentrieren sich hier zur Zeit auf das Ausland.

- **Investitionen**

Im Jahr 2013 wurden 5,23 Mio. € in das Anlagevermögen investiert. Ersatzinvestitionen wurden insbesondere in Höhe von 4,18 Mio. € im Bereich der Maschinen und maschinellen Anlagen, der Betriebs- und Geschäftsausstattung und der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau durchgeführt. 1,025 Mio. € wurden in das Finanzanlagevermögen für die Gründung der Tochtergesellschaften GMVA GmbH & Co.KG und GMVA Verwaltungs-GmbH investiert.

- **Finanzierungsmaßnahmen / -vorhaben**

Die bestehende Darlehensverbindlichkeit hat einen festen Zinssatz für ihre gesamte Laufzeit.

Aufgrund der Liquiditätslage der GMVA musste 2013 die eingeräumte Kreditlinie nicht in Anspruch genommen werden.

Darlehen wurden nicht aufgenommen. Auch in den nächsten beiden Jahren sind keine Darlehensaufnahmen geplant.

- **Personal- und Sozialbereiche**

Am 31.12.2013 waren bei der GMVA 201 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon 12 Auszubildende (2012 = 207 Beschäftigte, davon 12 Auszubildende) beschäftigt.

Umweltschutz

Die geltenden Umweltvorschriften, insbesondere die strengen Vorgaben der 17. Bundes-Immissions-Schutz-Verordnung, wurden für 2013 bei fast allen Parametern deutlich unterschritten.

Die 17. BImSchV ist mit Wirkung ab 02.05.2013 in der geänderten Fassung in Kraft getreten. Damit steht fest, dass für Bestandsanlagen ab 2019 ein niedrigerer NOx-Tagesmittelwert von 150 mg/m³ (bisher 200 mg/m³) einzuhalten ist. Bei der GMVA besteht hier Optimierungsbedarf für drei der vier Kessel.

Bezüglich der Quecksilbermessung stellt sich die GMVA darauf ein, bis 2015 an allen Linien kontinuierlich Messungen vornehmen zu müssen.

- **Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr**

Im Jahr 2013 wurde die GMVA unter wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekten für die Zukunft neu aufgestellt. In 2013 wurden die Tochtergesellschaften GMVA GmbH & Co. KG und die GMVA Verwaltungs-GmbH gegründet. Auf die neue GMVA GmbH & Co. KG wurden die kommunalen Entsorgungsverträge mit den Städten Duisburg und Oberhausen mit Wirkung zum 01.01.2014 übertragen. Die KG hat im Anschluss an die Vertragsübernahme einen Unterauftrag Entsorgung an die GMVA erteilt, damit diese weiterhin die Abfallentsorgung der kommunalen Mengen aus den übertragenen Verträgen durchführt.

Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb wurde 2013 erneut bestätigt.

- **Darstellung der Lage des Unternehmens**

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind auf 82,93 Mio. € (Vorjahr 89,39 Mio. €) gesunken. Dieser Rückgang wurde im Wesentlichen durch gesunkene Energieerlöse und Erlöse Dritter (inklusive Mengentausch) verursacht.

Die Erlöse aus der Energieabgabe sanken im Berichtszeitraum um 5,58 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr wegen geringerer Energieproduktion und gesunkenen Marktpreisen.

Bei den Umsätzen für Entsorgungsleistungen inklusive des Mengentauschs sind im Vergleich zum Vorjahr die Umsätze für sonstige Abfallanlieferungen um 0,73 Mio. € gesunken.

Die Papiererlöse sind aufgrund des Marktpreisverfalls um 0,10 Mio. € gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind in 2013 auf 2,60 Mio. € gestiegen. Sie enthalten im Wesentlichen Versicherungserstattungen für Schäden aus dem Brandereignis K3 und aus Schäden an der Turbine DT2 (insgesamt 2,26 Mio. €).

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken (- 1,53 Mio. €). Der Materialaufwand ist um 6,91 Mio. € höher als im Vorjahr, da hier besondere Effekte bzw. Maßnahmen wie die Turbinenrevision, Sachschäden aus Brandereignis K3, Müllbunkersanierung und eine Kesselrevisionsmaßnahme mehr als im Vorjahr die Kosten erhöht

haben. Der Personalaufwand stieg in 2013 um 0,30 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um 8,17 Mio. verringert.

Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen wird der Müllaustausch mit anderen Müllverbrennungsanlagen einschließlich Transportkosten in Höhe von 8,56 Mio. € ausgewiesen.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind u. a. neben Entsorgungskosten und Fremdleistungen sowie Versicherungsbeiträgen vorsorglich auch Zuführungen zu Rückstellungen (6,40 Mio. €, im Vorjahr 15,00 Mio. €) im Zusammenhang mit der Preisprüfung bei der GMVA enthalten.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr auf Grund der weiter reduzierten Guthabenzinsen bei konstanten Schuldzinsen um -176 T€ verschlechtert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Steuer) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,92 Mio. € reduziert.

2. Finanzlage

Das Vermögen ist zu 69,10 % aus dem Forderungsverkauf (Forfaitierung) finanziert (passiver Rechnungsabgrenzungsposten). Die Fremdfinanzierungsquote (ohne passiven Rechnungsabgrenzungsposten) des Gesamtvermögens beträgt 22,16% und ist aufgrund der Rückstellungsbildung gestiegen (Vorjahr 16,72 %).

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit gem. DRS 2 ist um 6,0 Mio. € auf 10,9 Mio. € gesunken (Vorjahr 16,9 Mio. €).

Eine Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten war aufgrund der Liquiditätslage nicht erforderlich. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet.

Auch im nächsten Jahr wird die GMVA ihre Verbindlichkeiten erfüllen können; Darlehensaufnahmen sind nicht beabsichtigt.

Die Eigenkapitalquote beträgt 8,74 % (Vorjahr 6,48%).

3. Vermögenslage

Das langfristig gebundene Vermögen hat sich planmäßig auf 103,43 Mio. € (Vorjahr 119,99 Mio. €) verringert. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten verminderte sich von 141,63 Mio. € auf 120,55 Mio. € (-21,08 Mio. €). Die sonstigen Darlehensverbindlichkeiten betragen unverändert 8,76 Mio. €.

Die Neuinvestitionen inklusive Anzahlungen in Höhe von 5,22 Mio. € in 2013 wurden aus Eigenmitteln finanziert. Die Abschreibungen minderten sich auf 21,77 Mio. € (Vorjahr 23,30 Mio. €).

Die Vorräte und die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen waren im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert. Dafür stiegen im Vergleich zum Vorjahr die sonstigen Vermögensgegenstände um + 1,48 Mio. €.

Der Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten ist im Vergleich zum Vorjahr um 5,65 Mio. € gestiegen.

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Rückläufige kommunale Mengen müssen weiterhin durch entsprechende Gewerbeabfallmengen kompensiert werden. Aufgrund der Überkapazitäten am Markt sind die Preise auf dem Spotmarkt weiterhin niedrig.

Die gesunkenen Strompreise und die verminderte Produktion machten sich in 2013 im Ergebnis der GMVA bemerkbar.

Im Jahr 2014 wird eine weitere Umsatz- und Gewinnreduzierung erwartet, da

- zu erwarten ist, dass die Strompreise weiter fallen,
- in deutschen Anlagen Überkapazitäten bestehen,
- Kommunalmengen stetig sinken (rückläufige Einwohnerzahlen, Wertstofftonne, Biotonne),
- die Abfallpreise im Gewerbeabfallbereich auf niedrigem Niveau stagnieren,
- die Erlöse aus dem DSD-Geschäft entfallen, da der Vertrag zum 31.12.2013 endete.

Im Gegenzug dazu ist aus dem Ausland ein zunehmender Import von RDF möglich. Vor diesem Hintergrund wird die GMVA in Zukunft vermehrt davon abhängig sein, dass es gelingt, Marktnischen und Brennstoffe aus dem Ausland zu nutzen, um die Anlage auszulasten.

C. Risikobericht

1. Umfeldrisiken und Branchenrisiken

Durch die Erweiterung von Müllverbrennungsanlagen und die Inbetriebnahme neuer EBS-Anlagen sind in Deutschland Überkapazitäten im Abfallentsorgungsbereich entstanden.

Da in den Niederlanden, in Österreich und in der Schweiz ebenfalls Überkapazitäten bei den thermischen Abfallbehandlungsanlagen vorhanden sind, bleibt der Druck auf die Abfallpreise bestehen. Derzeit bestehen keine Anzeichen dafür, dass die von den Marktbeobachtern empfohlene Reduzierung der Überkapazitäten in Angriff genommen wird.

Der im letzten Lagebericht prognostizierte Abwärtstrend für den Strompreis hat sich eingestellt. Es ist von einer weiteren Preissenkung auszugehen, wenn auch nicht mehr in einem solchen Ausmaß.

Aufgrund des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und der daraus resultierenden flächendeckenden Einführung der Biotonne und der Wertstofftonne wird die Restabfallmenge, die die Müllverbrennungsanlagen verwerten, voraussichtlich

weiter sinken. Auch durch die verstärkte Förderung der erneuerbaren Energien und der Biomassenutzung wird der Markt für Restabfälle beeinträchtigt.

2. Unternehmensstrategische Risiken

Die Unternehmensstrategie der GMVA ist darauf ausgerichtet, durch eine konsequente technische und wirtschaftliche Optimierung der Müllverbrennungsanlage in Oberhausen sowie durch eine verstärkte Akquisition niederkalorischer Abfälle und RDF aus dem Ausland ihre Stellung als eine der größten Anlagen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu behaupten.

Unternehmensstrategische Risiken können sich aus dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ergeben, indem der kommunale Abfallanfall weiter reduziert wird. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Neufassung des Abfallwirtschaftsplans NRW abzuwarten.

Es können sich Risiken aus gebührenrechtlichen Entscheidungen, dem Ergebnis der Preisprüfung, aus niedrigen Abfallpreisen, steigenden Kosten und niedrigen Energieerlösen ergeben.
Die sich aus der Novellierung der 17. BImSchV ergebende Verschärfung der Emissionsgrenzwerte (Absenkung der Stickstoffdioxid- und der Quecksilbergrenzwerte) ist ab dem 01.01.2019 einzuhalten.

3. Leistungswirtschaftliche Risiken

Durch die verstärkte Akquisition neuer Abfallfraktionen können sich leistungswirtschaftliche Risiken aus der Heterogenität der Abfälle ergeben. Das deutlich erhöhte Recycling und die verstärkte Biomassenutzung in Deutschland verschlechtern die Qualität der thermisch zu behandelnden Abfälle. Die GMVA wird diesem Risiko weiterhin durch eine konsequente Kontrolle der Abfallströme begegnen.

4. Personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken

Gravierende personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken für die GMVA sind im Jahr 2014 nicht zu erwarten.

5. Sonstige Risken

Die Kalkulation der Entgelte und damit der Preise zur Beseitigung kommunaler Abfälle für Duisburg, Oberhausen und den Kreis Kleve ist vor dem Hintergrund der Überprüfung der Preise im Rahmen der Gebührenklageverfahren gegen die Städte für die Vergangenheit weiterhin mit Unwägbarkeiten behaftet.

Bezüglich der Urteile des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 14.11.2012 gegen die Wirtschaftsbetriebe Duisburg – AöR wurde dem Antrag auf Zulassung zur Berufung beim OVG stattgegeben. Der Ausgang der entsprechenden Verfahren und die Auswirkungen auf die Preise für kommunale Abfälle zur Beseitigung durch die GMVA bleiben abzuwarten.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes liegen noch kein Ergebnis der Preisüberwachung und kein abschließendes Urteil vor.

D. Prognosebericht

Die Überkapazitäten bei den Abfallbehandlungsanlagen werden in den nächsten Jahren eine Erholung der Abfallpreise verhindern. Aufgrund der derzeitigen Marktsituation entwickeln sich die Strompreise in 2014 weiter leicht rückläufig; für die Zukunft ist eher mit einer Stagnation auf niedrigem Niveau zu rechnen.

Die verstärkten Bemühungen um Sekundärrohstoffe werden das Abfallangebot für thermische Abfallbehandlungsanlagen weiter verknappen. Eine Erweiterung der Anlage ist nicht geplant. Es werden lediglich Ersatzinvestitionen vorgenommen.

Die GMVA beabsichtigt, ihre Eigenkapitalquote weiter zu verbessern.

Die Gesellschaft strebt an, unter Berücksichtigung der vorgenommenen Umstrukturierungen im Zusammenwirken mit den Tochtergesellschaften zukünftig ausgeglichene Ergebnisse zu erwirtschaften.

E. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

Das Planungssystem der GMVA reagiert angemessen auf die Änderungen des Abfallrechts, des Abfallmarktes und des Strommarktes. Planungssicherheit und Planungstiefe des Planungssystems haben sich bewährt.

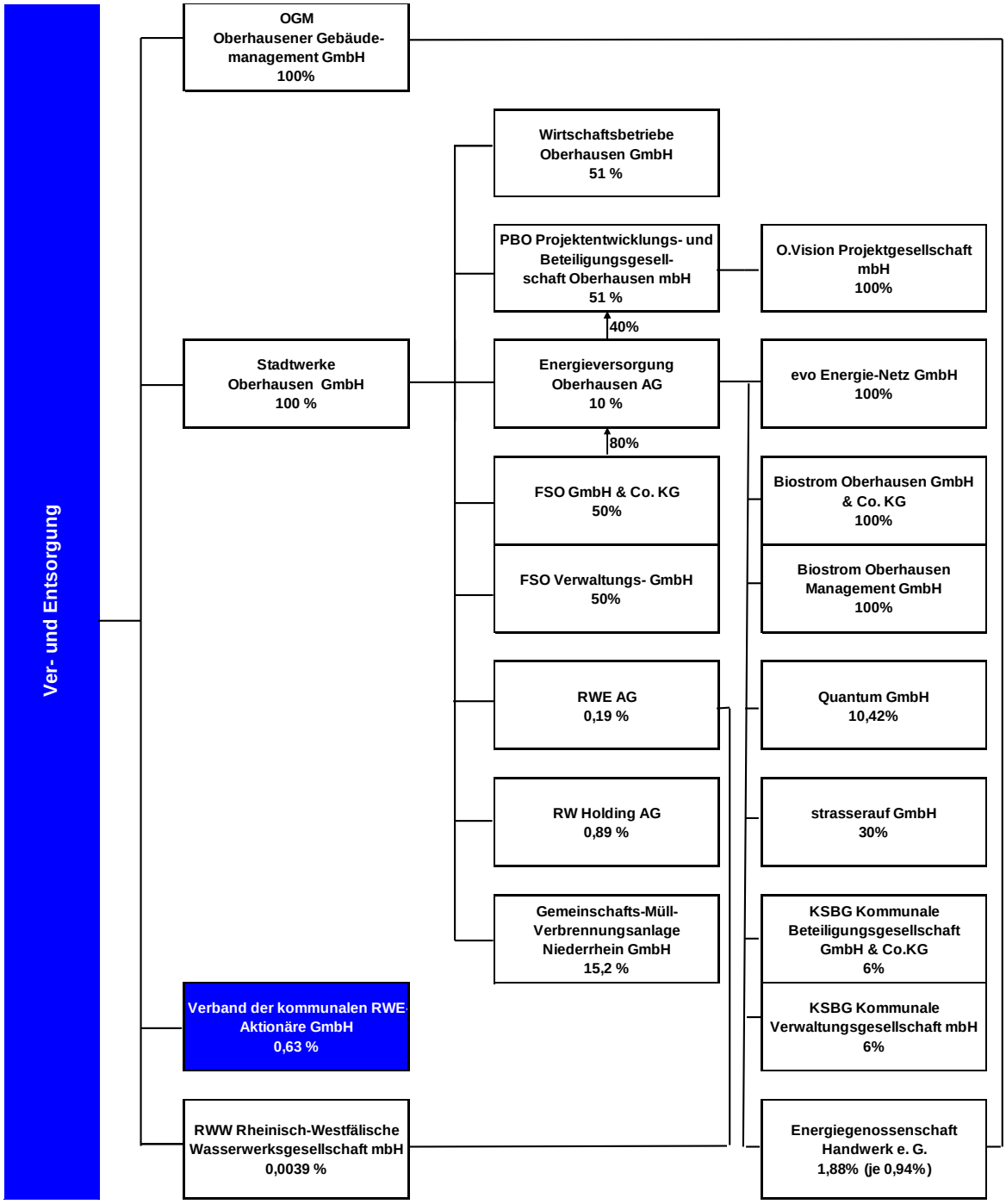
Die für die Planung erforderlichen Daten werden durch eine intensive Beobachtung der rechtlichen Entwicklungen, des Abfallmarktes und des Strommarktes gewonnen. Die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD), der Meinungsaustausch im Rahmen des VKS/VKU, der Besuch von Fachmessen und Fortbildungsveranstaltungen tragen dazu bei, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen.

F. Sonstige Pflichtangaben nach § 289 Absatz 2 HGB

Es sind keine Vorgänge für eine entsprechende Berichterstattung bekannt.

Oberhausen, den 14.03.2014

gez.	gez.	gez.
I. Schellenberger	M. Guthoff	Dr. G. Terbeck


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 62
45130 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 221377
Fax	0201/ 222974
e-Mail	info@vka-rwe.de
Internet	www.vka-rwe.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 127,82

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	0,80	0,63
Stadtsparkasse Oberhausen	0,51	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben
-die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
-die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

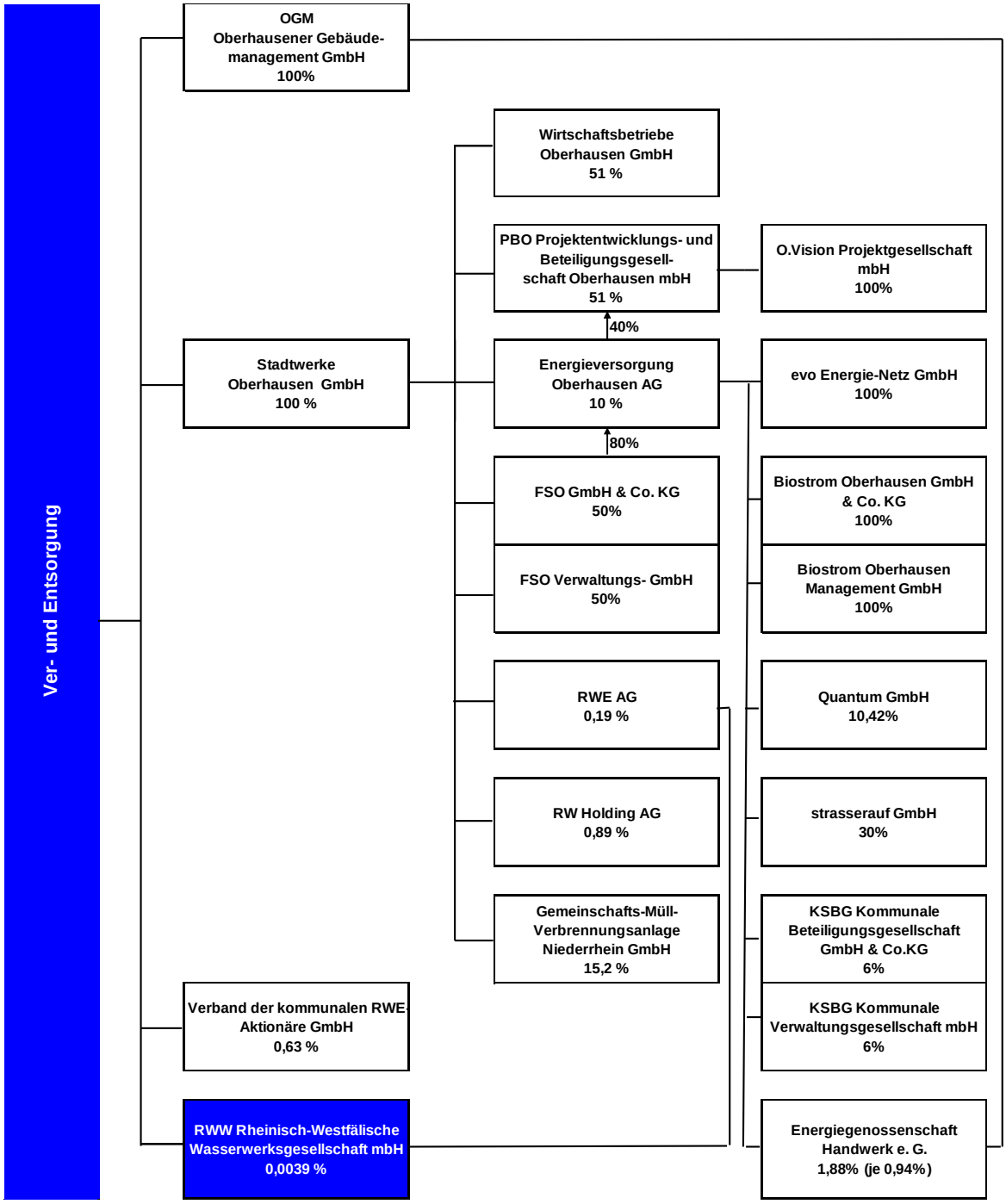
Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gerlach, Ernst
	Geschäftsführer	Graef, Roger
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Mühlenfeld, Dagmar
	1. stellv. Vorsitzender	Kühn, Frithjof
	2. stellv. Vorsitzender	Paß, Reinhard
		sowie weitere 10 Mitglieder


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co.KG
6%
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88% (je 0,94%)

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/ 44331
Fax	0208/ 4433233
e-Mail	rww@rwe.com
Internet	www.rww.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 15.381,95

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Recklinghausen	55,15	0,36
RWE Aqua GmbH	12.272,45	79,78
Stadt Bottrop	862,85	5,61
Stadt Gladbeck	652,70	4,24
Stadt Mülheim	1.538,20	10,00
Stadt Oberhausen	0,60	0,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

Die Gesellschaft ist so zu führen, dass die geltenden Gesetze, insbesondere die Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Gemeindeordnung NW - GO NW) beachtet werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Prokurist	Dr. Donner, Christoph
	Prokurist	Schubert, Achim
Vertreterin der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Janßen, Anne

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Böddeling, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Bonan, Uwe
	stellv. Vorsitzender	Hirschfelder, Herrmann
	Mitglied	Bernert, Roland
	Mitglied	Dorsch-Kellermann, Andrea
	Mitglied	Holzmann, Jürgen
	Mitglied	Dr. Neuhaus, Arndt
	Mitglied	Püll, Markus
	Mitglied (AN)	Brockmann, Bernd
	Mitglied (AN)	Wehling, Tim

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	6,39	2,12
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	0,83	3,13
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	184,30	15,31
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	24,60	48,00
Wasserverbund Niederrhein GmbH	600,60	26,00
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	2,55	0,83

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		**2012**		**2013**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	121.505,13	61,9	118.844,51	59,5	162.957,34	80,7	44.112,83	37,12
Umlaufvermögen	74.759,59	38,1	80.803,94	40,4	38.895,65	19,3	-41.908,29	-51,86
Rechnungsabgrenzungsposten	131,49	0,1	122,31	0,1	97,64	0,0	-24,67	-20,17
Bilanzsumme	**196.396,21**	**100,00**	**199.770,76**	**100,00**	**201.950,63**	**100,00**	**2.179,87**	**1,09**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	75.843,16	38,6	75.977,64	38,0	76.169,93	37,7	192,29	0,25
Sonderposten mit Rücklagenanteil	9.551,29	4,9	7.792,78	3,9	6.196,53	3,1	-1.596,25	-20,48
Rückstellungen	107.441,29	54,7	112.415,90	56,3	115.180,68	57,0	2.764,78	2,46
Verbindlichkeiten	3.556,32	1,8	3.444,39	1,7	4.298,92	2,1	854,53	24,81
Rechnungsabgrenzungsposten	4,15	0,0	140,05	0,1	104,57	0,1	-35,48	-25,33
Bilanzsumme	**196.396,21**	**100,00**	**199.770,76**	**100,00**	**201.950,63**	**100,00**	**2.179,87**	**1,09**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	106.539,73	105.021,69	107.775,94
andere aktivierte Eigenleistungen	921,89	986,13	793,96
sonstige betriebliche Erträge	7.098,97	6.199,39	7.313,66
Materialaufwand	27.979,87	28.181,36	29.034,26
Personalaufwand	32.390,38	30.891,98	28.646,37
Abschreibungen	10.250,75	10.237,24	9.483,39
sonstige betriebliche Aufwendungen	24.226,81	24.711,83	24.750,84
Erträge aus Beteiligungen	170,07	172,04	169,03
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	8,79	6,39	8,56
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.236,67	1.074,63	646,97
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	0,58		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.355,00	5.874,37	7.303,12
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.772,72	13.563,49	17.490,13
außerordentliche Aufwendungen	130,06	130,06	1.578,36
außerordentliches Ergebnis	-130,06	-130,06	-1.578,36
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.529,60	3.298,96	5.719,48
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	10.113,07	10.134,48	10.192,29
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	10.113,07	10.134,48	10.192,29

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,49	9,65	9,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	15,39	15,39	15,45	%
Cash-Flow:	20.364,40	20.371,72	19.675,68	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	276,72	273,68	283,33	T€
Personalaufwandsquote:	28,27	27,53	24,72	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	60,72	58,40	57,68	%
Eigenkapitalquote:	38,62	38,03	37,72	%
Fremdkapitalquote:	61,38	61,97	62,28	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsgrundlagen

Das Geschäftsmodell von RWW

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim an der Ruhr (im Folgenden „RWW" genannt), gehört als regionaler Trinkwasserdirektversorger zu den größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt in Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Dorsten, Reken, Velen, Gescher, Schermbeck und Raesfeld ca. 750.000 Einwohner als Direktversorger mit hochwertigem Trinkwasser. Darüber hinaus versorgt RWW als Trinkwasservorlieferant der Stadtwerke Velbert, Wülfrath, Ratingen und Borken indirekt weitere ca. 250.000 Einwohner.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim an der Ruhr sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW fünf Flusswasserwerke, die ausgehend von der traditionell im Ruhrtal weit verbreiteten künstlichen Grundwasseranreicherung in einem modernen und leistungsfähigen mehrstufigen Aufbereitungsprozess qualitativ hochwertiges Trinkwasser liefern. Im nördlichen Versorgungsgebiet verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der „Halterner Sande" über drei Wasserwerke, die Grundwasser fördern. Betriebswasser gewinnt RWW aus dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von ca. 3.000 km. Zur Wartung und Reparatur des Rohrnetzes sind sechs regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die zentrale Betriebsdirektion in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Die Linienfunktionen umfassen die Organisationseinheiten Technik, Recht/Personal, Marketing und Kommunikation, Finanzen, Controlling sowie Geschäftsentwicklung und Strategie. Der größte Bereich Technik gliedert sich in die Organisationseinheiten Stabsstelle Technik, Ressourcenmanagement, Technische Services und Vertrieb, Produktion, Netze, Instandhaltung, Facility Management und Qualität. Die Organisationseinheiten Revision sowie Arbeitssicherheit/Umweltmanagement sind der Geschäftsführung als Stabsfunktionen zugeordnet.

Geführt wird die RWW von der RWE Deutschland AG. Die Gesellschaft mit Sitz in Essen bündelt die deutschen Aktivitäten des RWE Konzerns in den Bereichen Netz, Vertrieb und Energieeffizienz und führt die deutschen Regionalgesellschaften. RWW stellt als regionales Kompetenzcenter Wasser die Expertise der RWE Deutschland AG im Wassergeschäft dar.

RWE Aqua GmbH ist mit 79,8% Hauptgesellschafter der RWW. Die Städte Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie der Kreis Recklinghausen sind darüber hinaus Gesellschafter des Unternehmens. Die Gesellschaft erfüllt mit ihrer Tätigkeit vollumfänglich den dringenden öffentlichen Zweck der Trinkwasserversorgung (§§ 107f GO NW). Die o. g. Kommunen/Gebietskörperschaften sind in den Aufsichtsgremien des Unternehmens unmittelbar vertreten.

Ziele und Strategien

RWW verfolgte in 2013 die konsequente Weiterentwicklung der innerbetrieblichen Prozesse sowie der strategischen Planung und Umsetzung von Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen zur Sicherung von Qualität und Versorgungsleistung. Basierend auf dem RWW-Fachwissen und dem wasserwirtschaftlichen Anlagevermögen konnten erfolgreich vertriebliche Themenstellungen bearbeitet und mit den Kunden umgesetzt werden.

Die Strategie, das ausgeprägte Fachwissen der RWW in den verschiedenen Bereichen der Trinkwasserversorgung für die Vermarktung technischer Dienstleistungen einzusetzen, wurde im Jahr 2013 erfolgreich und konsequent weitergeführt. Die verschiedenen technischen Dienstleistungen im Netzbetrieb (Armaturenkontrolle, Wasserverlustanalyse und Leckortung) treffen auf eine zunehmende Nachfrage und werden, da sie sehr gut im Markt etabliert sind, entsprechend nachgefragt. Das Produkt Wasserspender hat sich im Jahr 2013 erfolgreich weiter im Markt platziert und wird von vielen Unternehmen im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements eingesetzt.

Mit der Entwicklung und Einführung des so genannten Systempreismodells für Trinkwasserpreise hat RWW eine führende Position bei innovativen Preissystemen entwickelt. In Kooperation mit der Hochschule Ruhr West (HRW) wurde dieses Know-How in ein Beratungsprodukt umgewandelt, das mittlerweile bundesweit nachgefragt wird. Das Angebot zielt auf die Entwicklung individueller Preissysteme für Trinkwasserversorger ab und besteht aus modular aufgebauten Beratungselementen. Die Beratung zur Entwicklung eines Systempreismodells wurde in 2013 bei neun Wasserversorgungsunternehmen bzw. Stadtwerken erbracht. Zwei davon, die Stadtwerke Aschersleben GmbH und die Hochsauerlandwasser GmbH, führten zum 01.01.2014 einen Systempreis ein.

Verfahrenstechnische Beratung z. B. im Bereich des Aktivkohlemanagements oder der Energieeffizienz werden bei RWW nachgefragt. Die strategische Bewertung der vertrieblichen Aktivitäten und die zielgerichtete Produktentwicklung zeigen, dass RWW sich sehr gezielt den Marktanforderungen anpasst, um eine weitere Geschäftsentwicklung im Nicht-Tarifbereich („Drittgeschäft") zu erzielen.

Gesetze, Verordnungen, technische Regelwerke und Sicherheitsvorschriften stellen hohe Anforderungen an die Organisation des Unternehmens. RWW verfolgt daher eine stringente Zertifizierungsstrategie (Bsp. Technisches

Sicherheitsmanagement, DIN14001, EMAS III und zukünftig ggf. DIN500001). Die fachliche Umsetzung der Regeln und Normen soll unter allen Umständen gewährleistet sein. Dies gilt sowohl für Arbeiten an eigenen Anlagen und Netzen sowie für Arbeiten im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte. RWW forciert im Rahmen einer Unternehmensinitiative „Sicher vorweg" die Verringerung bzw. Vermeidung von Gefährdungen und Risiken für Personen und Sachwerte, sowohl für die eigene Mitarbeiterschaft als auch für bei RWW beschäftigte Fremdunternehmen. RWW hat weiterhin das ambitionierte Ziel, den Zielwert „Häufigkeit der unfallbedingten Arbeitszeitausfälle" (engl. Lost Time Injury Frequency (LTIF)) signifikant zu reduzieren. Arbeitsschutz und -sicherheit haben bei RWW einen sehr hohen Stellenwert. Auf Basis des DVGW-Regelwerkes W1001/1002 führt RWW ein intensives Krisenmanagementtraining zu verschiedenen Krisenszenarien durch.

Forschung und Entwicklung

Projektbeteiligungen im Rahmen der angewandten Forschung und Entwicklung zur weitergehenden Optimierung der Anlagen- und Prozesstechnik (inkl. Mess-, Steuer- und Regeltechnik) sowie Organisation und Management werden aktiv weiterentwickelt. So wird z. B. im Rahmen des BMBF-Projektes „Sichere Ruhr - Badegewässer und Trinkwasser für das Ruhrgebiet" eine Überprüfung des betrieblichen Sicherheitsstandards der Trinkwassergewinnung und -aufbereitung aus der Ruhr hinsichtlich der Rückhaltung von Krankheitserregern durchgeführt. Das Multi-Barrierensystem des Mülheimer Verfahrens stellt einen hohen technischen Standard dar. Diese Weiterentwicklung erfolgt gezielt im Sinne der RWW-Kunden, so dass RWW aktiv die Prozesssicherheit kontinuierlich erhöht. Erste Zwischenergebnisse zeigen, dass das Multibarrieren-System des Mülheimer Verfahrens sehr effizient ist. Als Beispiel für die RWW-Prozessoptimierung wird im Projekt ReAktiv die Verlängerung der Wertschöpfungskette von Wasserwerksaktivkohlen hin zur Nutzung in der Abwasserreinigung untersucht. Insgesamt ist RWW in 2013 an drei Forschungs- und Entwicklungsprojekten beteiligt, die gezielt die Bereiche Energie, Klimawandel und Prozessoptimierung abdecken. Für 2014 hat RWW sich mit zwei weiteren Energieeffizienz-Projekten im BMBF-Programm „zukunftsfähige Technologien und Konzepte für eine energieeffiziente und ressourcenschonende Wasserwirtschaft" (ERWAS) qualifiziert. Gemeinsam mit den Projektpartnern werden weitere Grundlagen für eine energetisch optimierte Wasserwirtschaft erarbeitet.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im wasserwirtschaftlichen Jahr 2013 setzt sich der charakteristische Jahresverlauf der letzten Jahre durch. Nach einem sonnenscheinarmen Winter 2012/2013 mit warmen Durchschnittstemperaturen und durchschnittlichen Niederschlagsmengen, folgte ein sehr kühler und trockener Frühling. Der Mai war gekennzeichnet durch niedrige Temperaturen und einer hohen Niederschlagsmenge. Der Sommer wies überdurchschnittlich hohe Temperaturen auf sowie eine lang anhaltende Trockenperiode von Anfang Juli bis Anfang September. Der Herbst hingegen war durchschnittlich warm und regenreich. Die Förder- und Absatzsituation bei RWW war durch diesen Jahresverlauf geprägt, es stellt kein Ausnahmejahr dar, jedoch konnte erst im Sommerverlauf die Förder- und Absatzmenge des Vorjahres erreicht werden.

Die Absatzmenge von 82,8 Mio. m³ liegt auf Vorjahresniveau und mit 0,3 Mio. m³ geringfügig unter dem letzten Prognosewert von 83,1 Mio. m³. Während die Menge im Tarifkundensegment um 0,3 Mio. m³ gegenüber dem Vorjahr zunahm, blieb die Absatzmenge in den übrigen Kundensegmenten nahezu konstant. Der Anstieg des Trinkwasserabsatzes im Tarifkundensegment spiegelt den klimatischen Jahresverlauf wider.

Benchmarking hat sich in der Wasserwirtschaft in NRW zu einem festen Bestandteil der effizienz- und kundenorientierten Unternehmenssteuerung entwickelt. RWW betreibt Benchmarking aktiv auf zwei verschiedenen Ebenen. Zum einen auf der Ebene der Landes- Benchmarkingprojekte in NRW, zum anderen durch Beteiligung an konkreten Vergleichen mit wenigen anderen Unternehmen zu einzelnen operativen Prozessen, die sich auf Leistungs- und Effizienzaspekte beziehen.

Das seit 2009 erfolgreich laufende NRW-Landesprojekt Benchmarking „Wasserversorgung" erreichte in 2013 mit 105 Teilnehmern (entspricht 87% des Wasserabsatzes in NRW) eine Stabilisierung auf hohem Niveau.

Die Wasserwerke an der Ruhr stehen in einem kontinuierlichen Dialog mit Aufsichtsbehörden und Öffentlichkeit (Medien) zu den Themen „Eignung des Flusswassers für die Trinkwassergewinnung", „toxikologische Bewertung von im Ruhrwasser festgestellten organischen Spurenstoffen" und „Mikroverunreinigungen". Das Umweltministerium NRW verfolgt dabei im Rahmen des Programms „Reine Ruhr" als Anschlussaktivität zur „Arnsberger Vereinbarung" beim integrierten Gewässerschutz mehrere Ansätze:

- Vermeidung von Schadstoffeinträgen an der Quelle
- Verschärfte Kontrollen der industriellen Direkteinleitungen
- Weitere Aufrüstung der Kläranlagen
- Einführung von Mindeststandards bei der Trinkwasseraufbereitung in den Ruhrwasserwerken
- Verbesserung der Information der Öffentlichkeit über naturwissenschaftliche Zusammenhänge bei der Diskussion um das Thema „Wie rein muss Trinkwasser sein?"

Obwohl nicht unmittelbar betroffen, stehen die aktuell geführten Diskussionen zur möglichen Weiterentwicklung der Abwasserreinigungsstufe mit den vorangehend aufgeführten Aspekten in Zusammenhang. Die Umweltqualitätsnorm-Richtlinie (RL 2008/105/EG) ist eine Tochter-Richtlinie der Wasserrahmen-Richtlinie und legt auf europäischer Ebene für

bestimmte prioritäre und prioritär gefährliche Stoffe Umweltqualitätsnormen (= Immissionsgrenzwerte für den guten Zustand von Oberflächengewässern) fest. Die Liste der diesbezüglichen Stoffe wird in regelmäßigen Abständen (nun sechs Jahre) auf der Basis von wissenschaftlichen Daten und Risikobewertungen überarbeitet. Nach Artikel 4 der Wasserrahmen-RL sind die Einleitungen, Emissionen und Verluste schrittweise zu reduzieren und für die prioritär gefährlichen Stoffe letztlich zu beenden. Nach einem mehrjährigen Vorbereitungsprozess wurde die Richtlinie in erster Lesung von Rat und Parlament im Sommer 2013 verabschiedet. Neben der fachlich und kommunikationsrelevanten Diskussion zur Bewertung von Grenzwerten zum Schutz für das aquatische Leben und den humantoxikologischen Ansätzen für den Bereich der Trinkwasserversorgung, wird auch die Kostenträgerschaft für die Maßnahmenumsetzung kontrovers diskutiert. RWW als Trinkwasserversorger mit einer Rohwassergewinnung u. a. aus dem Oberflächenwasser der Ruhr ist bestrebt, die Perspektive der Trinkwasserversorgung aktiv in diesen Prozess einzubringen.

Geschäftsverlauf

Die Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen im Sachanlagevermögen lagen unverändert zum Vorjahr im Verteilnetz sowie in der Anlagentechnik der Bereiche Wassergewinnung und –aufbereitung, sie liegen nahezu auf Vorjahresniveau.

RWW hat gezielt die auf Basis der Software PiReM (Pipe Rehabilitation Management System) optimierte Rehabilitationsplanung und die daraus priorisierten Maßnahmen im Bereich des (Netz-) Asset Management weiter umgesetzt. Die Erneuerungsplanung der sicherheitskritischen Netzinfrastruktur der RWW wurde systematisch weiterentwickelt. Hierzu wurden unter anderem für wesentliche Störfallsituationen Szenarien simuliert. Abgeleitete Ergebnisse wurden entsprechend in die Maßnahmenplanung integriert. Hauptleitungen („Magistralen“) stellen den wesentlichen kritischen Teil des Versorgungsnetzes dar. Mit dem in 2012 begonnenen und in 2013 weitergeführten Erneuerungsprogramm für eine der versorgungskritischen Hauptleitungen, hat RWW konsequent die Versorgungssicherheit weiter erhöht.

Von den in 2013 getätigten Investitionen entfiel mit 4,7 Mio. € (Vorjahr: 5,4 Mio. €) - einschließlich der Anlagen im Bau - der wesentliche Anteil auf die Erneuerung bzw. Erweiterung des Versorgungsnetzes einschließlich Wasserzähler.

Im Bereich des Zählermanagements hat RWW prozessorgesteuerte Speichereinheiten (sog. Datenlogger) mit der Zielsetzung installiert, um Informationen zum Verbrauchsverhalten der Kundengruppe zu erlangen. Hierdurch kann der für den Kunden geeignete Zähler (Typ und Dimensionierung) ausgewählt werden.

Das gesamte Investitionsvolumen im Bereich der Wasserwerke beläuft sich auf 3,2 Mio. € (einschließlich der Anlagen im Bau).

Den Investitionsschwerpunkt im Bereich der Wasseraufbereitung bildet der Ersatz der Chlordesinfektion durch UV-Desinfektion. RWW verfolgt damit eine Wasserqualitätsverbesserung, die zur Erhöhung der Kundenzufriedenheit in Zusammenhang mit einer weitergehenden Erhöhung der Betriebssicherheit steht. Nachdem das Wasserwerk Dorsten-Holsterhausen mit einer Niederdruck-UV-Desinfektionsanlage ausgerüstet wurde, wird auch seit 2013 das Wasserwerk Styrum-West umgerüstet. Ein Abschluss der Maßnahme erfolgt voraussichtlich in 2014. Für das Wasserwerk Essen-Kettwig sind entsprechende Maßnahmen in 2013 begonnen worden. Für die abgeschlossene Maßnahme der unterirdischen Dichtwand im Wasserwerk Essen-Kettwig wurde als Ausgleichsmaßnahme von RWW ein mit der Bezirksregierung abgestimmter Retentionsraum geschaffen. Im Wasserwerk Dorsten-Holsterhausen wurde die 10-KV-Mittelspannunganlage ersetzt.

Im Wasserwerk Dohne trat im Berichtsjahr ein Großschaden auf. Durch Veränderung der anlagentechnischen Ausführung konnte die Sicherstellung der Gesamtversorgungssituation rechtzeitig zu Beginn der potenziellen Trockenwetterperiode wiederhergestellt werden. Gegenwärtig wird intensiv die nachhaltige Einbindung des Wasserwerks Dohne in das Versorgungskonzept geprüft.

Im Geschäftsjahr 2013 erwarb RWW von der RWE Deutschland AG eine 9,97%ige Beteiligung an der Wasserwerke Paderborn GmbH im Nennbetrag von 911.500,00 € für 2,2 Mio. €. Die Ausschüttung für den gekauften Geschäftsanteil für das Geschäftsjahr 2013 steht RWW zu.

Berichterstattung nach EnWG / Wasserlaufkraftwerk Kahlenberg:

Das Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 28. Juli 2011 (BGBl. I 2011, S. 1554), das am 04. August 2011 im Bundesgesetzblatt verkündet wurde, änderte zum 05. August 2011 das EnWG. RWW ist ein im Sinne des § 3 Nr. 38 EnWG vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit den Folgen der Kontentrennungspflicht nach § 6 b Abs. 3 EnWG und der erweiterten Pflicht zur Lageberichterstattung nach § 6 b Abs. 7 S. 4 EnWG. Im Geschäftsjahr 2013 wurden innerhalb des Elektrizitätssektors ausschließlich andere Tätigkeiten gemäß § 6 b Abs. 3 S. 3 EnWG durchgeführt.

Die Energieeigenerzeugung aus dem RWW-Wasserlaufkraftwerk Kahlenberg an der Ruhr stellt eine wichtige Komponente des RWW-Energiemanagements dar. Das Kraftwerk entnimmt dem Ruhrschifffahrtskanal jeweils so viel Wasser, dass die drei Turbinen effizient zur Stromerzeugung eingesetzt werden können. Eine direkte wirtschaftliche Abhängigkeit von der Wasserführung der Ruhr ist gegeben. Auch hier zeigt sich die Auswirkung des hydrologischen

Wasserjahres. Durch die früh einsetzende Trockenheit in 2013 konnte die Zielgröße des Ruhrverbandes für den Stauinhalt der Ruhrverbandstalsperren nicht erreicht werden. Erst im Oktober wurde der statistisch gemittelte Stauinhaltsverlauf (Periode 1968 - 2010) für die Ruhrtalsperren wieder erreicht.

Im Rahmen der Revision einer Turbine des Kraftwerkes Kahlenberg wurde ein Materialschaden des Turbinenrads festgestellt. Auf Basis der gutachterlichen Bewertung konnte keine Instandsetzung erfolgen, sondern eine Anfertigung eines neuen Turbinenrads musste beauftragt werden. Mit einer erzeugten Leistung von nur 14,5 GWh in 2013 (Vorjahr: 14,7 GWh) gehört dieser Jahreswert zu den Niedrigerzeugungsjahren. Die erzeugte Strommenge setzte RWW fast ausschließlich im eigenen Unternehmen ein.

Die zum 01.01.2012 vorgenommene Einführung eines neuen Tarifsystems nach dem sog. „Systempreismodell“ hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr als ein richtiger Schritt erwiesen. Die zum 01.01.2013 durchgeführte Preisanpassung als Folge gestiegener Kosten, hatte einen signifikant geringeren Nachfragerückgang zur Folge als ursprünglich vermutet. Seit Umstellung des Preissystems verbleibt die Kundenzufriedenheit auf hohem Niveau. Die Beschwerdestatistik belegt für 2013 ein, bezogen auf den Fünfjahreswert, unterdurchschnittliches Beschwerdeaufkommen. RWW hat die öffentliche Wahrnehmung der Umstellungsmaßnahme durch transparente Kommunikation gezielt erhöht. Dies hat nicht nur zur Kundenzufriedenheit beigetragen, sondern auch die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit auf die Preisumstellung und deren allgemeinen Erfordernisse gelenkt. Damit konnte RWW nicht unmaßgeblich zur Diskussion über die Notwendigkeit der Umstellung von Entgeltsystemen für die Trinkwasserversorgung und ähnlicher Infrastrukturen wie Energie und Abwasser anstoßen. Gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und der Hochschule Ruhr-West (HRW), Mülheim an der Ruhr, hat RWW im Spätherbst 2013 eine bundesweite Befragung von über 1.200 Wasserversorgungsunternehmen zu Umstellungserfordernissen und –absichten durchgeführt. Erste Ergebnisse liegen im Frühjahr 2014 vor.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt RWW verschiedene Kennzahlen. Im Bereich Finanzen werden das Betriebsergebnis, die Dividende und die Höhe der Investitionen als wesentliche Steuerungsgrößen verwendet. Im nichtfinanzbezogenen Bereich steuert RWW die unternehmerischen Aktivitäten im Wesentlichen anhand der Kennzahl Absatzmenge.

Betriebsergebnis und Absatzmenge: Die Kennziffer Betriebsergebnis definiert sich aus dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, bereinigt um das Zinsergebnis sowie die Erträge aus Ausleihungen und Genossenschaftsanteilen des Finanzanlagevermögens zuzüglich der Beteiligungserträge. Das Betriebsergebnis betrug im Geschäftsjahr 24,1 Mio. € (Vorjahr: 18,3 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus erhöhten Umsatzerlösen, aus geringeren Aufwendungen für Altersverorgung sowie aus reduzierten Abschreibungen und liegt damit deutlich über dem Prognosewert[4] von 20,8 Mio. €. Die Absatzmenge liegt mit 83,1 Mio. m³ um 0,3 Mio. m³ unter dem Prognosewert.

Investitionen: Das Geschäft der RWW ist anlagenintensiv. Daher bildet die optimale Höhe der Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen eine weitere Zielgröße. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen im Geschäftsjahr 9,5 Mio. € (Vorjahr: 7,9 Mio. €) und liegen in etwa auf Prognoseniveau. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aufgrund geplanter Maßnahmen im Bereich der Wasserwerksanlagen.

Die Höhe der vorgesehenen Dividende liegt mit 10,0 Mio. € auf Vorjahres- und Prognoseniveau.

[4] Prognosewert ist der im November des Vorjahres festgelegte Budgetwert.

Lage

Ertragslage

Die nachfolgende Gewinn- und Verlustrechnung gibt einen Überblick über wesentliche Posten:

	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	108,6	106,0
Sonstige betriebliche Erträge	7,3	6,2
Materialaufwand	-29,0	-28,2
Personalaufwand	-28,6	-30,9
Abschreibungen	-9,5	-10,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern)	-24,8	-24,7
Zins- und Finanzergebnis (einschl. außerordentliche Aufwendungen)	-8,1	-4,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5,7	-3,3
Jahresüberschuss	10,2	10,1

Die im Geschäftsjahr erzielten Umsatzerlöse einschließlich der aktivierten Eigenleistungen liegen um 2,6 Mio. € über dem Vorjahreswert. Der Anstieg ergibt sich mit 2,8 Mio. € aus der Erhöhung der Umsatzerlöse bei gleichzeitigem Rückgang der aktivierten Eigenleistungen um 0,2 Mio. €. Der Rückgang der aktivierten Eigenleistungen erklärt sich durch geringere investive Maßnahmen im Rohrnetz sowie verstärkte Beauftragung von Drittfirmen.

Während die Umsatzerlöse aus den Wasserlieferungen um 3,2 Mio. € auf 105,0 Mio. € stiegen, sanken die Umsatzerlöse aus Hausanschlussarbeiten um 0,4 Mio. €. Der Anstieg der Umsatzerlöse im Bereich der Wasserlieferungen ist im Wesentlichen preisbedingt. Die Umsatzerlöse im Strombereich blieben mit 0,1 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick der Wasserbeschaffung bzw. der Wasserabgabe bei RWW:

	2013 in Mio. m³	**2012** in Mio. m³
Wasserbeschaffung		
Eigenerzeugung	74,1	73,9
Fremdbezug	15,5	15,1
	89,6	**89,0**
Wasserabgabe		
Sondervertragskunden		
Trinkwasser	27,9	27,8
Betriebswasser	18,6	18,7
	46,5	**46,5**
Tarifkunden	36,3	36,0
	82,8	**82,5**
Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen, Netzverluste (unentgeltliche Verbräuche)	**6,8**	**6,5**

Mit 82,8 Mio. m³ lag die Gesamtabgabe an Trink- und Betriebswasser um 0,3 Mio. m³ über der Vorjahresmenge. Auf das Kundensegment Sondervertragskunden einschließlich Weiterverteiler (Trink- und Betriebswasser) entfiel unverändert eine Abgabemenge von 46,5 Mio. m³. Auf die gesamte Trinkwasserabgabe entfielen 64,2 Mio. m³, davon 36,3 Mio. m³ auf die Trinkwasserlieferungen an Tarifkunden. Witterungsbedingt konnte die abgesetzte Menge im Tarifkundensegment um 0,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr zulegen, die Mengen im Sondervertragskundenbereich blieben nahezu konstant. Die Abgabemengen in den Kundensegmenten der Wiederverkäufer und des Handels waren mit 0,8 Mio. m³ leicht rückläufig.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 7,3 Mio. € um 1,1 Mio. € über dem Wert des Vorjahres, im Wesentlichen bedingt durch höhere Rückstellungsauflösungen im Berichtsjahr.

Der Materialaufwand steigt mit 29,0 Mio. € um 0,8 Mio. € über den Vorjahreswert. Während sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um 0,8 Mio. € erhöhten, die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 0,6 Mio. € reduzierten, erhöhten sich im wesentlichen bedingt durch die höhere EEG-Umlage die Energieaufwendungen um 0,6 Mio. €.

Die Personalaufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. € auf 28,6 Mio. €. Hauptgrund ist die reduzierte Anzahl anspruchsberechtigter Pensionäre.

Zum Stichtag 31.12.2013 beschäftigte RWW 428 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 19 Mitarbeiter befinden sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Diese Mitarbeiter werden gesondert ausgewiesen, da sie nicht in der Stammbelegschaft geführt werden. Die Zahl der Angestellten blieb unverändert bei 219 Mitarbeiter. Im gewerblichen Bereich sind 209 Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 18,7% der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 29,7%. Auch im Berichtsjahr bildet RWW über den eigenen Bedarf hinaus aus. Am 31.12.2013 befanden sich 21 Jugendliche in einer Ausbildung in den Berufsbildern Industriekaufmann/-frau, Elektroniker/-in für Betriebstechnik und Industriemechaniker/-in. RWW beschäftigte zum Jahresende 31 anerkannt schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon befinden sich zwei Mitarbeiter in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen lagen mit 9,5 Mio. € deutlich unter Vorjahresniveau. Gründe hierfür sind die zum 01.01.2013 vorgenommene Umstellung auf die lineare Nutzungdauer sowie das Erreichen der wirtschaftlichen Nutzungssdauer einiger Vermögensgegenstände im Berichtsjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen dotieren mit 24,8 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau.

Das Zins- und Finanzergebnis (einschließlich der außerordentlichen Aufwendungen) verschlechterte sich um 3,3 Mio. € auf -8,1 Mio. €. Diese Ergebnisverschlechterung resultiert aus dem weiter rückläufigen Zinsniveau, das sich sowohl negativ bei den Erträgen aus Geldanlagen niederschlägt (- 0,4 Mio. €) als auch höhere Zinsbelastungen bei den Pensionsrückstellungen (Berichtsjahr: 7,0 Mio. €; Vorjahr: 5,6 Mio. €) verursacht. Darüber hinaus ist der noch bestehende BilMoG-Anpassungbetrag (Art. 67 Abs. 2 EGHGB) vollständig als außerordentlicher Aufwand im Berichtsjahr berücksichtigt worden.

Finanzlage

RWW ist als Konzernunternehmen der RWE AG in den Cash Pool der RWE Deutschland AG, Essen, einbezogen. Das Cash Management umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsdisposition und Liquiditätsausgleich sowie die Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern sowie Darlehen. Zum 31.12.2013 waren insgesamt 69,8 Mio. € bei der RWE Deutschland AG verzinslich angelegt.

Wie der nachfolgend wiedergegebenen Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich eine zahlungswirksame Erhöhung des Finanzmittelfonds um 0,4 Mio. €. Der Finanzmittelfonds wird definiert als Summe aus Kassenbestand zuzüglich der konzerninternen Geldanlagen.

	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit	21,1	22,4
Cash flow aus Investitionstätigkeit	-10,7	-6,7
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-10,0	-10,0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**0,4**	**5,7**

Sämtliche Investitionen des Geschäftsjahres konnten aus dem Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit finanziert werden.

Der dynamische Verschuldungsgrad (Differenz zwischen Fremdkapital und flüssige Mittel im Verhältnis zum Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit) ist im Berichtsjahr geringfügig auf 2,35 (Vorjahr 2,08) angestiegen.

Vermögenslage

Nachfolgende Bilanzstruktur gibt einen Überblick über die wesentlichen Posten:

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €
Anlagevermögen	163,0	159,8
Umlaufvermögen	38,9	39,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,1
Bilanzsumme	**202,0**	**199,7**
Eigenkapital	76,2	76,0
Rohrnetzkostenzuschüsse	6,2	7,8
Rückstellungen	115,2	112,4
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	4,4	3,5
Bilanzsumme	**202,0**	**199,7**

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum 31.12.2012 um 2,3 Mio. € erhöht und erklärt sich im Wesentlichen durch den Anstieg des Anlagevermögens sowie der Rückstellungen.

Bei Gesamtinvestitionen von 11,8 Mio. €, Abgängen von 0,2 Mio. € und verrechneten Abschreibungen (einschließlich Zuschreibungen) von 9,5 Mio. € erhöht sich das Anlagevermögen um 2,1 Mio. € auf 120,9 Mio. €.

Von den Investitionen (einschließlich geleisteter Anzahlungen und Anlagen im Bau) entfallen 0,1 Mio. € auf immaterielle Vermögensgegenstände, 3,2 Mio. € auf technische Anlagen und Maschinen, 4,7 Mio. € auf Rohrnetz und Wasserzähler, 1,4 Mio. € auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, 2,2 Mio. € auf Beteiligungen, 0,1 Mio. € auf Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und 0,1 Mio. € auf Ausleihungen.

Die Investitionen in das Finanzanlagevermögen betreffen mit 2,2 Mio. € die Beteiligung an den Wasserwerken Paderborn, mit 0,1 Mio. € eine Darlehensaufstockung gegenüber der IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gemeinnützige GmbH sowie mit 0,1 Mio. € sechs gewährte Wohnungsbaudarlehen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Umlaufvermögen einschließlich des Rechnungsabgrenzungspostens reduzierte sich um 0,9 Mio. €. Im Wesentlichen durch die Erhöhung der Vorräte um 0,3 Mio. € und der Forderungen aus Lieferungen um 0,6 Mio. €, bei gleichzeitigem Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände um 1,4 Mio. €.

RWW weist für das Geschäftsjahr 2013 einen Jahresüberschuss von 10,2 Mio. € aus. Im Geschäftsjahr 2013 sind den Gewinnrücklagen 0,1 Mio. € zugeführt und 10,0 Mio. € ausgeschüttet worden. Die Eigenkapitalquote reduzierte sich auf 37,7% (Vorjahr 38,0%).

Die Rückstellungen erhöhten sich um 2,8 Mio. €. Während die Pensionsrückstellungen um 3,7 Mio. € anstiegen (Zuführung des Zinsaufwands: 8,6 Mio. €, Zahlungen an Anspruchsberechtigte: 4,6 Mio. € und Auflösungen: 0,3 Mio. €), reduzierten sich die sonstigen Rückstellungen um 0,9 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch die Verminderung der im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung und Altersteilzeit.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten um 0,9 Mio. € ergibt sich mit 0,5 Mio. € aufgrund höherer Zahlungsverpflichtungen gegenüber Dritten sowie mit 0,4 Mio. € aus stichtagsbezogenen Verpflichtungen gegenüber konzernintern erhaltenen Lieferungen.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

4. Chancen- und Risikobericht

RWW ist vollständig in das Risikomanagement des RWE Konzerns eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft RWE Deutschland AG abgestellt. Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt regelmäßig, um diesen Katalog entsprechend zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschuss-Vorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt. Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Schulungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und, entsprechend dem Bedarf, Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotenzial minimiert werden. Die interne Revision, die direkt der Geschäftsführung zugeordnet ist, verfolgt in ihrer Tätigkeit einen risikoorientierten Prüfungsansatz und ist ebenfalls in die Revisionsprozesse der Führungsgesellschaft eingebunden.

Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil unserer strategischen Ausrichtung. Ein Ziel besteht in der systematischen und dauerhaften Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen.

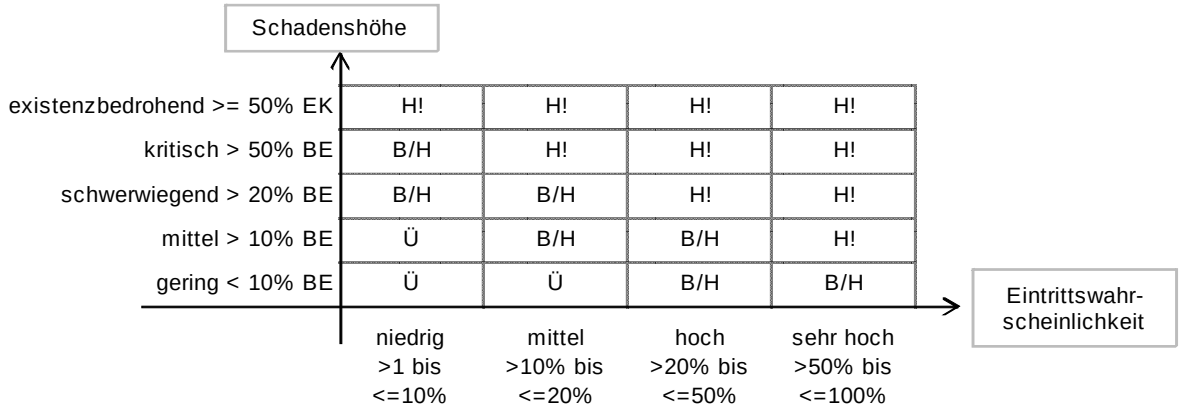
Die wesentlichen Risiken lassen sich wie folgt strukturieren:

Marktrisiken: Preisrisiken sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen begegnet RWW unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, differenzierte Preise, eine weitgehend absatzorientierte Beschaffung sowie ein effektives Kostenmanagement.

Betriebsrisiken: Betriebsrisiken, auch als operative Risiken bezeichnet, umfassen negative Effekte aus der spezifischen Geschäftstätigkeit. Durch die systematische Wartung von Leitungen und Anlagen sowie die kontinuierliche Optimierung entsprechender Prozesse werden Störungen vorgebeugt und sind Basis für eine hohe Versorgungssicherheit.

Finanzrisiken: Im Rahmen des unternehmerischen Handelns können auch Risiken und Chancen aus Kredit-, Zins- und Preisänderungen entstehen. Als Ursachen werden die Zinsentwicklung, die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik genannt. RWW trägt diesen Risiken mit einer konservativen Anlagestrategie Rechnung. Da Kunden ihren Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, sind mit dem Vertriebsgeschäft grundsätzlich Risiken verbunden, denen RWW durch ein striktes Forderungsmanagement begegnet.

Die folgende Abbildung skizziert die Risikoportfolio-Matrix, bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit in % und erwartete Schadenshöhe in Mio. €, die von RWW als Analyse der Risiken genutzt wird. Die Wesentlichkeitsgrenze wird definiert in Abhängigkeit vom Betriebsergebnis bzw. vom Eigenkapital der Gesellschaft.



H!…aktueller Handlungsbedarf; B/H…beobachten, ggf. handeln; Ü…überwachen
EK…Eigenkapital nach HGB; BE…betriebliches Ergebnis

Die kritische Prüfung des Risikoportfolios lässt die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für das Geschäftsjahr 2014 nicht erkennbar sind, da sämtliche Risiken der Kategorie Ü zuzuordnen sind.

5. Prognosebericht

RWW ist bestrebt, ihre Marktposition als leistungsfähiger regionaler Wasserversorger stetig auszubauen. Das Unternehmen wird sich als „Regionales Kompetenzcenter Wasser“ der RWE Deutschland AG weiter etablieren, die Stärken und fachlichen Kompetenzen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft weiter systematisch einbringen und Synergien in der Zusammenarbeit mit Unternehmen der RWE-Gruppe erschließen. RWW ist bestrebt, ihre Leistungsfähigkeit, Kosten- und Kundenorientierung auch mit Dritten kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Wachstum für RWW, das auf dem Tagesgeschäft aufbaut, das Wassergeschäft der RWE Deutschland AG, die kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die nachhaltige Absicherung der erreichten Wertsteigerungen sind die wesentlichen mittel- und langfristigen Ziele des Unternehmens. Erfolge im Vertriebsbereich und damit verbundenes externes Wachstum sind wichtig für das Erreichen der gesetzten Ziele. RWW wird sich daher zukünftig weiter auf den Ausbau der vertrieblichen Aktivitäten und den Aufbau von Kooperationen mit benachbarten Versorgern konzentrieren. Die Überprüfung der Professionalität und Effizienz der Kernprozesse des Unternehmens und hiermit verbundene Anpassungen gehören für RWW zur Routine im Hinblick auf eine stetige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Absicherung der derzeitigen Position des Unternehmens im Versorgungsgebiet bildet zukünftig ebenso einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der RWW wie das Erreichen eines organischen Wachstums in den Bereichen Trinkwasser-Konzessionen und Vorlieferantenpositionen für Weiterverteiler sowie die Übernahme von Betriebsführungs- und Dienstleistungsfunktionen. In den folgenden Jahren wird RWW sich darauf konzentrieren, auslaufende Konzessionsverträge zu verlängern. In der Position als Vorlieferant für Trinkwasser und in dem Ausbau von wassernahen Dienstleistungen sieht RWW die Chance, weitere Wachstumsziele zu generieren.

Die Aktivitäten zur Ausweitung von Tätigkeiten im Abwassersektor werden auch in den kommenden Geschäftsjahren fortgesetzt. Darüber hinaus wird Wachstum durch den Erwerb ausgewählter Beteiligungen an Wasser- und Abwasserunternehmen in (Teil-) Privatisierungsverfahren angestrebt.

RWW steht - in sich langsam verändernden Wasserteilmärkten - im Wettbewerb zu anderen Wasserversorgungsunternehmen. Die Gesellschaft wird daher zur Erreichung der gesteckten Ziele insbesondere auch Chancen zur Zusammenarbeit mit Partnern innerhalb und außerhalb des RWE-Konzerns nutzen. Auch in diesem Zusammenhang spielen die Möglichkeiten von Kooperationen mit benachbarten Versorgungsunternehmen eine strategische Rolle.

Die vorgesehenen Investitionen des kommenden Jahres konzentrieren sich mit einem Volumen von rund 12,0 Mio. € auf Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen.

Für das kommende Geschäftsjahr wird ein Betriebsergebnis von 22,0 Mio. € bis 24,0 Mio. € erwartet. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass RWW bei annähernd gleich hohen Aufwendungen den vertrieblichen Bereich weiter entwickelt und somit seine Marktposition als leistungsfähiger Wasserversorger ausbaut. Das prognostizierte Betriebsergebnis basiert auf einer Absatzmenge von über 80,0 Mio. m³. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die „Zinsschmelze“ auf den Kapitalmärkten weiter fortschreitet und damit den Jahresüberschuss - als wirtschaftliche Basis der Dividende -, durch hohe Zinszuführungen zu den Pensionsrückstellungen, weiter belastet.

Die Geschäftsführung geht unverändert zum Vorjahr von einer Dividendenzahlung in Höhe von 10,0 Mio. € aus.

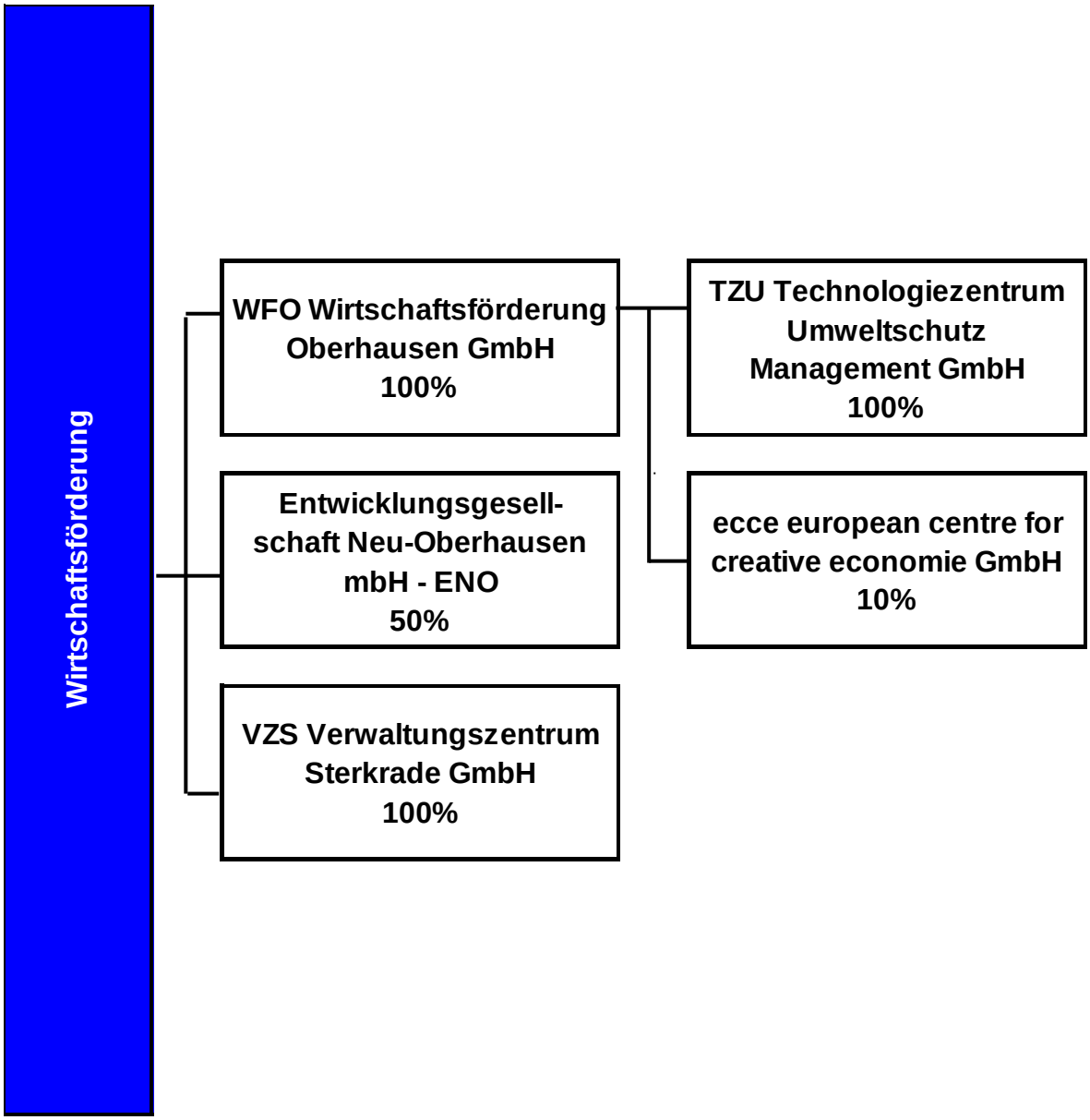
Mülheim an der Ruhr, 17.01.2014

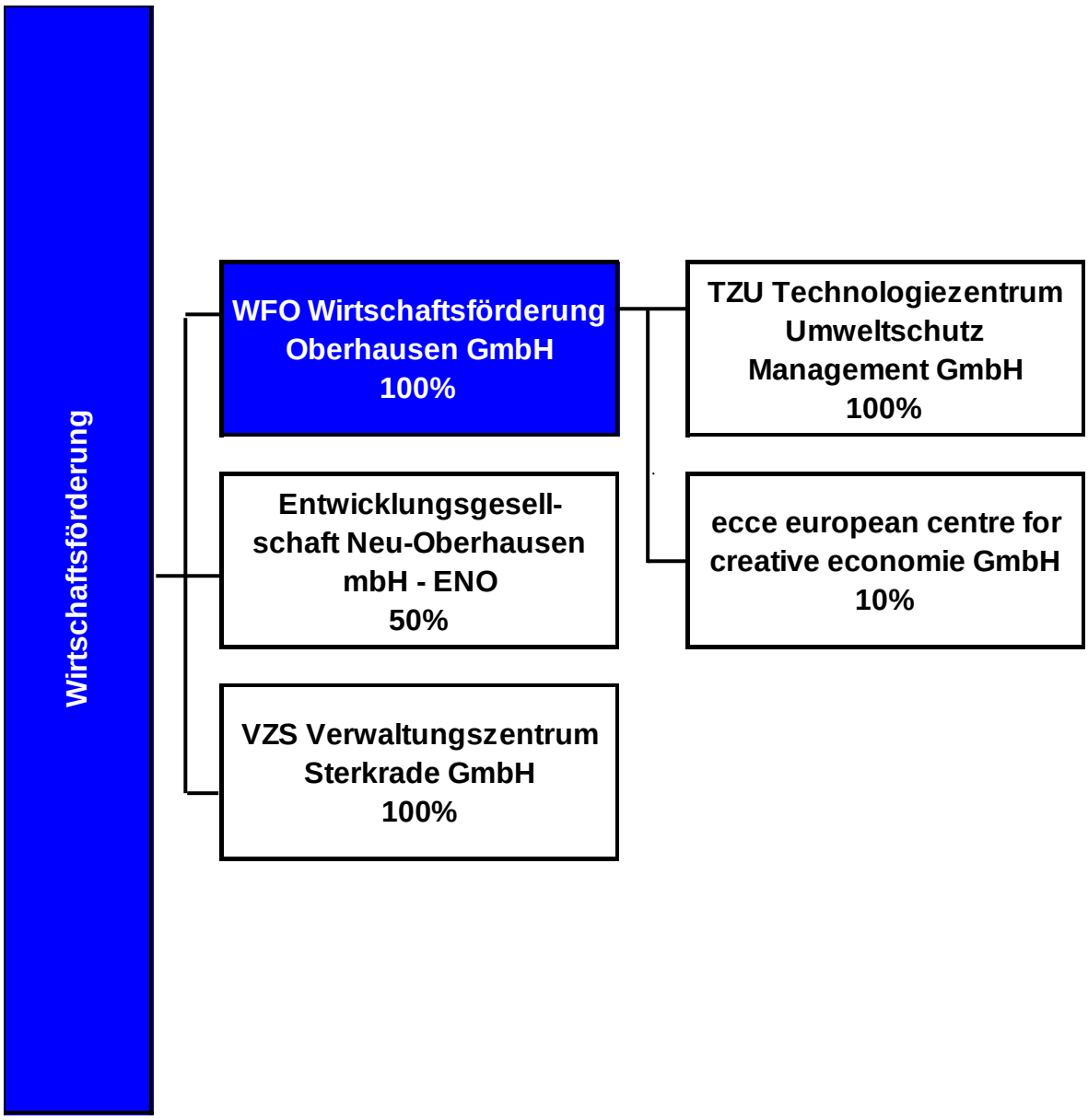
Rheinisch-Westfälische

Wasserwerksgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung

Wirtschaftsförderung




Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 85036-0
Fax	0208 / 8503610
e-Mail	info@wfo-gmbh.de
Internet	www.wfo-gmbh.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
Stadt Oberhausen	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch die Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes
Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke, deren Aufbereitung zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten, insbesondere im Gebiet von Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für WFO und deren Tochtergesellschaften
Gasometer Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
Gasometer Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
Gasometer Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Überlassung des LaGa-Grundstücks vom 04.10.1999
Theater Oberhausen	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
	Prokurist	Siegers, Norbert
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied gem. § 113 GO	Wehling, Klaus
	Mitglied	Flötgen, Michaela
	Mitglied	Hake, Michael
	Mitglied	Janßen, Anne
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Vöpel, Dirk
	Mitglied	Walterfang, Heinrich
	Mitglied	Wingens, Ursula
	Mitglied	Wischermann-Bruck-schlegel, Ursula

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ecce - european centre for creative economy GmbH	2,50	10,00

	TDM	**%**
Gasometer Oberhausen GmbH	50,00	100,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	300,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	3.168,05	42,3	3.025,03	41,7	2.881,67	40,4	-143,36	-4,74
Umlaufvermögen	4.330,17	57,7	4.222,00	58,3	4.258,86	59,6	36,86	0,87
Bilanzsumme	**7.498,22**	**100,00**	**7.247,03**	**100,00**	**7.140,53**	**100,00**	**-106,50**	**-1,47**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.362,16	44,8	3.330,29	46,0	3.353,49	47,0	23,20	0,70
Sonderposten mit Rücklagenanteil	906,40	12,1	842,75	11,6	779,11	10,9	-63,64	-7,55
Rückstellungen	139,55	1,9	105,05	1,4	99,51	1,4	-5,54	-5,27
Verbindlichkeiten	3.090,11	41,2	2.968,93	41,0	2.908,43	40,7	-60,50	-2,04
Bilanzsumme	**7.498,22**	**100,00**	**7.247,03**	**100,00**	**7.140,53**	**100,00**	**-106,50**	**-1,47**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	830,70	800,00	800,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-216,71		
sonstige betriebliche Erträge	998,10	1.004,91	1.058,70
Materialaufwand	108,29		
Personalaufwand	811,74	824,35	852,31
Abschreibungen	145,16	145,88	145,86
sonstige betriebliche Aufwendungen	751,85	733,38	715,75
Erträge aus Beteiligungen	0,00		
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11,91	4,59	0,75
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	87,96	83,55	59,07
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-281,01	22,34	86,46
außerordentliche Erträge	437,17		
außerordentliches Ergebnis	437,17		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-45,01	-4,70	4,37
sonstige Steuern	52,91	58,90	58,90
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	148,26	-31,87	23,19
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.896,27	3.044,53	3.012,66
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.044,53	3.012,66	3.035,86

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	17,85	-3,98	2,90	%
Eigenkapitalrentabilität:	46,68	-10,03	7,30	%
Cash-Flow:	293,41	114,01	169,05	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	134,34	150,41	154,89	T€
Personalaufwandsquote:	50,35	45,67	45,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	23,03	21,85	20,13	%
Eigenkapitalquote:	44,84	45,95	46,96	%
Fremdkapitalquote:	55,16	54,05	53,04	%

e) Lagebericht

Oberhausen im Wandel – überraschend anders - Die kommunale Wirtschaftsförderung steht vor wachsenden Herausforderungen. Grund hierfür ist ein Bündel aktueller Entwicklungen, z. B. der verstärkte Wettbewerb der Regionen, der technologische Wandel, die oft schwierige Flächenentwicklung bzw. –vermarktung, die Sicherung und Entwicklung lebendiger Innenstädte, aber auch und nicht zuletzt die Gewinnung von Fachkräften als Folge des demografischen Wandels.

Der Deutsche Städtetag nennt in einem Diskussionspapier eine Vielzahl von Veränderungsprozessen, denen sich die kommunale Wirtschaftsförderung aktuell stellen muss. Eine leistungsstarke kommunale Wirtschaftsförderung unterstützt die örtliche Wirtschaft und bindet in hochmobilen Zeiten die ortsansässigen Unternehmen an den Standort. Sie sorgt darüber hinaus für die Neuansiedlung von Betrieben und sichert bestehende und trägt zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei.

Die jüngste Oberhausener Arbeitsstättenerhebung hat ergeben, dass 27 % der Arbeitsstätten Probleme bei der Besetzung offener Stellen mit Fachkräften haben. Hier beginnt die Arbeit der Wirtschaftsförderung. Ein zentraler Service der WFO mit ihren Verbundpartnern ist die Beratung der Unternehmen, wie sie Fachkräftemangel begegnen können.

Neben der notwendigen Flächenentwicklung, der Identifikation von Immobilien oder der Initiierung von Netzwerken ist eine intensive Betreuung der Partner/ENO-Gesellschafter und Unternehmen weiterhin erforderlich.

Der Standortwettbewerb wird immer intensiver, das Themen- und Aufgabenspektrum der Wirtschaftsförderung vielfältiger und komplexer. Professionalität und Effektivität wird in der Wirtschaftsförderungspraxis immer wichtiger. Wird Wirtschaftsförderung aktiv betrieben, erhält der Standort nachhaltigen und anhaltenden Erfolg, wenn es um die Bestandsentwicklung, Ansiedlung von Unternehmen, Institutionen und öffentliche Einrichtungen geht. Die wirtschaftliche Struktur wird gestärkt und die Finanzkraft fortlaufend verbessert. Eine wesentliche Voraussetzung, um aktive Wirtschaftsförderung erfolgreich betreiben zu können, ist die ausreichende Verfügbarkeit geeigneter Gewerbe- und Industrieflächen.

Auf die aktuellen Herausforderungen reagieren die Unternehmen mit neuen Ideen und Leistungen. Sie orientieren sich immer stärker an den aktuellen Bedürfnissen der Kunden und damit an den gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Wirtschaftsförderung metropole ruhr GmbH (wmr) hat dazu einen Leitmarktansatz entwickelt. Klar ist, dass im Vergleich zum Rest der Metropole Ruhr die Leitmärkte „urbanes Bauen und Wohnen“, „Freizeit und Events“, und „nachhaltiger Konsum“ für Oberhausen als besonders bedeutsam gelten. Deshalb streben die Wirtschaftsförderer in Oberhausen an, sich um diese Schwerpunkte besonders intensiv zu kümmern. Getreu dem Credo „Stärken stärken“!

Gerade Städte mit klammer Kassenlage brauchen eine leistungsfähige kommunale Wirtschaftsförderung. Denn besonders in Städten mit strukturellen Problemen und finanziell eingeschränkten Möglichkeiten sind die komplexen Leistungen der kommunalen Wirtschaftsförderung unverzichtbar, um eine weitere Schwächung dieser Kommunen zu verhindern.

Gewerbeflächen- und Objektvermittlung - Da alle Gewerbeflächen, für deren Vermarktung die Wirtschaftsförderung originär zuständig war, vollständig am Markt platziert werden konnten, beteiligt sich die WFO aktiv an der Entwicklung gewerblicher Potenzialflächen.

Während dies für den Bereich des an der Duisburger Straße gelegenen Hansaparks-Ost in speziellen Einzelfällen gilt, konnte für das Gelände des ehemaligen Stahlwerks eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen werden, in die neben der Grundstückseigentümerin Euro Auctions Immobilien auch der Projektentwickler Giesers Stahlbau und die

WFO/ENO involviert sind. Ziel ist die gemeinsame Entwicklung und Vermarktung dieses Areals unter besonderer Berücksichtigung der für diesen Bereich geltenden bau- und planungsrechtlichen Festsetzungen.

Einen hohen Stellenwert wird auch weiterhin die dynamische Bestandsentwicklung und Sicherung der ortsansässigen Unternehmen einnehmen. Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die gemeinsamen Firmenbesuche mit dem Oberbürgermeister.

Grundstücksentwicklung „Zeche Osterfeld" / Steigerhaus und Torhäuser - Auch im Geschäftsjahr 2013 hat die WFO die förderkonformen Vermarktungsaktivitäten bzgl. der rd. 2 ha großen, gewerblich für Dienstleitungen und nicht störendes Gewerbe zu nutzenden Fläche der ehemaligen Zeche Osterfeld fortgeführt. Das Grundstück wird von dem Bebauungsplan Nr. 540 „Vestische Straße / Zum Steigerhaus" überplant, der konkret rd. 8.000 qm Mischgebiet und rd. 9.100 qm Gewerbegebiet ausweist.

Das unter Denkmalschutz stehende Immobilienensemble - Steigerhaus, Großes und Kleines Torhaus - war auch im Geschäftsjahr 2013 durchgängig vollständig vermietet. Zur Erhaltung der historischen Bausubstanz und zur Aufrechterhaltung der Vermietbarkeit hat die WFO weiterhin in notwendige Reparatur-, Modernisierungs-, Sicherheits- und Instandsetzungsmaßnahmen rd. 31,6 TEUR investiert.

Kreativwirtschaft - Die im Jahr 2012 angekündigte und vorbereitete Beteiligung der WFO GmbH an der ecce european centre for creative economy GmbH konnte im Geschäftsjahr 2013 vollzogen werden.

Neben den Städten Dortmund, Bochum, Essen und Gelsenkirchen beteiligt sich auch die Stadt Oberhausen mit einem Anteil von 10 % am Stammkapital (2.500 EUR) über die Tochtergesellschaft WFO. Organe der ecce GmbH sind die Geschäftsführung, das Kuratorium, welches die Aufgaben eines Aufsichtsrates wahrnimmt, sowie die Gesellschafterversammlung. Zum Vertreter in der Gesellschafterversammlung ist der WFO-Geschäftsführer, Frank Lichtenheld, bestellt worden, die Vertreter im Kuratorium sind Herr Tsalastras (Stadtkämmerer & Kulturdezernent) und Herr Buchloh (Leiter Kulturbüro).

Die Aufgaben- und Projektbereiche der ecce GmbH haben eine hohe regionale Relevanz und auch unmittelbare Bezüge zu Planungen und Vorhaben einzelner Kommunen (z. B. Entwicklung Kreativ.Quartiere). Die Beteiligung der Stadt Oberhausen (hier: WFO) sowie auch der anderen Städte steht für den Willen, die Aktivitäten der ecce GmbH im regionalen Konsens zu entwickeln und umzusetzen.

Wirtschaftsfaktor Tourismus - Mit den Themen „Shopping, Entertainment, Industriekultur" war Oberhausen auch in 2013 ein überaus interessantes Reiseziel – vor allem für Touristen aus dem Ausland. Die Christo-Ausstellung „Big Air Package" (440.000 Besucher), die Musicals „Ich war noch niemals in New York" und seit Dezember 2013 „Sister Act" im Metronom Theater, die Eröffnung des Sea Life Abenteuerparks, das Legoland Discovery Centre (3 Mio. Legosteine unter einem Dach) sowie das CentrO mit der Weihnachtswelt - haben maßgeblich zur erneuten Steigerung der Übernachtungszahlen beigetragen.

Mit insgesamt 455.543 Übernachtungen (Statistisches Landesamt IT.NRW Düsseldorf) und einer Steigerung von + 2,0 % hat Oberhausen 2013 einen neuen Rekordwert erreicht. Damit verzeichnet die Stadt zum zehnten Mal hintereinander steigende Übernachtungszahlen. Die Ankünfte sind ebenfalls mit einem Plus von 0,8 % auf 204.316 Gäste gestiegen. Mit 49,6 % Bettenauslastung nimmt Oberhausen in 2013 gemeinsam mit Aachen den ersten Platz unter allen kreisfreien Städten in NRW ein.
Eine alleinige Spitzenstellung hat Oberhausen in der Betrachtung der prozentualen Zuwächse von Gästen aus dem Ausland für das Jahr 2013. Mit einer Steigerung von 40,6 % bei den Ankünften und 24,2 % bei den Übernachtungen hat Oberhausen 2013 für die höchsten Werte aller kreisfreien NRW-Städte gesorgt. Die fünf wichtigsten Quellmärkte sind dabei: Niederlande, Großbritannien, Österreich, Belgien und Italien.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2013 endet nach Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus Vorjahren mit einem Bilanzgewinn i. H. v. 3.036 TEUR. Der tatsächliche Jahresüberschuss beträgt 23 TEUR.
Unter Zugrundelegung der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 27.11.2012 beschlossenen Wirtschaftsplanung lag der erwartete Jahresüberschuss bei 21 TEUR.

Das tatsächliche Ergebnis liegt damit um 2 TEUR über dem Planansatz.

Unter Zugrundelegung des vom Aufsichtsrat am 21.11.2013 verabschiedeten Wirtschaftsplans 2014 ist im Jahre 2014 mit einem vorläufigen Jahresüberschuss von ca. 10 TEUR zu rechnen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Anzahl der Gesellschafter der ENO und damit auch die Gesellschafterzuschüsse zur Finanzierung der Projekte der Wirtschaftsförderung immer wieder Schwankungen unterliegen, die zeitnah nicht ausgleichbar sind, sind die geplanten Umsatzerlöse aus den Projektverträgen zwischen WFO und ENO auf 780 TEUR reduziert worden.

Mit dem Gesamt-Finanzierungskonzept für die Wirtschaftsförderung, das im Wesentlichen auf Umsatzerlöse im Rahmen der Projektbeauftragung durch ENO, Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge im Rahmen der

Geschäftsbesorgung für Tochtergesellschaften und Mieteinnahmen aus der Vermietung eigener Immobilien beruht, bleibt die Stabilisierung der Finanzlage der Gesellschaft ständige Aufgabe.

Um das Leistungsangebot der Wirtschaftsförderung weiterhin erfolgs- und zukunftsorientiert anbieten zu können, wurde ein Prozess der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung eingeleitet.

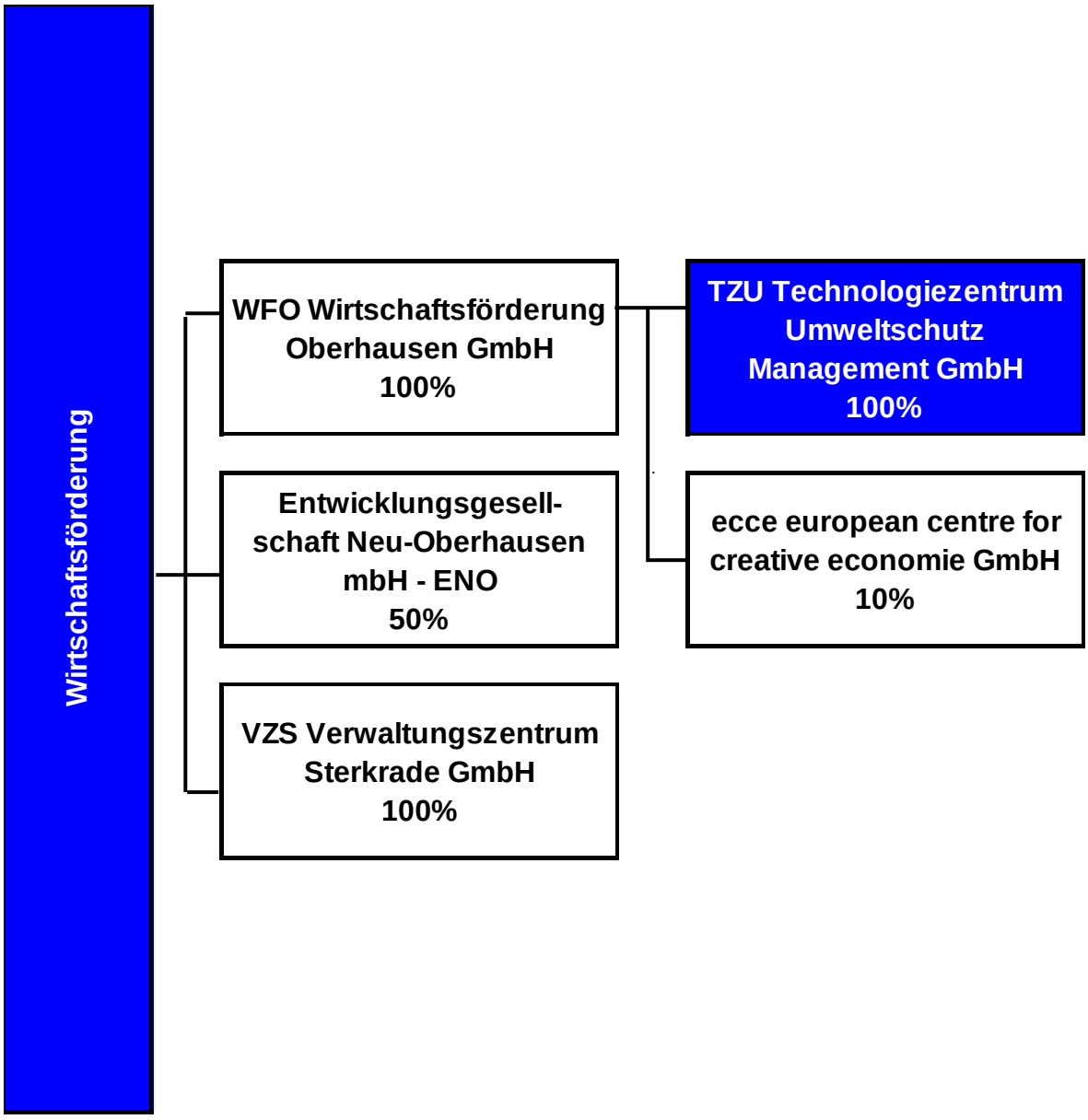
Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 10.03.2014 einen Prüfauftrag zur inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung beschlossen. Danach soll bis Ende 2014 ein erstes Konzept erarbeitet werden. Ziel ist es, das bereits erfolgreiche PPP-Modell fortzuführen bzw. weiterzuentwickeln, in dem aus den drei existierenden Gesellschaften ENO mbH, WFO GmbH und TMO GmbH eine gemeinsame, zukunfts- orientierte Wirtschafts- und Tourismusförderungsgesellschaft Oberhausen entsteht. Letztlich wird somit auch dem Wirtschaftsfaktor Tourismus entsprechend Raum gegeben. Im Focus der Prüfung stehen nicht nur die inhaltlichen Themen, sondern auch eine separate Überprüfung der steuer- und finanzrechtlichen Einflüsse bei einer möglichen Verschmelzung. Durch die angestrebte Umstrukturierung und Konzentration werden sich im Laufe der Prozesse weitere Aufwendungen für externe Berater ergeben, die im Wirtschaftsplan 2014 noch nicht berücksichtigt sind und die derzeit noch nicht beziffert werden können.

Entsprechende Sondersitzungen der Aufsichtsräte zur Umstrukturierung unter Berücksichtigung der entstehenden Kosten sind geplant.

Oberhausen, 16. Mai 2014

WFO - Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
Geschäftsführer

……
Frank Lichtenheld


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-0
Fax	0208/851518
e-Mail	lerch@tzu.de
Internet	www.tzu.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 300,00

Gesellschafter:

	TDM	%
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	300,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung der Technologiezentren
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011, verlängert bis 31.12.2016
Stadt Oberhausen	Tilgungsvereinbarung Stadt/GEG/TZU/SSO
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lerch, Klaus
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	7.432,43	66,2	6.690,41	63,1	5.948,38	71,4	-742,03	-11,09
Umlaufvermögen	3.213,63	28,6	3.274,81	30,9	1.565,40	18,8	-1.709,41	-52,20
Rechnungsabgrenzungsposten	7,67	0,1	7,69	0,1	5,24	0,1	-2,45	-31,86
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	573,93	5,1	630,91	5,9	817,15	9,8	186,24	29,52
Bilanzsumme	**11.227,66**	**100,00**	**10.603,83**	**100,00**	**8.336,17**	**100,00**	**-2.267,66**	**-21,39**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.561,64	40,6	4.127,20	38,9	3.692,75	44,3	-434,45	-10,53
Rückstellungen	345,09	3,1	353,30	3,3	355,28	4,3	1,98	0,56
Verbindlichkeiten	6.320,93	56,3	6.123,32	57,7	4.288,14	51,4	-1.835,18	-29,97
Bilanzsumme	**11.227,66**	**100,00**	**10.603,83**	**100,00**	**8.336,17**	**100,00**	**-2.267,66**	**-21,39**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	708,00	680,00	640,00
sonstige betriebliche Erträge	439,33	441,65	461,56
Personalaufwand	1,67	2,04	0,70
Abschreibungen	742,23	742,03	742,03
sonstige betriebliche Aufwendungen	534,20	186,73	392,21
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14,78	7,62	1,27
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	266,87	254,65	153,18
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-382,85	-56,18	-185,28
außerordentliche Erträge	42,48	4,64	4,48
außerordentliche Aufwendungen	5,44	5,44	5,44
außerordentliches Ergebnis	37,04	-0,80	-0,96
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,00		
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-345,81	-56,98	-186,24
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-33.728,15	-34.073,96	-34.130,94
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-34.073,96	-34.130,94	-34.317,18

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-48,84	-8,38	-29,10	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,01	-0,17	-0,54	%
Cash-Flow:	396,41	685,05	555,79	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,15	0,18	0,06	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	66,20	63,09	71,36	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf und Lage

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Mieteinnahmen i. H. v. EUR 640.000 erzielt, wobei der lt. Pachtvertrag mit der OGM vereinbarte Pachtzins um EUR 40.000 gesenkt wurde, da im Gegenzug die OGM in 2012 in gleicher Höhe Instandsetzungsmaßnahmen übernommen hatte, die die TZU Management GmbH lt. Vertrag hätte übernehmen müssen.

Im Pachtvertrag mit der OGM wurden die Kosten für Wartung, Instandhaltung und Instandsetzung auf jährlich EUR 200.000 gedeckelt. Auf Grund von konstruktiven Mängeln an den Fenstern im TZU II und IV mussten fast alle Fenster wegen bestehender Unfallgefahr für ca. EUR 85.000 überarbeitet werden. In mehreren technischen Anlagen mussten Bauteile erneuert werden, um die Funktion der Anlagen sicherzustellen.

Bedingt durch diese nicht planbaren Vorfälle wurden die gedeckelten Wartungs- und Instandsetzungskosten i. H. v. EUR 200.000 um TEUR 187,8 überschritten und von der TZU Management GmbH vertragsgemäß beglichen. Hierdurch ergab sich der Jahresfehlbetrag 2013 in Höhe von TEUR 186,2.

Die übrigen Ergebnisse in 2013 entsprachen bis auf geplante, aber nicht angefallene Vorfälligkeitsentschädigungen für ein in 2013 getilgtes Darlehen fast vollständig den Planvorgaben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Anfang 2013 wurde ein i. H. v. EUR 1,8 Mio. valutierendes Darlehn bei der Stadtsparkasse Oberhausen vollständig abgelöst. Dadurch reduzierten sich die liquiden Mittel der Gesellschaft von ca. 3 Mio. auf ca. 1,2 Mio. EUR, die auf Festgeldkonten bei der Stadtsparkasse Oberhausen angelegt sind.

Für 2014 wird der Pachtzins wieder auf die vertraglich vereinbarte Höhe von EUR 680.000 angehoben, so dass auch in 2014 eine stabile Einnahmesituation gewährleistet ist.

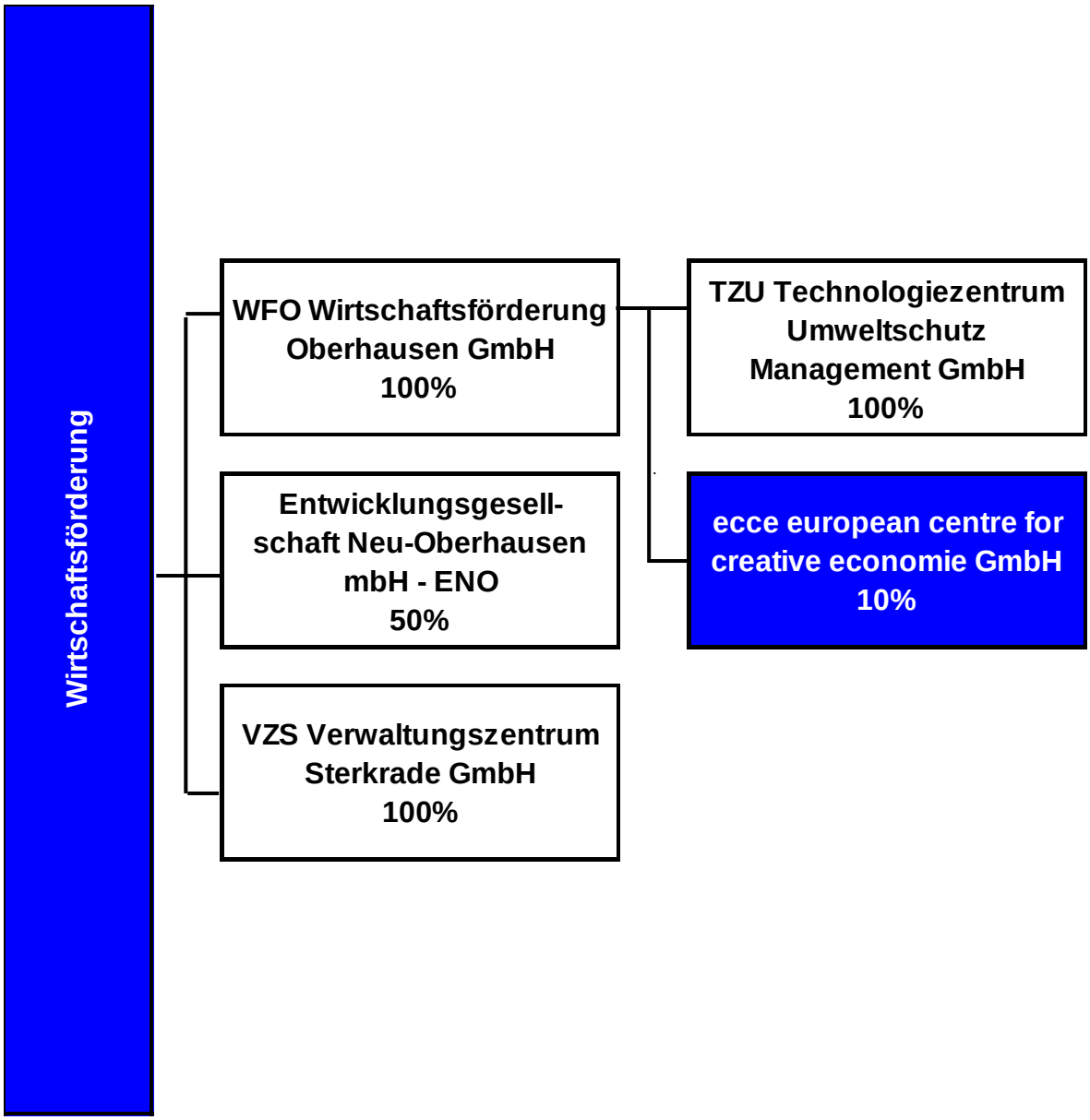
Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Höhe weitere Reparaturen an den Gebäuden anfallen, die evtl. wieder zu einer Überschreitung der vertraglich festgelegten Summe i. H. v. EUR 200.000 führen. Da zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Mängel zu erkennen sind, können keine verlässlichen Kosten geplant werden.

Auch bei einem Überschreiten dieser Kosten verfügt die TZU Management GmbH zzt. über genügend Liquidität die evtl. anfallenden Kosten zu übernehmen, so dass die Fortführung des Unternehmens sichergestellt ist.

Durch die hohen Instandsetzungskosten hat sich das negative Eigenkapital bei der TZU Management GmbH weiter erhöht. Da der Verkehrswert der Gebäude lt. aktuellem Gutachten mit ca. EUR 13,0 Mio. mehr als doppelt so hoch wie der Buchwert i. H. v. ca. EUR 5,9 Mio. liegt, besteht auch zukünftig keine Überschuldungsproblematik.

Oberhausen, 28. März 2014

Klaus Lerch (Geschäftsführer)
TZU Technologiezentrum Umweltschutz
Management GmbH


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

ecce - european centre for creative economy GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Emil-Moog-Platz 7
44137 Dortmund

Kontakt:

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Bochum	2,50	10,00
Stadt Dortmund	10,00	40,00
Stadt Essen	2,50	10,00
Stadt Gelsenkirchen	2,50	10,00
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	2,50	10,00
Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH	5,00	20,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

2. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Zweck durch
- die Unterstützung von kreativen Quartiersentwicklungen (z. b. Kreativ.Quartiere Ruhr);
- Maßnahmen zur Förderung kultureller Bildung sowie Projekte zum Aufbau und zur Etablierung von regionalen und überregionalen Netzwerken, wie bspw. Messen, Veranstaltungen und Wettbewerbe;
- die Stärkung und Bewerbung des Kreativstandortes Ruhr in Europa durch Veranstaltungen, internationale Foren, Fachkontakte und neue Kommunikationsformen (z.B. LABKULTUR.tv)

3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

5. Die Gesellschaft wird sich im Rahmen des jährlich zu beschließenden Wirtschaftsplans zu wesentlichen Teieln aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanzieren. Darüber hinaus können Gelder für Projektfinanzierungen udn Forschungsaufträge eingeworben werden. Die Gesellschaft wird alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwenden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Prof. Gorny, Dieter
	Prokuristin	Löhr, Claudia
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Lichtenheld, Frank
Kuratorium:	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Dr. Bandelow, Volker
	Mitglied	Beck, Rasmus C.
	Mitglied	Best, Hans-Jürgen
	Mitglied	Bomheuer, Andreas
	Mitglied	Brandt, Max
	Mitglied	Dieckmann, Dietmar
	Mitglied	Dustmann, Heinz Herbert
	Mitglied	Prof. Dr. Gather, Ursula
	Mitglied	Geiß-Netthöfel, Carola
	Mitglied	Koch, Burkhard
	Mitglied	Krämer, Reinhard
	Mitglied	Mitschke, Roland
	Mitglied	Obereiner, Jörg
	Mitglied	Sichelt, Thomas
	Mitglied	Stüdemann, Jörg
	Mitglied	Townsend, Michael
	Mitglied	Westphal, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	56,39	19,6	33,38	14,8	-23,01	-40,81
Umlaufvermögen	230,68	80,3	190,95	84,8	-39,73	-17,22
Rechnungsabgrenzungsposten	0,11	0,0	0,94	0,4	0,83	754,55
Bilanzsumme	**287,18**	**100,00**	**225,28**	**100,00**	**-61,90**	**-21,55**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	8,7	25,00	11,1	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	56,39	19,6	33,38	14,8	-23,01	-40,81
Rückstellungen	19,51	6,8	18,91	8,4	-0,60	-3,08
Verbindlichkeiten	186,28	64,9	141,89	63,0	-44,39	-23,83
Rechnungsabgrenzungsposten			6,10	2,7	6,10	
Bilanzsumme	**287,18**	**100,00**	**225,28**	**100,00**	**-61,90**	**-21,55**

bb) GuV

	2012	2013
	T€	T€
Umsatzerlöse	43,45	82,91
sonstige betriebliche Erträge	1.237,22	1.086,91
Materialaufwand	451,35	417,47
Personalaufwand	546,13	531,20
Abschreibungen	28,15	24,46
sonstige betriebliche Aufwendungen	255,04	196,68
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	28,15	24,46	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:		86,65	T€
Personalaufwandsquote:	42,64	45,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,04	9,27	%
Eigenkapitalquote:	8,71	11,10	%
Fremdkapitalquote:	91,29	88,90	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Nach Gründung am 28.11.2011 durch die Stadt Dortmund als einzige Gesellschafterin hat die ecce GmbH ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen.
Das Land NRW und der Regionalverband Ruhr haben sich 2011 im Nachhaltigkeitspapier zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 darauf geeinigt, dass „die von Ruhr 2010 begonnene Entwicklung der Kreativwirtschaft in einer gesicherten Trägerstruktur fortgeführt werden" soll. Ferner sollen die „Wirtschaftsförderung metropoleruhr (WMR) als regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft zusammen mit ecce die Entwicklung der projektierten Kreativ.Quartiere zu profilierten Adressen der Kreativwirtschaft" moderieren.

Als institutionelle Grundlage wurde beschlossen, „zur Sicherung und Weiterentwicklung der Aktivitäten des ecce-Instituts und der Kreativ.Quartiere in der Region ein "european centre for creative economy" als regionale Agentur zu gründen. Die Stadt Dortmund hat die Aufgabe übernommen, dafür eine GmbH „ecce" zu gründen, der dann die WMR sowie weitere Städte im Ruhrgebiet, die im Bereich Kreativ.Quartiere engagiert sind, beitreten sollten.
Die geplante weiteren Beitritte sind am 27.06.2013 erfolgt, die Gesellschafter-Struktur der ecce GmbH ist damit wie folgt:

Stadt Dortmund	40 %
Stadt Bochum	10 %
Stadt Gelsenkirchen	10 %
Stadt Essen	10 %
Wirtschaftsförderung Oberhausen	10 %
Wirtschaftsförderung metropoleruhr	20 %

Der Gesellschaftsvertrag wurde nach Genehmigung durch das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW neu gefasst, isb. bzgl. der Verteilung der Sitze im Kuratorium und der Vertreter des Gesellschafterversammlung.
Weitere Beitritte zu Lasten der Dortmunder Anteile können erfolgen, hierzu werden in 2014 neue Gespräche geführt.

Die ecce GmbH hat gemäß ihrem Auftrag für das Geschäftsjahr 2013 Bewilligungen für folgende Fördermittel erhalten:

A. Betriebskosten in Höhe von 300.000,00 €
B. LABKULTUR.TV in Höhe von 300.000,00 €
C. Kreativ-Quartiere in Höhe von 239.000,00 €
D. Forum d'Avignon Ruhr in Höhe von 197.840,00 €
E. Spillover Studie in Höhe von 62.474,00 €
F. FAR 2014 Vorlaufkosten in Höhe von 29.951,00 €
G. NICE Vorbereitung 9.394,40

Das Projekt **Kreative.Quartiere Ruhr** hat sich nach dem erfolgreichen Start 2012 mit 9 Projekten und einem Fördervolumen von ca. 415.000 Euro mit großer Dynamik weiterentwickelt, so dass 2013 16 Projekte mit einem Volumen von ca. 605.000 Euro gefördert wurden. Zum Kern des Projektes Kreativ.Quartiere Ruhr zählt noch vor der Bewilligung von Projektförderungen die Entwicklung gemeinsamer und integrativer Strategien aus Kultur, Wirtschaft und Stadtplanung – die Verdreifachung auf über 80 Beratungsterminen mit lokalen Akteuren durch das Team von ecce ist ein Indiz für die inhaltliche Stärkung dieser örtlichen Strategien und Findungsprozesse. Ein weiteres ist die Eigendynamik von Aktivitäten im Quartier durch z.B. erhöhte Investitionen privater Eigentümer (ohne Landesförderung in z.B. Essen, Duisburg, Bochum) oder die lokale Ansiedlung solcher internationalen Formate wie TED (ohne Landesförderung in z.B. Essen, Dortmund) und Gründungen von Galerien.

Die Akteure in den Quartieren erhielten 2013 auch einen Schub und eine Motivation für ihre für den Strukturwandel im Ruhrgebiet unverzichtbare Arbeit durch die Aufmerksamkeit der Landespolitik in Form von Bereisungen und Gesprächen mit MinisterIn Schäfer und Duin sowie Staatssekretär Neuendorf.
In 2013 erhielt das Projekt Kreativ.Quartiere Ruhr erneut internationale Anerkennung und Aufmerksamkeit– z.B. durch die Einladung zur Präsentation in den Kulturausschuss des Europäischen Parlaments in Brüssel oder zur Präsentation auf einem Workshop chinesischer Regionen in Peking zur Entwicklung von Kulturstädten auf Einladung des chinesischen Kulturministeriums.

LABKULTUR.tv war 2013 als das Webmagazin für Kultur.Stadt.Wandel Medienpartner renommierter Kulturkonferenzen in ganz Europa – wie dem EU Culture Forum oder dem Forum Avignon. Damit wurde eine mediale Brücke der Aufmerksamkeit für die Kulturmetropole Ruhr in die Kulturpolitik Europas gebaut. Basis hierfür sind die kulturellen und kreativen Entwicklungen im Ruhrgebiet, über die LABKULTUR auch 2013 in Kooperation mit vielen örtlichen Partnern berichtet hat – wie dem Dortmunder U, dem Wettbewerb FIDENA, dem Festival N.A.T.U.R. oder auch der Kulturkonferenz des RVR. Herausragender Schwerpunkt der Berichterstattung vor Ort waren die Urbane Künste Ruhr sowie das Forum d Avignon Ruhr. Filme über neue Protestkulturen in der Krise Europas hatten über 80.000 Aufrufe. Eine Reduktion des Projektbudgets von 2012 auf 2013 - aufgrund der degressiven Förderung des Landes NRW – führte zu Einschränkungen in der Content-Produktion gegenüber dem Jahr 2012, allerdings bleiben die Zugriff und Besuche auf LABKULTUR annähernd konstant. Dank treuer Fremdcontent-Partner wie ikono.tv, creativecityberlin und gestalten.tv konnten die Reduktion der Eigenproduktion teilweise kompensiert werden.

Die **Studie "Spillover-Effekte der Kultur und Kreativwirtschaft im Ruhrgebiet"** wurde begleitend zum Forum d ´Avignon Ruhr realisiert und vom Land NRW gefördert. Ziel der Studie war es eine wissenschaftliche und empirische Grundlage für die Diskussionen über Spillover-Effekte auf dem Forum zu schaffen. Zugleich entstand damit eine erste Übersicht über Spillover-Akteure und Aktivitäten im Ruhrgebiet, die eine im Herbst 2012 veröffentlichte Strategie der EU-Kommission zur Fokussierung von Spillover-Effekten aufgreift und lokal evaluiert. Mit der Studie wurde Dr. Bastian Lange beauftragt. Das Studiendesign war als qualitative Untersuchung in Form einer partizipativen und teilnehmenden Beobachtung angelegt und wurde in Form von vier Open Space Workshops mit ca. 40 Akteuren aus der Region umgesetzt. Aus diesen Beobachtungen wurden erstens neue Aktionsfelder und Fallstudien beschrieben sowie neue Definitionen und möglicherweise allgemeingültige Kategorisierungen für Spillover-Aktivitäten abgeleitet.

Diese Studie, die anscheinend als erste in Europa eine qualitative (im Unterschied zur sonst üblichen quantitativen) Untersuchung von Kultur-Effekten unternahm, erregte bereits vor Veröffentlichung große Aufmerksamkeit in Europa und führte zu Einladungen / Präsentationen beim Joint Research Centre der EU sowie dem EU Culture Forum. ecce konnte so der europäischen Debatte zur Erforschung von Kultur und Kreativwirtschaft und ihren Effekten auf Wirtschaft, Gesellschaft, Klima und Migration wesentliche Impulse auf politischer Führungsebene geben.

Der überwältigende Erfolg des **Forum d ´Avignon Ruhr** (FAR) 2013 kann an verschiedenen Indikatoren festgemacht werden: zum einen an Medienpartnern wie ARTE, die zwei Tage auf dem Forum mit ihrem Team filmten, dem TV Polen oder einer ausländischen Journalistendelegation. Zum anderen an der Resonanz in den Zielgruppen der Spillover-Akteure, von den mehr als 50 teilnahmen, darunter internationale führende Persönlichkeiten wie Pia Areblad oder der Architekt Janjaap Ruijssenaars. Erstmalig hat die EU-Kommissarin A. Vassiliou auf dem Forum gesprochen – aufgrund terminlicher Zwänge per Videorede. Erstmalig haben beide Minister für Kultur und Wirtschaft aus NRW mit dem Forum d Avignon Ruhr kooperiert und so den integrativen Ansatz von ecce, Kultur und Kreativwirtschaft ressort- und branchenübergreifend als Innovationstreiber zu fördern, politisch gestärkt und eine neue landesweite Sichtbarkeit gegeben. WDR brachte in westart einen viel beachteten Filmbeitrag.
Das FAR 2013 erreichte rund 250 Teilnehmer aus über 15 Staaten und konnte sich als die europäische Konferenz für Kultur in NRW etablieren. Sie ist das Pendant zur Kulturkonferenz der Metropole Ruhr.

In 2013 konnte das FAR 2013 aufgrund des europäischen Förderprojektes **"CATALYSE"** mit der Wirtschaftsförderung Bilbao kooperieren, die die berühmte Guggenheim-Strategie entwickelt und erfolgreich umgesetzt haben. Das Projekt CATALYSE fördert in Bilbao, Avignon und im Ruhrgebiet im Anschluss an die jeweiligen Foren Workshops zur Realisierung von Kulturprojekten mit katalytischen Wirkungen in den Stadtraum sowie eine wissenschaftliche Betrachtung dieser Kulturprojekte. An solchen Workshops nehmen Teilgruppen aus dem Forum teil und reisen ein zweites Mal zur Vertiefung an. CATALYSE bewirkt damit eine noch engere Verbindung dieser europäischen Foren mit den sozial realen Entwicklung vor Ort – und löst so den Anspruch "not just another conference" ein.

Das **Netzwerk "N.I.C.E."** (Network for Innovations in Culture and Creativity in Europe) wurde in Absprache mit der DG Kultur und Bildung im Juni 2103 auf dem FAR initiiert. Im Oktober 2013 trafen sich 14 der Netzwerk-Initiatoren aus 8 Staaten in Dortmund und haben die Agenda für das Jahr 2014 – darunter der N.I.C.E. Award – sowie die Statuten von N.I.C.E. in einem Workshop entwickelt. In 2014 soll die Gewinnung weitere Mitglieder erfolgen sowie der N.I.C.E. Award erstmals in drei Themenfeldern öffentlich ausgeschrieben werden. Aus den Einreichungen wählt eine renommierte Jury unter Vorsitz von Charles Landry eine Shortliste von 10 Projekten aus, die in einer Ausstellung in Essen parallel zum FAR 2014 gezeigt werden.
N.I.C.E. fokussiert auf die Förderung von kulturellen Innovationen – im Unterschied zu technologischen – und will so einen Beitrag zur Innovationsunion der Agenda Europa 2020 leisten. Dies erfolgt u.a. durch den Award, aber auch durch Know-How Transfer und ein europäisches Projekt-Match-Making für Mitglieder von N.I.C.E..

2. Vermögens- Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der besonderen Finanzierungsform durch Fördermittel und nur geringfügiger Eigenerträge (in Höhe von 82.905,99 € Einnahmen 2013) sind herkömmliche Betrachtungen des Jahresergebnisses bzw. daraus abzuleitender Kennzahlen auf die ecce GmbH nicht anwendbar. Die ecce GmbH erzielte in 2013 ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Die Finanzierung des eigenen Geschäftsbetriebs sowie der Projekte LABKULTUR.TV, Forum d'Avignon Ruhr, Kreativ.Quartiere und Spillover für 2013 war durch den Abruf der genehmigten Mittel aus den Förderbescheiden gesichert.

3. Nachtragsbericht

-

Wesentliche Risiken und weitere Vorfälle von besonderer Bedeutung, außer den in diesem Bericht genannten, haben sich im Berichtsjahr und auch nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

4. Risikobericht

Ein erhöhtes Betriebsrisiko ist nicht festzustellen. Die Zuwendungsbescheide der Projekte für 2014 liegen vor. Mit einem Förderbescheid für 2014 für das Projekt EU Strategie ist ein neues Projekt hinzugekommen, dass den Aufgaben der GmbH gemäß Satzung sowie den Zielen des Landes NRW inhaltlich Rechnung trägt und die erforderlichen Strukturen im Ruhrgebiet für die Ausschöpfung der Potentiale Europas aufbaut.

5. Prognosebericht

Die geplanten Beitritte weiterer Gesellschafter konnten 2013 umgesetzt werden, so dass die Gesellschafterstruktur durch Beurkundung am 27.06.2013 wie geplant erweitert werden konnte. Die Gremien sind erstmals in neuer Besetzung am 15.11.2013 zur Kuratoriums-Sitzung und Gesellschafterversammlung zusammengetreten.

Die Fördermittel CIPA aus dem Fördermittelweiterleitungsvertrag konnten nicht wie geplant in 2012 zur CIPA Gründung verwendet werden, da ein geplanter Antrag 2012 nicht rechtzeitig möglich war, weil die institutionellen Voraussetzungen fehlten. Ein Antrag auf Verlängerung des Durchführungszeitraums ist gestellt, aber noch nicht entschieden.

LABKULTUR.TV konzentriert sich in seiner Berichterstattung 2014 auf die Themen "Kreativ.Quartiere" und Urbane Künste Ruhr – hier können trotz der Budgetkürzung Innovationen vorgestellt und europaweit kommuniziert werden, die ein Treibsatz für den fortgesetzten Strukturwandel des Ruhrgebiets sind. Die europäische Berichterstattung fokussiert auf Beiträge von Content-Partnern wie gestalten.tv sowie Partnern wie europeana und Forum d´Avignon. Im Umbruch der Medienlandschaft steigt die Sichtbarkeit der über Jahre gewachsenen Alleinstellung von LABKULTUR als die größte Plattform zu diesem Thema in Europa. Dies erklärt auch die starke Nachfrage nach Dienstleistungen von LABKULTUR zu Konferenzen – trotz der Medienkrise.

Das Förderprogramm des Landes aus Mitteln des MFKJKS für die Kreativ Quartiere wird in 2014 fortgesetzt und steht vor zwei Herausforderungen: zum einen soll das Fördervolumen um ca. 25 Prozent wachsen, zum anderen soll zeitgleich ein Evaluierungsprozess starten, für den die Kriterien noch nicht feststehen – so auch in ganz Europa. Die Suche nach Evaluierungsansätzen für die Kreativ.Quartiere Ruhr rückt daher auch in das Interesse des Joint Research Centre der EU Kommission und hat die Chance, ein Modell für Europa zu entwickeln.

Das Forum d'Avignon Ruhr findet am 11./12. Juni 2014 statt. Die Veranstaltung widmet sich unter dem Motto „Innovation ist Leidenschaft" der Frage, welche Rahmenbedingungen diese zunächst immaterielle Resource für die Kultur und

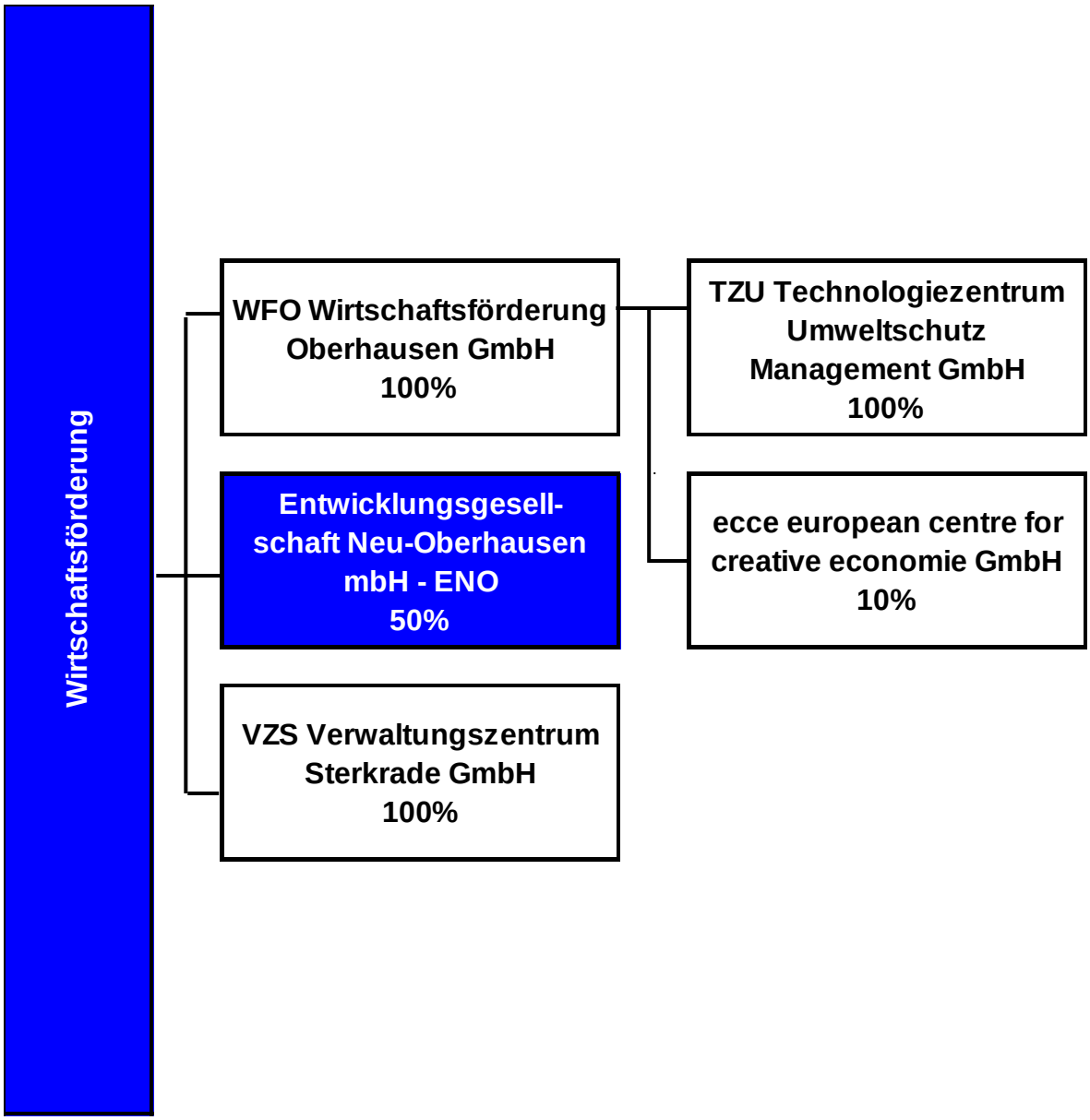
Kreativwirtschaft und ihre ökonomischen Erfolge benötigt. Zum einen geht es um die Frage, ob Politik diese Rahmenbedingungen schaffen kann und wenn ja, wie? Zum anderen um die Frage, wie man diese Bedingungen und ihre Erfolge qualitativ evaluiert – bevor sie ökonomisch in Umsätzen und Arbeitsplätzen sichtbar werden. Diese beiden Fragen leisten einen Beitrag zur Innovationsunion der Agenda Europa 2020 und ziehen daher hochkarätige Künstler wie Politiker auf das Forum d´Avignon Ruhr 2014. Das Ruhrgebiet wird für eine Woche im Juni zum zentralen Debattenort der Kultur und Kreativwirtschaft Europas.

Ergänzend zum Forum d Avignon Ruhr wird 2014 der erste Preis für kulturelle Innovation vergeben: Nach einer öffentlichen europaweiten Ausschreibung werden 10 Projekte geshortlistet und parallel zum Forum ausgestellt. Am Ende des Forum wird Wirtschaftsminister Duin den N.I.C.E. Preis verleihen. In dieser Verbindung wird das Forum d Avignon Ruhr die europäische Konferenz zu innovativer Kulturpolitik und innovativer Kulturpraxis in Deutschland.

2014 ist das erste Jahr, in dem ecce mit neuen internen Ressourcen und neuen externen Partnern und Netzwerken eine Strategie "Europa" verfolgen kann, die pünktlich zu den ersten Calls des "Creative Europe Programs" neue Potentiale aus Antragsstellungen und aus Netzwerken wie mit Limburg und N.I.C.E. verbinden kann. Dabei sind dies Potentiale, die ecce an die Städte im Ruhrgebiet vermitteln will – wie schon mit Essen erfolgreich in 2012/2013 praktiziert und mit den Städten Bochum, Gelsenkirchen und Dortmund seit 2013 in Vorbereitung.
Erstmals hat ecce zudem mehr Kapazität, um den Einladungen aus Europa Folge zu leisten und ein neues Niveau der Sichtbarkeit für die Kulturmetropole Ruhr in Europa zu erarbeiten.

Dortmund, den 07.03.2014

Prof. Dieter Gorny


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85036-0
Fax	0208/8503610
e-Mail	info@eno-gmbh.de
Internet	www.eno-gmbh.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 318,80

Gesellschafter:

	T€	%*
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	0,26	0,09
August Heine Baugesellschaft mbH & Co. KG	0,61	0,20
Autohaus Kruft GmbH	0,26	0,09
Bangel GmbH & Co. Industriebau-Projektierungs KG	0,50	0,17
BECKERautomobile GmbH & Co. KG	0,61	0,20
B & H Elektro-Anlagenbau GmbH	0,51	0,17
BIT Beratung Integration und Training gGmbH	0,50	0,17
b+w Electronic Systems GmbH	0,51	0,17
Contact gmbH	0,50	0,17
Dazzle Oberhausen GmbH	1,50	0,50
Der Baustoff-Mann Schneider oHG	0,36	0,12
Evers GmbH	0,50	0,17
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,50	4,14
Fritz Effekt GmbH	0,50	0,17
Gehring Archivdepot GmbH	0,51	0,17
Gerstmann Holding GmbH & Co. KG (in Insolvenz)	0,77	0,26
GEWA GmbH	0,50	0,17
GHH Radsatz International Holding GmbH	0,51	0,17
GSI – Gesellschaft für Schweißtechnik International mbH	0,75	0,25
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH	0,61	0,20
Harpering EDV-Systeme	0,50	0,17
Hermann Nottenkämper OHG	0,36	0,12
HOFFMANN Malerservice GmbH	0,50	0,17
Kreishandwerkerschaft	0,26	0,09
Lenord, Bauer & Co. GmbH	0,26	0,09
Lohmar & Meller oHG	0,61	0,20
MAN Diesel & Turbo AG	6,39	2,12
Marx Ingenieurgesellschaft mbH	0,50	0,17
Möbel Heck Einrichtungshaus KG	0,31	0,10

Möbelstadt Rück GmbH & Co. KG	0,66	0,22
move elevator GmbH	0,31	0,10
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	12,50	4,14
Oxea Deutschland GmbH	0,63	0,21
Pantecta GmbH	0,31	0,10
PHOENIX Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	0,50	0,17
Plaßmeier GmbH	0,50	0,17
Prosperis Services GmbH & Co. KG	0,50	0,17
Radio NRW GmbH	0,26	0,09
RAG Montan Immobilien GmbH	0,51	0,17
Real Trust GmbH	0,50	0,17
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	1,00	0,33
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	6,39	2,12
SAT GmbH & Co. KG	0,51	0,17
Schneider Electric Buildings Germany GmbH	0,50	0,17
Stadt Oberhausen	159,40	52,81
Stadtsparkasse Oberhausen	56,39	18,68
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	12,50	4,14
UVRN-Unternehmensverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	0,75	0,25
VERITAS Unternehmensberatungs- und Treuhand GmbH Steuerberatungsgesellschaft	0,50	0,17
Versatel West GmbH	0,26	0,09
Volksbank Rhein-Ruhr eG	0,51	0,17
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	12,50	4,14
Weiterbildungsinstitut Wbi GmbH	0,51	0,17

*prozentualer Anteil unter Berücksichtigung der von der ENO gehaltenen eigenen Anteile

Gegenstand des Unternehmens:
Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrien, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Lichtenheld, Frank

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
	stellv. Vorsitzender	Walterfang, Heinrich
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Dr. Heine, Stephan
	Mitglied	Janßen, Dieter
	Mitglied	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Lacum, Markus
	Mitglied	Salhofen, Ulrich
	Mitglied	Schmidt, Hartmut
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Wittmann, Regina

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	7,71	0,7	5,32	0,6	3,41	0,4	-1,91	-35,90
Umlaufvermögen	1.141,32	99,2	949,90	99,3	861,95	99,5	-87,95	-9,26
Rechnungsabgrenzungsposten	1,17	0,1	1,16	0,1	1,12	0,1	-0,04	-3,45
Bilanzsumme	**1.150,20**	**100,00**	**956,38**	**100,00**	**866,48**	**100,00**	**-89,90**	**-9,40**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	865,71	75,3	743,97	77,8	679,08	78,4	-64,89	-8,72
Rückstellungen	186,49	16,2	191,94	20,1	172,45	19,9	-19,49	-10,15
Verbindlichkeiten	98,00	8,5	20,47	2,1	15,15	1,7	-5,32	-25,99
Bilanzsumme	**1.150,20**	**100,00**	**956,38**	**100,00**	**866,48**	**100,02**	**-89,90**	**-9,40**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	29,00	1,62	3,38
sonstige betriebliche Erträge	225,56	141,54	170,39
Personalaufwand	285,62	282,61	269,10
Abschreibungen	4,29	2,99	1,91
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.040,02	970,10	953,68
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,13	1,98	0,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,03		0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.071,27	-1.110,57	-1.050,45
außerordentliche Aufwendungen	4,48	4,48	4,48
außerordentliches Ergebnis	-4,48	-4,48	-4,48
sonstige Steuern	0,42	0,38	0,36
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.076,17	-1.115,44	-1.055,30
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-1.076,17	-1.115,44	-1.055,30
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-3.711,21	-68.892,72	-31.216,95	%
Eigenkapitalrentabilität:	-124,31	-149,93	-155,40	%
Cash-Flow:	-1.071,87	-1.112,45	-1.053,39	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	127,28	71,58	86,89	T€
Personalaufwandsquote:	112,20	197,42	154,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,67	0,56	0,39	%
Eigenkapitalquote:	75,27	77,79	78,37	%
Fremdkapitalquote:	24,73	22,21	21,63	%

e) Lagebericht

Gegenüber dem Jahresabschluss 2012 mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.115 ergab sich 2013 ein tatsächlicher Jahresfehlbetrag von T€ 1.055. Abgedeckt wird dieser Fehlbetrag über den Zuschuss der Stadt Oberhausen in Höhe von T€ 435, den Betriebskostenzuschuss des Gesellschafterkreises Wirtschaft in Höhe von T€ 567 sowie Entnahmen aus den Rücklagen in Höhe von T€ 54.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich um T€ 60 gegenüber dem Vorjahresergebnis.

Gründe hierfür sind im Wesentlichen die Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge (aus Weiterberechnung) um T€ 23, Reduzierung der Personalkosten um T€ 13, die Reduzierung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 16.

Die Zuführungen der Gesellschafter sank um T€ 10 auf T€ 567 (Vj. 577).

Die aufgezeigte Entwicklung führte dazu, dass die Entnahme aus der Kapitalrücklage zur Verlustabdeckung zum 31.12.2013 bei T€ 54 (Vj. 103) lag.

Eigene Geschäftsanteile wurden zum Bilanzstichtag in Höhe von € 16.946 (Vj. € 13.376) gehalten. Eine Kapitalerhöhung hat die Gesellschafterversammlung wegen der Höhe der eigenen Geschäftsanteile nicht beschlossen.

Die Bilanzsumme beträgt per 31.12.2013 T€ 866 (Vj. T€ 956).

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das laufende Geschäftsjahr 2014 wird gemäß des vom Aufsichtsrat am 14.11.2013 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans 2014 voraussichtlich mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.081 enden. Abgedeckt werden soll dieser über den Zuschuss der Stadt Oberhausen in Höhe von T€ 435, die Betriebskostenzuschüsse des Gesellschafterkreises Wirtschaft in Höhe von T€ 556 sowie der Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von voraussichtlich T€ 90.

Von einer vorratsweisen Erhöhung des Stammkapitals wurde für das Geschäftsjahr 2014 ebenfalls abgesehen, da die Gesellschaft zurzeit eigene Anteile in Höhe vor rd. € 17.000 hält, die für eine Weiterveräußerung zur Verfügung stehen und die Übernahme von Stammeinlagen ermöglichen.

Das Vermögen der Gesellschaft ist wie im Vorjahr durch umfängliche flüssige Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote geprägt.

Nicht berücksichtigt sind bei der Planung für 2014 die Aufwendungen, die für eine künftige Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung entstehen.

Die kommunale Wirtschaftsförderung steht vor wachsenden Herausforderungen. Grund hierfür ist ein Bündel aktueller Entwicklungen, z. B. der verstärkte Wettbewerb der Regionen, der technologische Wandel, die oft schwierige Flächenentwicklung bzw. -vermarktung, die Sicherung und Entwicklung lebendiger Innenstädte, aber auch und nicht zuletzt die Gewinnung von Fachkräften als Folge des demografischen Wandels.

Der Standortwettbewerb wird immer intensiver, das Themen- und Aufgabenspektrum der Wirtschaftsförderung vielfältiger und komplexer.

Da alle Gewerbeflächen, für deren Vermarktung die Wirtschaftsförderung originär zuständig war, vollständig am Markt platziert werden konnten, beteiligen sich die ENO/WFO aktiv an der Entwicklung gewerblicher Potenzialflächen.
Während dies für den Bereich des an der Duisburger Straße gelegenen Hansaparks-Ost in speziellen Einzelfällen gilt, konnte für das Gelände des ehemaligen Stahlwerks eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen werden, in die neben der Grundstücks-eigentümerin Euro Auctions Immobilien auch der Projektentwickler Giesers Stahlbau und die ENO/WFO involviert sind. Ziel ist die gemeinsame Entwicklung und Vermarktung dieses Areals unter besonderer Berücksichtigung der für diesen Bereich geltenden bau- und planungsrechtlichen Festsetzungen.

Einen hohen Stellenwert wird auch weiterhin die dynamische Bestandsentwicklung und Sicherung der ortsansässigen Unternehmen einnehmen. Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die gemeinsamen Firmenbesuche mit dem Oberbürgermeister.

Auf der Grundlage des zum 01.01.2007 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen ENO und der Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO) wurde die WFO seitens der ENO mit der Realisierung der Wirtschaftsförderungsprojekte beauftragt.

Die zum Teil bereits 2007 initiierten und bis heute erfolgreich weitergeführten Einzelprojekte werden in enger Kooperation zwischen ENO und WFO realisiert. Impulse aus Politik und Wirtschaft werden aufgegriffen und setzen in den Projekten und Veranstaltungen wichtige Eckpunkte.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Inhalte:

- Gründungsoffensive Oberhausen – Betreuung von jungen Unternehmen: Intensivberatung, Durchführung von regelmäßigen Workshops, Seminaren und Treffen zu den sog. Reviergesprächen, Klärung von Finanzierungen, Standortfragen, Fördermittelinformation, Gründermesse Oberhausen, Projektwoche Ökonomie, Informationsplattform „GründerCity Oberhausen“, Gründerwoche Deutschland, Unternehmerinnenbrief NRW
- Unternehmensservice, Bestandsentwicklung und Bestandspflege (z. B. Unter-nehmensbesuche, Wirtschaftsforum, Potenzialberatung, ENO-Gesellschaftertreffen)
- Projektentwicklung, Immobilienvermarktung, Flächenvermarktung; Akquisition und Neuansiedlung, Flächenmanagement örtlich und überörtlich
- Präsenz auf internationalen Immobilienmessen wie EXPO REAL München, MIPIM Cannes, ITB Berlin
- Erweiterung und Pflege der Internetseiten WFO und ENO sowie GründerCity
- Kooperation mit Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH
- Kooperation mit anderen Unternehmensnetzwerken z.B. Business Partner Club, Unternehmerverbandsgruppe, Startercenter; RVR, TMO, CityO
- Standortmarketing: verschiedene Printprodukte, Imagefilm über das Leben und Arbeiten in Oberhausen, Booklet-Reihe „Wir sind Oberhausen“, Oh!-Das Stadtmagazin aus Oberhausen
- Geschäftsstraßenmanagement Osterfeld und Sterkrade
- Leitmärkte

Die Darstellung ist weder abschließend noch auf das laufende Geschäftsjahr beschränkt. Um nachhaltige Wirkungen zu erzielen, sind sie auf Dauer angelegt, werden kontinuierlich weiterverfolgt, an die jeweiligen Situationen angepasst und entsprechend gewichtet.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Provisionseinnahmen durch Vermittlung von Grundstücksflächen können gegenwärtig kaum kalkuliert werden, da alle Gewerbeflächen, für die die Wirtschaftsförderung originär zuständig war, vermarktet sind. Allerdings ist die ENO an der Entwicklung von Gewerbeflächen beteiligt, so dass mittelfristig wieder entsprechende Umsatzerlöse eingeplant werden können.

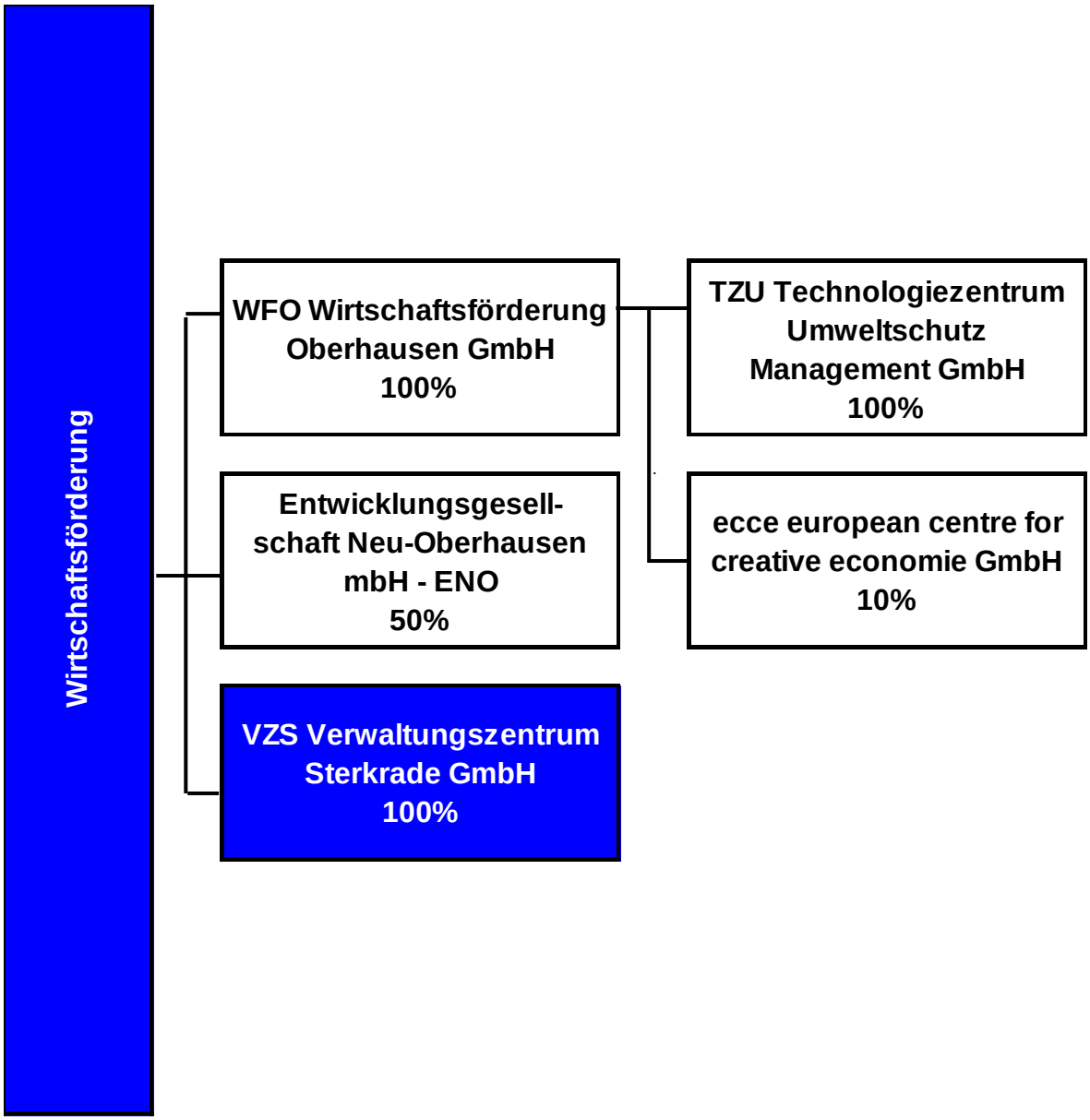
Die Zuführungen der Gesellschafter zur Sicherung der Finanzierung der ENO sind rückläufig und eine nennenswerte Steigerung ist trotz Neu-Akquise durch die Geschäftsführung und unter Berücksichtigung der geplanten Neuausrichtung nicht absehbar.

Um das Leistungsangebot der Wirtschaftsförderung weiterhin erfolgs- und zukunftsorientiert anbieten zu können, wurde ein Prozess der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung eingeleitet.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 10.03.2014 einen Prüfauftrag zur inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung beschlossen. Danach soll bis Ende 2014 ein erstes Konzept erarbeitet werden. Ziel ist es, das bereits erfolgreiche PPP-Modell fortzuführen bzw. weiterzuentwickeln, in dem aus den drei existierenden Gesellschaften ENO mbH, WFO GmbH und TMO GmbH eine gemeinsame, zukunftsorientierte Wirtschafts- und Tourismusförderungsgesellschaft Oberhausen entsteht. Letztlich wird somit auch dem Wirtschaftsfaktor Tourismus entsprechend Raum gegeben. Im Focus der Prüfung stehen nicht nur die inhaltlichen Themen, sondern auch eine separate Überprüfung der steuer- und finanzrechtlichen Einflüsse bei einer möglichen Verschmelzung. Durch die angestrebte Umstrukturierung und Konzentration werden sich im Laufe der Prozesse weitere Aufwendungen für externe Berater ergeben, die im Wirtschaftsplan 2014 noch nicht berücksichtigt sind und die derzeit noch nicht beziffert werden können. Entsprechende Sondersitzungen der Aufsichtsräte zur Umstrukturierung unter Berücksichtigung der entstehenden Kosten sind geplant.

Oberhausen, den 07.04.2014

Frank Lichtenheld
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
ecce european centre for creative economie GmbH 10%
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH 100%

VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/825-7000
Fax	0208/825-7070
e-Mail	
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Umbau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung des Verwaltungszentrums Sterkrade.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck die künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszweckes an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

MAN Gutehoffnungshütte AG	Grundstückskaufvertrag vom 18.08.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
Stadt Oberhausen	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Schmidt, Jürgen

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	28.141,17	96,9	26.942,81	97,7	25.759,95	94,4	-1.182,86	-4,39
Umlaufvermögen	51,55	0,2	635,59	2,3	1.527,67	5,6	892,08	140,35
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	839,61	2,9					0,00	
Bilanzsumme	**29.032,33**	**100,00**	**27.578,40**	**100,00**	**27.287,62**	**100,00**	**-290,78**	**-1,05**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital			179,12	0,6	1.256,99	4,6	1.077,87	601,76
Rückstellungen	10,00	0,0	14,06	0,1	19,38	0,1	5,32	37,84
Verbindlichkeiten	29.022,33	100,0	27.385,21	99,3	26.011,25	95,3	-1.373,96	-5,02
Bilanzsumme	**29.032,33**	**100,00**	**27.578,40**	**100,00**	**27.287,62**	**100,00**	**-290,78**	**-1,05**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.725,69	3.889,87	3.933,74
sonstige betriebliche Erträge	0,20		0,30
Materialaufwand	331,56	331,56	331,56
Personalaufwand	16,59	15,23	14,32
Abschreibungen	1.390,00	1.243,88	1.238,79
sonstige betriebliche Aufwendungen	183,74	173,42	253,76
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		5,51	26,16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.821,56	1.112,25	1.038,62
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-17,57	1.019,03	1.083,14
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1,26	5,26
sonstige Steuern	-0,97	-0,96	-0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-16,60	1.018,73	1.077,88
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.637,53	-2.654,13	-1.635,40
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2.654,13	-1.635,40	-557,53

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,45	26,19	27,40	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,63	56,14	59,40	%
Cash-Flow:	1.373,40	2.262,61	2.316,67	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,45	0,39	0,36	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	96,93	97,70	94,40	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,65	4,61	%
Fremdkapitalquote:	100,00	99,35	95,39	%

e) Lagebericht

Der Rat der Stadt Oberhausen hat 1998 den Erwerb des leerstehenden Bürokomplexes im Zentrum von Oberhausen-Sterkrade und die Gründung der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS) mit einem Stammkapital von 25.000,-- € beschlossen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Unterstützung des Nebenzentrums Sterkrade erfolgen; so konnten 600 Arbeitsplätze für die Sterkrader Innenstadt dauerhaft gesichert und deren Struktur damit gestärkt werden.

Seitens der Stadt Oberhausen sollten mit der Realisierung des Technischen Rathauses Sterkrade insbesondere ein verbesserter Bürgerservice und Haushaltskonsolidierungsbeiträge durch die Einsparung von Unterhaltungs- und Sanierungskosten sowie organisatorische Synergieeffekte realisiert und den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden.

- **Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft und der Lage der Gesellschaft**

  Die 1999 begonnene Baumaßnahme zur Neukonzeptionierung der alten GHH-Hauptverwaltung wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Nach Fertigstellung erfolgte eine direkte Vermietung an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) als Generalmieterin des Technischen Rathauses, die wiederum (neben der Eigennutzung von Teilflächen) im Wesentlichen an die Stadt Oberhausen untervermietet.

  Die VZS wurde im Juni 2007 durch die Stadt Oberhausen mit dem Bau eines Parkhauses beauftragt. Die Fertigstellung des Objektes erfolgte planmäßig im Juni 2009; Betreiberin des Parkhauses ist die OGM.

  Auf Grund der günstigen Zinslage war es der VZS bereits im Geschäftsjahr 2010 möglich, die zur Finanzierung der o. g. Baumaßnahmen erforderlichen Darlehen, deren Zinsbindung in den Jahren in den Jahren 2010 und 2011 ausgelaufen sind, zu im Vergleich zum Ursprungsdarlehen günstigeren Konditionen zu prolongieren. Darüber hinaus wurden 2013 keine weiteren Darlehen aufgenommen. Die Finanzierung aller anfallenden Schuldendienste ist über die Mieteinnahmen sichergestellt; die langfristigen Darlehen sind in voller Höhe über eine Bürgschaft der Stadt Oberhausen, eingetragene Grundschulden bzw. Abtretungserklärungen abgesichert. Kontokorrentdarlehen wurden im Geschäftsjahr 2013 nicht in Anspruch genommen.

  Zum Stichtag 31.12.2013 waren bei der VZS lediglich 2 Geschäftsführer ehrenamtlich beschäftigt; alle übrigen betriebsnotwendigen Leistungen wurden eingekauft.

  Der operative Geschäftsbetrieb der VZS bestand im Berichtszeitraum in der Vermietung des Technischen Rathauses sowie des Parkhauses am Eugen-zur-Nieden-Ring. Die Mieterlöse konnten im Berichtsjahr 2013 in der kalkulierten Höhe erzielt werden.

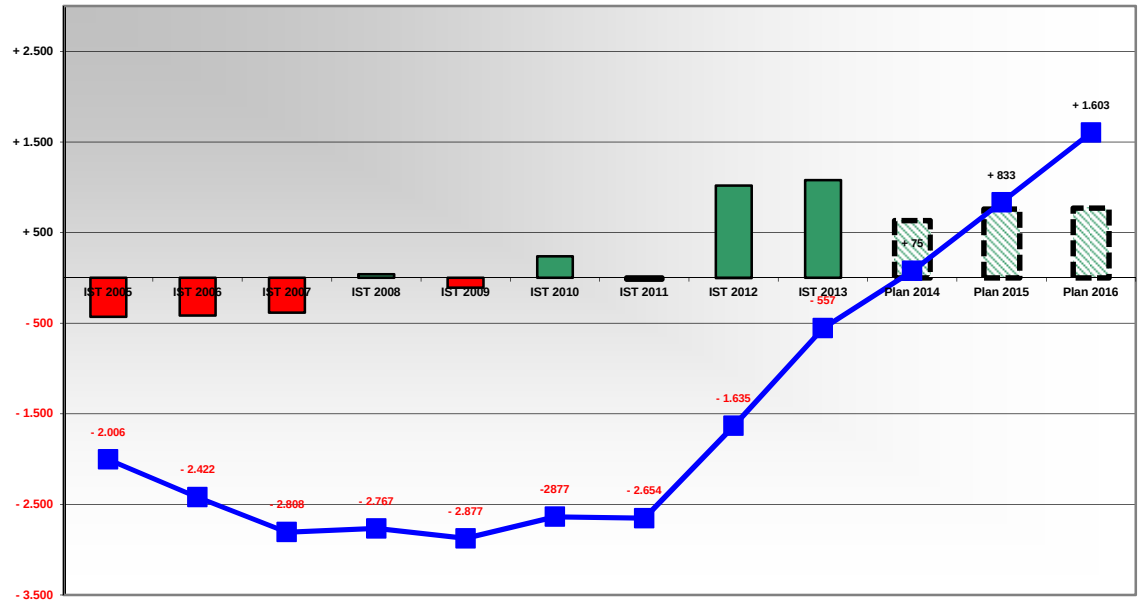
  Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.078 T€ erwirtschaftet, welcher zur Reduzierung der Bilanzverluste genutzt wird. Der Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2013 einen Überschuss in Höhe von 865 T€ vor, welcher somit um 213 T€ bzw. 24,6% übertroffen werden konnte.

  Hierbei machten sich insbesondere die langfristig günstigen Zinskonditionen bemerkbar. Der Zinsaufwand wird auch zukünftig durch planmäßige Tilgungsleistungen in Folgejahren weiter rückläufig sein. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten konnten im Berichtsjahr planmäßig um 1.388 T€ reduziert werden.

Durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2013 reduziert sich der Bilanzverlust auf nunmehr –557 T€. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist unter Berücksichtigung der Kapitalrücklage von 1.790 T€ in Höhe von 1.258 T€ wiederhergestellt (Nominalkapital 25 T€).

Das Projekt "Technisches Rathaus Sterkrade" ist langfristig ausgerichtet. Bedingt durch anfänglich hohe Zinsaufwendungen und Abschreibungen entstanden der Gesellschaft in der ersten Phase kontinuierlich Verluste, die zu einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag geführt haben, welcher aber nunmehr aus eigenen Mitteln abgebaut werden konnte. Auch zukünftig werden auf Grund der sinkenden Zinslasten durch erfolgte Tilgungen Überschüsse erwartet, die dann zum weiteren Abbau des Bilanzverlustes führen:

Jahresergebnisse / Bilanzverlust der VZS GmbH in T€



Hinsichtlich der Ergebnisplanungen 2014ff. ist zu beachten, dass bedingt durch den Verbrauch der steuerlichen Verlustvorträge die Ergebnisse erstmalig in vollem Umfang Steuern vom Einkommen und Ertrag unterliegen.

- **<u>Zukünftige Entwicklung</u>**

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach dem 31.12.2013 nicht eingetreten.

Die Jahresergebnisse 2014 ff. werden auf Grund der o. g. Voraussetzungen (insbesondere durch die fortgesetzte Entschuldung und der damit einhergehenden Reduzierung des Zinsaufwandes) wiederum positiv ausfallen und entsprechen dem mehrjährigen Businessplan der Gesellschaft. Gemäß der aktuellen Mittelfristplanung wäre das Eigenkapital der Gesellschaft somit mit dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 vollständig wiederhergestellt.

Seit dem 01.01.2001 ist die OGM (ebenfalls eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen) langfristige Generalmieterin für den Gesamtkomplex "Technisches Rathaus Sterkrade". Per Vertrag übernimmt die OGM den Betrieb und die Verwaltung für das Gebäude, einschließlich Finanzierung und Abrechnung der Nebenkosten sowie der Unterhaltung von Dach und Fach.

Die der VZS zufließenden Mieterträge dienen somit nach Abzug der Betriebskosten fast ausschließlich der Bedienung der Darlehen. Liquide Mittel zur Bedienung der Schuldendienste stehen der VZS in ausreichender Höhe zur Verfügung. Bedingt durch die Tilgungen sowie die o. g. günstige Prolongation eines Darlehens zur Finanzierung des Umbaus ergeben sich direkte positive Auswirkungen auf die zukünftigen Jahresergebnisse (Reduzierung Zinsaufwand).

Darüber hinaus hat der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung im September 2013 beschlossen, den bisher eng gefassten Gesellschaftszweck der VZS zu erweitern, um die Potenziale der Gesellschaft für neue Projekte in Form von Verwaltungsgebäuden nutzen zu können. Die hierzu notwendige Anzeigebestätigung der Bezirksregierung Düsseldorf steht noch aus, so dass bisher eine Umsetzung nicht möglich war.

- **Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung**

  Wegen langfristiger Darlehensverträge mit festen Zinssätzen, langfristiger Mietverträge mit der OGM (und der Stadt für Teilflächen des Parkhauses) und langfristiger OGM-Betreiberverträge ergeben sich aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft keine erkennbaren Risiken, zumal es sich bei der OGM ebenfalls um eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen handelt.

  Die aktuelle Inflationsrate führt dazu, dass bei konstanter Entwicklung im Laufe des Jahres 2014 die mietvertraglichen Regelungen zur Anpassung der Miethöhe für das Technische Rathaus greifen können; eine entsprechende Ankündigung an die Generalmieterin ist bereits ergangen.

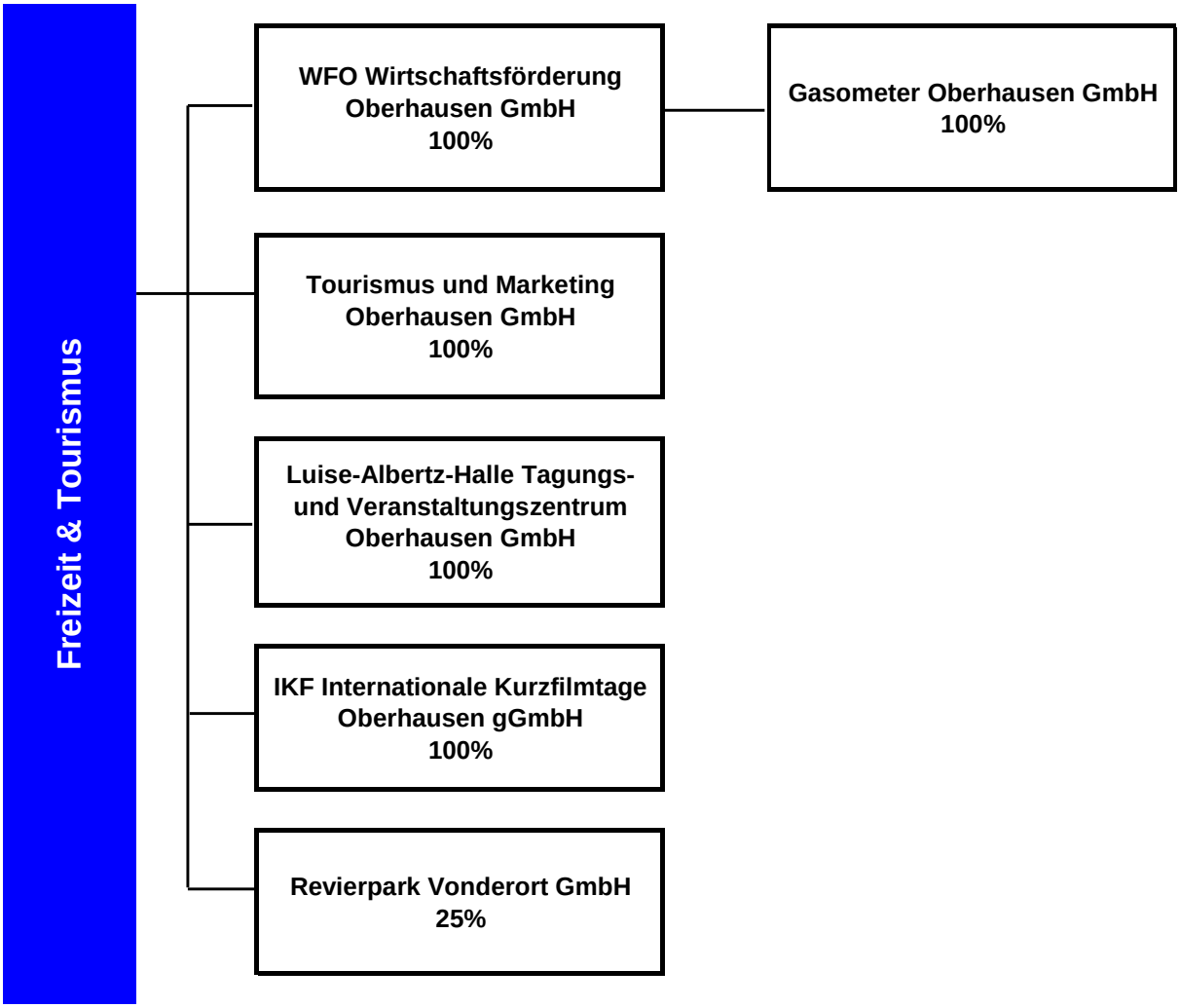
  Weiterhin sind mit Ausnahme der bereits thematisierten beabsichtigten Erweiterung des Gesellschaftszwecks zur Schaffung einer Option zur Umsetzung möglicher weiterer Projekte im Bereich von Verwaltungsgebäuden keine Änderungen rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen absehbar, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VZS GmbH haben.

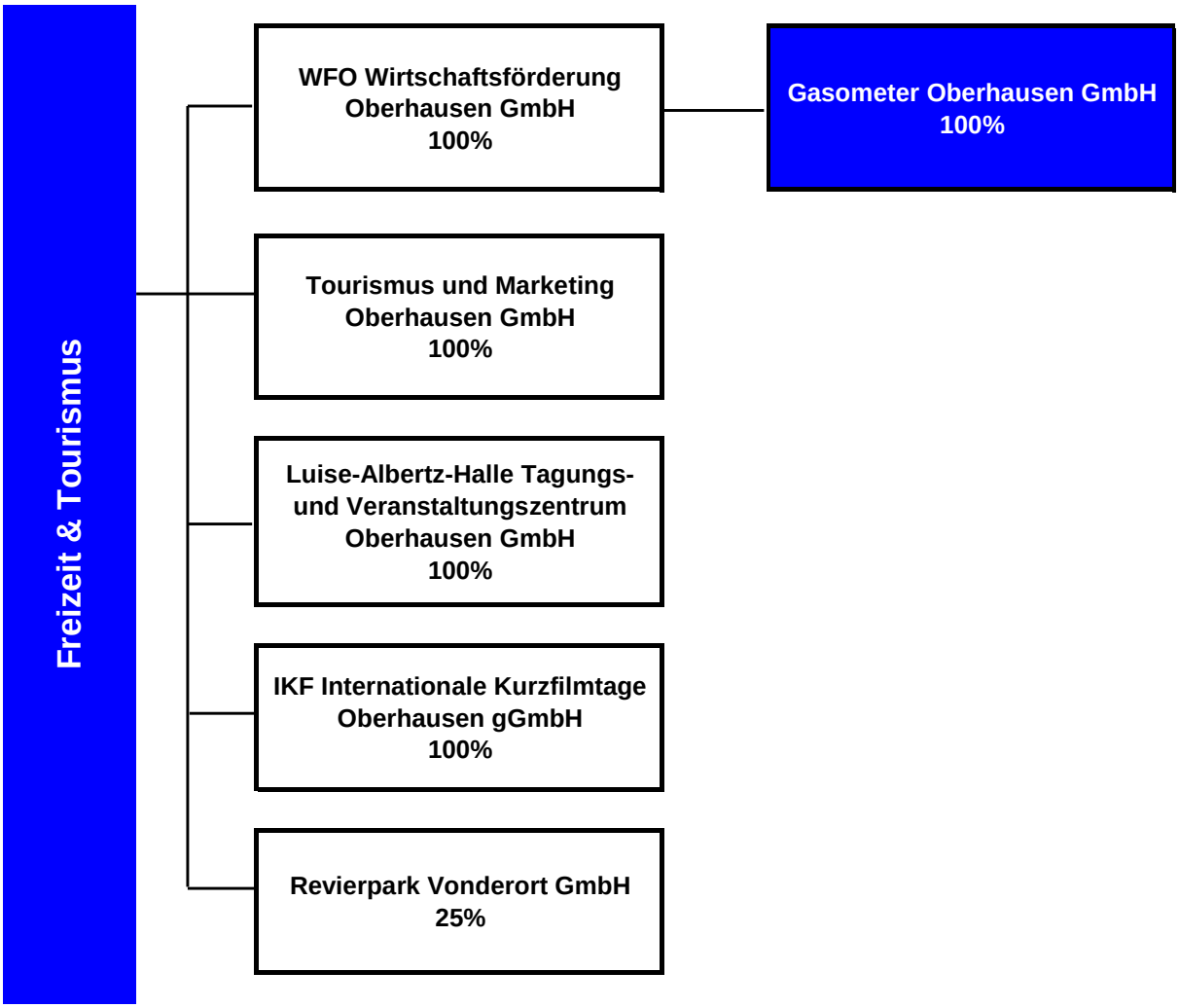
  Denkbare Projekte werden einzelfallspezifisch kalkuliert und nur bei entsprechender langfristiger Rentabilität für die Gesellschaft realisiert.

Oberhausen, im Mai 2014

Hartmut Schmidt ***Horst Kalthoff***

Freizeit & Tourismus




Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

Gasometer Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-30
Fax	0208/85037-33
e-Mail	info@gasometer.de
Internet	www.gasometer.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Gasometers.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Schmitz, Jeanette
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	55,72	2,1	48,26	1,9	59,70	2,1	11,44	23,70
Umlaufvermögen	2.562,36	97,9	2.448,98	98,0	2.777,89	97,9	328,91	13,43
Rechnungsabgrenzungsposten	0,48	0,0	0,61	0,0	0,14	0,0	-0,47	-77,05
Bilanzsumme	**2.618,56**	**100,00**	**2.497,85**	**100,00**	**2.837,73**	**100,00**	**339,88**	**13,61**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	2.391,41	91,3	2.076,61	83,1	2.317,18	81,7	240,57	11,58
Rückstellungen	47,16	1,8	7,10	0,3	157,38	5,5	150,28	2.116,62
Verbindlichkeiten	179,98	6,9	374,26	15,0	362,61	12,8	-11,65	-3,11
Rechnungsabgrenzungsposten			39,88	1,6	0,56	0,0	-39,32	-98,60
Bilanzsumme	**2.618,56**	**100,00**	**2.497,85**	**100,00**	**2.837,73**	**100,00**	**339,88**	**13,61**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	2.252,45	1.642,92	2.747,08
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2,83	-2,08	-2,37
sonstige betriebliche Erträge	393,26	686,73	469,27
Materialaufwand	1.186,54	1.353,92	1.931,46
Personalaufwand	395,62	424,08	469,43
Abschreibungen	13,44	13,81	17,01
sonstige betriebliche Aufwendungen	764,94	894,19	469,06
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9,81	16,50	2,67
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			1,62
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	297,80	-341,93	328,08
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	93,04	-44,62	30,70
sonstige Steuern	15,71	17,48	56,81
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	189,05	-314,80	240,57
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	760,93	949,98	635,18
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	949,98	635,18	875,75

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,39	-19,16	8,76	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,12	-21,84	16,69	%
Cash-Flow:	202,49	-300,99	257,58	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	2.648,54	1.163,78	1.607,00	T€
Personalaufwandsquote:	14,94	18,22	14,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,13	1,93	2,10	%
Eigenkapitalquote:	91,33	83,14	81,66	%
Fremdkapitalquote:	8,67	16,86	18,34	%

e) Lagebericht

Im Mittelpunkt des Geschäftsjahres 2013 stand die Christo-Ausstellung „Big Air Package“. Sie wurde am 15. März 2013 von Christo selbst, und mit großer Medienresonanz, eröffnet. Erfreulicherweise wurde die Ausstellung auch im Ausland wahrgenommen. Von den 443.336 Besuchern, die bis zum 30.12.2013 gezählt werden konnten, kam bereits jeder 6. Besucher aus dem Ausland. Es wurden nahezu 2.000 Besuchergruppen durch die Ausstellung geführt und 19.281 Ausstellungskataloge im Gasometer-Bookshop verkauft. Laut einer Umfrage des Bereiches *Statistik und Wahlen* der Stadt Oberhausen, gab jeder Besucher im Mittel 24,20 Euro in Zusammenhang mit dem Besuch der Ausstellung in Oberhausen aus, was einem Gesamtumsatz von 10.735.991,20 € entspricht.

Christo besuchte sein *Big Air Package* noch zweimal. Im Herbst 2013 hielt er Vorträge vor Studenten der Folkwang Universität Essen und der interessierten Öffentlichkeit. Beide Veranstaltungen fanden im *Big Air Package* statt.

Ein besonderes Erlebnis waren für 440 Schülerinnen und Schüler die Lesungen von Rainer Rudloff im *Big Air Package* vor den Sommerferien. Die Lesungen lösten so viel Begeisterung aus, dass die Anzahl der Lesungen in 2014 ausgeweitet werden soll.

Es konnten im Geschäftsjahr 2013 Eintrittsgelder in Höhe von 2.381.163,50 € erzielt werden. Der Netto-Durchschnittspreis lag mit 5,37 € höher als bei den vorangegangenen Ausstellungen. Aufgrund weiterer Einnahmen aus Sponsoring (150.000 €), Merchandising (57.000 €), Gastronomie (26.000 €), Bookshop (46.000 €), Audioguideausleihen (7.000 €), Außenwerbung (25.000 €) und Bilderverkauf an Christo (110.000 €), RVR-Zuschuss zur Gebäudeunterhaltung (246.000€) etc., konnten die mit der Ausstellung verbundenen Kosten in 2013, die übrigen Betriebsaufwendungen sowie die Gesellschaftskosten gedeckt und das Geschäftsjahr 2013 positiv abgeschlossen werden.

Das Geschäftsjahr 2013 konnte allerdings nur mit Überschüssen abgeschlossen werden, weil bereits Vorlaufkosten für die Christo-Ausstellung in Höhe von 603.000 € in 2012 anfielen und auch verbucht wurden. Bei alleiniger, jahresunabhängiger Betrachtung des Gesamtausstellungsprojektes *Big Air Package* hätte die Gesellschaft mit einem Verlust abgeschlossen. Dieses Risiko wurde in einem Vertrag mit der Firma Messer über eine Ausfallbürgschaft abgesichert. Dementsprechend wurde ein Teil der Ausfallbürgschaft in Höhe von 70.897 € in Anspruch genommen.

Zeitgleich liefen in 2013 die Vorbereitungen für die Ausstellung „Der schöne Schein“ auf Hochtouren. *Der schöne Schein* beschäftigt sich mit dem Thema *Schönheit in der Kunst* in allen Kulturen und Epochen. Anhand von großformatigen Fotografien und detailgetreuer Abgüsse 170 bedeutender Kunstwerke, können die Besucher einen Spaziergang durch die Kunstgeschichte der Welt unternehmen. Ausstellungshöhepunkt ist eine der größten Innenraumprojektionen weltweit. Mit „320° Licht“, hat die Künstlergruppe URBANSCREEN den Gasometer selber in den Mittelpunkt des Geschehens gerückt. *320° Licht* schafft Illusionen und zerstört sie wieder. Die Projektion betont die Größe, die Form und die Materialität des Raumes und ist somit eine Hommage an die Schönheit des Gasometers. Die Vorlauf- und Produktionskosten für die Ausstellung beliefen sich auf 448.000 € und belasteten das Geschäftsjahr 2013. Am 10. April 2014 wurde die Ausstellung eröffnet. Bei gutem Erfolg ist eine Verlängerung der Ausstellung bis zum 1. November 2015 vorgesehen.

Das vom RVR bis 2016 für Instandsetzungsmaßnahmen zur Verfügung gestellte Budget in Höhe von 547.500 €, wurde von der Gasometer GmbH für Korrosionsschutz- und weitere technische Maßnahmen bereits in Gänze eingesetzt. Dieser Vertrag, sowie der Vertrag über den jährlichen Zuschuss zur Gebäudeunterhaltung, läuft in 2016 aus und muss demnächst mit dem Land NRW neu verhandelt werden. Bereits heute ist absehbar, dass die Außenhülle des Gasometers mittelfristig einen neuen Korrosionsschutz benötigt. Die Maßnahme wird nur durchgeführt werden können, wenn das Land NRW Fördermittel zur Verfügung stellt.

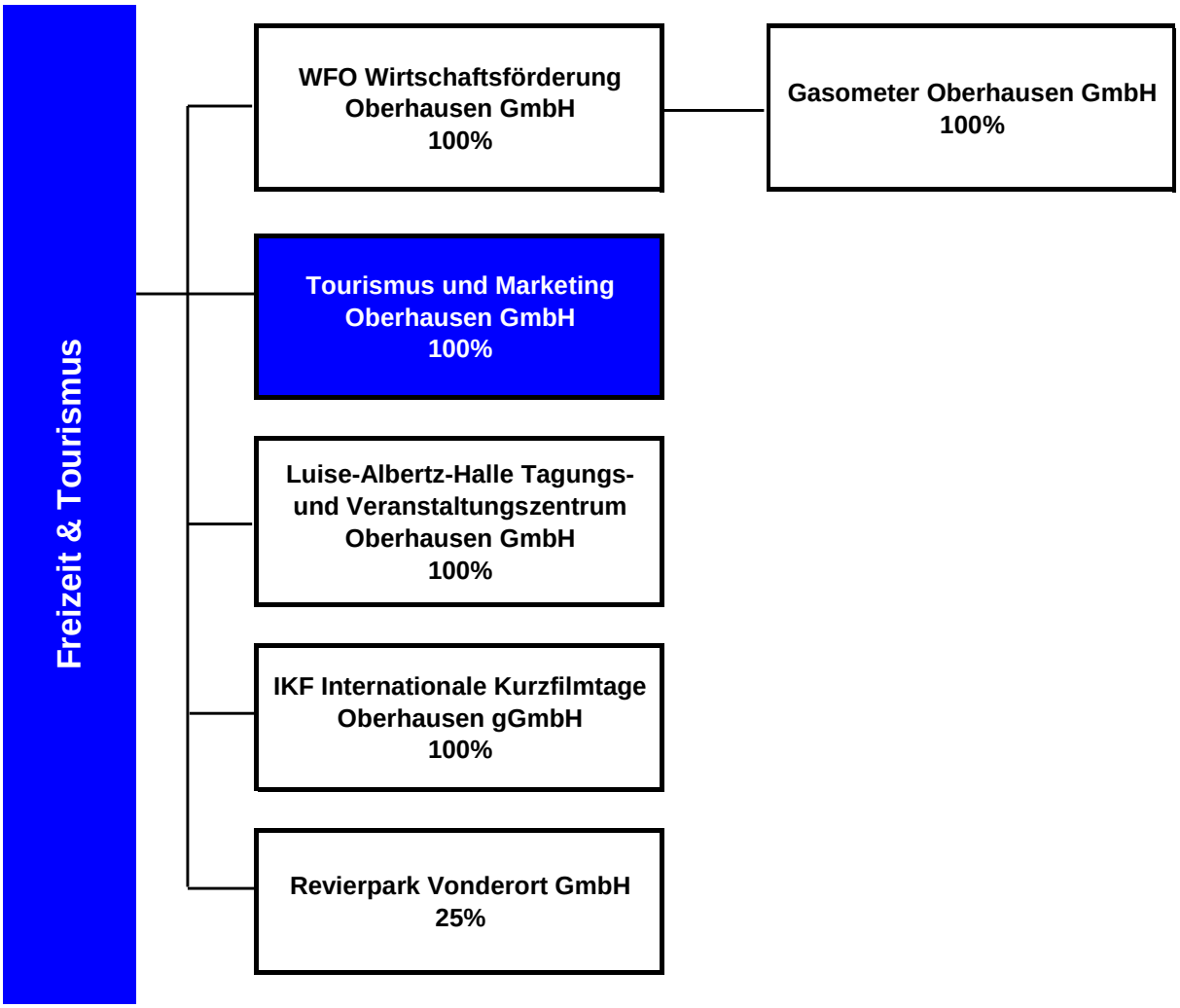
Jede realisierte Ausstellung im Gasometer ist ein positives Aushängeschild für die Stadt Oberhausen. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation wird es jedoch in Zukunft nicht einfacher, Sponsoren zu finden, die durch ihre Unterstützung bei der Realisierung einer Ausstellung einen werblichen Effekt erwarten. Die Gesellschaft wird immer häufiger nur noch Ausstellungen durchführen können, wenn sie frei über ihre finanziellen Rücklagen verfügen und daraus Anschlussfinanzierungen für neue, große Ausstellungen leisten kann. Nur mit dem entwickelten Geschäftsmodell der

Gasometer Oberhausen GmbH, in wirtschaftlich starken Zeiten, Zuführungen zur Kapitalrücklage zu bilden, die dann in der schwächeren Periode als Puffer für Anschubfinanzierungen neuer Ausstellungen dienen, kann der Gasometer langfristig betrieben werden.

Oberhausen, 13. Mai 2014

Gasometer Oberhausen GmbH

Jeanette Schmitz


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/82457-0
Fax	0208/8245711
Fax	0208/8245721
e-Mail	tourist-info@oberhausen.de
Internet	www.tmo-oberhausen.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
Stadt Oberhausen	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Touristische Werbung für die Stadt Oberhausen und die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie die Touristeninformation

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

CityO. Management e.V.	
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag Projekt-TeamCity
Stadt Oberhausen	Verlustabdeckung der Gesellschaft nach § 4 des Gesellschaftsvertrags

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Koch, Burkhard
	Prokurist	Muckel, Franz
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Vorsitzende	Schmidt, Georgis
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Antwerpen, Christina
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Jäntsch, Angelika
	Mitglied	Marx, Petra
	Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies
	Mitglied	Real, Ulrich
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Schlagböhmer, Robert
	Mitglied	Stroh, Uly

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	297,00	42,5	205,69	37,5	114,13	29,1	-91,56	-44,51
Umlaufvermögen	401,81	57,4	341,84	62,4	278,02	70,8	-63,82	-18,67
Rechnungsabgrenzungsposten	0,63	0,1	0,39	0,1	0,39	0,1	0,00	0,00
Bilanzsumme	**699,44**	**100,00**	**547,92**	**100,00**	**392,54**	**100,00**	**-155,38**	**-28,36**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	51,75	7,4	38,63	7,0	59,41	15,1	20,78	53,79
Sonderposten mit Rücklagenanteil	285,75	40,9	195,77	35,7	105,80	27,0	-89,97	-45,96
Rückstellungen	94,65	13,5	99,95	18,2	37,50	9,6	-62,45	-62,48
Verbindlichkeiten	192,42	27,5	164,49	30,0	166,57	42,4	2,08	1,26
Rechnungsabgrenzungsposten	74,86	10,7	49,08	9,0	23,27	5,9	-25,81	-52,59
Bilanzsumme	**699,44**	**100,00**	**547,92**	**100,00**	**392,54**	**100,00**	**-155,38**	**-28,36**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	653,95	678,98	752,21
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-4,50		
sonstige betriebliche Erträge	575,96	543,51	510,80
Materialaufwand	348,31	346,86	473,07
Personalaufwand	859,41	909,66	886,03
Abschreibungen	94,57	93,05	92,05
sonstige betriebliche Aufwendungen	353,38	383,71	351,93
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,39	0,31	0,21
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,68	0,24	0,26
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-430,55	-510,71	-540,12
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00		
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-430,55	-510,71	-540,12
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-397,51	-430,55	-510,71
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-397,51	-430,55	-510,71
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-430,55	-510,71	-540,12

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-65,84	-75,22	-71,80	%
Eigenkapitalrentabilität:	-89,27	-92,97	-90,09	%
Cash-Flow:	-335,97	-417,66	-448,07	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	53,28	58,21	66,47	T€
Personalaufwandsquote:	70,13	74,41	70,15	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	42,26	37,35	28,85	%
Eigenkapitalquote:	7,40	7,05	15,13	%
Fremdkapitalquote:	92,60	92,95	84,87	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand der Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH (TMO) ist die touristische Werbung für die Stadt Oberhausen und die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie die Touristeninformation.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch im Jahr „Drei“ nach der Kulturhauptstadt RUHR sind die Übernachtungszahlen in der Metropolregion Ruhr erneut angestiegen. Von Januar bis Dezember 2013 besuchten über 3,6 Millionen Gäste die Beherbergungsbetriebe (mit mindestens zehn Gästebetten und die Campingstellplätze) der Metropole Ruhr. Damit waren die Touristenzahlen so hoch wie noch nie. Insgesamt sind die Zuwächse 2013 in der Metropolregion höher ausgefallen als im übrigen NRW. Vor allem die Übernachtungszahlen der ausländischen Gäste sind gegenüber dem Vorjahr prozentual deutlich höher angestiegen als die der inländischen Gäste. Mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von zwei Tagen ist die Region eher ein Ziel für Kurzurlauber und Geschäftsreisende. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Metropole Ruhr im langfristigen Zeitvergleich in Sachen Tourismus einen gewaltigen Sprung nach vorne getan hat und der Trend weiterhin anhält. Insbesondere auch das Tagungsgeschäft gewinnt zunehmend an Bedeutung für die Region.

2. Geschäftsverlauf

Mit den Themen „Shopping, Entertainment, Industriekultur“ war Oberhausen auch in 2013 ein überaus interessantes Reiseziel – vor allem für Touristen aus dem Ausland. Die Christo-Ausstellung „Big Air Package“ (440.000 Besucher), die Musicals „Ich war noch niemals in New York“ und seit Dezember 2013 „Sister Act“ im Metronom Theater, die Eröffnung des Sea Life Abenteuerparks, das Legoland Discovery Centre (3 Mio Legosteine unter einem Dach) sowie das CentrO mit der Weihnachtswelt haben maßgeblich zur erneuten Steigerung der Übernachtungszahlen beigetragen.

Mit insgesamt 455.543 Übernachtungen (Statistisches Landesamt IT.NRW Düsseldorf) und einer Steigerung von + 2,0 Prozent hat Oberhausen 2013 einen neuen Rekordwert erreicht. Damit verzeichnet die Stadt zum zehnten Mal hintereinander steigende Übernachtungszahlen. Die Ankünfte sind ebenfalls mit einem Plus von 0,8 Prozent auf 204.316 Gäste gestiegen. Mit 49,6 Prozent Bettenauslastung nimmt Oberhausen in 2013 gemeinsam mit Aachen den ersten Platz unter allen kreisfreien Städten in NRW ein

Eine alleinige Spitzenstellung hat Oberhausen in der Betrachtung der prozentualen Zuwächse von Gästen aus dem Ausland für das Jahr 2013. Mit einer Steigerung von 40,6 Prozent bei den Ankünften und 24,2 Prozent bei den Übernachtungen hat Oberhausen 2013 für die höchsten Werte aller kreisfreien NRW-Städte gesorgt. Die fünf wichtigsten Quellmärkte sind dabei: Niederlande, Großbritannien, Österreich, Belgien und Italien.

Im Bereich der Vernetzung und Initiierung von Projekten und Produkten in Kooperation mit den touristischen Leistungsträgern hat sich die TMO auch in 2013 stark engagiert. Die TMO war erneut auf drei touristischen Leitmessen vertreten und hat aktives Standortmarketing betrieben. Die Anzahl der in den Touristinformationen RIL und RVC betreuten Gäste und der abverkauften touristischen Produkte hat in 2013 leicht zugenommen.

Der Bereich Stadt-/Citymarketing hat die Kooperationen mit dem CityO.-Management e.V. und dem städtischen Projekt-TeamCity 2013 erfolgreich gestalten können. Für den CityO.-Management e.V. konnten rund 20 Großveranstaltungen und Zusammenkünfte erfolgreich organisiert werden. Das erstmalig 2012 angebotene „Unternehmerfrühstück in der City“ konnte in 2013 bereits an fünf Terminen regen Zuspruch verzeichnen und trägt nachhaltig zur Vernetzung der Unternehmen in der Innenstadt bei.

Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie der Handelsverband Deutschland (HDE) haben den CityO.-Management e.V. am 21.03.2013 „für großes und erfolgreiches Engagement für die Innenstadt“ mit dem Preis „Händler machen Stadt“ ausgezeichnet. Besonders hervorgehoben wird in der vom damaligen Bundesminister Dr. Peter Ramsauer und Josef Sanktjohanser, Präsident des HDE, unterzeichneten Urkunde das Oberhausener WINTERLICHT.

Der Oberhausener Weihnachtswald, den die TMO zum achten Mal im Auftrag der Stadt auf dem Altmarkt durchgeführt hat, fand erfreulich großen Zuspruch und konnte auch in wirtschaftlicher Sicht, kostenneutral realisiert werden.

Die Kooperation mit dem Projekt-TeamCity, das dem städtischen Planungsbereich angegliedert ist und das durch den Prokuristen der TMO geleitet wird, verlief auch in 2013 sehr erfolgreich. Das Projekt leerraum=freiraum=denkraum konnte unter großer Beteiligung der Immobilieneigentümer auf der oberen Marktstraße realisiert werden. Der Funktionswandel der Innenstadt konnte vorangebracht werden. Die Akquise neuer Fördermittel im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ war erneut erfolgreich.

Im Handlungsfeld Stadtwerbung wurden in 2013 zahlreiche Printprodukte erstellt. Die Stadtwerbung hat neben den TMO eigenen Handlungsfeldern Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen, für diverse Kultureinrichtungen, für touristische Leistungsträger, für Messen und für die Bewerbung von Veranstaltungen in der Innenstadt von Alt-Oberhausen erbracht.

Gänzlich neu entwickelt und an den Markt gebracht worden ist das Printprodukt „Oh! – Das Stadtmagazin aus Oberhausen“. Das Magazin wird von der TMO herausgegeben und in Kooperation mit der Oberhausener Agentur Contact GmbH und dem städtischen Bereich Öffentlichkeitsarbeit redaktionell und technisch erstellt. Es ist in 2013 fünf Mal – erstmalig im März - in einer Auflage von 110.000 Exemplaren erschienen und wird an alle Haushalte und Unternehmen in Oberhausen kostenfrei verteilt. Die Einführung des neuen Produktes erfolgte durch ein exklusives Kick-Off-Event und eine große Einführungskampagne. Das Stadtmagazin erfährt eine ausschließlich positive Resonanz in der Öffentlichkeit.

Die TMO konnte betriebswirtschaftlich gesehen die gesteckten Ziele erreichen. Grundsätzlich ist bei einer Stadtmarketinggesellschaft davon auszugehen, dass es sich hier um ein nicht rentierliches Geschäftsmodell handelt.

Mit einem Jahresergebnis von rd. (-) 541 TEUR konnte das Geschäftsjahr abgeschlossen werden.

3. Lage des Unternehmens

Die TMO hat im Geschäftsjahr 2013 erfolgreich an der weiteren Vernetzung touristischer Leistungsträger in Oberhausen gearbeitet. Die Beteiligung an Messekooperationen mit anderen Städten der Region unter dem Dach der Ruhr Tourismus GmbH (RTG) hat die Wahrnehmung der Metropole Ruhr und der Stadt Oberhausen als attraktive touristische Destination gestärkt.

Die Zusammenarbeit des TMO-Bereichs Stadt-/Citymarketing mit dem Projekt-TeamCity und dem CityO.-Management e.V. zur Entwicklung und Umstrukturierung der Innenstadt von Alt-Oberhausen hat ausgezeichnete Ergebnisse erzielt. Die Kooperation zwischen allen Stadtbezirken und Stadtteilen konnte durch die von der TMO geleitete ‚Arbeitsgemeinschaft der Interessen- und Werbegemeinschaften Oberhausen (AGIO)‘ erfolgreich ausgebaut werden.

Im Bereich Stadtwerbung konnte durch zahlreiche Printprodukte und durch die Fortführung der intensiven Online-Vermarktungsstrategie das Profil des Standortes geschärft und gestärkt werden. Insbesondere das neue Printprodukt „Oh! Das Stadtmagazin aus Oberhausen“ fördert nachhaltig die Identitätsstärkung und steigert den Bekanntheitsgrad der vielfachen Angebote innerhalb der Stadt und bei Besuchern der Stadt.

Die mit der Konzentration der städtischen Tochtergesellschaften TMO, WFO und ENO am Standort Essener Straße 51 angestrebten Effekte einer Synergiebildung zeigen erste erfreuliche Ergebnisse. Die gemeinsamen Bemühungen um die Ansiedlung von Hotels und insbesondere um die Ansiedlung einer Hochschule sind weit fortgeschritten und stehen in einzelnen Bereichen kurz vor einem erfolgreichen Abschluss.

Aufgrund der öffentlichen Zielsetzung unseres Unternehmens zählen zu unseren Leistungsindikatoren die Attraktivität der Region, die sich in der Anzahl der Übernachtungszahlen in Oberhausen sowie in der Qualität der Einzelveranstaltungen widerspiegelt. Durch das intensive Netzwerk ist es unser weiteres Unternehmensziel, dies weiter auszubauen.

Unabhängig von den vielen positiven Arbeitsergebnissen und dem erfreulichen wirtschaftlichen Ergebnis bleibt die finanzielle Situation der Gesellschaft angespannt.

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind mit rd. 10 % zum Vorjahr auf 752 TEUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen eine positive Folge der Vermarktung des neuen Stadtmagazins. Dies korrespondiert mit der Steigerung des Materialaufwands um rund 36 % für die Produktion und die werbliche Einführung des neuen Produktes. Die ‚sonstigen betrieblichen Erträge‘ sind um rd. 5 % minimiert, da wegen des vorzeitigen Ausscheidens einer Mitarbeiterin die Fördermittel für das RVC nicht in der gesamten zur Verfügung stehenden Höhe abgerufen werden konnten.

Ertragslage	**2013**		**2012**		**Delta**
	T€	**%**	**T€**	**%**	**T€**
Umsatzerlöse	752	59,3%	679	55,5%	25
Bestandsveränderung	0	0,0%	0	0,0%	5
sonstige betriebliche Erträge	516	40,7%	544	44,5%	-32
betriebliche Gesamtleistung	**1.268**	**100,0%**	**1.223**	**100,0%**	**-3**
Materialaufwand	473	37,3%	347	28,4%	-1
Rohergebnis	**795**	**62,7%**	**876**	**71,6%**	**-4**
Personalaufwand	891	70,3%	910	74,4%	51
Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-gegenstände und Sachanlagen	92	7,3%	93	7,6%	-2
sonstige betriebliche Aufwendungen	352	27,8%	384	31,4%	31
sonstige Steuern	0	0,0%	0	0%	0
Betriebsaufwendungen	**1.808**	**142,6%**	**1734**	**141,8%**	**79**
Betriebsergebnis	**-540**	**-42,6%**	**-511**	**-41,8%**	**-82**
Finanzergebnis	-0	0,0%	-0	0%	1
Ergebnis vor Steuern	**-540**	**-42,6%**	**-511**	**-41,8**	**-81**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0,0%	0	0%	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**-540**	**-42,6%**	**-511**	**-41,8%**	**-81**

b) Finanzlage

Finanzlage	2013	2012
	T€	T€
Mittelzufluss/-abfluss aus der lfd. Geschäftstätigkeit	-619	-475
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-0	-2
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	561	499
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	**-58**	**22**
Finanzmittelbestand am 01. Januar	154	132
Finanzmittelbestand am 31. Dezember	**96**	**154**

c) Vermögenslage

Vermögenslage	31.12.2013		31.12.2012		Delta
	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen	114	29,1%	206	37,6%	-91
Umlaufvermögen	278	70,9%	342	62,4%	-59
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0%	0	0,0%	-1
Summe Aktiva	**392**	**100,0%**	**548**	**100,0%**	**-151**
Eigenkapital	60	15,3%	39	7,1%	-13
Sonderposten	106	27,0%	196	35,8%	-90
Rückstellungen	38	9,7%	100	18,2%	5
Verbindlichkeiten	165	42,1%	164	30,0%	-27
Rechnungsabgrenzungsposten	23	5,9%	49	8,9%	-26
Summe Passiva	**392**	**100,0%**	**548**	**100,0%**	**-151**

Zusammenfassend ergibt sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von (-) 540 TEUR. Durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage i.H. von 511 TEUR sowie von Einzahlungen in die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 560 konnte der Verlust aufgefangen werden. Dadurch ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 15,3 % (i. V. 7,1 %).

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

Durch den Ratsbeschluss vom 15.07.2013 ist der wirtschaftliche Grundbestand der Gesellschaft bis 2017 gesichert. Für den Betrieb des RUHR.Visitorcenters erhält die TMO bis 12/2014 Fördermittel. Zusätzlich erzielt die TMO durch eigene touristische Aktivitäten und den Verkauf von Eintrittskarten für Veranstaltungen Dritter sowie durch Kooperationen mit Leistungsträgern der Freizeitwirtschaft und Gewerbetreibende in der Innenstadt von Alt-Oberhausen eigene Erlöse. Des Weiteren sind zusätzliche Erlöse aus der Vermarktung des neuen Stadtmagazins zu erwarten.

Die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge sowie der städtische Verlustausgleich reichen soeben aus, um das operative Geschäft zu betreiben, die anstehenden Aufwendungen zu decken und somit den Gesellschaftszweck zu erreichen.

Die TMO wird auch zukünftig immer abhängig von den Aktivitäten Dritter und deren Erfolg sein. Die Generierung und Realisierung von Veranstaltungen Dritter steht nicht im Einflussbereich der TMO. Der Umfang der Erlöse im Ticketing ist abhängig von der Anzahl und der Attraktivität der Veranstaltungen Dritter in der Stadt und in der Region.

Wesentlich für die Gesellschaft ist deren finanzielle Ausstattung durch die Gesellschafterin. Die TMO ist abhängig von einem Zuschuss, der neben einem Grundzuschuss auch sämtliche dynamischen Faktoren wie Personalaufwendungen und Sachkostensteigerungen in einem adäquaten Umfang berücksichtig. Umso wichtiger sind eine regelmäßige Aufgabenkritik, die Fokussierung auf Geschäftsfelder mit geringen Defiziten und der Ausbau von Kooperationen.

Für das Wirtschaftsjahr 2014 erwarten wir Umsatzerlöse von 760 TEUR unter der Voraussetzung, dass die Vereinbarungen mit den Kooperationspartnern aus den Vorjahren auch in 2014 Bestand haben und mit Blick auf die Erträge aus der Vermarktung des Stadtmagazins „Oh!“, das in 2014 erstmalig sechs Ausgaben haben wird.

Bedingt durch die Produktion von sechs Ausgaben des Stadtmagazins wird 2014 entsprechend der Materialaufwand um rund 17 % auf 553 TEUR ansteigen. Der Personalaufwand wird um knapp 10 % reduziert, da nach dem Wechsel in der Geschäftsführung die Stelle des Prokuristen unbesetzt bleibt und die Spartenleitung durch interne Umbesetzung erfolgt.

Es wird ein Betriebsergebnis von (-)525 TEUR erwartet.

V. Chancen und Risikobericht

1. Risikobericht

1.1. Branchenspezifische Risiken

Die Abhängigkeit im Tourismus und bei der Vermarktung eines Standortes von der Nachfrage und dem Erfolg von Produkten Dritter im Bereich der Freizeit- und Kulturwirtschaft sowie des Entertainments birgt permanent wirtschaftliche Risiken für die Gesellschaft.

1.2. Ertragsorientierte Risiken

Die Fokussierung auf die Dachmarke Metropolregion RUHR und deren vielfältige Freizeit- und Tourismusangebote sowie die Vermarktungsstrategie der Region durch die Ruhr Tourismus GmbH (RTG) führt zu einem kontinuierlich wachsenden Konkurrenzdruck bzw. zu einer strategischen Unterordnung unter die Dachmarke. Dabei wird es zunehmend schwieriger, den USP des eigenen Standortes – Freizeit-, Shopping- und Eventtourismus - für die TMO ertragswirksam nutzbar zu machen.

Die Auswirkungen der zum 30.04.2015 notwendigen Aufgabe des RUHR.Visitorcenters (RVC) im CentrO (Ende der Zweckbindungsfrist der Ausstattung) können noch nicht abgeschätzt werden. Ob ein neuer Standort für die Touristeninformation in der Neuen Mitte betrieben werden kann, hängt von der finanziellen Substanz der TMO und von der Erschließung neuer Fördermittel ab.

Die knappen finanziellen Ressourcen lassen einen grundlegenden und dringend notwendigen Relaunch der touristischen Internetplattform bis auf weiteres nicht zu. Dies ist ein starkes Handicap bei der Aufgabenerfüllung der TMO. Insbesondere für die Sicherung der bisherigen Ertragsquellen, für die Erfüllung der Dienstleistungsverpflichtungen

gegenüber den touristischen Leistungsträgern und für die Generierung notwendiger neuer Ertragsquellen und neuer touristischer Produkte ist eine zeitgemäße und funktionstüchtige Internetplattform zwingend notwendig. Die Geschäftsführung ist um eine kreative Lösung der Finanzierung einer neuen touristischen Plattform mit Hilfe externer Partner bemüht, um eine Stagnation bei der touristischen Wertschöpfung zu vermeiden und Wachstum zu ermöglichen.

1.3. Finanzwirtschaftliche Risiken

Die Liquiditätslage ist zufriedenstellend. Die laufenden Kosten und Verbindlichkeiten können fristgerecht bedient werden.

Die Risiken für die TMO bestehen auch nach wie vor in der dünnen Finanzdecke. Die finanzielle Ausstattung macht die Konzentration auf effiziente Projekte notwendig. Nicht beeinflussbare Faktoren, wie zum Beispiel der Spielplan von kulturellen Angeboten tragen dazu bei, dass die Geschäftsführung kaum eine Prognose über die Umsätze aus Ticketverkäufen in Touristinformationen treffen kann.

Aufgrund der geplanten Dotierungen der Kapitalrücklage ist die Finanzierung der Gesellschaft kurzfristig gesichert, wenn der von der Geschäftsführung geplante Wirtschaftsplan eingehalten wird. Hinsichtlich der Jahre ab 2015 kann die Finanzierung dann gefährdet sein, wenn die tatsächlichen Zahlen nicht mit den Zahlen übereinstimmen, die für die Planung der Gesellschaftereinlage herangezogen wurden. Die tatsächliche Entwicklung wird daher besonders mit den Planzahlen abgestimmt, um frühzeitige Abweichungen rechtzeitig erkennen zu können.

Der Handlungsspielraum für die TMO hängt mittelbar vom Haushaltskonsolidierungsprozess der Stadt, als alleiniger Gesellschafterin ab. Der Handlungsspielraum für die TMO bleibt weiterhin eng. Hieraus können sich entwicklungsbeeinträchtigende Risiken ergeben.

Mit Ablauf des Jahres 2014 endet auch die Förderung des RUHR.Visitorcenters. Hierbei handelt es sich um eine touristische Informationsplattform, die im Zuge der Kulturhauptstadtaktivitäten RUHR.2010 in der Neuen Mitte Oberhausen eröffnet worden ist. Ohne Fördermittel über 2014 hinaus wird es der TMO kaum gelingen, diesen Standort dauerhaft weiter zu betreiben.

Die fehlenden Mittel für den notwendigen umfassenden Relaunch der touristischen Internetplattform erschweren ein Wachstum im Bereich der touristischen Dienstleistungen und Produktvermarktung.

2. Chancenbericht

Die Jahre 2014 und 2015 sind für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung.

Die Entwicklung des Tourismus gestaltet sich für Oberhausen weiterhin positiv. Die Zahlen der Ankünfte und Übernachtungen und der Gäste aus dem Ausland steigen kontinuierlich an.

Die neue Gasometer-Ausstellung „Der schöne Schein“ ist am 11.04.2014 erfolgreich gestartet. Das Musical „Sister Act“ bleibt dem Standort auch in diesem Jahr erhalten. Für 2015 ist ein neues Produkt zu erwarten. Zahlreiche Konzerte in der Arena verzeichnen auch in 2014 eine sehr große Nachfrage und tragen zur positiven Imageentwicklung bei. Das Jubiläum „100 Jahre Rhein-Herne Kanal“ und die damit verbundenen Events und Kulturaktivitäten bedeuten zusätzliche positive Impulse für die Stadt.

Die Genehmigung des kommunalen Haushalts ermöglicht es der Stadt, eigene Aktivitäten im Bereich der Stadtentwicklung aufzunehmen. Dies wirkt positiv auf die Stadtteilzentren und gibt der Entwicklung der Innenstadt in Richtung Wohnraum- und Wohnumfeldverbesserung neue Impulse. Dabei ergeben sich auch für das Stadt- und Citymarketing neue Potentiale.

Die Ansiedlung der EBC Hochschule mit Unterstützung der TMO im Technologiezentrum Umweltschutz und die Aufnahme des Studienbetriebs zum Wintersemester 2014 mit dem Studiengang „Tourismus & Eventmanagement B.A.“ trägt dem Stellenwert des Standortes Rechnung und gibt ihm zusätzliche neue Impulse. Hier eröffnet sich in der Kooperation mit der Hochschule, deren Lehrenden und Studierenden gleichzeitig ein neues Aufgabenfeld für die TMO.

Vor dem Hintergrund des weiterhin ansteigenden Zuschussbedarfs der TMO sowie der auch bei den übrigen Wirtschaftsförderungsgesellschaften WFO und ENO sich ergebenden kurz- bis mittelfristigen Notwendigkeiten einer finanziellen Optimierung, wird eine Neuorganisation der Aufgabenerfüllung durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaften angestrebt. Ziel ist eine Konzentration auf die jeweiligen Kernaufgaben, die zum Teil neu zu formulieren sind. Hierdurch soll die Ablauforganisation verbessert werden und damit sowohl eine Effektivitätsverbesserung stattfinden als auch Einsparungspotenziale ausgeschöpft werden. Zur Erreichung dieser Ziele

sollen Aufgaben zu den jeweils optimal aufgestellten Gesellschaften verlagert bzw. auch zur Stadt zurückgeführt werden (so der Rat der Stadt am 15.07.13).

3. Gesamtaussage

Die wirtschaftliche Situation der TMO ist nach wie vor schwierig. Der Ratsbeschluss vom 15.07.2013, der den Kostensteigerungen der zurückliegenden Jahre und der kommenden Jahre Rechnung trägt, sichert die Existenz des Unternehmens. Die erfolgreichen Kooperationen und Projekte in allen Aufgabenfeldern, die erfolgreichen Produkte Dritter und die neuen Handlungsspielräume der Kommune in den Stadtteilzentren, lassen erwarten, dass die TMO auch zukünftig die Aufgabenfelder der Gesellschaft mit Erfolg wird bearbeiten können.

Die durch den Rat der Stadt vorgegebene Zielsetzung einer Neuorganisation der Wirtschaftsförderungsgesellschaften eröffnet der TMO gänzlich neue Perspektiven.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm bzw. ein großer Teil der Vertragspartner sind der Öffentlichen Hand zuzuordnen. Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme. Zudem besteht eine mehrjährige Zusammenarbeit mit einem Großteil der Vertragspartner.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen beglichen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird für jedes nennenswerte Handelsgeschäft ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldausgänge und Geldeingänge vermittelt.

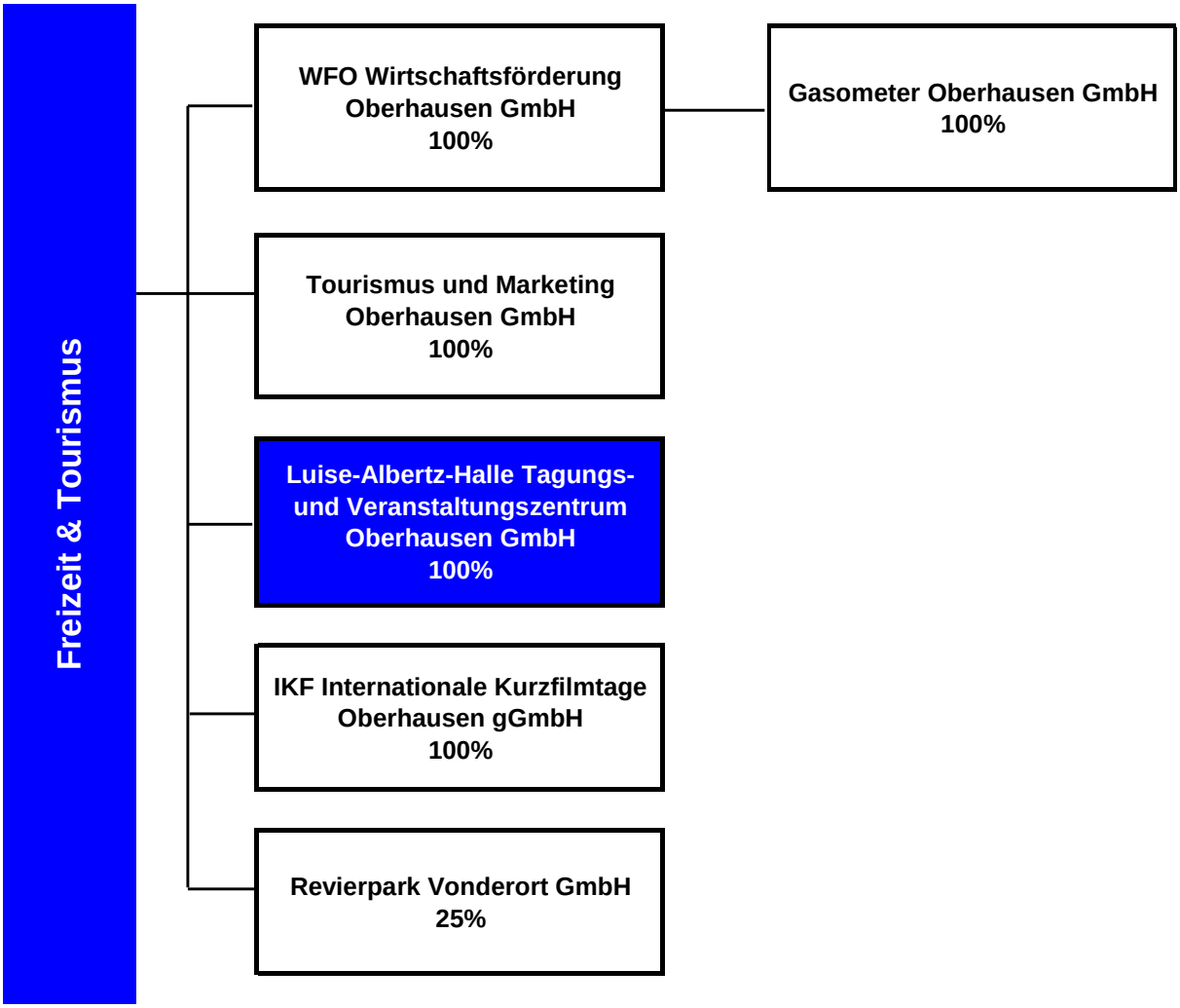
Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement.

Oberhausen, den 8. Mai 2014

Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH

Franz-J. Muckel

Geschäftsführer


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Düppelstraße 1
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 859080
Fax	0208 / 8590811
e-Mail	info@cc-oberhausen.de
Internet	www.cc-oberhausen.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 500,00

Gesellschafter:

	TDM	%
Stadt Oberhausen	500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO: NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zu Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck unmittelbar geöfrdert werden kann.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszwecks an anderen Gesellschaften beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH	Mietkaufvertrag Großenkücheneinrichtung vom 01.10.2008.
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen
Hubert Imhoff GmbH	Pachtvertrag vom 26.03.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Grundstücksübertragungsvertrag vom 08.02.1999
Stadt Oberhausen	Verlustausgleichsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999 unter Berücksichtigung der Nebenabrede vom 13.02.2003

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Jäntsch, Angelika
	stellv. Vorsitzender	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied gem. § 113 GO	Willecke, Thomas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Pascheberg, René

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	6.271,84	80,6	6.058,26	80,5	5.855,69	79,8	-202,57	-3,34
Umlaufvermögen	89,45	1,1	100,70	1,3	181,77	2,5	81,07	80,51
Rechnungsabgrenzungsposten	56,87	0,7	24,24	0,3	0,10	0,0	-24,14	-99,59
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.360,81	17,5	1.340,47	17,8	1.297,78	17,7	-42,69	-3,18
Bilanzsumme	**7.778,96**	**100,00**	**7.523,67**	**100,00**	**7.335,33**	**100,00**	**-188,34**	**-2,50**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	62,57	0,8	49,36	0,7	33,76	0,5	-15,60	-31,60
Verbindlichkeiten	7.716,39	99,2	7.474,31	99,3	7.301,57	99,5	-172,74	-2,31
Bilanzsumme	**7.778,96**	**100,00**	**7.523,67**	**100,00**	**7.335,33**	**100,00**	**-188,34**	**-2,50**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	859,21	856,37	743,56
sonstige betriebliche Erträge	17,50	43,84	32,68
Materialaufwand	667,15	692,55	684,52
Personalaufwand	453,66	398,38	350,18
Abschreibungen	305,69	229,32	204,64
sonstige betriebliche Aufwendungen	273,31	301,35	262,62
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,56	0,09	0,03
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	353,83	350,15	323,65
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.176,35	-1.071,45	-1.049,35
sonstige Steuern	75,65	84,20	83,93
Erträge aus Verlustübernahmen	1.175,98	1.175,98	1.175,98
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-76,02	20,33	42,69
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-76,02	20,33	42,69

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-145,72	-134,95	-152,41	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1.646,84	5.684,00	2.654,43	%
Cash-Flow:	-946,31	-926,33	-928,64	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	87,67	128,60	110,89	T€
Personalaufwandsquote:	51,75	44,25	45,11	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	80,09	80,03	79,39	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

A. Berichterstattung zum öffentlichen Zweck und zur Zweckerreichung

Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH ist im Jahre 1962 gegründet worden. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen.

Gegenstand des Unternehmens ist es, die für Tagungs-, Kongress-, Veranstaltungs-, Kultur- und Bildungszwecke in den Jahren 1999/2000 umgebaute Luise-Albertz-Halle zu bewirtschaften. Darüber hinaus darf sich die Gesellschaft an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen und alles tun, was dem Zweck der Gesellschaft förderlich ist.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft in ihrer über 50-jährigen Geschichte Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

Der Zwecksetzung entsprechend dem Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern nachgekommen.

B. Gesamtwirtschaftliches Umfeld und Geschäftsverlauf

Die LAH hat in den vergangenen Jahren stets ein deutlich negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt. Die Stadt Oberhausen zahlt zum Ausgleich dieses Ergebnisses jedes Jahr einen auf max. TEUR 1.176 begrenzten Verlustausgleich sofern das Eigenkapital nicht mind. TEUR 150 beträgt. Die Höhe des Verlustausgleichs innerhalb dieses Rahmens ist gemäß Verlustausgleichsvereinbarung von dem tatsächlichen Liquiditätsbedarf der LAH abhängig und somit nicht an Ertragskennziffern gebunden.

In den Jahren 2008 bis 2013 wurde der Verlustausgleich jeweils in voller Höhe gezahlt. Auch in den zukünftigen Jahren kann auf die Verlustausgleichszahlung bei der prognostizierten Ertragslage nicht verzichtet werden.

Allerdings konnte zum zweiten Mal nach 2012 und erstmalig nach vier Jahren negativer Ergebnisse auch im Jahre 2013 ein positives Jahresergebnis nach Vereinnahmung des Verlustausgleichs in Höhe von TEUR 1.176 verzeichnet werden.

Die deutsche Veranstaltungswirtschaft erlebte nach einem Besucherrückgang im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 einen Aufschwung und verzeichnet mit ca. 338 Mio. Besuchern im Jahr 2011 (+ 4,5 %) einen neuen Höchststand. Hiervon entfallen rd. 6 Mio. Besucher (1,8 %) auf Veranstaltungen im Ruhrgebiet. Auch die Anzahl der Veranstaltungsstätten ist deutschlandweit gestiegen (+ 1,2 %).

Wie im Vorjahr finden sowohl in Deutschland als auch im Ruhrgebiet zwei Drittel aller Veranstaltungen mit weniger als 100 Teilnehmern statt. Dies liegt insbesondere an der großen Zahl an Tagungen und Seminaren, welche ca. 70 % aller Veranstaltungen ausmachen.

In Kongresszentren wie der LAH stammen über 60 % der Veranstaltungen aus dem Bereich Seminare, Tagungen und Kongresse. Dies spiegelt die Bedeutung von Firmenkunden als Kunden wider, führt allerdings auch zu erheblichen saisonalen Effekten während der Ferienzeit im Juli und August sowie in der Vorweihnachtszeit.

In Bezug auf die Auslastung der Veranstaltungsstätten in Deutschland ist aufgrund eines Wachstums der Anzahl der Anbieter ein deutlicher Rückgang um 18 % auf durchschnittlich 151 Veranstaltungs- und Sperrtage festzustellen. Im Einzugsgebiet der Luise-Albertz-Halle ist mit derzeit rd. 105 Belegtagen pro Jahr dagegen somit ein deutliches Potential beobachtbar, obwohl das Ruhrgebiet zusammen mit den Städten Köln/Düsseldorf eine von Veranstaltern in Deutschland bevorzugte Region ist.

Die vergleichsweise geringe Auslastungsrate kann auf die Konkurrenzsituation innerhalb der Region zurückgeführt werden. Es besteht eine Vielzahl von Veranstaltungsstätten in einer ähnlichen Größenordnung wie die LAH, woraus eine hohe Wettbewerbsintensität resultiert. Diese Situation wird durch einen hohen Grad an Mobilität im dicht besiedelten Ruhrgebiet verschärft.

Für die LAH eröffnet sich aber andererseits auch aufgrund der geographischen Einbettung in das dicht besiedelte Ruhrgebiet ein breites Spektrum an möglichen Veranstaltungen.

C. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LAH

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren:

LAH Oberhausen Erfolgsplanung in TEUR	Ist 2012	adjustierter Plan 2013	Ist 2013
Umsatzerlöse	**856,4**	**824,0**	**743,6**
davon Halle	702,8	650,0	568,2
davon Gastronomie	153,6	174,0	157,6
sonstige Erträge	43,8	41,6	32,7
Erträge	**900,2**	**865,6**	**776,2**
Materialaufwand	-692,6	-761,0	-685,0
davon übrige Aufwendungen	-15,2	-12,0	-10,6
davon Aufwand für bez. Leistungen	-393,2	-424,0	-414,8
davon Aufwand Veranstaltungen	-284,2	-325,0	-259,6
Personalaufwand	-398,4	-319,8	-350,2
Abschreibungen	-229,3	-201,0	-204,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-301,3	-275,0	-258,1
sonstige Steuern	-84,2	-84,2	-83,9
Aufwand	**-1.705,8**	**-1.641,0**	**-1.578,5**
EBIT	**-805,6**	**-775,4**	**-820,0**
Finanzergebnis	-350,1	-350,7	-322,9
davon Zinsertrag	0,0	0,0	0,0
davon Zinsaufwand	-350,1	-350,7	-323,6
Ergebnis gew. Geschäftstätigkeit	**-1.155,7**	**-1.126,2**	**-1.142,9**
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	1.176,0	1.176,0	1.176,0
Jahresüberschuss	**20,3**	**49,8**	**33,1**

Die schwierige branchenspezifische Lage führte in 2013 zu wesentlich unter den Vorjahreserlösen und Plandaten 2013 liegenden Umsätzen. Der Materialaufwand reduzierte sich aufgrund des hohen Fixkostenanteils nicht proportional zur Entwicklung der Umsatzerlöse, liegt jedoch mit 90,7 % unter dem Planansatz von 92,3 %. Der unterjährige Personalabbau in 2012 wirkt sich erstmals ganzjährig aus und führte zu einer wesentlichen Verminderung der Personalaufwendungen.

Die Vermögens- und Finanzlage ist unverändert geprägt durch die hohe Anlagenintensität der Geschäftstätigkeit. Das Anlagevermögen beträgt TEUR 5.856 bzw. 79,8 % der Bilanzsumme. Das Veranstaltungszentrum ist langfristig finanziert. Dem langfristig gebundenen Kapital stehen TEUR 6.537 bzw. 89,1 % der Bilanzsumme mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber. Wesentliches Umlaufvermögen und kurzfristige Verpflichtungen aus der Vermietungstätigkeit bestehen nicht.

D. Zusammenfassende Beurteilung der Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft erwirtschaftet weiterhin keine ausreichenden finanziellen Mittel aus der üblichen Geschäftstätigkeit, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Insbesondere die finanzielle Belastung aus der Immobilie ist ein wesentlicher Grund für die Deckungslücke. Zum Ausgleich der Liquiditätslücke gewährt der Gesellschafter einen Verlustausgleichsbetrag in max. Höhe von TEUR 1.176. Unter Ausschöpfung des Kreditrahmens sowie eines Liquiditätsdarlehens einer Beteiligungsgesellschaft der Stadt Oberhausen war die Gesellschaft im Jahr 2013 trotz der gegebenen wirtschaftlichen Umstände stets in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Gesellschaft ist zum 31.12.2013 so aufgestellt, dass die Positionierung gegenüber dem Wettbewerb gehalten werden kann. Auch die finanziellen Rahmenbedingungen sind so geschaffen, dass unter Beibehaltung des Zuschusses des Gesellschafters in gleichbleibender Höhe und bei Eintritt der prognostizierten Umsätze eine Fortführung der Gesellschaft möglich erscheint. Allerdings besteht trotz einer verbesserten Kostenstruktur aufgrund des fehlenden Eigenkapitals weiterhin eine hohe Abhängigkeit von der Fremdfinanzierung.

E. Ereignisse nach dem Stichtag

Das Geschäftsjahr 2014 hat sich in den ersten Monaten planmäßig entwickelt. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag mit Einfluss auf den Jahresabschluss des Berichtsjahres haben sich nicht ereignet.

F. Unternehmenssteuerung und Risikomanagement

F1. Organisation der Risikoanalyse

Regelmäßige Hochrechnungen für das laufende Jahr, die den Verlauf der Umsatzentwicklungen aufzeigen sowie unterjährige Erfolgsplanungen bilden die Basis, den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten und gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Es wird ein umfangreiches Benchmarking durchgeführt, um das Wettbewerbsverhalten der Konkurrenz zu analysieren. Die Mitarbeiter sind in diese Prozesse eingearbeitet und sensibilisiert.

F2. Ertrags-, Liquiditäts- und Ausfallrisiken

Wie schon erläutert ist die LAH abhängig von der Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Durch gezielte Maßnahmen wird versucht, einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Branche zu erreichen.

Stark belastend für die Rentabilität und die Liquidität sind insbesondere die erheblichen Finanzierungskosten der Immobilie. Aus diesem Grund hat die Sicherung der Liquidität (Zahlungsfähigkeit) höchste Priorität für die Gesellschaft. Durch vereinbarte Kreditrahmen mit der Hausbank und einer städtischen Beteiligungsgesellschaft wird der aufgrund kontinuierlicher Liquiditätsplanung ermittelte Kapitalbedarf sichergestellt.

Ausfallrisiken bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungsmanagement überwacht. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen. Im Bedarfsfall werden Forderungen per Anwalt bzw. gerichtlich beigetrieben.

G. Berichterstattung über die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Chancen der zukünftigen Entwicklung liegen in dem sehr guten Personal und der hervorragenden Kundenbetreuung, so dass trotz aller geschilderten Schwierigkeiten grundsätzlich eine konstante Umsatzentwicklung zu erwarten ist.

Die Planungen der Jahre 2014 bis 2016 gehen bei einem relativ konstanten Anbuchungsvolumen und Fixkosten sowie dem jährlichen Verlustausgleich des Gesellschafters von leicht positiven Jahresergebnissen aus.

Alle getroffenen Annahmen der Prognose basieren auf dem derzeitigen Wissensstand.

Die Erfahrungswerte der Vergangenheit und die Einschätzung der Zukunft sind in der im Ausblick wiedergegebenen Planrechnung für die Geschäftsjahre 2014 bis 2016 abgebildet. Vor dem Hintergrund der erwartungsgemäß dauerhaften positiven Ergebnisse und der mittelfristig gesicherten Liquidität ist derzeit eine Gefährdung des Bestands der Gesellschaft nicht ersichtlich.

Die LAH unterliegt einer Vielzahl von Risiken, deren Eintreten die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens negativ beeinflussen kann. Im Einzelnen sind folgende Risikobereiche zu nennen, auf die bereits durch unterschiedliche Maßnahmen reagiert wurde.

Im Personalbereich setzt die LAH auch künftig auf einen Kernstamm von Mitarbeiter-Spezialisten. Allerdings ergeben sich Risiken aus der sehr dünnen Personaldecke.

Die Rahmenbedingungen erlauben es der LAH grundsätzlich nicht, Risiken einzugehen (z.B. für eigene Veranstaltungskonzepte Geld einzusetzen). Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der Geschäftsführung, Rahmenbedingungen und Prozesse der Risikominimierung für die LAH festzulegen, deren Einhaltung zu überwachen und mit den Mitarbeitern (insbesondere im Vertrieb) regelmäßig die Entwicklung der Risiken in den jeweiligen Bereichen zu analysieren.

Grundlage für ein gutes Risikomanagement ist die zuverlässige und schnelle Versorgung der Geschäftsführung mit relevanten Informationen zum Verlauf des Geschäftes. Die Geschäftsführung informiert sich permanent über die Entwicklung wesentlicher Kennzahlen der Geschäftstätigkeit der einzelnen Bereiche und über die monetären Ergebnisse. Das Risikoprofil der LAH hat sich im Hinblick auf die wesentlichen Risikofelder im Geschäftsjahr 2013 zu den Vorjahren kaum verändert.

Der Wettbewerb im Veranstaltungsstättenmarkt im Rhein-Ruhr-Gebiet hat in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich zugenommen. In dem Markt sind Anbieter tätig bzw. es drängen Anbieter in ihn hinein, die über ein breites Serviceportfolio und auch etablierte Kundenbeziehungen verfügen. Die zukünftige Entwicklung der LAH hängt wesentlich davon ab, wie gut es dem Unternehmen gelingt, als spezialisierter Dienstleister für alle Veranstaltungsformen am Markt adäquate Preise für seine Dienstleistungen durchzusetzen.

Umsatzplanungen unterliegen immer einer gewissen Unsicherheit, da die Verträge mit den Kunden immer kurzfristiger geschlossen werden und es oft nur Einzelverträge für Veranstaltungen gibt. Die in der Planrechnung 2014 ff. berücksichtigten Vermietungsumsätze müssen trotz der Prognoseunsicherheit erreicht werden, da derzeit aufgrund der finanziellen Situation der alleinigen Gesellschafterin Stadt Oberhausen nicht von einer Erhöhung der Verlustübernahme durch die Gesellschafterin für das „operative Geschäft“ auszugehen ist.

Die von der LAH für namhafte Kunden durchgeführten Veranstaltungen sind teilweise mit einer erheblichen Wirkung in der Öffentlichkeit verbunden. Qualitätsmängel bei der Leistungserbringung können daher zu einer negativen Außenwirkung führen, die den Verkauf der angebotenen Leistungen und damit die zukünftige Geschäftsentwicklung in signifikantem Umfang beeinträchtigen würde.

Ein latentes Risiko besteht darin, dass sich der Erbbaurechtsgeber für den Fall der Insolvenz den entschädigungslosen Rückfall des Erbbaurechts nebst aufstehendem Gebäude im Erbbaurechtsvertrag vorbehalten hat.

Ein weiteres Risiko besteht im Personalbereich darin, dass den Mitarbeitern über die Rheinische Versorgungskassen -Zusatzversorgung-, Köln, (RZVK), Ansprüche auf Versorgungsrenten und andere Leistungen zustehen. Da die Zusatzversorgungskasse als Unterstützungskasse konzipiert ist, besteht eine Einstandspflicht der LAH für etwaige Deckungslücken zwischen anteiligem Vermögen der LAH an der Unterstützungskasse und Versorgungsansprüchen der versicherten Mitarbeiter. Zum Ausgleich dieser Deckungslücke erhebt die RZVK derzeit einen jährlichen Sanierungsbeitrag von ihren Mitgliedern in Höhe von derzeit 3,5 % auf die beitragspflichtigen Löhne und Gehälter. Risiken bestehen insbesondere in der weiteren Entwicklung dieses Beitrages sowie in der allgemeinen demographischen Entwicklung, die steigende Umlagesätze erwarten lässt.

Den Risiken stehen Chancen gegenüber, bei deren Eintreten die LAH ihre Ziele übertreffen könnte. Wesentliche Chancen liegen in dem Kundenstamm, dem Markennamen Kongresszentrum Oberhausen und der Leistung der Mitarbeiter, vor allem derjenigen mit Vertriebs- und Kundenbetreuungsaufgaben.

H. Ausblick

Die Geschäftsführung der LAH hat folgende Annahmen getroffen:

- Jährliche Einräumung einer Kreditlinie von der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH, Oberhausen, mit im Jahresverlauf ansteigenden Kreditvolumina mit einer Verzinsung von 5,0 % bis zu einer Höhe von TEUR 1.600.

- Zum 01.06.2012 fand ein Wechsel in der Geschäftsführung statt. Es wird weiterhin davon auszugehen sein, dass der jetzige Geschäftsführer seine Tätigkeit ohne eine Entgeltzahlung weiterführt (Entgelt 2011 für den vorherigen Geschäftsführer TEUR 93).

- Verbesserung der Auslastung der LAH durch Kooperationsvertrag mit SMG Entertainment Deutschland GmbH, Oberhausen.

- Weitere stringente Auf- und Ausgabenkritik bei der LAH

Auf Basis der vorherigen Annahmen ergibt sich die nachfolgend dargestellte Erfolgsplanung der LAH von 2014 bis 2016 auf Jahresbasis.

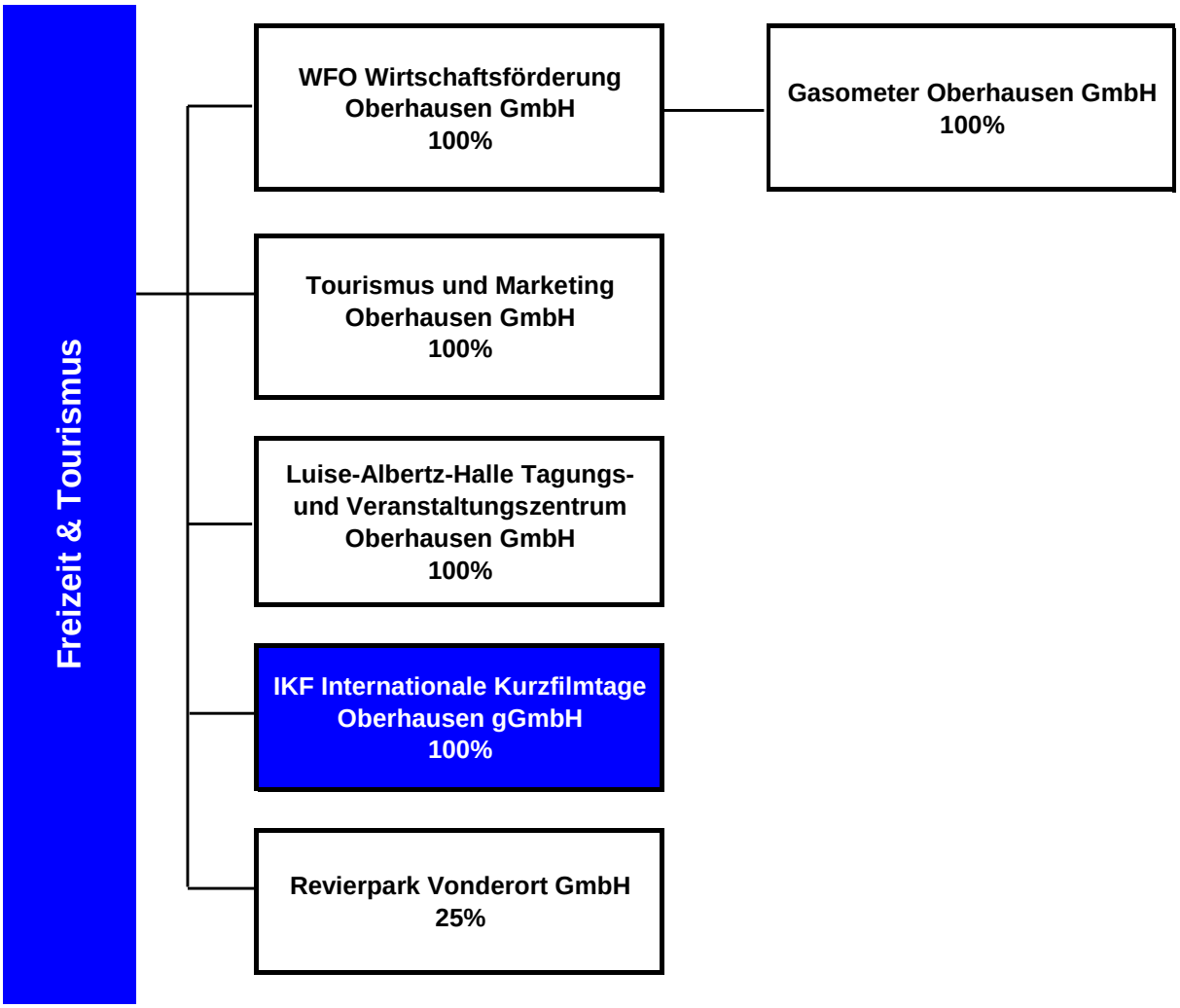
		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1.	**Umsatzerlöse**			
	a) Erlöse	550	575	600
	b) Erlöse Gastronomie Pacht inkl. Nebenkosten	170	177	200
2.	**Sonstige betriebliche Erträge**	**1**	**10**	**10**
Summe Erlöse u. Erträge		**721**	**762**	**810**
3.	**Materialaufwand**			
	a) Übrige Aufwendungen	-12	-12	-12
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-430	-400	-420
	c) Aufwendungen Veranstaltungen	-275	-288	-300
Summe Materialaufwand		**-717**	**-700**	**-732**
4.	**Personalaufwand**	**-259**	**-302**	**-310**
5.	**Abschreibungen auf Sachanlagen**	**-180**	**-170**	**-167**
6.	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**			
	a) Abschreibungen auf Forderungen	0	0	0
	b) Sonstige betriebliche Aufwendungen	-300	-320	-320
Summe sonst. betriebliche Aufwendungen		**-300**	**-320**	**-320**
7.	**Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**	**0**	**0**	**0**
8.	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**	**-320**	**-283**	**-270**
9.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**-1.055**	**-1.013**	**-989**
10.	**Sonstige Steuern**	**-84**	**-88**	**-88**
11.	**Erträge aus Verlustübernahme**	**1.175**	**1.175**	**1.175**
12.	**Jahresüberschuss**	**36**	**74**	**98**

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass es trotz der großen Herausforderung bei der LAH gelingt, in den kommenden Jahren positive Geschäftsergebnisse zu erwirtschaften und damit mittelfristig die LAH als die „Gute Stube“ für die Stadt Oberhausen zu erhalten.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, 2. September 2014

Hartmut Schmidt
(Geschäftsführer)


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Grillostr. 34
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 825 2420
Fax	0208 / 825 5413
Internet	info@kurzfilmtage.de
Internet	www.kurzfilmtage.de/

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,57

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,57	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag vom 20.02./18.04.2002 im Bereich der Materialwirtschaft, Postdienste, Vervielfältigungen, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit und Telekommunikation
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Film- und Videoarchivs
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Gass, Lars Henrik
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Schranz, Daniel	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	stellv. Vorsitzende	Jäntsch, Angelika	wird vertreten durch Wolter, Horst
	Mitglied gem. § 113 GO	Hüttemann, Claudia	wird vertreten durch Kocks, Sandra
	Mitglied	Arlt, Gerd	wird vertreten durch Hoff, Marc (Bgm.)
	Mitglied	Barwanietz, Thomas	wird vertreten durch Lenz, Eugen (Bgm.)
	Mitglied	Bongers, Sonja	wird vertreten durch Radtke, Dorothee
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter	wird vertreten durch Nakot, Werner
	Mitglied	Cordes, Hubert	wird vertreten durch Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Flötgen, Michaela	wird vertreten durch Laß, Heike (Bgm.)
	Mitglied	Flore, Manfred	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Gödderz, Sandra	wird vertreten durch Ilhan, Nuran (Bgm.)
	Mitglied	Grefermann, Jürgen	wird vertreten durch Janßen, Anne
	Mitglied	Imlau, Hartmut	wird vertreten durch Helvali, Raci (Bgm.)
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Wischermann, Hermann
	Mitglied	Lepges, Gerd	wird vertreten durch Heckhoff, Christian
	Mitglied	Mertens, Ursula	wird vertreten durch Paß, Eugen (Bgm.)
	Mitglied	Stroh, Uly	wird vertreten durch Janßen, Dieter
	Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Weingärtner, Helga
	Mitglied	Wingens, Ursula	wird vertreten durch Röder, Alfred
	Mitglied	Wolter, Marita	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Kocks, Sandra	Pers. Stellvertretung für Hüttemann, Claudia
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Flore, Manfred
	stellv. Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz	Pers. Stellvertretung für Cordes, Hubert
	stellv. Mitglied	Heckhoff, Christian	persönliche Stellvertretung für Lepges, Gerd (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Helvali, Raci	Pers. Stellvertretung für Imlau, Hartmut (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Hoff, Marc	Pers. Stellvertretung für Arlt, Gerd
	stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Grefermann, Jürgen
	stellv. Mitglied	Janßen, Dieter	Pers. Stellvertretung für Stroh, Uly
	stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran	Pers. Stellvertretung für Gödderz, Sandra
	stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Flötgen, Michaela (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Lenz, Eugen	Pers. Stellvertretung für Barwanietz, Thomas (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Nakot, Werner	Pers. Stellvertretung für Broß, Klaus-Dieter
	stellv. Mitglied	Paß, Eugen	Pers. Stellvertretung für Mertens, Ursula (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Schranz, Daniel

stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee	Pers. Stellvertretung für Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Röder, Alfred	Pers. Stellvertretung für Wingens, Ursula
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Wolter, Marita
stellv. Mitglied	Weingärtner, Helga	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
stellv. Mitglied	Wischermann, Hermann	Pers. Stellvertretung für Köhler, Hans-Jürgen
stellv. Mitglied	Wolter, Horst	Pers. Stellvertretung für Jäntsch, Angelika

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	12,96	4,4	12,99	5,2	12,39	5,0	-0,60	-4,62
Umlaufvermögen	270,05	92,2	225,71	90,9	233,58	93,6	7,87	3,49
Rechnungsabgrenzungsposten	9,95	3,4	9,71	3,9	3,69	1,5	-6,02	-62,00
Bilanzsumme	**292,97**	**100,00**	**248,41**	**100,00**	**249,66**	**100,00**	**1,25**	**0,50**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	107,39	36,7	104,39	42,0	104,44	41,8	0,05	0,05
Rückstellungen	111,79	38,2	126,97	51,1	136,41	54,6	9,44	7,43
Verbindlichkeiten	73,78	25,2	17,08	6,9	8,81	3,5	-8,27	-48,42
Bilanzsumme	**292,97**	**100,00**	**248,41**	**100,01**	**249,66**	**100,00**	**1,25**	**0,50**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	126,35	126,86	113,32
sonstige betriebliche Erträge	1.291,24	1.436,03	1.233,40
Materialaufwand	807,37	930,41	702,77
Personalaufwand	497,41	540,72	538,69
Abschreibungen	8,79	6,35	5,97
sonstige betriebliche Aufwendungen	96,17	88,78	97,88
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,47	0,36	0,15
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8,33	-3,00	1,56
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			1,52
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	8,33	-3,00	0,05
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	8,33	-3,00	0,05
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2011	31.07.2012	31.07.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,59	-2,37	0,04	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,76	-2,88	0,05	%
Cash-Flow:	17,12	3,34	6,02	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	157,51		122,43	T€
Personalaufwandsquote:	35,09	34,60	40,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2011	31.7.2012	31.7.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,42	4,20	3,99	%
Eigenkapitalquote:	36,66	42,02	41,83	%
Fremdkapitalquote:	63,34	57,98	58,17	%

e) Lagebericht

Entwicklung

Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 ihr Leistungsspektrum kontinuierlich gesteigert und seit dem Jahr 2000 beinahe verdoppelt. Gleichzeitig konnten bis zum Jahr 2009 sämtliche Kostensteigerungen mit einer deutlichen Erhöhung des Umsatzerlösanteils und einem sehr wirtschaftlichen Mitteleinsatz der zur Verfügung stehenden Mittel ausgeglichen werden.

Die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Herbst 2008 verdeutlicht, wie anfällig die Festivalfinanzierung bei einem Rückgang der Umsatzerlöse, besonders bei den Sponsoringerlösen, ist. Bei zusätzlich stagnierenden Zuschüssen war es der Gesellschaft ab dem Jahr 2010 nicht mehr möglich, Kostensteigerungen im bisherigen Umfang zu tragen. Um Einschnitte im Leistungsumfang und Leistungsspektrum zu vermeiden, wurden Anpassungen der Zuschüsse unumgänglich und im Jahr 2010 zur Deckung von allgemeinen Kostensteigerungen im Personalbereich bei der Stadt Oberhausen und für den Bereich der Sachmittel beim Land Nordrhein-Westfalen Zuschussanhebungen erreicht. Mittelfristig konnten so Kostensteigerungen und gesunkene Umsatzerlöse aufgefangen werden. Zudem konnten dringend notwendige Anpassungen in der Personalausstattung und bei den Sachmitteln vorgenommen werden. Trotz leichter Erholung der Wirtschaftslage konnten insbesondere Sponsoringerlöse der Vergangenheit bisher nicht wieder erreicht werden. Die notwendige Planungssicherheit und eine finanzielle Absicherung des Festivals werden nur durch öffentliche Zuschüsse gewährleistet, die zudem mittelfristig auch Preissteigerungen berücksichtigen. Sponsoringerlöse können auf Grund ihrer Unsicherheit in weiten Teilen nur für einzelne Projekte und Programme herangezogen werden, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Wie in den Vorjahren lag das Hauptaugenmerk der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2012/13 in der Erfüllung des ihr vorgegebenen Satzungszwecks. Mit der Durchführung des Festivals und den Aktivitäten im Bereich Archiv/Verleih sowie Sonderprojekten wurden diese satzungsmäßigen Aufgaben wahrgenommen.

In der Aufsichtsratssitzung vom 03.07.2012 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2012/13 festgelegt. Der Wirtschaftsplan wurde im Geschäftsjahresverlauf fortgeschrieben und in der Aufsichtsratssitzung vom 19.03.2013 letztmalig den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2012/13 wurden weitgehend erreicht. Öffentliche Zuwendungen wurden mit einer Ausnahme in beantragter Höhe bewilligt. Da die finanziellen Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung nur noch für Eigenprojekte eingesetzt werden, wurde die bisherige Förderung für das Programmsegment „Podium“ in diesem Geschäftsjahr abgelehnt. Dies ist besonders schmerzhaft, da dieses Programmangebot im Jahr 2006 mit Hilfe der Bundeszentrale eingerichtet worden war, und zeigt, dass eine Förderkontinuität nur noch bei Stadt, Land und Bund gegeben ist.

Auch im Festivaljahr 2013 haben die Kurzfilmtage den in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg fortgesetzt, Einsparpotentiale zu ermitteln und umzusetzen. Bereinigt um einmalige Einflüsse liegt der Index für allgemeine Kostensteigerungen der Gesellschaft derzeit bei 102,1 (Basisjahr 2010) und damit weiterhin unter dem vom statistischen Bundesamt angegebenen Index für inflationsbedingte Kostensteigerungen von 105,6.
Erwartungsgemäß sanken nach Abschluss des Projektes „50 Jahre Oberhausener Manifest“ im Geschäftsjahr 2012/13 nominal die Personalkosten im Vergleich zum Vorjahr. Bezogen auf den durch den Projektabschluss deutlich geringeren Gesamtaufwand stieg der Personalkostenanteil auf knapp 38%. Projekt bereinigt kann der Personalkostenanteil für fest angestelltes Personal konstant bei 38% gehalten werden.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte zum Festival ein leichter Anstieg der Besucherzahlen verzeichnet werden. Die Rückkehr auf den traditionellen Termin Anfang Mai erwies sich als erhebliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr, in dem durch die Terminvorverlegung die Besucherzahlen zurückgegangen waren und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stark behindert war.

Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gemeinnützige GmbH schließt mit Ende des Geschäftsjahres 2012/13 erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr ab. Das Jahresergebnis weist einen leichten Überschuss aus, der der satzungsmäßigen Rücklagen zugeführt werden sollte.

Die Kostenentwicklung differierte in einigen Positionen vom Plan auf Grund vorzunehmender Rückstellungen, Kostensteigerungen, aber auch Kostenreduzierungen, die zum Zeitpunkt der Planerstellung nicht vollends absehbar waren. Jedoch konnten Mehrausgaben in einigen Positionen durch Minderausgaben an anderer Stelle ausgeglichen werden. Bereinigt um Kosten für einmalige Projekte liegen die Aufwendungen für Sachmittel in der Summe leicht unter den Planansätzen. Die Abweichung vom Planansatz im Bereich der Personalkosten resultiert überwiegend aus zu bildenden Rückstellungen und dem verstärkten Einsatz von Aushilfen zur Durchführung von einmaligen Projekten statt des Einsatzes von Honorarkräften.

Im Personalbereich wurden im Geschäftsjahr 2012/13 auf Grund der Elternzeit zweier Mitarbeiterinnen Vertretungsregelungen notwendig. Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, sowie zwei Mitarbeiterinnen in Elternzeit. Zwei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt, vier auf Teilzeitbasis mit verringerter Wochenarbeitszeit. Drei weitere Mitarbeiter werden auf der Basis von Werkverträgen für das Festival aktiv. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft durchschnittlich zwei studentische Aushilfen und stundenweise einen freien Mitarbeiter im Bereich des Archivs und Verleihs. Für den Festivalbetrieb beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zwischen 20 und 25 Aushilfen. Kuratoren, Künstler, Autoren, Übersetzer und Filmvorführer werden auf Basis von Werk- und Honorarverträgen beschäftigt. Ziel der Personalplanung ist eine vernünftige Balance zwischen Kostenreduktion und Kontinuität. In allen Bereichen, in denen dies möglich ist, wird entweder in Teilzeit oder sogar auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Bei bestimmten Tätigkeiten ist dies aber sowohl aus arbeitsrechtlicher Perspektive als auch mit Blick auf das Qualitätsmanagement kaum darstellbar.

2. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

In den vorangegangenen Jahren wurde das Projektsponsoring freier Wirtschaftsunternehmen weitgehend von Stiftungen übernommen. Stiftungsförderungen werden seit dem vorangegangenen Geschäftsjahr den sonstigen betrieblichen Erträgen zugeordnet und führen so zu geringeren Erlösanteilen gegenüber den Vorjahren. Im Berichtsjahr ist erneut eine Förderung des Kinder- und Jugendkinos aus der freien Wirtschaft auf eine Stiftung übergegangen und muss daher den sonstigen betrieblichen Erträgen zugerechnet werden. Der Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtbudget (ohne Sonderzuschüsse) im Berichtsjahr sinkt geringfügig auf nun 8,8%. Bei Zuordnung von Stiftungsförderungen zu den Umsatzerlösen läge der Erlösanteil bei 11,8%. Mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise war ein deutlicher Rückgang des Sponsorenengagements zu verzeichnen. Im Berichtsjahr sind die Sponsorenerlöse von reinen Wirtschaftsunternehmen im Vergleich zum Vorjahr aus vorgenanntem Grund nochmals rückläufig.

Sponsoren- und Anzeigeneinnahmen trugen weiterhin zur Finanzierung des Festivals bei. Sponsorenerlöse des Vorjahres wurden leicht unterschritten, Anzeigenerlöse lagen um 11% unter denen des Vorjahres, da vermehrt Austauschanzeigen verabredet wurden. Die Erlöse aus dem Verleih konnten im Vergleich zum Vorjahr weitgehend gehalten werden. Die Eintrittserlöse sind leicht gestiegen.

Insbesondere durch die kurzfristige Entscheidung zur Unterstützung des Kinder- und Jugendkinos durch eine Stiftung statt eines Sponsorings durch ein Wirtschaftsunternehmen unterschreiten die Umsatzerlöse den angepassten Planansatz um 9,1%. Im Bereich Anzeigen wurde, unter Berücksichtigung von Gegengeschäftsanzeigen, der angepasste Planansatz um 10% unterschritten. Im Bereich Sponsoring wurde der angepasste Planansatz auf Grund der genannten Umstände ebenfalls um 10% unterschritten. Die Umsatzerlöse im Zweckbetrieb Archiv lagen im Geschäftsjahr 2012/13 mit rund 14,8% unter dem angepassten Plansoll. Die Umsatzerwartungen im Bereich Eintrittsgelder wurden ebenfalls nicht erfüllt und lagen trotz gestiegener Besucherzahlen rund 15% unter dem Planansatz.

Trotz vieler Anstrengungen im Bereich der Umsatzerlöse erreichen diese nicht die Höhe der Geschäftsjahre vor Einsetzen der Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Im Vergleich zum Vorjahr waren diese insgesamt nochmals rückläufig. Trotz intensiver Akquise ist eine Veränderung der Einnahmesituation im Bereich Sponsoring in nächster Zukunft nicht zu erwarten. Durch bewilligte Zuschüsse öffentlicher Geldgeber und erreichte Umsatzerlöse war das Festival aber zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Auf Grund der Vorlage der Steuererklärungen erhielt die Gesellschaft am 22.04.2013 vom Finanzamt Oberhausen-Süd, vorbehaltlich der Nachprüfung, den Freistellungsbescheid für 2012 zur Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer. Laut Freistellungsbescheid ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO. Ausgenommen hiervon ist der von der Körperschaft unterhaltene wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, der der Steuerpflicht unterliegt.

Neben den gewöhnlichen Aktivitäten wurden im Geschäftsjahr 2012/13 erneut zusätzliche einmalige Projekte durchgeführt, für die sowohl von Zuschussgebern als auch Stiftungen zweckgebundene Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und kann als solide betrachtet werden. Die Bilanzsumme beträgt 249 TEUR und weist einen Anteil an liquiden Mitteln von 85,2%. aus. Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Das Eigenkapital in Höhe von 104 TEUR setzt sich zusammen aus gezeichnetem Kapital und satzungsmäßiger Rücklage nach § 58 Nr. 6 AO und erreicht eine Quote von 41,7%.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2012/2013

Durch die Wahrnehmung der unter 1. dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2012/2013 haben sich nicht ereignet.

5. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Hauptziel der Gesellschaft ist auch weiterhin die langfristige Sicherung und offensive Weiterentwicklung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern, die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die Erschließung von neuen Besuchergruppen sowie die Entwicklung neuer Projekte.

Das Festival hatte in der Vergangenheit im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine intensive Ansprache der Privatwirtschaft bleibt auch weiterhin für das Festival unerlässlich. Die letzten wirtschaftlichen Ergebnisse zeigen jedoch, dass Sponsoring als Finanzierungsquelle für die Kernaufgaben des Festivals keine geeignete Perspektive darstellen und nur über Fördermittel eine notwendige Planungssicherheit gegeben ist. Entscheidungen von potenziellen Sponsoren fallen meist erst im Frühjahr vor dem Festival und damit lange nach Abschluss der Programmplanung. Überdies sind Sponsoren nur in Ausnahmefällen für ein Engagement im Rahmen bestehender Programmangebote zu interessieren; zumeist werden Initiativprojekte, die sich schlecht verstetigen lassen, als Darstellungsfläche bevorzugt. Mit Sponsoringerlösen können vor allem einzelne Projekte und (temporäre) Programme, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen, finanziert werden. Projektgebundene Förderungen bedeuten jedoch neben direkten Projektkosten oftmals innerbetrieblichen Mehraufwand bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung usw. Aus diesem Mehraufwand resultierten eindeutig Mehrkosten für die Gesellschaft durch Mehrstunden, die zum Jahresende vergütet werden müssen und die finanziell nur knapp von den Förderungen gedeckt sind. Bei allem Renommee, das auf diesem Wege erreicht werden kann, darf daher nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Finanzierung des Kerngeschäftes der Kurzfilmtage immer schwieriger wird.

Überdies wird deutlich, dass bei stagnierenden Zuschüssen eine dauerhafte Finanzierung des Festivals in der bisherigen Form nicht denkbar ist. Mit den Zuschussanpassungen der Stadt Oberhausen, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem BKM in den Vorjahren wurde der Gesellschaft mittelfristig der finanzielle Spielraum gegeben, notwendige Anpassungen und Erweiterungen im Bereich Personal und Sachmittel zu decken und unvorhersehbare Aufwendungen aufzufangen. Der Gesellschaft ist es in den letzten Jahren mit dem Einsatz neuer Kommunikationswege und angepassten modernen Arbeitsmethoden gelungen, in vielen Bereichen Kostensenkungen zu erreichen bzw. Aufwandssteigerungen zu verhindern, ohne die Unterdeckungen nicht zu vermeiden gewesen wären. Es werden alle Anstrengungen unternommen, diesen Weg fortzusetzen. Es ist jedoch absehbar, dass dies nicht ausreichen wird, den Mehraufwand in der Zukunft aufzufangen und das Leistungsspektrum aufrechtzuerhalten. Die 5-Jahresplanung der Gesellschaft zeigt auf, dass die erreichten Zuschusserhöhungen allein bei sehr moderat angenommenen allgemeinen Kostensteigerungen voraussichtlich im Festivaljahr 2015 aufgezehrt sein werden. Langfristig kann die Festivalfinanzierung nur durch Zuschüsse gesichert werden, die die allgemeinen Kostensteigerungen berücksichtigen.

Die Professionalität der Sponsoringakquise wurde seit dem Jubiläumsfestival 2004 noch erheblich verbessert, etwa durch aufwändig gestaltete Unterlagen mit aussagekräftigem Zahlenmaterial zur Leistungsbilanz und zu den Darstellungsmöglichkeiten. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ist es jedoch schwierig, die Erlössituation zu halten oder gar zu verbessern. Sowohl große Unternehmen als auch Stiftungen haben mit Blick auf die ungewisse Konjunkturentwicklung bzw. das sehr niedrige Zinsniveau ihr Engagement im Bereich Kultur eingeschränkt oder sogar eingestellt. Insbesondere Partner aus Vorjahren reduzierten ihr Engagement bzw. verlagerten es auf andere Bereiche. Es ist erkennbar, dass sich im gesamten Kulturbereich ein ähnliches Bild zeigt. Es ist vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht absehbar, ob und ggf. wann eine positive Entwicklung wieder einsetzen wird.

Zur Sicherung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber werden jährlich Anträge auf Projektförderung gestellt. Neben den bereits eingeführten Zuschussgebern werden je nach Projektstand auch weitere mögliche öffentliche Fördergeber angesprochen. Für das Festivaljahr 2014 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung bis Ende des Jahres 2013 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligungen kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden. Vom Land Nordrhein-Westfalen wurde bereits eine Zusicherung in Höhe der diesjährigen Förderung für 2014 ausgesprochen.

Die Stadt Oberhausen als alleinige Gesellschafterin hat im Festivaljahr 2010 nach zehn Jahren mit gleicher Zuschusshöhe eine Anpassung bewilligt, da auf Grund der rückläufigen Umsatzerlöse Personalkostensteigerungen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein von der Gesellschaft aufgefangen werden konnten. Überfällige Gehalts- und Honoraranpassungen konnten vollständig umgesetzt werden. Will man einen Leistungsrückgang vermeiden, werden allein zur Deckung zukünftiger jährlicher Personalkostensteigerungen weitere Anpassungen notwendig.

Die Geschäftsführung sieht weitere Anträge auf EU-Fördermittel als nicht aussichtsreich an, da die Kurzfilmtage die Förderkriterien nicht erfüllen können.

Auf Grund der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der angespannten wirtschaftlichen Situation kann die Gesellschaft kein wirklich aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Zumindest wurden bisher keine weiteren Kürzungen angekündigt. Sollten Anpassungen ausbleiben oder sich sogar Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, so werden voraussichtlich Leistungsspektrum und Leistungsbilanz des Festivals hiervon unmittelbar und deutlich betroffen sein.

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde der Vertrag mit dem Festivalkino Lichtburg Filmpalast für die Dauer von fünf Jahren neu verhandelt. Das Niveau des Mietzinses konnte gehalten werden. Zur Deckung zu erwartender allgemeiner Kostensteigerungen ist eine jährliche Anpassung des Mietzinses in Höhe von 1,5 v.H. festgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2010/2011 wurde der Vertrag mit der OGM GmbH überarbeitet und in einem verringerten Leistungsumfang für die Dauer von fünf Jahren neu geschlossen.

Im Geschäftsjahr 2013/14 werden die Vertretungsregelungen wegen Elternzeit auslaufen. Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH wird im Geschäftsjahr voraussichtlich neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, beschäftigen. Auf die Besetzung einer Ausbildungsstelle muss aus finanziellen Gründen verzichtet werden. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien Mitarbeitern erfolgen. Um einen reibungslosen Festivalbetrieb mit stetig wachsenden Anforderungen zu gewährleisten und den Mehraufwand für projektbezogene Förderungen abzudecken, werden auch in diesem Bereich weitere Anpassungen notwendig werden.

An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der Gesellschaft in die Zweckbetriebe „Festival“ und „Archiv & Verleih“ sowie dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb „Anzeigen, Sponsoring, Verkauf von Merchandise-Artikeln“ wird auch künftig festgehalten.

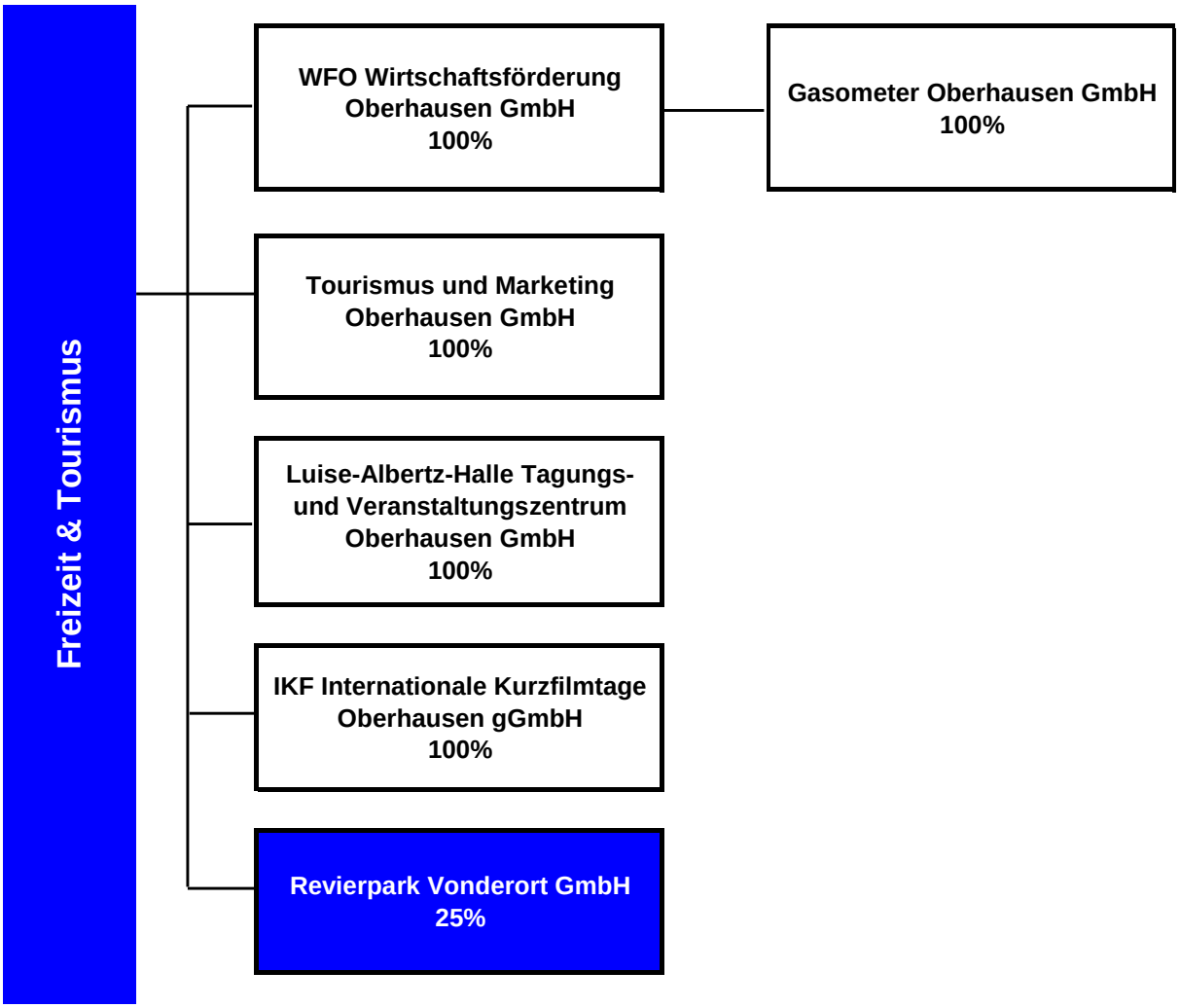
Das Festival ist bestrebt, seine internationale Bedeutung und Anerkennung fortlaufend neu zu behaupten. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung. In den letzten zehn Jahren wurden zahlreiche erhebliche Erfolge erzielt, etwa durch den „MuVi-Preis“, das Onlinemagazin „shortfilm.de“ oder durch „reelport“. Fortgeführt wird diese Weiterentwicklung durch die im Festivaljahr 2006 neu eingeführten und sehr gut angenommenen Programmsegmente „Podium“ und „Screenings“. In diesem Zusammenhang wurde, um noch mehr regionale Aufmerksamkeit zu erreichen, zum Festival 2009 der NRW-Wettbewerb eingeführt sowie die „Open Screenings“, in dessen Rahmen eingereichte, aber abgelehnte Arbeiten von den Filmemacherinnen und Filmemachern selber vorgestellt werden können. Mit den Vorführungen für internationale Verleiher aus dem Bereich Künstlerfilm und -video wurden allein seit 2006 rund 15 weitere Programmplätze geschaffen und vor allem international erfolgreich platziert. Für die Zukunft steht auch weiterhin eine strategische Weiterentwicklung vor allem der Bereiche Online, Filmbildung und Kunstmarkt auf der Agenda. Hier wurden insbesondere im Zeitraum 2007 bis heute sehr gute Ergebnisse erzielt. Allein im Wirtschaftsjahr 2010/11 haben die Kurzfilmtage über 70.000 € an zusätzlichen Mitteln zusammengetragen, um Projekte der kulturellen Filmbildung in Oberhausen zu realisieren. In diese Berechnung fließen die Mittel für Lehrerfortbildungen nicht einmal ein. Es handelte sich dabei ausschließlich um Mittel, die Sonderprojekte betreffen, nicht den üblichen Programmstandard des Festivals. Im Bereich Filmbildung arbeitet die Gesellschaft derzeit an einem gemeinsamen Antrag mit der Duisburger Filmwoche sowie dem Internationalen Frauen Filmfestival Dortmund/Köln, der die Filme und medienpädagogischen Formate der Festivals für die schulische Bildung nutzbar machen soll. Für das kommende Jahr ist die Einrichtung eines „Seminars“ geplant, das sich an Filmemacher, Kuratoren und Wissenschaftler gleichermaßen richtet und – ein Novum bei den Kurzfilmtagen – sich ganz und gar über die Gebühren der teilnehmenden Gäste finanzieren soll. Aus diesem Projekt sollen weitere Impulse für Fachbesucher erwachsen, das Festival zu besuchen.

Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren und sie in Programme zu übertragen, hat in Oberhausen Tradition. Mit den jüngsten Neuerungen, der Erweiterung des Filmmarktes um Vorführungen internationaler Verleiher aus dem Bereich Video und Experimentalfilm, der Etablierung der Diskussionsforen „Podium“ und der verstärkten Ansprache der Kunstszene, verfolgt die Geschäftführung eine Unternehmensstrategie, die dem Festival fortlaufend neue Zielgruppen erschließen soll. Insbesondere im Bereich des Kurzfilms ist die ständige Regenerierung des Fachpublikums dringend erforderlich. Nur eine fortgesetzte strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern, ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen

Vergleich genügt, sowie eine anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern.

Oberhausen, 27. September 2013

gez. Dr. Lars Henrik Gass


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

Revierpark Vonderort GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bottroper Str. 322
46117 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/999680
Fax	0208/9996899
e-Mail	info@revierpark.com
Internet	www.revierpark.com/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 41,00

Gesellschafter:

	T€	%
Regionalverband Ruhr	20,50	50,00
Stadt Bottrop	10,25	25,00
Stadt Oberhausen	10,25	25,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrags den Zweck, der Bevölkerung einen Park - den Revierpark Vonderort - mit seinen Einrichtungen zur Sportausübung und zur Erholung zur Verfügung zu stellen.

Mit den Anlagen und Einrichtungen bezweckt die Gesellschaft die Förderung des Sportes und die Erholung der im Umkreis der Parkanlage wohnenden gesundheitlich besonders gefährdeten Bevölkerung.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Es wird kein wirtschaftlicher Erwerb oder Gewinn angestrebt. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Das Vermögen und alle Einrichtungen der Gesellschaft dürfen nur für gemeinnützige Zwecke im Sinne des Gesellschaftsvertrages verwendet werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Diverse	Verschiedene Pachtverträge bezüglich der gastronomischen Bereiche, des Betriebs von Kiosken, einer Minigolfanlage und eines Bootsverleihs

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:

Geschäftsführer	Frind, Reinhard
Geschäftsführer	von der Heide, Jochem
Geschäftsführer	Loeven, Willi

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Weingärtner, Helga

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Höving, Norbert
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Barkowsky, Arndt
	Mitglied	Dr. Hubbert, Eva-Maria
	Mitglied	Kerscht, Christoph
	Mitglied	Marschan, Rainer
	Mitglied	Nakot, Werner (für RVR)
	Mitglied	Partenheimer, Gabriele
	Mitglied	Pfingsten, Jutta
	Mitglied	Tönsgerlemann, Willi
	Mitglied	Vöpel, Dirk (für RVR)
	Mitglied	Wischermann, Hermann

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2.882,87	91,9	2.526,51	88,8	2.181,50	87,3	-345,01	-13,66
Umlaufvermögen	253,96	8,1	317,87	11,2	315,79	12,6	-2,08	-0,65
Rechnungsabgrenzungsposten			0,32	0,0	1,28	0,1	0,96	300,00
Bilanzsumme	**3.136,83**	**100,00**	**2.844,69**	**100,00**	**2.498,57**	**100,00**	**-346,12**	**-12,17**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.948,30	62,1	1.789,22	62,9	1.625,61	65,1	-163,61	-9,14
Sonderposten mit Rücklagenanteil	185,63	5,9	163,13	5,7	140,63	5,6	-22,50	-13,79
Rückstellungen	230,03	7,3	182,91	6,4	119,78	4,8	-63,13	-34,51
Verbindlichkeiten	770,69	24,6	707,58	24,9	610,43	24,4	-97,15	-13,73
Rechnungsabgrenzungsposten	2,19	0,1	1,86	0,1	2,13	0,1	0,27	14,52
Bilanzsumme	**3.136,83**	**100,00**	**2.844,69**	**100,00**	**2.498,57**	**100,00**	**-346,12**	**-12,17**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.097,09	2.167,13	2.257,26
sonstige betriebliche Erträge	798,50	925,19	703,67
Materialaufwand	1.176,38	1.414,28	1.440,59
Personalaufwand	1.427,11	1.422,21	1.348,86
Abschreibungen	373,55	366,40	355,75
sonstige betriebliche Aufwendungen	338,84	382,58	387,95
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,60	0,31	1,64
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12,39	11,31	3,70
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-432,07	-504,14	-574,28
außerordentliche Aufwendungen	41,60	0,00	0,79
außerordentliches Ergebnis	-41,60	0,00	-0,79
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	
sonstige Steuern	9,08	9,60	-37,90
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-482,74	-513,74	-537,16
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-482,74	-513,74	-537,16
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-23,02	-23,71	-23,80	%
Eigenkapitalrentabilität:	-24,78	-28,71	-33,04	%
Cash-Flow:	-109,19	-147,34	-181,41	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	241,30	193,27	185,06	T€
Personalaufwandsquote:	49,29	45,99	45,56	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,88	88,61	87,16	%
Eigenkapitalquote:	62,11	62,90	65,06	%
Fremdkapitalquote:	37,89	37,10	34,94	%

e) Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen der Gesellschaft

1.1 Zweck und betrieblicher Aufbau

Die Gesellschaft wurde 1971 gegründet zum Betrieb eines Freizeit- und Naherholungsparks mit großem Freizeitangebot.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Sports und der öffentlichen Gesundheitspflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutzes für die im regionalen Umkreis wohnende Bevölkerung. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb des öffentlichen Badbereiches für das Jedermannschwimmen, verschiedene Kursangebote, Programm- und Veranstaltungsangebote in den Einrichtungen der Gesellschaft sowie die Bereitstellung der Spiel- und Sportflächen im Revierpark Vonderort.

Zur Erfüllung ihres Zwecks betreibt die Gesellschaft folgende Anlagen bzw. hat diese verpachtet:

- Revierpark Vonderort mit 32 Hektar Grundfläche, inkl. Rundwanderweg, abwechslungsreichen Spiel-, Sport- und Erholungsflächen, regelmäßige Konzerte, Tischtennisplatten und Ballspielfelder, Ruder- und Tretbootfahren, Rodelbahn

- Solbad mit Warmliege- und Außenschwimmbecken,
- Frei- und Wellenbad,
- Saunalandschaft mit Finnischer Sauna, Blockbohlensauna, Dampfsauna, Erdsauna, Teichsauna sowie Bio/Valo-Bädern.

1.2 Rahmenbedingungen

Der Betrieb und das Ergebnis des Revierparks sind abhängig von der kontinuierlichen Zuschussgewährung der Gesellschafter. Trotz Kostensteigerungen in den Bereichen Energie/Personal (abhängig vom Ergebnis der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes) und einem absehbar steigenden Bauunterhaltungsaufwand wird dieser Zuschuss nicht angepasst. Durch die angespannte Haushaltssituation der Gesellschafter ist eine Anpassung der Zuschüsse auch in den Folgejahren nicht in Aussicht gestellt.

Einsparungen bzw. Vermeidungen von zusätzlichen Investitionskosten sieht die Gesellschaft in einem Energie-Contracting. Die Ausschreibung ist im Jahr 2014 vorgesehen.

Die Erlössituation der Gesellschaft wird von saisonalen und witterungsbedingten Schwankungen beeinflusst. Erlössteigerungen aus Eintrittspreisanpassungen sind im Hinblick auf die im Einzugsgebiet vorhandene Mitbewerbersituation nur sehr marginal möglich.

Im Rahmen der Betriebsführung durch die PROVA, werden durch inhaltliche Neuaufstellungen in den Bereichen Sauna und Solebad, Grundlagen für eine höhere Attraktivität der Gesamtanlage geschaffen. Diese Maßnahmen werden dazu beitragen, auch in den Folgejahren die Besucherzahlen auf dem derzeitigen Niveau zu stabilisieren.

Diese Strategie wird auch im Jahr 2014 fortgesetzt.

Eine Attraktivitätssteigerung und eine Anpassung an die Marktanforderungen durch gezielte Investitionen sind in den Folgejahren allerdings unabwendbar.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Der Geschäftsverlauf der Revierpark Vonderort GmbH war im Vergleich zu 2012 nicht so zufriedenstellend, da der Besucherdefizit zum Anfang des Jahres durch den langen Winter im Verlauf des Jahres nicht aufgefangen werden konnte.

Den gesamten Erlösen und Erträgen in Höhe von 2.961 T€ (Vorjahr: 3.092 T€) standen Ausgaben und Abschreibungen in Höhe von 3.537 T€ (Vorjahr 3.596 T€) gegenüber.

Die Gesellschafter haben einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 618 T€ (Vorjahr: 637 T€) gezahlt, der in den Erträgen enthalten ist. Ergänzend wurde ein Investitionskostenzuschuss von 374 T€ (Vorjahr: 355 T€) als Zuführung zur Kapitalrücklage geleistet.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich somit auf -575 T€ (Vorjahr: -504 T€). Dies entspricht einem Kostendeckungsgrad von 83,7 % (Vorjahr: 86,0 %).

Hinzu kommt eine Steuererstattung in Höhe von insgesamt 38 T€ (Vorjahr: Steuerbelastung in Höhe von 10 T€), welche sich aus der Rückzahlung geleisteter Steuern im Zusammenhang mit der Eislaufhalle und der Auflösung der dazugehörigen Rückstellung ergibt. Es ergibt sich unter Berücksichtigung dieses Sachverhaltes ein Jahresfehlbetrag von -537 T€ (Vorjahr: -514 T€).

Die Abschreibungen in Höhe von 356 T€ und der übrige Jahresfehlbetrag in Höhe von 181 T€ wurden der Kapitalrücklage entnommen.

Gegenüber dem Vorjahr sind folgende Veränderungen festzustellen:

Gesamteinnahmen

Bei den Gesamteinnahmen war bei den Erlösen aus Eintritten, Mieten und Pachten ein Zuwachs um 91 T€ (4,2 %) von 2.167 T€ auf 2.258 T€ zu verzeichnen. Die Erlöse in dem Bereich Solbad haben sich leicht verbessert, während die Erlöse des Freibades im Vergleich zum Vorjahr (wetterbedingt) stark gestiegen sind. Die Erlöse des Bereichs Sauna sind im Vorjahresvergleich annähernd konstant.

Die Umsatzentwicklungen ergeben sich wie folgt:

	2013 T€	2012 T€	Veränderung T€	
Solbad	1.186	1.166	20	1,7%
Freibad	74	64	10	15,6%
Sauna	787	743	44	5,9%
Mieten und Pachten	138	138	0	0,0%
Übrige	73	56	17	30,4%
	2.258	2.167	91	4,2%

Trotz der gesunkenen Besucherzahlen konnten die Erlöse durch die ganzjährige Wirkung der Preiserhöhung von dem 01.07.2012 gesteigert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich um 127 T€ (-13,7 %) von 925 T€ auf 798 T€, dies ist auf den im Jahr 2012 enthaltenen Schadensersatz der Fernwärmeleitung zurückzuführen.

Gesamtaufwendungen

Bei den Gesamtaufwendungen war eine Reduzierung um 59 T€ (-1,6 %) von 3.596 T€ auf 3.537 T€ zu verzeichnen. Die Aufwendungen teilen sich wie folgt auf:

1.440 T€ = 40,7 % Materialaufwand inkl. Energiekosten (Vorjahr: 1.414 T€ = 39,3 %)
1.349 T€ = 38,2 % auf Personalkosten (Vorjahr: 1.422 T€ = 39,5 %)
355 T€ = 10,0 % auf Abschreibungsaufwand (Vorjahr: 366 T€ = 10,2 %)
389 T€ = 11,0 % auf Sonstige betriebliche Aufwendungen (Vorjahr: 383 T€ = 10,6 %)
4 T€ = 0,1 % Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Vorjahr: 11 T€ = 0,3 %)

Bei den Materialaufwendungen ergaben sich erhöhte Energiekosten durch Mehrverbräuche auf Grund des Alters der Anlage und den gestiegenen Bezugspreisen für Strom von 0,157 € auf 0,171 € pro kWh.

Gegenüber dem Vorjahr konnte der Personalaufwand durch wirtschaftlichen Einsatz und Langzeitkrankheiten reduziert werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind konstant zum Vorjahr.

Der Abschreibungsaufwand reduzierte sich wegen geringer Investitionen im Vergleich zum Vorjahr um 11 T€.

2.2 Finanz- und Vermögenslage

87,2 % der Bilanzsumme von 2.499 T€ auf der Aktivseite entfallen auf das Anlagevermögen, 65,1 % der Passivseite auf das Eigenkapital.

Die bedeutende Veränderung auf der Aktivseite betrifft die abschreibungsbedingte Abnahme des Sachanlagevermögens um 343 T€. Diese wurde im Wesentlichen durch den Verzehr der Kapitalrücklage von 163 T€, die Tilgung eines Bankdarlehens von 100 T€ sowie durch einen um 63 T€ geringeren Rückstellungsbedarf finanziert.

Die Investitionen des Jahres 2013 beschränkten sich mit 11 T€ (Vorjahr: 22 T€) auf das Notwendige.

Der gezahlte Gesamtzuschuss der Gesellschafter (Betriebskostenzuschuss und Investitionskostenzuschuss) ist seit dem Jahr 2007 unverändert mit Ausnahme von Sonderzuschüssen in Höhe von je 113 T€ in den Jahren 2009 und 2010 für die Saunainvestition. Letztere wurden in einen Sonderposten eingestellt, der über eine Laufzeit von 10 Jahren analog zum entsprechenden Anlagevermögen aufgelöst wird.

Da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse nicht ausreichten, wurde der Jahresfehlbetrag von-537 T€ der Kapitalrücklage entnommen. In die Kapitalrücklage wurden 374 T€ als Investitionskostenzuschuss einbezahlt, so dass diese in Summe um 163 T€ abnahm.

Die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft sind grundsätzlich geordnet. Das langfristig gebundene Vermögen ist zum größten Teil durch langfristiges Eigen- und Fremdkapital finanziert. Die Gesellschaft ist grundsätzlich in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gem. § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2013

Durch die Wahrnehmung der unter 1.1 dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Andere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2013 (gemäß § 289 Abs. 2 Ziff. 1 HGB) haben sich nicht ereignet.

Das Finanzamt Oberhausen-Nord hat in Bezug auf die Klage wegen Umsatzsteuer mit Datum vom 10. Mai 2013 angezeigt, dass die angefochtenen Bescheide geändert worden sind; diese sind im Verlauf de Jahres wirksam zugestellt worden. Die für die Klage gebildeten Rückstellungen wurden ebenfalls aufgelöst.

5. Risikobericht

Die Geschäftsführung hat ein angemessenes Risikoüberwachungssystem eingerichtet und entsprechende Berichtspflichten festgelegt. Dazu wurde ein Katalog mit möglichen Risikofeldern, potenziellen Risikoausprägungen und Risiko eingrenzenden Maßnahmen entwickelt, der planmäßig fortgeschrieben wurde.

Durch die permanente Überwachung der Risiken der Gesellschaft können sowohl auf der Erlös- als auch auf der Kostenseite frühzeitig negative Entwicklungen erkannt und notwendige Maßnahmen ergriffen werden, um das Wirtschaftsergebnis möglichst im Rahmen des Wirtschaftsplans zu halten.

Ein potenzielles Risiko besteht in weiterhin stark steigenden Energiepreisen für Strom, Gas und Wasser.

Sowohl die Gebäude als auch die Anlagentechnik sind in allen Bereichen des Revierparks vergleichsweise alt. Es besteht jederzeit das Risiko eines nicht geringen Reparaturaufwandes, bei dem kurzfristig die Liquidität des Unternehmens gefährdet sein könnte. Kurz-, mittel- und langfristig werden zur Eingrenzung dieses Risikos bereits regelmäßig Unterhaltungsmaßnahmen vorgenommen.

Die Erfüllung der Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erfordern auch zukünftig Zuschüsse durch die Gesellschafter. Eine noch weitere Reduzierung dieser Zuschüsse hätte gravierende Einschränkungen der Angebotspalette zur Folge und würde die Entwicklung der Gesellschaft in der bestehenden Form gefährden. Weitere Investitionen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und der Unterstützung durch die Gesellschafter. In Anbetracht des fixierten Zuschussniveaus der Gesellschafter und des reduzierten Bestandes an liquiden Mitteln hängt die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft einschließlich der Liquidität und Schuldendienstfähigkeit verstärkt vom Verlauf des operativen Geschäftes ab.

Bei der Gestaltung der Rückzahlungsvereinbarungen des Investitionsbankdarlehens wurde diesem Umstand ausreichend Rechnung getragen.

Insgesamt sind derzeit keine den Bestand oder die Entwicklung gefährdenden Risiken für die Gesellschaft zu erkennen.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2014 sind nach dem Wirtschafts- und Betriebsplan Erlöse und Erträge in Höhe von 2.268 T€, Aufwendungen von 3.501 T€, ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 624 T€ sowie ein Investitionszuschuss (Zuführung zur Kapitalrücklage) in Höhe des Abschreibungsaufwandes 2012 von 368 T€ vorgesehen. Dem Investitionszuschuss steht eine geplante Rücklagenentnahme für den laufenden Geschäftsbetrieb von 609 T€ gegenüber. Beachtenswerte Investitionen sind für 2014 nicht vorgesehen.

Die Erlöse in 2014 wurden auf der Grundlage des Eintrittspreiskonzeptes sowie den Erfahrungswerten der letzten drei Jahre erstellt. Für das erste Quartal 2014 liegen die Besucherzahlen für Bad und Sauna deutlich über dem Vorjahresniveau, analog dazu liegen die Erlöse auch über den Vorjahreswerten.

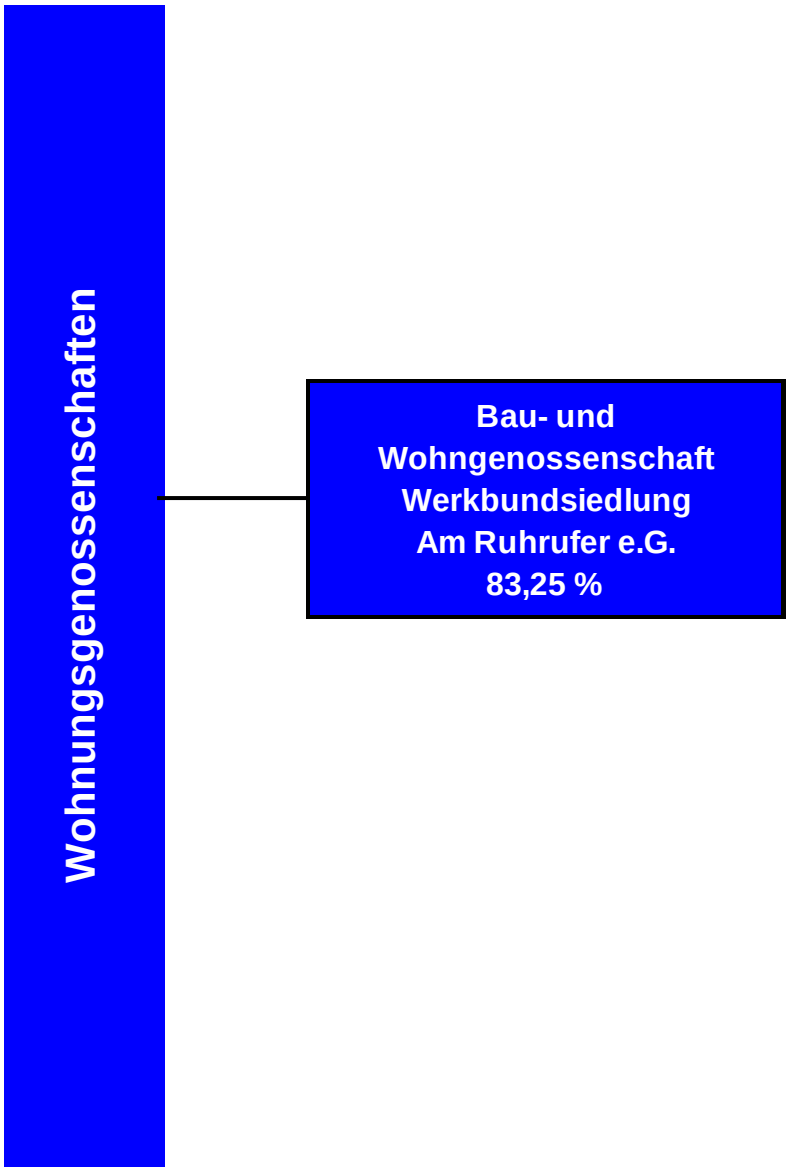
Weitere Optimierungen im Bereich der Energieeffizienz werden angestrebt, um kurzfristig, mittelfristig und langfristig Kosten zu senken. Eine Ausschreibung zu einem Energiecontracting wird durch die Stadt Bottrop vorbereitet, Ergebnisse dazu sind in der zweiten Jahreshälfte zu erwarten.

Eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen in Gestalt höherer Gesellschafterzuschüsse ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Es ist daher das Ziel der Gesellschaft, die Wirtschaftlichkeit und Effizienz bei den Einnahmen und Ausgaben weiter zu verbessern und nachhaltige Maßnahmen auf der Basis des Zukunftskonzeptes umzusetzen, um das Gleichgewicht der Liquidität mittelfristig zu erhalten.

Oberhausen, im Mai 2014

Geschäftsführung

Wohnungsgenossenschaften



Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hauerweg 16
46049 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: eG
Stammkapital in T€: 212,19

Gesellschafter:

	T€	%
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	33,75	16,75
Stadt Oberhausen	167,70	83,25

Gegenstand des Unternehmens:

Errichtung und Bewirtschaftung von Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrensstr./Fährstr.'/Am Ruhrufer Sanierungsgebiet Zechengelände Alstaden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Vorstand:	Mitglied	van Bremen, Harald
	Mitglied	Jörchel, Erwin
	Mitglied	Schlünzen, Helmut
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Mühle, Stefan
	Mitglied	Hammen, Margret
	Mitglied	Lauderbach, Ulrich
	Mitglied	Mühle, Gerd
	Mitglied	van Suntum, Ute
Generalversammlung:		Willecke, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.301,27	86,0	1.278,44	84,0	1.260,68	83,2	-17,76	-1,39
Umlaufvermögen	209,07	13,8	242,06	15,9	253,24	16,7	11,18	4,62
Rechnungsabgrenzungsposten	1,95	0,1	1,95	0,1	1,95	0,1	0,00	0,00
Bilanzsumme	**1.512,29**	**100,00**	**1.522,45**	**100,00**	**1.515,88**	**100,00**	**-6,57**	**-0,43**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	493,80	32,7	519,67	34,1	512,02	33,8	-7,65	-1,47
Rückstellungen	7,17	0,5	4,67	0,3	19,80	1,3	15,13	323,98
Verbindlichkeiten	1.010,67	66,8	998,12	65,6	984,05	64,9	-14,07	-1,41
Rechnungsabgrenzungsposten	0,65	0,0					0,00	
Bilanzsumme	**1.512,29**	**100,00**	**1.522,45**	**100,00**	**1.515,88**	**100,00**	**-6,57**	**-0,43**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	135,32	138,15	134,33
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1,86	-1,63	1,08
sonstige betriebliche Erträge	5,52	5,50	0,50
Materialaufwand	48,53	54,97	65,04
Abschreibungen	22,82	22,82	22,82
sonstige betriebliche Aufwendungen	8,94	4,47	10,45
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,66	1,85	2,31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32,79	29,29	32,40
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	31,29	32,32	7,50
sonstige Steuern	5,80	6,45	6,45
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	25,49	25,86	1,05
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1,56	2,50	2,78
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	24,55	25,59	1,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2,50	2,78	2,82

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	18,84	18,72	0,78	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,19	5,00	0,21	%
Cash-Flow:	48,31	48,69	23,87	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

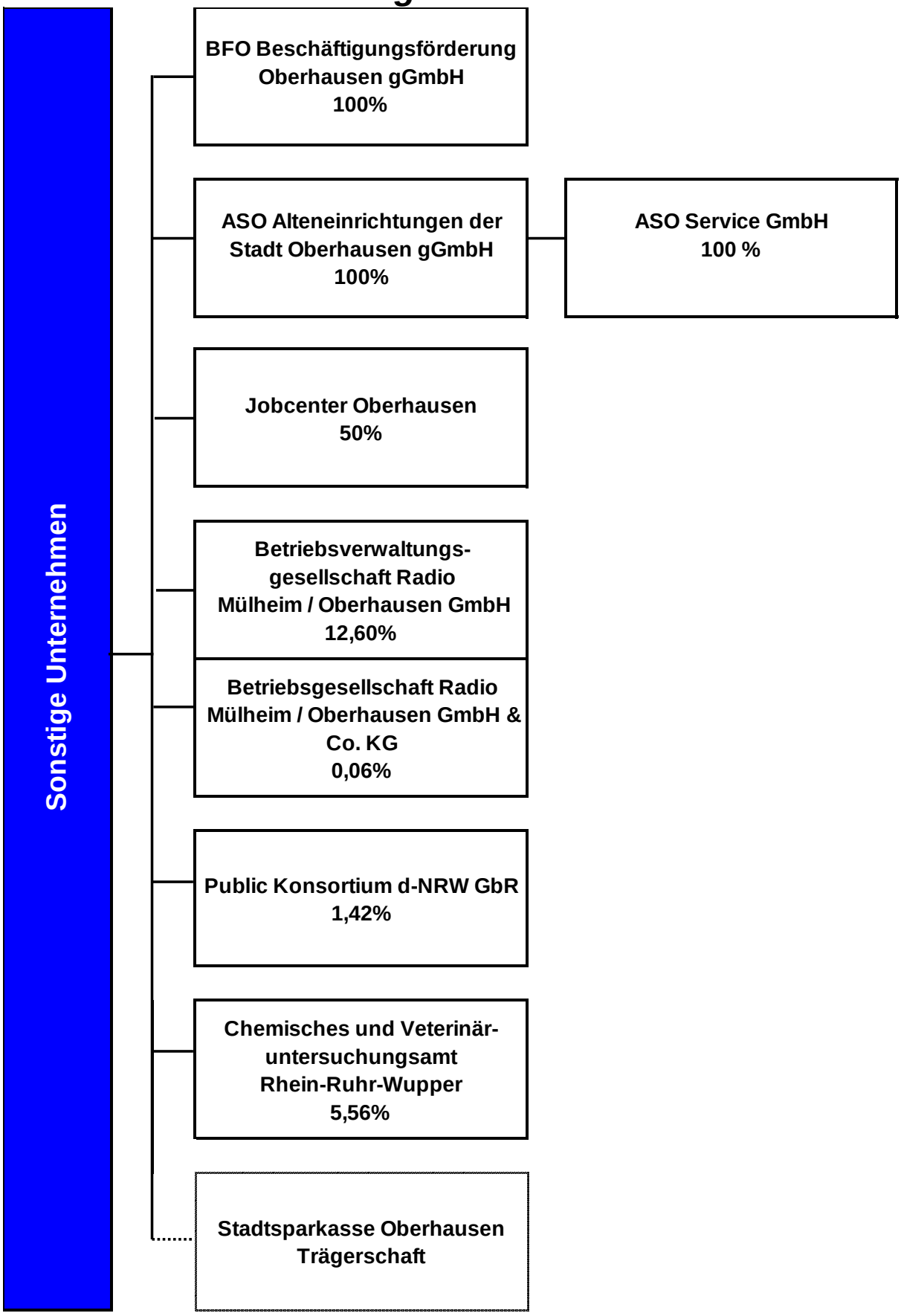
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

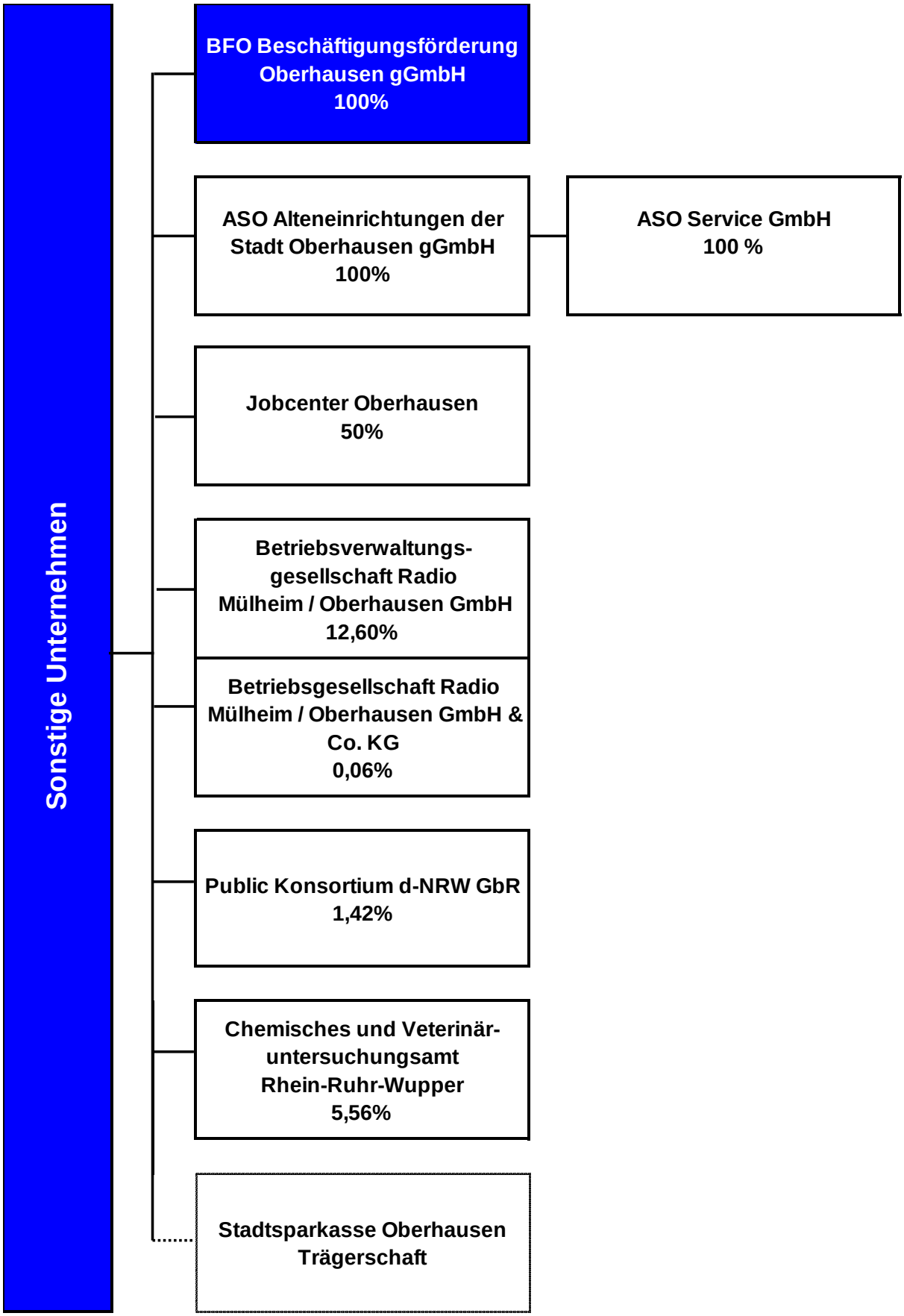
	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	86,05	83,97	83,17	%
Eigenkapitalquote:	32,65	34,13	33,78	%
Fremdkapitalquote:	67,35	65,87	66,22	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.

Sonstige Unternehmen




Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,42%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Gewerkschaftsstraße 76-78
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/46839100
Fax	0208/46839111
e-Mail	achim.kawicki@bfo.oberhausen.de
Internet	-

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die aktive Beschäftigungsförderung, die sich an die am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen richtet, insbesondere an
-- Sozialhilfeempfänger/innen, die aufgrund Arbeitslosigkeit oder unzureichenden Erwerbseinkommens Sozialhilfe beziehen
-- Arbeitslose, die von Sozialhilfebedürftigkeit bedroht sind,
-- Geringqualifizierte und Jugendliche ohne Schul- und/oder Berufsabschluss
-- Berufsrückkehrer/innen nach der Familienphase

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00
Stadt Oberhausen	Vereinbarung mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00 (Leistungsvertrag)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kawicki, Achim
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	wird vertreten durch Vöpel, Dirk
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike	wird vertreten durch Wolter, Marita
	Mitglied gem. § 113 GO	Siodmak, Brigitte	wird vertreten durch Gohlke, Klaus
	Mitglied	Blanke, Andreas	wird vertreten durch Axt, Birgit
	Mitglied	Brands, Beatriks	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus	wird vertreten durch Matzat, André (Bgm)
	Mitglied	Holtz, Gerd	wird vertreten durch Fürth, Joachim (Bgm.)
	Mitglied	Kamps, Jochen	wird vertreten durch Kösling, Anja
	Mitglied	Koppers, Peter	wird vertreten durch Janßen, Anne
	Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	Mitglied	Opitz, Stefanie	wird vertreten durch Laß, Heike
	Mitglied	Pusch, Jörg	wird vertreten durch Hansen, Heike
	Mitglied	Radtke, Dorothee	wird vertreten durch Kösling, Klaus
	Mitglied	Röder, Alfred	wird vertreten durch Pascheberg, René
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto	wird vertreten durch Prakken, Jolanta (Bgm.)
	Mitglied	Schepers, Hermann-Josef	wird vertreten durch Rubin, Dirk
	Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Bongers, Sonja
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
	Mitglied	Weingärtner, Helga	wird vertreten durch Zimkeit, Stefan
	Mitglied	Weirich, Detlef	wird vertreten durch Stappert, Claudia (Bgm.)
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Gohlke, Klaus	Pers. Stellvertretung für Siodmak, Brigitte
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Brands, Beatriks
	stellv. Mitglied	Axt, Birgit	Pers. Stellvertretung für Blanke, Andreas (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Bongers, Sonja	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
	stellv. Mitglied	Fürth, Joachim	Pers. Stellvertretung für Holtz, Gerd
	stellv. Mitglied	Hansen, Heike	Pers. Stellvertretung für Pusch, Jörg
	stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Koppers, Peter
	stellv. Mitglied	Kösling, Anja	Pers. Stellvertretung für Kamps, Jochen
	stellv. Mitglied	Kösling, Klaus	Pers. Stellvertretung für Radtke, Dorothee
	stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Matzat, André	Pers. Stellvertretung für Breuckmann, Ludgerus (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Pascheberg, René	Pers. Stellvertretung für Röder, Alfred
	stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Nagels, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta	Pers. Stellvertretung für Runkler, Hans-Otto

stellv. Mitglied	Rubin, Dirk	Pers. Stellvertretung für Schepers, Hermann-Josef
stellv. Mitglied	Stappert, Claudia	Pers. Stellvertretung für Weirich, Detlef (Bgm.)
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Tscharke, Hans Josef
stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertretung für Oberste-Kleinbeck, Kirsten
stellv. Mitglied	Wolter, Marita	Pers. Stellvertretung für Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan	Pers. Stellvertretung für Weingärtner, Helga

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	26,97	7,1	15,73	8,0	14,65	8,1	-1,08	-6,87
Umlaufvermögen	350,95	92,9	180,29	92,0	165,50	91,6	-14,79	-8,20
Rechnungsabgrenzungsposten	0,02	0,0			0,60	0,3	0,60	
Bilanzsumme	**377,94**	**100,00**	**196,02**	**100,00**	**180,75**	**100,00**	**-15,27**	**-7,79**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	205,10	54,3	158,14	80,7	152,67	84,5	-5,47	-3,46
Rückstellungen	71,50	18,9	15,20	7,8	10,80	6,0	-4,40	-28,95
Verbindlichkeiten	101,33	26,8	22,68	11,6	17,27	9,6	-5,41	-23,85
Bilanzsumme	**377,94**	**100,00**	**196,02**	**100,00**	**180,75**	**100,00**	**-15,27**	**-7,79**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.226,44	412,24	189,36
sonstige betriebliche Erträge	6,19	48,08	6,33
Materialaufwand	136,23	6,21	
Personalaufwand	962,22	410,51	166,60
Abschreibungen	13,83	11,81	5,14
sonstige betriebliche Aufwendungen	99,36	79,29	29,55
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,97	0,61	0,14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	21,95	-46,90	-5,45
sonstige Steuern	0,07	0,07	0,02
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	21,89	-46,96	-5,47
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	21,89	-46,96	-5,47
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,78	-11,39	-2,89	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,67	-29,70	-3,58	%
Cash-Flow:	35,71	-35,15	-0,33	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	51,36	57,54	65,23	T€
Personalaufwandsquote:	78,06	89,18	85,13	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	7,07	8,02	8,10	%
Eigenkapitalquote:	54,27	80,68	84,47	%
Fremdkapitalquote:	45,73	19,32	15,53	%

e) Lagebericht

1. Ausgangslage

Vor dem Hintergrund der zum 01.04.2012 beschlossenen Neuregelungen des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, entschied der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 19.03.2012 und nachfolgend die Gesellschafterversammlung der BFO am 26.04.2012, den operativen Geschäftsbetrieb der BFO zum 31.12.2012 einzustellen. Diese Entscheidungen wurden in der Ratssitzung am 19.11.2012 und in der Gesellschafterversammlung am 21.11.2012 insoweit geändert, dass der Geschäftsbetrieb der BFO gGmbH nicht vollständig zum 31.12.2012 eingestellt wird, sondern die Tätigkeit der Beratungsstelle Jugend und Beruf über den 31.12.2012 hinaus bei der BFO gGmbH verbleibt.

2. Geschäftsentwicklung / Erfüllung des Gesellschaftszweckes

Während des gesamten Jahres 2013 wurde die vom Land NRW geförderte „Beratungsstelle Jugend und Beruf“ weitergeführt, die seit der Betriebsaufnahme im Jahr 2001 bei der BFO angesiedelt ist. Im Geschäftsjahr wurde die Beratungstätigkeit durch eine Teilzeit- und zwei Vollzeitfachkräfte durchgeführt. Die Zielgruppe der zu beratenden benachteiligten Jugendlichen im Übergang von der Schule zum Beruf gliedert sich insbesondere in folgende Personengruppen:

- Haupt-, Förder- und Gesamtschüler/innen (überwiegend) im 9. und 10. Schulbesuchsjahr,
- Abbrecher/innen schulischer und berufliche Bildungsgänge,
- Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche.

Das Angebot der Beratungsstelle besteht vornehmlich aus klassischer Einzel- und Gruppenberatung. Zudem wirkt die Beratungsstelle aktiv an Projektangeboten im Bereich Berufsorientierung/-beratung im Übergang Schule-Beruf mit.

Die BFO ist mit ihrer tatsächlichen Geschäftstätigkeit der Erfüllung Ihres Gesellschaftszweckes auch im Jahr 2013 erfolgreich nachgekommen.

3. Organisatorische und personelle Entwicklung

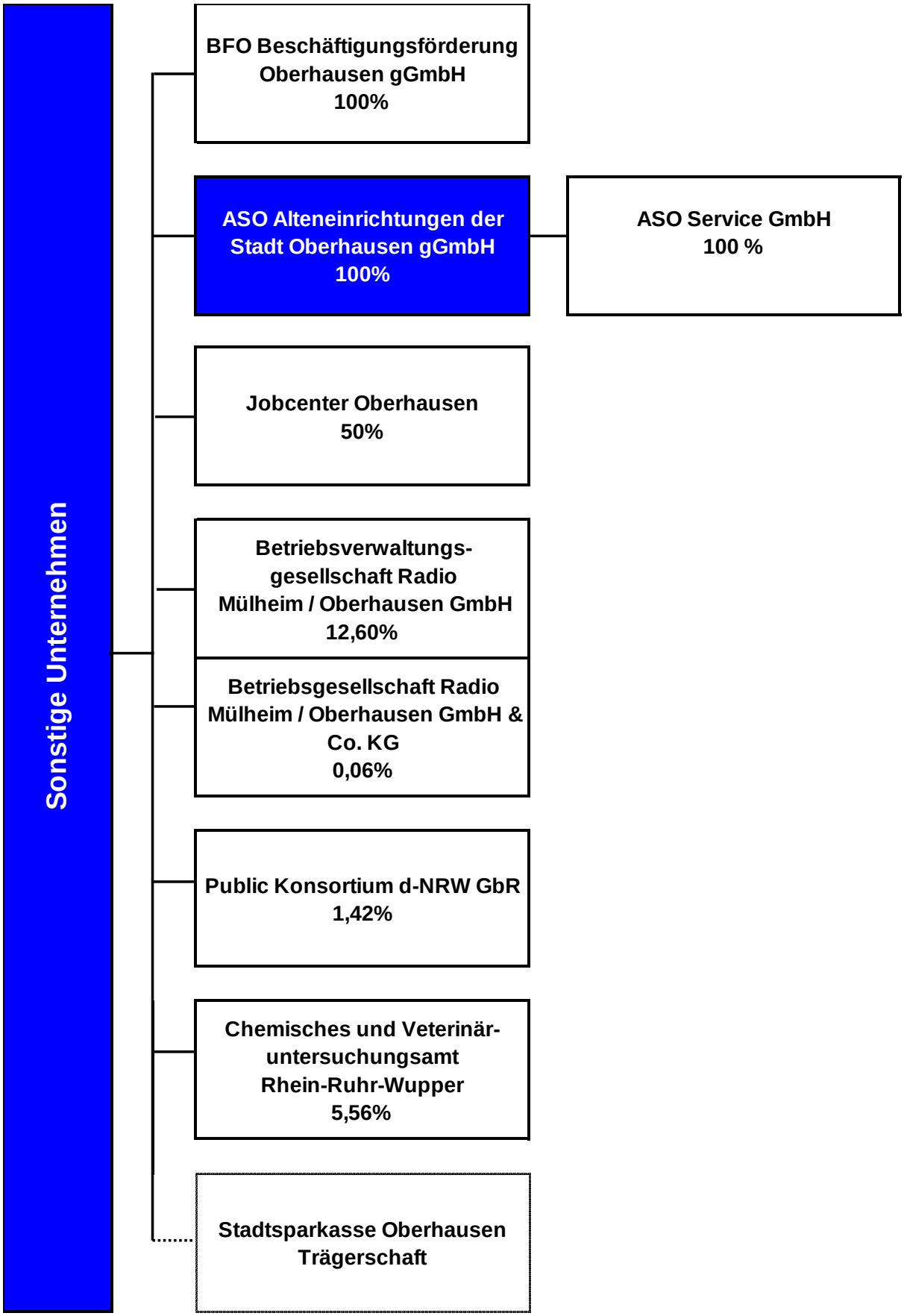
Durch die unter 1. geschilderte Ausgangslage erfolgte im Jahr 2013 eine Reduzierung der Mitarbeiter/innenzahl auf 3 angestellte Fachkräfte. Die Geschäftsführung wird nebenamtlich durch einen städtischen Beamten sichergestellt.

4. Ausblick und Fazit

Seit dem 01.01.2013 verbleibt als Aufgabe der BFO die Tätigkeit der Beratung von benachteiligten Jugendlichen, die sich im Übergang von der Schule in den Beruf befinden. Der Betrieb der BFO konnte damit in kleinerem Umfang gesichert werden. Ob und inwieweit in Zukunft wieder weitere satzungskonforme Tätigkeiten durch die BFO ausgeführt werden sollen, ist weiterhin abhängig von einer Entwicklung auf dem Gebiet der kommunalen Beschäftigungsförderungspolitik.

Oberhausen, 26.02.2014

Achim Kawicki
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,42%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/691200
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ASO Service GmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH
Diverse	Heimverträge, Pachtverträge, Mietverträge, Betreuungsverträge
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag vom 17.12.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
	Prokuristin	Schmitz-Freihoff, Susanne
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	wird vertreten durch Vöpel, Dirk
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike	wird vertreten durch Wolter, Maria
	Mitglied gem. § 113 GO	Kawicki, Achim	wird vertreten durch Siodmak, Brigitte
	Mitglied	Blanke, Andreas	wird vertreten durch Axt, Birgit
	Mitglied	Brands, Beatriks	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus	wird vertreten durch Matzat, André (Bgm)
	Mitglied	Holtz, Gerd	wird vertreten durch Fürth, Joachim (Bgm.)
	Mitglied	Kamps, Jochen	wird vertreten durch Kösling, Anja
	Mitglied	Koppers, Peter	wird vertreten durch Janßen, Anne
	Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	Mitglied	Opitz, Stefanie	wird vertreten durch Laß, Heike
	Mitglied	Pusch, Jörg	wird vertreten durch Hansen, Heike
	Mitglied	Radtke, Dorothee	wird vertreten durch Kösling, Klaus (Bgm.)
	Mitglied	Röder, Alfred	wird vertreten durch Pascheberg, René
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto	wird vertreten durch Prakken, Jolanta (Bgm.)
	Mitglied	Schepers, Hermann-Josef	wird vertreten durch Rubin, Dirk
	Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Bongers, Sonja
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
	Mitglied	Weingärtner, Helga	wird vertreten durch Zimkeit, Stefan
	Mitglied	Weirich, Detlef	wird vertreten durch Stappert, Claudia (Bgm.)
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Siodmak, Brigitte	Pers. Stellvertretung für Kawicki, Achim
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Brands, Beatriks
	stellv. Mitglied	Axt, Birgit	Pers. Stellvertretung für Blanke, Andreas (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Bongers, Sonja	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
	stellv. Mitglied	Fürth, Joachim	Pers. Stellvertretung für Holtz, Gerd
	stellv. Mitglied	Hansen, Heike	Pers. Stellvertretung für Pusch, Jörg
	stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Koppers, Peter
	stellv. Mitglied	Kösling, Anja	Pers. Stellvertretung für Kamps, Jochen
	stellv. Mitglied	Kösling, Klaus	Pers. Stellvertretung für Radtke, Dorothee
	stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Matzat, André	Pers. Stellvertretung für Breuckmann, Ludgerus (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Pascheberg, René	Pers. Stellvertretung für Röder, Alfred
	stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Nagels, Hans-Jürgen

stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta	Pers. Stellvertretung für Runkler, Hans-Otto
stellv. Mitglied	Rubin, Dirk	Pers. Stellvertretung für Schepers, Hermann-Josef
stellv. Mitglied	Stappert, Claudia	Pers. Stellvertretung für Weirich, Detlef (Bgm.)
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Tscharke, Hans Josef
stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertretung für Oberste-Kleinbeck, Kirsten
stellv. Mitglied	Wolter, Marita	Pers. Stellvertretung für Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan	Pers. Stellvertretung für Weingärtner, Helga

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ASO Service GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		**2012**		**2013**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2.206,71	21,5	2.845,13	29,5	6.422,80	55,2	3.577,67	125,75
Umlaufvermögen	8.060,50	78,5	6.787,55	70,4	5.215,90	44,8	-1.571,65	-23,15
Rechnungsabgrenzungsposten	1,57	0,0	3,23	0,0	5,29	0,0	2,06	63,78
Bilanzsumme	**10.268,78**	**100,00**	**9.635,90**	**100,00**	**11.643,99**	**100,00**	**2.008,09**	**20,84**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.492,04	43,7	4.581,32	47,5	4.077,76	35,0	-503,56	-10,99
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,15	0,0	0,12	0,0	0,08	0,0	-0,04	-33,33
Rückstellungen	4.186,31	40,8	3.351,06	34,8	2.818,57	24,2	-532,49	-15,89
Verbindlichkeiten	1.590,29	15,5	1.703,41	17,7	4.747,58	40,8	3.044,17	178,71
Bilanzsumme	**10.268,78**	**100,00**	**9.635,90**	**100,00**	**11.643,99**	**100,00**	**2.008,09**	**20,84**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	19.767,38	19.293,91	18.379,67
sonstige betriebliche Erträge	982,36	1.132,55	1.222,65
Materialaufwand	4.377,78	4.151,55	3.963,59
Personalaufwand	12.223,54	11.947,32	11.715,92
Abschreibungen	201,75	200,00	188,05
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.817,63	4.093,58	4.227,66
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	54,74	72,59	6,51
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18,63	17,26	17,13
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	165,14	89,35	-503,52
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,53	0,07	0,04
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	164,61	89,28	-503,56
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	164,61	89,28	-503,56

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,83	0,46	-2,74	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,80	1,99	-10,99	%
Cash-Flow:	366,36	289,28	-315,50	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	57,00	82,41	78,10	T€
Personalaufwandsquote:	58,91	58,49	59,77	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	15,71	23,51	50,30	%
Eigenkapitalquote:	43,74	47,54	35,02	%
Fremdkapitalquote:	56,26	52,46	64,98	%

e) Lagebericht

I. Entwicklung des operativen Geschäfts

Die ASO gGmbH betreibt 3 stationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 459 Plätzen. Davon entfallen 99 Plätze auf „Haus Bronkhorstfeld“, 60 Plätze auf die „Seniorenresidenz am OLGA Park“ sowie 300 Plätze auf das „Louise Schroeder Heim“.

Jahresdurchschnittlich konnte mit einer Auslastungsquote von 88,7 % (Vorjahr: 94,2 %) nur ein Auslastungsniveau erreicht werden, das 5,5 % unter dem des zuletzt erzielten Niveaus liegt.

Die Auslastung im „Haus Bronkhorstfeld“ lag bei 96,45 % (Vorjahr: 98,9 %) in der „Seniorenresidenz am OLGA Park“ bei 97,16 % (Vorjahr: 99,6 %) und im „Louise Schroeder Heim“ bei 84,45 % (Vorjahr: 91,5 %).

Das „Louise Schroeder Tagespflegezentrum“ konnte ebenso wie das „Tagespflegezentrum am Steigerhaus“ mit einer Auslastungsquote von 96,39 % (Vorjahr: 95,63 %) bzw. 98,39 % (Vorjahr: 97,81 %) auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Der ambulante Betriebszweig des Unternehmens hat sich mit dem „Häuslichen Pflegedienst der Elly Heuss Knapp Stiftung“ ebenfalls erneut am Oberhausener Pflegemarkt behaupten und seinen Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr sogar noch steigern können. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt nach wie vor im Bereich des betreuten Wohnungsbestandes auf dem Gelände der Elly Heuss Knapp Stiftung.

Der vermietete Wohnungsbestand umfasst unverändert insgesamt 180 Wohnungen. Die Auslastung lag wie im Vorjahr bei fast 100 %. Dies belegt die hohe Attraktivität des vor gehaltenen Wohnungsbestandes und bestätigt zugleich die Richtigkeit der vom Rat der Stadt und vom Aufsichtsrat getroffenen Entscheidung, weitere 58 Wohnungen zu errichten.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

1. Vor dem Landgericht Duisburg anhängiges Verfahren gegen Bangel & Plaßmeier GbR

Die 2008 vor dem Landgericht Duisburg erhobene Klage gegen die Bangel & Plaßmeier GbR wurde mit Urteil vom 19.09.2013 abgewiesen, weil die Beklagte vermeintlich nicht passiv legitimiert sei. Das Landgericht geht davon aus, dass die dänische Gesellschaft K/S Zum Steigerhaus zuständige Anspruchsgegnerin sei. Dieser war im Rahmen des erstinstanzlichen Verfahrens der Streit verkündet worden.

Das Urteil war u.a. deshalb bemerkenswert, weil im Verlauf des Rechtsstreits ein Wechsel des zuständigen Einzelrichters stattgefunden hatte und der ursprünglich zuständige Richter in einem Hinweisbeschluss vom Januar 2011 noch ausdrücklich erklärt hatte, dass das Gericht keine Zweifel an der Passivlegitimation hat. Gegen das Urteil des Landgerichts wurde im November 2013 Berufung eingelegt, um in einem späteren Regressprozess nicht dem Einwand ausgesetzt zu sein, die ASO gGmbH habe das (falsche) Urteil des Landgerichts rechtskräftig werden lassen, obwohl es mit dem Rechtsmittel der Berufung hätte angegriffen werden können.

Allein mit Blick auf einen evtl. Regressprozess gegen die dänischen Eigentümer führte somit kein Weg an der Berufung vorbei. Am 8.5.2014 wird vor dem OLG Düsseldorf der erste Verhandlungstermin stattfinden.

2. Neubauprojekt an der Elly Heuss Knapp Straße

Mit dem Bauvorhaben wurde im Dezember 2012 begonnen. Im Berichtsjahr konnte der Veranstaltungssaal komplett umgebaut werden. Die beiden Wohngebäude mit 30 bzw. 28 Wohnungen waren Ende 2013 im Rohbau fertiggestellt und bereits fast vollständig vermietet. Im Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichts wird seitens des Architekten im Mai 2014 mit der Bezugsfertigkeit gerechnet. Im Hinblick auf die Finanzierung des Bauvorhabens hat der Aufsichtsrat im Berichtsjahr entschieden, neben dem Förderdarlehen des Landes und dem Darlehen aus dem Programm „KfW Energieeffizient Bauen“ keine weiteren Darlehen mehr aufzunehmen, sondern den noch offenen Betrag durch den Einsatz von Eigenkapital abzudecken.

3. Vergabe und Verlängerung des Gebäudereinigungsvertrages

Die Unterhalts- und Gebäudereinigung wurde Anfang 2013 europaweit ausgeschrieben und aufgrund des Submissionsergebnisses zum 01.04.2013 an ein Oberhausener Reinigungsunternehmen vergeben. Der Wechsel des Dienstleisters vollzog sich ohne nennenswerte Probleme. Aufgrund der geleisteten Arbeit hatte der Aufsichtsrat im Dezember 2013 die vertraglich vorgesehene Verlängerungsoption für die Zeit vom 01.04.2014 bis zum 31.03.2015 in Anspruch genommen.

4. Zufriedenheitsbefragung unter den Mieterinnen und Mietern

In den Monaten Januar und Februar wurde zum zweiten Mal eine Zufriedenheitsbefragung unter den Mieterinnen und Mietern der betreuten Wohnungen auf dem Gelände der Elly Heuss Knapp Stiftung durchgeführt. Gut die Hälfte aller 167 Mietparteien hatte sich an der Befragung beteiligt. Die Auswertung der Fragebögen bestätigte das Ergebnis der Befragung aus dem Jahr 2010 und spiegelt erneut eine insgesamt sehr hohe Zufriedenheit wider.

Insbesondere gilt dies für die Leistungspalette, die durch den 1994 entwickelten Betreuungsvertrag ermöglicht wird. Gerade das Angebot an gemeinsamen Veranstaltungen, Festen und Feiern und der gemeinsame Mittagstisch sind Garanten der hohen Zufriedenheit und zugleich echte Standortvorteile des hiesigen Wohnquartiers. Dessen Beliebtheit wird sich durch den Umbau des Veranstaltungssaales, die damit verbundenen Nutzungsmöglichkeiten und die beiden neuen Wohngebäude noch erhöhen. Dies belegt u.a. die problemlose Vermarktung der 58 neuen Wohneinheiten.

5. Ergebnisse der MDK Prüfungen

Alle stationären Einrichtungen und der häusliche Pflegedienst der Elly Heuss Knapp Stiftung wurden im Berichtsjahr geprüft und erhielten als Gesamtergebnis die Benotung „sehr gut“. Auch die Befragung der Bewohner bzw. Kunden ergab ausnahmslos die Note „sehr gut“.

6. Kampagne gegen den Geschäftsführer

Mehr als 60 Presseartikel und unzählige Internetkommentierungen in verschiedenen Foren hatten in der Zeit von März bis Juli 2013 für eine ständige Medienpräsenz des Unternehmens und dessen Geschäftsführung gesorgt. Unwahre Behauptungen, haltlose Dienstaufsichtsbeschwerden und beleidigende Vorwürfe wurden offenkundig mit dem Ziel verbreitet, den Geschäftsführer in der Öffentlichkeit zu beschädigen und abzuberufen. Der formelle Abberufungsantrag wurde jedoch im September von der Ratsmehrheit zurückgewiesen.

III. Darstellung der Ertrags , Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2013 ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 504 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss 89 T€).

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 914 T€ von 19.294 T€ auf 18.380 T€ und entfallen dabei auf die Erträge aus Vergütungssätzen (allgemeinen Pflegeleistungen, Unterkunft und Verpflegung) sowie aus gesondert berechenbaren Investitionsaufwendungen (nach Landespflegegesetz Nordrhein Westfalen).

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Geschäftsjahr um 90 T€ auf 1.223 T€ und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Auflösung von Rückstellungen durch Wegfall des Rückstellungsgrundes (Neubau von Wohnungen).

Der Materialaufwand sank gegenüber dem Vorjahr um 188 T€ auf 3.964 T€ im Bereich der Aufwendungen für Lebensmittel sowie des eingesetzten Fremdpersonals aufgrund der rückläufigen Auslastung im LSH.

Der Personalaufwand ging um 231 T€ auf 11.716 T€ durch die Reduzierung des Personalbestands im Zusammenhang mit der rückläufigen Auslastung im LSH zurück. Des Weiteren wurden keine neuen Altersteilzeitverträge abgeschlossen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 134 T€ auf 4.228 T€. Hierbei sanken insbesondere die Aufwendungen für Mieten und Pachten aufgrund der Reduzierung des Zinsniveaus im Rahmen einer Umschuldung eines Bankdarlehens. Diese Reduzierung wurde durch Anstieg bei den übrigen Aufwendungen im Bereich der neu zu zahlenden Altenpflegeausbildungsumlage sowie getätigten Spenden überkompensiert.

Die Verschlechterung des Finanzergebnisses in Höhe von 66 T€ ist im Wesentlichen auf die stetige Reduzierung des Zinsniveaus sowie den Rückgang des Festgeldbestands zur Finanzierung des Neubaus von Wohnungen zurückzuführen.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag gedeckt. In Höhe der Überdeckung von 2.237 T€ (Vorjahr 3.366 T€) ist das Umlaufvermögen mit langfristigem Kapital finanziert. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist auf 75 % nach 65 % am Vorbilanzstichtag gestiegen.

Die Liquidität II. Grades ist auf 2.474 T€ (Vorjahr 3.559 T€) gesunken und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 1,5 Monate (Vorjahr 2,1 Monate).

IV. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2013 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2014 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation.

V. Risikobericht

Im Rahmen dieses Risikoberichts muss auf die weiter rückläufige Auslastung der stationären Pflegeeinrichtungen hingewiesen werden. Diese ist im Haus Bronkhorstfeld um 2,43 %, in der Seniorenresidenz am OLGA Park um 2,39 %, im Louise Schroeder Heim aber nach 4 % im Vorjahr um weitere 7,04 % auf nunmehr 84,45 % im Jahresdurchschnitt zurück gegangen.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt, liegen vor allem an der in Oberhausen bestehenden Sättigung des Bedarfs an stationären Pflegeplätzen, an dem hohen Doppelzimmeranteil im Louise Schroeder Heim und an verschiedenen Problemen der dortigen Gebäudesubstanz. Auf diese soll im nächsten Jahr mit einer konzeptionellen Überplanung des gesamten Gebäudes reagiert werden.

Die geringere Auslastung führt zunächst zu geringeren Erträgen. Des Weiteren erfolgt eine Refinanzierung durch die Kostenträger ausnahmslos auf Basis einer Auslastungsquote von 98,0 %. Insoweit kommt es bei der tatsächlich geringeren Auslastungsquote der Einrichtung zur Unterfinanzierung anfallender Kosten.

Gerade bei den im Berichtsjahr geführten Entgeltverhandlungen hat sich diese Problematik in den Vergütungsverhandlungen des LSH nicht zu Gunsten des Unternehmens ausgewirkt.

Im zurückliegenden Jahr dürfte sich auch die mehrere Monate andauernde Hetzkampagne gegen die ASO gGmbH und deren Geschäftsführer negativ auf die Nachfrage und die damit verbundene Auslastung ausgewirkt haben.

Trotz dieser Risiken und des Jahresfehlbetrages sind bestandsgefährdende Risiken nicht erkennbar.

VI. Prognosebericht

Mit Bezugsfertigkeit der neuen Wohnungen auf dem Gelände der EHK und den damit verbundenen Einnahmen aus den Bereichen Mieten, Betreuungspauschalen und Inanspruchnahme hauswirtschaftlicher und sonstiger Dienste sollte eine Verbesserung der Ertragslage erfolgen.

Um einer weiteren Verschlechterung der Ertragslage durch die geringe Auslastungsquote gerade im Louise Schroeder Heim entgegenzuwirken, soll die gesamte Gebäudesubstanz nachfrageorientiert überplant werden. Im Hinblick auf das stationäre Angebot des LSHs muss die entsprechende Anpassung bis Mitte 2018 umgesetzt sein.

Um im Interesse der pflegebedürftigen Betagten die personelle Präsenz in den einzelnen Wohnbereichen zu erhöhen, ist im Berichtsjahr ein neues Arbeitszeitmodell entwickelt worden. Mit diesem Modell soll vom 01.04.2014 an versucht werden, einen Ausgleich zwischen den Interessen der Bewohner und den Interessen der Mitarbeitenden herzustellen.

Das neue Modell, das eine Beibehaltung der 5 Tage Woche vorsieht, soll zu einer noch größeren Zufriedenheit der Bewohner als auch der Mitarbeitenden führen. Die Zahl der zukünftig anfallenden Überstunden dürfte sich durch die flexibleren Arbeitszeiten erheblich minimieren.

Im Bereich der häuslichen Pflege wurden bereits mit Vertragsbeginn Januar 2014 neue bzw. höhere Pflegesätze im Bereich der SGB XI Leistungen erzielt. Sowohl für die beiden teil stationären wie auch für die stationären Einrichtungen werden nach Ablauf der Vertragslaufzeiten höhere Vergütungssätze angestrebt.

Sollten die Kostenträger auch bei den nächsten Verhandlungen für den stationären Bereich nicht bereit sein, die Auslastungsproblematik adäquat zu berücksichtigen, würden sofort die Verhandlungen abgebrochen und die Schiedsstelle eingeschaltet werden.

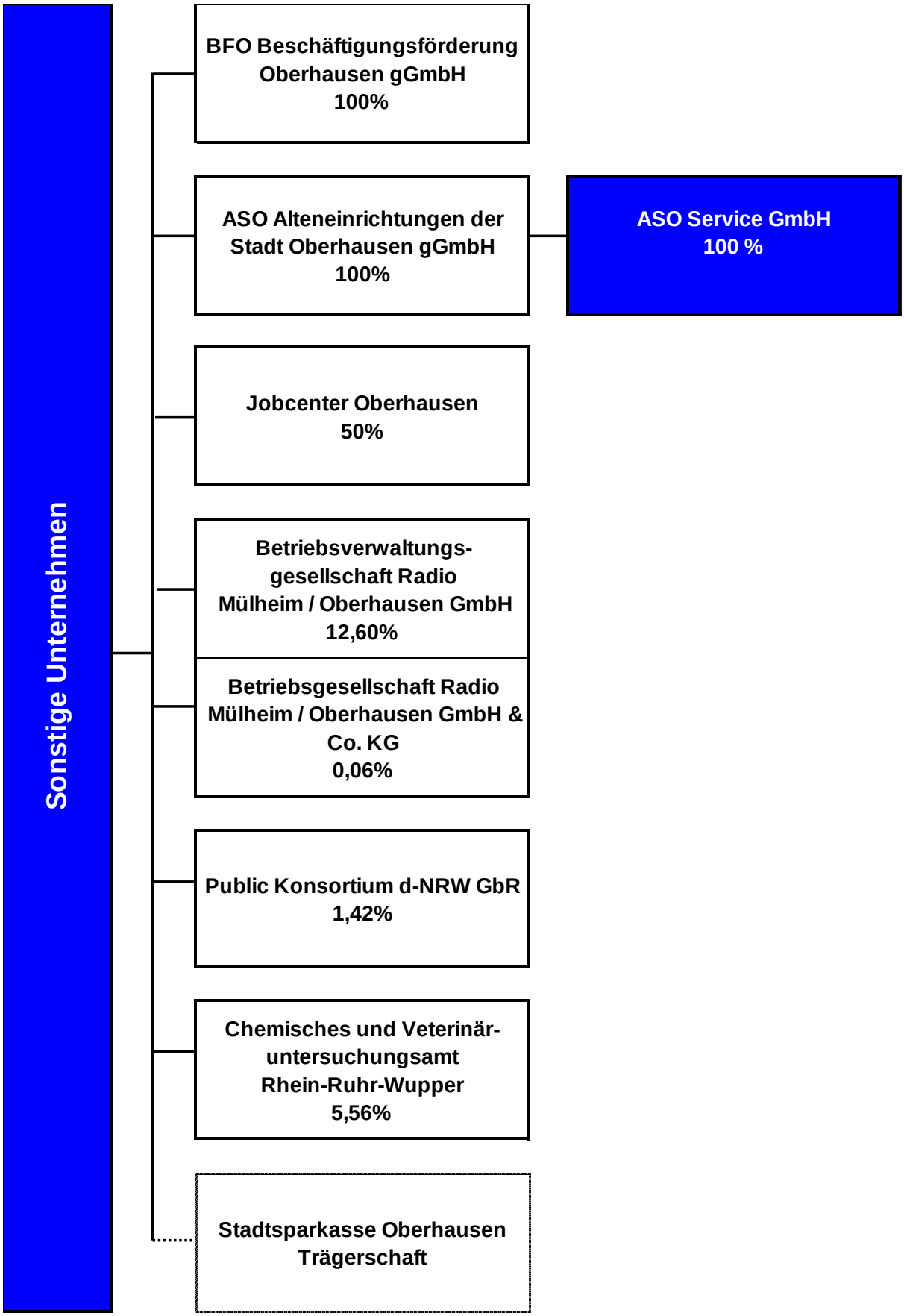
Aus diesen Gründen ist die Geschäftsführung zuversichtlich, dass sich das Unternehmen auch in Zukunft mit seiner umfassenden Dienstleistungspalette am Oberhausener Markt behaupten kann.

Oberhausen, den 21. Februar 2014

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

gez. Udo Spiecker

Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,42%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

ASO Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/6911
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	35,79	100,0	58,34	100,0	53,08	100,0	-5,26	-9,02
Bilanzsumme	**35,79**	**100,00**	**58,34**	**100,00**	**53,08**	**100,00**	**-5,26**	**-9,02**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	69,9	25,00	42,9	25,00	47,1	0,00	0,00
Rückstellungen	3,00	8,4	15,80	27,1	14,40	27,1	-1,40	-8,86
Verbindlichkeiten	7,79	21,8	17,54	30,1	13,25	25,0	-4,29	-24,46
Bilanzsumme	**35,79**	**100,00**	**58,34**	**100,00**	**53,08**	**99,19**	**-5,26**	**-9,02**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	750,02	841,18	822,76
Personalaufwand	736,51	827,52	810,78
sonstige betriebliche Aufwendungen	13,52	13,66	13,38
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			1,40
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	34,28	17,52	17,14	T€
Personalaufwandsquote:	98,20	98,38	98,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:			0,00	%
Eigenkapitalquote:	69,86	42,86	47,10	%
Fremdkapitalquote:	30,14	57,14	52,90	%

e) Lagebericht

1. Geschäfts und Rahmenbedingungen

1.1 Der ASO Unternehmensverbund

Weiterentwicklung des ASO Unternehmensverbundes durch Gründung der ASO Service GmbH

Die gesamten Aufgaben des ehemaligen Stadtamtes 54/Amt für Alteneinrichtungen sind zum 1. Januar 1993 auf die neu gegründete eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ übertragen worden. Das operative Geschäft dieser Einrichtung ist entsprechend dem Ratsbeschluss vom November 2001 aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung herausgelöst und auf die „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ übertragen worden. Diese hat ihren Geschäftsbetrieb am 1. Januar 2002 aufgenommen. Ende 2002 hat der Rat der Stadt beschlossen, den ASO Verbund aus „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ und „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ um ein weiteres Unternehmen zu ergänzen, und zwar um die „ASO Service GmbH“. Diese Gesellschaft ist zum 1. Februar 2003 als 100%ige Tochter der bereits bestehenden gGmbH gegründet worden und soll künftig ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen für das Mutterunternehmen erbringen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführer ist Herr Udo Spiecker.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1 Umsatz und Ertragsentwicklung

Die Gesamterträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2013 auf € 824.159,50.

Der vorgenannte Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstandenen Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen.

2.2 Personalbereich

Im Jahresdurchschnitt 2013 waren in der ASO Service GmbH insgesamt 22,77 Kräfte beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies durchschnittlich 0,67 Vollkräfte weniger. Auf den vorgenannten „Vollkraftstellen“ wurden durchschnittlich 48,58 Mitarbeitende beschäftigt. Zum 31.12.2013 waren insgesamt 22,28 „Vollkraftstellen“ mit insgesamt 49 Mitarbeitenden besetzt. Die veränderten Zahlenwerte sind auf die im Berichtsjahr erforderlichen betriebswirtschaftlichen Personalanpassungen zurückzuführen.

2.3 Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 47 % der Bilanzsumme ein. Am 31.12.2013 errechnet sich eine Liquidität II. Grades von 25 T€ (Vorjahr 25 T€), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 69 T€ (Vorjahr 70 T€) gegenübersteht.

3. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres 2013 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2014 hat es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation gegeben.

4. Risikobericht

Da der überwiegende Teil der Beschäftigten der ASO Service GmbH im hauswirtschaftlichen Bereich des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH eingesetzt ist und dieser zugleich den Unternehmensschwerpunkt der Muttergesellschaft bildet, muss das besondere Augenmerk auf die Auslastungsquoten der drei stationären Einrichtungen gerichtet werden: Insoweit muss im Rahmen dieses Risikoberichts auf die weiter rückläufige Auslastung der stationären Pflegeeinrichtungen hingewiesen werden. Diese ist im Haus Bronkhorstfeld um 2,43 %, in der Seniorenresidenz am OLGA Park um 2,39 %, im Louise Schroeder Heim aber nach 4 % im Vorjahr um weitere 7,04 % auf nunmehr 84,45 % im Jahresdurchschnitt zurückgegangen.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt, liegen vor allem an der in Oberhausen bestehenden Sättigung des Bedarfs an stationären Pflegeplätzen, an dem hohen Doppelzimmeranteil im Louise Schroeder Heim und an verschiedenen Problemen der dortigen Gebäudesubstanz. Auf diese soll im nächsten Jahr mit einer konzeptionellen Überplanung des gesamten Gebäudes reagiert werden. Im zurückliegenden Jahr dürfte sich auch die mehrere Monate

andauernde Hetzkampagne gegen die ASO gGmbH und deren Geschäftsführer negativ auf die Nachfrage und die damit verbundene Auslastung ausgewirkt haben.

Bei der Risikobewertung muss jedoch berücksichtigt werden, dass es der ASO gGmbH als Betreiberin der Einrichtungen bislang gelungen ist, angemessen auf solche Entwicklungen zu reagieren. Bestandsgefährdende Risiken sind deshalb trotz des für die ASO gGmbH schwierigen Berichtsjahres nicht zu erkennen.

5. Prognosebericht

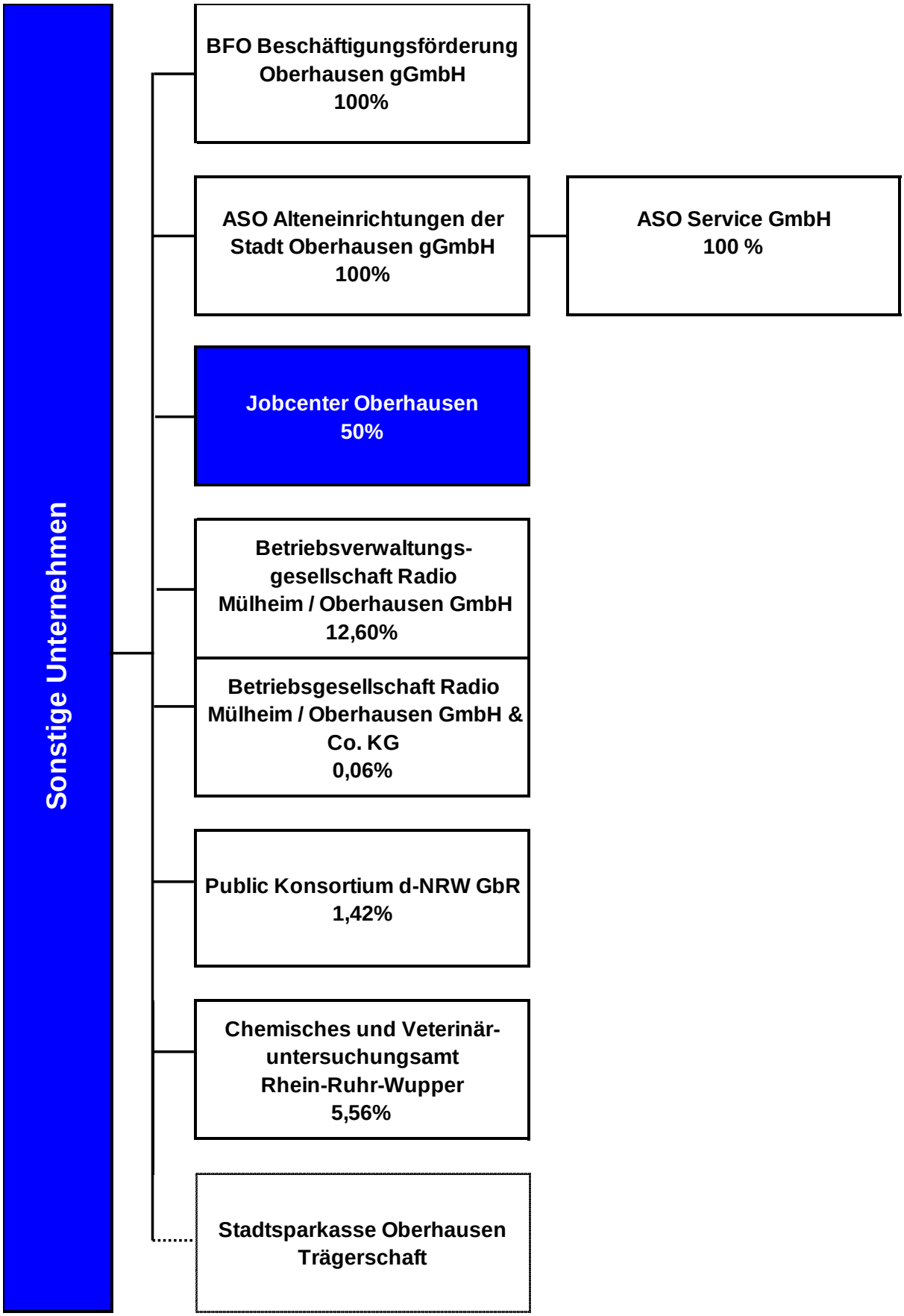
Aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks ist die Entwicklung der ASO Service GmbH untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden. Diese wird durch das im Bau befindliche Projekt die eigene Attraktivität steigern können. Die Stärkung des Vermietungsbereiches um weitere 58 betreute Wohnungen wird auch Auswirkungen auf das hiesige Unternehmen haben, denn erfahrungsgemäß wird die Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Dienst leistungen mit den künftigen Mietparteien steigen.

Oberhausen, den 21. Februar 2014

ASO Service GmbH

gez. Udo Spiecker

Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,42%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Jobcenter Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 261
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208-8506855
e-Mail	Jobcenter-Oberhausen@jobcenter-ge.de
Internet	www.jobcenter-oberhausen.de/

Rechtsform: Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis
Stammkapital in T€: 0,00

Gesellschafter:

	T€	%
Agentur für Arbeit Oberhausen	0,00	50,00
Stadt Oberhausen	0,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden die Agentur für Arbeit und die Stadt Oberhausen als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine gemeinsame Einrichtung gem. § 44 b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Das Jobcenter nimmt gemäß § 44 b Abs. 1 Satz 2 SGBII die Aufgaben der Träger wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zur Bildung und Ausgestaltung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung: Gleibs, Annette

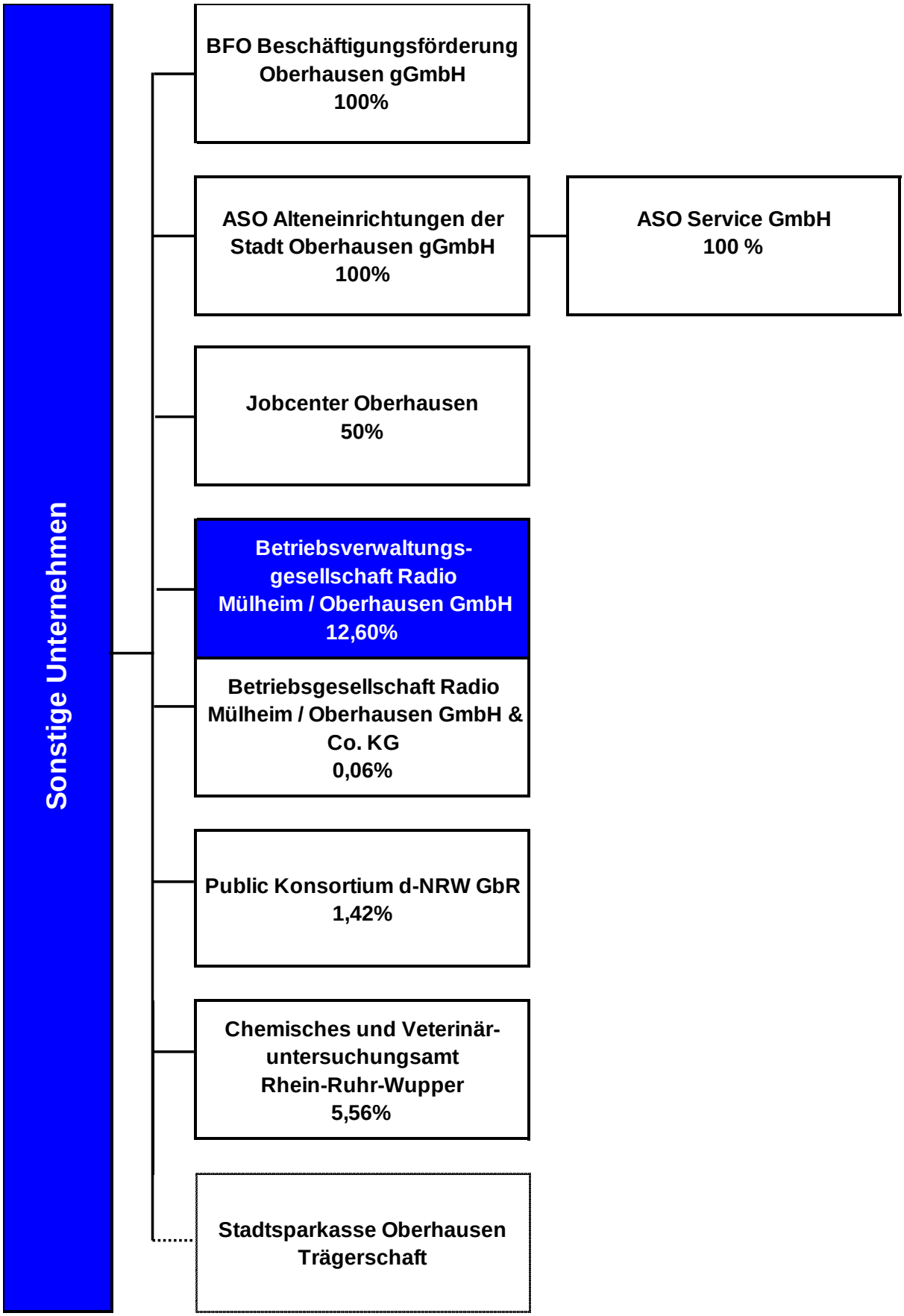
Trägerversammlung:

Vorsitzende	Fern, Christiane	
Mitglied	Claes, Christiane	
Mitglied	Draeger, Wolfgang	
Mitglied	Engbroks, Wilhelm	
Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	
Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	
Mitglied	Telli, Ercan	
stellv. Mitglied	Abt-Nölle, Monika	
stellv. Mitglied	Brands, Beatriks	Stellvertretung für Herrn Telli
stellv. Mitglied	Dimmek, Ulrich	

	stellv. Mitglied	Fax, Rainer	
	stellv. Mitglied	Kawicki, Achim	Stellvertretung für NN
	stellv. Mitglied	Muss, Ralf	
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie	Stellvertretung für Frau Oberste-Kleinbeck
	stellv. Mitglied	Seibert, Judith	
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike	Stellvertretung für Herrn Nagels
Beirat:	Vorsitzende	Schulte, Elisabeth	
	Mitglied	Bischoff, Jörg	
	Mitglied	Costecki, Britta	
	Mitglied	Cotta, Uwe	
	Mitglied	Girullis, Sebastian	
	Mitglied	Greven, Henrike	
	Mitglied	Groß-Mühlenbruch, Werner	
	Mitglied	Harfst, Reinhard	
	Mitglied	Herfs, Liane	
	Mitglied	Jakobs, Ursula	
	Mitglied	Kamps, Jochen	
	Mitglied	Michaelsen, Hans	
	Mitglied	Piontkowski, Frank	
	Mitglied	Reuschenbach, Monika	
	Mitglied	Steinhoff, Marion	

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,42%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 99
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500794
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	www.92.9radiomuelheim.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	3,10	12,40
Stadt Oberhausen	3,15	12,60
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	18,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft "Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG" als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

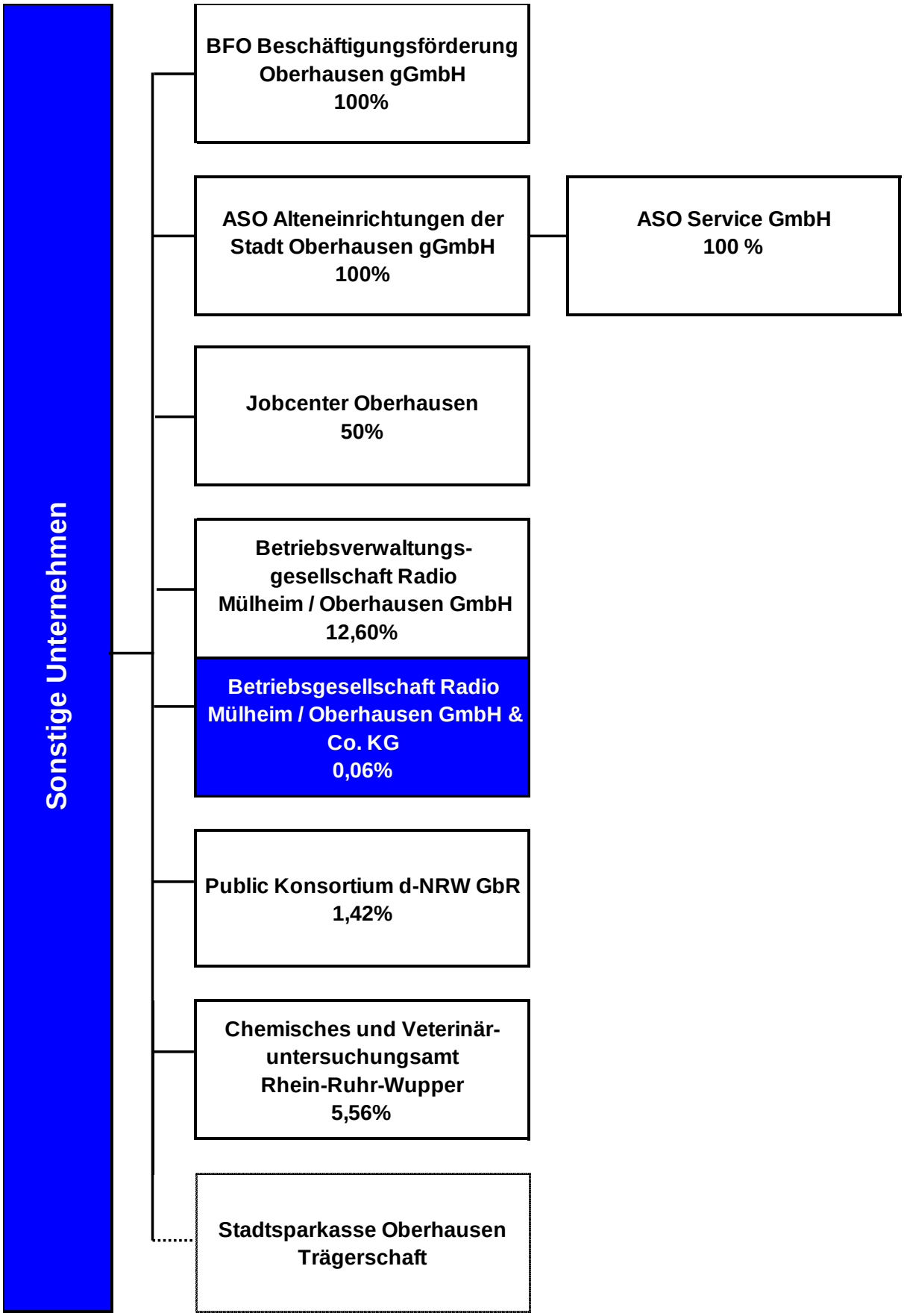
Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für das Vertretungsgebiet der Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Hilbert, Karin
	Geschäftsführer	Weske, Hans-Jürgen
	Prokurist	Thölen, Sven
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,42%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 99
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500764
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	www.92.9radiomuelheim.de/

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 2.040,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1,24	0,06
Peter Fiele	507,52	24,88
Stadt Oberhausen	1,24	0,06
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	1.530,00	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.

Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.

Für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen.

Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Untrnehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte vornehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hilbert, Karin
	Geschäftsführer	Weske, Hans-Jürgen
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

e) Lagebericht

1. Geschäftsmodell

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Lokalfunkmarken " Radio Mülheim" und „Radio Oberhausen". Sie bedient sich hier der Dienstleistungen der Westfunk GmbH & Co. KG, die im eigenen Namen für fremde Rechnung mit qualifiziertem Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet tätig ist.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Rahmenbedingungen

Das wirtschaftliche Umfeld ist im Geschäftsjahr 2013 positiv zu bewerten. Der ifo-Geschäftsklima-Index verbesserte sich seit Jahresbeginn 2013 von 104,3 auf 109,5 im Dezember 2013 (Indexwert 2005 = 100,0). Die europaweite Wirtschaftskrise hat auf die deutsche Wirtschaft keinen Einfluss. Der Einzel- und Großhandel ist bei der Bewertung der Geschäftsentwicklung zurückhaltender. Für Deutschland gibt es aktuell keine direkten Anzeichen auf eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds. Eine latente Gefahr geht jedoch weiterhin von der europa- und weltweiten Verunsicherung aus. Vor allem negative Entwicklungen in EU-Staaten könnten sich auch negativ auf die deutsche Wirtschaft auswirken.

Die Werbeaufwendungen der Unternehmen in Deutschland erhöhten sich in den Monaten Januar bis Dezember2013 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 %. Der Anteil der Gattung Radio am Werbevolumen der Werbetreibenden beträgt unverändert 5,9 %. Die Aufwendungen für Radiowerbung erhöhten sich in den oben genannten Monaten um 3,6 %.

- **2.2 Ertragslage**

Im Geschäftsjahr 2013 konnten die Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 254 T€ gesteigert werden und lagen bei 1.786 T€.

Vor allem durch Reichweitensteigerungen lag die Überschussbeteiligung von radio NRW für Radio Oberhausen und Radio Mülheim im Geschäftsjahr 2013 um 93 T€ über dem Vorjahreswert. Die durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-So.) von „Radio Mülheim" lag mit 6,2 % (gem. E.M.A. NRW 2013 I) um 2,1 % über dem Vorjahreswert; dieser Wert lag bei „Radio Oberhausen" mit einem Plus von 1,7 % (2013: 8,6 %) über Vorjahresniveau. Der Anteil bei den „Hörern gestern Montag – Freitag" bei „Radio Mülheim" verbesserte sich – gem. E.M.A. NRW 2013 I – auf 22,7 % (Vorjahr: 16,1 %). Bei „Radio Oberhausen" stieg dieser Wert um 5,4 % auf 33,5 %.

Bei den Aufwendungen erhöhte sich der Materialaufwand um 45 T€, sowie die umsatzabhängigen Kosten Lizenzen und Konzessionen (+6 T€) und Provisionen (+23 T€). Des Weiteren erhöhten sich die Reise-, Bewirtungs- und Werbekosten um 47 T€.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich um 231 T€ und lag zum Jahresende bei 81 T€.

Gegenüber dem Wirtschafts- und Stellenplan 2013 konnte somit sowohl ein höherer Umsatz (+331 T€) als auch eine höhere Überschussbeteiligung von radio NRW (+76 T€) erzielt werden. Die Kosten lagen über Planniveau, insgesamt wurde das Planergebnis von -110 T€ übertroffen.

- **2.3 Finanzlage**

Der Cashflow ist positiv und hat sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert.

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbeformen (inklusive Onlineangebote). Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der FUNKE Mediengruppe ist die Liquidität jederzeit gesichert.

- **2.4 Vermögenslage**

Die Bilanzsumme liegt zum Jahresabschluss 2013 bei 3.319 T€ und damit um 63 T€ unter dem Vorjahr. Auf der Passivseite reduzierten sich die Verbindlichkeiten um 67 T€. Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen um 4 T€. Die nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile von Kommanditisten verringerten sich um 81 T€ auf 2.961 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme erhöhte sich leicht und liegt bei auf 2 %. Hierbei handelt es sich um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Lizenzrechte im Wert von insgesamt 56 T€.

Die nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile von Kommanditisten in Höhe von 2.961.238 Euro sind durch Darlehen in Höhe von 2.730.681 Euro gedeckt. Für den verbleibenden Verlust in Höhe von 230.557 Euro liegt eine Patronatserklärung der Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. Essen Kommanditgesellschaft vor.

2.5 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Im Geschäftsjahr 2013 wurde das Vorjahresergebnis und Planergebnis übertroffen. Dieses ist vor allem auf die höheren Erträge zurückzuführen. Auch in den Folgejahren sind positive Jahresergebnisse realistisch.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken

- **4.1 Chancen**

Die Entwicklung auf dem lokalen Markt war im Geschäftsjahr 2013 positiv. Die Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2014 Umsätze auf stabilem Niveau.

- Durch die anhaltende europaweite Wirtschaftskrise bestehen auch für 2014 Unsicherheiten im wirtschaftlichen Umfeld. Momentan sind gravierende Auswirkungen auf dem lokalen und regionalen Werbemarkt nicht erkennbar. Die Betriebsgesellschaft hat ein breit gefächertes Produktportfolio um den unterschiedlichen Interessen und Werbevolumen der Werbetreibenden gerecht zu werden. Die Zielgruppen-spezifischen Verkaufsprogramme für Bestands- und Neukunden werden weitergeführt. Die Vernetzung von digitalen Angeboten (Mobile, Internet, etc.) mit klassischen Werbespotschaltungen sowie Sonderwerbeformen nimmt weiterhin einen großen Stellenwert ein. Der steigenden Werbeaufwendungen der Firmen werden zudem zur Stabilisierung der Einnahmen beitragen.

- **4.2 Risiken**

Die Gesellschaft wird durch folgende Risiken beeinflusst:

- <u>Markt- und Wettbewerbsrisiken</u>

Vor allem die negative Ergebnisentwicklung bei radio NRW in den letzten Monaten des Jahres 2013 zeigt, dass der Wettbewerb auf dem nationalen und landesweiten Werbemarkt sehr intensiv ist. Sollte es radio NRW nicht gelingen, ihren Anteil an diesen Werbebudgets zu halten oder wieder auszuweiten, wird dieses zu geringeren Ausschüttungsbeträgen führen und sich negativ auf das Ergebnis der Betriebsgesellschaft auswirken.
Die direkten Umsätze für die Berichtsgesellschaft konnten gesteigert werden. Ein signifikanter Rückgang ist nicht zu erwarten. Für die Folgejahre wird es wichtig sein, die Umsätze auf diesem Niveau zu halten und, soweit möglich, weiter auszubauen.

- <u>Rechtliche Risiken</u>

Die befristet erteilten rundfunkrechtlichen Lizenzen sind mit bestimmten Auflagen verbunden und konzentrationsrechtlichen Meldepflichten unterworfen, deren Beachtung und Befolgung wesentlich für den Bestand der Genehmigungen sind. Diese Sendelizenzen sind in Deutschland zeitlich befristet erteilt. Die Lizenz wurde der

Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. im Geschäftsjahr 2010 um 5 Jahre bis zum 31.08.2015 verlängert. Eine Verlängerung der Fristen wird in der Regel gewährt, jedoch ohne Garantie. Die Lizenzen und Genehmigungen beinhalten zum Teil auch Auflagen, deren Nichtbefolgung die Landesmedienanstalten auch während der Laufzeit zu einem Widerruf berechtigen. Nach jetziger Einschätzung der Geschäftsführung ist ein Entzug der aktuellen Lizenz sowie die Ablehnung zukünftiger Lizenzverlängerungen nicht zu erwarten.

-
- Gesamtrisiko

In der Gesellschaft wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr keine bestandsgefährdenden Risiken identifiziert. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind nicht erkennbar. Die Geschäftsführung beobachtet das wirtschaftliche Umfeld stetig und erarbeitet Maßnahmen, die die Entwicklung der Berichtsgesellschaft im Geschäftsjahr 2014 unterstützen. Damit soll einer negativen Entwicklung vorgebeugt und falls notwendig, entgegengetreten werden. Sollte eine dauerhafte negative Geschäftsentwicklung eintreten, wäre der Fortbestand der Berichtsgesellschaft gefährdet.

- Risikomanagement

Die Geschäftsführung verfügt über ein implementiertes Risikomanagement. Durch geeignete Planungs-, Reporting- und Controlling-Systeme kann die Betriebsgesellschaft eine Risikobewertung vornehmen und die Gesellschaft entsprechend steuern. Die Geschäftsführung hat damit die Möglichkeit, Risiken zu erkennen, abzuwenden und zu minimieren.

5. Prognosebericht

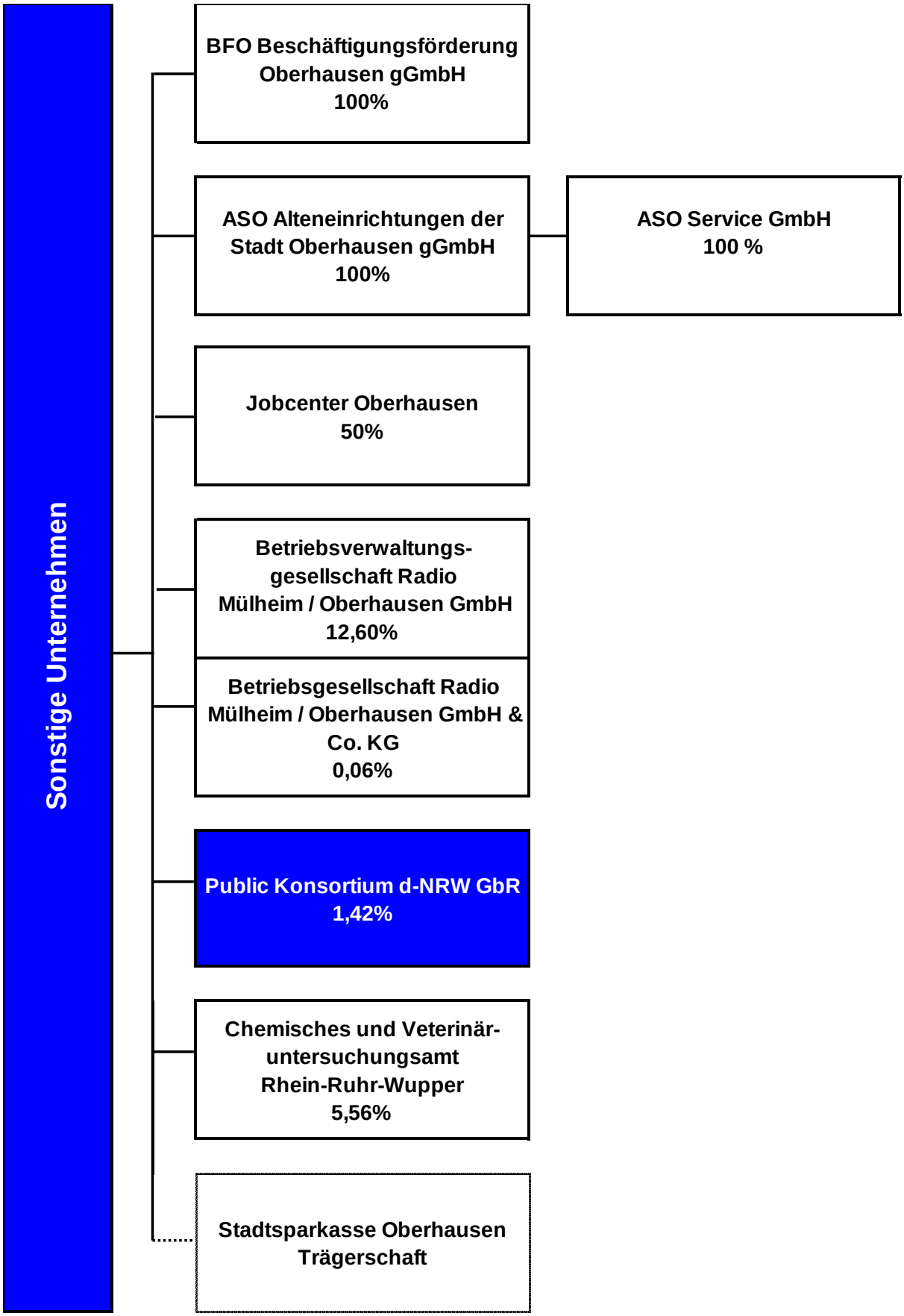
Die Berichtsgesellschaft verzeichnete im Geschäftsjahr 2013 deutliche Umsatzsteigerungen. Die Fortsetzung der erfolgreichen Verkaufsaktivitäten in einem stabilen wirtschaftlichen Umfeld in Deutschland soll dazu führen, die Umsätze auf gutem Niveau zu halten. Neue Geschäftsfelder, vor allem im Internet, sollen zudem zur Stärkung der Umsätze beitragen. Im Jahr 2014 soll die Vermarktung weiterer Produkte in Verbindung mit neuen digitalen Angeboten (v. a. für Smartphone, I-Pad, Online) weiter vorangetrieben werden.
Das Kostenniveau der Gesellschaft soll auf Vorjahresniveau gehalten werden. Außergewöhnliche Aufwendungen sind nicht zu erwarten.
Die Reichweite der Sender „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ liegen auch in der Reichweitenmessung EMA II 2013 (August 2013) auf einem guten Niveau. Die Betriebsgesellschaft wird die Veranstaltergemeinschaft in dem Bestreben nach weiterer Stabilisierung und Steigerung der Reichweite, soweit möglich, unterstützen.

Seit dem Geschäftsjahr 2010 wird mit Unterstützung einer landesweiten Programmberatung an einer stetigen Optimierung des Gesamtprogramms der lokalen Hörfunkprogramme gearbeitet. Hierdurch sollen sowohl die Stammhörer an die Sender des lokalen Hörfunks NRW, und damit auch an „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ gebunden, als auch Neuhörer gewonnen werden. Die Produkte und Angebote, vor allem für den digitalen Bereich (Internet, Apps und mobile Internetseiten des Senders) werden stetig weiterentwickelt und in der Zukunft ein immer gewichtigerer Bestandteil für die Vermarktung sein.

Für das Folgejahr 2014 erwartet die Geschäftsführung laut Wirtschafts- und Stellenplan ein positives Ergebnis für die Berichtsgesellschaft von 16 T€.

Essen, 04.04.2014

Hans-Jürgen Weske Karin Hilbert


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,42%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Public Konsortium d-NRW GbR

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rheinische Straße 1
44137 Dortmund

Kontakt:

Telefon 0231/22243810
Fax 0231/22243811
e-Mail info@d-nrw.de
Internet www.d-nrw.de/

Rechtsform: GbR
Stammkapital in T€: 1.383,56

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Systemhaus	43,98	3,18
GKD Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Recklinghausen	43,42	3,14
(HABIT) Hagener Betrieb für Informationstechnologie	11,64	0,84
Kreis Mettmann	12,32	0,89
krz Komm. Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	114,26	8,26
KRZN Kamp-Lintfort	142,00	10,26
Land NRW	953,42	68,91
LVR Landschaftsverband Rheinland	1,26	0,09
regio iT Aachen Gesellschaft für Informationstechnologie mbH	12,66	0,92
Stadt Monheim	16,96	1,23
Stadt Münster	11,99	0,87
Stadt Oberhausen	19,64	1,42

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als Kommanditistin an der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung: Both, Markus

Konsortialversammlung: Mitglied gem. § 113 GO Suhr, Rainer

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	20,00	80,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		**2012**		**2013**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.280,00	95,0	1.305,00	93,8	1.322,00	95,6	17,00	1,30
Umlaufvermögen	68,03	5,0	86,34	6,2	60,75	4,4	-25,59	-29,64
Bilanzsumme	**1.348,03**	**100,00**	**1.391,34**	**100,00**	**1.382,75**	**100,00**	**-8,59**	**-0,62**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.343,93	99,7	1.361,08	97,8	1.377,28	99,6	16,20	1,19
Rückstellungen	3,57	0,3	5,27	0,4	5,47	0,4	0,20	3,80
Verbindlichkeiten	0,52	0,0	25,00	1,8			-25,00	-100,00
Bilanzsumme	**1.348,03**	**100,00**	**1.391,34**	**100,00**	**1.382,75**	**100,00**	**-8,59**	**-0,62**

bb) GuV

	2011	**2012**	**2013**
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Aufwendungen	5,66	5,34	6,28
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5,66	-5,34	-6,28
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-5,66	-5,34	-6,28
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5,66	-5,34	-6,28

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	**31.12.2012**	**31.12.2013**	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,42	-0,39	-0,45	%
Cash-Flow:	-5,66	-5,34	-6,28	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	**31.12.2012**	**31.12.2013**	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	99,70	97,82	99,60	%
Fremdkapitalquote:	0,30	2,18	0,40	%

e) Lagebericht

- **I. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft**

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft
Das Geschäftsjahr 2013 war geprägt durch eine anhaltende Stabilisierung der Wirtschaftslage in Deutschland nach der weltweiten Bankenkrise. Hiervon hat auch die IT-Branche profitiert.

b) Umsatz- und Auftragsentwicklung
Einziger Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung als Kommanditistin an der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG mit Sitz in Dortmund. Aufgrund des Gesellschaftszwecks können als Erlöse nur Beteiligungserträge aus der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG erzielt werden. Die d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG hat im Geschäftsjahr 2013 einen Gewinn von 293 T€ erwirtschaftet.

c) Investitionen
Die Gesellschaft hat im Jahr 2013 keine Investitionen durchgeführt.

d) Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben
Die Konsortialversammlung vom 15.10.2013 hat u.a. den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2012 festgestellt. Gemäß § 10 (7) der Satzung ist ein Betrag in Höhe von 17 T€ als sonstige Zuzahlung in das Eigenkapital der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG geleistet worden.

e) Personal- und Sozialbereich
Bei der Gesellschaft ist ausschließlich der Geschäftsführer angestellt.

f) sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres
Die Gruppe der Konsorten hat sich im Jahr 2013 nicht erweitert. Zum 01.01.2014 tritt der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) dem Public Konsortium bei. Gespräche mit Kommunen in NRW zur Gewinnung weiterer Konsorten wurden im Jahr 2013 geführt und sollen im Jahr 2014 zu weiteren Beitritten führen.

- **II. Lage der Gesellschaft**

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Anhaltspunkte für eine Veränderung dieser Situation im Jahr 2014 bestehen nicht.

a) Vermögenslage
Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

b) Finanzlage
Die Finanzlage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Sie verfügt durch die Beitrittsentgelte der Konsorten und deren Jahresbeiträge über ausreichende Liquidität.

c) Ertragslage
Aufgrund des Gesellschaftszwecks wird die Gesellschaft über die Beteiligungserträge der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG keine weiteren Erträge erwirtschaften.

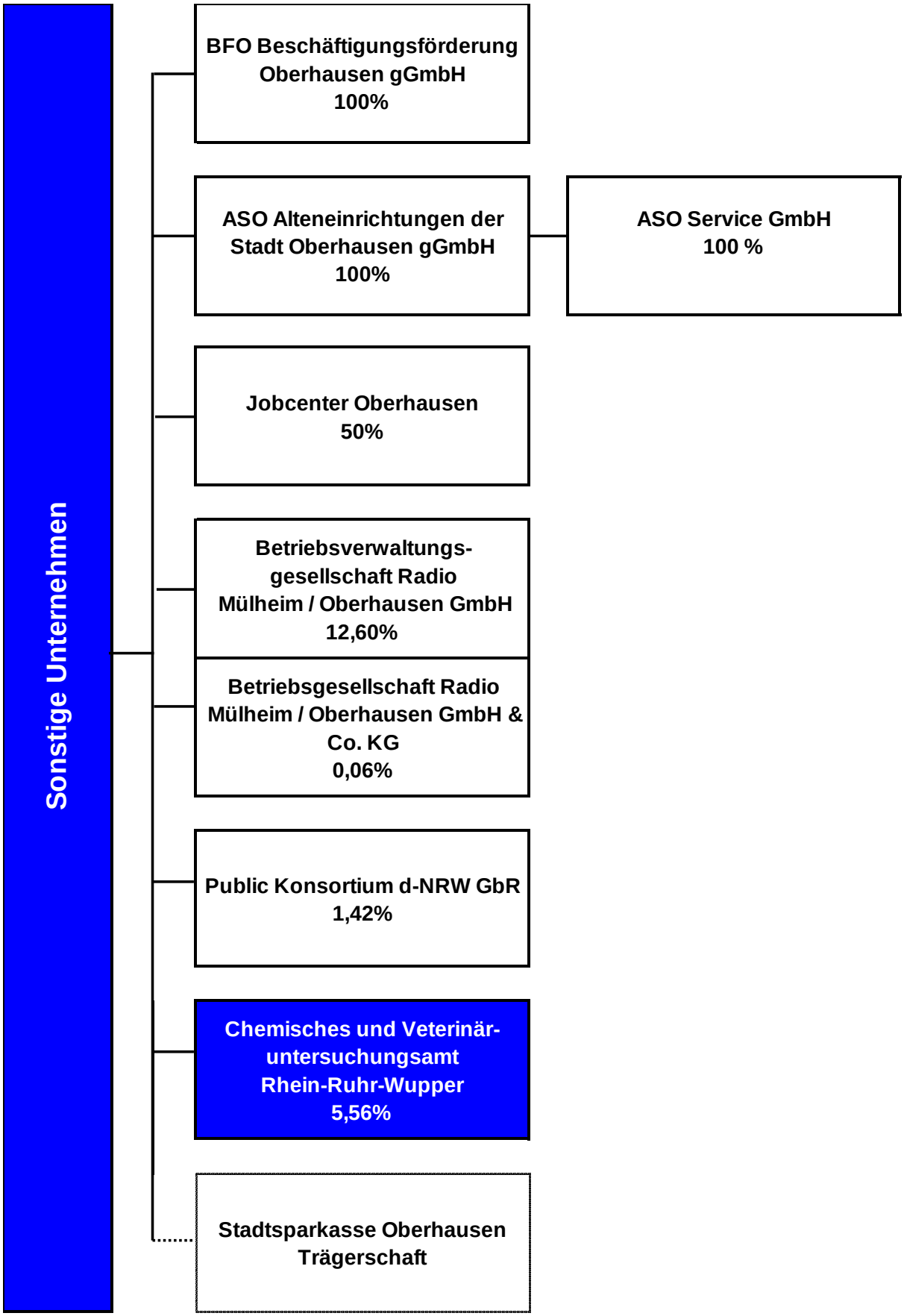
- **III. Ausblick und Risiken der künftigen Entwicklung**

Als Chance sieht die Gesellschaft den Beitritt weiterer Konsorten. Wirtschaftliche oder rechtliche bestandsgefährdende Risiken sind für die Gesellschaft unter Berücksichtigung des besonderen Gesellschafterhintergrundes und der positiven Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaft nicht erkennbar.

Dortmund, den 31. Mai 2014

gez. Both

Markus Both
(Geschäftsführer)


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,42%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Deutscher Ring 100
47798 Krefeld

Kontakt:

Telefon	02151-849-0
Fax	02151-8494042
e-Mail	poststelle@cvua-rrw.de
Internet	www.cvua-rrw.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 270,00

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Wesel	15,00	5,56
Land NRW	135,00	50,00
Stadt Duisburg	15,00	5,56
Stadt Essen	15,00	5,56
Stadt Krefeld	15,00	5,56
Stadt Mülheim	15,00	5,56
Stadt Oberhausen	15,00	5,56
Stadt Remscheid	15,00	5,56
Stadt Solingen	15,00	5,56
Stadt Wuppertal	15,00	5,56

Gegenstand des Unternehmens:

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Horn, Detlef
		Pöll, Reiner
Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Becker, Juliane
	stellv. Vorsitzende	Raskob, Simone

Mitglied gem. § 113 GO	Ohletz, Horst
Mitglied	Beckmann, Jürgen
Mitglied	Berensmeier, Ralf
Mitglied	Falk, Karsten
Mitglied	Krumbein, Robert
Mitglied	Krumpholz, Ralf
Mitglied	Dr. Slawig, Johannes
Mitglied	Dr. Steinfort, Frank
Mitglied	Zielke, Beate

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	101,21	0,4				
Anlagevermögen	6.260,51	27,0	7.161,32	27,8		
Umlaufvermögen	16.700,98	72,0	18.344,00	71,2		
Rechnungsabgrenzungsposten	139,88	0,6	260,32	1,0		
Bilanzsumme	**23.202,59**	**100,00**	**25.765,64**	**100,00**		

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	9.791,42	42,2	10.866,38	42,2		
Rückstellungen	11.524,34	49,7	12.206,50	47,4		
Verbindlichkeiten	1.787,89	7,7	2.692,76	10,5		
Rechnungsabgrenzungsposten	98,93	0,4				
Bilanzsumme	**23.202,59**	**100,00**	**25.765,64**	**100,00**		

bb) GuV

	2011	2012
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	17.728,36	17.296,90
sonstige betriebliche Erträge	311,59	36,70
Materialaufwand	7.453,42	7.160,23
Personalaufwand	3.784,47	4.511,86
Abschreibungen	1.137,48	1.139,52
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.450,70	3.527,07
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	108,69	80,05
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.322,58	1.074,96
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.322,58	1.074,96
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.322,58	1.074,96

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

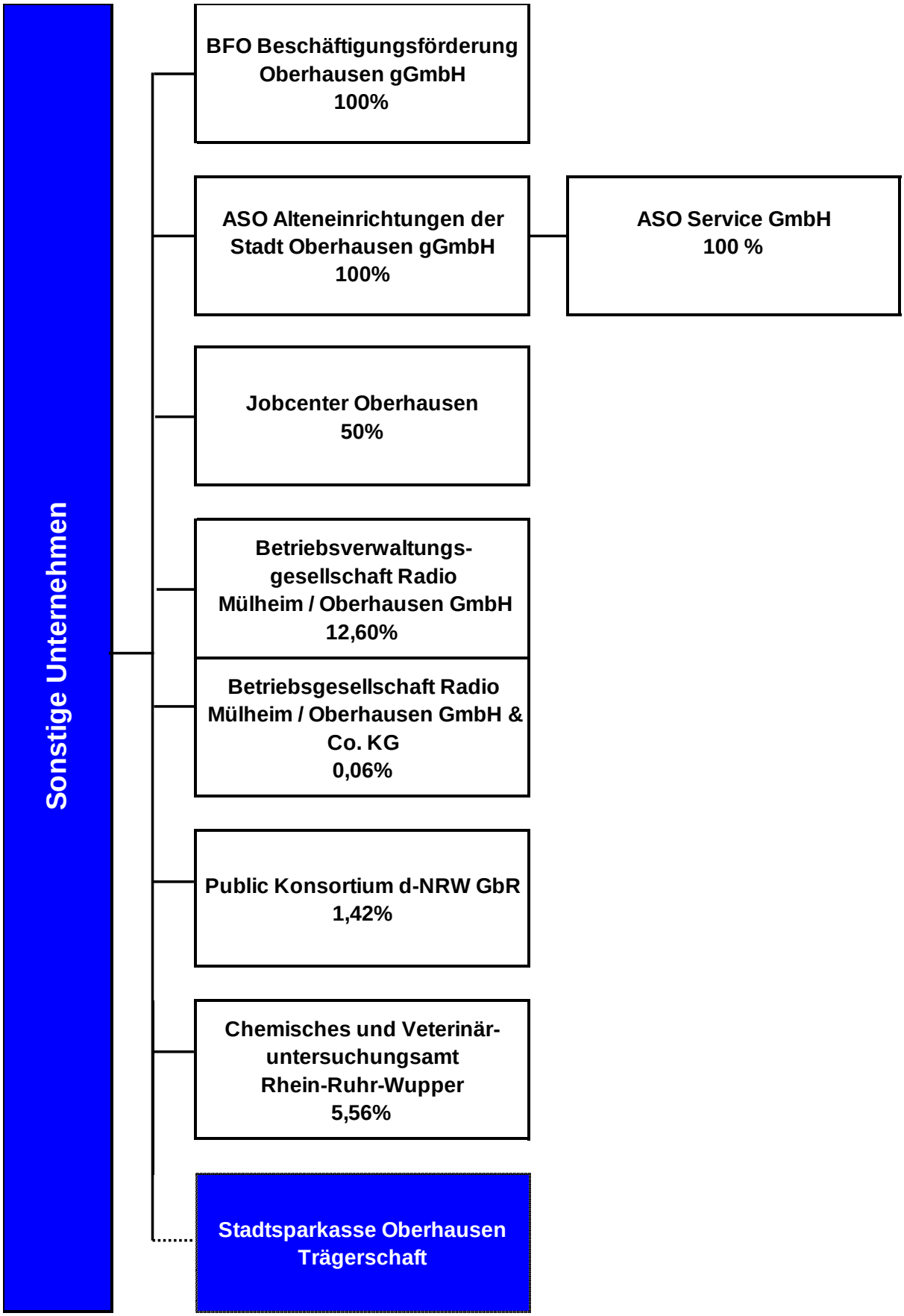
	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,46	6,21	%
Eigenkapitalrentabilität:	15,62	10,98	%
Cash-Flow:	2.460,06	2.214,48	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	79,12		T€
Personalaufwandsquote:	20,98	26,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	26,98	27,49	%
Eigenkapitalquote:	42,20	42,17	%
Fremdkapitalquote:	57,80	57,83	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2013 der Gesellschaft noch nicht vor.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,42%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Stadtsparkasse Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Wörthstraße 12
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8340
Fax	0208/8343231
e-Mail	info@stadtsparkasse-oberhausen.de
Internet	www.stadtsparkasse-oberhausen.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 0,00

Träger:

	T€	%
Stadt Oberhausen	0,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stadtsparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2013)

Vorstand:	Vorsitzender	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Salhofen, Ulrich
	stellv. Mitglied	Mebus, Oliver
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzender	Wilke, Volker
	Mitglied	Benter, Christian
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Ehrlich, Dietmar
	Mitglied	Janßen, Anne
	Mitglied	Nockmann, Thomas
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Schepers, Hermann-Josef
	Mitglied	Steinke, Holger
	Mitglied	Wingens, Ursula
	Mitglied	Wolter, Horst
	Mitglied	Zimmermann, Thomas
	Mitglied	Zorn, Klaus
	stellv. Mitglied	Barkowsky, Arndt

stellv. Mitglied	Beermann, Claus	
stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter	
stellv. Mitglied	Cordes, Hubert	
stellv. Mitglied	Flore, Manfred	
stellv. Mitglied	Gödderz, Sandra	
stellv. Mitglied	Jäntsch, Angelika	
stellv. Mitglied	Klima, Michael	
stellv. Mitglied	Müthing, Christa	
stellv. Mitglied	Nakot, Werner	
stellv. Mitglied	Neumann, Britta	
stellv. Mitglied	Schawohl, Holger	
stellv. Mitglied	Schuler, Immanuel	
stellv. Mitglied	Zwingmann, Nina	
berat. Mitglied	Wehling, Klaus	gem. § 10 Sparkassengesetz

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	0,40	0,40
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	56,39	18,68
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	10.570,00	0,28
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	23,01	9,00
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	25,00	100,00
Rheinischer Sparkassen und Giroverband	30.614,64	1,75
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	1.539,48	1,78
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	744,34	1,57
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II mbH	6,16	24,65
S Bargeldlogistik GmbH	300,00	30,00
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	314,30	0,70
SfZ Sparkassen-Servicegesellschaft für Zahlungssysteme im Rheinland mbH & CO. KG	52,61	2,94
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	8,29	6,63
S-Internatonal Rhein-Ruhr GmbH	65,00	10,40
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	122,50	49,00
Sparkassen Dienstleistung Rheinland Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	0,00	0,00
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	314,98	2,18
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	127,50	51,00
S-Versicherungs- und Immobilienvermittlungs GmbH	100,00	100,00
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,51	0,40
mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	2,25	9,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Barreserve	53.151,27	2,3	81.692,66	3,3	46.109,40	1,9	-35.583,26	-43,56
Forderungen an Kreditinstitute	289.033,75	12,2	184.739,70	7,5	131.718,05	5,4	-53.021,65	-28,70
Forderungen an Kunden	1.441.349,32	61,0	1.543.551,99	62,6	1.660.571,29	68,7	117.019,30	7,58
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	358.602,29	15,2	430.837,23	17,5	374.779,31	15,5	-56.057,92	-13,01
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	88.921,30	3,8	93.183,87	3,8	80.127,54	3,3	-13.056,33	-14,01
Beteiligungen	39.550,33	1,7	38.044,84	1,5	38.364,99	1,6	320,15	0,84
Anteile an verbundenen Unternehmen	252,50	0,0	252,50	0,0	252,50	0,0	0,00	0,00
Treuhandvermögen	191,75	0,0	5.452,26	0,2	4.981,35	0,2	-470,91	-8,64
Immaterielle Anlagewerte	14,40	0,0	11,75	0,0	4,66	0,0	-7,09	-60,34
Sachanlagen	64.337,90	2,7	61.511,14	2,5	58.563,19	2,4	-2.947,95	-4,79
Sonstige Vermögensgegenstände	5.096,54	0,2	6.335,38	0,3	2.224,03	0,1	-4.111,35	-64,90
Rechnungsabgrenzungsposten	257,21	0,0	212,77	0,0	266,35	0,0	53,58	25,18
Aktive latente Steuern	21.180,00	0,9	18.851,90	0,8	20.716,60	0,9	1.864,70	9,89
Bilanzsumme	**2.361.938,53**	**100,00**	**2.464.677,98**	**100,00**	**2.418.679,26**	**100,00**	**-45.998,72**	**-1,87**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	677.323,17	28,7	728.725,34	29,6	656.326,11	27,1	-72.399,23	-9,94
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.502.422,78	63,6	1.548.636,38	62,8	1.554.596,42	64,3	5.960,04	0,38
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.691,52	0,2	3.721,40	0,2	19.878,88	0,8	16.157,48	434,18
Treuhandverbindlichkeiten	191,75	0,0	5.452,26	0,2	4.981,35	0,2	-470,91	-8,64
Sonstige Verbindlichkeiten	2.689,58	0,1	3.644,20	0,1	2.393,01	0,1	-1.251,19	-34,33
Rechnungsabgrenzungsposten	575,47	0,0	452,57	0,0	313,44	0,0	-139,13	-30,74
Rückstellungen	38.671,69	1,6	35.025,20	1,4	35.776,68	1,5	751,48	2,15
Nachrangige Verbindlichkeiten	13.167,52	0,6	13.167,77	0,5	13.167,77	0,5	0,00	0,00
Genußrechtskapital	2.220,84	0,1	2.163,86	0,1	1.993,58	0,1	-170,28	-7,87
Fonds für allgemeine Bankrisiken	14.185,05	0,6	15.806,53	0,6	20.858,13	0,9	5.051,60	31,96
Eigenkapital	106.799,17	4,5	107.882,48	4,4	108.393,89	4,5	511,41	0,47
Bilanzsumme	**2.361.938,53**	**100,00**	**2.464.677,98**	**100,00**	**2.418.679,26**	**100,00**	**-45.998,72**	**-1,87**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Zinserträge	96.191,72	83.810,99	75.985,40
Zinsaufwendungen	43.830,90	39.026,78	32.708,17
Laufende Erträge	4.616,97	4.976,30	3.576,73
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	1.030,00	896,81	1.270,00
Provisionserträge	18.399,76	17.523,85	17.878,83
Provisionsaufwendungen	585,49	591,32	604,51
Nettoertrag/-aufwand aus Finanzgeschäften	0,00		
Sonstige betriebliche Erträge	2.163,52	3.599,34	2.474,21
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	53.321,08	50.433,81	50.351,51
hierin: Personalaufwand	26.592,99	28.532,11	28.656,60
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	4.925,86	4.159,73	3.947,02
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.659,63	3.002,97	3.592,48
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	13.286,48	12.498,52	2.825,91
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	7.773,44		2.447,54
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0,00	3.055,69	
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0,00		
Zuführung/Entnahme Fond Bankenrisiken	11.469,47	1.621,48	5.051,60
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-15.450,38	2.528,38	-343,56
Außerordentliche Erträge	0,00		
Außerordentliche Aufwendungen	1.703,72		
Außerordentliches Ergebnis	-1.703,72		
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-18.359,51	2.214,14	-1.204,48
Sonstige Steuern	201,99	-769,08	349,52
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.003,41	1.083,32	511,40
Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0,00		
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.003,41	1.083,32	511,40

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,83	1,01	0,52	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,95	1,01	0,47	%
Cash-Flow:	1.003,41	1.083,32	511,40	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	230.341,86	208.575,77	196.244,46	T€
Personalaufwandsquote:	22,12	26,61	29,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,72	2,50	2,42	%
Eigenkapitalquote:	4,52	4,38	4,48	%
Fremdkapitalquote:	95,48	95,62	95,52	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Wesentliche Grundlage neben dem Kreditwesengesetz (KWG) ist das Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG NW).

Zentraler Inhalt des Sparkassengesetzes NW ist der öffentliche Auftrag und das Regionalprinzip.

Hiernach hat die Stadtsparkasse Oberhausen die Aufgaben:

- Der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.
- Die Stärkung des Wettbewerbs im Kreditgewerbe.
- Die Förderung der finanziellen Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung.
- Die Versorgung im Kreditgeschäft vornehmlich des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.
- Zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- und Schuldnerberatungsstellen beizutragen.

Die Sparkasse ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf. Hierüber ist sie dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. mit Sitz in Berlin angeschlossen. Träger der Stadtsparkasse Oberhausen ist die Stadt Oberhausen.

Alle Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen sind dem leistungsfähigen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Es besteht aus drei Elementen, die in einer Haftungsgemeinschaft verbunden sind:

- dem Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen,
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Das System schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz. Die Ansprüche unserer Kunden können somit bei Fälligkeit in voller Höhe ohne betragsmäßige Begrenzung erfüllt werden.

Das Geschäftsmodell der Stadtsparkasse Oberhausen ist das einer Vertriebssparkasse. Die Beratung und der Verkauf von Finanzprodukten und Dienstleistungen bilden dabei den Hauptvertriebsansatz. Das Fundament dafür bilden der faire und partnerschaftliche Umgang mit Kunden sowie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Grundlegende Leitidee der geschäftlichen Aktivitäten ist das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“. Diese ist u. a. durch ein einfaches Produktportfolio, eine konservative, Benchmark-orientierte Vermögensanlage, reduzierte Prozesskosten durch Standardisierung sowie eine wenig komplexe Steuerung gekennzeichnet.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach dem wirtschaftlich bereits schwachen Jahr 2012 verlangsamte sich das Wachstum in Deutschland im Jahr 2013 nochmals. Bedingt durch einen statistischen Unterhang im Winterhalbjahr 2012/2013 lag das Wirtschaftswachstum 2013 bei lediglich 0,4 % bzw. kalenderbereinigt 0,5 %. Der Jahresverlauf stellt sich angesichts des sehr schwachen Jahresbeginns jedoch günstiger dar.

Die Bruttoanlageinvestitionen gingen im vergangenen Jahr 2013 um 0,8 % zurück, während die Ausrüstungsinvestitionen um 2,2 % sanken. Der Rückgang verlangsamte sich jedoch gegenüber -4,0 % im Jahr 2012 deutlich. In der zweiten Jahreshälfte 2013 konnte bereits wieder ein Anstieg verzeichnet werden. Der leicht ansteigende Wohnungsbau (0,3 %) fing den Rückgang des gewerblichen Baus
(-1,7 %) ab, weswegen sich die Abnahme der gesamten Bauinvestitionen gegenüber 2012 auf 0,3 % verlangsamte.

Wie auch im Vorjahr wurde das Wachstum in 2013 hauptsächlich durch den privaten Konsum (0,9 %) getragen. Ein um 2,8 % gestiegenes Volkseinkommen und eine auf 10,0 % gesunkene Sparquote dürfte diese Entwicklung begründen. Die staatlichen Konsumausgaben sind mit 1,1 % um nochmals 0,1 % stärker angestiegen als im vorangegangenen Jahr. Die Staatseinnahmen sind mit 2,5 % etwas geringer angewachsen, als die Staatsausgaben mit 2,8 %.

Der Arbeitsmarkt wuchs auch 2013 und konnte im vierten Quartal mit 42,2 Millionen Erwerbstätigen den Beschäftigungsrekord von letztem Jahr (41,6 Mio.) überbieten. Dies entspricht einem Anstieg von 0,5 % (Saisonbereinigt: 0,2 %) gegenüber dem Vorquartal. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen legten überproportional zu. Die zunehmende Beschäftigung findet jedoch keine genaue Entsprechung in der Arbeitslosenquote. Das ansteigende Renteneintrittsalter, die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und die Einwanderung qualifizierter Arbeiter ließen die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt um 0,1 % auf 6,9 % steigen. Zum Jahresende lag die Arbeitslosenquote ohne Saisonbereinigung genau wie im Vorjahr bei 6,7 %.

Der Verbraucherpreisindex stieg im Jahresdurchschnitt um 1,5 %. Verantwortlich zeichnet sich der nur geringe Anstieg der Energiepreise um 1,4 %, welcher in den vorangegangenen Jahren Haupttreiber der Verbraucherpreise war.

In Nordrhein-Westfalen lag das Wirtschaftswachstum 2013 preisbereinigt bei -0,1 % und damit an viertletzter Stelle im Bundesvergleich.

Die sehr gute Beschäftigungslage in Deutschland spiegelt sich im Ruhrgebiet nicht direkt wider. Die Arbeitslosenquote ist zwischen Ende 2012 und Ende 2013 um 0,2 % auf 10,7 % angestiegen. Ursächlich dafür sind Strukturprobleme der Ruhrgebietswirtschaft.

Ein noch schlechteres Bild ergibt sich in Oberhausen. Die Zahl der Einwohner ohne Arbeit stieg um 3,5 % auf 13.024 und ergab im Dezember 2013 eine Arbeitslosenquote von 12,1 %, nach 11,8 % im Vorjahresmonat. Auch die Kaufkraft in Oberhausen liegt nach einer Prognose der Gesellschaft für Konsumforschung etwa 10 % unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Wie in den vergangenen Jahren war auch 2013 die Einwohnerzahl in Oberhausen rückläufig und lag zum Jahresende 2013 bei 210.354 Einwohnern gegenüber 211.173 im vorangegangenen Jahr.

1.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Zahl der Kreditinstitute in Deutschland hat sich im Jahr 2013 weiter um 21 Institute reduziert. Die Zahl der Sparkassen ging um 2 Institute zurück. Die langfristige Konsolidierung manifestiert sich auch auf der Filialebene aller Kreditinstitute, wo schon seit Anfang der 90er Jahre eine kontinuierlich sinkende Anzahl von über 70.000 auf zuletzt unter 36.000 zu beobachten ist.

Die Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute wird aktuell maßgeblich durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld sowie die Veränderungen in den regulatorischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Zu den wesentlichen Herausforderungen der Bankenregulierung gehört die Umsetzung der neuen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III), welche durch ein Änderungspaket zur Banken- und Kapitaladäquanz-Richtlinie (CRD IV) sowie eine entsprechende Verordnung (CRR) zum 01. Januar 2014 in Kraft getreten sind. Inhaltlich verschärfen sich die Anforderungen an die zukünftige Eigenmittelausstattung deutlich, wobei die steigenden Eigenmittelquoten stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt werden.

Hinsichtlich der Liquiditätskennziffern ist die kurzfristige Zahlungsfähigkeit (LCR) ab 2015 beschlossen. Hierbei gilt eine stufenweise Einführung bis zur vollständigen Umsetzung im Jahr 2019. Die Einführung der Net Stable Funding Ratio

(NSFR) hingegen ist frühestens für das Jahr 2018 vorgesehen. Beide Kennziffern werden dabei grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen.

Weiterhin ist die Einführung einer Höchstverschuldungsquote („LeverageRatio“) im Sinne eines Mindestverhältnisses des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen vorgesehen. Frühestens 2018 soll die Leverage Ratio verbindlich gelten und vorerst als zusätzliches, nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde anzuwendendes Entscheidungsmerkmal eingeführt werden.

Zudem ist im November 2013 der Single Supervisory Mechanism (SSM) zur Errichtung einer Europäischen Bankaufsichtsbehörde in Kraft getreten. Danach wird die Europäische Zentralbank (EZB) die Aufsicht über die 128 größten Banken der Eurozone übernehmen. Die Stadtsparkasse Oberhausen gehört aufgrund ihrer Größe nicht zu den direkt von der EZB beaufsichtigten Instituten.

Die Veränderungen in den regulatorischen Rahmenbedingungen haben tendenziell zu einer Reduzierung der Bilanzsummen der Kreditinstitute infolge des Abbaus von Risikopositionen geführt.

Die Europäische Zentralbank hat den Leitzins im Jahr 2013 in zwei Schritten von 0,75 %-Punkten auf das historisch niedrigste Niveau von 0,25 % gesenkt, um die konjunkturellen Erholung zu unterstützen und die Zinslast der Krisenstaaten zu begrenzen. Infolgedessen sowie vor dem Hintergrund kaum nachlassender Mittelzuflüsse haben die Kreditinstitute die Konditionen bei den Einlageprodukten weiter reduziert, womit aber das Absinken der Margen und auch der Zinsspanne nicht verhindert werden konnte.

Die rheinischen Sparkassen konnten im Jahr 2013 eine insgesamt zufriedenstellende Geschäfts- und Ergebnisentwicklung erreichen. Einem verhaltenen Kreditgeschäft stand ein wachsendes Einlagengeschäft gegenüber. Auch die Geldvermögensbildung lag über dem Niveau des Vorjahres. Die Umsätze im Wertpapiergeschäft konnten ebenfalls gesteigert werden. Zuwächse im Kreditgeschäft konnten überwiegend durch die kräftige Ausweitung der Darlehen für den privaten Wohnungsbau erzielt werden. Angesichts einer anhaltend günstigen Arbeitsmarktlage und positiver Einkommens-perspektiven sowie sehr attraktiver Finanzierungsbedingungen und nicht zuletzt einer sicherheitsgetriebenen Hinwendung zu Sachwerten nahm der Bestand an ausstehenden Wohnungsbaukrediten deutlich zu. Das Kreditvolumen an öffentliche Haushalte verzeichnete eine moderate Steigerung. Die Kredite an Unternehmen und Selbständige haben sich dagegen reduziert und konnten die positive Entwicklung aus dem Vorjahr nicht halten.

Das Einlagengeschäft mit Kunden konnte im Jahr 2013 trotz eines niedrigen Zinsniveaus sowie der anhaltend aggressiven Konditionenpolitik einiger Wettbewerber weiter ausgebaut werden. Diese Entwicklung ist allerdings ausschließlich auf die erheblichen Mittelzuflüsse bei normal verzinsten Spareinlagen und täglich fälligen Geldern zurückzuführen. Diese seit einigen Jahren zu beobachtenden Umschichtungen in der Einlagenstruktur zu Gunsten liquider Einlagenformen setzten sich auch im Berichtsjahr fort. Bei allen übrigen Einlagenformen einschließlich der Eigenemissionen mussten Rückgänge hingenommen werden. Lediglich der Bestand der zur Deckung des langfristigen Refinanzierungsbedarfs von einigen Sparkassen emittierten Pfandbriefe konnte leicht ausgebaut werden.

Das bilanzunwirksame Kundenwertpapiergeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr zwar wieder belebt, blieb aber hinter den Umsätzen aus der Zeit vor der Finanzkrise zurück. Während der Gesamtumsatz wieder ausgeweitet werden konnte, war der Nettoabsatz weiterhin rückläufig.

2. Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Bilanzsumme sowie das Geschäftsvolumen der Stadtsparkasse Oberhausen haben sich im Jahr 2013 durch den Abbau von institutionellen Aktiv- und Passivgeschäften planmäßig reduziert. Im Kundengeschäft konnte die Sparkasse ihre Position als größtes örtliches Kreditinstitut behaupten. Mit dem erzielten Jahresergebnis sind wir vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus, der im Jahr 2013 für die Sparkasse zu verarbeitenden Sonderbelastungen sowie den schwierigen Bedingungen am Standort Oberhausen noch zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt einige wesentliche Zahlen zur Entwicklung:

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %
Bilanzsumme	2.418,7	2.464,7	-46,0	-1,9
Geschäftsvolumen	2.497,0	2.540,0	-43,0	-1,7
Jahresüberschuss nach Steuern	0,5	1,1	-0,6	-53,5

Forderungen an Kreditinstitute	131,7	184,7	-53,0	-28,7
Forderungen an Kunden	1.660,6	1.543,6	117,0	7,6
Eigene Wertpapierbestände	454,9	524,0	-69,1	-13,2
Sachanlagen	58,6	61,5	-2,9	-4,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	656,3	728,7	-72,4	-9,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.554,6	1.548,6	6,0	0,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,9	3,7	16,2	437,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	13,2	13,2	0,0	0,0
Sicherheitsrücklage	107,9	106,8	1,1	1,0
Eventualverbindlichkeiten	78,3	75,3	3,0	4,0
Nettoabsatz Wertpapiere	-30,4	-42,8	12,4	-29,0
Vermittlungssumme Lebensversicherungen (Wertungssumme)	23,9	20,7	3,2	15,5
Abschlusssumme Bausparverträge	45,2	55,2	-10,0	-18,1
Vermittlung Konsumentenkredite	18,2	14,5	3,7	25,5

Bilanzsumme

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 46,0 Mio. € (= -1,9 %) reduziert. Hauptgründe für diese Entwicklung sind die vorzeitige Rückführung zweier Offenmarktgeschäfte bei der Europäischen Zentralbank sowie Fälligkeiten institutioneller Sparkassenbriefe, die strategiekonform durch fällige Wertpapiere im Eigenbestand zurückgeführt wurden. Infolgedessen haben sich sowohl die Forderungen als auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie die eigenen Wertpapierbestände spürbar reduziert.

Kreditgeschäft

Unser bilanzielles Kundenkreditgeschäft hat sich im Jahr 2013 mit einem Bestandswachstum von 117,0 Mio. € deutlich gesteigert. Ursächlich für diesen starken Anstieg ist die erneute Nutzung des durch die NRW.Bank aufgelegten Globaldarlehns für Stärkungspaktkommunen und die damit verbundene Ausweitung im Bereich des Kommunalkreditgeschäfts. Im sonstigen Kundenkreditgeschäft kam es in Folge der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Standort Oberhausen und den Konsolidierungsbemühungen zu einem Bestandsrückgang. So konnten wir abweichend von unserer Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung im Jahr 2013 auch keine Bestandsausweitung im Bereich der Wohnungsbaufinanzierungen generieren. Bei der Beurteilung des Kreditgeschäfts ist zu berücksichtigen, dass in 2013 18,2 Mio. € Konsumentenkredite an den S-Kreditpartner vermittelt wurden.

Eigene Wertpapierbestände und Interbankengeschäft

Die eigenen Wertpapierbestände sowie die Forderungen an Kreditinstitute haben sich saldiert um 122,1 Mio. € reduziert. Hintergrund für diese Entwicklung sind v. a. das Auslaufen der Gegengeschäfte zu den Anfang 2013 zurückgeführten Offenmarktgeschäften bei der EZB sowie Fälligkeiten institutioneller Sparkassenbriefe, die strategiekonform durch fällige Wertpapiere im Eigenbestand zurückgeführt wurden. Die Wiederanlage darüber hinausgehender Fälligkeiten bei den eigenen Wertpapierbeständen erfolgte in risikoarmen Wertpapieren sowie in Termingeldern von deutschen Kreditinstituten, so dass es innerhalb der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstituten zu einem entsprechenden Anstieg der anderen Forderungen kam.

Das Engagement der Sparkasse in Anleihen aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) gegenüber privaten und staatlichen Schuldnern beläuft sich auf insgesamt 20,6 Mio. € (Zeitwert), wobei Anleihen mit einem Zeitwert von 9,2 Mio. € auf Spanien entfallen. Anleihen aus Griechenland befinden sich in keinem nennenswerten Umfang im Bestand.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind insgesamt um 72,4 Mio. € bzw. -9,9 % gesunken. Diese Entwicklung resultiert aus gegenläufigen Effekten. Während die erneute Nutzung des Globaldarlehens der NRW.Bank einen bestandserhöhenden Einfluss hat, führten die Rückführung der Offenmarktgeschäfte bei der Europäischen Zentralbank sowie die Fälligkeiten institutioneller Refinanzierungsmittel zu einem entsprechenden Bestandsrückgang.

Einlagengeschäft

Im Jahr 2013 konnten wir trotz der deutlich gesunkenen Kundenkonditionen einen leichten Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von 6,0 Mio. € bzw. 0,4 % verzeichnen. Die im Vorjahr ausgesprochene Erwartung leicht steigender Einlagenbestände hat sich somit bestätigt. Neuanlagen tätigten unsere Kunden wie in den Vorjahren hauptsächlich in flexiblen Anlageformen wie dem S-SparPlus oder bei täglich fälligen Einlagen. Anlagen mit fester Laufzeit konnten hingegen nur im Rahmen von Sonderaktionen erreicht werden.

Der Anstieg der verbrieften Verbindlichkeiten resultiert aus der Teilnahme der Stadtsparkasse Oberhausen an einem Kreditsicherungsgeschäft innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe, bei welchem die Sparkasse aufgrund der symmetrischen Ausgestaltung der Transaktion entsprechende Inhaberschuldverschreibungen begeben hat.

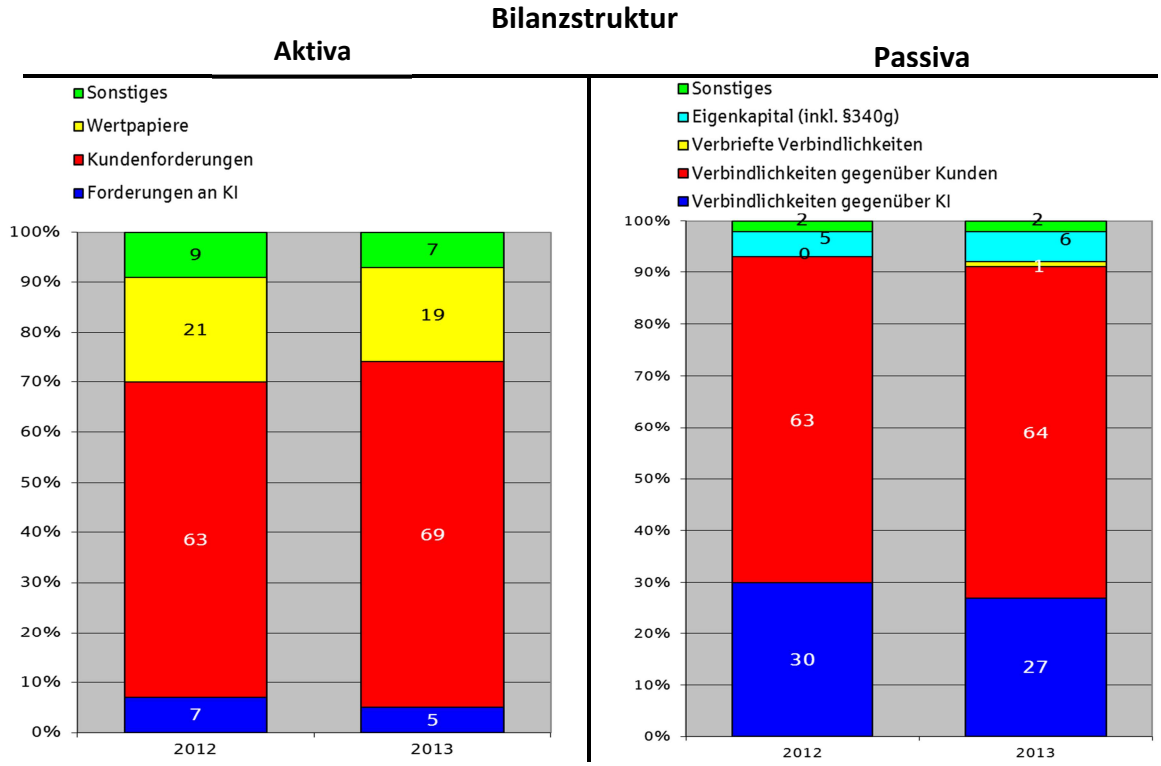
Bilanzstruktur

Die Bilanzstruktur der Stadtsparkasse Oberhausen ist geprägt durch das Kundengeschäft. Dieses stellt auf der Aktivseite mit 69 % den herausragenden Bilanzposten dar. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der Forderungen an Kunden bei gesunkener Bilanzsumme um 6 %-Punkte angestiegen. Der Abstand zum Verbandswert (72 %) hat sich auf 3 %-Punkte reduziert. Ursächlich ist hierfür der Anstieg der Kommunalkredite.

Der Anteil der Wertpapierbestände und der Forderungen an Kreditinstitute hat sich per Saldo relativ betrachtet um 4 %-Punkte reduziert.

Die dominierende Position auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 64 % dar. Infolge der absolut leicht gestiegenen Bestände sowie der gesunkenen Bilanzsumme hat sich der relative Anteil um 1 %-Punkt erhöht. Der Abstand der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zum Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen beträgt 5 %-Punkte und hat sich damit um 1 %-Punkt verringert.

Dagegen ist der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Folge der absoluten Bestandsrückgänge um 3 %-Punkte auf 27 % gesunken. Gleichwohl liegt der Anteil immer noch um 9 %-Punkte oberhalb des Verbandswertes.



Relativ betrachtet ist der Umfang des Kundengeschäftes am gesamten Geschäftsvolumen (Aktiv- und Passivgeschäft) bei gesunkener Bilanzsumme aufgrund der absoluten Ausweitung des Kommunalkreditgeschäftes deutlich gestiegen.

Bilanzneutrales Geschäft

Das bilanzunwirksame, provisionstragende Kundengeschäft hat sich im Jahr 2013 differenziert entwickelt. Im Bereich des Kundenwertpapiergeschäftes konnten die Bruttoumsätze gesteigert werden, während der Nettoabsatz – wenn auch abgemildert gegenüber dem Vorjahr – weiterhin deutlich negativ ausfällt. Der Absatz von Lebensversicherungsprodukten ist deutlich um 3,2 Mio. € oder 15,5 % gestiegen, wohingegen die Abschlusszahlen von Bausparverträgen stark rückläufig waren
(-10,0 Mio. € bzw. -18,1 %).

Eine deutliche Steigerung des Vermittlungsvolumens konnte mit einem Plus von 3,7 Mio. € bzw. 25,5 % im Bereich der Konsumentenkredite verzeichnet werden. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung einer voraussichtlichen Seitwärtsentwicklung im Jahr 2013 konnte somit deutlich übertroffen werden.

3. Darstellung und Analyse der Lage

3.1 Ertragslage

Die nachfolgenden Ausführungen zur Ertragslage stützen sich neben der Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung auch auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation. Im Rahmen des Betriebsvergleiches erfolgen eine detaillierte Darstellung der Erfolgspositionen im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme und eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnispositionen.

Mit einem Bilanzgewinn im Geschäftsjahr 2013 von 0,5 Mio. € wurde das Vorjahresergebnis
(1,1 Mio. €) deutlich unterschritten. Trotz des rückläufigen ordentlichen Ergebnisses sind wir mit dem erzielten Jahresergebnis vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus, der im Jahr 2013 für die Sparkasse zu verarbeitenden Sonderbelastungen sowie den schwierigen Bedingungen am Standort Oberhausen noch zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Zahlen zur Ertragslage und deren Entwicklung:

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Zinsüberschuss	43,3	44,8	-1,5	-3,3
Lfd. Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen	3,6	5,0	-1,4	-28,0
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	1,3	0,9	0,4	44,4
Provisionsüberschuss	17,3	16,9	0,4	2,4
Sonstige betriebliche Erträge	2,4	3,6	-1,2	-33,3
Summe Erträge	**67,9**	**71,2**	**-3,3**	**-4,6**
Personalaufwand	28,7	28,6	0,1	0,3
Sachaufwand	21,7	21,9	-0,2	-0,9
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen	3,9	4,2	-0,3	-7,1
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere	5,2	9,4	-4,2	-44,7
Überschuss aller sonstigen und a. o. Aufwendungen über die übrigen Erträge	3,6	3,0	0,6	20,0
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	5,1	1,6	3,5	218,8
Jahresüberschuss vor Steuern	**-0,3**	**2,5**	**-2,8**	**-112**
Steuern vom Einkommen und Ertrag („+“ = Erstattung)	+1,2	2,2	3,4	-154,5
Sonstige Steuern („+“ = Erstattung)	0,4	+0,8	-1,2	-150,0
Jahresüberschuss nach Steuern	**0,5**	**1,1**	**-0,6**	**-54,5**
Rücklagendotierung	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzgewinn	**0,5**	**1,1**	**-0,6**	**-54,5**

Insgesamt sind die Erträge laut Gewinn- und Verlustrechnung deutlich um 3,3 Mio. € oder -4,6 % auf 67,9 Mio. € gesunken. Wesentliche Ursache für den Rückgang der Erträge ist das rückläufige Zinsergebnis. Neben den Auswirkungen des anhaltenden Niedrigzinsniveaus spiegelt sich hierin auch eine vorsichtigere Risikoübernahme im Bereich der Eigenhandelsgeschäfte wider. Der gesamte Aufwand vor Bewertung und Steuern hat sich leicht um 0,2 Mio. € bzw. 0,3 % erhöht. Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) verschlechterte sich folglich auf 85,3 % (Vorjahr 81,0 %).

Auf Basis des einheitlichen Betriebsvergleiches der Sparkassen, der eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnissen (z. B. aperiodische Erträge und Aufwendungen, Sonderabschreibungen) vorsieht, ergibt sich eine gegenüber dem Vorjahr verschlechterte CIR von 82,9 % (Vorjahr: 78,7 %).

Das zinstragende Geschäft stellt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle dar. Im Jahr 2013 hat sich der Zinsüberschuss insgesamt allerdings aufgrund eines überproportional gesunkenen Zinsertrages erneut verschlechtert. Sowohl Zinsertrag als auch Zinsaufwand sind infolge des im Jahresverlauf 2013 vorherrschenden niedrigeren Zinsniveaus weiter gesunken. Die Neuausrichtung des Spezialfonds führte zu einer weiteren Reduzierung des Zinsertrages. Bezogen auf die gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegene durchschnittliche Bilanzsumme ergibt sich für die Stadtsparkasse Oberhausen ein weiterer Rückgang der Zinsspanne von 1,91 % in 2012 auf 1,72 % im Jahr 2013 (ermittelt nach den Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassen).

Der Provisionsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. € bzw. 2,4 % gesteigert werden. Ursächlich für diese Verbesserung ist hauptsächlich die Steigerung des Provisionsertrages aus dem Giroverkehr.

Bei der Beurteilung der Entwicklung der Erträge aus Provisionen ist zu berücksichtigen, dass ein Großteil der Provisionserträge aus dem Verbundgeschäft in der **S**-Versicherungs- und Immobilien-Vermittlungsgesellschaft mbH anfällt, der als „Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen“ in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließt. Auch hier konnte gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg verzeichnet werden (s. GuV-Position 4).

Hinsichtlich der Entwicklung der Aufwandspositionen ist eine im Jahr 2013 umgesetzte Maßnahmen aus dem internen Zukunftsprojekt „Stadtsparkasse Oberhausen 2020“ zu berücksichtigen. Zur Realisierung des angestrebten Personalabbaus und der damit verbundenen zukünftigen Kostenentlastungseffekte wurden im Jahr 2013 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestimmter Jahrgänge aus der Sparkasse sowie den Tochtergesellschaften der Sparkasse Altersteilzeit- bzw. Abfindungsangebote unterbreitet. Diese Angebote wurden von insgesamt 38 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angenommen. Die daraus für das Jahr 2013 anfallende Kostenbelastung beläuft sich auf insgesamt 4,4 Mio. € und verteilt sich auf die Personalaufwendungen (2,8 Mio. €) den Sachaufwand (0,3 Mio. €) sowie die außerordentlichen Aufwendungen (1,3 Mio. €).

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) konnten gegenüber dem Vorjahreswert um 0,1 Mio. € oder 0,2 % gesenkt werden. Ursächlich sind die im Vergleich zum Vorjahr reduzierten Sachkosten, die den leicht gestiegenen Personalaufwand überkompensieren konnten. In dem Personalaufwand des Jahres 2013 sind Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen im Rahmen neu getroffener Altersteilzeit- sowie Abfindungsvereinbarungen in Höhe von 2,8 Mio. € enthalten.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € reduziert. Ursächlich hierfür sind auslaufende Abschreibungen aus Investitionen früherer Jahre. Größere Investitionen sind in 2013 nicht getätigt worden.

Die gesamten Aufwendungen im Rahmen der Risikovorsorge im Kreditbereich und den erforderlichen Abschreibungen im Wertpapier- und Beteiligungsbereich konnten von 9,4 Mio. € nach Auflösung freier Reserven auf 5,2 Mio. € gesenkt werden (G.u.V.-Positionen 13 - 16). Die Auflösung der freien Reserve diente überwiegend der Umwandlung in Reserven des Fonds für allgemeine Bankrisiken, den wir mit weiteren 5,1 Mio. € dotiert haben.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt weiterhin auf Basis der Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre). Per 31.12.2013 wurde darüber hinaus eine zusätzliche Höchstgrenze für die Pauschalwertberichtigung in Höhe des erwarteten Verlustes für 12 Monate aus der Berechnung des Kreditrisikos mit dem Kreditrisikomodell „CreditPortfolioView“ eingezogen. Insgesamt ergibt sich damit per Ende 2013 eine Zuführung zu den Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2,5 Mio. €. Der Effekt durch die vorgenommene Kappung der Höhe der Pauschalwertberichtigung beläuft sich auf 1,2 Mio. €.

Negativ wirkt sich der gestiegene Überschuss aller sonstigen a. o. Aufwendungen über die übrigen Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung aus. Hier machen sich erhöhte außerordentliche Aufwendungen aus neu abgeschlossenen Altersteilzeitvereinbarungen (1,3 Mio. €) sowie Aufwendungen in Zusammenhang mit der Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co KG Berlin (1,1 Mio. €) negativ bemerkbar.

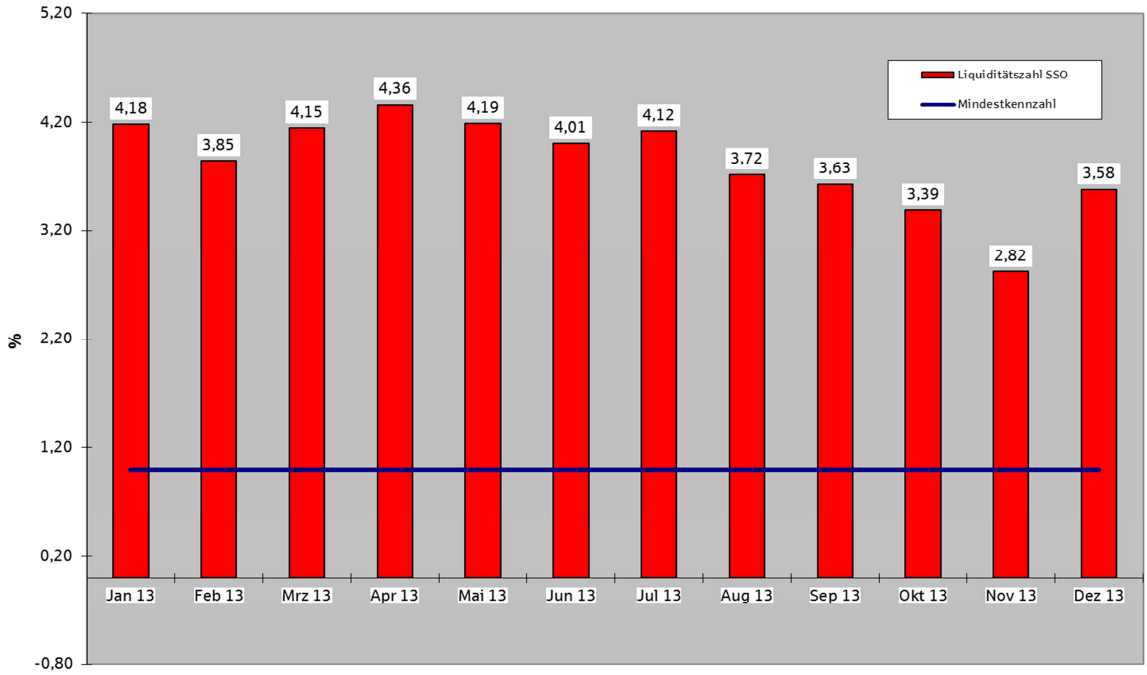
Nach einem Steueraufwand von insgesamt 1,4 Mio. € im Jahr 2012 kann für 2013 ein positives steuerliches Ergebnis in Höhe von 0,8 Mio. € verzeichnet werden. Hierin sind positive Effekte aus der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB (latente Steuern) in Höhe von 1,9 Mio. € enthalten.

Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses. Eine Ausschüttung ist aufgrund der bestehenden Ausschüttungssperre gemäß § 268 Abs. 8 HGB nicht möglich. Das Gesamtergebnis ermöglicht eine Aufstockung des Eigenkapitals um 0,5 Mio. €.

Abweichend von unserer Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung im Jahr 2013 konnten wir beim Provisionsergebnis einen Zuwachs verzeichnen. Auch unsere Erwartung hinsichtlich der Entwicklung der Verwaltungskosten hat sich nicht bestätigt. Anstelle des erwarteten Anstiegs konnte hier eine Reduktion erreicht werden. Die übrigen Ergebniskomponenten entwickelten sich entsprechend unserer Einschätzung.

3.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die bankaufsichtsrechtlich geforderte Liquiditätsquote wurde von uns deutlich übertroffen. Sie lag im Jahr 2013 in einer Bandbreite zwischen 2,82 und 4,36.



Kennziffer gemäß Liquiditätsverordnung 2013

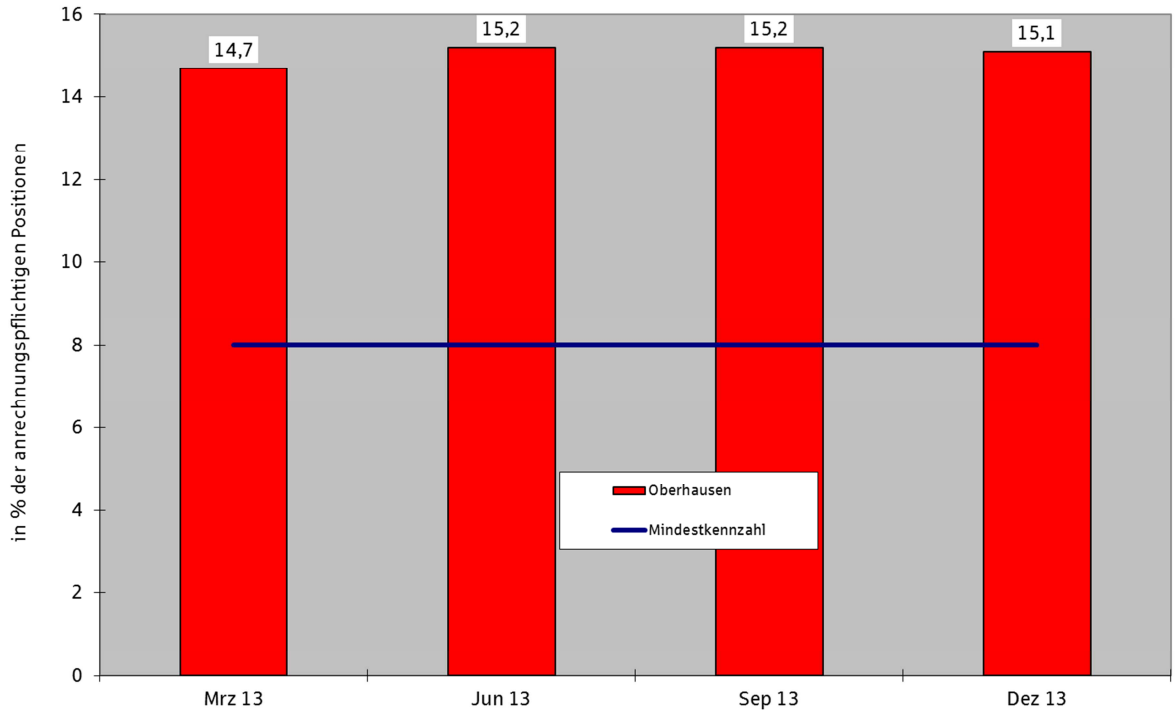
Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in der erforderlichen Höhe unterhalten.

Die inoffizielle Kreditlinie bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) wurde dispositionsbedingt vereinzelt in Anspruch genommen. Anfang 2013 hat die Sparkasse von ihrem Recht, zwei bei der Europäischen Zentralbank laufende Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften vorzeitig zu beenden, Gebrauch gemacht. Weitere Offenmarktgeschäfte wurden im Jahr 2013 nicht getätigt.

3.3 Vermögenslage

Nach der Zuführung des Bilanzgewinns 2012 beträgt die Sicherheitsrücklage 107,9 Mio. €. Auf Basis des SpkG NW wird der Rat der Stadt Oberhausen über die Verwendung des gesamten Bilanzgewinnes 2013 in Höhe von 0,5 Mio. € entscheiden. Neben der Sicherheitsrücklage verfügen wir über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile im Sinne des KWG. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken um 5,1 Mio. € auf insgesamt 20,9 Mio. € aufgestockt. Hiervon sind 6,5 Mio. € für mögliche zukünftige Risiken aus der mittelbaren Verlustübernahme für die Erste Abwicklungsanstalt der WestLB reserviert. Die erstmalig im Jahr 2009 aufgenommenen nachrangigen Verbindlichkeiten wurden auch in 2013 nicht weiter aufgestockt und betragen weiterhin nominal 13,0 Mio. €.

Die geforderte Mindest-Eigenkapitalquote gemäß Solvabilitätsverordnung wird von der Stadtsparkasse Oberhausen deutlich übertroffen. Das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel bezogen auf die Summe der Adressrisiken, operationellen Risiken und Marktrisikopositionen überschreitet gemäß der Berechnung per 31.12.2013 mit einer Gesamtkennziffer von 15,1 % (Vorjahr: 14,6 %) deutlich den von der Bankenaufsicht geforderten Mindestwert von 8 %.



Kennziffer gemäß Solvabilitätsverordnung 2013

Die Kernkapitalquote der Stadtsparkasse Oberhausen, definiert als Verhältnis des Kernkapitals zu den Risikopositionen, beträgt per Ende 2013 9,9 % (Vorjahr: 9,5 %).

Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen entsprechend den strengen Bewertungsmaßstäben unseres Hauses ausreichend Rechnung getragen worden. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Oberhausen unter Berücksichtigung der branchenspezifischen Entwicklungen als zufriedenstellend zu bezeichnen. Die Finanz- und Vermögensverhältnisse sind geordnet. Allerdings belastet das anhaltende Niedrigzinsniveau die Ertragslage weiter.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Unsere Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiterzahl hat sich im Jahr 2013 um 12 Personen vermindert. Insgesamt wurden zum 31.12.2013 588 Personen (mit Mitarbeitern/-innen in der Freizeitphase der Altersteilzeit und mit ruhenden Beschäftigungsverhältnissen) beschäftigt. Allein 41 Auszubildende in insgesamt 3 Ausbildungsjahrgängen gehörten zum Stichtag 31.12.2013 zu unseren Mitarbeitern.

Die Stadtsparkasse Oberhausen unterstreicht damit ihre Bereitschaft zur Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, insbesondere für die Stadt Oberhausen, und die Bedeutung, die unser Haus der Ausbildung junger Menschen beimisst. Die Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann bildet die Basis für einen erfolgreichen Weg in der Sparkassenorganisation und eine gesicherte Zukunft. Im Januar 2013 haben 14 Auszubildende die Abschlussprüfung zum
Bankkaufmann/-frau vor der Industrie- und Handelskammer absolviert. 7 Auszubildende übernahmen wir in ein unbefristetes und 7 weitere in ein befristetes Angestelltenverhältnis.

Einer Teilzeitbeschäftigung sind 171 Mitarbeiter/-innen nachgegangen (inklusive Altersteilzeitkräfte).

Als Folge der Verlagerung von Abteilungen unseres Hauses in die gemeinsamen Tochterunternehmen mit der Sparkasse Mülheim an der Ruhr arbeiten nunmehr 73 Mitarbeiter/-innen im Rahmen einer Entsendung bei den Tochterunternehmen.

Gesellschaftliches Engagement

Mit ihrem gemeinnützigen Engagement ist die Stadtsparkasse Oberhausen ein wichtiger Pfeiler des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt. In 2013 beträgt das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring rund 1,3 Mio. Euro.

Zu der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen gehören neun Stiftungen. Dazu zählen die Sparkassen-Bürgerstiftung sowie die Stiftung Oberhausener Bürger. Letztere ist auch als Treuhänder tätig und verwaltet weitere sieben nicht rechtsfähige Stiftungen: Kultur und Bildung, Kinder- und Jugendförderung, Helft helfen, Förderung des Spitzensports in Oberhausen, Gemeinsam bewegen, die Irmgard und Heinrich Grünewald-Stiftung und die Fred-Arthecker-Stiftung. Jede Stiftung verfolgt eigene Förderschwerpunkte, allen gemeinsam ist das Ziel, Oberhausen noch attraktiver und lebenswerter zu machen.

Die Stiftung Oberhausener Bürger setzt hierbei auf die langfristige Förderung von Projekten aus den verschiedensten Bereichen wie Soziales, Bildung, Kultur, Umweltschutz, Völkerverständigung, Gesundheit und Sport. Das treuhänderisch verwaltete Stiftungskapital beträgt zum 31.12.2013 3,35 Mio. €. Von Testaments wegen sind der Stiftung Oberhausener Bürger perspektivisch weitere 13 Stiftungen zugesichert.

Die Sparkassen-Bürgerstiftung ist die älteste Stiftung der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie wurde bereits 1983 gegründet. Die Förderschwerpunkte der Sparkassen-Bürgerstiftung liegen in den Bereichen Kultur, Wohlfahrtswesen, Bildung, Kinder- und Jugendförderung sowie dem Heimatgedanken. Seit ihrer Errichtung hat die Sparkassen-Bürgerstiftung gemeinnützige Vereine, karitative und wohlfahrtspflegerische Organisationen sowie vielfältige kulturelle und heimatpflegerische Projekte in Oberhausen mit einem Gesamtvolumen von rund 14,3 Mio. € gefördert.

Das Stiftungskapital der Sparkassen-Bürgerstiftung liegt zum 31.12.2013 bei 4,15 Mio. €. Im vergangenen Jahr wurden 36 Förderanträge bewilligt.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadtsparkasse Oberhausen sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

D. Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementziele und -methoden

1.1 Aufsichtsrechtliche Vorgaben für das Risikomanagement

Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Bemessung, Kontrolle und Steuerung der wesentlichen Risiken eines Kreditinstitutes sind durch die Ende 2005 veröffentlichten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in einer einheitlichen Form zusammengefasst worden. Nachdem mit der Integration der Outsourcing-Regelungen im Oktober 2007 die erste MaRisk-Novellierung erfolgte, wurde im August 2009 – auch als Reaktion auf die Erkenntnisse der Finanzkrise – die zweite Novelle der MaRisk in Kraft gesetzt. Nachdem die Stadtsparkasse Oberhausen die Ende 2010 veröffentlichte dritte Novelle anforderungsgemäß zum 31.12.2011 vollständig umgesetzt hatte, wurde am 14.12.2012 die vierte MaRisk-Novelle veröffentlicht. Bis zum Ende des Jahres 2013 hat die Stadtsparkasse Oberhausen die neuen Anforderungen dieser Novelle vollständig umgesetzt.

1.2 Risikomanagementsystem, -ziele und -methoden

Die zentralen strategischen Ziele der Stadtsparkasse Oberhausen sind es, das betriebsnotwendige Mindestergebnis zu erreichen sowie mittel- bis langfristig den Unternehmenswert über die Verbesserung der Rentabilität zu steigern. Einen Teilaspekt dieses Zieles stellt die rentable Nutzung des Eigenkapitals durch das bewusste Eingehen von Risiken, deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken dar. Hierbei verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“. Für eine erfolgreiche Durchführung dieser Aufgaben ist es für die Sparkasse unabdingbar, dass sie die mit der Geschäftstätigkeit untrennbar verbundenen Risiken zeitnah erkennt, bewertet, umfassend steuert und die Steuerungsmaßnahmen laufend überwacht.

Wesentlicher Bestandteil unserer Risikomanagementsysteme ist die Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Risiken werden bewusst eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erträgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Die Übernahme von Risiken ist in der Stadtsparkasse Oberhausen in eine G.u.V.- und wertorientierte Gesamtbanksteuerung eingebunden, die das Erreichen der mittel- bis langfristigen Finanzziele sicherstellen soll. Beide Steuerungsmethoden stehen gleichwertig nebeneinander. Als Fundament unserer Risikosteuerung dienen perioden- und wertorientierte Risikotragfähigkeitskonzepte, welche die dauerhafte Bestandssicherung des Unternehmens zur Aufgabe haben.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionelle Trennung zwischen Markt und Marktfolge festgelegt. Zwischen der Risikosteuerung und der Risikokontrolle besteht mindestens eine personelle Funktionstrennung. Durch die Ausgestaltung der Aufbau- (und Ablauf-)Organisation wird sichergestellt, dass miteinander unvereinbare Tätigkeiten durch unterschiedliche Mitarbeiter durchgeführt werden. Im Rahmen des Risikomanagements sind die Abteilungen Unternehmenssteuerung, KreditService sowie die Interne Revision beteiligt.

Der Abteilung Unternehmenssteuerung obliegt die risikoüberwachende Funktion. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme sowie das Risikocontrolling der einzelnen Risikokategorien. Dies beinhaltet auch die regelmäßige Durchführung angemessener Stresstests für die wesentlichen Risiken. Die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist eine weitere Kernaufgabe. Im Rahmen des Portfoliomanagements, insbesondere bei der Steuerung der Marktpreis- und Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene, ist sie zudem beratend für die Geschäftsleitung tätig, ohne eine Positionsverantwortung zu besitzen. Die Beratung des Vorstandes umfasst auch die Erarbeitung von Handlungsalternativen. Die Ausführung der Beschlüsse erfolgt durch die von der Unternehmenssteuerung organisatorisch getrennten Händler. Die Abteilung Unternehmenssteuerung ist organisatorisch von den Marktbereichen getrennt.

Die Betreuung der im Kreditbereich eingesetzten Rating- und Scoring-Systeme sowie des Frühwarnsystems zur frühzeitigen Identifizierung wesentlicher Risiken obliegt der Abteilung KreditService. Sie ist organisatorisch ebenfalls vom Marktbereich getrennt.

Die Interne Revision prüft die Einhaltung der festgelegten internen Regeln sowie der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Sie überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des Managements der einzelnen Risikoarten und begleitet als unabhängige Instanz die Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme.

Eine Darstellung der Aufbauorganisation im Risikomanagement sowie der Ausgestaltung der Risikomanagement- und -controllingprozesse findet sich in dem Risikohandbuch der Stadtsparkasse Oberhausen. In der vom Vorstand festgelegten Risikostrategie sind ferner die Ziele und Leitlinien verankert, die die Stadtsparkasse mit der Risikoübernahme und -steuerung verfolgt.

Die Beurteilung der Risiken erfolgt hinsichtlich ihrer G.u.V.-Wirkungen und, soweit möglich, zusätzlich im Rahmen eines vermögenswertorientierten Value-at-Risk-Ansatzes. Zur Quantifizierung der einzelnen Risiken werden Szenarioanalysen durchgeführt, die auf historischen bzw. erwarteten Veränderungen von risikobeeinflussenden Parametern beruhen. Soweit eine explizite Quantifizierung der Risiken aufgrund des Entwicklungstandes der Systeme noch nicht möglich ist, tragen wir dem durch die Festlegung eines plausibilisierten Risikobetrages im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitskonzepte Rechnung. Diese Art der Limitfestlegung kommt derzeit beim Operationellen Risiko zum Tragen. Darüber hinaus führen wir auf Basis der für die jeweiligen Risiken identifizierten wesentlichen Risikofaktoren ergänzende Stressszenarien durch, die die Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse abbilden. Die Stresstests erstrecken sich dabei auch auf die angenommenen Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekte innerhalb und zwischen den einzelnen Risikoarten.

Im Rahmen der Steuerung der Risiken setzen wir zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken Finanzderivate ein. Darüber hinaus ist die Sparkasse per 31.12.2013 an zwei Kreditbasket-Transaktionen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Daraus resultieren acht Credit Default Swaps (jeweils ein Credit Default Swap je eingebrachtem Engagement), bei denen die Sparkasse aufgrund der vorgegebenen Symmetrie der Transaktion einerseits Sicherungsgeber, andererseits aber auch Sicherungsnehmer ist. Die per 31.12.2013 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Daneben hat die Sparkasse innerhalb ihres Spezialfonds in 2013 Finanzderivate zur Absicherung von Zinsänderungs-, Aktienkurs- sowie Währungsrisiken eingesetzt.

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der in der Sparkasse eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme existieren Notfallpläne für die Sparkasse sowie für deren Tochtergesellschaften.

1.3 Risikotragfähigkeitskonzeption

Zentrales Element unserer Risikosteuerung sind die implementierten Risikotragfähigkeitskonzepte. Die Stadtsparkasse Oberhausen setzt gleichberechtigt sowohl ein perioden- als auch ein wertorientiertes System ein. Beiden Ansätzen liegt dabei der Fortführungsansatz (Going-Concern-Sicht) zugrunde, nach dem die Fortführung des Geschäftsbetriebes auch im Belastungsfall sichergestellt sein muss. Darüber hinaus erfolgt eine Begrenzung der Risikoübernahme durch die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen (Zinsrisiko-Koeffizient, Solvabilitätskoeffizient und Liquiditätskennzahl).

In der periodenorientierten Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat. Der Going-Concern-Sichtweise folgend zielt das Risikotragfähigkeitssystem dabei auf die Sicherung einer Mindesteigenkapitalquote und eines Mindestjahresüberschusses. Demzufolge bilden im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeit das über die intern festgelegte Mindest-Solvabilitätsquote hinausgehende freie haftende Eigenkapital und das geplante Betriebsergebnis vor Bewertung abzüglich eines definierten Mindestergebnisses die Risikodeckungsmasse. Existierende nachrangige Verbindlichkeiten werden entsprechend dem Fortführungsansatz nicht in die Risikodeckungsmasse einbezogen. Der Teil der im Jahresabschluss 2011 gebildeten aktiven latenten Steuern, der zur Erhöhung der Sicherheitsrücklage bzw. zur Aufstockung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB verwendet wurde, wird aus Vorsichtsgründen ebenfalls nicht als Risikodeckungsmasse zur Verfügung gestellt. Die so ermittelte Deckungsmasse wird anschließend auf die unterschiedlichen Risikokategorien Zinsüberschussrisiko (inkl. Modellrisiko), Marktpreisrisiko Eigenanlagen, Absatzrisiko, Risiko Verwaltungsaufwand/ Operationelle Risiken, Adressenrisiko aus dem Kundengeschäft, Beteiligungsrisiko, Adressenrisiko Eigenanlagen sowie Liquiditätsrisiko verteilt.

Im Rahmen der wertorientierten Betrachtung bestimmt sich das Risiko als Vermögensminderung, die innerhalb eines festgelegten Zeitraums (1 Jahr) mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Für die Risikotragfähigkeitskonzeption erfolgt zunächst die Ermittlung des Reinvermögens nach Erträgen und Kosten. Hiervon wird der strategische Eigenkapitalbedarf zur Einhaltung der internen Mindest-Solvabilitätsquote in Abzug gebracht. Die verbleibende Risikodeckungsmasse wird auf die Risikokategorien Adressenausfallrisiken im Eigen- sowie im Kundenkreditgeschäft (unerwartete Kreditrisiken), Marktpreisrisiken (Zinsbuch, Aktien/Fonds, Beteiligungen und Immobilien), Modellrisiko und Operationelle Risiken verteilt. Zusätzlich wird ab dem Jahr 2013 ein Teil der Risikodeckungsmasse für potenzielle negative Vermögensveränderungen reserviert, die dazu führen, dass die Risikodeckungsmasse sinkt.

Über die Limiteinhaltung wird monatlich mit Hilfe eines Ampelsystems berichtet, wobei die gelbe Ampelstufe bei einer 80-prozentigen Limitauslastung erreicht wird.

Die Risikodeckungsmasse wird wie folgt auf die einzelnen Risikoarten aufgeteilt:

GuV-Limit für	**2013**	**2012**
Kundenkreditrisiken	46,9	48,2
erwartete Risiken	15,6	24,1
unerwartete Risiken	31,3	24,1
Zinsüberschuss	6,1	9,8
Absatzrisiko	7,7	-
Margenrisiko	2,6	-
Bestandsrisiko	2,9	-
Provisionsüberschussrisiko	2,2	2,5
Verwaltungsaufwand	6,3	3,8
Operationelle Risiken	1,3	1,5
Adressenrisiko Eigenanlagen	1,7	2,0
Beteiligungen	7,2	5,6
Liquiditätsrisiken	1,2	7,3
Marktpreisrisiken aus Eigenanlagen	21,6	19,3
GuV-Limit gesamt	**100,0**	**100,0**

Wertorientiertes Limit für	**2013 %-Anteil**	**2012 %-Anteil**
Adressenrisiko	36,6	45,8
Kundengeschäft	21,2	26,0
Eigenanlagen	15,3	19,8
Operationelle Risiken	2,1	2,3
Marktpreisrisiken	43,5	50,7
Zinsbuch	28,3	26,0
Aktien/Fonds	5,5	10,4
Beteiligungen	3,5	8,1
Immobilien	6,1	6,2
Modellrisiken	2,4	1,3
Eingetretene Vermögensrückgänge	15,4	0,0
Wertorientiertes Limit gesamt	**100,0**	**100,0**

Gegenüber dem Vorjahr kommt es im GuV-Limit für Kundenkreditrisiken zu einer Verschiebung von den erwarteten Risiken zu den unerwarteten Risiken. Grund hierfür ist der Abbau von Risiken im Kundenkreditportfolio und dem damit verbundenen Rückgang der erwarteten Kreditrisiken bei gleichzeitiger leichter Ausweitung des absoluten Gesamtlimits für Kundenkreditrisiken. Die Reduzierung im Bereich der Liquiditätsrisiken resultiert aus der Tatsache, dass die Liquiditätsrisiken in dem Jahr 2013 deutlich rückläufig waren.

Die zuvor beschriebene Risikoreduzierung im Bereich der Kundenkreditrisiken zeigt sich auch in dem reduzierten Anteil des wertorientierten Limits für Adressenrisiken aus dem Kundengeschäft. Risikoreduzierung im Depot A sowie im

Spezialfonds führen des Weiteren dazu, dass die entsprechenden Anteile der wertorientierten Limite für Eigenanlagen und Aktien/Fonds im Vergleich zum Vorjahr reduziert wurden.

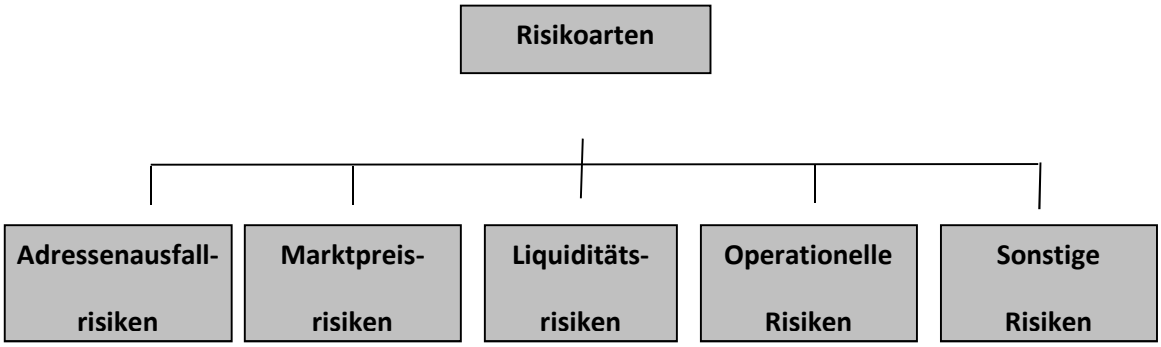
1.4 Risikoreporting

Über die eingegangenen Risiken, die existierenden Risikokonzentrationen sowie die Auslastung der verschiedenen Limite wird dem Gesamtvorstand monatlich im Rahmen eines umfassenden Gesamtrisikoreports schriftlich berichtet. Die Ausführungen enthalten neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risikosituation und der Limitauslastungen auch Handlungsempfehlungen zur Risikosteuerung, über die der Vorstand entscheidet. Der Risikoreport wird vierteljährlich um einen ausführlichen Kreditrisikoteil sowie Ausführungen zu den Operationellen Risiken ergänzt. Darüber hinaus werden in dem Risikoreport halbjährlich die Ergebnisse der durchgeführten Stresstests dargestellt. Ergänzend erhält der Vorstand wöchentlich einen Report über die Marktpreis- und Adressenausfallrisiken der Eigenhandelsgeschäfte. Eine Ad-hoc-Berichterstattung erfolgt bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung.

Der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich ausführlich über die von der Sparkasse eingegangenen Risiken und die aktuellen Auslastungen sämtlicher Risikolimite informiert. Die zentralen Aspekte aus dem Risikoreport werden dem gesamten Verwaltungsrat ebenfalls quartalsweise vorgestellt.

2. Risikokategorien

Die Risiken, die wir im Rahmen unseres Risikomanagement- und -controllingsystems steuern, haben unterschiedliche Ursachen und bedürfen speziell abgestimmter Instrumente und Methoden zu deren Erfassung und Begrenzung. Die zentralen Risiken stellen für uns dabei folgende Risikoarten dar:



2.1 Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr des Ausfalls vertraglich zugesicherter Leistungen, so dass die Definition des Adressenausfallrisikos zum einen den Ausfall, zum anderen aber auch bereits eine mögliche Bonitätsverschlechterung einer Person oder eines Unternehmens beinhaltet.

Zu den Adressenausfallrisiken zählt die Stadtsparkasse Oberhausen folgende Risikokategorien:

1. Kreditrisiko

Das Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr einer Bonitätsverschlechterung (Bonitätsrisiko) und/oder des Ausfalls (Ausfallrisiko) einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine Kreditbeziehung besteht.

2. Kontrahentenrisiko

Unter Kontrahentenrisiko verstehen wir das Risiko, dass eine Gegenpartei – vornehmlich im Bereich der Eigenhandelsgeschäfte – ausfällt und die entsprechende Position zum aktuellen, für die Sparkasse ungünstigeren Marktkurs abgewickelt werden muss. Das Kontrahentenrisiko zielt damit auf den Schwebezustand von Geschäften ab.

3. Emittentenrisiko

Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls eines Emittenten von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten.

4. Länderrisiko

Das Länderrisiko im grenzüberschreitenden Kreditgeschäft besteht in der Gefahr, dass Zins- und Tilgungsleistungen ausländischer Kreditnehmer nicht termingerecht, nicht vollständig oder gar nicht geleistet werden, wobei die Zahlungsunfähigkeit oder die fehlende Zahlungsbereitschaft durch das Land verursacht wird, in dem der Schuldner ansässig ist, und nicht durch den Schuldner oder durch dessen Bonität.

5. Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Eigenkapitalbeteiligung an Dritten Verluste entstehen.

Insgesamt lässt sich das Adressenausfallrisiko der Sparkasse in drei große Bereiche gliedern: das Risiko aus dem Kundenkreditgeschäft, das Beteiligungsrisiko sowie das Adressenausfallrisiko aus Eigenhandelsgeschäften.

Die Basis für die Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bildet die Risikostrategie der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie enthält neben den Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft auch die unter Berücksichtigung der Gesamtbankrisikotragfähigkeit geplanten Aktivitäten im Kreditgeschäft. Dazu gehören neben risikobegrenzenden Maßnahmen auch Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Instrumentariums der Kreditrisikosteuerung. In der Risikostrategie hat die Sparkasse Leitlinien bezüglich Kreditarten, Einzelkreditvolumen, Rating sowie Branchen der Kreditnehmer festgelegt. Hierdurch werden Bonitätsrisiken sowie Risikokonzentrationen eingeschränkt.

Zur Beurteilung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft auf Kundenebene setzt die Sparkasse die Rating- und Scoringverfahren des DSGV ein. Derzeit werden im gewerblichen Kreditgeschäft das DSGV-Standard-Rating, das ImmobiliengeschäftsRating bzw. das ImmobilienKompaktRating sowie das KundenKompaktRating bzw. das KundenKompaktRating ohne Girokonto eingesetzt. Im privaten Kreditgeschäft wird neben den anlassbezogenen Antragsscorecards für Private Baufinanzierungen sowie für Konsumentenkredite die Bestandsbewertung KundenScoring eingesetzt, die eine fortlaufende Risikobetrachtung aller Privatgirokonten und Konsumentenkredite durchführt und monatlich automatisch eine Note erstellt. Im kommerziellen Immobiliengeschäft wird das dafür vorgesehene Ratingverfahren verwendet. Die Rating- und Scoringergebnisse bilden die Basis für die Festlegung risikoadjustierter Kreditkonditionen. Die Bonität einzelner Kreditnehmer wird zudem jährlich durch die Interne Revision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Der überwiegende Teil des gewerblichen Kreditgeschäftes entfällt auf Kreditnehmer in Risikoklassen mit moderaten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bezogen auf das zugrunde liegende Kreditvolumen weisen 34,5 % (Vorjahr 33,9 %) eine Ratingnote zwischen 1 und 5 auf. Der Volumensanteil in den Ratingklassen 1 bis 9, auf die sich die kreditgeschäftlichen Aktivitäten im gewerblichen Kunden-geschäft gemäß der Risikostrategie konzentrieren sollen, liegt bei 73,0 % (Vorjahr 72,1 %). Unter zusätzlicher Einbeziehung der Ergebnisse des im Privatkundensegment eingesetzten KundenScorings beträgt der Volumensanteil in den Rating- bzw. Scoringklassen 1 bis 9 sogar 80,7 % (Vorjahr 80,3 %). Die Aufteilung des Kreditbestandes der Sparkasse auf die Ratingklassen findet sich in den folgenden Tabellen.

Gewerbliches Kundenkreditgeschäft		
Ratingnote	2013 %-Anteil	2012 %-Anteil
1-5	**34,5**	**33,9**
6-9	**38,5**	**38,2**
10-15	**16,0**	**15,4**
16-18	**11,0**	**12,5**
Summe	100,0	100,0

Kundengeschäft gesamt		
Ratingnote	2013 %-Anteil	2012 %-Anteil
1-5	**55,3**	**53,4**
6-9	**25,4**	**27,0**
10-15	**12,3**	**11,8**
16-18	**7,0**	**7,8**
Summe	100,0	100,0

Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Kundenebene wird ein automatisiertes System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert. Die durch das Frühwarnsystem identifizierten Problemkredite werden seitens eines hierfür eingerichteten Gremiums den Segmenten Normalbetreuung, Intensivbetreuung, der Sanierungs- oder der Abwicklungsbetreuung zugeordnet.

Für den Eintritt von Adressensausfallrisiken hat die Sparkasse durch die Bildung von Wertberich-tigungen und Vorsorgereserven angemessene Vorkehrungen getroffen. Wertberichtigungen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen nach den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der existierenden Sicherheiten mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind. Die Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen ist Prüfungsgegenstand der Internen Revision. Latente Ausfallrisiken werden darüber hinaus durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Das Kreditvolumen (inklusive Avale und Bürgschaften) nach Kundensegmenten verteilt sich per Ende 2013 wie folgt:

	31.12.2013 %-Anteil	31.12.2012 %-Anteil
Firmenkunden	**23,9**	**28,5**
Gewerbekunden	**7,7**	**8,5**
Geschäftskunden	**2,4**	**2,7**
Bauträger	**1,3**	**1,6**
Existenzgründer	**1,1**	**1,1**
Kommunale Kunden	**28,2**	**22,1**
Großkunden	**0,9**	**0,9**
Privatkunden	**34,5**	**34,6**
Summe	100,0	100,0

Die Beurteilung der Kreditrisiken auf Portfolioebene erfolgt insbesondere durch das Kreditportfoliomanagement-Tool CPV (CreditPortfolioView). Mit Hilfe dieses Programms wird eine Analyse des Kreditportfolios hinsichtlich der Darstellung der erwarteten Verluste und des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs (CreditValue-at-Risk) sowie der Berechnung von Größenkonzentrationen (Klumpenrisiken) und deren Wirkung auf den CreditValue-at-Risk des Gesamtportfolios vorgenommen. Darüber hinaus erfolgt eine Risikobeurteilung durch die Analyse des gesamten Kreditportfolios hinsichtlich unterschiedlicher Kriterien wie z. B. der Branchen-, Größenklassen-, Sicherheiten- oder Ratingverteilung.

Hinsichtlich der Verteilung der hereingenommenen Sicherheiten ergibt sich aufgrund des Geschäftsmodells in der Sparkasse eine deutliche Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten. Die wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Grundpfandrechte machen dabei – bezogen auf die verrechneten Sicherheitenbeträge – ca. 86,7 % (Vorjahr: 87,8 %) des Gesamtvolumens aus.

Die Branchenverteilung im gewerblichen Kundenkreditportfolio bestimmt sich im Wesentlichen aus dem Geschäftsgebiet der Sparkasse und gestaltet sich per 31.12.2013 wie folgt:

	31.12.2013 %-Anteil	31.12.2012 %-Anteil
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	**0,4**	**0,3**
Energie, Wasser, Bergbau	**2,2**	**1,6**
Verarbeitendes Gewerbe	**10,0**	**10,4**
Baugewerbe	**8,2**	**8,1**
Kraftfahrzeughandel	**4,7**	**4,8**
Großhandel	**5,3**	**5,2**
Einzelhandel	**6,3**	**5,5**

Verkehr, Nachrichten	**8,0**	**7,6**
Kredit- u. Versicherungswesen	**5,5**	**6,1**
Gastgewerbe	**4,3**	**4,0**
Grundstücks- und Wohnungswesen	**25,4**	**26,5**
Dienstleistungen für Unternehmen	**8,1**	**8,0**
Öffentliche und private Dienstleistungen	**10,9**	**11,3**
Bauträger	**0,7**	**0,6**
Summe	100,0	100,0

Die Anteile der einzelnen Branchen sind im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant. Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr gibt es nicht.

Die mit einem Anteil von 25,4 % mit Abstand größte (Ober-)Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ setzt sich aus verschiedenen Teilbranchen zusammen, die wiederum den beiden Bereichen Gewerbe- oder Wohnungsbau zugeordnet werden können. Aufgrund der insgesamt hohen Volumina in der Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie der zuvor dargestellten Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten werden in der Risikostrategie der Sparkasse spezielle Regelungen zur Risikoüberwachung und -begrenzung festgelegt. Darüber hinaus berücksichtigt die Sparkasse das gesamtgeschäftsbezogene Risiko sinkender Immobilien- und Grundstückspreise im Rahmen der simulierten Stresstests.

Die Großkredite gemäß § 13 Abs. 1 KWG machten am 31.12.2013 das 0,76-fache des am Bilanzstichtag geltenden haftenden Eigenkapitals aus (31.12.2013: das 1,03-fache). Dem Grundsatz einer angemessenen Kredit- und Risikosteuerung wird die vorhandene größenmäßige Schichtung somit gerecht.

Aufgrund einer nochmaligen deutlichen Ausweitung des vergleichsweise risikoarmen Geschäftes mit kommunalen Kreditnehmern hat sich der Anteil der inländischen öffentlichen Haushalte am Kreditportfolio der Stadtsparkasse Oberhausen auch im Jahr 2013 vergrößert. Im Zuge dieser Entwicklung haben sich die Anteile der Privat- und insbesondere der Unternehmenskunden weiter spürbar reduziert. Per Ende 2013 weist die Stadtsparkasse Oberhausen auch im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unterdurchschnittlichen Anteil an privaten und gewerblichen Kreditnehmern auf.

	31.12.2013 %-Anteil	31.12.2012 %-Anteil
Öffentliche Haushalte	**23,4**	**15,2**
Unselbstständige Privatpersonen	**35,5**	**38,6**
Unternehmen	**40,2**	**45,2**
Sonstige	**0,9**	**1,0**
Summe	100,0	100,0

Das Jahr 2013 war im Kundenkreditgeschäft geprägt durch die Verschlechterung der Sicherheiten-situation bei einem Großkreditengagement sowie durch die Erhöhung der Pauschalwertberichtigungen. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in 2013 liegt wie in den Vorjahren über dem Verbandsdurchschnitt. Allerdings ist hierin eine Zuführung zu den Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2,5 Mio. € enthalten. Die absolute Höhe der neu gebildeten Risikovorsorgeaufwendungen für Kreditrisiken im Kundengeschäft hat sich gegenüber dem Vorjahr jedoch deutlich reduziert, so dass die für diese Risikoart vorgegebene interne Grenze – analog zum Vorjahr – auch im Jahr 2013 eingehalten wurde.

Im Rahmen der Kreditportfoliosteuerung hat die Sparkasse bereits im Jahr 2011 an einer Kreditbasket-Transaktion innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe teilgenommen. Im Jahr 2013 wurden weitere Engagements in eine neue Kreditbasket-Transaktion eingebracht. Daraus resultieren Credit Default Swaps, bei denen die Sparkasse aufgrund der Symmetrie der Transaktion sowohl Sicherungsgeber als auch Sicherungsnehmer ist.

Sowohl das barwertige als auch das periodische Risikolimit für Adressenrisiken aus dem Kundengeschäft werden zum 31.12.2013 eingehalten.

Bei den von der Stadtsparkasse Oberhausen gehaltenen Beteiligungen handelt es sich insgesamt um strategische Positionen, die langfristig gehalten werden. Im Vordergrund stehen hierbei die Grund-sätze des Verbundgedankens (bankbezogene Beteiligungen) und der öffentliche Auftrag (standortfördernde Beteiligungen zur Förderung des Geschäftsgebietes). Renditeorientierte Beteiligungen werden derzeit nicht gehalten. Das Beteiligungsportfolio der Stadtsparkasse Oberhausen wird dominiert von den beiden größten Einzelbeteiligungen der Sparkasse am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, der wiederum an diversen Unternehmen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt ist, sowie an der Erwerbsgesellschaft der Sparkassen-Finanzgruppe zum Erwerb der Landesbank Berlin (LBB). Für die LBB-Beteiligung hat die Sparkasse in 2013 eine Wertberichtigung vorgenommen. Dies führte dazu, dass das interne Risikolimit für das Beteiligungsrisiko zum 31.12.2013 nicht eingehalten werden konnte.

Für die Eigenhandelsgeschäfte im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement hat die Sparkasse detaillierte Regelungen bezüglich des zulässigen Kontrahenten- und Emittentenkreises sowie - bezogen auf die unterschiedlichen Geschäftsarten - hinsichtlich der zulässigen Volumina je Kontrahent / Emittent eingesetzt. Zur Beurteilung des Adressenausfallrisikos werden externe Ratings und weitere öffentlich zugängliche Informationen herangezogen.

Bei der Einschätzung der verschiedenen Marktsegmente hinsichtlich einer vorhandenen Aktivität bzw. Inaktivität ergeben sich keine Veränderungen zum Vorjahr. Mit Ausnahme der Märkte für Kreditstrukturen werden sämtliche Marktsegmente als aktiv eingeschätzt, so dass bei der Ermittlung der beizulegenden (Zeit-)Werte grundsätzlich nicht auf Bewertungsmodelle zurückgegriffen werden muss. Aufgrund der insgesamt freundlichen Entwicklung der Wertpapiermärkte in 2013 musste die Sparkasse zum 31.12.2013 nur ein leicht negatives Bewertungsergebnis aus dem Wertpapierbereich ausweisen. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten – sämtliche geratete Direktanlagen der Stadtsparkasse Oberhausen mit Ausnahme der Kreditstrukturen verfügen per Jahresende über ein Rating im Investment Grade-Bereich – wird zudem erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen im Bereich der Eigenanlagen kommen wird.

Das in dem Spezialfonds der Sparkasse gehaltene Engagement in Anleihen aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) beläuft sich per Ende 2013 auf insgesamt 11,1 Mio. EUR (Kurswert ohne Stückzinsen). Davon entfallen 4,6 Mio. EUR auf italienische Staatsanleihen und 3,2 Mio. EUR auf spanische Staatsanleihen. Darüber hinaus befindet sich eine Griechenlandanleihe über nominell 0,1 Mio. EUR im Bestand, die allerdings keinen relevanten Zeitwert mehr aufweist. Die restlichen Anleihen gegenüber privaten Schuldnern stellen besicherte Anleihen (2,5 Mio. EUR Spanien, 0,8 Mio. EUR Italien) mit unterschiedlichen Laufzeiten dar. Zudem hält die Sparkasse über Direktinvestments Staatsanleihen der Länder Italien, Irland und Spanien mit einem Gesamtvolumen von 5,5 Mio. EUR im Bestand. Darüber hinaus befinden sich in den beiden Laufzeitfonds der Sparkasse Anleihen gegenüber privaten Schuldnern aus Italien, Irland, Portugal und Spanien in Höhe von 4,0 Mio. EUR. Das Gesamtengagement der Sparkasse in Anleihen aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten beläuft sich auf insgesamt 20,6 Mio. EUR.

Per Ende 2013 werden sowohl das barwertige als auch das periodische Risikolimit für die entsprechende Risikoart eingehalten.

Der Anteil von Kreditstrukturen am gesamten Depot A der Stadtsparkasse Oberhausen hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Teilnahme an einer neuen Kreditbasket-Transaktion sowie aufgrund von Kurssteigerungen bei den ABS im Spezialfonds im Jahr 2013 ausgeweitet und beträgt 6,0 % per 31.12.2013 (Vorjahr 1,7 %).

2.2 Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken sind mögliche Ertrags- und Vermögenseinbußen zu verstehen, die sich aus der Veränderung von Marktpreisen ergeben. Bei den Marktpreisrisiken werden die folgenden Risikoarten unterschieden: Zinsänderungsrisiko (im Zusammenhang mit Eigenhandelsgeschäften und auf Gesamtbankebene), Spread-Risiko, Währungsrisiko, Aktienkursrisiko, Immobilienrisiko, Optionsrisiko und Rohwarenrisiko. Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread- und das Aktienkursrisiko eine zentrale Bedeutung auf.

Als Folge der Anlagerestriktionen der Sparkasse ist die Struktur ihrer Eigenanlagen geprägt durch in- und ausländische öffentliche Anleihen sowie Pfandbriefe und Inhaberschuldverschreibungen von inländischen Kreditinstituten. Der Anteil der Termingeldanlagen bei anderen Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe hat sich im Jahr 2013 deutlich ausgeweitet. Grund hierfür ist die kurzfristige Anlage von Geldern, die zur Rückführung im Jahr 2015 anstehender Fälligkeiten im Bereich institutioneller Sparkassenbriefe genutzt werden sollen. Der Anteil an Pfandbriefen hat sich durch Fälligkeiten im Jahresverlauf 2013 deutlich reduziert.

	31.12.2013 %-Anteil	31.12.2012 %-Anteil
Termingelder	**14,4**	**1,8**
Pfandbriefe	**16,1**	**24,7**
In- und ausländische öffentliche Anleihen	**28,9**	**34,1**
IHS inländischer Kreditinstitute	**25,0**	**26,2**
Unternehmensanleihen	**5,52**	**5,0**
Aktien	**2,8**	**2,1**
Sonstige	**7,3**	**6,1**
Summe	100,0	100,0

Bei komplexeren Instrumenten greift die Sparkasse auf das Fremdmanagement in Form eines Spezialfonds zurück. Die größten Anlageklassen innerhalb des Spezialfonds stellen europäische Staatsanleihen sowie Unternehmensanleihen im Investment-Grade-Bereich dar. Die ebenfalls in dem Spezialfonds gehaltenen Aktienbestände werden in der Tabelle de facto zu hoch ausgewiesen, da die per Ende 2013 existierende Teilabsicherung der Aktienpositionen nicht berücksichtigt ist.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken aus Eigenhandelsgeschäften erfolgt zum einen anhand einer G.u.V.-orientierten Ermittlung des Abschreibungsrisikos, zum anderen anhand von Value-at-Risk-Szenarien mit einer Haltedauer von 63 Tagen, bei denen das Risiko auf Basis der täglichen Kurs- bzw. Renditeveränderungen der letzten 250 Handelstage ermittelt wird. Dieser Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 95 %-igen Wahrscheinlichkeit nicht unterschritten wird. Im Rahmen des wertorientierten Risikotragfähigkeitskonzeptes werden die o. g. Parameter aufgrund der einheitlichen Abbildung der verschiedenen Risikoarten auf eine Haltedauer von 250 Tagen sowie ein 99 %-iges Konfidenzniveau angepasst. Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes werden mindestens wöchentlich, in der Regel aber täglich durch die Abteilung Unternehmenssteuerung nach Art und Höhe bewertet und an die Geschäftsleitung kommuniziert.

Als langfristiger, strategischer Investor geht die Stadtsparkasse Oberhausen keine Investments in Spread-Risiken zur Erzielung kurzfristiger Kursgewinne ein. Der Erwerb von Creditspread-behafteten Wertpapieren erfolgt unter Berücksichtigung der angestrebten Granularität des Depot A auf Basis einer positiven Einschätzung des Kreditrisikos im Rahmen der Risikostrategie. Die sich im Zeitablauf ggf. ergebenen Schwankungen des Spreadniveaus müssen dabei im Rahmen der Risikotragfähigkeit ausgehalten werden können. Sowohl im wertorientierten als auch im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept hat die Stadtsparkasse Oberhausen für das Spread-Risiko entsprechende Risikolimite eingerichtet.

Das Limit für Aktien/Fonds ist zum Jahresende überschritten. Allerdings wirkt sich zum einen hier die Ausschüttungen der Laufzeitfonds der Sparkasse aus, die zu einer Verschlechterung der Risikoparameter der Fonds geführt haben. Zudem wirkt sich die positive Wertentwicklung des Spezialfonds negativ auf die Limitauslastung aus, da der erhöhte Abstand zur definierten Wertuntergrenze im Risikofall als Limitauslastung angerechnet wird. Zudem weist das wertorientierte Gesamtlimit zum 31.12.2013 einen ausreichenden Puffer auf.

Neben den Berechnungen für die Eigenhandelsgeschäfte wird auch eine Beurteilung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene vorgenommen. Das Risiko wird sowohl hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung als auch im Hinblick auf mögliche Wertveränderungen der verzinslichen Vermögens- und Schuldpositionen untersucht. Die Ergebnisse der Risikobetrachtung werden der Geschäftsleitung im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes grundsätzlich monatlich vorgelegt.

Im Rahmen der G.u.V.-orientierten Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt die Messung auf der Grundlage von Simulationsberechnungen, die alle Bilanzpositionen und deren voraussichtliche Entwicklung einbeziehen.

Bei der wertorientierten Risikobetrachtung werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht abgebildet. Für Geschäfte ohne feste Zins- und/ oder Kapitalbindungen werden dabei produktspezifische Annahmen zugrunde gelegt. Die Annahmen werden dabei sowohl für einzelne Produkte aus historischen Daten abgeleitet als auch für einzelne Produkte über eine Analyse und Prognose der zukünftigen Entwicklung von Zinsänderungen und Kundenverhalten. Für den aus dem Gesamt-Cash-Flow der Sparkasse errechneten Barwert wird anschließend das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dieses errechnet sich auf Basis einer historischen Simulation von Renditeveränderungen über den Planungshorizont von 12 Monaten mit einem Konfidenzniveau von 99 %. Bei der Steuerung des Zinsänderungsrisikos verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen grundsätzlich eine passive Steuerung. Dabei orientiert sich die Sparkasse an einer als effizient eingeschätzten Benchmark (gleitender 10-Jahres-Durchschnitt), wobei die Höhe des maximalen Risikos durch das absolut zur Verfügung gestellte Risikokapital determiniert wird. Abweichungen von dieser Benchmark zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen an und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Geschäfte.

Im Rahmen der Steuerung des gesamten Zinsbuches setzt die Sparkasse Zinsswaps ein. Nähere Informationen können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Zur Absicherung der in einem Spezialfonds gehaltenen Aktienpositionen sowie eines in US-Dollar notierten Publikumsfonds wurden während des Jahres 2013 ebenfalls Finanzderivate eingesetzt. Die Absicherungen erfolgten dabei über Future- bzw. Devisentermingeschäfte sowie über Optionen. Darüber hinaus wurden in dem Spezialfonds der Stadtsparkasse Oberhausen auch Bund-Future-Geschäfte zur Umsetzung des aktiven Durationskonzeptes eingesetzt. Im Rahmen der im Spezialfonds umgesetzten Strategie zum Abbau negativer Aktiengewinne werden Aktienoptionen eingesetzt.

Zur Begrenzung der Risiken aus Marktpreisrisiken hat die Sparkasse auf Basis der eingesetzten Risikotragfähigkeitskonzepte Limite definiert, die die Übernahme von Marktpreisrisiken auf ein für die Stadtsparkasse Oberhausen tragbares Niveau begrenzen. Bedingt durch unterjährig durchgeführte Maßnahmen zur Angleichung des Zinsbuch-Cash-Flows an die festgelegte Benchmark unterlag das wertorientierte Zinsänderungsrisiko in 2013 erhöhten Schwankungen. Die Stadtsparkasse Oberhausen war zu keinem Zeitpunkt in 2013 ein „Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ im Sinne des BaFin-Rundschreibens Nr. 11/2011. Unter Verwendung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Zinsänderungen von +/- 200 Basispunkten ergeben sich per 31.12.2013 die folgenden Wertänderungen:

Währung	Zinsschock (+/- 200 BP) per 31.12.2013 in Mio. EUR	
	Wertänderung +200 BP	Wertänderung -200 BP
EUR	-30,5	+24,0

Die weiteren periodischen sowie wertorientierten Marktpreisrisikolimite werden per 31.12.2013 eingehalten. Aufgrund der positiven Entwicklungen an den Kapitalmärkten wird das periodische Risikolimit für die Wertpapierkursrisiken per Jahresende 2013 nicht in Anspruch genommen.

2.3 Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden in das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko sowie das Marktliquiditätsrisiko unterteilt. Unter dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Beim Refinanzierungsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Als

Marktliquiditätsrisiko bezeichnet man schließlich die unterschiedliche Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der Finanzmarktprodukte zu einem fairen Preis wieder veräußert werden können.

Als eine zentrale Basis für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit der Sparkasse dient die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl gemäß Liquiditätsverordnung (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat), die im abgelaufenen Jahr – wie bereits in 2012 – stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0 lag und am Jahresende einen Wert von 3,58 % aufweist. Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko mittels fünf standardisierter Szenariorechnungen sowie einer Liquiditätsübersicht beurteilt. Letztgenannte stellt eine Liquiditätsablaufbilanz mit kumulierter Cash-Flow-Betrachtung dar und umfasst einen Betrachtungshorizont von zehn Jahren. Durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge versucht die Sparkasse Liquiditätsrisiken zu vermeiden. Zur Steuerung der Liquidität bestehen Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank sowie inoffizielle Kreditlinien bei mehreren Landesbanken. Als weiteres Instrument stehen der Sparkasse Offenmarktgeschäfte der Europäischen Zentralbank zur Verfügung, die jedoch nur zu Beginn des Jahres 2013 in Anspruch genommen wurden. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Liquiditätspuffers unterhält die Sparkasse einen entsprechenden Bestand an refinanzierungsfähigen Titeln, die als Sicherheit zur Durchführung von Offenmarktgeschäften bei der EZB hinterlegt sind.

Zur Beurteilung des Refinanzierungsrisikos werden die benötigten institutionellen Geldaufnahmen sowie die am Geldmarkt zu zahlenden Refinanzierungsaufschläge von der Sparkasse fortlaufend überwacht. Darüber hinaus werden die potenziellen Auswirkungen eines schlagend werdenden Refinanzierungsrisikos in entsprechenden Szenariobetrachtungen beleuchtet. Aufgrund der stabilen Entwicklung der Kundeneinlagen sowie aufgrund von fälligen Wertpapieren im Depot A war – analog zum Vorjahr – auch in 2013 keine Erfordernis zur Aufnahme längerfristiger Refinanzierungsmittel gegeben.

Hauptrefinanzierungsquelle der Sparkasse sind die Kundeneinlagen. Zur Begrenzung des Refinanzierungsrisikos und zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsquellen treibt die Stadtsparkasse Oberhausen die Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen voran. Im Vordergrund steht dabei die Teilnahme an einer Pfandbrief-Pooling-Transaktion. Dazu wurden im Jahr 2013 weitere vorbereitende prozessuale und technische Tätigkeiten durchgeführt.

Das Marktliquiditätsrisiko wird generell durch die Auswahl der zulässigen Vermögensklassen im Rahmen der Vermögensallokation sowie bei Investitionsentscheidungen hinsichtlich der konkreten Anlagealternative berücksichtigt. Zur Begrenzung des Marktliquiditätsrisikos hat die Sparkasse dabei in ihren Organisationsrichtlinien qualitative und quantitative Mindestanforderungen für die Eigenhandelsaktivitäten definiert. Neben der Festlegung eines benötigten Mindestratings der Emission/ des Emittenten sind z. B. auch höhere Volumenslimite für öffentliche Anleihen und Pfandbriefe, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen, definiert.

Die Stadtsparkasse Oberhausen hat auch in 2013 Eigenhandelsaktivitäten betrieben. Die in 2013 getätigten Wertpapierkäufe im Eigenbestand beschränkten sich, neben dem Erwerb von zwei Laufzeitfonds, auf Wertpapiere öffentlicher Stellen sowie Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten. Das Limit für die G.u.V.-orientierten Liquiditätsrisiken ist per Jahresende – analog zum Vorjahr – nicht in Anspruch genommen.

Das Limit für Liquiditätsrisiken wird per 31.12.2013 eingehalten.

2.4 Operationelle Risiken

Unter Operationellen Risiken sind die Risiken zusammengefasst, die zu Schäden für die Sparkasse infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge von externen Einflüssen führen können. In dieser Definition ist auch das Rechtsrisiko enthalten, d. h. die Gefahr von Schäden durch Rechtsprozesse, Klagen, etc.

Zur Identifizierung zukünftiger wesentlicher Schadenspotenziale werden jährlich Szenarien über mögliche Schadensereignisse aus den risikorelevanten Bereichen der Sparkasse und der Tochtergesellschaften erhoben und anschließend in Form einer Risikolandkarte dargestellt. Zur Schaffung einer einheitlichen Datenbasis und als Grundlage für die Ableitung von entsprechenden Maßnahmen werden des Weiteren die bereits eingetretenen Schäden aus Operationellen Risiken laufend in einer zentralen Schadensfalldatenbank erfasst.

Zur Begrenzung und Steuerung von Operationellen Risiken existieren aufgrund der vielschichtigen Ursachen diverse Regelungen und Verfahren in der Stadtsparkasse Oberhausen. Potenziellen Schäden durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit regelmäßig von der Internen Revision überwacht wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt und im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems überprüft. Für technische Risiken wie den Ausfall technischer Geräte und der erforderlichen EDV-Programme existieren entsprechende Notfallkonzepte, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufes auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner sollen Operationelle Risiken durch die Auswahl zuverlässiger Dienstleister vermindert werden. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen. Zur Umsetzung der Anforderungen des § 25c Abs. 1 KWG ist in der Sparkasse darüber hinaus eine Stelle zur Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen angesiedelt.

Die Abwendung von Rechtsrisiken wird durch die Nutzung aktueller Vertragsvordrucke des Deutschen Sparkassen Verlages und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen durch die Einbindung unserer in die **S** Service Rhein-Ruhr GmbH ausgelagerten Rechtsabteilung erreicht. Im Bedarfsfall bedienen wir uns zusätzlicher externer Rechtsberatung.

Der nach Berücksichtigung von Zahlungen aus Versicherungen, Haftungsfonds o. ä. verbleibende Nettoschaden aus originären Operationellen Risiken weist in der Stadtsparkasse Oberhausen wie in den Vorjahren auch im Jahr 2013 keine nennenswerte Höhe auf. Die festgelegten Limite für operationelle Risiken werden – nach Limitüberschreitungen in den beiden Vorjahren – per 31.12.2013 deutlich eingehalten.

2.5 Sonstige Risiken

Im Rahmen unseres periodischen Risikotragfähigkeitskonzeptes haben wir auch für das Absatzrisiko und das Aufwandsrisiko im Verwaltungskostenbereich durch die Reservierung von Risikodeckungsmasse Vorsorge getroffen. Das Absatzrisiko setzt sich dabei aus den Risikoarten Margenrisiko, Bestandsrisiko und Provisionsüberschussrisiko zusammen. Analog zum Vorjahr wurden die eingeräumten Risikolimite auch per 31.12.2013 eingehalten. Darüber hinaus berücksichtigt die Stadtsparkasse Oberhausen auch Modellrisiken in ihren periodischen und wertorientierten Risikotragfähigkeitskonzepten. Damit trägt die Sparkasse dem Risiko Rechnung, dass die hinter den zum Teil komplexen, im Rahmen der Banksteuerung verwendeten, Modellen stehenden Annahmen in der Praxis nicht oder nur teilweise eintreten. Da eine belastbare Quantifizierung dieses Risikos in der Vergangenheit noch nicht möglich war, wurde in 2013 ein Puffer als Risikolimit eingeräumt, wobei das Modellrisiko im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept in das Zinsspannenrisiko mit einbezogen wurde.

In den letzten Jahren ist darüber hinaus das Reputationsrisiko verstärkt in den Fokus der Risikobetrachtung gerückt. Das Reputationsrisiko stellt für die Sparkasse ein Folgerisiko dar, da es i. d. R. dann (zusätzlich) entsteht, wenn andere wesentliche Risiken (z. B. operationelle oder Adressenausfallrisiken) schlagend werden. Negative Effekte bei Eintritt des Reputationsrisikos dürften sich insbesondere in Form eines Abzugs von Kundeneinlagen ergeben. Dieses Risiko wird implizit über das periodische Limit für Liquiditätsrisiken abgedeckt, welches per Ende 2013 allerdings nicht in Anspruch genommen wurde. Im Zusammenhang mit Problemen bei einem Unternehmenskunden bestehen aufgrund weiterhin laufender Verfahren Rechtsrisiken. Die Sparkasse geht weiterhin davon aus, dass diese Risiken nicht schlagend werden und die Klagen abgewiesen werden.

Zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) wurde im Dezember 2009 die Errichtung einer Abwicklungsanstalt beschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Beteiligungsanteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem festgelegten Höchstbetrag zu übernehmen. Auf die Stadtsparkasse Oberhausen entfällt als Mitglied des RSGV damit

eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Somit besteht das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse nach Ablauf von 10 Jahren findet dann unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Analog zum Vorjahr wurde auch für das Geschäftsjahr 2013 eine entsprechende Vorsorge durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen.

3. Gesamtbild der Risikolage

Das Jahr 2013 war im Kundenkreditgeschäft geprägt durch die Verschlechterung der Sicherheiten-situation bei einem Großkreditengagement sowie durch die Erhöhung der Pauschalwertberichtigungen. Trotz des damit verbundenen Wertberichtigungsbedarfs wird das definierte Risikolimit für das periodische Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft zum 31.12.2013 wie im Vorjahr eingehalten. Darüber hinaus führte das weiterhin vorherrschende Niedrigzinsniveau zu einer Belastung des Zinsergebnisses. Das entsprechende periodische Risikolimit per Jahresende 2013 wird jedoch nicht überschritten. Eine Limitüberschreitung zum 31.12.2013 ist im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept beim Beteiligungsrisiko zu verzeichnen. Ursächlich hierfür ist die erneut notwendige Wertberichtigung der Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der Sparkassen-Finanzgruppe zum Erwerb der Landesbank Berlin. Das Limit für Aktien/Fonds wird per 31.12.2013 durch die zwischenzeitliche Ausschüttung der im Jahr 2013 erworbenen Laufzeitfonds sowie der positiven Wertentwicklung des Spezialfonds überschritten. Die positive Wertentwicklung des Spezialfonds wirkt sich negativ auf die Limitauslastung aus, da der erhöhte Abstand zur definierten Wertuntergrenze im Risikofall als Limitauslastung angerechnet wird. Da die übrigen Risikolimite eingehalten werden, steht zur Abdeckung der genannten Überschreitungen bei den übrigen Risikoarten noch ein ausreichender Freiraum zur Verfügung. Analog zum Vorjahr waren auch in 2013 auf Gesamthausebene sowohl die periodische als auch die wertorientierte Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben. Die Gesamtlimitauslastungen lagen am 31.12.2013 periodisch bei 30,4 % bzw. wertorientiert bei 79,5 %. Insgesamt ist das Verhältnis der eingegangenen Risiken der Sparkasse zur Vermögens- und Ertragslage als angemessen zu bezeichnen; das Gesamtbankrisiko wird durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt.

Im Rahmen des Risikocontrollings legt die Stadtsparkasse Oberhausen aufgrund der in den letzten Jahren eingetretenen Belastungen ein besonderes Augenmerk auf die Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft. Im Jahr 2013 wurde aus diesem Grund die Möglichkeit der Teilnahme an einer Kreditbasket-Transaktion genutzt und somit Kreditrisiken reduziert. Zudem verfolgt die Sparkasse weiterhin das Ziel, die Granularität ihres Kreditportfolios durch geeignete Maßnahmen, wie z. B. die Teilnahme an Kreditbasket-Transaktionen, zu erhöhen. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Finanzmarktkrise bilden die Adressenrisiko tragenden Wertpapiere im Depot A einen weiteren Schwerpunkt im Risikocontrolling. Diese Anlagen erfolgten im Rahmen der strategischen Vermögensallokation und dienen der langfristigen Anlage. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten wird erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen kommen wird. Darüber kam es in der Struktur der Eigenanlagen im Jahr 2013 zu Verschiebungen zwischen Pfandbriefen und Termingeldern, wobei sich die granulare Struktur gemäß den definierten Volumenlimiten für Emittenten und Kontrahenten nicht maßgeblich verändert hat. Der Anteil risikoarmer Titel wurde durch die Fälligkeiten von Pfandbriefen zu Gunsten von Termingeldern reduziert. Die Anlagen erfolgten dabei im Termingeldbereich, um die Mittel zur Rückführung institutioneller Refinanzierung im Jahr 2015 zu nutzen.

E. Prognosebericht

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die im Jahresverlauf aufstrebende deutsche Wirtschaft wird auch 2014 nicht an Fahrt verlieren. So zeigt der ifo-Geschäftsklimaindex bereits seit dem Frühjahr 2013 aufwärts und konnte sich zu Beginn 2014 sogar noch verbessern. Laut der deutschen Bundesbank wird das Wachstum dieses Jahr vermehrt wieder von der Außenwirtschaft mitgetragen. Dies belegen steigende Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe, die überproportional aus Drittländern eingehen. Unter diesen Bedingungen geht die deutsche Bundesbank davon aus, dass Deutschland ein BIP-Wachstum 2014 von 1,7 % erfahren wird. Das ifo-Institut geht gar von einem Wachstum in Höhe von 1,9 % aus.

Prognosen des DIW und IfW zufolge werden die Investitionsausgaben 2014 deutlich zunehmen. Steigende Kapazitätsauslastungen, weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen und die Investitionszurückhaltung der vergangenen Jahre lassen die Investitionstätigkeit im laufenden Jahr um 5,4 % respektive 6,0 % ansteigen. Ähnliches gilt für die Bruttoanlageinvestitionen, welche, hauptsächlich getragen von dem Wohnungsbau, etwa 4,5 % zulegen sollen.

Ein weiterer Anstieg des verfügbaren Einkommens um 2,8 % (DIW) bzw. 3,4 % (IfW) wird die privaten Konsumausgaben bei prognostizierter gleichbleibender (DIW) oder leicht ansteigender (IfW: 0,2 %) Sparquote um real 1,3 % bis 1,5 % ansteigen lassen.

Prognosen verschiedener Institute gehen von einer Überwindung der Schwächephase am Arbeitsmarkt aus und schätzen die Zunahme der Erwerbstätigen auf 0,4 % bis 0,8 % in 2014. Die deutsche Bundesbank geht davon aus, dass die Zuwanderung anhaltend hoch bleibt und hauptsächlich die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt prägt.

Die Inflation soll sich in 2014 zwar leicht beschleunigen, dennoch mit 1,5 % bis 1,8 % unter der Zielmarke der EZB von 2 % verharren.

Die Unternehmen im Ruhrgebiet blicken laut dem IHK-Konjunkturklimaindex optimistisch wie schon lange nicht mehr (26 % aller befragten Unternehmen) in die Zukunft. Dieser Optimismus geht auffällig stark von den Industrieunternehmen aus, welche zum Jahresbeginn 2014 einen starken Anstieg bei den Auftragseingängen verzeichnen konnten.

Risiken aus dem vergangenen Jahr, wie die Eurokrise, treten in der Wahrnehmung überwiegend in den Hintergrund. Allerdings bereiten 39 % der Betriebe die Weichenstellung der Bundesregierung bezüglich des Mindestlohns und des Renteneintrittsalters Sorgen. Hinzu kommt noch die Befürchtung steigender Energie- und Rohstoffpreise.

Wir gehen davon aus, dass sich für den regionalen Wirtschaftsraum Ruhrgebiet sowie die Stadt Oberhausen keine wesentlichen Unterschiede zu den zuvor beschriebenen Prognosen für das Jahr 2014 ergeben werden.

2. Branchenentwicklung

In dem erwarteten günstigen Konjunkturumfeld dürften die Zinsen in allen Laufzeitbereichen moderat steigen. Bedingt durch die weiterhin expansive Ausrichtung der EZB, die ihren Hauptrefinanzierungszins 2014 voraussichtlich unverändert bei 0,25 % belassen dürfte, sollte das Niveau allerdings, gemessen an der Vergangenheit, auf niedrigem Niveau bleiben. Mehrere Landesbanken rechnen für die 10-jährigen Bundesanleihen mit einem Niveau von 2,30 % zum Jahresende 2014.

Für 2014 wird ein weiterhin wettbewerbsintensives Marktumfeld am deutschen Bankenmarkt erwartet. Das Zinsniveau dürfte auch in diesem Jahr einen Belastungsfaktor für die deutschen Banken darstellen. Die robuste Einkommens- und Beschäftigungssituation in Deutschland und die voraussichtlich höhere konjunkturelle Dynamik der Wirtschaft wird die Entwicklung der Kreditwirtschaft dagegen unterstützen.

Gemäß der Analyse von Ernst & Young (Bankenbarometer 2014) sind die Perspektiven für das Retail Banking und das gehobene Privatkundengeschäft weiterhin gut. Zudem wird eine starke Nachfrage nach privaten Immobilienkrediten erwartet. Darüber hinaus sind zum Teil gegenläufige Marktstrategien zu beobachten. Die deutschen Geldhäuser verfolgen dabei sowohl die Modernisierung ihres Filialnetzes als auch die Investitionen in die Digitalisierung des Bankgeschäfts und die Vernetzung der verschiedenen Vertriebskanäle. Künftig sollen in den Filialen vor allem die beratungsintensiven Gespräche mit den Kunden geführt werden, während einfachere Produkte dagegen zunehmend über mobile Endgeräte und das Internet verkauft werden. Die Reduzierung unrentabler Filialen wird dabei in großem Umfang weitergehen.

Ein Unsicherheitsfaktor geht für die Branche weiterhin von Rechtsrisiken und Risiken aus der noch nicht überwundenen Schuldenkrise aus. Vor allem aber erwartet die Branche eine fortgesetzte Unsicherheit und Belastung aus regulatorischen Maßnahmen und sich verändernder Rechtsprechung. Der grundlegende Wandel der Branche, insbesondere der Deleveraging-Prozess, dürfte vor diesem Hintergrund anhalten. Im Hinblick auf die Sicherstellung der zukünftig geforderten höheren Kernkapitalquoten dürfte sich der Trend zur Umschichtung der Aktivitäten in risiko-und margenarme Geschäftsfelder ebenfalls fortsetzen. Im Blickpunkt stehen hierbei vor allem inländische Firmenkunden mit guter Bonität, um die ein starker Wettbewerb unter Inkaufnahme von knappen Margen entbrannt ist.

Aus der im europäischen Vergleich deutlichen Überversorgung mit Bankdienstleistungen ergibt sich für alle Bankengruppen der Bedarf ihre Geschäftsmodelle zu überprüfen und Überkapazitäten weiter abzubauen.

3. Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen

Die Verbesserung der Rentabilität über die Erhöhung der Erträge bei gleichzeitiger Reduktion Verwaltungs- und Risikokosten sowie die Steigerung des Kundengeschäftsvolumens und in Folge die Sicherung der Erfüllung der steigenden aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen (Basel III) stellen die zentralen Ziele unseres mittel- und langfristigen Handelns dar. Vor dem Hintergrund des kreditwirtschaftlichen Umfeldes (Stichwort Niedrigzinsniveau und den damit verbundene Ertragsbelastungen) steht in den nächsten Jahren die konsequente Senkung der Verwaltungskosten sowie die Reduktion der Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Fokus unserer Anstrengungen. Hierzu haben wir in unserem internen Zukunftsprojekt „Stadtsparkasse Oberhausen 2020“ zahlreiche Maßnahmen erarbeitet. Zentraler Ansatzpunkt für die deutliche Reduzierung der Verwaltungskosten ist neben der bereits erfolgten Anpassung des Filialnetzes ein weiterer Mitarbeiterabbau. Die Reduktion der Kreditrisikokosten wollen wir über eine risikoorientierte Kreditpolitik, verbesserte Kreditprozesse, kontinuierliche Mitarbeiterfortbildung und ein effizientes Kreditrisikomanagement mit klaren regelbasierten Verfahren erreichen. Dazu zählt auch der Abbau von Risikokonzentrationen.

Ausgehend von diesen übergeordneten Handlungsschwerpunkten erwarten wir die nachfolgend beschriebene Entwicklung für das Jahr 2014. Diese Einschätzungen haben Prognosecharakter. Trotz der vorhandenen Steuerungsinstrumente können die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse von dem zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Im Privatkundenkreditgeschäft wird sich der starke Wettbewerb im Baufinanzierungsgeschäft mit anderen Anbietern fortsetzen. Hinzu kommt ein begrenztes Angebot an Baugebieten in unserem Geschäftsgebiet. Über die Standortverlagerung des bisherigen BaufinanzierungsCenters sowie die Etablierung eines zweiten zentralen Standortes rund um das Thema Baufinanzierungen im Oberhausener Stadtgebiet, einer verbesserten Kundenüberleitung aus dem Filialvertrieb, die Intensivierung des Kreditgeschäftes im Renovierungs- und Modernisierungsbereich und einer verbesserten und intensivierten Zusammenarbeit mit Vermittlern und Vermittlerplattformen wollen wir den Bestand an Wohnungsbaufinanzierungen ausbauen.

Bei der Vermittlung von Konsumentenkrediten erwarten wir grundsätzlich eine Seitwärtsentwicklung. Allerdings wird im Laufe des Jahres 2014 die interne Arbeitsgruppe, die sich mit den Vor- und Nachteilen einer Rückverlagerung des Konsumentenkreditgeschäftes in die Sparkasse auseinandersetzt, ihre Abschlussergebnisse vorlegen. Abhängig von diesen Ergebnissen kann es zu einer Substitution von vermittelten durch eigenproduzierte Konsumentenkredite kommen.

Im gewerblichen Kreditgeschäft gehen wir aufgrund unserer risikoorientierten Kreditpolitik und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Trägergebiet von einer leicht rückläufigen Entwicklung aus. Im Bereich der Kommunalkredite erwarten wir eine Seitwärtsentwicklung.

Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus und des nach wie vor bestehenden Wettbewerbs um – insbesondere private – Kundeneinlagen mit einzelnen Bankengruppen erwarten wir insgesamt eine Seitwärtsentwicklung der Einlagenbestände. Allerdings wird sich der Rückgang der Margen nicht bzw. in keinem nennenswerten Umfang fortsetzen. Beim in den letzten Jahren vorherrschenden Trend hin zu den variablen Einlagen erwarten wir auch im Jahr 2014 keine Änderung.

Insgesamt erwarten wir eine leichte Reduzierung des Kundengeschäftsvolumens. Bei der Entwicklung der Bilanzsumme gehen wir aufgrund eines weiteren strategiekonformen Abbaus institutioneller Geschäfte von einem moderaten Rückgang aus.

Schwerpunkte im Bereich des provisionstragenden Vermittlungsgeschäfts bilden die Versorgung unserer Kunden mit Altersvorsorge- sowie Bausparprodukten, das Vermittlungsgeschäft mit Konsumentenkrediten sowie das Kundenwertpapiergeschäft. Im Unternehmenskundenbereich bildet die Vermittlung von derivaten Produkten und

Lösungen im Auslandsgeschäft ein weiteres wichtiges Standbein. Insgesamt ergibt sich für das provisionstragende Vermittlungsgeschäft eine differenzierte Erwartungshaltung. Während im Wertpapier- sowie im Auslandsgeschäft keine wesentliche Belebung gegenüber dem Vorjahr erwartet wird, gehen wir bei der Vermittlung von Versicherungsprodukten von einem deutlichen sowie im Bereich des Bauspargeschäftes von einem leichten Anstieg aus.

Das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring wird sich im Jahr 2014 auf wiederum hohem, voraussichtlich aber in Summe leicht reduziertem Niveau bewegen. Hinsichtlich der Mitarbeiterzahl erwarten wir für das Jahr 2014 eine leicht rückläufige und für die Folgejahre aufgrund der im Jahr 2013 abgeschlossenen Altersteilzeit- sowie Abfindungsvereinbarungen eine stark rückläufige Entwicklung.

Auf Basis unserer Planungsrechnungen gehen wir vor dem Hintergrund der bereits durchgeführten Maßnahmen aus unserem internen Zukunftsprojekt sowie aufgrund der Effekte aus dem Abbau des institutionellen Geschäftes für das Jahr 2014 von einem deutlich steigenden ordentlichen Zinsergebnis aus. Das Zinsergebnis bleibt damit weiterhin die wichtigste Ertragsposition. Auf Basis unserer Zinseinschätzung werden wir auch im Jahr 2014 im Rahmen unserer Risikotragfähigkeit die Möglichkeit zur Generierung von Erträgen aus der Fristentransformation nutzen.

Auch für das ausgewiesene Provisionsergebnis erwarten wir eine deutliche Steigerung. Hintergrund ist v. a. die Anfang 2014 durchgeführte Rückverlagerung des Bauspar- sowie des Versicherungsgeschäftes aus der **S**-Versicherungs- und Immobilien-Vermittlungsgesellschaft mbH in die Sparkasse. Korrespondierend werden sich die „Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen“ (s. GuV-Position 4) deutlich reduzieren. Eine wesentliche Stütze des Provisionsergebnisses bleiben auch im Jahr 2014 die voraussichtlich nochmals leicht steigenden Erträge aus dem Giroverkehr.

Bei den ausgewiesenen Verwaltungskosten erwarten wir insgesamt einen spürbaren Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Hintergrund sind die entfallenden Sonderbelastungen des Jahres 2013 aufgrund der abgeschlossenen Altersteilzeit- und Abfindungsvereinbarungen. Belastend für den Personalaufwand wirken sich hingegen der Tarifabschluss sowie die erwähnte Rückverlagerung des Bauspar- sowie des Versicherungsgeschäftes und der betroffenen Mitarbeiter aus der **S**-Versicherungs- und Immobilien-Vermittlungsgesellschaft mbH in die Sparkasse aus. Bezogen auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation, bei dem eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnispositionen erfolgt, erwarten wir aufgrund der vorgenannten Effekte hingegen einen deutlichen Anstieg der Verwaltungsaufwendungen.

Im Kreditgeschäft gehen wir aufgrund der in der Vergangenheit konsequent vorgenommenen Vorsorge für latente Kreditrisiken und der risikoaversen Kreditpolitik von einem nochmaligen Rückgang der Belastung des Jahresergebnisses aus. Beim Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erwarten wir unter Berücksichtigung unserer Kapitalmarktprognose keine wesentlichen Belastungen.

Aus den Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG heraus wird die Sparkasse, wie in der Risikoberichterstattung unter dem Punkt „Sonstige Risiken“ dargestellt, in den nächsten Jahren einen Teil ihres Gewinnes als bilanzielle Vorsorge in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB einstellen. Nach den getroffenen Vereinbarungen ist der Fonds auch im Jahr 2014 mit rund 1,3 Mio. € zu dotieren.

Risiken für den erwarteten Unternehmenserfolg stellen ein verstärkter Wettbewerb im Bereich der privaten Baufinanzierung, ein starker Abfluss von Kundengeldern, eine mögliche negative konjunkturelle Entwicklung verbunden mit steigenden Kreditrisiken, ein massiver schneller Zinsanstieg, eine deutliche Verflachung der Zinskurve sowie neue Belastungen an den Kapitalmärkten durch eine weitere Eskalation der Staatsschulden- oder der Russland-/Ukraine-Krise dar.

Unter Würdigung aller genannten Risiko- und Belastungsfaktoren, der erwarteten Geschäftsentwicklung und der weiteren Umsetzung unseres Kostensenkungs- und Optimierungsprogrammes gehen wir für das Jahr 2014 zusammenfassend von einer spürbaren Verbesserung der ordentlichen Ergebnissituation aus. In Kombination mit der oben beschriebenen Prognose einer weiter reduzierten Belastung aus dem Bewertungsergebnis Kreditgeschäft erwarten wir einen gegenüber dem Vorjahr steigenden Jahresüberschuss, der eine Stärkung des Eigenkapitals der Stadtsparkasse Oberhausen zulässt.

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen wird auf Basis der vorausschauenden Liquiditätsplanung jederzeit gegeben sein. Dies beinhaltet auch die Einhaltung der neuen Liquiditätsanforderungen aus der europäischen CRR-Verordnung.

Die ebenfalls der zum 01.01.2014 in Kraft getretenen CRR-Verordnung entstammenden neuen gesetzlichen Eigenmittelanforderungen werden durch die nur noch teilweise Anerkennung einzelner Eigenkapitalbestandteile zu einer

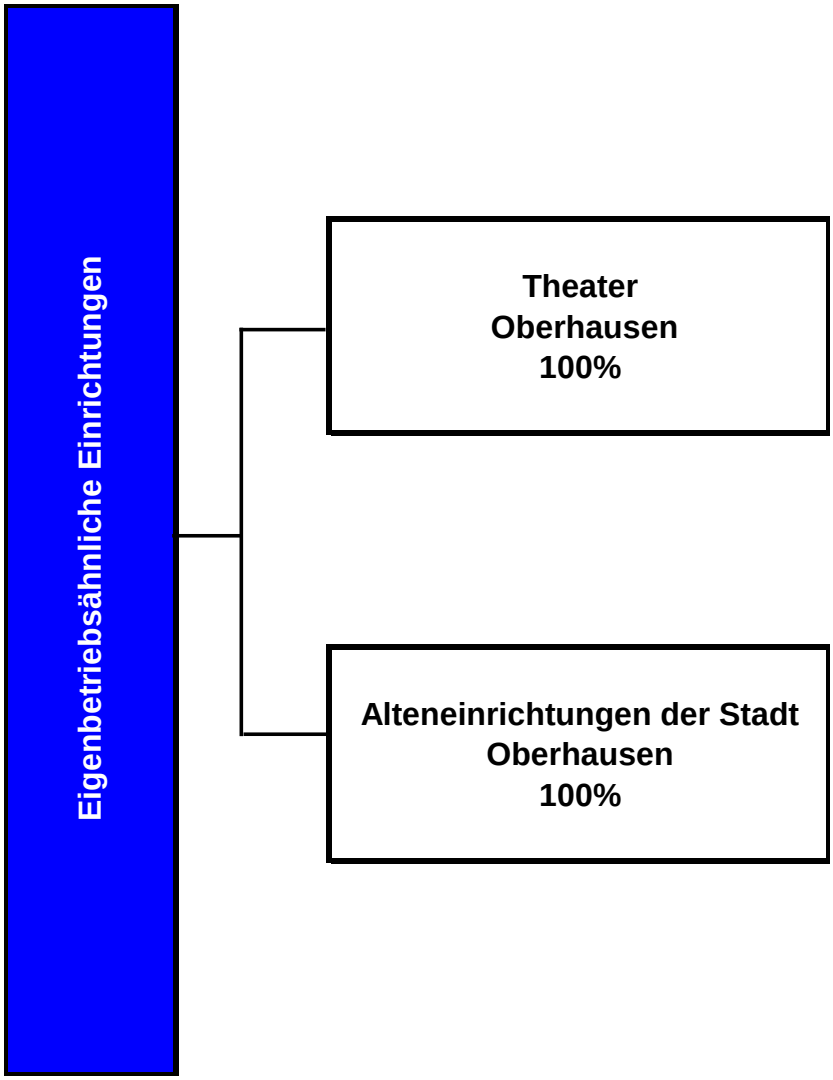
Reduzierung des Eigenkapitals sowie der Eigenkapitalquote führen. Die aufsichtsrechtlichen Mindest-Eigenkapitalanforderungen werden wir allerdings auch weiterhin deutlich übertreffen.

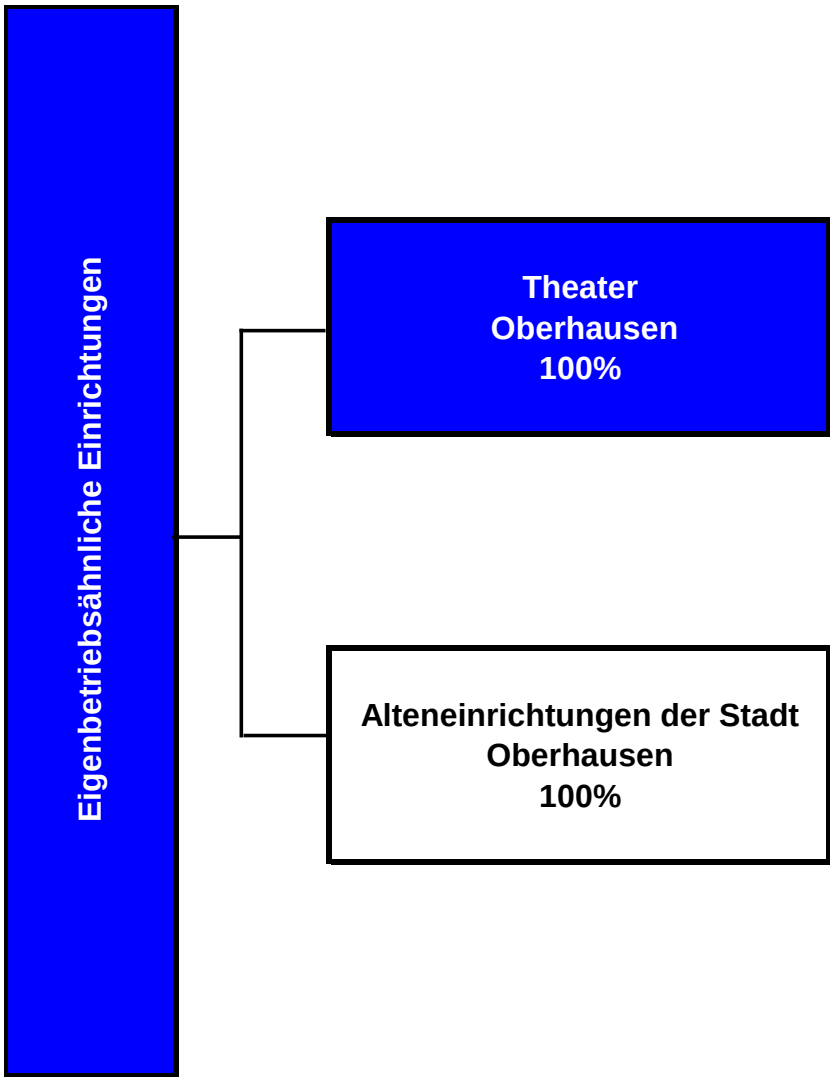
STADTSPARKASSE OBERHAUSEN

Oberhausen, im April 2014

Uppenkamp Salhofen Mebus

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen




Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100%
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100%

Theater Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ebertstr. 82
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85780
Fax	0208/8578325
e-Mail	info@theater-oberhausen.de
Internet	www.theater-oberhausen.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in TDM‘‘: 100,00

Gesellschafter:

	TDM	%
Stadt Oberhausen	100,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Treuhandüberlassungsvertrag vom 01.12.1998 zur Nutzung des Grundstücks (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Carp, Peter	
	Betriebsleiter	Hennemann, Jürgen	
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Schranz, Daniel	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	stellv. Vorsitzende	Jäntsch, Angelika	wird vertreten durch Wolter, Horst
	Mitglied	Arlt, Gerd	wird vertreten durch Hoff, Marc (Bgm.)
	Mitglied	Barwanietz, Thomas	wird vertreten durch Lenz, Eugen (Bgm.)
	Mitglied	Bongers, Sonja	wird vertreten durch Radtke, Dorothee
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter	wird vertreten durch Nakot, Werner

Mitglied	Cordes, Hubert	wird vertreten durch Emmerich, Karl-Heinz
Mitglied	Flötgen, Michaela	wird vertreten durch Laß, Heike (Bgm.)
Mitglied	Flore, Manfred	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
Mitglied	Gödderz, Sandra	wird vertreten durch Ilhan, Nuran
Mitglied	Grefermann, Jürgen	wird vertreten durch Janßen, Anne
Mitglied	Imlau, Hartmut	wird vertreten durch Helvali, Raci (Bgm.)
Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Wischermann, Hermann
Mitglied	Lepges, Gerd	wird vertreten durch Heckhoff, Christian (Bgm.)
Mitglied	Mertens, Ursula	wird vertreten durch Paß, Eugen (Bgm.)
Mitglied	Stroh, Uly	wird vertreten durch Jansen, Dieter
Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Weingärtner, Helga
Mitglied	Wingens, Ursula	wird vertreten durch Röder, Alfred
Mitglied	Wolter, Marita	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Flore, Manfred
stellv. Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz	Pers. Stellvertretung für Cordes, Hubert
stellv. Mitglied	Heckhoff, Christian	Pers. Stellvertretung für Lepges, Gerd (Bgm.)
stellv. Mitglied	Helvali, Raci	Pers. Stellvertretung für Imlau, Hartmut (Bgm.)
stellv. Mitglied	Hoff, Marc	Pers. Stellvertretung für Arlt, Gerd
stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Grefermann, Jürgen
stellv. Mitglied	Janßen, Dieter	Pers. Stellvertretung für Stroh, Uly
stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran	Pers. Stellvertretung für Gödderz, Sandra
stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Flötgen, Michaela (Bgm.)
stellv. Mitglied	Lenz, Eugen	Pers. Stellvertretung für Barwanietz, Thomas (Bgm.)
stellv. Mitglied	Nakot, Werner	Pers. Stellvertretung für Broß, Klaus-Dieter
stellv. Mitglied	Paß, Eugen	Pers. Stellvertretung für Mertens, Ursula (Bgm.)
stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Schranz, Daniel
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee	Pers. Stellvertretung für Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Röder, Alfred	Pers. Stellvertretung für Wingens, Ursula
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Wolter, Maria
stellv. Mitglied	Weingärtner, Helga	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
stellv. Mitglied	Wischermann, Hermann	Pers. Stellvertretung für Köhler, Hans-Jürgen
stellv. Mitglied	Wolter, Horst	Pers. Stellvertretung für Jäntsch, Angelika

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	816,74	83,9	893,26	88,7	699,90	86,2	-193,36	-21,65
Rechnungsabgrenzungsposten	156,64	16,1	114,03	11,3	112,48	13,8	-1,55	-1,36
Bilanzsumme	**973,38**	**100,00**	**1.007,29**	**100,00**	**812,38**	**100,00**	**-194,91**	**-19,35**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	103,41	10,6	98,88	9,8	97,80	12,0	-1,08	-1,09
Rückstellungen	433,33	44,5	473,86	47,0	445,70	54,9	-28,16	-5,94
Verbindlichkeiten	315,80	32,4	434,55	43,1	268,87	33,1	-165,68	-38,13
Rechnungsabgrenzungsposten	120,83	12,4					0,00	
Bilanzsumme	**973,38**	**100,00**	**1.007,29**	**100,00**	**812,38**	**100,00**	**-194,91**	**-19,35**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	550,18	629,48	663,03
sonstige betriebliche Erträge	8.697,99	9.437,12	8.856,46
Materialaufwand	527,44	1.279,72	825,77
Personalaufwand	6.751,50	6.593,52	6.768,26
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.958,92	2.187,49	1.918,86
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,09	1,91
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10,31	5,77	4,70
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	10,31	5,77	4,70
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	10,31	5,77	4,70

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2011	31.07.2012	31.07.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,87	0,92	0,71	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,07	6,20	5,04	%
Cash-Flow:	10,31	5,77	4,70	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	79,04	81,51	79,46	T€
Personalaufwandsquote:	73,00	65,50	71,10	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2011	31.7.2012	31.7.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	10,62	9,82	12,04	%
Fremdkapitalquote:	89,38	90,18	87,96	%

e) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen
Das Theater Oberhausen wird als Öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag , die Darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt dabei auch ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).
Die Stadt Oberhausen ist eine im Strukturwandel befindliche Stadt im westlichen Ruhrgebiet mit ca. 215.000 Einwohnern. Weitere theatertragende Städte im Umfeld sind Duisburg, Moers, Essen und Gelsenkirchen.

Ertragslage
In Klammern : jeweils der Vorjahreswert
In der Spielzeit 2012/13 wurden in Oberhausen 360 (348) Veranstaltungen mit 60.041 (60.102) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 68,9 % (68,0%) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 18 (15), im Malersaal 9 (12) und in Außenspielstätten und Rauchbar 5 (3) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Ferner fanden 31 (40) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen statt.

Das Theater Oberhausen gastierte mit 12 (10) eigenen Abstechern.

Entwicklung der **Umsatzerlöse:**

	31.07.13	31.07.12
	EUR	EUR
Eintrittseinnahmen und Abstecher	663.026,59	629.476,72

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von EUR 4.696,93(Vorjahr EUR 5.770,87) ab.

Die **Erträge** lagen um TEUR 192 über dem Planansatz. Die Mehreinnahmen betreffen mit TEUR 167 im Wesentlichen die Einnahmen aus Abstechern.

Auf der Kostenseite haben sich im Bereich der **Personalkosten** Mehrausgaben in Höhe von TEUR 4 ergeben.

Mehraufwendungen bei den **Sachkosten** (TEUR 166) resultieren im Wesentlichen
Gebäudekosten / (TEUR 107) und der Werbung (TEUR 109).

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Zahl der Beschäftigten	1.8.13	31.7.12	Veränderung
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	59,5	59,5	0
Verwaltungspersonal	9,8	9,8	0
Arbeiter	50,5	50,5	0
	119,8	119,8	0

Der Aufwand betrug TEUR 3.113 für Künstler und BTT –Kräfte und TEUR 2.768 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf TEUR 1.371. Im Aufwand für das Künstl. Pers. sind auch Kosten für Gastschauspieler, -Regisseure und –Ausstatter enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. Juli 2013		31. Juli 2012		
	TEUR	%	TEUR	%	Veränderung
Unfertige Ausstattungen	29	3,6	29	2,9	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6	0,7	6	0,6	0
Forderungen an die Stadt Oberhausen	13	1,6	94	9,3	-81
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	648	79,8	648	64,4	0
Kasse / Bank	116	14,3	230	22,8	-114
Gesamtvermögen	812	100,0	1.007	100,0	-195
Rücklagen	68	8,4	72	7,1	-4
Gewinn	30	3,7	26	2,6	4
Eigenkapital	98	12,1	98	9,7	0
Sonstige Rückstellungen	446	54,9	474	47,1	-28
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	191	23,5	373	37,0	-182
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	77	9,5	62	6,2	15
Kurzfristiges fremdkapital	714	87,9	909	90,3	-195
Gesamtkapital	812	100,0	1.007	100,0	-195

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	01.08.2012	Zuführung	Auflösung	31.07.2013
Eingefordertes gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Allg.Rücklage	14.366,02	0,00	0,00	14.366,02
Zweckgebundene Rücklage				
Rücklage	57.264,73	0,00	3.579,04	53.685,69
Gewinn	27.245,11			
Aufl. zweckgeb.Rücklage		3.579,04	0,00	
Gewinnausschüttung			5.770,87	
Jahresüberschuss		4.696,93	0,00	
Gewinn				29.750,21
	98.875,86	8.275,97	9.349,91	97.801,92

Entwicklung der Rückstellungen:

	01.08.2012	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.07.2013
Instandhaltung	91.600,00	33.200,00	0,00	0,00	58.400,00
Zuwendung 13. Gehalt	87.500,00	87.500,00	0,00	87.500,00	87.500,00
Jahresabschlussprüfung	21.500,00	20.944,00	556,00	22.700,00	22.700,00
Sanierung Lüftungsanlage	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
Übrige	248.263,28	150.208,08	2.402,73	156.450,00	252.102,47
	473.863,28	291.852,08	2.958,73	266.650,00	445.702,47

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen des Risikomanagements überprüft. Durch fachlich begleitete Betriebsbegehungen sowie die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Anlagen kann die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls der Anlagen verringert werden. Erst 2012 wurden rd. TEUR 270 zur Sicherstellung der Betriebs- und Arbeitssicherheit der technischen Anlagen aufgewendet. Auch den Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teil oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) wird durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet.

Den entsprechenden Maßnahmen wird durch ausreichende Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Das Besucherverhalten wird in regelmäßigen Sitzungen analysiert.

Veränderungen des Kommunalen- und des Landeszuschusses unterliegen nicht den Handlungsmöglichkeiten der Theaterleitung.

Prognosebericht

Zur künftigen Entwicklung ist unverändert festzustellen, dass die Lebensfähigkeit des Theaters von der Bezuschussung durch die Stadt Oberhausen abhängig ist. Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung muss weiterhin auf die dramatisch angespannte Haushaltslage der Stadt Oberhausen verwiesen werden. Für das Wirtschaftsjahr 2013/14 liegt ein mit Datum vom 29.04.2013 durch den Rat der Stadt Oberhausen beschlossener Wirtschaftsplan vor, welcher einen städtischen Zuschuss in Höhe von TEUR 7.997 ausweist. Vor diesem Hintergrund gehen wir von einem ausgeglichenen Ergebnis für 2013/14 aus.

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat mit Datum vom 8.9.2008 die Stadt Oberhausen mit Bezug auf § 82 GO unter vorläufige Haushaltsführung gestellt. Aufgrund des Stärkungspaktes für überschuldete Kommunen (§ 76 GO NRW) ist die Stadt Oberhausen verpflichtet, ab 2012 für zehn Jahre durchschnittlich mindestens 40 Mio. EUR p.a. einzusparen. Nach dem Haushaltssicherungsplan (HSP) 2012 soll durch massive Einsparungen und Einnahmeverbesserungen bereits 2016 der Haushaltsausgleich erfolgen und der Gesamthaushalt der Stadt bis 2021 ausgeglichen sein.

Das Theater Oberhausen soll im Rahmen des HSP ab 2015 jährlich durch „Zusammenarbeit mit einem anderen Kommunalen Theater (Fusion, Kooperation, Neugründung einer gemeinsamen Gesellschaft)“ 2 Mio. EUR einsparen. Gemäß HSP 2013 ff „ hält der Rat der Stadt weiterhin die Existenz der städtischen Bühnen für unverzichtbar. Das Theater hat in der Zeit von 2008 bis heute rd. 1.100 TEUR eingespart. Diese Vorgaben waren ohne eine grundsätzliche Gefährdung des Theaterbetriebes umsetzbar. Darüber hinausgehende Einsparmaßnahmen würden allerdings die Fortführung des Theaters in seiner jetzigen Form infrage stellen.

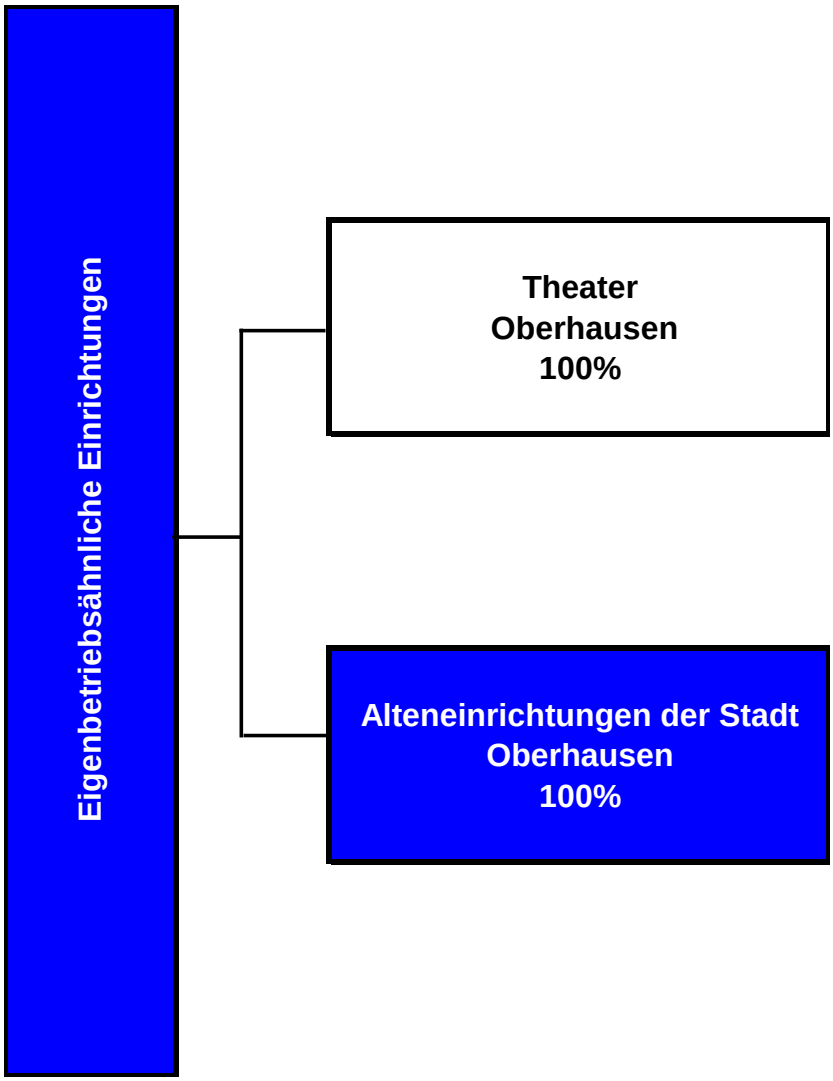
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Oberhausen, den 19.Dezember 2013

Theater Oberhausen, Betriebsleitung

Peter Carp Jürgen Hennemann


Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100%
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100%

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/6911
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in TDM: 3.500,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	3.500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die "Ellly-Heuss-KnappStiftung" und das Louise-Schroeder-Heim" bilden einen Eigenbetrieb und werden auf der Grundlage der entsprechenden Regelungen der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

Zweck des Eigenbetriebs ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Der Eigenbetrieb führt den Namen "Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen".

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Unterhaltung der in Absatz 1 genannten Einrichtung.

Der Eigenbetrieb ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Eigenbetriebes dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Eigenbetriebs fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Stadt Oberhausen erhält bei der Auflösung des Eigenbetriebs oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitaleinlagen und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt jedoch seit der erfolgten Ausgründung der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH seit dem 01.01.2002 ausschließlich in der reinen Vermögensverwaltung, d. h. in der Verwaltung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe Elly-Heuss-Knapp-Stiftung und Louise-Schroeder-Heim. Aufgrund der zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und ASO gGmbH abgeschlossenen Pachtverträge obliegen Instandhaltungen sowie eventuelle Pächtereinbauten allein der ASO gGmbH, während gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
Diverse	Mietverträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2013)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Spiecker, Udo	
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	wird vertreten durch Vöpel, Dirk
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike	wird vertreten durch Wolter, Marita
	Mitglied	Blanke, Andreas	wird vertreten durch Axt, Birgit
	Mitglied	Brands, Beatriks	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus	wird vertreten durch Matzat, André (Bgm.)
	Mitglied	Holtz, Gerd	wird vertreten durch Fürth, Joachim (Bgm.)
	Mitglied	Kamps, Jochen	wird vertreten durch Kösling, Anja
	Mitglied	Koppers, Peter	wird vertreten durch Janßen, Anne
	Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	Mitglied	Opitz, Stefanie	wird vertreten durch Laß, Heike
	Mitglied	Pusch, Jörg	wird vertreten durch Hansen, Heike
	Mitglied	Radtke, Dorothee	wird vertreten durch Kösling, Klaus
	Mitglied	Röder, Alfred	wird vertreten dürch Pascheberg, René
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto	wird vertreten durch Prakken, Jolanta (Bgm.)
	Mitglied	Schepers, Hermann-Josef	wird vertreten durch Rubin, Dirk
	Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Bongers, Sonja
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
	Mitglied	Weingärtner, Helga	wird vertreten durch Zimkeit, Stefan
	Mitglied	Weirich, Detlef	wird vertreten durch Stappert, Claudia (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Brands, Beatriks
	stellv. Mitglied	Axt, Birgit	Pers. Sellvertretung für Blanke, Andreas
	stellv. Mitglied	Bongers, Sonja	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
	stellv. Mitglied	Fürth, Joachim	Pers. Stellvertretung für Holtz, Gerd
	stellv. Mitglied	Hansen, Heike	Pers. Stellvertretung für Pusch, Jörg
	stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Koppers, Peter
	stellv. Mitglied	Kösling, Anja	Pers. Stellvertretung für Kamps, Jochen
	stellv. Mitglied	Kösling, Klaus	Pers. Stellvertretung für Radtke, Dorothee
	stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Opitz, Stefanie

stellv. Mitglied	Matzat, André	Pers. Stellvertretung für Breuckmann, Ludgerus (Bgm.)
stellv. Mitglied	Pascheberg, René	Pers. Stellvertretung für Röder, Alfred
stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Nagels, Hans-Jürgen
stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta	Pers. Stellvertretung für Runkler, Hans-Otto
stellv. Mitglied	Rubin, Dirk	Pers. Stellvertretung für Schepers, Hermann-Josef
stellv. Mitglied	Stappert, Claudia	Pers. Stellvertretung für Weirich, Detlef (Bgm.)
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Tscharke, Hans Josef
stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertretung für Oberste-Kleinbeck, Kirsten
stellv. Mitglied	Wolter, Marita	Pers. Stellvertretung für Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan	Pers. Stellvertretung für Weingärtner, Helga

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2012		2013		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	26.730,27	90,6	25.837,06	89,7	24.926,26	89,0	-910,80	-3,53
Umlaufvermögen	2.776,06	9,4	2.980,72	10,3	3.080,00	11,0	99,28	3,33
Bilanzsumme	**29.506,33**	**100,00**	**28.817,78**	**100,00**	**28.006,26**	**100,00**	**-811,52**	**-2,82**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.796,79	16,3	5.023,47	17,4	5.227,33	18,7	203,86	4,06
Sonderposten mit Rücklagenanteil	570,60	1,9	552,20	1,9	533,79	1,9	-18,41	-3,33
Rückstellungen	306,00	1,0	304,57	1,1	260,75	0,9	-43,82	-14,39
Verbindlichkeiten	23.832,94	80,8	22.937,54	79,6	21.984,38	78,5	-953,16	-4,16
Bilanzsumme	**29.506,33**	**100,00**	**28.817,78**	**100,00**	**28.006,26**	**100,00**	**-811,52**	**-2,82**

bb) GuV

	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.436,48	2.352,12	2.290,19
sonstige betriebliche Erträge	89,64	22,41	22,29
Abschreibungen	920,02	958,59	923,18
sonstige betriebliche Aufwendungen	408,76	382,33	422,45
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13,38	28,08	3,70
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	885,62	815,86	747,53
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	325,10	245,84	223,01
sonstige Steuern	17,21	19,16	19,16
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	307,89	226,68	203,86
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	307,89	226,68	203,86

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	12,64	9,64	8,90	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,86	4,73	4,06	%
Cash-Flow:	1.227,91	1.185,27	1.127,04	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,59	89,66	89,00	%
Eigenkapitalquote:	16,26	17,43	18,66	%
Fremdkapitalquote:	83,74	82,57	81,34	%

e) Lagebericht

I. Geschäfts und Rahmenbedingungen

Der ASO Verbund

Der ASO Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlich rechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebssatzung vom Mai 2006 liegt der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der reinen Vermögensverwaltung.

Organe der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind gemäß Eigenbetriebsverordnung und Betriebssatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden von den Mitgliedern des Sozialausschusses wahrgenommen. Betriebsleiter ist Herr Udo Spiecker.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks und Gebäudekomplexe richtet sich zunächst nach den beiden Pachtverträgen, die am 20. Juni 2002 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO

gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instand haltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen für eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH im Jahre 2001 über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Der sich auf die Elly Heuss Knapp Stiftung beziehende Pachtvertrag vom 20. Juni 2002 wurde am 22.12.2006 dahingehend redaktionell verändert, dass eindeutig klargestellt wurde, dass Sonderabschreibungen von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung getragen werden müssen und nicht in den von der ASO gGmbH zu tragenden Pachtzins einbezogen werden können.

Durch eine weitere Änderung des Pachtvertrages vom 22.12.2006 wurde die zum „Haus Bronkhorstfeld“ gehörende Grundstücksfläche und die zu ihm gehörende Gebäudesubstanz aus der Pachtzinsberechnung vom 20.06.2002 herausgelöst und insoweit auf die besonderen Regelungen des Pachtvertrages vom 22.12.2006 zwischen der eigen betriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH für das neu errichtete „Haus Bronkhorstfeld“ verwiesen.

Nach vorangegangener Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss wurde hinsichtlich der Elly Heuss Knapp Stiftung im Juli 2009 die dritte Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 vertraglich vereinbart. Danach wurde die bislang im Wesentlichen mit Haus II bebaute Grundstücksfläche ausparzelliert und besonderen vertraglichen Regelungen unterworfen.

Diese sehen für diese Teilfläche eine Pachtdauer von 50 Jahren vor, verpflichten den ASO Eigenbetrieb als Verpächterin zum Abriss der auf der Teilfläche befindlichen Gebäudesubstanz und berechtigen die ASO gGmbH als Pächterin, die überlassene Fläche zu satzungsgemäßen Zwecken zu nutzen, insbesondere zu bebauen und an Dritte weiter zu verpachten. Der Pachtzins setzt sich zusammen aus einem einmaligen Zuschuss für den vom ASO Eigenbetrieb zu tragenden Abriss von Haus II (in 2010) und dauerhaft jährlichen Zuschüssen in Höhe der noch auf Haus II liegenden jährlichen Darlehensverpflichtungen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur der Elly Heuss Knapp Stiftung

Mit dem Abriss von Haus II der Elly Heuss Knapp Stiftung und der im Juli 2009 vereinbarten dritten Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 sollten die Voraussetzungen für die Errichtung eines Ersatzneubaus geschaffen werden. Dieser sollte entsprechend der Ratsentscheidung aus Februar 2009 auf der Abrissfläche errichtet werden, und zwar über die ASO gGmbH.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden jedoch von dieser die mit dem Bau gegebenenfalls verbundenen Risiken als zu hoch eingeschätzt, so dass der Aufsichtsrat der ASO gGmbH sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden hatte, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorsah. Die abschließende Entscheidung durch die politischen Gremien wurde im Frühjahr 2010 getroffen. Der Rat der Stadt beschloss am 03.05.2010, von dem ursprünglich geplanten Ersatzneubau abzusehen und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen“ (Haus I) spätestens bis zum Ablauf der von Feuerwehr und Bauordnung akzeptierten Übergangsfrist (30.06.2011) einzustellen.

Zugleich wurde vom Rat beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen“ abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Ferner wurde diese verpflichtet, auch die auf dem Haus noch liegenden Darlehensverpflichtungen ebenfalls dauerhaft auch nach dem Abriss zu tragen.

Der Rat der Stadt und der ASO Aufsichtsrat hatten sich nicht nur gegen den Ersatzneubau, sondern auch dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss von „Haus am Brunnen“ frei werdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer der ASO gGmbH von deren Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales der Elly Heuss Knapp Stiftung bzw. der damit verbundene Kostenaufwand über das Architekturbüro Dr. Schramm Frohnemann Partner, Gelsenkirchen, geklärt werden.

Auf der Grundlage der abgearbeiteten Prüfaufträge wurden von der Stadt als Eigentümerin und der ASO gGmbH folgende Entscheidungen in 2011 getroffen:

- Der Saal der Elly Heuss Knapp Stiftung soll nicht abgerissen, sondern neu gestaltet werden.
- Auf der durch den Abriss vom „Haus am Brunnen“ frei werdenden Fläche sollen zwei sich gegenüberliegende Gebäude mit 30 bzw. 28 Wohnungen errichtet werden. Die Wohnungen verteilen sich auf jeweils 3 Geschosse zuzüglich Staffelgeschoss. In den beiden Staffelgeschossen sollen pro Gebäude 4 frei finanzierte Wohnungen entstehen, während die übrigen 50 Wohnungseinheiten mit öffentlichen Fördergeldern errichtet werden sollen.

- o Die für den Neubau benötigte Grundstücksfläche wird ebenso wie die auf den Saal entfallende Fläche an die ASO gGmbH veräußert.
- o Die mit dem Abriss von „Haus am Brunnen“ verbundenen Kosten sind von der ASO gGmbH zu tragen.

Am Ende des Jahres 2011 stand fest, dass das von der ASO gGmbH geplante Projekt auch die beantragte öffentliche Förderung erfahren würde, so dass die Realisierung des Bauvorhabens und eine dauerhafte adäquate Folgenutzung der fraglichen Grundstücksfläche gewährleistet sein würden. Der Grundstückskaufvertrag wurde im September 2011 geschlossen, die Eigentumsumschreibung von der Stadt auf die ASO gGmbH erfolgte im Juli 2012.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Instandhaltungs-/Instandsetzungsvertrag für Haus Bronkhorstfeld mit der OGM GmbH

Mit Schreiben vom 20.12.2012 wurde von der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH im Hinblick auf den zwischen ihr und dem ASO Eigenbetrieb bestehenden Instandhaltungs- und Instandsetzungsvertrag auf eine i. E. bestehende Äquivalenzstörung hingewiesen, die eine Anpassung des Vertrages erforderlich mache.

Diese hätte nach dem Verständnis der OGM aufseiten der Leistungsbeschreibung und / oder aufseiten der Vergütung erfolgen können.

Der Anpassungswunsch der OGM wurde umfassend geprüft. Die dem Betriebsleiter überlassenen Unterlagen belegten, dass der OGM tatsächlich in den letzten Jahren ein finanzieller Aufwand entstanden war, der nicht mit der vom Eigenbetrieb geleisteten vertraglichen Vergütung abgedeckt werden konnte. Insoweit konnte der Wunsch nach einer Anpassung des Vertrages bzw. einer Erhöhung des Vertragspreises nachvollzogen werden.

Im Oktober 2013 beschloss deshalb der Betriebsausschuss, den bislang vereinbarten Preis jährlich um einen Betrag in Höhe von 15.000 € brutto zu erhöhen. Die Mehrkosten müssen dauerhaft vom Eigenbetrieb getragen werden, da die ASO gGmbH als Pächterin von „Haus Bronkhorstfeld“ insoweit nicht Vertragspartner der OGM und deshalb auch nicht zur Übernahme von Mehrkosten verpflichtet ist.

Erneuerungsbedarf des Fernwärmenetzes auf dem Gelände der Elly Heuss Knapp Stiftung Anfang April 2013 wurde in einem der Kontrollschächte des Fernwärmenetzes rück stauendes Wasser festgestellt. Dieses kann zu einer Schädigung der Rohrleitung, im schlimmsten Fall zu einem Versagen des Netzes führen. Die Betriebserfahrungen der EVO EnergieNetz GmbH lassen nach der bisherigen Nutzungsdauer einen deutlichen Verzehr des Lebensdauervorrats vermuten und eine etappenweise Erneuerung des gesamten Netzes sinnvoll erscheinen. Die damit verbundenen Kosten werden auf ca. 640.000,00 € geschätzt und sollen innerhalb von drei Jahren vom ASO Eigenbetrieb investiert werden. Der erste Teilbetrag ist bereits in dem vom Rat beschlossenen Wirtschaftsplan 2014 berücksichtigt worden.

III. Darstellung der Ertrags- , Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2013 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 204 T€ (Vorjahr 227 T€).

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 62 T€ von 2.352 T€ auf 2.290 T€ und entfallen dabei auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 2.277 T€ sowie Mieterlösen von Dritten mit 13 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge blieben im Geschäftsjahr unverändert bei 4 T€ und entfallen dabei im Wesentlichen auf Versicherungs- sowie Nebenkostenerstattungen.

Die Abschreibungen gingen investitionsbedingt um 35 T€ auf 923 T€ zurück.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 40 T€ auf 422 T€ angestiegen (Vorjahr 382 T€). Hierbei erhöhten sich im Wesentlichen die Verwaltungsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch die Stadt Oberhausen sowie Instandhaltungen für das im Mietvertrag vereinbarte Ersatzbeschaffungsbudget HBF.

Das Finanzergebnis verbesserte sich schließlich zinssatz- sowie tilgungsbedingt um 44 T€ auf 744 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag nicht gedeckt. Die Unterdeckung hat sich um 38 T€ von 2.310 T€ auf 2.271 T€ verbessert. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist zum Vorbilanzstichtag mit 81 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (Vorjahr 82 %).

Die Liquidität II. Grades ist auf 1.837 T€ (Vorjahr 1.720 T€) gestiegen und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 10,4 Monate (Vorjahr 9,5 Monate).

IV. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2013 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2014 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Eigenbetriebes.

V. Risikobericht

Die gesamte Gebäudesubstanz ist langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der vereinbarte Pachtzins stellt sicher, dass die gesamten Erstellungskosten in vollem Umfange refinanziert werden. Da die Absicherung der Pachterlöse jedoch unmittelbar mit der finanziellen Entwicklung der ASO gGmbH als Betreiberin des operativen Geschäfts verbunden ist, muss der ASO Eigenbetrieb sein besonderes Augenmerk auf die Auslastungsquoten des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH richten. Insoweit muss auch im Rahmen dieses Risikoberichts auf die weiter rückläufige Auslastung der stationären Pflegeeinrichtungen hingewiesen werden. Diese ist im Haus Bronkhorstfeld um 2,43 %, in der Seniorenresidenz am OLGA Park um 2,39 %, im Louise Schroeder Heim aber nach 4 % im Vorjahr um weitere 7,04 % auf nunmehr 84,45 % im Jahresdurchschnitt zurückgegangen. Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt, liegen vor allem an der in Oberhausen bestehenden Sättigung des Bedarfs an stationären Pflegeplätzen, an dem hohen Doppelzimmeranteil im Louise Schroeder Heim und an verschiedenen Problemen der dortigen Gebäudesubstanz. Auf diese soll im nächsten Jahr mit einer konzeptionellen Überplanung des gesamten Gebäudes reagiert werden. Im zurückliegenden Jahr dürfte sich auch die mehrere Monate andauernde Hetzkampagne gegen die Pächterin und deren Geschäftsführer negativ auf die Nachfrage und die damit verbundene Auslastung ausgewirkt haben.

Bei der Risikobewertung muss jedoch berücksichtigt werden, dass es der ASO gGmbH als Betreiberin der Einrichtungen bislang gelungen ist, angemessen auf solche Entwicklungen zu reagieren. Bestandsgefährdende Risiken sind deshalb trotz des für die Pächterin schwierigen Berichtsjahres nicht zu erkennen.

VI. Prognosebericht

Für 2014 wird seitens der Betriebsleitung mit einem Geschäftsjahr gerechnet, das sich im Rahmen des beschlossenen Wirtschaftsplanes und somit ohne besondere Probleme entwickeln wird.

Oberhausen, den 21. Februar 2014

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

gez. Udo Spiecker

Betriebsleiter

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 30.09.2014)

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen

	Bischoff, Jörg	Bongers, Sonja	Flore, Manfred	Lichtenheld, Frank	Münich, Elke	Overkamp, Werner	Schmidt, Jürgen	Suhr, Rainer	Tsalastras, Apostolos	Wehling, Klaus	Vorstand der evo AG	Vorstand der STOAG	Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH	Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH	Bevollmächtigte/r der STOAG	Bevollmächtige/r der Gesellschafter	Geschäftsführung der KSBG Kommunale Verwaltungs- GmbH
ASO gGmbH					X												
ASO Service					X												
BFO					X												
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG														X			
Biostrom Oberhausen Management GmbH											X						
d-NRW								X									
ecce GmbH				X													
ENO									X								
evo												X					
FSO GmbH & Co.KG													X		X		
FSO Verwaltungs- GmbH															X		
Gasometer									X								
GMVA										X							
IKF									X								
KSBG																	X
KSBG Kommunale Verwaltungs-GmbH																X	
LAH									X								
Lokalfunk									X								
Lokalfunk Verw. mbH									X								
OB-Netz											X						
OGM										X							
OVP						X											
PBO						X											
Quantum											X						
Revierpark	X																
RWE Aktiengesellschaft															X		
RW Holding															X		
RWW			X														
STOAG		X															
strasserauf GmbH											X						
TMO										X							
TZU										X							
VKA										X							
VZS							X										
WBO										X							
WFO									X								

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä.

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	KSBG mbH	LAH	OGM	PBO	Revierpark	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)		X			(X)				X				X		X
Arlt, Gerd							X										
Axt, Birgit														X			
Axt, Norbert						(X)											
Bandel, Frank						X											
Barwanietz, Thomas							X										
Bennewa, Helmut	X	X															
Benter, Christian							(X)						X				
Beulshausen, Andreas		X															
Bischoff, Jörg																	X
Blanke, Andreas	X	X														X	
Bongers, Sonja	X	X					(X)		X							X	
Boos, Regina				X											X		X
Bramorski, Stephan	(X)	(X)					(X)								X		
Brands, Beatriks	X	X											X				
Breuckmann, Ludgerus	X	X															
Brodrick, Helmut							X										
Broß, Klaus Dieter					X		X		X				(X)				
Bruckhoff, Peter									X								
Cordes, Hubert							X			X			(X)				
Derksen, René	(X)	(X)					X										
Dittmeyer, Jürgen							X										
Dröhne, Manuel							X										
Dubbert, Karin	X	X					X										
Emmerich, Karl-Heinz																X	
Erkens, Daniel							X										
Flecken, Sebastian							X										
Flore, Manfred							X			X			X				
Gäng, Thomas				X													
Gödderz, Sandra							X						(X)		X		X
Goeke, Martin													(X)				
Gohlke, Klaus		(X)															
Große Brömer, Wolfgang				X		X					X		X				X
Günter, Roland							(X)										
Hake, Michael	(X)	(X)													X		
Haller, Thomas							(X)										
Hansen, Heike	X	X															
Hausmann-Peters, Gundula	(X)	(X)													X		
Hoffmann, Heiko	(X)	(X)															

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	KSBG mbH	LAH	OGM	PBO	Revierpark	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Hoff, Marc									X								
Hüttemann, Claudia							X										
Ilhan, Nuran							(X)										
Ingendoh, Holger															X		
Jacobs, Silke													(X)				
Kamps, Jochen	X	X															
Karacelik, Yusuf										X							
Kauenhowen, Eva							X										
Kawicki, Achim	X																
Kirsten, Hildegard	(X)	(X)															
Koch, Lühr Otto Werner Klaus													X			X	
Kocks, Sandra							(X)										
Köhler, Hans-Jürgen	(X)	(X)					X		X	X							
Kösling, Anja	X	X					(X)										
Köster, Volker							X										
Kremer-Plëw, Peter					X												
Krey, Thomas												X					
Lampe, Siegfried	X	X															
Laß, Heike	(X)	(X)															
Lauxen, Sabine						(X)										X	
Lenz, Eugen	X	X													X		
Lepges, Gerd							X										
Lösken, Hans-Bernd	(X)	(X)					(X)										
Luchmann, Volker							(X)										
Marx, Petra															X		
Matzat, André	X	X															
Mellis, Karl-Heinz																	X
Mersmann, Ingo							X										
Mertens, Ursula							(X)										
Motschull, Frank						X						X					
Müthing, Christa						(X)							(X)	X			
Nakot, Werner										X			(X)				
Nowak, Annemarie							(X)										
Nowak, Werner														X			

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	KSBG mbH	LAH	OGM	PBO	Revierpark	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	X												X			
Ohletz, Horst			X														
Opitz, Stefanie	X	X															
Osmann, Denis														X			
Pascheberg, René	X	X															
Paß, Eugen	(X)	(X)															
Prakken, Jolanta	(X)	(X)															
Pusch, Jörg	X	X															
Radtke, Dorothee	X	X					(X)		X				(X)				
Real, Ulrich														X	X		
Röpell, Armin										X							
Rubin, Dirk	(X)	(X)													X	X	
Rudl, Rainer	(X)	(X)															
Runkler, Edith							(X)										
Runkler, Hans-Otto	X	X								X			X	X			
Sahin, Bülent							X										
Scheffler, Stefan														X			
Schikorra-Känder, Sabine	(X)	(X)															
Schmidt, Jürgen										X							
Schneider, Josef							(X)										
Schranz, Daniel					X		X				X		X				
Schucker, Rainer							(X)										
Schuler, Immanuel													(X)			X	
Sommer, Udo							X										
Spanke, Sigrid	(X)	(X)															
Sporkmann, Bernhard	(X)	(X)															
Stehr, Simone Tatjana										X							
Stelzer, Johannes	(X)	(X)															
Stöck, Gerold							(X)										
Telli, Ercan	X	X					X										
Tsalastras, Apostolos														X	X		
Tscharke, Hans Josef	X	X		X			(X)						X				X
Tüzün, Saadettin							(X)										X

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	KSBG mbH	LAH	OGM	PBO	Revierpark	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Walther, Andrea-Cora							(X)										
Wehling, Klaus				X	X			X			X						X
Weirich, Detlef	(X)	(X)															
Werdelmann, Andreas	(X)	(X)															
Werner, Yannah	X	X															
Wesely, Kai	(X)	(X)															
Willecke, Thomas									X								
Willing-Spielmann, Ulrike	X	X					(X)									X	
Wissing, Matthias												X					
Wittmann, Regina				X							X		X				
Wolter, Horst	(X)	(X)					(X)						X				
Wolter, Marita							X							X			
Wrobel, Hans-Günter							(X)										
Zimkeit, Stefan	(X)	(X)								X							

X Mitglied

(X) stellvertretendes Mitglied

Vertreter/in gem. § 113 (2) GO NRW

Besetzung der Betriebsausschüsse

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)
Arlt, Gerd		X
Barwanietz, Thomas		X
Bennewa, Helmut	X	
Benter, Christian		(X)
Blanke, Andreas	X	
Bongers, Sonja	X	(X)
Bramorski, Stephan	(X)	(X)
Brands, Beatriks	X	
Breuckmann, Ludgerus	X	
Brodrick, Helmut		X
Broß, Klaus Dieter		X
Bruckhoff, Peter	X	
Cordes, Hubert		X
Derksen, René	(X)	X
Dittmeyer, Jürgen		X
Dröhne, Manuel		X
Dubbert, Karin	X	X
Erkens, Daniel		X
Flecken, Sebastian		X
Flore, Manfred		X
Gödderz, Sandra		X
Günter, Roland		(X)
Hake, Michael	(X)	
Haller, Thomas		(X)
Hansen, Heike	X	
Hausmann-Peters, Gundula	(X)	
Hoffmann, Heiko	(X)	
Ilhan, Nuran		(X)
Kamps, Jochen	X	
Kauenhowen, Eva		X
Kirsten, Hildegard	(X)	
Köhler, Hans-Jürgen	(X)	X
Kösling, Anja	X	(X)
Köster, Volker		X
Lampe, Siegfried	X	
Laß, Heike	(X)	
Lenz, Eugen	X	
Lepges, Gerd		X

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Lösken, Hans-Bernd	(X)	(X)
Luchmann, Volker		(X)
Matzat, André	X	
Mersmann, Ingo		X
Mertens, Ursula		(X)
Nowak, Annemarie		(X)
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	
Opitz, Stefanie	X	
Pascheberg, René	X	
Paß, Eugen	(X)	
Prakken, Jolanta	(X)	
Pusch, Jörg	X	
Radtke, Dorothee	X	(X)
Rubin, Dirk	(X)	
Rudl, Rainer	(X)	
Runkler, Edith		(X)
Runkler, Hans-Otto	X	
Sahin, Bülent		X
Schikorra-Känder, Sabine	(X)	
Schneider, Josef		(X)
Schranz, Daniel		X
Schucker, Rainer		(X)
Sommer, Udo		X
Spanke, Sigrid	(X)	
Sporkmann, Bernhard	(X)	
Stelzer, Johannes	(X)	
Stöck, Gerold		(X)
Telli, Ercan	X	X
Tscharke, Hans Josef	X	(X)
Tüzün, Saadettin		(X)
Walther, Andrea-Cora		(X)
Weirich, Detlef	(X)	
Werdelmann, Andreas	(X)	
Werner, Yannah	X	
Wesely, Kai	(X)	
Willing-Spielmann, Ulrike	X	(X)
Wolter, Horst	(X)	(X)
Wolter, Marita		X
Wrobel, Hans-Günter		(X)
Zimkeit, Stefan	(X)	

Vergütungsbericht 2013

(tlw. gerundet)

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	135.000,00
ASO Service GmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	3.000,00
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Kawicki, Achim	Geschäftsführer	6.000,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG		
Aufsichtsrat		
Böddeling, Bernd	Vorsitzender	9.528,32
Wehling, Klaus	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	8.846,68
Böddeling, Bernd	1. stellv. Vorsitzender	9.528,32
Wehling, Klaus	1. stellv. Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	8.846,68
Püttmann, Uwe	2. stellv. Vorsitzender (AN)	7.875,00
Broß, Klaus Dieter	Mitglied	5.250,00
Dr. Glimpel, Thomas	Mitglied	5.250,00
Dr. Schröder, Achim	Mitglied	5.250,00
Dr. Schulte, Franz-Josef	Mitglied	5.250,00
Plém, Peter	Mitglied	5.250,00
Reichardt, Jürgen	Mitglied	5.250,00
Schranz, Daniel	Mitglied	5.250,00
Vöpel, Dirk	Mitglied	5.250,00
Ludwig, Andreas	Mitglied (AN)	
Michel, Ralf	Mitglied (AN)	5.250,00
Neuhaus, Jürgen	Mitglied (AN)	5.250,00
Tirbs, Markus	Mitglied (AN)	5.250,00
Vorstand		
Gieske, Hartmut	Mitglied	284.615,16
Homberg, Bernd	Mitglied	218.005,00
Gasometer Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Schmitz, Jeanette	Geschäftsführerin	79.328,08

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH		
Aufsichtsrat		
Enzweiler, Rainer	Vorsitzender	8.000,00
M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	1. stellv. Vorsitzender	6.000,00
Hols, Werner	2. stellv. Vorsitzender	6.000,00
von Häfen, Werner	3. stellv. Vorsitzender	6.000,00
Bandel, Frank	Mitglied	4.000,00
Dr. Feldmann, Detlef	Mitglied	4.000,00
Dr. Fendel, Ansgar	Mitglied	3.500,00
Dr. Foppe, Johannes-Gerhard	Mitglied	4.000,00
Dr. Greulich, Peter	Mitglied	
Hanning, Guido	Mitglied	4.000,00
Maaßen, Thomas	Mitglied	3.500,00
Mauthe, Jürgen	Mitglied	4.000,00
Schmidt, Markus	Mitglied	3.500,00
Slykers, Manfred	Mitglied	4.000,00
Steinberg, Wolfgang	Mitglied	4.000,00
Susen, Thomas	Mitglied	4.000,00
Woidtke, Karsten	Mitglied	4.000,00
Küster, Helmut	Mitglied (AN)	3.500,00
Linden, Stefan	Mitglied (AN)	4.000,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	750,00
Schmidt, Jürgen	Mitglied gem. § 113 GO	
Müthing, Christa	stellv. Mitglied	
Vöpel, Dirk	stellv. Mitglied	
Czichy, Helmut	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	
Geschäftsführung		
Dr. Terbeck, Gerd	Geschäftsführer	0,00
Schellenberger, Ingo	Geschäftsführer	181.000,00
Guthoff, Maria	Geschäftsführerin	62.000,00
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Dr. Gass, Lars Henrik	Geschäftsführer	89.301,63

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH		
Aufsichtsrat		
Dr. Scholz, Ottilie	Vorsitzende	12.000,00
Sikorski, Ralf	1. stellv. Vorsitzender	9.500,00
Britz, Franz-Josef	Mitglied	7.000,00
Dr. Bartels, Ralf	Mitglied	7.000,00
Dreckmann, Johannes	Mitglied	7.000,00
Dr. Heidinger, Michael	Mitglied	7.000,00
Dr. Nies, Susanne	Mitglied	7.000,00
Dr. Rall, Hüseyin	Mitglied	2.250,00
Jung, Andreas	Mitglied	7.000,00
Link, Sören	Mitglied	
Loick, Wilhelm	Mitglied	4.750,00
Melis, Ralf	Mitglied	7.000,00
Monegel, Ulrich	Mitglied	6.500,00
Muth, Heiner	Mitglied	7.000,00
Pehlke, Guntram	Mitglied	7.000,00
Rohde, Horst	Mitglied	7.000,00
Sierau, Ulrich	Mitglied	7.000,00
Süpke, Sabine	Mitglied	7.000,00
Woll, Klaus Dieter	Mitglied	7.000,00
Wehling, Klaus	Mitglied gem. § 113 GO	7.000,00
Prof. Dr. Knorre, Susanne	2. stellv. Vorsitzende	9.500,00
Geschäftsführung		
Bückemeyer, Dietmar	Geschäftsführer	12.000,00
Schröder, Carsten	Geschäftsführer	123.071,05
Wilmert, Bernhard	Geschäftsführer	12.000,00
Schröder, Carsten	Prokurist	123.071,05
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Jäntsch, Angelika	Vorsitzende	156,48
Broß, Klaus Dieter	stellv. Vorsitzender	156,48
Bongers, Sonja	Mitglied	156,48
Gödderz, Sandra	Mitglied	156,48
Köhler, Hans-Jürgen	Mitglied	130,40
Pascheberg, René	Mitglied	156,48
Willecke, Thomas	Mitglied gem. § 113 GO	0,00
Geschäftsführung		
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	0,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH		
Aufsichtsrat		
M.d.L. Zimkeit, Stefan	Vorsitzender	5.120,00
Broll, Marianne	stellv. Vorsitzende (AN)	3.840,00
Nakot, Werner	stellv. Vorsitzender	3.840,00
Axt, Norbert	Mitglied	2.560,00
Cordes, Hubert	Mitglied	2.560,00
Flore, Manfred	Mitglied	2.560,00
Gäng, Thomas	Mitglied	1.493,33
Jäntsch, Angelika	Mitglied	2.560,00
Osmann, Denis	Mitglied	1.066,67
Paasch, Dirk	Mitglied	2.560,00
Stehr, Simone Tatjana	Mitglied	2.560,00
Hansmeier, Udo	Mitglied (AN)	2.560,00
Heweling, Detlef	Mitglied (AN)	2.560,00
Zander, Jutta	Mitglied (AN)	2.560,00
Zwick, Andrea	Mitglied (AN)	2.560,00
Klunk, Peter	Mitglied gem. § 113 GO	1.920,00
Schmidt, Jürgen	Mitglied gem. § 113 GO	320,00
Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	105.639,89
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	193.828,33
Revierpark Vonderort GmbH		
Geschäftsführung		
Frind, Reinhard	Geschäftsführer	3.608,91
Loeven, Willi	Geschäftsführer	4.811,88
von der Heide, Jochem	Geschäftsführer	4.811,88
Verwaltungsrat		
Höving, Norbert	Vorsitzender	100,00
Barkowsky, Arndt	Mitglied	200,00
Dr. Hubbert, Eva-Maria	Mitglied	200,00
Kerscht, Christoph	Mitglied	300,00
Marschan, Rainer	Mitglied	300,00
Nakot, Werner (für RVR)	Mitglied	300,00
Partenheimer, Gabriele	Mitglied	300,00
Pfingsten, Jutta	Mitglied	300,00
Pflugbeil, Karl-Heinz (+ 01.05.2013)	Mitglied	100,00
Tönsgerlemann, Willi	Mitglied	300,00
Vöpel, Dirk (für RVR)	Mitglied	300,00
Wischermann, Hermann	Mitglied	300,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	300,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Stadtsparkasse Oberhausen		
Verwaltungsrat		
M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	Vorsitzender	12.520,00
Schranz, Daniel	stellv. Vorsitzender	11.162,20
Wilke, Volker	stellv. Vorsitzender	8.520,00
Benter, Christian	Mitglied	8.520,00
Brands, Beatriks	Mitglied	3.450,00
Ehrlich, Dietmar	Mitglied	3.320,00
Janßen, Anne	Mitglied	13.040,00
Nockmann, Thomas	Mitglied	7.240,00
Runkler, Hans-Otto	Mitglied	3.320,00
Schepers, Hermann-Josef	Mitglied	3.750,00
Steinke, Holger	Mitglied	4.000,00
Wingens, Ursula	Mitglied	3.320,00
Wolter, Horst	Mitglied	3.750,00
Zimmermann, Thomas	Mitglied	9.841,30
Zorn, Klaus	Mitglied	4.300,00
Wehling, Klaus	berat. Mitglied	8.520,00
Barkowsky, Arndt	stellv. Mitglied	
Beermann, Claus	stellv. Mitglied	
Broß, Klaus Dieter	stellv. Mitglied	
Cordes, Hubert	stellv. Mitglied	
Flore, Manfred	stellv. Mitglied	
Gödderz, Sandra	stellv. Mitglied	
Jäntsch, Angelika	stellv. Mitglied	
Klima, Michael	stellv. Mitglied	
Müthing, Christa	stellv. Mitglied	
Nakot, Werner	stellv. Mitglied	
Neumann, Britta	stellv. Mitglied	
Schawohl, Holger	stellv. Mitglied	300,00
Schuler, Immanuel	stellv. Mitglied	
Zwingmann, Nina	stellv. Mitglied	
Vorstand		
Uppenkamp, Bernhard	Vorsitzender	276.692,93
Salhofen, Ulrich	stellv. Vorsitzender	311.899,06
Salhofen, Ulrich	Mitglied	311.899,06
Mebus, Oliver	stellv. Mitglied	223.376,60
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Klunk, Peter	Mitglied	76.491,00
Overkamp, Werner	Mitglied	176.570,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Theater Oberhausen		
Geschäftsführung		
Carp, Peter	Betriebsleiter	150.000,00
Hennemann, Jürgen	Betriebsleiter	107.000,00
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Koch, Burkhard	Geschäftsführer	131.000,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH		
Geschäftsführung		
Lerch, Klaus	Geschäftsführer	109.000,00

Anlagen

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung
(Rechtsstand: 31.12.2012)

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,

2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

- Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW - Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluß und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

   a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

   b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

   c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

   d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in

Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muß sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

   c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschußpflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a GO NRW - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1, § 107 a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können dem fakultativen Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung angehören. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als 2 von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von der Betriebsversammlung des Unternehmens oder der Einrichtung zu erstellenden Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Ergänzung zu verlangen. In diesem Fall kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(3) § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten für die nach Absatz 2 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Abs. 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(4) In der Betriebsversammlung nach Absatz 2 sind alle Beschäftigten des Unternehmens bzw. der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Betriebsversammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens bzw. der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Wahlberechtigte aufgenommen werden. Die Einzelheiten für die Wahl der Arbeitnehmervertreter sind im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder einem sonstigen Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung zu regeln. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung ist auch die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Abs. 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(5) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 2 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden beteiligt sind.

Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 5 gilt Satz 2 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue

Vorschläge ergänzen. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

Für die nach § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, daß außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluß auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, daß ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, daß ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluß des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muß der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,

2. der ausgeübte Beruf,

3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,

4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,

5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabschluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabschlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabschluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 GO NRW - Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen. Der Beteiligungsbericht ist dem Jahresabschluss nach § 95 beizufügen, wenn kein Gesamtabschluss nach § 116 aufzustellen ist.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist.

§ 395 AktG

(1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.

(2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Der Regiebetrieb ist ein rechtlich und wirtschaftlich unselbstständiger Betriebszweig der Stadt, der rechnungsmäßig gemäß der kameralistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausschließlich im Haushaltsplan der Stadt erfasst wird. Soweit es sich um kostenrechnende Einrichtungen (Gebührenhaushalte) handelt, wird eine Betriebsabrechnung im Rahmen der erweiterten Kameralistik durchgeführt.

Der Regiebetrieb ist organisatorisch uneingeschränkt in die Gemeinde eingebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, wenn er nicht überwiegend der Ausübung der „öffentlichen Gewalt“ (Hoheitsbetrieb) dient.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Eigenbetriebe sind verselbstständigte gemeindliche wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden gemäß Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) mit eigener Betriebssatzung und eigenem (kaufmännischem) Rechnungswesen geführt; ihr Vermögen ist als Sondervermögen vom übrigen Gemeindevermögen getrennt.

Der Eigenbetrieb verfügt zwar über eigene Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleiter, Werksausschuss); die Kompetenzen dieser Organe werden jedoch vom Rat der Stadt in der Betriebssatzung festgelegt. Insgesamt untersteht der Eigenbetrieb dem Rat und dem Oberbürgermeister.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die aber dennoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 114a GO NW (AöR)

Die AöR ist eine Mischform zwischen Eigenbetrieb und GmbH. Ihre Rechtsverhältnisse werden nach der GO NW durch eine Satzung geregelt, welche die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Sparkassen

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beanstandungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen ausschließlich im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und Empfehlungen an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das Aktiengesetz (AktG) eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der hier, im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates sind im Prinzip die gleichen wie bei der GmbH. Da allerdings zum einen die Satzung den restriktiven Anforderungen des AktG genügen muss und zum anderen die Entscheidungskompetenzen der Hauptversammlung durch das AktG vorgegeben und nicht frei gestaltbar sind, sind die Einflussmöglichkeiten letztlich geringer als bei der GmbH.

eingetragene Genossenschaft

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.

stadt
oberhausen

Beteiligungsrichtlinien

der Stadt Oberhausen

Stand:

Ratsbeschluss 16.12.2002

Richtlinien über die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen

(Beteiligungsrichtlinien)

P r ä a m b e l

Die Stadt Oberhausen hat in den vergangenen Jahren in weitreichendem Maße Gesellschaften zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben gegründet. Die Argumente dafür waren unterschiedlich. Neben erwarteten Effektivitätssteigerungen und der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung waren auch Strukturwandelaspekte für die Entscheidung maßgebend, Aufgaben in privaten Rechtsformen wahrzunehmen.

Unabhängig von der Frage in welcher Rechtsform städtische Aufgaben erledigt werden, muss der Rat der Stadt die ihm von den Bürgerinnen und Bürgern übertragene Verantwortung sowie die in der Gemeindeordnung festgeschriebenen Rechte wahrnehmen können. Hierzu müssen die Steuerungsmöglichkeiten des Rates und der einzelnen Ratsmitglieder weiter gestärkt werden.

Durch die Ausweitung der städtischen Beteiligungen stellen sich neue Anforderungen an die Arbeit der politischen Gremien und an die Verwaltung. Insbesondere die Sicherung der politischen Steuerung des Rates und die umfassende Information der Ratsmitglieder muss gewährleistet sein.

Dazu sind konzernpolitische Vorgaben notwendig. Hierdurch werden politische Wertungen mit städtischem Gesamtbetrachtungsansatz möglich. Die Grundlagen dafür werden durch die nachfolgenden Beteiligungsrichtlinien geschaffen.

1. Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung

Die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen richtet sich nach den in der Gemeindeordnung NW (GO NW) festgelegten Grundsätzen.

2. Geltungsbereich

„Beteiligungen“ im Sinne dieser Richtlinien sind alle nach den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts des Landes Nordrhein- Westfalen zulässigen Formen der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, derer die Stadt Oberhausen sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient.
Diese Richtlinien gelten grundsätzlich in allen Fällen, in denen die Stadt Oberhausen an juristischen Personen des privaten oder öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 20 % beteiligt ist, für alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung, sowie sinngemäß für eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit keine übergeordneten

Regelungen entgegenstehen. Sie binden Rat und Verwaltung sowie die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter in den Organen und Gremien der Beteiligungen.

3. Steuerung der Beteiligungen

3.1. Die Steuerung der Beteiligungen im Sinne dieser Richtlinien vollzieht sich durch

- den Rat der Stadt Oberhausen,
- den Hauptausschuss,
- den Finanzausschuss,
- die Fachausschüsse,
- den Verwaltungsvorstand,
- die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten.

3.2. Die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten (Beteiligungsverwaltung) sichert die Wahrung der kommunalen Rechte und Pflichten in den Beteiligungen.

4. Zuständigkeiten im Rahmen der Beteiligungsverwaltung

4.1 Rat der Stadt Oberhausen

Der Rat der Stadt beschließt

- Grundsätze und Ziele der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Oberhausen,
- über Gründung, Erweiterung, Auflösung, Veräußerung sowie Änderung der Rechtsform einer Beteiligung,
- über Rechtsgeschäfte, die den Einfluss der Stadt Oberhausen auf Beteiligungen verändern,
- die Bestellung und Abberufung der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Oberhausen in Gesellschaftsversammlungen, Aufsichtsräten und vergleichbaren Organen und Gremien,
- Änderungen der Gesellschaftsverträge,
- den Beteiligungsbericht,
- in für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten über Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen sowie Empfehlungen und -soweit rechtlich zulässig- Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Aufsichtsorganen und -gremien.

Der Rat ist für die Gesamtsteuerung der städtischen Beteiligungen zuständig.

4.2 Hauptausschuss

4.2.1 Der Hauptausschuss berät alle Angelegenheiten vor, die vom Rat der Stadt zu beschließen sind und erteilt entsprechende Beschlussempfehlungen.

4.2.2 Der Hauptausschuss erhält im Rahmen der Gesamtsteuerung der Beteiligungen regelmäßig Berichte über von ihm ausgewählte Beteiligungen . Über Berichtsintervalle entscheidet er im Einzelfall.

Berichtet wird u.a.

- über die Tätigkeiten, Zielvereinbarungen und Ergebnisverläufe der Beteiligungsgesellschaften, insbesondere über wirtschaftliche, personelle und finanzielle Entwicklungen,
- außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung über erhebliche Veränderungen der prognostizierten Entwicklungen.

Der Hauptausschuss stellt die Beachtung des gesamtstädtischen Interesses gegenüber den Beteiligungen sicher.

In für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten kann er Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen und Empfehlungen an die Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsorganen und -gremien beschließen, sofern dies dem Rat nicht möglich ist.

4.2.3 Der Hauptausschuss ist als Fachausschuss zuständig für die Beschlüsse über Zielvereinbarungen für die Gesellschaften des Strukturwandels und die Kontrolle ihrer Einhaltung.

4.2.4 Der Hauptausschuss beschließt Rahmenbedingungen über die grundsätzliche Struktur der Verträge und Anstellungsbedingungen der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen, soweit vorhanden. Die Entscheidung über Auswahl und Anstellung trifft das jeweilige Aufsichtsorgan oder -gremium. Der/ die Vertreter/in der Stadt in der Gesellschafterversammlung oder dem ihr entsprechenden Organ nimmt die Bestellung vor, soweit nicht gesetzlich etwas anderes vorgeschrieben ist. Einzelheiten der Verträge, Entlohnung und Prämienzahlungen sind jeweils durch einen im Gesellschaftsvertrag oder der Satzung festzulegenden Personalausschuss des Aufsichtsrates zu bestimmen.

4.3 Finanzausschuss

4.2.5 Der Finanzausschuss berät alle Angelegenheiten der Beteiligungen, die finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Haushalt und das Vermögen der Stadt Oberhausen haben, insbesondere Zuschüsse, Verlustabdeckungsverträge, und Bürgschaften.

4.4 Fachausschüsse

Die Fachausschüsse beschließen die strategischen Zielvereinbarungen und kontrollieren ihre Einhaltung durch die Beteiligungen, die inhaltlich in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

Hierzu erhalten sie regelmäßige Berichte über Abarbeitung dieser Zielvereinbarungen. Über Berichtsintervalle und Gestaltung des Berichtswesens entscheiden sie im Einzelfall.

Die Fachausschüsse werden über Abweichungen von den Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung informiert.

Sie erhalten auf Wunsch Berichte über die Kontrolle der Aufgabenerledigung der Gesellschaften in ihrem Aufgabenbereich und, im Rahmen der Budgetierung, über die Verwendung der entsprechenden Haushaltsmittel.

4.5. Verwaltungsvorstand

Der Verwaltungsvorstand ist zuständig für die Koordination der Arbeit der städtischen Beteiligungen, die Durchsetzung der städtischen Gesamtinteressen und die Gesamtkontrolle der Aufgabenerledigung der Beteiligungen durch die Stadt. Grundsätzlich sollen Dezernentinnen und Dezernenten die Aufgaben der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafterversammlungen und diesen vergleichbaren Organen wahrnehmen. Die Zuordnung erfolgt analog zur Zuordnung der Beteiligungen zu den Fachausschüssen.

4.6 Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten

4.6.1 Die zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten hat folgende Aufgaben:

A. Unabhängige Beratung und Information bei allen die Beteiligungen betreffenden Angelegenheiten

- Abstimmung der Beschlüsse des Rates der Stadt und seiner Ausschüsse mit den Zielen und Planungen der Beteiligungen,
- Überwachung der sich aus den Gesellschaftsverträgen, Geschäftsordnungen und vergleichbaren Regelungswerken für die Gesellschaften und ihre Organe ergebenden Pflichten,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes,
- haushaltsmäßige Abwicklung der beteiligungsrelevanten Angelegenheiten.

B. Beschluss- und Vertragsvorbereitung

- Vorbereitung von beteiligungsrelevanten Gremienbeschlüssen ggfls. in Kooperation mit zuständigen Verwaltungseinheiten,
- Vorbereitung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen sowie Geschäftsordnungen,
- Prüfung der Vereinheitlichung von bestehenden Gesellschaftsverträgen und Satzungen (dabei soll den Aufsichtsräten ein umfassender Zuständigkeitskatalog übertragen werden),
- Vorbereitung von Prokuristinnen- und Prokuristen-, Vorstands- und Geschäftsführer/innen-Verträgen,
- Vorbereitung von Rats- und Ausschussbeschlüssen.

C. Beschluss- und Verfahrenskontrolle

- Überprüfung der mit der Beteiligung angestrebten Ziele anhand der politischen Beschlüsse,
- Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen.

D. Beratung und Information bei allen die Beteiligung betreffenden Angelegenheiten

- insbesondere der Ratsmitglieder
- der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafts- und Aufsichtsgremien
- der Verwaltung
- der Geschäftsführungsorgane in Beteiligungsangelegenheiten.

E. Rechtliche Prüfungen

- Zulässigkeit von Beteiligungen und Maßnahmen, die die Beteiligungen betreffen
- Notwendigkeit und Zulässigkeit von Unterbeteiligungen.

F. Strategie- und Finanzcontrolling

- Wahrnehmung des Informationsrechtes der Stadt als Gesellschafterin
- Vorbereitung von Zielvereinbarungen
- Erarbeitung eines Controllingkonzeptes
- Einführung einer einheitlichen und konsolidierungsfähigen Rechnungslegung
- Organisation eines Erfahrungsaustausches über betriebliche Controllingmaßnahmen der Gesellschaften
- Entwicklung und Wahrnehmung eines an kommunalpolitischen Zielen orientierten Finanz- und Zielcontrollings
- Entwicklung und Wahrnehmung eines Risikomanagements für die Stadt

G. Aktenführung

- Aufbewahrung der Beteiligungsakten
- Aufbewahrung der Anstellungsverträge der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen.

4.6.2 Zur Steigerung der Effektivität der Aufgabenwahrnehmung nimmt die zuständige Verwaltungseinheit an den Sitzungen der Aufsichtsräte und der Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften mit Gaststatus teil soweit höherrangiges Recht dem nicht entgegensteht.

5. Beteiligungscontrolling

5.1 Durch das Beteiligungscontrolling wird die zentrale Planung, Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen durch die Stadt Oberhausen sichergestellt. Dazu ist es erforderlich, Zielvereinbarungen zu definieren, die als Grundlage für das Beteiligungscontrolling dienen.

5.2 Die Zielvorgaben und Rahmenbedingungen werden durch die Gremien des Rates der Stadt beschlossen. Sie sollen Festlegungen in folgenden Bereichen enthalten:

- Strategie

  Strategische Zielvereinbarungen berücksichtigen

  - stadtentwicklungspolitische Anforderungen,
  - finanzwirtschaftliche Aspekte,
  - Angebot an Bürgerinnen und Bürger.

- Operatives Geschäft

  Zielvorgaben im operativen Bereich können u. a. umfassen:

  - innerorganisatorische Angelegenheiten,
  - Umfang der Anforderungen aus gesetzlichen Bestimmungen (Berichte im Rahmen des KonTraG).

- Finanzwirtschaft

  Zielvereinbarungen können folgendes Spektrum umfassen:

  - Haushalt der Stadt (Zuschusshöhe/Gewinne),
  - städtisches Vermögen,
  - Anforderungen aus dem KonTraG,
  - Wirtschaftsplan (z. B. Umsätze der Gesellschaft).

5.3 Die Einhaltung der Zielvereinbarungen wird durch ein Berichtswesen dokumentiert. Bei außergewöhnlichen Abweichungen werden Gegensteuerungsmaßnahmen aufgezeigt und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.4 Das regelmäßige Berichtswesen für die Einzelgesellschaften erfolgt gestaffelt nach der Bedeutung der Beteiligungen für die Stadt. Eine entsprechende Staffelung, sowie Einzelheiten zur Gestaltung des Berichtswesen beschließt der Hauptausschuss. Im Rahmen des Berichtswesens wird ein betriebswirtschaftliches Kennzahlensystem für die Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung eingeführt. Eine Gesamtübersicht über die über die Entwicklung der Beteiligungen erfolgt zweimal jährlich.

6. Rechte und Pflichten der Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen

6.1.1 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen wahren die Interessen der Stadt Oberhausen und sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden, soweit nicht höherrangiges Recht entgegensteht.

Die Verwaltung bereitet auf der Grundlage der Sitzungsunterlagen Stellungnahmen für die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen vor und gibt Beschlussempfehlungen.

6.1.2 Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in

- Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen unterrichten den Rat und die Ausschüsse im Rahmen deren Zuständigkeit,

- Aufsichtsräten sowie vergleichbaren Organen und Gremien (bestellt nach § 113 GO) unterrichten den Oberbürgermeister und in Absprache mit diesem die zuständigen Ausschüsse, der Oberbürgermeister den Rat und den Hauptausschuss

über alle wesentlichen Angelegenheiten der Beteiligungen frühzeitig und umfassend.

6.1.3 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen setzen sich aktiv für die Umsetzung dieser Beteiligungsrichtlinien ein und tragen dafür Sorge, dass entsprechende Anweisungen an die jeweils Verantwortlichen in den Beteiligungen ergehen. Zudem arbeiten sie in ihren Organen und Gremien darauf hin, dass die in diesen Beteiligungsrichtlinien genannten Punkte, soweit sie nicht Inhalt des jeweiligen Gesellschaftsvertrages oder der jeweiligen Satzung sind, in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführungen und Aufsichtsorgane und -gremien manifestiert werden.

7. Inkrafttreten

7.1 Diese Beteiligungsrichtlinien treten am *01.01.2003* in Kraft.

Anlage 1

Beteiligungsrichtlinien

Geltungsbereich: alle un-/mittelbaren Beteiligungen ab 20% sowie alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung

Zuständigkeiten:

Rat	Hauptausschuss	Finanzausschuss	Fachausschuss	Verwaltung
• Grundsätze / Ziele • Gründungsbeschlüsse, Einflussänderungen, Aufgabe von Beteiligungen u.a. • Gremienbesetzung • Gesellschaftsverträge • Beteiligungsbericht • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	• Vorberatung Ratsvorlagen • Berichte für ausgewählte Beteiligungen . Tätigkeiten, Zielvereinbarungen, Ergebnisse . besondere Entwicklungen • Beschluss über Zielvereinbarungen und Kontrolle für Gesellschaften des Strukturwandels • Mitspracherecht Struktur Verträge und Anstellungsbedingungen Geschäftsführungen • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	• Vorberatung über alle haushalts- und vermögensrelevanten Angelegenheiten der Beteiligungen, insbesondere . Zuschüsse . Verlustabdeckungen . Bürgschaften	• Beschlüsse über strategische Zielvereinbarungen, die inhaltlich in die Zuständigkeit fallen • Berichte (auf Wunsch) zur Aufgabenerledigung der Beteiligungen • Information über Abweichungen von Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung	• Koordination • Beschluss- und Vertragsvorbereitung • Beschluss- und Verfahrenskontrolle • Beratung • rechtliche Prüfung • Strategie- und Finanzcontrolling • Aktenführung • Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats/der Gesellschafterversammlung

Anlage 2

Zuordnung der Gesellschaften zu städtischen Ausschüssen
(Gesellschaften, an denen die Stadt mit min. 20% beteiligt ist, sowie alle Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung)
Beteiligungsrichtlinien
stadt oberhausen
Schulausschuss
WBO (Schulangelegenheiten)
OGM (Haustechn. Dienst, Schulbausanierung)
Umweltausschuss
WBO (Grün/Gebühren)
OGM (Beschaffung, Facility Management)
GMVA
EVO Energieversorgung
Sportausschuss
WBO (Sportanlagen)
OGM (sportspez. Angelegenheiten)
Revierpark Vonderort
Sozialausschuss
BFO
ASO
Planungsausschuss
STOAG (Verkehrsplanung)
TMO Zentrenmanagement
Bau- und Wohngenossenschaft Am Ruhrufer e.G.
Kulturausschuss
IKF
Theater
Hauptausschuss
GEG, TZU, OBauFö, PBO, OVZ, OVP, ENO, VZS, Schloss, Gasometer, CPO, TMO (Tourismus), LAH

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
CVUA-RRW	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EEG	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
evo	Energieversorgung Oberhausen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HSt	Haushaltsstelle
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation
inkl.	inklusive
KG	Kommanditgesellschaft

KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
LAH	Luise-Albertz-Halle
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH
Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RVR	Regionalverband Ruhr
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SODA	Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen
TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH
TDM	Tausend Deutsche Mark
TEUR	Tausend EURO
TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik

VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
WE	Wohneinheiten
ZV	Zweckverband

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen *380*
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH *300*
ASO Service GmbH *308*

Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. *288*
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH *318*
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG *322*
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH *294*
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG *98*
Biostrom Oberhausen Management GmbH *104*

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) *332*

ecce - european centre for creative economy GmbH *220*
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. *158*
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO *228*
evo Energieversorgung Oberhausen AG *70*
evo Energie-Netz GmbH *88*

FSO GmbH & Co.KG *160*
FSO Verwaltungs- GmbH *164*

Gasometer Oberhausen GmbH *244*
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH *176*

Jobcenter Oberhausen *314*

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH *270*

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG *126*
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH *148*

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH *260*

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH *28*
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH *66*

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH *60*
Public Konsortium d-NRW GbR *328*

Quantum GmbH *108*

RWE Aktiengesellschaft *168*
Revierpark Vonderort GmbH *280*
RW Holding Aktiengesellschaft *172*
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH *190*

Stadtsparkasse Oberhausen *336*
STEAG GmbH *152*
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH *38*
strasserauf GmbH *120*

Theater Oberhausen *372*
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH *250*
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH *214*

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH *188*
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH *236*

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH *52*
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH *206*